



 Bundesministerium für europäische
und internationale Angelegenheiten

Außenpolitischer Bericht

2006

Jahrbuch der Österreichischen Außenpolitik

**Bundesministerium für europäische
und internationale Angelegenheiten
Minoritenplatz 8
A-1014 Wien**

Telefon: während der Bürozeiten an Werktagen in der Zeit von
9 bis 17 Uhr:
0 50 11 50-0 / int.: +43 50 11 50-0
für allgemeine Informationen:
0 802 426 22 (gebührenfrei; aus dem Ausland nicht wählbar)

Fax: **0 50 11 59-0 / int.: +43 50 11 59-0**

E-Mail: einlaufstelle@bmeia.gv.at

Internet: <http://www.bmeia.gv.at>

Bürgerservice:

In dringenden Notfällen im Ausland ist das Bürgerservice rund um die Uhr erreichbar:

Telefon: **0 50 11 50-4411 / int.: +43 50 11 50-4411**
alternativ:
(01) 90 115-4411 / int.: +43 1 90 115-4411

Fax: **0 50 11 59-4411 / int.: +43 50 11 59-4411**
alternativ:
(01) 904 20 16-4411 / int.: +43 1 904 20 16-4411

E-Mail: bereitschaft@bmeia.gv.at

Die Möglichkeiten zur Hilfeleistung an ÖsterreicherInnen im Ausland sind auf der Homepage des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten www.bmeia.gv.at unter dem Punkt „Bürgerservice“ ausführlich dargestellt.

Außenpolitischer Bericht

2006

**Bericht der Bundesministerin für
europäische und internationale Angelegenheiten**

Medieninhaber und Herausgeber:
Bundesministerium für europäische
und internationale Angelegenheiten
Minoritenplatz 8, 1014 Wien

Gesamtredaktion und Koordination:
Ges. MMag. Thomas Schlesinger, MSc.
Dr. René Paul Amry, Mag. Matthias Klettermayer,
Mag. Johannes Högl und Mag. Johannes Buder

Gesamtherstellung:
Manz Crossmedia GmbH & Co KG
Stolberggasse 26, 1051 Wien

VORWORT

Unseren EU-Ratsvorsitz im ersten Halbjahr 2006 haben wir als Dienstleistung an Europa und an der Welt verstanden. Unser Anliegen war es, wieder mehr Vertrauen, mehr Klarheit und mehr Schwung in das europäische Projekt zu bringen.

Gleich zu Beginn unseres Vorsitzes haben wir deshalb mit der Konferenzveranstaltung „The Sound of Europe“ einen gezielten Impuls in der europäischen Zukunftsdebatte gesetzt. Beim Außenministertreffen von Klosterneuburg im Mai ist es uns dann gelungen, der Suche nach den bestmöglichen Grundregeln für das Funktionieren der Europäischen Union eine neue Dynamik zu geben. Der Zeitplan, den wir in Klosterneuburg dafür erarbeitet haben, hat sich als vernünftiger Leitstern für die folgenden Ratspräsidentschaften bewährt.

Unter dem Motto „Europa hört zu“ haben wir uns dafür eingesetzt, auf die konkreten Anliegen und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger noch besser einzugehen. Europapolitik war und ist für uns gerade die Arbeit an konkreten Projekten: an mehr Arbeitsplätzen und Wachstum in Europa, an der Energiesicherheit sowie an der Sicherung und Weiterentwicklung des europäischen Lebensmodells, das uns in Europa verbindet.

Das Friedensprojekt Europa bliebe unvollständig ohne glaubhafte und greifbare EU-Beitrittsperspektive für alle Staaten Südosteuropas, wie wir sie in der Salzburger Erklärung abgesichert haben. Diese Perspektive ist ein unerlässlicher Motor für demokratische, rechtsstaatliche und wirtschaftliche Reformen bei unseren Nachbarn am Balkan. Sie ist damit ein entscheidender Faktor für Frieden, Stabilität und Entwicklung in der Region – und damit auch für die Sicherheit Österreichs.

So war die Balkanregion auch ein Schwerpunkt unseres Ratsvorsitzes 2006. Jeder einzelne der Westbalkanstaaten wurde durch konkrete Schritte näher an Europa herangebracht: etwa die Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit Albanien, die Aufnahme der Verhandlungen zu einem solchen Abkommen mit Bosnien und Herzegowina und die Begleitung des friedlichen Geburtsvorgangs des neuen Staates Montenegro. Uns war und ist auch besonders daran gelegen, Serbien auf seinem europäischen Weg zu unterstützen.

Wir konnten Rumänien und Bulgarien zum 1. Jänner 2007 als Mitglieder in der Europäischen Union begrüßen. Wir haben weiters die substanziellen Beitrittsverhandlungen mit Kroatien eingeleitet und das erste Verhandlungskapitel abgeschlossen. Es gelang, diese Ver-

handlungen von jenen mit der Türkei zu entkoppeln, da jedes Land nach seinen eigenen Leistungen zu bewerten ist.

Österreich ist ein dem Dialog der Religionen und Kulturen traditionell verbundenes Land. Daher war unser Ratsvorsitz auch klar darauf ausgerichtet, für ein verständnisvolleres Miteinander im Weltorf einzutreten. Im so genannten Karikaturenstreit, konnten wir – gestützt auf die unverrückbare europäische Wertebasis und Österreichs gute Kontakte zur muslimischen Welt – glaubwürdig vermitteln.

Entsprechend der großen Bandbreite der EU-Außenbeziehungen fanden während unseres Ratsvorsitzes zahlreiche Drittstaatentreffen statt, viele davon in Österreich: So etwa 16 Außenministertreffen der EU-Troika, elf Außenministertreffen im Rahmen von Assoziations- oder Kooperationsräten mit Nachbarstaaten und -regionen und zwei Beitrittskonferenzen. Dazu kam eine Reihe von Gipfeltreffen, unter anderem mit den USA, Russland, Japan sowie den Staaten Lateinamerikas und der Karibik.

Auch über unsere EU-Arbeit hinaus steht Rot-Weiß-Rot für Vertrauensarbeit. Insbesondere ist und bleibt Österreich ein starker und verlässlicher Partner der Vereinten Nationen. Wir unterstützen nachdrücklich den VN-Reformkurs und bewerben uns für einen nichtständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat in den Jahren 2009-2010.

Die Aufgaben der in Wien angesiedelten VN-Einheiten gewannen auch 2006 weiterhin an Bedeutung. Sie sind Angelpunkt der internationalen Sicherheitsarchitektur und als einziger VN-Amtssitz in der Europäischen Union ein wichtiger Anknüpfungspunkt für die enge Vernetzung zwischen den VN und der EU.

2006 nahmen mehr als 2.500 Österreicherinnen und Österreicher an internationalen Friedensmissionen teil. Österreich ist etwa im Kosovo mit bis zu 600 Soldatinnen und Soldaten vertreten, 387 sind auf den Golanhöhen im Einsatz. Der Tod von Major Hans Peter Lang in Kham/Libanon hat uns aber auch schmerzlich daran erinnert, welche Risiken dem Dienst am Frieden innewohnen. Österreich setzte sich nicht nur für die Aufklärung der Umstände dieses tragischen Unglücksfalls ein, sondern auch dafür, dass die Vereinten Nationen die notwendigen Lehren daraus ziehen.

Ein tragender Pfeiler unserer Außenpolitik ist die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit. Sie hilft, Brücken zu bauen zu den nahen und weiter entfernten Nachbarn im Weltorf. Hauptanliegen der OEZA sind Armutsbekämpfung, Konfliktvermeidung, menschliche Sicherheit, Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen und die nachhaltige Nutzung von Naturgütern. Die strategische Grundlage bildet das Dreijahresprogramm 2006-2008, das in Kooperation

mit NGOs und anderen engagierten Partnern in konkrete Projekte umgesetzt wird.

Mehr als ein Drittel der Projekte der Austrian Development Agency ist den Themen Demokratie und Menschenrechte gewidmet. In Südosteuropa helfen wir, die Staaten des ehemaligen Jugoslawiens sowie Moldau enger an die EU anzubinden. Jedes Projekt der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit wird darauf geprüft, ob es den Interessen und Anliegen der Frauen Rechnung trägt.

Mit aktiver Auslandskulturpolitik zeigt Österreich sichtbar Flagge in der Welt und bringt mit seinem großen Potenzial an KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen eine unverwechselbare bunte und vielfältige Dimension in unsere internationalen Beziehungen. Unsere 30 Kulturforen transportieren europäisches Bewusstsein, bringen Menschen zusammen, erwecken Neugier auf andere Kulturen, regen zum Lernen von- und übereinander an. Sie geben dem Dialog der Zivilgesellschaften und Kulturen immer wieder neue Impulse und sind Türöffner für österreichische Anliegen und Interessen.

2006, im Jubiläumsjahr von Sigmund Freud und Wolfgang Amadeus Mozart, waren weltweit mehr als 100.000 Menschen aktiv an Projekten über Freud oder Mozart beteiligt, die von der österreichischen Auslandskulturpolitik initiiert oder unterstützt wurden.

Das Außenministerium versteht sich als moderne Serviceeinrichtung im weltweiten Dienst der Österreicherinnen und Österreicher. Wir unterstützen mit Rat und Tat diejenigen Landsleute, die fern von daheim in Not oder Gefahr geraten. Wir arbeiten aber auch stetig daran, die Rahmenbedingungen für Österreicherinnen und Österreicher, die länger oder dauernd im Ausland leben, zu verbessern. Sie sind Pioniere des weltoffenen Österreichs, das Bindeglied zwischen den Ländern und den Kontinenten. Unsere Vertretungsbehörden setzen sich ihre optimale Betreuung zum Ziel.

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten ist – für Österreich als Tourismusland und als bedeutender Wirtschaftsstandort – oft auch erste Anlaufstelle für unsere ausländischen Gäste. Mit unseren Visavergabestellen im Ausland bieten wir zudem für unser Land einen ersten äußeren Sicherheitsgürtel. Seine hohe Qualität wird gemeinsam mit dem Bundesministerium für Inneres fortlaufend geprüft und, wo erforderlich, weiter verbessert.

In all diesen Arbeitsbereichen hat Österreich 2006 seine rot-weiß-rote Außenpolitik als Teamarbeit, die auf Verlässlichkeit und Kontinuität beruht, fortgesetzt.

Dafür danke ich Staatssekretär Hans Winkler und Generalsekretär Johannes Kyrle sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in

Vorwort

der Zentrale und an den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland. Mit großem persönlichem Einsatz haben auch 2006 unsere 1.287 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Wien und weltweit die Herausforderungen einer aktiven Außenpolitik für Österreich täglich aufs Neue mit vorbildlichem Engagement und oft viel Improvisationskunst angenommen. Mein Dank gilt auch den Familienangehörigen, Partnern und Freunden, die einen viel zu wenig beachteten Beitrag zur erfolgreichen Vertretung österreichischer Anliegen in der Welt leisten.

A handwritten signature in black ink, reading 'Ursula Plassnik'. The script is cursive and elegant, with the first letters of 'Ursula' and 'Plassnik' being capitalized and prominent.

Dr. Ursula Plassnik
Bundesministerin für europäische und
internationale Angelegenheiten

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	III
INHALTSVERZEICHNIS	VII
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	XV
A. Österreich in der Europäischen Union	1
I. Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft	1
II. Die Erweiterung der Europäischen Union	4
1. Bulgarien und Rumänien	4
2. Kroatien und Türkei	5
3. Die europäische Perspektive der Länder des Westlichen Balkans	6
4. Außenhilfeprogramme und Verwaltungspartnerschaften der Europäischen Union	8
5. Stabilitätspakt für Südosteuropa	9
III. Die Reform der Europäischen Union und ihrer Institutionen.....	9
1. Die Debatte über die Zukunft Europas	9
2. Überblick über den Ratifikationsprozess des Verfassungsvertrags	11
IV. Die Politiken der Europäischen Union	12
1. Die Rolle Österreichs in den europäischen Institutionen ...	12
2. Die innerösterreichische Zusammenarbeit mit dem Parlament und den Ländern.....	15
3. Wirtschaft und Finanzen.....	16
4. Lissabon-Strategie – Wachstum und Beschäftigung	17
5. Binnenmarkt.....	18
6. Verkehr	19
7. Umwelt	20
8. Energie	20
9. Bildung und Jugend.....	22
10. Forschung.....	22
11. Aufbau eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	23
12. Terrorismusbekämpfung	24
V. Die Außenbeziehungen der Europäischen Union	26
1. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	26

Inhaltsverzeichnis

2. Die Europäische Nachbarschaftspolitik	32
3. Südosteuropa / Westlicher Balkan	33
4. Die osteuropäischen Staaten	39
5. Russland	43
6. Der Nahe Osten, Nordafrika und der Mittelmeerraum	45
7. Nordamerika	51
8. Lateinamerika und Karibik.....	56
9. Afrika südlich der Sahara.....	64
10. Asien	72
11. Australien, Neuseeland, Ozeanien	79
B. Österreich in anderen europäischen Foren	81
I. Europäische Sicherheitspolitik	81
1. Der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat und die Partnerschaft für den Frieden.....	81
2. Die Westeuropäische Union.....	82
II. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	83
1. Einleitung.....	83
2. Regionalfragen und Feldaktivitäten	83
3. Die menschliche Dimension der OSZE.....	86
4. Die politisch-militärische Dimension der OSZE.....	87
5. Die Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE.....	88
6. Die Reform der OSZE	89
7. Amtssitz	89
8. Parlamentarische Versammlung der OSZE.....	89
III. Europarat	89
1. Politische Entwicklungen.....	90
2. Verhältnis zu anderen internationalen Organisationen.....	91
3. Menschenrechte	92
4. Monitoring	92
5. Hilfsprogramme.....	93
6. Die Organe des Europarats	94
7. Europarat und Österreich	96
IV. Zentraleuropäische Initiative	96
V. Nachbarschaftspolitik	97
1. Regionale Partnerschaft	97
2. Schweiz, Liechtenstein.....	98
3. Südtirol	100

Inhaltsverzeichnis

4. Nukleare Sicherheit	101
5. Alpenkonvention	102
6. Zusammenarbeit im Donauraum.....	102
C. Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik.....	105
I. Allgemeine Rechts- und Konsularfragen	105
1. Bürgerservice.....	105
2. Krisenvorsorge und Krisenmanagement.....	106
3. Hilfeleistung in Zivil- und Strafsachen.....	107
4. Neue Verträge.....	107
II. Reise- und Grenzverkehr	108
1. Sichtvermerksangelegenheiten.....	108
2. Grenzverträge	110
III. Sozial-, Arbeits- und Gesundheitspolitik.....	111
IV. Die AuslandsösterreicherInnen	111
1. Organisation der AuslandsösterreicherInnen.....	112
2. Unterstützung österreichischer StaatsbürgerInnen im Ausland.....	112
3. Die Teilnahme der AuslandsösterreicherInnen an der politischen Willensbildung in Österreich und der EU	113
4. eGovernment, eGovernance, eDemocracy, eVoting.....	113
D. Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit	114
I. Einleitung.....	114
1. Internationale Grundlagen	114
2. Gesetzliche Grundlagen	114
3. Mehr Budget für Entwicklungszusammenarbeit.....	115
4. Nachhaltige Entwicklung.....	115
5. Politik-Kohärenz im Interesse von Entwicklung.....	115
II. Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit	116
1. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit	116
2. Bilaterale Ostzusammenarbeit.....	119
3. Sonderprogramme	121
4. Themen und Sektoren.....	122
5. Kofinanzierung.....	126
6. Evaluierung	126
III. Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit	127
1. Die Vereinten Nationen.....	128

Inhaltsverzeichnis

2. Die Europäische Union.....	130
3. Einsätze von jungen ÖsterreicherInnen	131
IV. Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe, internationale humanitäre Organisationen	132
1. Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe	132
2. Internationale humanitäre Organisationen	133
E. Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen	135
I. Einleitung.....	135
II. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen.....	135
1. Organisatorische Fragen	135
2. Politische Fragen.....	136
3. Wirtschafts-, Entwicklungs- und Umweltfragen	138
4. Menschenrechte	139
5. Drogenkontrolle und Verbrechensverhütung.....	139
6. Sozialpolitik	139
7. Internationale Frauenfragen	139
8. Humanitäre Angelegenheiten	140
9. Friedliche Nutzung des Weltraums.....	140
10. Verwaltungs- und Haushaltsfragen	140
11. Völkerrechtliche Fragen	141
III. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen	143
1. Einleitung.....	143
2. Die Reformdebatte.....	143
3. Tätigkeit des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen.....	144
4. Friedenserhaltende Operationen	151
IV. Der Wirtschafts- und Sozialrat	152
1. Allgemeines.....	152
2. Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa	152
V. Der Internationale Gerichtshof.....	153
VI. Die Sonderorganisationen und angeschlossenen Organisationen der Vereinten Nationen.....	154
1. Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen.....	154
2. Internationale Arbeitsorganisation	154
3. Internationale Fernmeldeunion	155
4. Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung	156
5. Internationale Zivilluftfahrtorganisation	156

Inhaltsverzeichnis

6. Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur	156
7. Weltgesundheitsorganisation.....	157
8. Internationale Atomenergie-Organisation	158
9. Weltorganisation für Tourismus.....	159
10. Weltpostverein	159
11. Weltorganisation für Meteorologie.....	159
F. Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen	161
I. Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der Massenvernichtungswaffen.....	161
1. Nukleare Waffen	161
2. CTBT.....	161
3. Genfer Abrüstungskonferenz	162
4. Chemiewaffenkonvention	162
5. Übereinkommen über das Verbot von biologischen Waffen und Toxinwaffen.....	163
6. Ballistische Raketen.....	163
II. Beschränkung und Kontrolle konventioneller Waffen	164
1. Antipersonenminen.....	164
2. Besonders verletzend konventionelle Waffen	164
3. Kleinwaffen und leichte Waffen.....	165
4. Ausfuhrkontrolle konventioneller Waffen	166
III. Multilaterale Exportkontrollregime	166
G. Der internationale Schutz der Menschenrechte.....	168
I. Einleitung.....	168
II. Menschenrechte in der Europäischen Union	168
1. Die EU-Menschenrechtspolitik.....	168
2. Strukturierte Menschenrechtsdialoge	171
III. Menschenrechte in den Vereinten Nationen	173
1. Der Menschenrechtsrat.....	173
2. Die Generalversammlung.....	174
3. Die Frauenstatuskommission	177
IV. Menschenrechte in der OSZE	177
V. Menschenrechte im Europarat	177
VI. Das Netzwerk Menschliche Sicherheit.....	178
VII. Schwerpunktthemen.....	179

Inhaltsverzeichnis

1. Menschenrechte von Kindern.....	179
2. Menschenrechte von Frauen.....	180
3. Binnenvertriebene.....	181
4. Menschenrechtsbildung	181
5. Humanitäres Völkerrecht	182
H. Die humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen..	183
I. Migrations- und Flüchtlingsfragen.....	183
1. Migrations- und Flüchtlingsbewegungen	183
2. Migrations- und Flüchtlingspolitik in Österreich	183
3. Die Internationale Organisation für Migration	184
II. Internationale Drogenkontrolle	184
III. Internationale Verbrechensverhütung.....	187
IV. Der Internationale Strafgerichtshof.....	188
I. Multilaterale Wirtschaftspolitik.....	190
I. Die Welthandelsorganisation	190
II. Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.....	191
1. Erweiterung und Außenbeziehungen.....	191
2. Internationale Wirtschaft und Finanzen	191
3. Arbeitsmarkt und Soziales	192
4. Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit.....	192
5. Information und Kommunikationstechnologie.....	192
6. Umweltpolitik	192
7. Nachhaltige Entwicklung	192
8. Landwirtschaft	193
9. Ministerratstagungen	193
10. Internationale Energieagentur	193
J. Globale Nachhaltigkeitspolitik	194
I. Die Weiterverfolgung des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung.....	194
II. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen	195
III. Globale Umweltschutzabkommen	195
K. Auslandskulturpolitik	197
I. Schwerpunkte.....	197
1. Auswahl aus der Auslandsprojektarbeit.....	198
2. Auslandskulturpolitische Initiativen	201

Inhaltsverzeichnis

3. Kulturelle Förderungen.....	202
II. Bilaterale Abkommen in den Bereichen Kultur und Wissen- schaft	203
III. Österreich-Bibliotheken.....	204
IV. Wissenschaft, Bildung und Sprache.....	205
1. Wissenschaft und Bildung	205
2. Sprache	206
V. Internationale Sportbeziehungen.....	207
VI. Multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit	207
VII. Die Auslandskulturpolitik im Rahmen der Europäischen Union	208
VIII. Interkultureller und interreligiöser Dialog	210
1. Vermittlung im „Karikaturenstreit“	210
2. Zweite europäische Iamekonferenz	211
3. Anna-Lindh-Stiftung	211
4. Interreligiöser Dialog der ASEM.....	211
L. Medien und Information.....	212
I. Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten.....	212
1. Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft	212
2. Preis zur Förderung der österreichisch-polnischen Beziehungen	212
3. Presserätetagung.....	212
4. Internet.....	212
5. Publikationen	213
6. Bürgerservice-Offensive	213
II. „Europa vermitteln“	213
M. Der österreichische auswärtige Dienst.....	215
I. Einleitung.....	215
II. Vertretungsbehörden – Honorarkonsulate.....	215
III. Immobilienverwaltung und Bauangelegenheiten	215
IV. Aufnahme in den auswärtigen Dienst.....	216
V. Personal.....	216
VI. Budget	218
VII. Informationstechnologie.....	219
VIII. Informationsvermittlung.....	219

Inhaltsverzeichnis

IX. Organisationsplan des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten.....	222
X. Österreichische Berufsvertretungen – DienststellenleiterInnen.	224
Anhang	229
I. Länderinformationen	229
II. Besuche von VertreterInnen europäischer Institutionen während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft.....	382
III. Österreich und die Staatenwelt.....	386
IV. Diplomatisches und konsularisches Korps in Österreich	391
V. Wien als Sitz Internationaler Organisationen	392
VI. Diplomatische Akademie	395
VII. Österreich in Internationalen Organisationen.....	396
VIII. Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien.....	412
SACHINDEX	434

Abkürzungsverzeichnis

AAI	Afro-Asiatisches Institut Wien
AAK	Allianz für die Zukunft des Kosovo
ABIS	Austria, Benelux, Ireland, Switzerland Österreich, Benelux, Irland, Schweiz [ICAO-Ländergruppe]
ABl	Amtsblatt der Europäischen Union [vor dem 1. Februar 2003: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften]
Abs	Absatz
Abt	Abteilung
ACF	Austrian Cultural Forum Österreichisches Kulturforum
ACO	Allied Command for Operations Alliiertes Kommando Operationsführung
a.D.	außer Dienst
ADA	Austrian Development Agency Österreichische Gesellschaft für Entwicklungszusammen- arbeit mit beschränkter Haftung
ADB	Asian Development Bank Asiatische Entwicklungsbank
ADEA	Association for the Development of Education in Africa Vereinigung für die Entwicklung der Bildung in Afrika
ADF-RDA	Alliance pour la Démocratie et la Fédération – Rassem- blement Démocratique Africain Allianz für Demokratie und Föderation – Afrikanisch- Demokratische Bewegung [Burkina Faso]
ADS	Approved Destination Status Status des „zugelassenen Reiseziels“
AECER	Associazione degli Enti Culturali Europei a Roma Vereinigung der europäischen Kulturinstitute in Rom
AEMM	ASEAN-EU Ministerial Meeting Ministertreffen ASEAN-EU
AfDB	African Development Bank Afrikanische Entwicklungsbank
AfDF	African Development Fund Afrikanischer Entwicklungsfonds
AFDRU	Austrian Forces Disaster Relief Unit Katastrophenhilfseinheit des Österreichischen Bundes- heeres
AFTA	Asean Free Trade Area Asiatisches Freihandelsabkommen
AG	Australia Group Australien-Gruppe

Abkürzungsverzeichnis

AHSt	Außenhandelsstelle
a.i.	ad interim
AIAM	Annual Implementation Assessment Meeting Jährliches Treffen zur Beurteilung der Durchführung
AIT	Asian Institute of Technology Asiatisches Technologieinstitut
AKP	Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten
AMIS	African Union Mission in Sudan Mission der Afrikanischen Union im Sudan
AMM	Aceh Monitoring Mission Aceh-Beobachtermission
AMSDE	Annual Meeting of Sustainable Development Experts Jahrestagung der ExpertInnen für Nachhaltige Entwick- lung
AMU	Arab Maghreb Union Arabische Maghreb-Union
ANC	African National Congress Afrikanischer Nationalkongress
AÖWB	Auslandsösterreicher-Weltbund
APEC	Asia-Pacific Economic Cooperation Asiatisch-Pazifische Wirtschaftliche Zusammenarbeit
ARF	ASEAN Regional Forum ASEAN-Regionalforum
Art	Artikel
ASEA-UNINET	Asean-European University Network Verband Südostasiatischer Nationen
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations Verband Südostasiatischer Nationen
ASEA-Uninet	Asean-European University Network Asiatisch-Europäisches Universitätsnetzwerk
ASEF	Asia Europe Foundation Asien-Europa-Stiftung
ASEM	Asia-Europe Meeting Asien-Europa-Treffen
ASO	Austrian Science and Research Liaison Office Österreichisches Verbindungsbüro für Wissenschaft und Forschung
ASRC	Annual Security Review Conference Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz
AStV	Ausschuss der Ständigen Vertreter
AsylG	Asylgesetz
ATAU	Anti-Trafficking Assistance Unit Unterstützungsgruppe zur Bekämpfung des Menschen- handels

Abkürzungsverzeichnis

ATS	Amphetamine-type Stimulants Amphetaminähnliche Stimulanzien
ATT	Arms Trade Treaty Waffenhandelsvertrag
ATU	Action against Terrorism Unit Gruppe Terrorismusbekämpfung
AU	African Union Afrikanische Union
AUA	Austrian Airlines
AUC	Autodefensas Unidas de Colombia Vereinigte Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens
AUCON	Austrian Contingent Österreichisches Kontingent
AUSBATT	Austrian Battalion Österreichisches Bataillon
AußHG	Außenhandelsgesetz
AußHV	Außenhandelsverordnung
AWEPA	Association of European Parliamentarians for Africa Vereinigung europäischer Parlamentarier für Afrika
B	Burgenland
BDIMR	Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte
BFW	Bundesforschung- und Ausbildungszentrum für Wald, Naturgefahren und Landschaft
BGBI	Bundesgesetzblatt
BINUB	United Nations Integrated Office in Burundi Integriertes Büro der Vereinten Nationen in Burundi
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BKA	Bundeskanzleramt
BMaA	Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
BMBWK	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
BMD	Ballistic Missile Defense Ballistische Raketenabwehr
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMI	Bundesministerium für Inneres
BMJ	Bundesministerium für Justiz
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
BMLV	Bundesministerium für Landesverteidigung
BMVIT	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
BMWA	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
BNE	Bruttonationaleinkommen

Abkürzungsverzeichnis

BOMCA	Border Management in Central Asia Grenzverwaltung in Zentralasien
BRZ	Bruttoraumzahl
BSE	Bovine Spongiforme Encephalopathie
BTWK	Convention on the Prohibition of the Development, Production and Stockpiling of Bacteriological (Biological) and Toxin Weapons and on Their Destruction Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
BWG	Bundesgesetz über das Bankwesen
BZÖ	Bündnis Zukunft Österreich
bzw.	beziehungsweise
CADAP	Central Asia Drug Action Programme Drogenaktionsprogramm für Zentralasien
CAFTA	Central American Free Trade Agreement Zentralamerikanisches Freihandelsabkommen
CAN	Comunidad Andina Andengemeinschaft
CARDS	Community Assistance for Reconstruction, Development and Stabilisation Gemeinschaftsunterstützung für Wiederaufbau, Entwicklung und Stabilisierung
CARICOM	Caribbean Community Karibische Gemeinschaft
CARIFORUM	Forum of the Caribbean ACP States Karibisches Forum der AKP-Staaten
CBD	Convention on Biological Diversity Konvention über die biologische Vielfalt
CCM	Chama Cha Mapinduzi Partei der Revolution [Tansania]
CCNM	Centre for Co-operation with Non-Members Zentrum für die Zusammenarbeit mit den Nicht-Mitgliedstaaten
CCPCJ	Commission on Crime Prevention and Criminal Justice Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege
CCWC	Convention on Prohibitions or Restrictions on the Use of Certain Conventional Weapons Which May Be Deemed to Be Excessively Injurious or to Have Indiscriminate Effects Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die

Abkürzungsverzeichnis

	übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können
CD	Conference on Disarmament Genfer Abrüstungskonferenz
CDM	Clean Development Mechanismus Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung
CDP	Congrès pour la Démocratie et le Progrès Kongress für Demokratie und Fortschritt [Burkina Faso]
CEATS	Central European Air Traffic Services Zentraleuropäische Flugsicherungsdienste
CEDAW	Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau
CEDRO	Centro de Información y Educación para la Prevención del Abuso de Drogas Bildungs- und Informationszentrum zur Vorbeugung des Drogenmissbrauchs
CEEPUS	Central European Exchange Programme of University Studies
CEFTA	Central European Free Trade Agreement Mitteleuropäisches Freihandelsabkommen
CENCOOP	Central European Nations' Cooperation in Peace Support Zentraleuropäische Kooperation zur Friedenssicherung
CEN-SAD	Community of Sahel-Saharan States Gemeinschaft der Sahel-Sahara-Staaten
CERF	Central Emergency Response Fund Zentraler Fonds für die Reaktion auf Notsituationen
CERN	European Organization for Nuclear Research Europäische Organisation für Kernforschung
CFC	Common Fund for Commodities Gemeinsamer Fonds für Rohstoffe
CFS	Committee on World Food Security Ausschuss für Welternährungssicherheit
CGIAR	Consultative Group on International Agricultural Research Beratungsgruppe für internationale Agrarforschung
CIA	Central Intelligence Agency Zentraler Nachrichtendienst
CICEB	Consociatio Institutorum Culturalium Europaeorum inter Belgas Vereinigung europäischer Kulturinstitute in Belgien
CICP	Centre for International Crime Prevention Zentrum für internationale Verbrechenverhütung

Abkürzungsverzeichnis

CIME	Committee on International Investment and Multinational Enterprises Ausschuss für internationale Investitionen und multinationale Unternehmen
CIMIC	Civil – Military Cooperation Zivil-militärische Zusammenarbeit
CIP	Competitiveness and Innovation framework Programme Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation
CITES	Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Flora and Fauna Washingtoner Artenschutzübereinkommen
CLC	Consulting and Research Center for Law and Institutions in Transition Countries Beratungs- und Forschungszentrum für Recht und Institutionen in Transformationsländern
CMCO	Civil-Military Coordination Zivil-militärische Koordination
CMIT	Committee on Capital Movements and Invisible Transactions Ausschuss für Kapitalbewegungen und Unsichtbare Transaktionen
CND	Commission on Narcotic Drugs Suchtstoffkommission
COAG	Committee on Agriculture Agrarausschuss
COHOM	Groupe de travail droits de l'homme Ratsarbeitsgruppe „Menschenrechte“
COMESA	Common Market for Eastern and Southern Africa Gemeinsamer Markt für das Östliche und Südliche Afrika
COMKFOR	Commander Kosovo Force Befehlshaber der Kosovo-Truppe
COP	Conference of the Parties Konferenz der Vertragsparteien
COPUOS	Committee on the Peaceful Uses of Outer Space Ausschuss für die friedliche Nutzung des Weltraums
CORET	Conifer Research and Training Partnership
COSAC	Conférence des organes spécialisés dans les affaires communautaires et européennes des parlements de l'Union européenne Konferenz der Gemeinschafts- und Europaausschüsse der Parlamente der Europäischen Union
COST	European Cooperation in the field of Scientific and Technical Research

Abkürzungsverzeichnis

	Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung
CPPNM	Convention on the Physical Protection of Nuclear Material Übereinkommen über den physischen Schutz von Kernmaterial
CREAF	Centre de réflexion Europe-Afrique pour la prévention des conflits Europäisch-Afrikanisches Zentrum für den Gedankenaustausch über Konfliktverhütung
CROMAC	Croatian Mine Action Center Kroatisches Minenaktionszentrum
CRT	Civilian Response Teams Zivile Krisenreaktionsteams
CSD	Commission on Sustainable Development Kommission für Nachhaltige Entwicklung
CSME	CARICOM Single Market and Economy CARICOM-Binnenmarkt und -Wirtschaftsraum
CSN	Comunidad Sudamericana de Naciones Südamerikanische Gemeinschaft der Nationen
CSocD	Commission on Social Development Kommission für Soziale Entwicklung
CSR	Corporate Social Responsibility Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen
CTBT	Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen
CTBT PrepCom	Preparatory Commission for the Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Organization Vorbereitungskommission für die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen
CTBTO	Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Organization Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen
CTC	Counter-Terrorism Committee Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus
CUF	Civic United Front Zivile Vereinte Front [Tansania]
CWK	Chemiewaffenkonvention
DA	Diplomatische Akademie
DAC	Development Assistance Committee Entwicklungshilfesausschuss [OECD]
DaF	Deutsch als Fremdsprache
DC	Development Centre Entwicklungszentrum

Abkürzungsverzeichnis

DCD	Development Co-operation Directorate Entwicklungsdirektorat
DDT	Dichlordiphenyltrichlorethan
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
DP	Demokratische Partei Albaniens
DPA	Darfur Peace Agreement Friedensabkommen für Darfur
DR-CAFTA	U.S.-Dominican Republic-Central America Free Trade Agreement Freihandelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten, der Dominikanischen Republik und Zentralamerika
DS	Demokratische Partei [Serbien]
DUI	Demokratische Union für die Integration [Mazedonien]
EAC	East African Community Ostafrikanische Gemeinschaft
EACA	EC-ASEAN Co-operation Agreement EG-ASEAN-Kooperationsvertrag
EAG	Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM)
EAGFL	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
EAPC	Euro-Atlantic Partnership Council Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat
EAS	East Asia Summit Ostasiengipfel
EASA	European Aviation Safety Agency Europäischer Behörde für die Luftfahrtsicherheit
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
ECA	European Commission on Agriculture Europäischer Landwirtschaftskommission
ECAP	European Capability Action Plan Europäischer Aktionsplan zu den Fähigkeiten
ECA	European Commission on Agriculture Europäischer Landwirtschaftskommission
ECCAS	Economic Community of Central African States Wirtschaftsgemeinschaft Zentralafrikanischer Staaten
ECLAC	Economic Commission for Latin America and the Carib- bean Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik
ECMWF	European Centre for Medium-Range Weather Forecasts Europäisches Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage
ECOSOC	Economic and Social Council Wirtschafts- und Sozialrat

Abkürzungsverzeichnis

ECOFIN	Council – Economic and Financial Questions Rat – Wirtschaft und Finanzen
ECOWAS	Economic Community Of West African States Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten
ECRI	European Commission against Racism and Intolerance Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz
ECSEE	Energy Community South East Europe Treaty Vertrag zur Energiegemeinschaft Südosteuropa
EDA	European Defence Agency Europäische Verteidigungsagentur
EDF	European Development Fund Europäischer Entwicklungsfonds
EDG	European Democrat Group Gruppe der Europäischen Demokraten [Europarat]
EEBC	Eritrea-Ethiopia Boundary Commission Grenzkommission für Äthiopien und Eritrea
EEF	European Development Fund Europäischer Entwicklungsfonds
EFTA	European Fair Trade Association Europäische Freihandelsassoziation
EG	Europäische Gemeinschaft
EIB	European Investment Bank Europäische Investitionsbank
EGF	European Globalisation adjustment Fund Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung
EGF	European Gendarmerie Force Europäische Gendarmeriekräfte
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EIB	European Investment Bank Europäische Investitionsbank
EIDHR	European Initiative for Democracy and Human Rights Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte
EIT	European Institute of Technology Europäisches Technologieinstitut
ELAK	Elektronischer Akt
ELN	Ejército de Liberación Nacional Heer zur Nationalen Befreiung [Kolumbien]
EMBC	European Molecular Biology Conference Europäischen Konferenz für Molekularbiologie
EMRK	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik

Abkürzungsverzeichnis

ENPI	Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument
ENVISAT	Environment Satellite Umweltsatellit
EOEP	Earth Observation Envelope Programme Erdbeobachtungsrahmenprogramm
EP	Europäisches Parlament
EPA	Economic Partnership Agreement Wirtschaftspartnerschaft-Abkommen
EPE	Energiepolitik für Europa
EPO	European Patent Office Europäisches Patentamt
EPP/CD	Group of the European People's Party/Christian Democrats Gruppe der Europäischen Volkspartei/Christdemokraten [Europarat]
EPU	European University Center for Peace Studies Europäisches Universitätszentrum für Friedensstudien
ERGEG	European Regulators Group for Electricity and Gas Gruppe der Europäischen Strom- und Erdgasregulierer
ERPA	Emission Reductions Purchase Agreement Abkommen zur Regelung des An- und Verkaufs von Emissionsminderungen
ESA	European Space Agency Europäische Weltraumbehörde
ESF	Europäischer Sozialfonds
ESPI	European Space Policy Institute Europäisches Institut für Weltraumpolitik
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
ETC	European Training Centre for Democracy and Human Rights Europäisches Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie
EU	Europäische Union
EU BAM	European Union Border Assistance Mission Mission der Europäischen Union zur Unterstützung des Grenzschutzes
EUEOM	European Union Election Observation Mission Wahlbeobachtungsmission der Europäischen Union
EUFOR	European Union Force Einsatzkräfte der Europäischen Union
EUFOR RD Congo	European Union military operation in support of the United Nations Organisation Mission in the Democratic Republic of the Congo (MONUC) during the election process

Abkürzungsverzeichnis

	Militärische Operation der Europäischen Union zur Unterstützung der Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC) während der Wahlen
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGI	Europäischer Gerichtshof erster Instanz
EU-LAC-Gipfel	Gipfeltreffen der EU und der Staaten Lateinamerikas und der Karibik
EUJUST	EU Rule of Law Mission Mission der Europäischen Union zur Stützung der Rechtsstaatlichkeit
EUMC	European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit
EUMETSAT	European Organisation for the Exploitation of Meteorological Satellites Europäische Organisation zur Nutzung meteorologischer Satelliten
EUMM	European Union Monitoring Mission Überwachungsmission der Europäischen Union
EUNIC	European Union National Institutes for Culture Nationale Kulturinstitute in der Europäischen Union
EUPAT	EU Police Advisory Team Mission Gruppe der EU-Polizeiberater
EUPM	European Union Police Mission Polizeimission der Europäischen Union
EUPOL	European Union Police Mission Polizeimission der Europäischen Union
EUPOL COPPS	European Union Police Mission for the Palestinian Territories Polizeimission der Europäischen Union für die Palästinensischen Gebiete
EURASEC	Eurasian Economic Community Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft
EURATOM	European Atomic Energy Community Europäische Atomgemeinschaft
EUREKA	Initiative für verstärkte technologische Zusammenarbeit in Europa
EUROCONTROL	European Organisation for the Safety of Air Navigation Europäische Organisation für die Sicherung des Luftverkehrs
EUROPOL	Europäisches Polizeiamt
EUSB	Sonderbeauftragte/r der Europäischen Union
EUPT	EU Planning Team EU-Planungsteam

Abkürzungsverzeichnis

EURALIUS	European Assistance Mission to the Albanian Justice System Europäische Unterstützungsmission für das albanische Justizsystem
EUSEC RD Congo	European Union mission to provide advice and assistance for security sector reform in the Democratic Republic of the Congo Beratungs- und Unterstützungsmission der Europäischen Union im Zusammenhang mit der Reform des Sicherheitssektors in der Demokratischen Republik Kongo
EUTELSAT	European Telecommunications Satellite Organization Europäische Organisation für Fernmeldesatelliten
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EUWI	Wasserinitiative der Europäischen Union
EVN	Energie-Versorgung Niederösterreich
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWSII	Europäisches Währungssystem
ex-FAR	ex-Forces armées rwandaises Ehemalige Ruandische Streitkräfte
EXPOMIN	Exposición Mundial para la Minería Latinoamericana Internationale Bergbauausstellung für Lateinamerika
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
EZA-G	Bundesgesetz über die Entwicklungszusammenarbeit
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations Erährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen
FARC	Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia Revolutionäre Bewaffnete Kräfte Kolumbiens
FATF	Financial Action Task Force on Money Laundering Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen gegen die Geldwäsche“
FBI	Federal Bureau of Investigation
FDLR	Forces démocratiques pour la libération du Rwanda Demokratische Kräfte für die Befreiung Ruandas
FIDAE	Feria Internacional del Aire y del Espacio Internationale Messe für Luft- und Raumfahrt
FMCT	Treaty banning the production of fissile material for nuclear weapons or other nuclear explosive devices Vertrag über das Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Kernwaffen oder andere Kernsprengkörper
FNL	Forces Nationales pour la Libération Nationale Befreiungskräfte [Burundi]

Abkürzungsverzeichnis

FPHC	Frontier Primary Health Care Medizinische Erstversorgung an den Grenzen
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FRELIMO	Frente de Libertacao de Mocambique Befreiungsfront von Mosambik
FRONTEX	Agence européenne pour la gestion de la coopération opérationnelle aux frontières extérieures des États membres de l'Union européenne Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäi- schen Union
FSK	Frauenstatuskommission
FTAA	Free Trade Area of the Americas Gesamtamerikanische Freihandelszone
GAM	Gerakan Aceh Merdeka Bewegung Freies Aceh
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GCC	Gulf Cooperation Council Golfkooperationsrat
GDPRD	Global Donor Platform for Rural Development Globale Geberplattform für den Bereich Ländliche Ent- wicklung
GEF	Global Environmental Facility Globale Umweltfazilität
GENDERNET	Network on Gender Equality Netzwerk zur Gleichstellung der Geschlechter
G.m.b.H.	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GFATM	Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria Globaler Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria
GFSE	Global Forum for Sustainable Energy Globales Forum über nachhaltige Energie
GK	Generalkonsulat
GMEF	Global Ministerial Environment Forum Globales Ministerforum Umwelt
GMES	Global Monitoring for Environment and Security Globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung
GPS	Global Positioning System Globales Positionsbestimmungssystem
G-4	Group of 4 Gruppe der 4
G-8	Group of 8 Gruppe der 8

Abkürzungsverzeichnis

G-77	Group of 77 Gruppe der 77
GRULAC	Group of Latin American and Caribbean States Gruppe der lateinamerikanischen und karibischen Staaten
GSTP	Global System of Trade Preferences Globales System der Handelspräferenzen
GSPV	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
GVO	Gentechnisch veränderte Organismen
HCOC	The Hague Code of Conduct against Ballistic Missile Proliferation Haager Verhaltenskodex gegen die Verbreitung ballistischer Flugkörper
HGK	Honorargeneralkonsulat
HIPC	Heavily Indebted Poor Countries Hochverschuldete arme Länder
HIV/AIDS	Human Immunodeficiency Virus/Acquired Immune Deficiency Syndrome Menschliches Immunschwäche-Virus /Erworbene Immunschwäche-Syndrom
HIFA	Harare International Festivals of the Arts
HK	Honorarkonsulat
HLS	High-Level Segment Hochrangiges Segment
HSN	Human Security Network Netzwerk Menschliche Sicherheit
HTP	Harmful Traditional Practices Traditionsbedingte Gewalt gegen Frauen
IAEO	Internationale Atomenergie-Organisation
IAF	International Arrangement on Forests Internationale Vereinbarung für Wälder
IBE	International Bureau of Education Internationales Bildungsbüro
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
ICAO	International Civil Aviation Organization Internationale Zivilluftfahrtorganisation
ICCM	International Conference on Chemicals Management Internationale Konferenz über Chemikalienmanagement
ICCPR	International Covenant on Civil and Political Rights Internationaler Pakte über bürgerliche und politische Rechte

Abkürzungsverzeichnis

ICI	International Compact with Iraq Internationaler Pakt mit Irak
ICIMOD	International Centre for Integrated Mountain Development Internationales Zentrum für integrierte Gebirgsentwicklung
ICMPD	International Centre for Migration Policy Development Internationales Zentrum für Migrationspolitikentwicklung
ICOM	International Council of Museums Internationaler Museumsrat
ICOMOS	International Council of Monuments and Sites Internationaler Rat für Denkmalpflege
ICPD	International Conference on Population and Development Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung
ICPDR	International Commission for the Protection of the Danube River Internationale Kommission zum Schutz der Donau
ICRW	International Convention for the Regulation of Whaling Internationales Walfangübereinkommen
ICTR	International Criminal Tribunal for Rwanda Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda
ICTY	International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien
IDB	Inter-American Development Bank Interamerikanische Entwicklungsbank
IDM	Institut für den Donauraum und Mitteleuropa
IEA	International Energy Agency Internationale Energieagentur
IFAD	International Fund for Agricultural Development Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung
IFC	International Finance Corporation Internationale Finanz-Corporation
IFRI	Institut Français des Relations Internationales Französisches Institut für Internationale Beziehungen
IGAD	Intergovernmental Authority on Development Zwischenstaatliche Behörde für Entwicklung
IGASOM	Peacekeeping Mission of IGAD in Somalia Friedenssicherungsmission der IGAD in Somalia
IGF	Internet Governance Forum Forum für Internet-Verwaltung
IGH	Internationaler Gerichtshof
IHR	International Health Regulations Internationale Gesundheitsregeln

Abkürzungsverzeichnis

IIASA	International Institute for Applied Systems Analysis Internationalen Institut für angewandte Systemanalyse
IIC	Independent Inquiry Committee Unabhängige Untersuchungskommission
IIEP	International Institute for Educational Planning Internationales Institut für Bildungsplanung
IIP	International Institute for Peace Internationales Institut für den Frieden
IIZ	Institut für Internationale Zusammenarbeit
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IKSD	Internationale Kommission zum Schutz der Donau
IKSR	Internationale Kommission zum Schutz des Rheins
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
ILC	International Law Commission Völkerrechtskommission
ILO	International Labour Organization Internationale Arbeitsorganisation
IMEC	Industrialized Market Economy Countries Industrialisierte Marktwirtschaftsländer
IMO	International Maritime Organization Internationale Seeschifffahrts-Organisation
INSTRAW	International Research and Training Institute for the Advancement of Women Internationales Forschungs- und Ausbildungsinstitut zur Förderung der Frau
INTOSAI	International Organization of Supreme Audit Institutions Internationale Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden
IOC	International Olympic Committee Internationales Olympisches Komitee
IOM	International Organization for Migration Internationale Organisation für Migration
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change Zwischenstaatliche Sachverständigengruppe über Klimaänderungen
IPA	Instrument for Pre-accession Instrument für die Heranführungshilfe
IPI	International Press Institute Internationales Presseinstitut
IPPC	International Plant Protection Convention Internationales Pflanzenschutzübereinkommen
IPTF	United Nations International Police Task Force Internationale Polizeieinsatztruppe der Vereinten Nationen
XXX	

Abkürzungsverzeichnis

IPU	Integrated Police Unit Integrierte Polizeieinheit
i.R.	in Ruhe
ISA	International Seabed Authority Internationale Meeresbodenbehörde
ISAF	International Security Assistance Force Internationale Sicherheitsbeistandstruppe
ISEA	International Symposium on Electronics Art
ISPA	Instrument for Structural Policies for Pre-Accession Strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
ITB	Internationale Toursimus-Börse
ITER	International Thermonuclear Experimental Reactor Internationaler Thermonuklearer Versuchsreaktor
ITF	Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance, and Research Arbeitsgruppe für Internationale Zusammenarbeit zum Holocaust: Bildung, Forschung und Gedenken
ITLOS	International Tribunal for the Law of the Sea Internationaler Seegerichtshof
ITPGR	International Treaty on Plant Genetic Resources for Food and Agriculture Internationaler Vertrag über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft
ITSO	International Telecommunications Satellite Organization Internationale Fernmeldesatellitenorganisation
ITU	International Telecommunication Union Internationale Fernmeldeunion
IWC	International Whaling Commission Internationale Walfangkommission
IWF	Internationaler Währungsfonds
JIPTC	Jordanian International Police Training Centre Jordanisches Internationales Polizeiausbildungszentrum
JIU	Joint Inspection Unit Gemeinsame Inspektionsgruppe
JPO	Junior Professional Officer Nachwuchskraft im Höheren Dienst
JREC	Johannesburg Renewable Energy Coalition Johannesburger Koalition für erneuerbare Energien
JVI	Joint Vienna Institute
K	Kärnten

Abkürzungsverzeichnis

KANU	Kenya African National Union Afrikanische Nationalunion Kenias
KF	Kulturforum
KFOR	Kosovo Force Kosovo-Truppe
KGRE	Kongress der Gemeinden und Regionen Europas
KKW	Kernkraftwerk/e
KLW	Kleinwaffen und leichte Waffen
KMU	Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen
KPC	Kommunistische Partei Chinas
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LA	Lauda Air
LAC	Latin America and Caribbean Lateinamerika und Karibik
LAVAK	Landesverteidigungsakademie
LDCs	Least Developed Countries Am wenigsten entwickelte Länder
LDC III	Third United Nations Conference on Least Developed Countries Dritte Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder
LDK	Demokratische Liga des Kosovo
LDR	Liberal, Democratic and Reformers' Group Gruppe der Liberalen, Demokraten und Reformer [Europarat]
LIPRODHOR	Ligue Rwandaise pour la Promotion et la Défense des Droits de l'Homme Liga Ruandas zum Schutz und zur Verteidigung der Menschenrechte
LRA	Lord's Resistance Army Widerstandsarmee des Herrn
LRTAP	Long-Range Transboundary Air Pollution Weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung
LSI	Sozialistische Bewegung für Integration [Albanien]
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam Befreiungstiger von Tamil Eelam
MAB	Man and the Biosphere Der Mensch und die Biosphäre
M.A.I.S.	Master of Advanced International Studies
MALCA	The Modern Austrian Literature and Culture Association
XXXII	

Abkürzungsverzeichnis

MANPADS	Man-Portable Air Defense Systems Schultergestützte Luftabwehrsysteme
MAS	Movimiento Al Socialismo Bewegung zum Sozialismus [Bolivien]
MCDU	Military and Civil Defense Unit Gruppe für militärische und Zivilschutzressourcen
MDC	Movement for Democratic Change Bewegung für Demokratischen Wandel
MEDA	Mésures d'accompagnement financières et techniques Finanzielle und technische Begleitmaßnahmen
MEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MERCOSUR	Mercado Común del Cono Sur Gemeinsamer Markt des Südens
MFA	Mercado Común del Cono Sur Gemeinsamer Markt des Südens
MIGA	Multilateral Investment Guarantee Agency Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur
MINUCI	Mission des Nations Unies en Côte d'Ivoire Mission der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire
MINUGUA	Mission de vérification des Nations Unies au Guatemala Verifikationsmission der Vereinten Nationen in Guatemala
MINURSO	Mission des Nations Unies pour l'organisation d'un référendum au Sahara occidental Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara
MINUSTAH	Mission des Nations Unies pour la stabilisation en Haiti Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti
Mio.	Millionen
MNF	Multinational Force Multinationale Truppe
MOEL	Mittel- und osteuropäische Länder
MONUC	Mission de l'Organisation des Nations Unies en République démocratique du Congo Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo
MOP	Meeting of the Parties Treffen der Vertragsparteien
MOTAPM	Mines other than Anti-Personnel Mines Minen, die keine Antipersonenminen sind
MRK	Menschenrechtskommission
MRR	Menschenrechtsrat
MTCR	Missile Technology Control Regime Trägertechnologie-Kontrollregime
MTD	Medizinisch-technische Dienste

Abkürzungsverzeichnis

MTF	Maritime Task Force Marineeinsatzverband
MVW	Massenvernichtungswaffen
N	Niederösterreich
NAC	New Agenda Coalition Neue Agenda Koalition
NAFTA	North American Free Trade Agreement Nordamerikanische Freihandelszone
NAM	Movement of Non-Aligned Countries Bewegung der nichtgebundenen Länder
NAPincl	National Action Plans on Social Inclusion Nationale Aktionspläne zur Sozialen Eingliederung
NARC	National Rainbow Coalition Nationale Regenbogenkoalition [Kenia]
NATO	North Atlantic Treaty Organisation Nordatlantikvertrags-Organisation
NCEP	National Civil Education Programme Nationales Ziviles Bildungsprogramm
NEEDS	Network of Europeans for Electoral and Democracy Support Netz von Europäern für die Unterstützung von Wahlen und Demokratie
NEPAD	New Partnership for Africa's Development Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas
NGO/s	Non-Governmental Organization/s Nicht-Regierungsorganisation/en
NÖ	Niederösterreich
NORAD	North American Aerospace Defense Command Nordamerikanisches Luftverteidigungskommando
NPT	Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen
NRF	NATO Response Force NATO-Eingreiftruppe
NSG	Nuclear Suppliers Group Gruppe der (wichtigsten) nuklearen Lieferländer
NTA	New Transatlantic Agenda Neue Transatlantische Agenda
O	Oberösterreich
ÖAD	Österreichischer Austauschdienst
ÖAI	Österreichisches Archäologisches Institut
OAS	Organization of American States Organisation Amerikanischer Staaten

Abkürzungsverzeichnis

OAU	Organization of African Unity Organisation der afrikanischen Einheit
ÖAW	Österreichische Akademie der Wissenschaften
ÖB	Österreichische Botschaft
ÖBTZ	Österreichisches Büro für technische Zusammenarbeit
OCHA	Office for the Coordination of Humanitarian Affairs Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten
ODCCP	Office for Drug Control and Crime Prevention Büro für Drogenkontrolle und Verbrechensverhütung
ODA	Official Development Assistance Öffentliche Entwicklungshilfe
ODIHR	Office for Democratic Institutions and Human Rights Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OeNB	Österreichische Nationalbank
OEZA	Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit
OFID	OPEC Fund for International Development OPEC-Fonds für Internationale Entwicklung
ÖGB	Österreichischer Gewerkschaftsbund
OHCHR	Office of the High Commissioner for Human Rights Amt der Hochkommissarin für Menschenrechte
ÖHI	Österreichisches Historisches Institut
ÖI	Österreich Institut
OIC	Organization of Islamic Conference Organisation der Islamischen Konferenz
ÖIES	Österreichisches Institut für Europäische Sicherheitspolitik
OIF	Organisation internationale de la Francophonie Internationale Organisation der Frankophonie
ÖIIP	Österreichisches Institut für Internationale Politik
ONUB	Opération des Nations Unies au Burundi Operation der Vereinten Nationen in Burundi
OPCW	Organization for the Prohibition of Chemical Weapons Organisation für das Verbot chemischer Waffen
OPS	Overarching Policy Strategy Umfassende Politische Strategie
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries Organisation der erdölausführenden Länder
ÖSD	Österreichisches Sprachdiplom
ÖSFK	Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung

Abkürzungsverzeichnis

ÖSFO	Ökosoziales Forum Österreich
OSI	Ost- und Südosteuropainstitut
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
ÖVP	Österreichische Volkspartei
ÖW	Österreich-Werbung
OZA	Ostzusammenarbeit
PAIGC	Partido Africano da Independência da Guiné e Cabo Verde Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea und Kap Verde
PAITHOM	Pakistan Austrian Institute for Tourism and Hotel Management
PaN	Partner aller Nationen
PAN	Partido Acción Nacional Partei der Nationalen Aktion [Mexiko]
PAP	Pan-African Parliament Pan-Afrikanisches Parlament
PAROS	Prevention of an Arms Race in Outer Space Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum
PASPA	Partenariat stratégique pour la paix Strategische Partnerschaft für den Frieden
PfP	Partnership for Peace Partnerschaft für den Frieden
PHARE	Action plan for coordinated aid to Poland and Hungary Aktionsplan für eine koordinierte Hilfe für Polen und Ungarn
PIC	Prior-Informed-Consent Vorherige Zustimmung nach Inkenntnissetzung
PISA	Programme for International Student Assessment Internationale Schulleistungsstudie
PKA	Partnerschafts- und Kooperationsabkommen
PLO	Palestine Liberation Organization Palästinensische Befreiungsorganisation
PNR	Passenger Name Records Fluggastdatensätze
PODEMOS	Poder Democrático y Social Demokratische und Soziale Kraft
POPs	Persistent Organic Pollutants Nicht abbaubare organische Schadstoffe
POVNET	Network on Poverty Reduction Netzwerk für Armutsbekämpfung
PRD	Partido de la Revolución Democrática Partei der Demokratischen Revolution [Mexiko]

Abkürzungsverzeichnis

PRSP	Poverty Reduction Strategy Papers Strategiepapiere zur Armutsminderung
PRT	Provincial Reconstruction Teams Regionale Wiederaufbauteams
PSK	Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee
PSS	Bewegung Kraft Serbiens
PSSH	Sozialistische Partei Albaniens
PTS	Provisional Technical Secretariat Provisorisches Technisches Sekretariat
PVÖ	Pensionistenverband Österreichs
RACVIAC	South-East European Regional Arms Control Verification And Implementation Assistance Center Regionales Unterstützungszentrum zur Implementierung von Rüstungskontrolle und Verifikation in Südosteuropa
RCC	Regional Co-operation Council Regionaler Kooperationsrat
RCF	Regulatory Cooperation Forum Forum für Regulierungszusammenarbeit
RCD	Rassemblement Constitutionnel Démocratique Konstitutionelle Demokratische Sammlung
REACH	Registration, Evaluation, Authorisation and Restrictions of Chemical Substances Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe
REEEP	Renewable Energy and Energy Efficiency Partnership Partnerschaft für erneuerbare Energie und Energieeffi- zienz
RIS	River Information Services Binnenschifffahrtswirtschaftsinformationsdienste
RL	Richtlinie
SAA	Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen
SAARC	South Asian Association for Regional Cooperation Südasiatischer Verband für Regionale Zusammenarbeit
SACU	Southern African Customs Union Südafrikanische Zollunion
SADC	Southern African Development Community Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika
SAICM	Strategic Approach to International Chemicals Manage- ment Strategisches Konzept für ein internationales Chemika- lienmanagement
SAP	Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess

Abkürzungsverzeichnis

SAPARD	Special Accession Programme for Agriculture and Rural Development Sonderprogramm für die Vorbereitung auf den Beitritt in den Bereichen Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
SARD	Sustainable Agriculture and Rural Development Nachhaltige Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung
SARS	Severe Acute Respiratory Syndrome Schweres akutes Atemnotsyndrom
Sbg	Salzburg
SCO	Shanghai Cooperation Organization Shanghai Organisation für Zusammenarbeit
SCSL	Special Court for Sierra Leone Sondergerichtshof für Sierra Leone
SDP	Sozialdemokratische Partei [Serbien]
SDPO	Serbische Demokratische Erneuerungsbewegung
SDSM	Sozialdemokratischer Bund für Mazedonien
SEECF	South-East European Cooperation Process Südosteuropäischer Kooperationsprozess
SEEMO	South East Europe Media Organisation Südosteuropäische Medienorganisation
SESAR	Système européen de nouvelle génération pour la gestion du trafic aérien Europäisches Flugverkehrsmanagementssystem der neuen Generation
SFOR	Stabilization Force Stabilisierungstruppe
SGCI	Secrétariat général du Comité interministériel pour les questions de coopération économique européenne Generalsekretariat des interministeriellen Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe Alliiertes Oberkommando Europas
SHIRBRIG	Standby Forces High Readiness Brigade Multinationale Brigade aus Eingreiftruppen hoher Bereitschaft
SICA	Sistema de la Integración Centroamericana Zentralamerikanisches Integrationsbündnis
SIPA	State Intelligence Protection Agency Staatsschutz
SIS	Schengener Informationssystem
SITCEN	EU Situation Centre EU-Lagezentrum
SLM/A	Sudan Liberation Movement/Army Befreiungsbewegung/-armee Sudans

Abkürzungsverzeichnis

SOC	Groupe Socialiste Sozialistische Gruppe [Europarat]
SP	Sozialistische Partei [Albanien]
SPE	Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament
SPIDER	United Nations Platform for Space-based Information for Disaster Management and Emergency Response Plattform der Vereinten Nationen für raumfahrtgestützte Informationen für Katastrophenmanagement und Notfall- maßnahmen
SPIS	Special Programmes in International Studies
SPLM/A	Sudan Peoples Liberation Movement/Army Sudanesische Volksbefreiungsbewegung/-armee
SPO	Serbische Erneuerungsbewegung
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SPS	Sozialistische Partei Serbiens
SRS	Serbische Radikale Partei
SRSG	Special Representative of the Secretary-General Sonderbeauftragter des Generalsekretärs
ST-EP	Sustainable Tourism – Eliminating Poverty Nachhaltiger Tourismus – Armutsbekämpfung
St	Steiermark
SVN	Satzung der Vereinten Nationen
SVP	Südtiroler Volkspartei
SWAC	Sahel and West Africa Club Klub für Sahel und Westafrika
SWAPs	Sector-wide approaches Sektorweite Ansätze
SWAPO	South West Africa People's Organization Südwestafrikanische Volksorganisation
SWISSCOY	Swiss Company Schweizer Kompanie
TABD	Transatlantic Business Dialogue Transatlantischer Wirtschaftsdialog
TACD	Transatlantic Consumer Dialogue Transatlantischer Verbraucherdialg
TAC	Treaty of Amity and Cooperation Freundschafts- und Kooperationsvertrag
TACIS	Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States Technische Unterstützung für die Gemeinschaft Unab- hängiger Staaten
TCPR	Triennial comprehensive policy review of operational activities for development of the United Nations system Dreijährliche umfassende Grundsatzüberprüfung der ope-

Abkürzungsverzeichnis

	rativen Entwicklungsaktivitäten des Systems der Vereinten Nationen
TEMPUS	Europaweites Programm zur Zusammenarbeit im Hochschulbereich
TEN	Transeuropäische Netze
TIEA	Trade and Investment Enhancement Agreement Handels- und Investitionsförderungsabkommen
TIM	Temporary International Mechanism Zeitlich befristeter internationaler Mechanismus
TLD	Transatlantic Legislators Dialogue Transatlantischer Dialog der Gesetzgeber
TOURCOM	First World Conference on Tourism Communications Erste Weltkonferenz über Tourismuskommunikation
TPB	Terrorism Prevention Branch Unterabteilung Terrorismusverhütung
TRACECA	Transport Corridor Europe Caucasus Asia Transportkorridor Europa-Kaukasus-Asien
TRIPs	Trade-related Aspects of Intellectual Property Rights Handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum
UAP	Umweltaktionsprogramm
UCK	Kosovo Befreiungsarmee
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UEFA	Union of European Football Associations Vereinigung Europäischer Fußballverbände
UEL	Group of the Unified European Left Gruppe der Vereinigten Europäischen Linken [Europarat]
UN	United Nations Vereinte Nationen
UNAIDS	Joint United Nations Programme on HIV/AIDS Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen für HIV/AIDS
UNAMA	United Nations Assistance Mission in Afghanistan Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan
UNAMI	United Nations Assistance Mission for Iraq Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak
UNAMSIL	United Nations Mission in Sierra Leone Mission der Vereinten Nationen in Sierra Leone
UNCCD	United Nations Convention to Combat Desertification in Those Countries Experiencing Serious Drought and/or Desertification, Particularly in Africa Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung in den von Dürre und/oder Wüsten-

Abkürzungsverzeichnis

	bildung schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika
UNCDF	United Nations Capital Development Fund Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen
UNCHS	United Nations Commission on Human Settlements Kommission der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht
UN-CMCoord	United Nations Civil Military Coordination Zivil-militärische Zusammenarbeit der Vereinten Nationen
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen
UNDAC	United Nations Disaster Assessment and Coordination teams Katastrophenabschätzungs- und Koordinierungsteams der Vereinten Nationen
UNDC	United Nations Disarmament Commission Abrüstungskommission der Vereinten Nationen
UNDCP	United Nations International Drug Control Programme Programm der Vereinten Nationen für internationale Drogenkontrolle
UNDOF	United Nations Disengagement Observer Force Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung
UNDP	United Nations Development Programme Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNECE	United Nations Economic Commission for Europe Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur
UNEO	United Nations Environment Organization Umweltorganisation der Vereinten Nationen
UNEP	United Nations Environment Programme Umweltprogramm der Vereinten Nationen
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Abkürzungsverzeichnis

UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen
UNFF	United Nations Forum on Forests Waldforum der Vereinten Nationen
UNFICYP	United Nations Peacekeeping Force in Cyprus Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern
UNFPA	United Nations Population Fund Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen
UN-Habitat	United Nations Human Settlements Programme Programm der Vereinten Nationen für menschliche Sied- lungen
UNHCR	Office of the United Nations High Commissioner for Refu- gees Amt des Flüchtlingshochkommissars der Vereinten Nati- onen
UNICEF	United Nations Children's Fund Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UNIDIR	United Nations Institute for Disarmament Research Institut der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung
UNIDO	United Nations Industrial Development Organization Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Ent- wicklung
UNIDROIT	Institut international pour l'unification du droit privé Internationales Institut für die Vereinheitlichung des Pri- vatrechts
UNIFEM	United Nations Development Fund for Women Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau
UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon
UNIKOM	United Nations Iraq-Kuwait Observation Mission Beobachtermission der Vereinten Nationen für Irak und Kuwait
UNIOSIL	United Nations Integrated Office in Sierra Leone Integriertes Büro der Vereinten Nationen in Sierra Leone
UNISPACE	United Nations Conference on the Exploration and Peace- ful Uses of Outer Space Konferenz der Vereinten Nationen über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums
UNMAS	United Nations Mine Action Service Dienst der Vereinten Nationen für Antiminenprogramme
UNMEE	United Nations Mission in Ethiopia and Eritrea Mission der Vereinten Nationen in Äthiopien und Eritrea

Abkürzungsverzeichnis

UNMIBH	United Nations Mission in Bosnia and Herzegovina Mission der Vereinten Nationen in Bosnien und Herzegowina
UNMIK	United Nations Interim Administration Mission in Kosovo Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo
UNMIL	United Nations Mission in Liberia Mission der Vereinten Nationen in Liberia
UNMIS	United Nations Mission in the Sudan Mission der Vereinten Nationen in Sudan
UNMISET	United Nations Mission of Support in East Timor Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Osttimor
UNMIT	United Nations Integrated Mission in Timor-Leste Integrierte Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste
UNMOVIC	United Nations Monitoring, Verification and Inspection Commission Überwachungs-, Verifikations- und Inspektionskommission der Vereinten Nationen
UNOCI	United Nations Operation in Côte d'Ivoire Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire
UNODC	United Nations Office on Drugs and Crime Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung
UNOMIG	United Nations Observer Mission in Georgia Beobachtermission der Vereinten Nationen in Georgien
UNOMSIL	United Nations Observer Mission in Sierra Leone Beobachtermission der Vereinten Nationen in Sierra Leone
UNOTIL	United Nations Office in Timor-Leste Büro der Vereinten Nationen in Timor-Leste
UNOWA	United Nations Office for West Africa Büro der Vereinten Nationen für Westafrika
UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten
UNTAET	United Nations Transitional Administration in East Timor Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen in Osttimor
UNTOC	United Nations Convention against Transnational Organized Crime Konvention der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität

Abkürzungsverzeichnis

UNTOP	United Nations Tajikistan Office for Peacebuilding Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Tadschikistan
UNTSO	United Nations Truce Supervision Organization Organisation der Vereinten Nationen zur Überwachung des Waffenstillstands
UNU	United Nations University Universität der Vereinten Nationen
UNV	United Nations Volunteers Programme Freiwilligenprogramm der Vereinten Nationen
UNWTO	World Tourism Organization Weltorganisation für Tourismus
UPC	Union des patriotes congolais Union Kongolesischer Patrioten
UPU	Universal Postal Union Weltpostverein
USAID	United States Agency for International Development Internationale Entwicklungsbehörde der Vereinigten Staaten
VAGR	Verteidigungsattaché Griechenland
Vbg	Vorarlberg
VFTC	Voluntary Fund for Technical Cooperation in the Field of Human Rights Freiwilliger Fonds für technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Menschenrechte
VIC	Vienna International Centre
VIDC	Vienna Institute for Development and Cooperation Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit
VMRO-DPMNE	Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für Mazedonische Nationale Einheit [Mazedonien]
VN	Vereinte Nationen
VN-GS	Generalsekretär der Vereinten Nationen
VN-GV	Generalversammlung der Vereinten Nationen
VN-SR	Sicherheitsrat der Vereinten Nationen
VO	Verordnung
VSAT	Very Small Aperture Terminal Sehr kleine Erdefunkstelle
W	Wien
WA	Wassenaar Arrangement
WAN	Wide Area Network Großräumiges Netzwerk

Abkürzungsverzeichnis

WEAG	Western European Armaments Group Westeuropäische Rüstungsgruppe
WEOG	Western Europe and Others Group Gruppe der westeuropäischen und anderen Staaten
WEU	Westeuropäische Union
WFP	World Food Programme Welternährungsprogramm
WHO	World Health Organization Weltgesundheitsorganisation
WIFI	Wirtschaftsförderungsinstitut
WIIW	Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche
WIPO	World Intellectual Property Organization Weltorganisation für geistiges Eigentum
WKÖ	Wirtschaftskammer Österreich
WMO	World Meteorological Organization Weltorganisation für Meteorologie
WSIS	World Summit on the Information Society Weltgipfel über die Informationsgesellschaft
WSSD	World Summit on Sustainable Development Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung
WTO	World Trade Organization Welthandelsorganisation
ZANU-PF	Zimbabwe African National Union – Patriotic Front Afrikanische Nationalunion von Simbabwe – Patriotische Front
ZC	Zangger Committee Zangger-Komitee
ZEI	Zentraleuropäische Initiative
ZKR	Zentralkommission für die Rheinschifffahrt
ZWD	Zimbabwe Dollar Simbabwe-Dollar

A. Österreich in der Europäischen Union

I. Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft

Österreich übernahm am 1. Jänner den Ratsvorsitz der Europäischen Union (EU) in einer schwierigen Phase der europäischen Integration: Im Frühjahr 2005 hatten sich Frankreich und die Niederlande in Volksabstimmungen gegen die Ratifizierung des Verfassungsvertrags ausgesprochen. Darüber hinaus waren 2005 die Verhandlungen über die Finanzielle Vorausschau für 2007-2013 zunächst gescheitert. Erst Ende 2005 konnte eine Einigung unter den Mitgliedstaaten, jedoch noch nicht mit dem Europäischen Parlament erzielt werden. Unter den BürgerInnen verbreitete sich eine EU-skeptischere Stimmung.

Österreich war von Beginn seiner Ratspräsidentschaft an bestrebt, zu **mehr Vertrauen** in Europa, unter den Mitgliedstaaten ebenso wie zwischen der Union und ihren BürgerInnen, beizutragen. Die Gemeinsamkeiten auf europäischer Ebene sollten durch konkrete Vorhaben betont und der Mehrwert Europas für seine BürgerInnen hervorgehoben werden.

Der österreichische Ratsvorsitz setzte zudem gezielte Impulse in der Debatte über die **Zukunft Europas**: Die Frage der europäischen Identität war Gegenstand der internationalen Konferenz „**The Sound of Europe**“ in Salzburg vom 26.–28. Jänner, das Thema Subsidiarität jenes der Konferenz „**Europa fängt zu Hause an**“ in St. Pölten am 18. und 19. April.

Bei der Frühjahrstagung des Europäischen Rats am 23. und 24. März gelang es, neue Akzente für mehr **Wachstum und Beschäftigung** in Europa zu setzen. Die gefassten Beschlüsse betrafen insbesondere Maßnahmen zugunsten der Kleinstunternehmen sowie kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die Forschungs- und Innovationspolitik sowie Beschäftigungsmöglichkeiten, vor allem für junge Menschen, im Sinne der Strategie „Flexibilität durch Sicherheit“, wobei unter anderem konkrete europaweite Beschäftigungsziele festgelegt wurden.

Die politische Einigung über die **Dienstleistungsrichtlinie** schuf neue Chancen bei gleichzeitiger Vermeidung von Sozial- und Lohndumping, insbesondere für KMU. Ziel der Richtlinie ist die Beseitigung rechtlicher und administrativer Hindernisse zwischen den Mitgliedstaaten bei der Erbringung von grenzüberschreitenden Dienstleistungen, ohne das soziale Gefüge zu stören.

Darüber hinaus wurden beim Frühjahrsgipfel die Grundlagen für eine **Energiepolitik** der EU gelegt, eine der bedeutendsten Weichenstellungen dieser Ratspräsidentschaft. Auslösendes Moment war die Entscheidung Russlands, Gaslieferungen an die Ukraine am 1. Jänner vorerst einzustellen. Das Thema Energie bleibt weiterhin eine Herausforderung für die EU: Die Energie-

politik soll die Transparenz der Märkte erhöhen und Abhängigkeiten verringern.

Im April konnte eine endgültige Einigung über die **Finanzielle Vorausschau** zwischen dem Rat, dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission erzielt werden. Mit diesem Verhandlungserfolg wurde eine verbindliche Planungsgrundlage für die Finanzen der Union in den Jahren 2007-2013 geschaffen. In diesem Zeitraum werden 862 Milliarden Euro für europäische Aufgaben zur Verfügung stehen.

Nach intensiven Vorarbeiten wurde beim informellen Treffen der EU-AußenministerInnen in Klosterneuburg am 27. und 28. Mai in der Frage des **EU-Verfassungsvertrags** eine Verständigung über das weitere Vorgehen herbeigeführt.

Der zweite Europäische Rat unter österreichischer Präsidentschaft am 15. und 16. Juni bestätigte und konkretisierte diese „Choreographie“ der nächsten gemeinsamen Schritte und legte für die **weitere Zukunftsdebatte** einen zweigleisigen Ansatz fest:

Zum einen wird die konkrete Arbeit an einem „**Europa der Projekte**“ fortgeführt und intensiviert, um im Interesse der europäischen BürgerInnen die bestmögliche Nutzung der Möglichkeiten bei bestehender Vertragslage zu gewährleisten. Die Maßnahmen umfassen beispielsweise den Ausbau der Krisen- und Katastrophenreaktionsfähigkeit der EU zum Schutz ihrer BürgerInnen innerhalb oder außerhalb der Union; Maßnahmen zur Reduzierung der Verkehrstoten bis 2010; kundengerechte Verkehrsdienstleistungen; soziale Dienstleistungen von allgemeinem Interesse sowie ein besser koordiniertes Vorgehen bei der Bekämpfung seltener Krankheiten. Konkrete Fortschritte konnten auch bei der Einbindung der nationalen Parlamente in die europapolitische Arbeit und bei der Erhöhung der **Transparenz der Arbeiten des EU-Rats** erzielt werden: So beschloss der Europäische Rat, dass die Beratungen des Rats in allen Phasen des Mitentscheidungsverfahrens öffentlich zugänglich gemacht werden.

Zum anderen wurden die nächsten Schritte im **Verfassungsprozess** festgelegt: In der ersten Jahreshälfte 2007 soll die deutsche Ratspräsidentschaft dem Europäischen Rat einen Bericht vorlegen, der den Stand der Beratungen über den Verfassungsvertrag bewertet und mögliche künftige Entwicklungen aufzeigt. Die konkreten Schritte im Reformprozess sollen bis spätestens zum zweiten Halbjahr 2008 gesetzt werden.

Schließlich nahm der Europäische Rat in Aussicht, am 25. März 2007, dem 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römer Verträge, eine **Erklärung zu den europäischen Werten und den künftigen Herausforderungen für Europa** anzunehmen.

Der Europäische Rat kam bezüglich der **Erweiterung** überein, dass das Tempo der Erweiterung der Aufnahme-fähigkeit der Union Rechnung tragen

müsse. Er beauftragte die Europäische Kommission, bis Jahresende einen Bericht über alle Aspekte der Aufnahmefähigkeit der EU vorzulegen.

Im Juni konnte die politische Einigung für die vorwiegend unter österreichischer Präsidentschaft verhandelte **Komitologiereform** erzielt werden. Diese stellt einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der institutionellen Zusammenarbeit dar und ermöglicht dem Europäischen Parlament erstmals, in einem genau definierten Bereich ein tatsächliches Kontrollrecht über die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Durchführungsmaßnahmen auszuüben.

Die langjährigen Bemühungen Österreichs um eine Änderung der **Wegekostenrichtlinie** wurden unter österreichischem Ratsvorsitz zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht. In der neuen Richtlinie finden sowohl das Verursacherprinzip als auch der Grundsatz der Kostenwahrheit Berücksichtigung.

Auf **außenpolitischer Ebene** stellte die österreichische Präsidentschaft in einer Vielzahl von schwierigen Situationen ein kohärentes Auftreten der Union sicher. Dies betraf die Erdgaskrise zu Jahresbeginn ebenso wie diplomatische Zwischenfälle und Ausschreitungen wegen der Veröffentlichung von Mohammed-Karikaturen in dänischen Zeitungen, den Wahlsieg der Hamas, die Situation in Belarus und den Nuklearstreit mit dem Iran.

Einen besonderen außenpolitischen Schwerpunkt des österreichischen Vorsitzes stellte **Südosteuropa** dar: Jeder Staat des Westlichen Balkans konnte durch konkrete Schritte näher an die europäische Wertegemeinschaft herangeführt werden. Gemeinsames Ziel aller Mitgliedstaaten war und ist es, in einer lange von Krieg und Unfrieden beherrschten Region eine Zone des Friedens und der Stabilität zu schaffen. Das informelle Treffen der AußenministerInnen am 10. und 11. März in Salzburg war in erster Linie dieser Region gewidmet. Die Diskussionen mit den zu einer Konferenz am Rande des Treffens eingeladenen AmtskollegInnen aus den Staaten des Westlichen Balkans mündeten in die **Salzburger Erklärung** vom 11. März, welche die europäische Perspektive aller dieser Staaten bekräftigte. Sie wurde in weiterer Folge durch die Schlussfolgerungen des Europäischen Rats vom Juni bestätigt.

Auf **entwicklungspolitischem Gebiet** gelang die politische Grundsatzeinigung mit dem Europäischen Parlament über die Vereinfachung der gemeinschaftlichen Entwicklungsinstrumente. Der Ministerrat EG-AKP in Papua Neuguinea vom 2. Juni schloss unter dem Kovorsitz von Österreich und der Dominikanischen Republik die Verhandlungen über die Dotierung des 10. Europäischen Entwicklungsfonds (10. EEF) mit einer Höhe von 24,7 Milliarden Euro ab.

Insgesamt fanden unter österreichischem Vorsitz rund 200 Konferenzen mit Drittstaaten, darunter elf Gipfeltreffen und 45 Außenministertreffen statt. Die Höhepunkte waren dabei der **EU-Lateinamerika-Karibik-Gipfel** in Wien vom 11.–13. Mai, die größte internationale Veranstaltung in Öster-

reich seit dem Wiener Kongress im Jahre 1815, und der **EU-USA-Gipfel** vom 21. Juni. Die Dynamik der Beziehungen zwischen EU und USA, die in den letzten Jahren signifikant ausgebaut und vertieft worden waren, setzte sich auch unter österreichischer Präsidentschaft fort.

Organisation und Logistik der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft

Die Ratspräsidentschaft trägt gegenüber ihren Partnern in der EU auch die Verantwortung für die Erstellung eines konsistenten **Tagungskalenders** für die Ratsgremien und die vom Rat wahrzunehmenden Drittstaatsverpflichtungen. Sie hat darüber hinaus zahlreiche Verpflichtungen gegenüber dem Europäischen Parlament. Die Erweiterung der EU, die Ausweitung von Aufgaben der EU sowie komplexere institutionelle Zusammenhänge und Abläufe erhöhten den Planungs- und Organisationsbedarf der jeweiligen Ratspräsidentschaft erheblich. Für Österreich verdoppelte sich der organisatorisch-logistische Aufwand gegenüber dem ersten Ratsvorsitz 1998.

Allein **in Brüssel** waren im ersten Halbjahr **1.900 Sitzungen** auf allen Ebenen anzuberaumen – von Europäischen Räten über Ratstagungen auf Ministerebene bis zu Expertensitzungen und Treffen mit Drittstaaten. Rund 750 davon wurden von Angehörigen des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten geleitet. Bundesministerin Ursula Plassnik bzw. Staatssekretär Hans Winkler führten den Vorsitz bei sechs Tagungen des Rats Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen, zwei informellen Außenministertagungen in Österreich, elf Assoziations- bzw. Kooperationsräten, 16 Außenministertreffen im Troika-Format. Mitglieder der Bundesregierung vertraten den Rat gegenüber dem Plenum bzw. den Ausschüssen des Europäischen Parlaments in mehr als 100 Sitzungen. **In Österreich** wurden **265 Präsidentschaftsveranstaltungen** durchgeführt, davon 22 großformatige Konferenzen auf politischem Vertretungsniveau.

Jede EU-Ratspräsidentschaft bedeutet in erster Linie eine **Dienstleistung an der Europäischen Union**. Die sechs Monate der Ratspräsidentschaft trugen aber auch dazu bei, das positive Image Österreichs in der Welt zu festigen und weiter auszubauen. Die europäischen Partner haben Österreich für die Abwicklung der EU-Ratspräsidentschaft Anerkennung ausgesprochen.

II. Die Erweiterung der Europäischen Union

1. Bulgarien und Rumänien

Die Europäische Kommission hatte im Oktober 2005 Monitoring-Berichte über den Vorbereitungsstand Bulgariens und Rumäniens vorgelegt, wonach diese trotz erzielter Verbesserungen noch umfangreiche Anstrengungen – vor allem in den Bereichen Justiz- und Verwaltungsreform, Korruptionsbekämpfung, Agrar- und Veterinärwesen – für die Erreichung des Beitrittsziel-

datums, den 1. Jänner 2007, unternehmen müssten. Nach einem positiveren Zwischenbericht im Mai konnte die Europäische Kommission im September dank beträchtlicher Fortschritte in beiden Ländern am vertraglich vorgesehenen Beitrittsdatum festhalten. Sie verfügte jedoch aufgrund bestehender Restdefizite die Möglichkeit der Aktivierung von Schutzmaßnahmen, etwa in den zum Teil bereits aktivierten Bereichen Lebensmittelsicherheit oder Luftfahrtsicherheit, sowie eine spezielle Prüfung der Auszahlung von Fördermitteln. Darüber hinaus wurde für den besonders sensiblen Bereich Justiz und Inneres ein eigener Verifikationsmechanismus eingerichtet, mit dem die Erfüllung bestimmter Kriterien (benchmarks) überprüft wird.

Österreich schloss den erforderlichen innerstaatlichen Ratifikationsprozess im Juni ab, gab aber zur Vermeidung von Störungen in bestimmten empfindlichen Dienstleistungssektoren auf dem heimischen Arbeitsmarkt die Inanspruchnahme von Übergangsmaßnahmen im Bereich Arbeitnehmerfreizügigkeit bekannt.

2. Kroatien und Türkei

Der Europäische Rat vom 14. und 15. Dezember legte auf Grundlage eines Auftrags des Europäischen Rats vom Juni und auf Basis eines Sonderberichts der Europäischen Kommission über die **Aufnahmefähigkeit der EU** einen „erneuerten Konsens über die Erweiterung“ fest. Der Konsens sieht die Berücksichtigung wichtiger Elemente wie die Behandlung der Beitrittswerber nach Maßgabe eigener Verdienste sowie die Notwendigkeit einer breiten öffentlichen Zustimmung vor. Die Strategie bildet die Basis für die künftige Vorgangsweise im Erweiterungsprozess und beinhaltet auch das für Österreich wichtige Prinzip, demzufolge das Tempo der Erweiterung der Aufnahmefähigkeit der Union Rechnung tragen müsse. Zur Bewertung dieser Fähigkeit soll das von Österreich unterstützte Instrument der **Impact Studies** herangezogen werden, in denen die Europäische Kommission Aussagen über die Auswirkungen eines Beitritts für die wichtigsten Politikbereiche der EU treffen wird.

Nach der formellen Eröffnung der Beitrittsverhandlungen begann die Europäische Kommission mit der Prüfung der rechtlichen Bestimmungen der Kandidatenländer auf deren Vereinbarkeit mit dem gemeinschaftlichen Rechtsbestand, der in 35 Kapitel gegliedert ist (Acquis-Screening). Die Europäische Kommission legte für **Kroatien** Screening-Berichte über 22 der 35 Verhandlungskapitel vor. Das Screening-Verfahren wurde für 16 Kapitel abgeschlossen. Die Verhandlungen wurden für fünf Kapitel – Wissenschaft und Forschung, Bildung und Kultur, Wirtschaft und Währung, Unternehmen und Industrie sowie Zollunion – eröffnet und für die beiden ersten bereits vorläufig abgeschlossen. Die erste Beitrittskonferenz fand unter österreichischer EU-Ratspräsidentschaft statt.

Die Europäische Kommission legte für die **Türkei** Screeningberichte über 13 der 35 Verhandlungskapitel vor, wobei das Screening-Verfahren für fünf Kapitel abgeschlossen wurde. Ein Kapitel, Wissenschaft und Forschung, wurde eröffnet und vorläufig geschlossen. Die Gründe für den langsamen Fortgang sind im Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission zur Türkei vom November angeführt: deutliche Verlangsamung der Reformen im politischen Bereich – etwa bei der Meinungsäußerungs- und Religionsfreiheit, den Rechten der Frauen und Minderheitenrechten und der zivilen Kontrolle des Militärs – sowie der Annäherung an den Rechtsbesitzstand der EU; kein Einlenken in der Zypern-Frage. Letzteres betrifft die im Ankara-Protokoll übernommene Verpflichtung der Türkei, die Bestimmungen aus der mit der EU bestehenden Zollunion auch auf alle neuen Mitgliedsstaaten auszuweiten. Gemäß einer Erklärung der EU vom September 2005 haben Säumnisse unmittelbare Auswirkungen auf den Fortgang der Beitrittsverhandlungen. Demgemäß beschlossen die EU-AußenministerInnen im Dezember auf der Basis einer Empfehlung der Europäischen Kommission, die Verhandlungen über acht mit der Erfüllung des Ankara-Protokolls in Verbindung stehende Kapitel – Warenverkehrsfreiheit, Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit, Finanzdienstleistungen, Landwirtschaft, Fischerei, Verkehr, Zollunion sowie Außenbeziehungen – auszusetzen und keines der übrigen Kapitel vorläufig abzuschließen. Die für eine Aufhebung dieser Maßnahmen nötigen Fortschritte der Türkei sollen auf Basis jährlicher Berichterstattung der Europäischen Kommission überprüft werden.

Unter österreichischer Ratspräsidentschaft gelang ein Durchbruch bei den Bemühungen, die Folgen der gegenwärtigen Teilung Zyperns für die türkisch-zyprische Gemeinschaft zu mildern. Die lange umstrittene Verabschiedung einer Finanzhilfeverordnung zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der türkisch-zyprischen Volksgruppe im Februar ermöglichte die Freigabe von Mitteln in der Höhe von 259 Millionen Euro.

3. Die europäische Perspektive der Länder des Westlichen Balkans

Übergeordnetes Ziel des Engagements der EU im Westlichen Balkan ist die Förderung von Stabilität, Sicherheit und Wohlstand durch eine allmähliche Einbindung der Region in die europäischen Strukturen. In diesem Rahmen ist Österreich bestrebt, die Beziehungen der Länder des Westlichen Balkans mit der EU nachhaltig zu stärken und die EU-Perspektive dieser Staaten, die seit dem Jahr 2000 den Status „potenzieller Bewerberländer“ genießen, schrittweise zu verwirklichen. Die beim Westbalkan-Gipfel in Thessaloniki im Juni 2003 bekräftigte und ausgebaute Strategie der EU, umfassende Unterstützung bei ihrer Heranführung an die Union zu leisten, wurde im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses (SAP) weiter umgesetzt.

Die Erweiterung der Europäischen Union

Auf politischer Ebene war das vom österreichischen Ratsvorsitz organisierte informelle Treffen der EU-AußenministerInnen mit den Außenministern der Staaten des Westlichen Balkans in Salzburg am 11. März von großer Bedeutung. Dabei wurde die europäische Perspektive der Staaten der Region in der **Salzburger Erklärung** bekräftigt. Eine der wesentlichen Grundlagen dieses Treffens stellte die von der Europäischen Kommission am 27. Jänner vorgestellte Mitteilung „Der westliche Balkan auf dem Weg in die EU: Konsolidierung der Stabilität und Steigerung des Wohlstands“ dar. Darin wurden die Entwicklungen seit dem Gipfeltreffen in Thessaloniki bewertet und konkrete Maßnahmen zur Verstärkung der Politik und der Instrumente der EU dargelegt.

Für die Annäherung an die EU gilt das im Erweiterungs-Strategiepapier der Europäischen Kommission vom November 2005 bekräftigte Prinzip, demzufolge das Tempo eines Landes von dessen individuellen Reformfortschritten abhängt. Neben dem Abschluss eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA) werden für die EU ein zufrieden stellendes Ergebnis bei der Umsetzung der SAA-Verpflichtungen und die uneingeschränkte Zusammenarbeit eines jeden Staates mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) wesentliche Kriterien für die Behandlung jedweden Beitrittsantrags sein.

Das am 1. Februar 2005 in Kraft getretene SAA mit **Kroatien** wird bis zu dessen Beitritt den Rahmen für die Beziehungen des Landes mit der EU bilden. Das zweite Treffen des unter diesem Abkommen eingerichteten Stabilisierungs- und Assoziierungsrates fand in Luxemburg am 10. April statt. Bundesministerin Ursula Plassnik leitete in ihrer Eigenschaft als Ratsvorsitzende die EU-Delegation.

Für **Mazedonien** stellt die Umsetzung der Verpflichtungen aus dem seit 1. April 2004 in Kraft stehenden SAA die wesentliche Herausforderung dar. Der Europäische Rat vom Dezember 2005 erkannte dem Land den Status eines Beitrittskandidaten zu, knüpfte die Eröffnung konkreter Beitrittsverhandlungen jedoch an die Erfüllung einer Reihe weiterer Bedingungen.

Mit **Albanien** konnten die seit Anfang 2003 laufenden SAA-Verhandlungen während des österreichischen EU-Ratsvorsitzes abgeschlossen werden. Das SAA wurde in Luxemburg am 12. Juni unterzeichnet. Bis zu seinem Inkrafttreten, das die Ratifizierung durch alle EU-Mitgliedstaaten voraussetzt, finden die handelsrelevanten Bestimmungen des Vertrags in Form eines am 1. Dezember in Kraft getretenen Interimsabkommens bereits Anwendung.

Die mit **Serbien** und Montenegro im Oktober 2005 eröffneten SAA-Verhandlungen wurden von der Europäischen Kommission aufgrund der unterbliebenen uneingeschränkten Zusammenarbeit Serbiens mit ICTY im Mai ausgesetzt. Im Juni wurde die Staatenunion zwischen Serbien und Montenegro mit der Unabhängigkeitserklärung Montenegros aufgelöst. Die

EU beabsichtigt die Wiederaufnahme der SAA-Verhandlungen mit Serbien, sobald dessen uneingeschränkte Zusammenarbeit mit ICTY festgestellt wird.

Mit dem seit Juni unabhängigen **Montenegro** wurden im September SAA-Verhandlungen aufgenommen, die inhaltlich eine Fortführung der im Mai unterbrochenen Gespräche mit Serbien und Montenegro darstellten. Sie verliefen zügig und erfolgreich, weshalb mit einem Vertragsabschluss im Jahr 2007 gerechnet werden kann.

Die im November 2005 mit **Bosnien und Herzegowina** aufgenommenen SAA-Verhandlungen sind weit fortgeschritten. Deren Abschluss erfordern jedoch noch weitere Reformen Bosnien und Herzegowinas, etwa die Umsetzung einer Polizeireform.

4. Außenhilfeprogramme und Verwaltungspartnerschaften der Europäischen Union

Das EU-Außenhilfe-Programm „Gemeinschaftsunterstützung für Wiederaufbau, Entwicklung und Stabilisierung“ (**CARDS**) unterstützte die Länder des Westlichen Balkans in ihrer Heranführung an die EU durch Projekte in Bereichen wie Infrastruktur, Bildung, Umwelt und Verwaltungsaufbau im Zeitraum 2000-2006 mit insgesamt 4,65 Milliarden Euro. Österreich leistete mit der Beteiligung an CARDS-Projekten konkrete Unterstützung im Erweiterungsprozess.

Nachdem das **österreichische Twinning-Engagement** im Vorjahr zu einem Rekordergebnis geführt hatte, konnten wieder zahlreiche Erfolge verbucht werden: Österreich bekam den Zuschlag für insgesamt 29 Projekte mit einem Gesamtvolumen von mehr als 18 Millionen Euro. Länderschwerpunkte waren dabei Kroatien, Malta und Rumänien. Seit dem Start von Twinning-Programmen im Jahre 1997 wurden Österreich für 176 derartige Partnerschaften mehr als 88 Millionen Euro zuerkannt.

Im Juni wurde eine Verordnung zur Ablöse der bisherigen Instrumente für die Heranführungshilfe – Aktionsplan für eine koordinierte Hilfe für Polen und Ungarn (PHARE), Strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt (ISPA), Sonderprogramm für die Vorbereitung auf den Beitritt in den Bereichen Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (SAPARD), Finanzielle Heranführungshilfe für die Türkei und CARDS – durch ein einheitliches Instrument, dem Instrument für die Heranführungshilfe (**IPA**) angenommen. Sie bildet die rechtliche Grundlage für die künftige Unterstützung der Kandidatenländer Kroatien, Mazedonien und Türkei sowie der potenziellen Kandidatenländer Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro sowie Serbien einschließlich Kosovo auf ihrem Weg der Annäherung an die EU.

5. Stabilitätspakt für Südosteuropa

Der Stabilitätspakt für Südosteuropa konzentrierte sich unter der Leitung des wiederbestellten Sonderkoordinators Erhard Busek neben zahlreichen inhaltlichen Vorhaben auf die Vorbereitungen für einen Transfer seiner Kernagenden in die Eigenverantwortung der Länder der Region. Die wichtigste Vorentscheidung dazu wurde bei dem während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft in Belgrad abgehaltenen Regionaltisch, dem höchsten Gremium des Stabilitätspaktes, getroffen. Ab Mitte 2008 soll an die Stelle des Stabilitätspaktes ein eng mit dem Südosteuropäischen Kooperationsprozess (SEECP) verzahnter Regionaler Kooperationsrat (**RCC**) treten. Die EU soll über Ratsvorsitz und Europäische Kommission weiter eingebunden bleiben, weiters können interessierte Geberländer Partner im RCC werden. Österreich bekundete ein diesbezügliches Interesse. Dem Stabilitätspakt gelang ein bedeutender Erfolg bei der Förderung des wirtschaftlichen Zusammenhalts der Region: Ein multilaterales regionales Freihandelsabkommen („**CEFTA neu**“) wurde auf dessen Initiative im Dezember in Bukarest unterzeichnet, die maßgeblich auch von der Europäischen Kommission unterstützt worden war.

III. Die Reform der Europäischen Union und ihrer Institutionen

1. Die Debatte über die Zukunft Europas

Der Europäische Rat hatte im Juni 2005 eine **Reflexionsphase** zum EU-Verfassungsvertrag beschlossen. Eine Bewertung der einzelstaatlichen Debatten und eine Entscheidung über die weitere Vorgangsweise sollte am Ende der österreichischen Ratspräsidentschaft vorgenommen werden.

Bereits die erste große Konferenz der österreichischen Ratspräsidentschaft bildete den Auftakt zu einer breit angelegten Diskussion über die grundlegenden Fragen der Zukunft Europas: Die Konferenz „**The Sound of Europe**“ fand zum 250. Jahrestag der Geburt von Wolfgang Amadeus Mozart in dessen Geburtsstadt Salzburg am 27. und 28. Jänner statt und wurde von der Europäischen Kommission sowie vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss unterstützt. Sie schloss an eine Reihe von Veranstaltungen der niederländischen Ratspräsidentschaft unter dem Titel „Europe. A beautiful idea?“ an und bot VertreterInnen der Zivilgesellschaft sowie von Politik, Kunst und Wissenschaft ein Forum zur Diskussion über die europäische Identität sowie über Fragen der Kultur. Bundeskanzler Wolfgang Schüssel definierte Frieden, Demokratie und Solidarität, soziale Marktwirtschaft, soziale Kohäsion und nachhaltigen Umweltschutz als zentrale Aspekte des europäischen Lebensmodells. Eine Reihe weiterer TeilnehmerInnen setzte sich mit der Vertrauenskrise der BürgerInnen gegenüber der Europäischen Union und dem vielfach festzustellenden Europa-Pessimismus

auseinander. Mehrfach wurde der Wunsch geäußert, Europa auch emotional stärker zu vermitteln.

Das österreichische Parlament, das Bundeskanzleramt und die Niederösterreichische Landesregierung luden zur Konferenz „**Europa fängt zu Hause an**“ in St. Pölten am 18. und 19. April ein, bei der alle EU-Institutionen höchstrangig vertreten waren. Sie diskutierten zusammen mit ParlamentarierInnen und RegierungsvertreterInnen aus den 25 EU-Mitgliedstaaten und den beitretenden Ländern Bulgarien und Rumänien über mögliche Verbesserungen bei der Anwendung des Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzips. Die Mehrheit der KonferenzteilnehmerInnen sprach sich für eine stärkere Berücksichtigung des Grundsatzes der „sachgerechten Aufgabenverteilung“ aus. Die Konferenz rückte den Zusammenhang zwischen Subsidiarität und bürgernahe Politik sowie zwischen Subsidiarität und Verbesserung der Rechtsetzung wieder stärker in den Blickpunkt und regte an, die nationalen Parlamente sowie Regionen und Kommunen stärker und frühzeitiger in die Subsidiaritätsprüfung einzubinden. Als Reaktion auf die Konferenz ging die Europäische Kommission die allseits begrüßte Selbstverpflichtung ein, ihre Rechtsetzungsvorschläge künftig direkt an die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten zu senden und ihnen Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben.

Am Europatag, dem 9. Mai, unterstützte die Ratspräsidentschaft in ausgesuchten Kaffeehäusern der EU-Hauptstädte Lesungen bekannter SchriftstellerInnen, animierte unter dem Motto „**Café d'Europe**“ Diskussionen zum Thema Europa und nutzte die europäische Tradition der Kaffeehäuser als Treffpunkte für Unterhaltung und Diskussion.

Diese Veranstaltungen sollten in ihrer Unterschiedlichkeit zu einer Verbreiterung und Vertiefung der Diskussion über die Zukunft Europas beitragen und damit zu mehr Klarheit über den künftigen Kurs der europäischen Integration führen.

Die österreichische Ratspräsidentschaft lud die EU-AußenministerInnen in **Klosterneuburg** am 27. und 28. Mai zu einem informellen Treffen, dessen Schwerpunkte auf den Themen Zukunft Europas und Erweiterung lagen. Die offene Diskussion der EU-AußenministerInnen über den EU-Verfassungsvertrag in Klosterneuburg stellte einen wichtigen Erfolg dar und brachte die Befassung mit dem Vertrag wieder in Gang. Die EU-AußenministerInnen befürworteten eine Verlängerung und stärkere Fokussierung der Reflexionsphase. Daneben wurden praktische Verbesserungen der Funktionsweise der EU diskutiert, die auf Basis der geltenden Verträge umgesetzt werden können.

Der Europäische Rat einigte sich daraufhin am 15. und 16. Juni auf einen zweigleisigen Ansatz zur Fortsetzung des Reformprozesses der europäischen Integration (siehe Kapitel A.I.). Hatte die Reflexionsphase ab Juni 2005 unter dem Motto „**Europa hört zu**“ gestanden, so beschloss der Euro-

päische Rat im Juni unter der Überschrift „**Europa handelt**“ eine breite Palette von Vorhaben, die auf Basis der geltenden Verträge zu den von den BürgerInnen erwarteten konkreten Fortschritten in wesentlichen Bereichen führen sollen. Parallel dazu wurde der Vorsitz aufgefordert, im Juni 2007 nach ausführlichen Konsultationen mit den EU-Mitgliedstaaten einen Bericht mit der Bewertung des Stands der Beratungen über den Verfassungsvertrag vorzulegen und mögliche künftige Entwicklungen aufzuzeigen.

Die finnische Ratspräsidentschaft führte in der zweiten Jahreshälfte zum EU-Verfassungsvertrag erste Konsultationen mit den EU-Mitgliedstaaten durch, deren Ergebnisse an die deutsche Ratspräsidentschaft weitergereicht wurden.

Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Margot Wallström, legte einen Bericht über die Nachteile für die Union im November vor, die aufgrund des unterbliebenen, für 2006 geplanten Inkrafttretens des EU-Verfassungsvertrags erwachsen. Der Bericht stellte dadurch implizit auch die derzeitigen Defizite der EU in wesentlichen Bereichen wie Sicherheit, Grundrechte, Energie, Gesundheit und Soziales, Außenpolitik sowie partizipativer Demokratie dar.

Das Europäische Parlament bezeichnete in einer EntschlieÙung vom 13. Dezember den Abschluss des Verfassungsprozesses mit dem Ziel einer effizienteren, transparenteren und demokratischeren Union als unabdingbare Voraussetzung für künftige Erweiterungen der EU.

2. Überblick über den Ratifikationsprozess des Verfassungsvertrags

In Österreich war der Verfassungsvertrag sowohl durch den Nationalrat als auch durch den Bundesrat mit deutlicher Mehrheit angenommen und am 17. Juni 2005 in Rom hinterlegt worden.

Ende des Jahres hatten insgesamt 14 Mitgliedstaaten den Vertrag über eine Verfassung für Europa ratifiziert: Belgien, Estland, Finnland, Griechenland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Österreich, Slowenien, Spanien, Ungarn und Zypern. In Deutschland und der Slowakei hatten die Parlamente die Ratifikation genehmigt, doch war die Unterzeichnung der Ratifikationsurkunden noch nicht erfolgt, da nationale höchstgerichtliche Entscheidungen über die Rechtmäßigkeit der Ratifikationsverfahren anhängig waren.

Nachdem der Verfassungsvertrag in Referenden in Frankreich und den Niederlanden 2005 abgelehnt worden war, verschoben Dänemark, Großbritannien, Irland, Polen, Portugal, Schweden und Tschechien ihre Ratifikationsverfahren auf unbestimmte Zeit.

Mit dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens, die den Verfassungsvertrag *uno actu* mit ihrem Beitrittsvertrag ratifizierten, erhöht sich die Zahl der Ratifikantenstaaten ab 1. Jänner 2007 auf zwei Drittel der Mitgliedstaaten.

IV. Die Politiken der Europäischen Union

1. Die Rolle Österreichs in den europäischen Institutionen

Benita Ferrero-Waldner ist seit 22. November 2004 Mitglied der Europäischen Kommission. Ihr Aufgabengebiet umfasst die Außenbeziehungen der Union sowie die Europäische Nachbarschaftspolitik. Zu Jahresende waren 446 ÖsterreicherInnen, darunter ein Generaldirektor, in der Europäischen Kommission tätig, dies entspricht einem Anteil von 2%. Im Vergleich dazu beträgt der Bevölkerungsanteil Österreichs an der Gesamtbevölkerung der EU 1,78%. Ebenso ist Österreich bei den Leitungsfunktionären im Generalsekretariat des Rats mit einem hohen Anteil repräsentiert.

Hubert Weber, der 2002 seine zweite sechsjährige Amtsperiode als Mitglied des europäischen Rechnungshofs angetreten hatte, wurde am 14. Jänner 2005 für drei Jahre zum Präsidenten dieses Organs gewählt. Österreich stellt mit Peter Jann und Josef Azizi je einen Richter beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) bzw. beim Europäischen Gericht erster Instanz (EuGI). Azizi wurde 2004 wieder nominiert. Christine Stix-Hackl war von Oktober 2000 bis Oktober 2006 Generalanwältin im EuGH. Bis Oktober leitete Anne-Marie Sigmund als Präsidentin den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss. Gertrude Tumpel-Gugerell ist seit 2003 österreichisches Mitglied im Direktorium der Europäischen Zentralbank.

1.1. Europäisches Parlament

Zur Vorbereitung der besonders intensiven Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament, die aufgrund der im Vergleich zu nationalen Parlamenten weniger ausgeprägten Fraktionsbindung stark auf persönlicher Kontaktpflege beruht, lud die künftige österreichische Präsidentschaft zu insgesamt zwölf Treffen mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments nach Wien. Bei diesen Tagungen und bei über 90 weiteren Einzelkontakten in Brüssel und Strassburg konnte Österreich sein Präsidentschaftsprogramm mit den wichtigsten AkteurInnen im Europäischen Parlament detailliert besprechen, darunter mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, mit dessen Generalsekretär sowie mit VertreterInnen der Fraktionen und Ausschüsse. Als Auftakt zum österreichischen Ratsvorsitz traf die gesamte österreichische Bundesregierung am 19. Dezember 2005 mit der Konferenz der PräsidentInnen und Fraktionsvorsitzenden des Europäischen Parlaments zur Abstimmung der Präsidentschaftsvorhaben zusammen.

Für die Zeit der Präsidentschaft vertrat Österreich den Rat im Europäischen Parlament. Bundespräsident Heinz Fischer hielt am 15. Februar eine feier-

liche Rede vor der Plenarversammlung des Europäischen Parlaments. Bundeskanzler Wolfgang Schüssel traf insgesamt zwölfmal mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments zusammen, um Angelegenheiten des Ratsvorsitzes darzulegen. Bundesministerin Ursula Plassnik und Staatssekretär Hans Winkler trafen mit dem Europäischen Parlament mehr als 20-mal zusammen. Insgesamt nahmen Mitglieder der österreichischen Bundesregierung während der Präsidentschaft mehr als 60-mal an Debatten im Plenum teil. Laufende informelle Kontakte und Verhandlungstreffen ergänzten die überaus enge Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament und führten zu zahlreichen konkreten Fortschritten, von denen die wichtigsten die Finanzielle Vorausschau einschließlich der Finanzinstrumente für die Außenpolitik, die Dienstleistungsrichtlinie, die neue Komitologieregelung sowie den Abschluss einer Reihe von Vermittlungsverfahren betrafen.

1.2. Europäischer Gerichtshof und Europäisches Gericht erster Instanz

Die Vertretung der Republik Österreich vor dem EuGH und EuGI wird von Prozessbevollmächtigten des Verfassungsdiensts des Bundeskanzleramts wahrgenommen. Österreichische Gerichte leiteten zehn neue Vorabentscheidungsverfahren ein, in denen der EuGH durch ein nationales Gericht zum Zweck der Auslegung von Gemeinschaftsrecht angerufen wird.

Ende des Jahres waren gegen die Republik Österreich zehn Verfahren wegen behaupteter Verstöße gegen Gemeinschaftsrecht anhängig. Diese Vertragsverletzungsverfahren betreffen die mangelhafte Umsetzung der Richtlinie (RL) 2003/98/EG über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors; die Schlechtumsetzung der RL 2000/52/EG über die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und den öffentlichen Unternehmen; die Nichtnotifizierung der Umsetzung der RL 2001/45/EG über Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Benutzung von Arbeitsmitteln durch Arbeitnehmer bei der Arbeit; die Nichtmitteilung von Maßnahmen zur Umsetzung der RL 2003/105/EG zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen; die Nichtnotifizierung der Umsetzungsmaßnahmen zu RL 2003/4/EG über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen; die Frage von Liquiditätsreserven von Kreditinstituten bei Zentralinstituten (§ 25 Abs 13 BWG); bilaterale österreichische Investitionsabkommen hinsichtlich der Vereinbarkeit mit dem Gemeinschaftsrecht; Bedingungen für die Anerkennung privater Kontrolleinrichtungen im Bereich des biologischen Landbaus; die mangelhafte Umsetzung der RL 92/43 über die Erhaltung natürlicher Lebensräume sowie wildlebender Tiere und Pflanzen sowie schließlich die mangelhafte Umsetzung der RL 79/409 über die Erhaltung wildlebender Vogelarten.

In zehn Verfahren ergingen Urteile des Gerichtshofs, in denen ein Verstoß der Republik Österreich gegen Gemeinschaftsrecht festgestellt worden war. Diese betrafen das Sitzfordernis für Kesselprüfstellen; die Nichtmitteilung von Umsetzungsmaßnahmen zur RL 2003/9/EG zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern; die Nichtmitteilung von Umsetzungsmaßnahmen zur RL 2002/49/EG über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm; die Nichtumsetzung der RL 96/82 „Seveso II“; die Befreiung von der Steuerpflicht für in Österreich nicht ansässige, aber Personenbeförderungen durchführende Steuerpflichtige; den Verstoß gegen Art 49 EGV durch die Begrenzung bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen gem § 18 Ausländerbeschäftigungsgesetz; die Nichtumsetzung der RL 2001/19/EG betreffend die Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise diverser Medizinberufe; die mangelhafte Umsetzung der RL 89/391 über Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer; den Verstoß gegen die Vogelschutzrichtlinie in Bezug auf das „Lauteracher Ried“ und gegen die Richtlinie über den Erhalt natürlicher Lebensräume sowie wildlebender Tiere und Pflanzen durch die Bewilligung des Baus der Bodensee-Schnellstraße S 18 sowie die Nichtmitteilung der Umsetzungsmaßnahmen zur RL 2000/78/EG zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf.

1.3. Ausschuss der Regionen

Österreich ist im Ausschuss der Regionen mit zwölf Mitgliedern vertreten. Die österreichische Delegation wird von den neun Landeshauptleuten und drei VertreterInnen des Österreichischen Städtebundes bzw. Österreichischen Gemeindebundes gebildet.

Bei der ersten Plenartagung war der Hauptgegenstand die Konstituierung des Ausschusses für seine 4. Mandatsperiode 2006-2010. Zu österreichischen Mitgliedern im Präsidium des Ausschusses der Regionen wurden Landeshauptmann Herwig van Staa als Vizepräsident (Stellvertreter ad personam Landeshauptmann Hans Niessl), sowie Bürgermeister Heinz Schaden als Präsidiumsmitglied (Stellvertreter ad personam Vizepräsident Prof. Walter Zimmer) gewählt. In der Plenartagung stellte Staatssekretär Hans Winkler das österreichische Präsidenschaftsprogramm im Ausschuss der Regionen vor, das von sämtlichen Fraktionen begrüßt wurde.

Die außerordentliche Präsidiumssitzung des Ausschusses der Regionen während des österreichischen Ratsvorsitzes fand in Innsbruck im Mai gleichzeitig mit dem Europäischen Gemeindetag statt.

1.4. Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Österreich ist im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss mit zwölf Mitgliedern vertreten. Im Oktober endete die zweijährige Amtsperiode des

österreichischen Mitglieds Anne-Marie Sigmund als Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses. Nach zahlreichen Vorbereitungstreffen von RegierungsvertreterInnen mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss in Wien diskutierte Bundesminister Martin Bartenstein das Programm der österreichischen Ratspräsidentschaft mit dem Plenum des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses in Brüssel am 18. Jänner.

2. Die innerösterreichische Zusammenarbeit mit dem Parlament und den Ländern

Die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament in Angelegenheiten der europäischen Integration erfolgt durch das in Art 23e B-VG vorgeordnete Mitwirkungsrecht des National- und Bundesrates in Form eines Informations- und Stellungnahmerechts betreffend Vorhaben der EU.

Beschließt der Hauptausschuss des Nationalrates oder der Ständige Unterausschuss in Angelegenheiten der EU eine Stellungnahme zu einem Vorhaben, das bundesgesetzlich zu regeln wäre, oder das auf die Erlassung eines unmittelbar anwendbaren EU-Rechtsaktes gerichtet ist, der Angelegenheiten betrifft, die bundesgesetzlich zu regeln wären, so ist das zuständige Mitglied der Bundesregierung an diese Stellungnahme gebunden und darf nur aus zwingenden außen- und integrationspolitischen Gründen davon abweichen.

Weder der Hauptausschuss des Nationalrates noch der Ständige Unterausschuss in Angelegenheiten der EU noch der Ausschuss des Bundesrates verabschiedeten formelle Stellungnahmen gemäß Art 23e B-VG. Der Hauptausschuss des Nationalrates hat jedoch am 12. Dezember eine rechtlich nicht bindende Ausschussfeststellung für die Tagung des Europäischen Rats am 14. und 15. Dezember verabschiedet, in der der Hauptausschuss seine Erwartungen an Bundeskanzler Wolfgang Schüssel zu den Themen EU-Erweiterung, Europäische Asyl- und Migrationspolitik sowie Europäische Energiepolitik darlegte.

Das in Art 23d B-VG festgelegte Mitwirkungsrecht der Länder und Gemeinden enthält für deren Zuständigkeitsbereiche jeweils ein dem National- und Bundesrat analoges Informations- und Stellungnahmerecht. Die Länder gaben einheitliche Stellungnahmen gemäß Art 23d Abs. 2 B-VG zu folgenden Themen ab: Richtlinie zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für den Bodenschutz und zur Änderung der Richtlinie 2004/35/EG; Änderung des Anhanges V der Vogelschutzrichtlinie, 79/409/EWG.

Die österreichischen Positionen im Ausschuss der Ständigen Vertreter (ASTV) wurden in einem wöchentlich abgehaltenen Koordinationsmechanismus abgestimmt, in dem das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten den Vorsitz führte. Dadurch wird die laufende Einbindung der

Fachressorts, der Sozialpartner, der Nationalbank, der Industriellenvereinigung sowie der Länder und Gemeinden in den österreichischen Meinungsbildungsprozess sichergestellt.

Über Ersuchen der Präsidiäle des Nationalrates hat die Bundesregierung bereits am 17. November 2004 beschlossen, dass zu Beginn jedes Jahres die einzelnen Ressorts dem Parlament Berichte über das Arbeitsprogramm und die Legislativvorhaben auf EU-Ebene vorlegen. Diese Berichte ermöglichen bereits im Vorfeld die Information und die Einbindung der Abgeordneten in die politische Meinungsbildung.

3. Wirtschaft und Finanzen

Nach dem schwachen Wachstum der letzten Jahre setzte eine deutliche Konjunkturbelebung ein. Das Bruttoinlandsprodukt der Eurozone wuchs real um 2,7%, jenes der EU um 3%. Die Wachstumsdynamik trug zu einer deutlichen Entspannung auf den Arbeitsmärkten bei. Die Erwerbstätigkeit stieg innerhalb der EU um 1,5%; die Arbeitslosenrate verringerte sich auf 7,9%, den niedrigsten Wert seit 2001. Die Inflation blieb trotz des hohen Ölpreises mit knapp über 2% im Jahresdurchschnitt niedrig.

Die EU-Ratspräsidentschaften Österreichs und Finnlands legten ein ambitioniertes Arbeitsprogramm fest, in dem die Förderung von Wachstum und Beschäftigung sowie die Stärkung der externen Wettbewerbsfähigkeit Europas im Vordergrund standen. Eine besondere Herausforderung ergab sich im Rahmen der wirtschafts- und budgetpolitischen Koordination infolge der Berücksichtigung der neu ausgerichteten Lissabon-Strategie sowie des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakts. Zentrales Anliegen beider Präsidentschaften war, dass die Mitgliedstaaten den Wirtschaftsaufschwung konsequent für weitere Strukturreformen nutzen und zusätzlich verstärken.

Beim Frühjahrsgipfel der Staats- und Regierungschefs wurden daher eine Reihe konkreter Maßnahmen vereinbart, durch die bis zum Jahr 2010 zusätzlich rund zwei Millionen Arbeitsplätze pro Jahr geschaffen werden sollen. Die Mitgliedstaaten bekräftigten aus Gründen der Transparenz und Überprüfbarkeit der Umsetzung dieser Maßnahmen bereits bestehende Zielvereinbarungen und beschlossen neue quantitative Ziele, etwa in der schulischen Ausbildung und Jugendbeschäftigung sowie durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmensneugründungen.

Einer der wichtigsten europapolitischen Erfolge war der unter österreichischer Ratspräsidentschaft nach schwierigen Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament erzielte Kompromiss über die **Finanzielle Vorausschau 2007-2013**. Damit wurde die Finanzierung der Gemeinschaftspolitiken auf eine solide Basis gestellt. Den besonderen Erfordernissen im Hinblick auf die Erweiterung der EU wurde Rechnung getragen. Ebenso wurden die Ver-

handlungen zu einer weiteren Qualitätssteigerung des Finanzmanagements und der Finanzkontrolle der EU genutzt.

4. Lissabon-Strategie – Wachstum und Beschäftigung

Im März 2005 führte eine grundlegende Überprüfung der Lissabon-Strategie aus dem Jahr 2000 zu einer verstärkten Ausrichtung auf die Bereiche Wachstum und Beschäftigung. Der Europäische Rat vom 23. und 24. März fasste dazu eine Reihe wichtiger Beschlüsse: die Bestätigung des 3%-Ziels für Ausgaben für Forschung und Entwicklung bis 2010; die Einrichtung des Europäischen Technologieinstituts (EIT); die Errichtung von One-Stop-Shops (einzige Anlaufstellen) für Unternehmensgründungen; das Voranstellen des Grundsatzes „Think Small First“ (zuerst in kleinen Dimensionen denken) als Leitprinzip in der relevanten Rechtssetzung; die Schaffung von zwei Millionen Arbeitsplätzen pro Jahr bis 2010; das Angebot bis Ende 2007 eines Arbeitsplatzes, einer Lehrstelle, einer Zusatzausbildung oder einer anderen Förderungsmaßnahme an alle arbeitslosen SchulabgängerInnen binnen sechs Monaten, ab 2010 binnen vier Monaten; die regelmäßige Begutachtung der Energiestrategie durch die Europäische Kommission; die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energie und von Biokraftstoffen sowie die Verringerung der Abhängigkeit der EU von Energiezufuhren.

Im Rahmen der neu ausgerichteten Lissabon-Strategie waren 2005 erstmals nationale Reformprogramme für Wachstum und Beschäftigung zu erstellen. Nach innerösterreichischen Konsultationen übermittelte der nationale Koordinator für die Lissabon-Strategie, Bundesminister Martin Bartenstein, im Oktober den österreichischen Umsetzungsbericht an die Europäische Kommission. Die Europäische Kommission legte im Dezember eine **Bewertung der Umsetzungsberichte** vor, wobei die in Österreich erzielten Fortschritte positiv erwähnt wurden, vor allem die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Rahmenbedingungen für Unternehmen; die erhöhten öffentlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie steuerlichen Anreize für private Investitionen in Forschung und Entwicklung; die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energie; die stabilen makroökonomischen Rahmenbedingungen; die aktive Arbeitsmarktpolitik sowie die Verbesserung des Lehrlingsausbildungssystems.

Darüber hinaus wurden die neuen Verordnungen zu den Strukturfonds verhandelt und beschlossen, auf deren Basis die Förderungen erfolgen. Insbesondere der Europäische Sozialfonds (**ESF**) dient der EU zur Umsetzung der gemeinsamen beschäftigungspolitischen Ziele. In Österreich werden die Mittel aus dem ESF vor allem für so genannte horizontale Themen wie die Chancengleichheit für Frauen und Männer sowie für Menschen mit Behinderungen verwendet.

Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (**EGF**), der bestehende Strategien und Finanzierungsinstrumente ergänzt, wurde nach

Vorarbeiten während des österreichischen Ratsvorsitzes unter der finnischen Ratspräsidentschaft beschlossen und soll die negativen Auswirkungen der Globalisierung auf die Beschäftigung abfedern.

5. Binnenmarkt

Während des österreichischen Ratsvorsitzes nahm die **Dienstleistungsrichtlinie** unter den Legislativvorhaben eine besondere Stellung ein. Nach intensiven Debatten erzielte der Vorsitz mit großer Mehrheit (23 Ja Stimmen, 2 Enthaltungen) am 29. Mai die politische Einigung. Der endgültige Text, in dem das umstrittene Herkunftslandprinzip durch die Dienstleistungsfreiheit ersetzt, in sensiblen Bereichen aber abgefedert wurde, führt für Unternehmen zu Verwaltungsvereinfachungen und schützt zugleich die Rechte von ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen.

Darüber hinaus wurden Erfolge in wichtigen Bereichen erzielt: Die Verabschiedung der Schlussfolgerungen zur **Industriepolitik** stellt die Weichen zur Schaffung einer starken und dynamischen industriellen Basis in Europa. Ein stärker integriertes Konzept für die Industriepolitik mit sektorspezifischen und horizontalen Maßnahmen bildet dabei die Grundlage zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie. Die Liberalisierung der Energiemärkte, bessere Rechtsetzung und Förderung von Innovationen stehen im Mittelpunkt der neuen Industriepolitik.

Die „**KMU-Initiative**“ des österreichischen EU-Ratsvorsitzes diente der Verankerung des Prinzips „Think Small First“, der Förderung des Unternehmergeists und Erleichterung des Zugangs zu öffentlichen Aufträgen.

Das neue EU-Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (**CIP 2007-2013**), das bestehende Programme zur Förderung von Innovation und von KMU verknüpft, wurde ausverhandelt und vom Rat im Oktober angenommen.

Die Kooperation des 7. Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung (2007-2013) mit der **europäischen Technologie-Initiative EUREKA** wird KMU künftig unter dem Titel „EUROSTARS“ besonders fördern, etwa durch die Einreichung und Abstimmung von gemeinsam geförderten Projekten im Bereich der marktnahen Forschung und Entwicklung.

Die Europäische Kommission legte im Mai einen geänderten Vorschlag über ein **Aktionsprogramm der Gemeinschaft im Verbraucherschutz (2007-2013)** vor, über das im Rat Wettbewerbsfähigkeit am 25. September eine politische Einigung erzielt wurde. Das Europäische Parlament verabschiedete das Aktionsprogramm in zweiter Lesung.

Zur Erhöhung der Arzneimittelsicherheit wurde eine **Verordnung über Kinderarzneimittel** verabschiedet.

6. Verkehr

Im Sinne einer nachhaltigen europäischen Verkehrspolitik setzte die österreichische Ratspräsidentschaft ihre Schwerpunkte bei Straßenverkehrssicherheit und Binnenschifffahrt.

Als besonderes österreichisches Anliegen verankert die neue **Straßengebührenrichtlinie** erstmals die Querfinanzierung von Schieneninfrastrukturprojekten über Mautaufschläge und verpflichtet zur Ökologisierung der Mauttarife (Differenzierung nach Emissionswerten) ab 2010. Darüber hinaus stellt sie die Weichen für eine künftige Anrechnung von bislang nicht von den Verkehrsteilnehmern vor allem für Gesundheitsbelastungen und Umwelt getragenen Kosten (externe Kosten).

Österreich bereitete initiativ auch die Unterzeichnung des **Verkehrsprotokolls der Alpenkonvention** durch die Europäische Gemeinschaft und des Programms **Marco Polo II** (EU-Förderprogramm zur Verringerung der Staus im Straßengüterverkehr und zur Verbesserung der Umweltfreundlichkeit des gesamten Verkehrssystems) vor. Im Dezember wurde die **Führerscheintrichtlinie** angenommen, welche die 110 verschiedenen bisher bestehenden Modelle durch ein einziges Führerscheinmodell im Kreditkartenformat ersetzen soll.

Dem Ziel der Verkehrsverlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsträger widmeten sich auch die vom Rat im Dezember angenommenen Schlussfolgerungen zur **Güterverkehrslogistik** sowie die Halbzeitbilanz der Europäischen Kommission zum **Weißbuch Verkehr**.

Im Mai fand in Salzburg ein **Europäischer Luftfahrtgipfel** (European Aviation Summit) statt. Im Juni wurde mit den Ländern des Westlichen Balkans ein **Abkommen zur Errichtung eines Gemeinsamen Europäischen Luftverkehrsraumes** (European Common Aviation Area) und im Dezember mit Marokko ein umfassendes Luftverkehrsabkommen unterzeichnet. Bei den Verhandlungen mit den USA über den Abschluss eines „Offenen Luftverkehrsraumes“ (Open Aviation Area) blieben weitere Fortschritte aus. Ein neues Mandat wurde der Europäischen Kommission für Verhandlungen mit der Ukraine über ein umfassendes Luftverkehrsabkommen und mit Russland über Sibirienüberflüge erteilt.

Im legislativen Bereich wurde im Juni eine Verordnung betreffend **Reiseerleichterungen für behinderte Flugpassagiere** verabschiedet. Ebenfalls im Juni beschloss der Verkehrsministerrat eine allgemeine Ausrichtung über den Verordnungsvorschlag zur Gründung eines gemeinsamen Unternehmens zur Entwicklung des europäischen Flugverkehrsmanagementsystems der neuen Generation (**SESAR**). Darüber hinaus nahm der Rat Regelungen über gemeinsame Vorschriften für die **Sicherheit in der Zivilluftfahrt** und zur Errichtung einer Europäischen Behörde für die Luftfahrtsicherheit (**EASA**) an.

7. Umwelt

Die Schwerpunkte der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft umfassten Klimaschutz, Umwelttechnologien, gentechnisch veränderte Organismen und Nachhaltigkeit.

Im Bereich des **Klimaschutzes** wurden die auf der Vertragsstaatenkonferenz in Montreal 2005 neu eingeleiteten Prozesse weitergeführt. Das Thema wurde von der österreichischen Ratspräsidentschaft bei hochrangigen Treffen – EU-LAC-Gipfel im Mai, EU-USA-Gipfel und Ministerrat EG-AKP im Juni – angesprochen. Mit den USA wurde ein hochrangiger Dialog zu Klimawandel, sauberer Energie und nachhaltiger Entwicklung eingerichtet.

Umwelttechnologien sind Österreich ein besonderes Anliegen, da sie einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Umwelt- und Lebensqualität sowie einen Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten können. Die Thematik wurde beim informellen Umweltministerrat im Mai in Eisenstadt ausführlich erörtert.

Die Problematik der gentechnisch veränderten Organismen (**GVO**) wurde unter der österreichischen Ratspräsidentschaft intensiv aufgegriffen. Bei den Umwelträten im März und Juni wurden das gegenwärtige Zulassungsverfahren und die Risikobewertung erörtert und Schwachstellen aufgezeigt. Beim Umweltministerrat im Dezember konnte Österreich sein Verbot für zwei gentechnisch veränderte Maislinien aufrechterhalten.

Beim Europäischen Rat im Juni konnte die **erneuerte EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung** verabschiedet werden. Damit erhält die EU ein geeignetes Instrument, um auf nicht-nachhaltige Trends umfassend reagieren zu können.

Das 6. Umweltaktionsprogramm (**6. UAP**) der EU definiert die europäische Umweltpolitik für den Zeitraum 2002-2012. Von den sieben thematischen Strategien des 6. UAP wurden unter österreichischem Vorsitz insbesondere die Arbeiten zu Luft, Abfall und städtischer Umwelt vorangetrieben.

Über die neue **Euro 5- bzw. Euro 6-Verordnung** zur Festlegung von Grenzwerten für schädliche Emissionen von Kraftfahrzeugen konnte dank umfangreicher österreichischer Vorarbeiten unter finnischem Vorsitz eine Einigung in erster Lesung erzielt werden. Ein bedeutendes Legislativvorhaben, das Chemikalien-Paket **REACH**, wurde zu Jahresende abgeschlossen. Darüber hinaus wurde unter österreichischer Ratspräsidentschaft auch die politische Einigung zur neuen **Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Hochwasser** erzielt.

8. Energie

Die Gaskrise zu Jahresbeginn verdeutlichte die Importabhängigkeit der EU und veranlasste die österreichische Ratspräsidentschaft dazu, die Ausarbei-

tung einer gemeinsamen umfassenden EU-Energiepolitik voranzutreiben. Nach der Vorbereitung im Energieministerrat und Außenministerrat einigten sich die Staats- und Regierungschefs beim Frühjahrsgipfel im März auf die Grundzüge einer neuen „Energiepolitik für Europa“ (**EPE**). Sie beruht auf den drei Pfeilern Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit. Energieeffizienz und Ausbau der erneuerbaren Energieträger sind wesentliche Elemente. Gleichzeitig sind energiepolitische Interessen in der Außenpolitik zu vertreten und ein geschlossenes Auftreten nach außen sicherzustellen.

Die **Energieversorgungssicherheit** soll durch Verringerung von Importabhängigkeiten, Diversifizierung von Energiequellen und -netzen sowie Ausbau und Intensivierung der Kooperation zwischen Erzeuger-, Transit- und Konsumentenländern bei gleichzeitiger Förderung von Nachhaltigkeit gewährleistet werden. Auch in der Europäischen Nachbarschaftspolitik müssen die energiepolitischen Interessen der EU Berücksichtigung finden. Energieversorgungssicherheit stand auf der Tagesordnung beinahe aller bilateralen und multilateralen Treffen, insbesondere beim Dialog mit der Organisation der erdölausführenden Länder (OPEC) und den großen Verbraucherländern China, Indien und USA. Die energiepolitischen Beziehungen mit Russland stellen seit der Unterbrechung von Gaslieferungen an die Ukraine zu Jahresbeginn mit Auswirkungen auch auf Europa eine prioritäre Frage in den Beziehungen EU-Russland dar. Sie sollen zudem im Rahmen eines neuen umfassenden Vertrags zwischen der EU und Russland eine Neuregelung auf der Basis der Prinzipien der Energiecharta erfahren. Das Engagement der EU und des Sekretariats der Europäischen Energiecharta, bei den Verhandlungen zum Transitprotokoll einen Konsens mit Russland zu erreichen, führte nicht zum gewünschten Erfolg, weshalb die Ratifikation der Charta durch Russland scheiterte.

Die Koordinationsgruppe Erdgas arbeitete infolge der Gaskrise im Jänner Konzepte zur **Krisenvorbeugung** aus. Die Gruppe der Europäischen Strom- und Erdgasregulierer (EREGE) setzte Initiativen für eine verstärkte regionale Zusammenarbeit.

Der „**Vertrag über eine Energiegemeinschaft**“ trat am 1. Juli nach Ratifikation durch alle Vertragspartner, die Europäische Kommission für die EU auf der einen Seite, die Staaten Südosteuropas – Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Rumänien, Serbien und UNMIK/Kosovo – auf der anderen, in Kraft. Die Energiegemeinschaft soll die Staaten Südosteuropas mit der EU zu einem Energiemarkt verbinden und somit die Energieversorgung sichern. Das interimistische Sekretariat mit Sitz in Wien führte die dafür im Vorjahr begonnenen Arbeiten effizient fort.

Die **Nabucco-Gas-Pipeline**, die aus dem Kaspischen Raum Gas über die Türkei, Bulgarien, Rumänien und Ungarn nach Österreich und in weitere

EU-Mitgliedstaaten bringen soll, dient im Rahmen der Neugestaltung der Energiepolitik für Europa der Diversifizierung von Energienetzen.

9. Bildung und Jugend

Der Rat Bildung, Jugend und Kultur erreichte beim **Programm für lebenslanges Lernen** die politische Einigung im November. Durch die Einbeziehung der Staaten des Westlichen Balkans setzte die österreichische EU-Ratspräsidentschaft ein wichtiges Signal für die weitere Einbindung der Region in den Erweiterten Europäischen Bildungsraum.

Österreich verankerte erstmals das Konzept „**Bildung für nachhaltige Entwicklung**“ in der EU-Nachhaltigkeitsstrategie: Die vom Europäischen Rat vom Juni angenommene überarbeitete EU-Nachhaltigkeitsstrategie hebt Bildung als wesentliche Grundvoraussetzung für nachhaltige Entwicklung hervor. Der Rat und das Europäische Parlament nahmen die Entscheidung zum Europäischen **Jahr des interkulturellen Dialogs 2008** im Dezember an.

Der Rat beschloss im Februar den **zweiten Gemeinsamen Zwischenbericht** des Rats und der Europäischen Kommission über die Fortschritte im Rahmen des Arbeitsprogramms „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“. Die Bedeutung der Bildung in ihrer dualen – wirtschaftlichen und sozialen – Rolle wurde in den Schlussfolgerungen des Europäischen Frühjahrsrates verankert. Kommissar Ján Figel' stellte beim Rat im Februar die „Neue Rahmenstrategie für Mehrsprachigkeit“ vor. Im Mai wurden die Schlussfolgerungen des Rats zum Europäischen Indikator für Sprachenkompetenz angenommen. Die Empfehlungen zu Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen und die Qualitätscharta für Mobilität wurden angenommen.

Die Schlussfolgerungen des Rats zu Effizienz und Gerechtigkeit in der allgemeinen und beruflichen Bildung und zur verstärkten europäischen Zusammenarbeit in der Berufsbildung wurden im November angenommen. Der Rat beschloss die Allgemeine Ausrichtung für den Europäischen Qualifikationsrahmen.

10. Forschung

Aufbauend auf den Arbeiten der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft konnte das **7. Forschungsrahmenprogramm** unter finnischer Präsidentschaft mit einem Gesamtbudget von 54,2 Milliarden Euro beschlossen werden.

Das 7. Forschungsrahmenprogramm fördert Forschung in vier Hauptbereichen: transnationale Projekte in neun Themenfeldern, Grundlagenforschung durch den Europäischen Forschungsrat, Ausbildung und Mobilität der Forschenden sowie Forschungskapazitäten. Damit wird ein wichtiger

Beitrag zur Erreichung des 3%- Ziels für die Forschungsquote geleistet. Für Österreich konnte die Rückflussquote auf 115% gesteigert werden.

Litauen, Malta, Österreich, Polen und die Slowakei lehnten die Förderung der **Forschung mit humanen embryonalen Stammzellen** im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms ab, wurden jedoch überstimmt.

Das in einem Paket mit dem 7. Forschungsrahmenprogramm behandelte Programm **EURATOM** wurde beschlossen. Österreich erreichte, dass der finanzielle Beitrag zur Forschung betreffend neue Fissionsreaktorsysteme ausschließlich Sicherheitsfragen gewidmet sein wird.

Mit der Unterzeichnung des Abkommens in Paris am 21. November wurde die Errichtung des Projekts „Internationaler Thermonuklearer Versuchsreaktor“ (**ITER**), das weltweit größte internationale Forschungsprojekt, unter Führung der EU und unter Beteiligung von China, Indien, Japan, Republik Korea, Russland und den USA beschlossen. Damit wurde die Basis für den Beginn der Arbeiten in Cadarache (Frankreich) im Jahr 2008 geschaffen.

Am 18. Oktober legte die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung zum Europäischen Technologieinstitut (**EIT**) vor, über den die Beratungen unter finnischer Präsidentschaft begannen. Ziel ist ein operativer Start des Instituts im Jahr 2009. Österreich gab am 7. November offiziell seine Kandidatur für den Sitz des EIT-Sekretariats bekannt.

Die **Zusammenarbeit mit den Ländern des Westlichen Balkans** wurde im Sinne der Erklärung von Thessaloniki vom 21. Juni 2003 verstärkt. Die Europäische Kommission wird eine „Steering Platform“ (Steuerungsplattform) für die Forschungszusammenarbeit mit den Ländern des Westlichen Balkans in Wien einrichten.

Beim **EU-LAC-Gipfel** in Wien vom 11.–13. Mai wurde vorgesehen, die Forschungsbeziehungen zwischen den beiden Weltregionen stärker auf Themen wie Informations- und Kommunikationstechnologien, Ernährung sowie kulturelles Erbe zu konzentrieren.

11. Aufbau eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

Es wurden bedeutende Fortschritte bei der Umsetzung des vom Europäischen Rat im November 2004 beschlossenen Haager Programms für 2005-2009, dem nach dem Programm von Tampere vom Oktober 1999 zweiten Fünfjahresprogramm, erzielt.

Im Bereich **Justiz** wurde unter österreichischem Ratsvorsitz die Einführung des Europäischen Mahnverfahrens beschlossen. Künftig können EU-BürgerInnen bei Gericht die Erlassung eines Europäischen Zahlungsbefehls erwirken, der EU-weit rechtskräftig und vollstreckbar wird, wenn der Schuldner dagegen keinen Einspruch erhebt.

Im Bereich **Inneres** wurde unter österreichischem Ratsvorsitz in Umsetzung der EU-Außenstrategie für den Bereich Justiz und Inneres eine „Partnerschaft für die Sicherheit“ zwischen der EU und mehr als 50 Staaten und Organisationen beschlossen, die mit der „Polizeikooperations-Konvention für Südosteuropa“ am Westlichen Balkan bereits konkrete Gestalt annimmt. Weiters wurde im Rahmen der EU-Außenstrategie ein maßnahmenorientiertes Papier beschlossen, das auf den Drogenanbau und Drogenhandel aus Afghanistan reagiert. Schließlich wurde mit der „**Wiener Initiative**“ erstmals ein Innenministerdialog zwischen EU, Russland und den USA begonnen.

Die Qualität der Grenzkontrollen durch die neuen EU-Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen wurde unter österreichischem Ratsvorsitz mit zehn Evaluierungsmissionen überprüft. Ende 2007 soll die Entscheidung über den Wegfall der Grenzen mit einstimmigem Ratsbeschluss erfolgen.

Im Schwerpunktbereich Asyl, Migration und Grenzmanagement wurden unter österreichischem Ratsvorsitz ein Rückübernahmeabkommen und ein Visaa erleichterungsabkommen mit Russland abgeschlossen. Der Europäische Rat bekräftigte am 14. Dezember den auch auf die östlichen und südöstlichen Nachbarregionen der Europäischen Union angewandten Gesamtansatz der europäischen Migrationspolitik. Die EU-Grenzschutzagentur (FRONTEX) wird gestärkt und ausgebaut.

Die im Bereich Justiz und Inneres bestehende Zusammenarbeit auf regionaler Ebene zwischen Bulgarien, Österreich, Polen, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn im Rahmen der „Salzburg Gruppe“ wurde erfolgreich fortgesetzt.

12. Terrorismusbekämpfung

Die EU misst der Bekämpfung des Terrorismus seit den Anschlägen von New York und Washington sowie den Bombenanschlägen von Madrid und London einen besonders hohen Stellenwert bei. Zahlreiche Anschläge mit terroristischem Hintergrund in aller Welt bestätigten erneut, dass der Terrorismus nur durch enge internationale Zusammenarbeit effektiv bekämpft werden kann.

Auf europäischer Ebene war der Beschluss eines neuen Aktionsplans gegen den Terrorismus die bedeutendste Weiterentwicklung. Dieser enthält mehr als 130 verschiedene Maßnahmen zur beschleunigten Weiterführung des Haager Programms und der im Dezember 2005 beschlossenen Strategie der EU zur Terrorismusbekämpfung. Inzwischen konnten Fortschritte insbesondere bei der Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung und der Radikalisierung und Rekrutierung von TerroristInnen sowie bei der Erarbeitung eines Programms zum Schutz von besonders gefährdeten Infrastrukturen, den so genannten kritischen Infrastrukturen, erzielt werden.

Zur Finanzierung von Anschlägen reichen oft kleine Beträge aus, jedoch werden beträchtliche Summen zur Erhaltung terroristischer Organisationen benötigt. Um diesen Organisationen die finanzielle Grundlage zu entziehen, hatte die EU bereits im Jahre 2005 eine Richtlinie zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung angenommen. Diese dritte Geldwäscherichtlinie der EU weitete den Anwendungsbereich auf die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung aus und unterwirft verdächtige Transaktionen ab einer Höhe von 15.000 Euro der Meldepflicht. Zur Förderung der Transparenz innerhalb gemeinnütziger Einrichtungen und um diese vor dem Missbrauch für Zwecke der Terrorismusfinanzierung zu schützen, erarbeitete die Europäische Kommission einen Verhaltenskodex. Zu dessen näherer Ausgestaltung wurde im Mai eine Kontaktgruppe eingesetzt. Unter österreichischer Präsidentschaft fanden eine Reihe von EU-Veranstaltungen mit ausgewählten Drittstaaten zum Thema Terrorismusfinanzierung statt: mit Israel in Brüssel im März, mit den Ländern des Golfkooperationsrats in Brüssel im April sowie mit den USA in Wien im Juni.

Die Umsetzung der im Dezember 2005 angenommenen Strategie und des Aktionsplans gegen Radikalisierung und Rekrutierung von TerroristInnen war eine wichtige Aufgabe des österreichischen EU-Ratsvorsitzes und vollzog sich in drei Hauptstoßrichtungen: die Unterbindung krimineller Netze, die potenzielle TerroristInnen rekrutieren, die Unterstützung des moderaten Islam gegenüber extremistischen Randgruppen und die Förderung der Sicherheit, des Rechts, der Demokratie und der Chancengleichheit für alle. Besondere Bedeutung wurde dabei auf die Förderung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs gelegt, dessen Bedeutung durch die Ausrichtung der Konferenz „Der Islam in einer pluralistischen Welt“ im Herbst 2005 in Wien sowie durch die Veranstaltung von Dialogkonferenzen und -seminaren im Frühjahr unterstrichen wurde.

Im Juli konnte die unter österreichischem EU-Ratsvorsitz verhandelte Medienkommunikationsstrategie der EU gegen den Terrorismus beschlossen werden. Zu ihren Kernstücken gehören „Key Messages“ (Schlüsselbotschaften), die darauf abzielen, positive Inhalte über die Werte der EU, über Toleranz und Dialog an muslimische Gruppen in und außerhalb der EU wirkungsvoll zu transportieren. Eine weitere Neuerung ist die Erstellung eines gemeinsamen Lexikons, in dem Erklärungen und Anleitungen zum Gebrauch schwieriger und oft missverständlich verwendeter Begriffe im Spannungsfeld verschiedener Kulturen und Religionen angeboten werden. Thematisch stellten Radikalisierung und Rekrutierung in Gefängnissen einen Schwerpunkt dar. Dazu wurde ein mehrtägiges Seminar in Trier im März abgehalten. In den Beziehungen zu Drittstaaten wurde begonnen, aufgrund von gemeinsamen Berichten der EU-Botschaften in ausgewählten Ländern Informationen über dialogbereite kulturelle und religiöse Gruppen zu sammeln.

Weitere Aktivitäten betrafen die Koordinierung der Position der EU bei den Verhandlungen der Antiterrorismusstrategie der Vereinten Nationen (VN), die im September von der Generalversammlung der VN (VN-GV) im Konsens angenommen wurde.

V. Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

1. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

1.1. Allgemeines

Die zentralen Themen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (**GASP**) waren die Suche nach einer Friedenslösung im Nahen Osten, die Lage im Irak und im Iran, der „Karikaturenstreit“ sowie die Fortsetzung des Stabilisierungsprozesses am Westlichen Balkan. Afrika entwickelte sich zu einem neuen Schwerpunkt der GASP. Darüber hinaus trug die EU zur Stärkung eines wirksamen Multilateralismus bei: Sie förderte die Einrichtung des Menschenrechtsrates und der Kommission für Friedenskonsolidierung der VN und war besonders unter österreichischem Vorsitz um eine verbesserte Zusammenarbeit mit dem Europarat, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und den VN bemüht.

Im Rahmen der GASP wurden praktisch alle aktuellen außenpolitischen Themen auf EU-Ebene behandelt. Die EU bezog zu Themen von Bedeutung in Erklärungen oder Schlussfolgerungen des Rats Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen sowie des Europäischen Rats Stellung. Darüber hinaus wurde sie in zahlreichen Demarchen aktiv, besonders im Bereich der Menschenrechte. Mit ihren zivilen und militärischen Operationen ist die EU inzwischen weltweit präsent, vom Balkan, über den Nahen Osten und Afrika bis nach Asien.

Zwei Gemeinsame Aktionen setzten unter österreichischem Vorsitz neue Missionen im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ein: das EU-Planungsteam (EUPT Kosovo) bezüglich einer möglichen Krisenbewältigungsoperation der EU im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und in möglichen anderen Bereichen im Kosovo sowie die militärische Operation der EU zur Unterstützung der Mission der Organisation der VN in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC) während der Wahlen (Operation EUFOR RD Congo).

Eine weitere bedeutende Maßnahme war die Erlassung eines Gemeinsamen Standpunkts zur Umsetzung der vom Sicherheitsrat der VN (VN-SR) mit Resolution 1718 (2006) gegen die Demokratische Volksrepublik Korea verhängten umfassenden Sanktionen. Der Rat passte die Sanktionen gegen Belarus, Côte d'Ivoire, die Demokratische Republik Kongo, Libanon, Liberia, Mazedonien, Myanmar, Simbabwe und Sudan an. Darüber hinaus wurde die Liste jener Personen geändert, die von den Sanktionen gegen die Tali-

ban/Al Kaida und andere terroristische Individuen und Gruppen betroffen waren.

Die Umsetzung der im Jahr 2003 beschlossenen Strategie der EU gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen wurde durch den Beschluss einer neuen Strategie gegen die unerlaubte Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen (KLW) fortgesetzt.

Ein wichtiges Instrument der GASP sind die Sonderbeauftragten der EU (EUSB). Mandate bestanden für Afghanistan, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Moldau, die Region der Großen Seen, Sudan, den Südkaukasus, Zentralasien sowie für den Nahost-Friedensprozess.

Das GASP-Budget betrug 102,6 Millionen Euro. Für das Jahr 2007 konnte eine Einigung auf eine Erhöhung um 56,6 Millionen Euro auf insgesamt 159,2 Millionen Euro erzielt werden. Die meisten Haushaltsmittel stehen für zivile Krisenmanagementoperationen, EUSB sowie Abrüstung und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen zur Verfügung.

1.2. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Der Ausbau der zivilen und militärischen Krisenmanagement-Instrumente der **ESVP** schritt unter österreichischem Vorsitz entsprechend den Vorgaben des zivilen Planungsziels 2008 sowie des militärischen Planungsziels 2010 voran.

1.2.1. Arbeitsschwerpunkte der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft

Im Bereich der zivil-militärischen Koordination (**CMCO**) wird die Abstimmung der verschiedenen Krisenmanagement-Instrumente der Union optimiert, vor allem beim gemeinsamen Einsatz von zivilen und militärischen Instrumenten. Unter österreichischem Vorsitz wurde ein Dokument erarbeitet, das konkrete Möglichkeiten zur verbesserten Koordination der verschiedenen EU-Instrumente im Einsatzraum aufzeigt.

Im Rahmen der **Sicherheitssektorreform** werden Drittstaaten bei der Steigerung der Effizienz in allen sicherheitsrelevanten Aspekten ihres staatlichen Handelns, etwa durch Justiz, Polizei, Geheimdienste, Grenzschutz und Militär, unter Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit, Transparenz und voller demokratischer Kontrolle unterstützt. Bei der kontinuierlichen Heranführung der Staaten des Westlichen Balkans an die Union, einem zentralen Anliegen Österreichs, ist die Reform des Sicherheitssektors von besonderer Bedeutung. Aufbauend auf den Ergebnissen einer Expertenkonferenz in Wien im Februar legte der österreichische Vorsitz ein Konzept für die erforderliche Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors in allen Bereichen der Beziehungen der Union zu diesen Staaten, einschließlich einschlägiger Finanzhilfen, sowie die Koordination der Aktivitäten der EU mit jenen einzelner Mitgliedstaaten und internationaler Organisationen vor.

Bei der Verbesserung der **Katastrophen- und Krisenreaktionsfähigkeit** der Union wurden Fortschritte erzielt. In Erfüllung eines Arbeitsauftrags der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft legte der Hohe Vertreter der EU, Javier Solana, im Mai ein Konzept für die optimale Nutzung der im Rahmen der ESVP vorhandenen Transport- und Planungskapazitäten bei Hilfsmaßnahmen, etwa nach Naturkatastrophen, vor. Die unter österreichischem Vorsitz begonnenen Arbeiten an der Festlegung von Prozeduren für die rasche Identifikation von in Mitgliedstaaten vorhandenen militärischen Kapazitäten sowie für die Abstimmung ihres Einsatzes durch ESVP-Institutionen im Bedarfsfall wurden unter finnischem Vorsitz abgeschlossen.

Ein besonderes Anliegen des österreichischen Vorsitzes war die Umsetzung der Resolution 1325 (2000) des VN-SR über die **Rolle der Frau im Konflikt- und Krisenmanagement** im Rahmen des ESVP-Krisenmanagements. Es wurde eine „Prüfliste“ auf Grundlage nationaler Erfahrungsberichte der Mitgliedstaaten bei deren Implementierung für einen künftigen Leitfaden bei der Planung und Durchführung von ESVP-Operationen erstellt. Der Rat nahm im November Schlussfolgerungen zur Umsetzung von Resolution 1325 (2000) des VN-SR an.

1.2.2. Laufende Operationen zur Krisenbewältigung

Die Militäroperation **EUFOR-Althea** zur Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität in Bosnien und Herzegowina war mit einer Personalstärke von 6.000 SoldatInnen der größte Krisenmanagementeinsatz der EU. Österreich trägt mit rund 300 SoldatInnen im Sinne seiner sicherheitspolitischen Schwerpunktsetzung im Westlichen Balkan nachhaltig zu dieser Operation bei und hatte bis Ende November den Oberbefehl im Sektor Nord um Tuzla inne. Infolge der bei der Stabilisierung von Bosnien und Herzegowina erzielten Fortschritte wurden erste Pläne für eine stufenweise Verringerung der Truppenstärke ausgearbeitet.

Die seit Anfang 2003 bestehende Polizeimission in Bosnien und Herzegowina (**EUPM**) ist die erste ESVP-Operation der EU. Entsprechend ihrem seit Anfang des Jahres neu ausgerichteten Mandat unterstützt die Mission die Reform des Polizeiapparats sowie Anstrengungen zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption. Österreich beteiligt sich mit fünf Polizisten.

Seit Ende Mai bereitet **EUPT Kosovo** die Übernahme der polizeilichen und justiziellen Verwaltungsagenden der Übergangsverwaltungsmission der VN im Kosovo (UNMIK) durch eine zivile ESVP-Krisenbewältigungsmission im Lauf des Jahres 2007 vor. Das Planungsteam umfasste in seiner ersten Phase 25 Personen. Österreich stellt einen Justizexperten.

Auf Ersuchen der VN begannen unter österreichischem Vorsitz Anfang des Jahres die Vorbereitungen für eine weitere Militäroperation der EU, **EUFOR**

RD Congo. Ziel der Operation war die Unterstützung der kongolesischen Sicherheitskräfte und der in der Demokratischen Republik Kongo stationierten MONUC durch vorbeugende Präsenz zusätzlicher Truppen, um einen regulären und gewaltfreien Ablauf der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sicherzustellen. EUFOR RD Congo erreichte Ende Juni mit rund 2.500 SoldatInnen volle Einsatzbereitschaft. Während der Wahlperiode kam es nur vereinzelt zu gewalttätigen Zwischenfällen. Die Operation verwirklichte ihr Ziel und wurde planmäßig Ende November abgeschlossen. Österreich beteiligte sich mit fünf Stabsoffizieren an der Operation.

In der Demokratischen Republik Kongo sind zwei weitere ESVP-Missionen im Einsatz. Die Beratungs- und Unterstützungsmission für die Reform des Sicherheitssektors (**EUSEC RD Congo**) unterstützt seit Mai 2005 die Reform der kongolesischen Streitkräfte und umfasst 37 Personen. Im Lauf des Jahres wurden zwei weitere aus Angehörigen der Streitkräfte der früheren Bürgerkriegsparteien zusammengesetzte Brigaden in die neue insgesamt 14 Brigaden zählende kongolesische Armee integriert. Darüber hinaus stehen Bemühungen zur Verbesserung des Besoldungssystems der kongolesischen Armee im Mittelpunkt der Arbeiten der Mission, um die Korruption innerhalb der Streitkräfte und deren Übergriffe auf die Zivilbevölkerung einzudämmen. Österreich war an der Mission nicht beteiligt.

Die seit April 2005 bestehende Polizeimission in Kinshasa betreffend die Integrierte Polizeieinheit (**EUPOL Kinshasa**) umfasst 30 ExpertInnen für die Anleitung und Beratung von Polizeieinheiten in der kongolesischen Hauptstadt. Im Juni wurde die Mission vorübergehend um weitere 30 Personen zur Unterstützung der Koordination der kongolesischen Ordnungskräfte während des Wahlprozesses verstärkt. Österreich nahm an dieser Mission nicht teil.

Die **zivil-militärische Unterstützungsaktion** der EU für die von der Afrikanischen Union (AU) geführten Operation **AMIS II** in der Region Darfur (Sudan) wurde fortgesetzt. Mit dieser Aktion wird sowohl die Militär- als auch Polizeikomponente von AMIS II vor allem durch ExpertInnen in den Bereichen Planung, Ausbildung, Koordination und Durchführung von Lufttransporten sowie durch MilitärbeobachterInnen unterstützt. Österreich stellt einen Rechtsberater, der im Hauptquartier der Afrikanischen Union in Addis Abeba (Äthiopien) tätig ist.

Die **EU-Grenzmission für Moldau/Ukraine** wird seit Juni als Projekt zur Technischen Unterstützung für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (TACIS) weitergeführt. Das Projekt unterstützt die Reformen im Grenzbereich, vor allem den Kampf gegen die organisierte Kriminalität und Korruption, und leistet dadurch auch einen Beitrag zur Lösung des Transnistrienkonflikts. Österreich ist an der Mission nicht beteiligt.

Seit Juli 2005 ist die integrierte Mission zur Stützung der Rechtsstaatlichkeit im Irak (**EUJUST LEX**) auf Einladung der irakischen Regierung mit dem

Ziel im Einsatz, leitende irakische ExpertInnen aus allen Bereichen des Strafrechtssystems (Richterschaft, Staatsanwaltschaft, Strafvollzug und Polizei) zu schulen und deren Zusammenarbeit zu fördern. Bisher wurden mehr als 800 Personen in EU-Mitgliedstaaten geschult, wobei der Achtung der Menschenrechte besonderer Stellenwert eingeräumt wird. Österreich unterstützte die Mission mit zwei Kursvortragenden aus Polizei und Justiz.

Die EU ist auf Grundlage einer Vereinbarung zwischen der Palästinensischen Autonomiebehörde und der israelischen Regierung seit November 2005 im Rahmen der Mission zur Unterstützung des Grenzschutzes am Grenzübergang Rafah (**EU BAM Rafah**) als unabhängige Partei zur Beobachtung des Grenzübergangs und Unterstützung des Aufbaus der Fähigkeiten der palästinensischen Grenzkontrollbehörden aktiv. Nach der Verschlechterung der Lage in Gaza im Juni war der Grenzübergang nur mehr sporadisch geöffnet und verzeichnete einen drastischen Rückgang der Zahl jener Personen, die den Grenzübergang nutzen konnten. Österreich war mit einer Zollwachebeamtin an der Mission beteiligt.

Die Anfang des Jahres eingerichtete EU-Polizeimission für die Palästinensischen Gebiete (**EUPOL COPPS**) unterstützt die palästinensische Zivilpolizei beim Aufbau tragfähiger und effektiver Polizeistrukturen im Einklang mit internationalen Standards. Infolge der schlechten Sicherheitslage in den Palästinensischen Gebieten ist die Mission personell unterbesetzt und noch nicht voll einsatzfähig. Die Mission unterhält Kontakte zu den wichtigsten palästinensischen Partnern und überwacht die von der EU finanzierten, jedoch für Einsätze noch nicht verwendeten Polizeidienstwagen und Kommunikationsanlagen. Österreich unterstützte die Mission mit der Entsendung eines Polizisten und einer Rechtsexpertin.

Die erste ESVP-Mission in Asien zur Beobachtung der Umsetzung des Abkommens für Aceh (Indonesien) (**AMM**) nahm ihre Tätigkeit im September 2005 auf. AMM hatte die Aufgabe, als unparteiische Instanz die Umsetzung der am 15. August 2005 abgeschlossenen Friedensvereinbarung zwischen der indonesischen Regierung und der Bewegung freies Aceh (GAM) zu beobachten. Nach Abhaltung der ersten freien Lokalwahlen in Aceh wurde die Mission am 15. Dezember erfolgreich abgeschlossen. AMM umfasste 220 ExpertInnen aus der EU, fünf ASEAN-Staaten, Norwegen und der Schweiz. Zwei Angehörige wurden von Österreich entsandt.

1.2.3. Ausbau der zivilen und militärischen Kapazitäten zur Krisenbewältigung

Zur Erreichung des **Zivilen Planziels 2008** wurden Empfehlungen und Leitlinien für die Rekrutierung von Personal für zivile EU-Krisenbewältigungsmissionen ausgearbeitet, ein Erstkonzept für die Einsatzunterstützung bei zivilen Krisenbewältigungsoperationen der ESVP und eine Liste der für die Einsatzunterstützung erforderlichen Fähigkeiten erstellt sowie die Beiträge

von EU-Drittstaaten zur Verbesserung der Fähigkeit der EU zur zivilen Krisenbewältigung erhoben.

Die Schulung der für den Pool an zivilen Krisenreaktionsteams (**CRT**) ausgewählten ExpertInnen wurde abgeschlossen. Das CRT-Konzept sieht die Bildung von Teams in flexibler Größe und Komposition aus einem EU-weiten, rund 100 ExpertInnen umfassenden CRT-Pool vor, die binnen fünf Tagen nach Beschlussfassung für ESVP-Evaluierungsmissionen bzw. zur Verstärkung von Krisenbewältigungsoperationen einsatzbereit sind. Ein Experte aus dem CRT-Pool wurde zu einer Evaluierungsmission in die Demokratische Republik Kongo entsandt. Österreich ist mit zwei Experten im CRT-Pool vertreten.

Im Zuge der Umsetzung des im Jahr 2004 angenommenen Planungsziels 2010 zum Ausbau der militärischen Kapazitäten der EU wurde der so genannte **Streitkräftekatalog 2006** erstellt. Grundlage dieses Dokuments war die unter österreichischem Vorsitz unternommene Sammlung der Einmeldungen aller Mitgliedstaaten über jene militärischen Kapazitäten, die sie im Rahmen der ESVP für militärische Krisenmanagementoperationen zur Verfügung stellen können. Auf der Basis des Streitkräftekatalogs können die zur Erreichung des Planungsziels 2010 fehlenden Kapazitäten systematisch erhoben werden.

Das **Konzept rasch verfügbarer Einsatzeinheiten** ist eines der wichtigsten Elemente des Planungsziels 2010 und soll auch im militärischen Bereich die rasche Reaktionsfähigkeit der Union in Krisensituationen gewährleisten. Ziel dieses Konzepts ist es, vorwiegend aus Infanterie bestehende Gefechtsverbände von je 1.500 Personen aufzustellen, die kurzfristig (in einem Zeitraum von fünf bis 15 Tagen), insbesondere über Ersuchen der VN für Einsätze über das gesamte Spektrum der „Petersberg-Aufgaben“ einsetzbar sind. Anfang 2007 wird das Ziel der permanenten gleichzeitigen Einsatzbereitschaft von zwei Einsatzeinheiten erreicht sein. Österreich wird sich gemeinsam mit Deutschland und Tschechien an einer im Jahr 2012 rasch verfügbaren Einsatzeinheit beteiligen.

1.2.4. Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen

Die auf Ersuchen der VN erfolgreich durchgeführte EU-Militäroperation EUFOR RD Congo unterstrich die enge Zusammenarbeit zwischen EU und VN auch im sicherheitspolitischen Bereich, zeigte aber gleichzeitig Erfordernisse für eine vertiefte Kooperation auf, etwa bei der Planung von Operationen.

Die zunehmenden Berührungspunkte auf dem Gebiet des zivilen Krisenmanagements zwischen EU und OSZE und daraus resultierende Fragen der praktischen Zusammenarbeit waren während des österreichischen Vorsitzes Gegenstand von Erörterungen, vor allem in den informellen Treffen der BotschafterInnen zum Politischen und Sicherheitspolitische Komitee der

EU (PSK) sowie des EU-Komitees für ziviles Krisenmanagement mit OSZE-ExpertInnen.

Die Zusammenarbeit mit der Nordatlantikvertragsorganisation (**NATO**) wurde vor allem beim Aufbau der militärischen Kapazitäten sowie bei der Durchführung der Operation EUFOR-Althea fortgesetzt. Treffen der BotschafterInnen zum PSK einerseits und zum Nordatlantikrat der NATO andererseits sowie informelle Arbeitsessen der AußenministerInnen der EU- und NATO-Staaten bilden dabei den Rahmen für die politische Konsultation und Koordination zwischen den beiden Organisationen.

Vor dem Hintergrund zahlreicher ESVP-Missionen in Afrika kommt den Beziehungen der EU zur **AU** große Bedeutung zu. Besonders eng manifestiert sich diese Zusammenarbeit im Rahmen der fortgesetzten ESVP-Unterstützungsaktion für die AU-Operation AMIS II in Darfur. Darüber hinaus ist die EU bestrebt, die sicherheitspolitischen Kooperationsprogramme einzelner EU-Mitgliedstaaten mit Mitgliedstaaten der AU sowohl untereinander als auch mit den entsprechenden Aktivitäten der EU besser zu koordinieren. Vorrangiges Ziel ist die Stärkung der AU, ihrer Mitglieder und anderer afrikanischer subregionaler Organisationen zur selbständigen Durchführung von Krisenmanagement-Operationen auf dem afrikanischen Kontinent.

2. Die Europäische Nachbarschaftspolitik

Ziel der Europäischen Nachbarschaftspolitik (**ENP**) ist die Einbindung der davon erfassten Nachbarstaaten der EU im Osten und im südlichen Mittelmeerraum in eine gemeinsame Zone des Friedens, der Sicherheit und des Wohlstands. Zu diesem Zweck werden detaillierte und nach Partnerland differenzierte Aktionspläne erstellt. Die Länder der ENP sollen bei entsprechendem Engagement in eine zunehmend engere Beziehung eingebunden werden, die über die Zusammenarbeit hinaus ein erhebliches Maß an wirtschaftlicher und politischer Integration beinhaltet, wodurch eine Anpassung durch neue Abkommen erforderlich werden könnte. Inhaltliche Schwerpunkte der Aktionspläne betreffen Bereiche wie den Politischen Dialog und Reform; Handels-, Markt- und Regulierungsreformen; Zusammenarbeit auf dem Gebiet Justiz und Inneres; Verkehr; Energie; Informationsgesellschaft und Umwelt sowie Kontakte zwischen den Zivilgesellschaften.

Die EU schloss Aktionspläne mit Armenien, Aserbaidschan und Georgien am 14. November ab. Die Verhandlungen mit Ägypten und dem Libanon führten zu substantiellen Fortschritten. Die Umsetzung der bereits abgeschlossenen Aktionspläne mit Israel, Jordanien, Marokko, Moldau, der Palästinensischen Autonomiebehörde, Tunesien und der Ukraine wird regelmäßig überprüft.

Die EU stellte mit dem Aktionsplan für Jordanien ihrem Partner ein effizientes Begleitinstrument für dessen nationale Reformagenda zur Seite. Die Regierungsbildung durch die fundamental-islamische Hamas in der Palästinensischen Autonomiebehörde führte zu einer vorübergehenden Unterbrechung der ENP-Zusammenarbeit. Die EU fand jedoch mit der Schaffung des zeitlich befristeten internationalen Mechanismus (TIM) einen Weg, die Bevölkerung vor den Folgen eines völligen finanziellen Zusammenbruches der palästinensischen Verwaltung zu bewahren.

Die Europäische Kommission legte konkrete Vorschläge zur Weiterentwicklung und Stärkung der ENP im Rahmen einer ersten Überprüfung der Fortschritte im Dezember vor. Die EU-AußenministerInnen sowie Staats- und Regierungschefs bekräftigten die tragende Bedeutung der ENP als eine der Kernpolitiken der EU-Außenbeziehungen und beschlossen ihre Weiterentwicklung und Stärkung.

Dem österreichischen Vorsitz gelang die Einigung auf ein neues und flexibleres einheitliches „Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument“ (ENPI) zur künftigen Finanzierung der Maßnahmen im Rahmen der ENP für den Zeitraum 2007–2013. Es ersetzt frühere Unterstützungsprogramme wie die Technische Unterstützung für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (TACIS) und MEDA (finanzielle und technische Begleitmaßnahmen zur Reform der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer) und dient insbesondere der Unterstützung nationaler Reformbemühungen der Partner sowie der Begleitung in der Umsetzung der Kooperations- und Partnerschafts- bzw. Assoziationsabkommen und ENP-Aktionspläne.

3. Südosteuropa / Westlicher Balkan

3.1. Entwicklungen in den einzelnen Staaten

3.1.1. Kroatien

In der Frage der **Flüchtlingsrückkehr** wurden weitere Fortschritte erzielt, doch dauern Probleme in den Bereichen Infrastruktur, Beschäftigung und Entschädigung für entzogene Wohnrechte an. Laut OSZE kehrten bis Jahresende 123.642 während des Kriegs geflohene oder vertriebene SerbInnen wieder in ihr Heimatland Kroatien zurück.

Bei den offenen **Grenzfragen mit Slowenien** betreffend die Bucht von Piran und gewisse Abschnitte der Landgrenze wurden keine Fortschritte erzielt. Die EU betonte, dass sie eine bilaterale Lösung dieser Fragen erwarte.

Das zwischen der Republik Österreich und Kroatien im November 2005 paraphierte bilaterale Entschädigungsabkommen zur Umsetzung des 2002 novellierten kroatischen Entschädigungsgesetzes für österreichische StaatsbürgerInnen wurde nicht unterzeichnet. Kroatien nahm in Aussicht, das

kroatische **Entschädigungsgesetz** im Sinne des bilateralen Entschädigungsabkommens zugunsten aller AusländerInnen zu novellieren. Dieses Gesetzesvorhaben wurde bis Jahresende nicht abgeschlossen.

Zu den EU-Beitrittsverhandlungen siehe Kapitel A.II.2.

3.1.2. Serbien/Kosovo

Nach der Auflösung der Staatenunion Serbien-Montenegro am 3. Juni richtete sich die Aufmerksamkeit innerhalb Serbiens wieder vermehrt auf den EU-Annäherungsprozess. Serbien wurde von Chefanklägerin Carla Del Ponte wegen mangelnder Zusammenarbeit mit ICTY wiederholt kritisiert. Ihre Einschätzung, Belgrad ließe sowohl den politischen als auch faktischen Willen vermissen, notwendige Maßnahmen insbesondere zur Auslieferung der beiden prominentesten mutmaßlichen Kriegsverbrecher, Ratko Mladić und Radovan Karadžić, zu ergreifen, führte am 4. Mai zur Unterbrechung der SAA-Verhandlungen. Auf Anregung der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft arbeitete die serbische Regierung im Juli einen **Aktionsplan** über konkrete Maßnahmen betreffend die Zusammenarbeit mit ICTY aus. Bis Jahresende brachte dieser Aktionsplan jedoch keine für eine Wiederaufnahme der SAA-Verhandlungen ausreichenden Ergebnisse.

Der serbischen Regierung gelang mit der Annahme einer **neuen Verfassung** durch Parlamentsbeschluss am 30. September und Volksabstimmung am 28. und 29. Oktober die Bewältigung eines Kernpunkts ihrer Reformagenda. Trotz Kritik an der Regierung sowohl wegen des Verfahrens zu ihrer Annahme als auch wegen umstrittener Teile ihres Inhalts gilt die neue Verfassung als rechtlicher Bruch mit der Milošević-Ära. Slobodan Milošević verstarb noch vor Abschluss seines Strafverfahrens im Gefängnis des ICTY am 11. März.

Der Annahme der Verfassung folgte die Ausschreibung von Parlamentswahlen für 21. Jänner 2007. Spätestens bis Jahresende 2007 müssen Präsidenten- und Lokalwahlen stattfinden. Gleichzeitig mit der Ausschreibung der Parlamentswahlen wurden auch die Rücktritte von vier MinisterInnen der Partei „G17 plus“ vom Parlament angenommen, darunter Parteichef und Finanzminister Mladjan Dinkić sowie Vizepremierministerin Ivana Dulić-Marković, die wegen andauernder Unterbrechung der SAA-Verhandlungen bereits am 30. September ihren Rücktritt eingereicht hatten. Bis zur Regierungsbildung nach den Wahlen bleiben die MinisterInnen der „G17 plus“ ebenso interimistisch im Amt wie Außenminister Vuk Drašković und Verteidigungsminister Zoran Stanković, deren (Unions-)Ministerien nach Auflösung der Staatenunion mit Montenegro noch nicht formell in die serbische Regierung integriert wurden.

Die Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden (**PfP**) seit Dezember stellte einen wesentlichen Fortschritt in der Integration Serbiens in die euro-atlantischen Strukturen dar.

Die Eröffnung der Verhandlungen über ein **Visaerleichterungsabkommen** und ein **Rückübernahmeabkommen** mit der Europäischen Kommission im November stieß in Serbien auf positive Resonanz. Die Visapflicht für serbische StaatsbürgerInnen im Schengen-Raum wird von der serbischen Bevölkerung als Ausgrenzung und Isolation empfunden. Visaerleichterungen sollen vor allem jungen Menschen entgegenkommen, die niemals die Gelegenheit hatten, westliche Länder zu bereisen.

Die Verhandlungen über den künftigen Status der Provinz **Kosovo** fanden keinen Abschluss. Bei zahlreichen technischen Gesprächen auf Beraterenebene in Wien gelang dem Statusteam unter Leitung des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs des VN-GS (SRSG), Martti Ahtisaari, jedoch in Teilbereichen eine Annäherung zwischen Belgrad und Pristina, etwa in der bedeutenden Frage der Dezentralisierung sowie beim Schutz religiöser Stätten und des kulturellen Erbes. Die Forderung von internationaler Seite nach einer aktiven Teilnahme der Kosovo-Serben an den kosovarischen Institutionen wurde hingegen auf Druck Belgrads unterminiert. In der eigentlichen **Statusfrage** blieben die Positionen unverändert: Während Pristina auf der Unabhängigkeit besteht, ist Serbien lediglich zu einer weit reichenden Autonomie der Provinz bereit. Ahtisaari sah deshalb zu Jahresende keinen Spielraum für eine grundsätzliche Annäherung in weiteren Verhandlungsrunden zwischen den Parteien und stellte die Präsentation seiner Lösungsvorschläge in Aussicht. Unter Rücksichtnahme auf die serbischen Parlamentswahlen verschob er diese Präsentation auf Ende Jänner 2007.

Der Tod von Präsident Ibrahim Rugova im Jänner hatte wesentliche Veränderungen innerhalb der politischen Strukturen Kosovos zur Folge. Erst nach langer Diskussion konnte man sich innerhalb der stärksten Regierungspartei, der Demokratischen Liga des Kosovo (LDK), auf Präsident Fatmir Sejdiu als Nachfolger für Rugova im Parteivorsitz einigen. Der Statusprozess steht im Mittelpunkt der kosovarischen Politik. Die Kosovo-albanischen Positionen wurden dabei vom so genannten **Unity Team** ausgearbeitet, das sowohl die Parteien der Regierungskoalition als auch die wichtigsten Oppositionsparteien in sich vereint.

Die Zusammenarbeit von Premierminister Agim Ceku mit **UNMIK** wurde vom neuen Leiter der Mission und SRSG, dem Deutschen Joachim Rucker, positiv bewertet. Rucker, der am 1. September Søren Jessen-Peterson nachfolgte, lobte insbesondere Cekus Bemühungen, die Kosovo-serbischen Gemeinden stärker einzubeziehen und zur Teilnahme an den kosovarischen Übergangsinstitutionen zu motivieren (so genanntes Outreach Programme). Gleichzeitig mit dem Statusprozess unter Leitung von SRSG Ahtisaari ging die Reform von UNMIK in die entscheidende Phase, die Vorbereitung auf den Abschluss des Statusprozesses und den Rückzug der UN (so genanntes phasing out). Im Laufe des Jahres wurden weitere Kompetenzen an die Institutionen der provisorischen Selbstverwaltung“ (PISG) übergeben.

Die EU ist sich bewusst, dass ihr innerhalb der künftigen internationalen Präsenz und auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit im Kosovo eine führende Rolle zukommen wird. Daher haben entsprechende Vorbereitungen durch **EUPT** bereits begonnen.

Im Sicherheitsbereich blieb die Kosovo-Truppe (**KFOR**) mit 17.500 SoldatInnen in der Schlüsselrolle. Neuer Befehlshaber (COMKFOR) wurde der deutsche General Roland Kather.

Die Erarbeitung eines kosovarischen **Religionsgesetzes** wurde zu einem positiven Abschluss gebracht. Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten hatte auf Wunsch der befassten Institutionen gemeinsam mit Univ.-Prof. Richard Potz vom Institut für Rechtsphilosophie, Religions- und Kulturrecht der Universität Wien an der Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs wesentlich mitgearbeitet.

3.1.3. Montenegro

Die **Auflösung der Staatenunion** Serbien und Montenegro dominierte die montenegrinische Innenpolitik bis zum Referendum in Montenegro am 21. Mai. Während sich die serbische Regierung bis zuletzt für die Beibehaltung der Staatenunion aussprach, arbeitete die montenegrinische Regierung seit Einrichtung der Staatenunion im Februar 2003 in Richtung Unabhängigkeit. Unter Vermittlung von Botschafter Miroslav Lajčák, dem persönlichen Vertreter des Hohen Vertreters der EU, Javier Solana, konnte nach aufwändigen Verhandlungen zunächst eine Einigung über den Termin für ein Unabhängigkeitsreferendum und daraufhin über das notwendige Abstimmungsverfahren zwischen dem Unabhängigkeitslager und den von Belgrad unterstützten Unionisten hergestellt werden. Beim Referendum sprachen sich 55,5% der montenegrinischen Bevölkerung für die Unabhängigkeit Montenegros aus. Die feierliche Unabhängigkeitserklärung erfolgte durch das Parlament am 3. Juni.

Auf Grundlage der EU-Ratsschlussfolgerungen vom 12. Juni kam es zur **Anerkennung** Montenegros durch die Mitgliedstaaten der Union. Die Anerkennung durch Österreich erfolgte bereits am 12. Juni, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Eröffnung einer österreichischen Botschaft am 12. Juli. Montenegro trat der OSZE am 22. Juni, den VN am 28. Juni bei.

Die während des Wahlkampfs angespannten **Beziehungen zwischen Montenegro und Serbien** normalisierten sich rasch. Die Anerkennung auf serbischer Seite erfolgte am 15. Juni, diplomatische Beziehungen zwischen beiden Staaten wurden am 22. Juni aufgenommen.

Das Land ist seither um den Auf- bzw. Ausbau seiner staatlichen Strukturen sowie um die weitere **Annäherung an die EU** bemüht. Nach Annahme eines entsprechenden Mandats begann die Europäische Kommission am 26. September Verhandlungen über ein SAA mit dem unabhängigen Mon-

tenegro. Die zuvor noch mit der Staatenunion Serbien und Montenegro geführten Verhandlungen waren aufgrund der unzufrieden stellenden Zusammenarbeit mit ICTY ausgesetzt worden.

Mit der Teilnahme Montenegros an der **PfP** seit 14. Dezember konnte das Land einen wichtigen Integrationssschritt in die euro-atlantischen Strukturen setzen.

3.1.4. Bosnien und Herzegowina

Das Hauptaugenmerk im innerstaatlichen Reformprozess galt den **Verhandlungen über ein SAA**, deren technische Sitzungen während des österreichischen Vorsitzes begannen. Diese konnten am 14. Dezember, dem elften Jahrestag der Unterzeichnung des Dayton-Abkommens, technisch abgeschlossen werden. Mangels hinreichender Fortschritte in verschiedenen von der EU geforderten Reformbereichen, vor allem Polizei, Verwaltung und Rundfunk, konnte das Abkommen noch nicht paraphiert werden.

Ein wichtiger Integrationssschritt des Landes in die euro-atlantischen Strukturen war der Beitritt zur **PfP** am 14. Dezember.

Am 1. Februar trat der ehemalige deutsche Postminister Christian Schwarz-Schilling als Nachfolger des Briten Lord Ashdown sein Amt als Hoher Repräsentant der internationalen Gemeinschaft in Bosnien und Herzegowina an. Als Hauptanliegen für seine Amtszeit hob der Hohe Repräsentant eine schrittweise Abschaffung der „Bonner Befugnisse“ (rechtsverbindliche Entscheidungen des Hohen Repräsentanten zur Verwirklichung von Reformen, die sonst möglicherweise aufgeschoben oder nie durchgeführt würden) sowie die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Erleichterung des Visa-Regimes für Bosnien und Herzegowina im Schengenraum bzw. in der EU hervor.

Der Lenkungsausschuss des Friedensimplementierungsrats kam unter österreichischer Teilnahme als EU-Ratsvorsitz am 22. und 23. Juni überein, dass eine schrittweise Übergabe der Verantwortlichkeiten an die Institutionen von Bosnien und Herzegowina im Interesse des Landes liege. Das Büro des Hohen Repräsentanten begann daraufhin mit Vorbereitungen zu seiner Schließung am 30. Juni 2007. Unter Berücksichtigung der politischen Lage im Lande und in der Region sollte diese Schließung des Büros im Februar 2007 überprüft werden.

Eine Mehrparteien-Einigung zur Reform der komplizierten Strukturen der Dayton-Verfassung scheiterte an der mangelnden Zweidrittelmehrheit im Parlament im April.

Am 1. Oktober fanden allgemeine Wahlen statt, die erstmals zur Gänze von Bosnien und Herzegowina und nicht von der internationalen Gemeinschaft unter Federführung der OSZE durchgeführt und ausgezählt wurden.

Die Resolution des VN-SR zur Verlängerung des Mandats von EUFOR-Althea um weitere zwölf Monate wurde im Konsens am 21. November angenommen.

3.1.5. Albanien

Das Hauptereignis aus innen- und außenpolitischer Sicht war die **Unterzeichnung des SAA** am 12. Juni unter österreichischem EU-Ratsvorsitz.

Innenpolitisch war das Land von starken Gegensätzen zwischen Regierung und Opposition in politischen Grundsatzfragen und Fragen der politischen Reform geprägt. Der Vorbereitungsprozess für die anstehenden Lokalwahlen, der auch Fragen einer weiteren Wahlrechtsreform und des Wahltermins einschloss, gestaltete sich schwierig. Nach einer Stagnation in der ersten Jahreshälfte wurde der politische Diskurs zwischen den beiden politischen Lagern Albaniens, der Sozialistischen Partei (SP) unter Führung von Fatos Nano und der Demokratischen Partei (DP) unter Vorsitzendem Sali Berisha, ab Jahresmitte zunehmend kontrovers und fand trotz Kompromissignalen beider Seiten und Vermittlungsbemühungen der internationalen Gemeinschaft nach Ablauf aller gesetzlichen Fristen zu Jahresende keine konsensualen Lösungen. Auch die Auseinandersetzung um das Amtsenthebungsverfahren gegen den albanischen Generalstaatsanwalt prägte die öffentliche Diskussion. In dieser Frage, die zu einer Verfassungskontroverse zwischen dem Legislativ- und dem Exekutivorgan führte, entschied das Verfassungsgericht zu Jahresende, dass das Parlament seine verfassungsmäßigen Kompetenzen überschritten habe.

Albanien setzte seine konstruktive Regionalpolitik in der Region fort. Die Pflege der regionalen Kontakte und die Hervorhebung guter Beziehungen mit Mazedonien, Montenegro und der Türkei sowie mit Griechenland und Italien standen weiterhin im Vordergrund. Zur Kosovofrage nahmen Regierung und Opposition eine relativ zurückhaltende Position ein.

Im **wirtschaftlichen Bereich** ergriff die Regierung zahlreiche Initiativen und verwirklichte weit gehend den Umbau einschlägiger Institutionen. Die Budgetpolitik reflektiert die Bemühungen der Regierung zur Förderung einer dynamischen Entwicklung von Produktion, Handel und Tourismus sowie von Investitionen in das Humankapital durch Prioritätensetzung für Infrastrukturentwicklung, Bildung und Gesundheit.

3.1.6. Mazedonien

Die Durchführung der Parlamentswahlen am 5. Juli entsprach weit gehend internationalen Standards. Internationale WahlbeobachterInnen berichteten von weniger Gewaltakten und irregulären Vorgängen als bei früheren Wahlgängen.

Die Wahlkoalition der Oppositionspartei „Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für Mazedonische Nationale Ein-

heit“ (VMRO-DPMNE) erzielte die relative Mehrheit. Deren Parteivorsitzender Nikola Gruevski wurde von Präsident Branko Crvenkovski mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt. Gruevski führte zunächst auch Verhandlungen mit der ethnisch-albanischen „Demokratischen Union für Integration“ (DUI), deren Regierungsbeteiligung Gesetzesbeschlüsse mit erforderlicher „Badinter-Mehrheit“ (eine zweite Mehrheit unter denjenigen Abgeordneten, welche sich als Angehörige einer der ethnischen Minderheiten deklariert haben) erleichtert hätte. Die Verfassung verlangt diese doppelte Mehrheit bei allen Gesetzesbeschlüssen zu Fragen des Sprachgebrauchs, von Volksgruppen, Gemeindeautonomie, Gemeindegrenzen, Schulwesen, Kultur und primärer Gesundheitsvorsorge. Die DUI machte ihre Aufnahme in die Regierung vom Hinweis abhängig, dass sie innerhalb der albanischen Volksgruppe die Wahlen gewonnen habe. Gruevski lehnte eine Fortsetzung der Verhandlungen mit der DUI ab, nachdem einige ihrer Repräsentanten öffentlich die Möglichkeit einer Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes der Kosovo Befreiungsarmee (UCK) nicht ausschließen wollten.

Zur neuen Regierungsmehrheit trugen schließlich die ethnisch-albanische Demokratische Partei Albaniens (DPA) und acht kleinere Parteien der ethnisch-slawischen Mazedonier bei. DUI-Abgeordnete boykottierten zunächst Parlamentssitzungen über die Behandlung von Regierungsvorlagen; die Oppositionspartei organisierte Demonstrationen und Straßensperren gegen den Ausschluss aus der Regierung. VertreterInnen der internationalen Gemeinschaft bemühten sich, den Dialog zwischen Regierung und DUI zu erhalten und zu vertiefen.

4. Die osteuropäischen Staaten

4.1. Ukraine, Moldau, Belarus

4.1.1. Ukraine

Die Ukraine ist Zielland der ENP. Die EU-AußenministerInnen besuchten im Troika-Format unter österreichischem Vorsitz Kiew am 6. März. Es wurde eine Intensivierung der Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU konstatiert, wobei es vor allem bei den politischen Elementen des Aktionsplans EU-Ukraine große Fortschritte gab. Besonders aufmerksam verfolgte die EU den Ablauf und das Ergebnis der Parlamentswahlen am 26. März. In einer Erklärung des Vorsitizes im Namen der EU wurde der freie und faire Verlauf der Wahlen begrüßt und als Meilenstein im demokratischen Wahlprozess bezeichnet. Die EU sehe den weiteren Arbeiten zur Vertiefung ihrer Partnerschaft mit der Ukraine erwartungsvoll entgegen und sei zur Unterstützung der Reformen in der Ukraine bereit.

Das Europäische Parlament verabschiedete eine Entschließung am 6. April, in der die Hoffnung auf baldigen Abschluss eines Visaerleichterungsabkommens zum Ausdruck gebracht wurde.

Die neue ukrainische Regierung unter Premierminister Viktor Janukowytsch wurde nach langen und schwierigen Koalitionsverhandlungen am 4. August angelobt. Die den Präsidenten unterstützende Partei ist darin nicht mehr vertreten. Das Zusammenwirken der neuen Regierung mit dem Präsidenten gestaltete sich in der Folge bisweilen schwierig. Am 14. September führte die zweite Auslandsreise des Premierminister anlässlich des Kooperationsrats EU-Ukraine nach Brüssel. Janukowytsch hob die progressive Vertiefung der Zusammenarbeit in vielen Bereichen hervor, verwies aber darauf, dass ein „EU-Romantizismus“ einer pragmatischeren Haltung gewichen sei.

Die Europäische Kommission legte Ende September den Entwurf für ein Verhandlungsmandat für ein Nachfolgeabkommen des bis 1. März 2008 geltenden Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (PKA) vor. Dieses Nachfolgeabkommen soll nach einem Beitritt der Ukraine zur Welthandelsorganisation (WTO) vor allem die Weiterentwicklung in Richtung einer vertieften Freihandelszone ermöglichen. Wichtigstes Ergebnis des EU-Ukraine-Gipfels in Helsinki am 27. Oktober war die Paraphierung des Visaerleichterungsabkommens sowie des Rückübernahmeabkommens. Die EU begrüßte in einer Erklärung des österreichischen Vorsitzes am 14. März die Umsetzung der Gemeinsamen Erklärung des ukrainischen und des moldauischen Ministerpräsidenten zu Zollfragen über die Einführung einer transparenten und rechtmäßigen Zollregelung an der moldauisch-ukrainischen Grenze vom 30. Dezember 2005. Die EU wirkt im Rahmen ihrer Grenzmission für Moldau/Ukraine an der Stärkung des Grenzregimes mit.

4.1.2. Moldau

Für die Außenpolitik Moldaus hat die Annäherung an die Strukturen der EU oberste Priorität. Der im Rahmen der ENP seit 2005 geltende Aktionsplan EU-Moldau bietet eine wichtige Richtschnur für die Umsetzung von Reformen. Dies wurde im Rahmen der im April unter österreichischem Vorsitz stattfindenden Tagung des Kooperationsrats EU-Moldau bekräftigt. Am Rande des Kooperationsrats wurde auch ein Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft (EG) und Moldau zu Luftverkehrsdiensten unterzeichnet. Ein Kooperationsausschuss auf Ebene Hoher Beamten fand im Oktober statt. Die Vorbereitungen für die Aktualisierung des Überprüfungsinstruments zur Umsetzung des ENP-Aktionsplans wurden unter österreichischer Präsidentschaft abgeschlossen. Im November wurde zum ersten Mal der Aktionsplan formell überprüft und aktualisiert. Die Europäische Kommission stellte ihren Vorschlag für ein Mandat zu Verhandlungen über ein Visaerleichterungs- und Rückübernahmeabkommen vor. Das Mandat wurde vom Rat Justiz und Inneres im Dezember angenommen.

Der EUSB für Moldau, Adriaan Jacobovits de Szeged, absolvierte zahlreiche Missionen zur Vermittlung im Konflikt um die separatistische Region **Transnistrien**. Die Verhandlungen zur Lösung dieses Konflikts im „Format 5+2“, bestehend aus der moldauischen Regierung, dem transnistrischen Regime in Tiraspol, den drei Mediatoren Russland, Ukraine und OSZE sowie den Beobachtern EU und USA, kamen durch die Weigerung der transnistrischen Seite zur Rückkehr an den Verhandlungstisch als Reaktion auf die neuen Zollregelungen an der moldauisch-ukrainischen Grenze zum Stillstand. Die EU konnte jedoch mit ihrer Grenzmission für Moldau/Ukraine einen Beitrag für eine Einigung leisten: Das Registrieren eines Großteils der transnistrischen Exportbetriebe bei moldauischen Zentralstellen führte zum Rückgang des Schmuggels, der eine der wirtschaftlichen Grundlagen des separatistischen Regimes in Transnistrien darstellt. Die EU hat in einer Erklärung im September ein in Transnistrien abgehaltenes Referendum über die Unabhängigkeit des Gebiets und dessen Ergebnis nicht anerkannt. Diese Position wurde auch im Anschluss an die im Dezember durchgeführten transnistrischen „Präsidenten“-Wahlen eingenommen.

4.1.3. Belarus

Präsident Alexander Lukaschenko hatte durch eine Verfassungsänderung 2004 die Möglichkeit erhalten, für weitere Amtsperioden zu kandidieren. Er gewann die Präsidentenwahl am 19. März offiziellen Angaben zufolge mit 82,6% der Stimmen. Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft stellte wie die Wahlbeobachtungsmission des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (ODIHR) fest, dass diese Wahl internationalen Standards nicht entsprochen habe. In den Schlussfolgerungen des Rats Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen vom 10. April werden die Wahlen als nicht frei und fair bezeichnet und das gewaltsame Vorgehen der Polizei gegen DemonstrantInnen sowie Festnahmen von OppositionspolitikerInnen verurteilt. Der Rat beschloss eine Ausweitung der Visasperre (Verbot der Einreise in die EU) auf Präsident Lukaschenko und 30 weitere Mitglieder der belarussischen Führung bzw. andere Funktionäre sowie ein Einfrieren der Vermögenswerte dieser Personen. Darüber hinaus erfolgten im Jahresverlauf mehrere EU-Erklärungen zu polizeilichen Übergriffen, Beeinträchtigungen der Versammlungsfreiheit und politisch motiviertem Vorgehen gegen Oppositionelle. Lukaschenkos Gegenkandidat Alexander Milinkewitsch führte in Brüssel im Jänner am Rande einer EU-Ratstagung informelle Gespräche mit EU-VertreterInnen und wurde in Wien im April vom Ratsvorsitzenden Bundeskanzler Wolfgang Schüssel empfangen.

Am 20. Dezember verabschiedete die VN-GV eine Resolution, in der Besorgnis über die Menschenrechtssituation in Belarus geäußert wird. Kritisiert werden willkürliche Verhaftungen von JournalistInnen, OppositionspolitikerInnen und MenschenrechtsaktivistInnen, Verurteilungen in ge-

schlossenen Prozessen sowie die Unterdrückung von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), religiösen Gruppierungen, unabhängigen Medien, Oppositionsparteien und unabhängigen Gewerkschaften. Die Regierung wird aufgerufen, mit dem Menschenrechtsrat der VN zu kooperieren, politische Gefangene freizulassen und das Recht auf freie Meinungsäußerung zu respektieren.

Die EU-Troika entsandte am 18. und 19. Dezember eine Mission für Treffen mit VertreterInnen der belarussischen Regierung, von Oppositionsparteien und von NGOs nach Minsk. Gegenüber RegierungsvertreterInnen bekräftigte die EU-Troika, dass Belarus internationale Menschenrechtskonventionen einhalten und Meinungsfreiheit und rechtsstaatliche Prinzipien respektieren müsse. Erläutert wurde auch ein im November fertig erarbeitetes Angebot „Was die EU Belarus bringen könnte“. Darin werden die durch die Einbeziehung des Landes in die ENP gebotenen Möglichkeiten ausführlich dargestellt, sollte sich Belarus um Demokratisierung, Achtung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit bemühen. Im November schlug Belarus die Einrichtung eines Energiedialogs vor. Die Europäische Kommission reagierte darauf positiv.

4.2. Südkasien

Die drei südkaukasischen Staaten Armenien, Aserbaidschan und Georgien sehen in der Annäherung an euro-atlantische Strukturen ein wesentliches Ziel ihrer Außenpolitik.

Die Ausweitung der ENP auf die drei südkaukasischen Staaten ist wesentlicher Bestandteil dieser Politik. Höhepunkt war die Reise einer EU-Troika unter Vorsitz von Staatssekretär Hans Winkler in die Region im April sowie ein Ministerbesuch in Troika-Format in die Region im Oktober. Im November fanden Kooperationsräte mit den Partnerländern statt, bei denen die ENP-Aktionspläne angenommen wurden. Wichtige Bereiche dieser Aktionspläne sind insbesondere die Stärkung demokratischer Strukturen und der Rechtssicherheit, Verbesserung des Schutzes der Menschenrechte, eine Verbesserung des makroökonomischen Klimas, die Stärkung der regionalen Kooperation sowie Schritte zu einer friedlichen Lösung der Konflikte im Südkaukasus.

Im Februar wurde der schwedische Diplomat Peter Semneby zum EUSB für den Südkaukasus ernannt. Er löste den langjährigen finnischen Sonderbeauftragten Heikki Talvitie ab. Vorrangige Aufgabe der EU in der Region ist die Suche nach Konfliktlösungen.

Zu Jahresbeginn verschlechterten sich die Beziehungen zwischen **Georgien** und Russland sukzessive und erreichten mit der Verhaftung von fünf russischen Armeeeoffizieren im September einen Tiefpunkt. Der Rat der EU appellierte im Oktober an beide Seiten, sich um eine Normalisierung der Beziehungen zu bemühen. Die EU brachte ihre tiefe Besorgnis über die von

Russland gegen Georgien verhängten Maßnahmen zum Ausdruck und appellierte an Russland, insbesondere von Maßnahmen gegen in Russland lebende GeorgierInnen Abstand zu nehmen. Gegen Ende des Jahres war erstmals wieder eine leichte Entspannung erkennbar.

Im November fand in **Südossetien** ein „Unabhängigkeitsreferendum“ statt, das aber von der internationalen Gemeinschaft nicht anerkannt wurde.

Die Bemühungen um eine Lösung der **Berg-Karabach**-Frage wurden fortgesetzt, wobei Ende des Jahres Dynamik in die Gespräche kam. Am 10. Dezember fand in Nagorni Karabach ein „Verfassungsreferendum“ statt, das international nicht anerkannt wurde.

5. Russland

Präsident Wladimir Putin strebt einen starken Staat an, der die politischen und wirtschaftlichen Prozesse in Russland kontrolliert. Die demokratischen Institutionen des Landes haben diesem Ziel zu dienen. Nachdem die audiovisuellen Medien und die strategischen Sektoren der Wirtschaft bereits seit längerem der staatlichen Kontrolle unterliegen, wurden auch NGOs aufgrund eines im Jänner beschlossenen Gesetzes strengen Registrierungsvorschriften unterworfen.

Die russische **Wirtschaft** wuchs in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 6,7%. Dieses Wachstum ist primär eine Folge der gestiegenen Energiepreise. Die beachtlichen Einnahmen aus dem Export von Öl und Gas fließen in einen Stabilisierungsfonds, auf den der russische Staat in wirtschaftlich schlechteren Zeiten zurückgreifen will. Darüber hinaus zahlte Russland seine Auslandsschulden vorzeitig zurück. Die staatliche Einflussnahme auf die russische Wirtschaft, die Expansion staatlicher Energieunternehmer auf Kosten privater russischer und ausländischer Unternehmen sowie die Abschottung strategischer Wirtschaftssektoren schwächten das Vertrauen in- und ausländischer Investoren.

Immer mehr russischen BürgerInnen geht es materiell besser denn je. Dennoch vergrößerte sich die Kluft zwischen arm und reich. Präsident Putin erhöhte daher die Sozialausgaben und beauftragte die Regierung mit der Verwirklichung „**nationaler Projekte**“ in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wohnbau und Landwirtschaft. Deutlicher war aber zuletzt die Steigerung der budgetären Ausgaben für innere Sicherheit und Landesverteidigung.

Trotz einer relativen Beruhigung der Lage in **Tschetschenien** gab es in den meisten nordkaukasischen Republiken Terroranschläge. Die Menschenrechtssituation in dieser Region bleibt Besorgnis erregend. Zwischen der EU und Russland finden halbjährlich Konsultationen über Menschenrechtsfragen statt, bei denen Verletzungen von Grund- und Freiheitsrechten, Mängel im Strafvollzug, Einschränkungen der Medienfreiheit und Probleme

der NGOs und MenschenrechtsverteidigerInnen erörtert werden. Zur Linderung der humanitären Probleme in Tschetschenien stellte die EU seit 1999 Hilfsmittel im Ausmaß von 196 Millionen Euro zur Verfügung. Im April beschloss die EU ein sozioökonomisches Entwicklungsprogramm für Tschetschenien, Inguschetien und Nordossetien in der Höhe von 22 Millionen Euro.

In der **Außenpolitik** Russlands stehen die Beziehungen zu den übrigen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion im Vordergrund. Russland will den Einfluss im postsowjetischen Raum aus sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen wahren. Moskau zog die Konsequenzen aus den politischen Veränderungen in einer Reihe von Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion, der schwindenden Relevanz der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) und den geringen Realisierungschancen des Projekts eines „Einheitlichen Wirtschaftsraums“, an dem Belarus, Kasachstan, Russland und die Ukraine hätten teilnehmen sollen. Es wurden neue Integrationsgebilde geschaffen, an denen sich die gegenüber Russland loyalen Staaten beteiligen, die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EURASEC) auf wirtschaftlichem Gebiet sowie die Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit auf sicherheitspolitischem Gebiet.

Russland setzt die **Energiepolitik** als machtvolleres außenpolitisches Instrument ein. Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, die sich gegenüber Russland wohl verhalten, beziehen russische Energielieferungen zu Vorzugspreisen, andere zu Marktpreisen. Auseinandersetzungen mit der Ukraine zu Jahresbeginn und mit Belarus zu Jahresende führten vorübergehend zu einer Unterbrechung der russischen Gas- bzw. Öllieferungen an diese beiden Länder. Davon waren auch mittel- und westeuropäische Länder betroffen, die durch diese beiden Transitländer verlaufende Pipelines mit russischem Gas und Öl versorgt werden.

Die EU bezieht 40% ihres gesamten Gas- und 25% ihres gesamten Ölimports aus Russland und ist für Russland die wichtigste Energieexport-Destination. Vor diesem Hintergrund erhob die EU Energiesicherheit zu einem zentralen Thema des Energiedialogs EU-Russland. Der Forderung der EU nach sicherer Energieversorgung stellte Russland jene nach „Abnahmesicherheit“ durch langfristige Lieferverträge entgegen. Anlässlich des EU-Russland-Gipfels während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft in Sotschi (Russland) am 25. Mai wurde Einigung über eine Reihe von Prinzipien erzielt, etwa Marktwirtschaftlichkeit, Transparenz und Reziprozität, welche den internationalen Energiebeziehungen zu Grunde liegen sollen. Diese Prinzipien wurden beim Gipfel der G-8 in St. Petersburg im Juli in einer Deklaration verankert.

Angesichts der energiepolitischen Interdependenz zwischen der EU und Russland will die EU die Energiepartnerschaft im künftigen Rahmenabkommen EU-Russland festschreiben, welches das derzeit geltende PKA

nach 2007 ersetzen soll. Über die wesentlichen Inhalte fanden während des österreichischen Vorsitzes Konsultationen statt. Das Abkommen soll unbefristete Gültigkeit haben, inhaltlich auf die „Gemeinsamen Räume“ für wirtschaftliche Kooperation, innere Sicherheit, äußere Sicherheit sowie Forschung, Bildung und Kultur Bezug nehmen und so flexibel formuliert sein, dass es eine Weiterentwicklung dieser strategischen Partnerschaft ermöglicht. Darüber hinaus soll die Schaffung einer Freihandelszone vorgesehen werden, die nach dem WTO-Beitritt Russlands verwirklicht werden könnte.

Anlässlich ihres Gipfeltreffens in Sotschi unterzeichneten die EU und Russland Abkommen über Visaerleichterungen und Rückübernahme.

6. Der Nahe Osten, Nordafrika und der Mittelmeerraum

6.1. Politische Entwicklungen

Im **Irak** sprach das Parlament der aus den Wahlen im Vorjahr hervorgegangenen Regierung unter Ministerpräsident Nuri Al-Maliki am 20. Mai das Vertrauen aus. Es gelang der Regierung jedoch nicht, die sich nach dem Anschlag auf ein schiitisches Heiligtum in Samarra am 22. Februar zusehends verschlechternde Sicherheitslage zu stabilisieren. Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft war in Bagdad durch Sondergesandte Gudrun Harter vertreten, unter deren Vorsitz sich die anwesenden EU-Botschaften auf den ersten gemeinsamen Bericht über die Lage im Land einigten. Verhandlungen über ein Handels- und Kooperationsabkommen mit der EU wurden am 20. November aufgenommen.

Nachdem ein Berufungsgericht das am 5. November gefällte Todesurteil des irakischen Sondertribunals gegen Saddam Hussein bestätigte, wurde er am 30. Dezember gehängt. Die EU wies in einer Erklärung zur Verhängung des Todesurteils auf ihre wiederholte Verurteilung der unter dem Regime Saddams Husseins begangenen systematischen Menschenrechtsverletzungen hin, rief aber gleichzeitig ihre prinzipielle Ablehnung der Todesstrafe in Erinnerung.

Im **Jemen** gewann Präsident Abdullah Saleh am 20. September die Präsidentschaftswahlen mit 77,2% der Stimmen. Trotz gewisser Mängel wurden die Wahlen von der EU-Beobachtermission als offen ausgetragene Auseinandersetzung und Meilenstein in der demokratischen Entwicklung des Landes anerkannt. Auch in den **Vereinigten Arabischen Emiraten** kam es zu vorsichtigen Demokratisierungsschritten.

Die Herrscherhäuser in **Kuwait**, **Bahrain** und **Katar** erlaubten weiterhin eine vorsichtige Öffnung des politischen Systems. In den letzten Jahren wurden innenpolitische Reformmaßnahmen eingeleitet, deren deutlichster Ausdruck die erstmalige Einräumung des aktiven und passiven Frauenwahlrechts bei den Parlamentswahlen in Kuwait war. In Bahrain wurden

ebenfalls Parlamentswahlen durchgeführt, die erstmals nicht von der schiitischen Bevölkerungsmehrheit boykottiert wurden. Sicherheitsgarant für die Souveränität und Integrität der drei Staaten sind die USA, die diese wiederum zu wichtigen Eckpfeilern ihrer Militärstrategie in der Region gemacht haben.

Die AußenministerInnen der E3 (Deutschland, Frankreich und Großbritannien) und der Hohe Vertreter der EU sowie die AußenministerInnen Chinas, Russlands und der USA einigten sich anlässlich eines Treffens in Wien am 1. Juni auf ein umfassendes Paket für den **Iran**, das neben wirtschaftlichen Anreizen auch multilaterale Gespräche, einschließlich den USA, beinhaltete. Vorbedingung zu substanziellen Gesprächen auf Basis des „Wiener Pakets“ war die Aussetzung der Urananreicherungsaktivitäten durch den Iran. Gespräche des Hohen Vertreters der EU mit dem iranischen Chefunterhändler Ali Larijani endeten jedoch ergebnislos. Daraufhin nahm der VN-SR am 23. Dezember die Resolution 1737 an, mit der wirtschaftliche Sanktionen nach Art 41 der Satzung der VN (SVN) verhängt wurden.

Österreich konnte während des Vorsitzes Einigung mit dem Iran über die Modalitäten für die Abhaltung des Menschenrechtsdialogs erzielen. Der Iran sagte jedoch die für Anfang Dezember in Helsinki geplante nächste Runde ab.

6.2. Nahost-Friedensprozess

Zu Jahresbeginn kam es zu einschneidenden Veränderungen im Nahost-Friedensprozess. Mit der folgenschweren Erkrankung des israelischen Ministerpräsidenten Ariel Sharon verließ eine dominante Persönlichkeit die politische Arena. Beinahe gleichzeitig führte das Ergebnis der seit 1996 ersten Wahlen zum palästinensischen Legislativrat zur Übernahme von Regierungsverantwortung durch die als Wahlbewegung „List for Change and Reform“ (Liste für Veränderung und Reform) an den Wahlen beteiligte Hamas, einer von der EU als terroristische Vereinigung eingestuften Gruppe.

Die Weigerung der Hamas zu einem unmissverständlichen Bekenntnis zu den vom Nahost-Quartett (EU, Russland, USA und VN) formulierten Grundsätzen – Anerkennung des Existenzrechts Israels, Gewaltverzicht und Einhaltung aller existierenden Abkommen, einschließlich der „Road Map“ (Fahrplan) aus dem Jahr 2003 – führte nach der Bildung einer von der Hamas geführten Regierung zur Einstellung der direkten Finanzhilfe an die Palästinensische Autonomiebehörde. Während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft erarbeitete die Gebergemeinschaft einen Zahlungsmechanismus für die weitere Finanzierung von Hilfsleistungen in kritischen Sektoren wie Gesundheits- und Bildungswesen, demzufolge Finanzmittel nur direkt oder über das Büro von Präsidenten Mahmoud Abbas und nicht über die von der Hamas geführten Ministerien ausgezahlt würden.

Verschiedenste Anstrengungen um eine Verständigung zwischen der über Jahrzehnte dominierenden Fraktion von Präsident Abbas, der Fatah, und der neuen Mehrheitspartei, der Hamas, scheiterten. Vielmehr nahmen die Spannungen innerhalb der palästinensischen politischen Fraktionen stetig zu und führten ab Herbst zu direkten bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften im Einflussbereich des Präsidenten und jenen in direkter Loyalität zum von Hamas geleiteten Innenministerium. Die Auseinandersetzungen forderten bis Jahresende dutzende von Todesopfern und hunderte von Verletzten auf beiden Seiten.

Die Machtübernahme der Hamas führte auch zu einer weiteren Verschlechterung im israelisch-palästinensischen Verhältnis. Israel verweigerte ab dem Zeitpunkt des Regierungsantritts der neuen Palästinensischen Autonomiebehörde die Weiterleitung palästinensischer Zoll- und Steuereinnahmen, die bei Importen und Exporten in und aus den Besetzten Gebieten von palästinensischen HändlerInnen und KonsumentInnen entrichtet werden und von den israelischen Zollbehörden entsprechend einer Übereinkunft mit der Palästinensischen Autonomiebehörde treuhändisch eingenommen werden. Der Ausfall der bedeutendsten Quelle für eigene Budgeteinnahmen und der internationale Boykott der direkten Zusammenarbeit führte de facto zum Zusammenbruch des öffentlichen Sektors in den palästinensischen Gebieten.

Die Entführung eines israelischen Soldaten aus einem Militärstützpunkt durch ein palästinensisches Überfallskommando zur Jahresmitte führte zum massivsten israelischen Militäreinsatz im Gaza-Streifen seit dem Rückzug der Truppen im Vorjahr.

Ein ähnlicher Überfall durch Mitglieder der Hisbollah an der libanesisch-israelischen Grenze, bei dem zwei weitere Soldaten entführt worden waren, löste kurz darauf eine groß angelegte Militäroperation der israelischen Armee mit dem Ziel der Vertreibung der Hisbollah aus dem Südlibanon und der Eliminierung ihres den Norden Israels bedrohenden Raketenpotenzials aus. Nach einem vierwöchigen Krieg, der sich auf weite Teile des Libanon ausdehnte und schwere humanitäre Folgen und die Zerstörung zentraler ziviler Infrastruktur nach sich zog, erwirkten die VN einen Waffenstillstand und beschlossen eine massive Aufstockung der im Südlibanon stationierten Interimstruppe UNIFIL (zur Bombardierung des Beobachterpostens der VN in Khiam, bei der auch der österreichische Major Helmut Lang getötet wurde, siehe Kapitel E.III.3.1.). Israel zog sich aus dem Libanon zurück. Unter Mithilfe von UNIFIL konnten erstmals wieder reguläre libanesischen Streitkräfte im Süden des Libanon Stellung beziehen.

Als direkte Folge des Libanonkriegs wurde der vom neuen israelischen Premierminister Ehud Olmert propagierte „Disengagement Plan“ (unilateraler Rückzug Israels aus besetzten Gebieten des Westjordanlands) aufgegeben. Anlass zur Hoffnung für eine Wiederbelebung des Friedensprozess

gaben Ende November eine Grundsatzrede von Premierminister Olmert an der Grabstätte des israelischen Staatsgründers Ben Gurion, in der Olmert seine Vision für eine friedliche Koexistenz von Israelis und Palästinensern darlegte sowie ein Treffen von Premierminister Olmert und Präsident Abbas am 23. Dezember.

Für die EU und Österreich bleibt die Road Map der einzige Erfolg versprechende Weg, um einen für beide Seiten annehmbaren, dauerhaften Frieden auf Grundlage der Zweistaaten-Lösung zu erreichen. Ein intensives Engagement des Nahost-Quartetts und eine Einbindung der arabischen Nachbarstaaten sind für die Erreichung dieses Ziels unabdingbar.

6.3. Die Euro-Mediterrane Partnerschaft (Barcelona-Prozess)

Die neuen Impulse, welche der Barcelona Prozess durch das 10-jährige Jubiläums-Gipfeltreffen im November 2005 erhalten hatte, konnten erste Auswirkungen auf die gemeinsamen Aktivitäten im Rahmen der Partnerschaft entfalten. Am Jubiläumsgipfel von Barcelona wurde neben den drei ursprünglichen Kapiteln der Zusammenarbeit im Barcelonaprozess (politische und sicherheitspolitische; wirtschaftliche und soziale sowie kulturelle Zusammenarbeit) ein viertes Kapitel eröffnet, die „**Zusammenarbeit im Bereich der Justiz, Sicherheit, Migration und sozialen Integration**“. Diese Zusammenarbeit gewann infolge der wachsenden Wanderung aus dem und durch den nordafrikanischen Raum an Dringlichkeit. Erste Konsultationen über die weiteren Arbeiten zu diesem Kapitel erwiesen sich als komplex und führten zunächst zur Abhaltung eines informellen Euromed-Treffens hochrangiger ExpertInnen zu Migration am 3. Februar. Auf der Basis dieser Arbeiten konnte im Rahmen des Euromed-Außenministertreffens am 27. und 28. November der Durchbruch erzielt und ein Beschluss zur Abhaltung einer Euromed-Ministerkonferenz zu Migrationsfragen im Jahr 2007 gefasst werden.

Der in Barcelona angenommene Verhaltenskodex für die Terrorismusbekämpfung sieht eine Reihe von Aktivitäten im regionalen Rahmen der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft vor. Die österreichische Präsidentschaft hielt am 15. Mai eine Ad-hoc-Tagung über Toleranz und Dialog sowie Prävention ab; die Umsetzung des Verhaltenskodex begann mit der Ausarbeitung eines spezifischen Prioritätenpapiers.

Während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft wurden auch ein **Euromed-Handelsministertreffen** in Marrakesch am 24. März und ein **Treffen der FinanzministerInnen** in Tunis am 25. und 26. Juni abgehalten. Die HandelsministerInnen nahmen die Verhandlungen zur Liberalisierung von Dienstleistungen auf. Diese Maßnahmen stellen einen wichtigen Schritt zur Errichtung einer Freihandelszone bis 2010 dar. Die FinanzministerInnen erörterten insbesondere die Frage der Investitionsförderung in den südlichen Euromed-Partnerstaaten. Verhandlungen zur Liberalisierung des Han-

dels mit landwirtschaftlichen Produkten und Fischereiprodukten, wie im Fünfjahresprogramm des Gipfels 2005 festgelegt, wurden mit Israel, Jordanien und Tunesien begonnen. Während der finnischen EU-Ratspräsidentschaft tagte ein **Euromed-Industrieministertreffen** in Rhodos am 21.–22. September, ein **Frauenministertreffen** in Istanbul am 13. und 14. November und ein **Umweltministertreffen** in Kairo am 20. November. Letzteres konnte insbesondere einen Zeitplan für weitere Aktionen und einen Beobachtungsmechanismus verabschieden sowie wesentliche Impulse für weitere Arbeiten, etwa zu Gewässerschutz, setzen. Das **Euromed-Außenministertreffen** in Tampere am 27. und 28. November verabschiedete eine gemeinsame Erklärung und erstmals einen Jahresplan für die Umsetzung des Fünfjahresprogramms.

Vor dem Hintergrund des zu Jahresbeginn ausgebrochenen Karikaturenstreits kam dem in Euromed-Gremien vorbereiteten Seminar „**Racism, Xenophobia and the Media**“ (Rassismus, Xenophobie und die Medien) in Wien am 22. und 23. Mai besondere Bedeutung zu. Ein zweites Seminar mit dem Titel „**Europe and the Mediterranean – Inclusion and Diversity**“ (Europa und der Mittelmeerraum – Einbeziehung und Vielfalt) in Wien am 28. Juni diente der Belebung des Dialogs und der Visibilität der Euro-Mediterranen Partnerschaft.

In der immer wiederkehrenden Debatte um eine **Reform des Barcelona-Prozesses** wurde unter österreichischer EU-Ratspräsidentschaft begonnen, die Effizienz und Visibilität der Euro-Mediterranen Partnerschaft durch strukturelle Maßnahmen weiter zu erhöhen. Aufgrund der Vielzahl von Reformvorschlägen wurde eine Studiengruppe eingerichtet, die ihre Arbeit im Mai aufnahm.

Zur Anna-Lindh-Stiftung siehe Kapitel K.VIII.3.

Die Euro-Mediterrane Parlamentarische Versammlung (**EMPV**) hielt am 26. und 27. März ihre zweite jährliche Vollversammlung ab. Dabei wurden Resolutionen angenommen, die in zwei vorbereitenden Ausschüssen, dem politischen und dem wirtschaftlichen Ausschuss, erarbeitet worden waren. Die EMPV bietet eine Plattform für die Besprechung aktueller Themen in der Region auf Ebene von ParlamentarierInnen und ergänzt die Euromed-Treffen auf Ebene von MinisterInnen, BeamtInnen sowie zwischen VertreterInnen der Zivilgesellschaft.

6.4. Organisationen der multilateralen Zusammenarbeit

6.4.1. Arabische Liga

Das 18. Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Arabischen Liga fand in Khartoum (Sudan) am 28. März statt. Aufgrund der Wahl des Tagungsorts nahmen nur 13 der 22 Staatsoberhäupter teil. Generalsekretär Amr Moussa wurde für eine zweite Amtszeit von fünf Jahren bestätigt.

Die Staats- und Regierungschefs der Arabischen Liga riefen in ihrer Schlusserklärung im Zusammenhang mit dem Karikaturenstreit zum verstärkten Dialog und gegenseitigen Respekt der Zivilisationen und Religionen auf; sie übten zum Nahost-Friedensprozess Kritik an der israelischen „Trennbarriere“, bekräftigten aber die Beirut Initiative von 2002, die Israel Frieden und normale Beziehungen im Gegenzug für eine Rückkehr zu den Grenzen von 1967 anbot und riefen die internationale Gemeinschaft auf, die demokratische Wahl der Hamas zu respektieren und sich nicht in innerpalästinensische Angelegenheiten einzumischen (die palästinensische Seite wurde in Khartoum von Präsident Abbas vertreten, da Regierungsvertreter der Hamas nicht eingeladen waren).

Die Arabische Liga setzt sich für die Erhaltung der nationalen Einheit im Irak ein. Eine von ihr in Aussicht genommene „Aussöhnungskonferenz“ konnte bis Jahresende jedoch nicht abgehalten werden. Die Übernahme von AMIS II durch Truppen der VN wird von den Mitgliedern der Arabischen Liga von der ausdrücklichen Zustimmung des Sudan abhängig gemacht. Die bereits am Gipfel im März zugesagte finanzielle Unterstützung der Arabischen Liga für AMIS II konnte bis Jahresende nicht konkretisiert werden. Die von Generalsekretär Moussa zur Lösung der innenpolitischen Auseinandersetzungen und Bildung einer nationalen Einheitsregierung im Libanon betriebenen Vermittlungsbemühungen blieben ohne Erfolg.

6.4.2. Golfkooperationsrat

Die Zusammenarbeit mit dem 1981 von Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten gegründeten Golfkooperationsrat (**GCC**) ist für die EU von besonderer politischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Seit 1989 kooperieren die EU und der GCC im Rahmen eines Kooperationsabkommens. Der GCC ist der sechstgrößte Exportmarkt der EU und wichtigste Handelspartner der Union in der arabischen Welt, auf ihn entfallen etwa die Hälfte des gesamten Handels der EU mit den arabischen Staaten.

Den seit 1991 geführten Verhandlungen über den Abschluss eines Freihandelsabkommens wird besondere Bedeutung beigemessen. Unter österreichischer EU-Ratspräsidentschaft konnten die Verhandlungen vor allem durch ein Ministertreffen EU-GCC in Brüssel am 15. Mai und ein Treffen von Handelskommissar Peter Mandelson mit den GCC-Finanzministern in Abu Dhabi am 10. Juni dynamisiert werden. Eine Sondierungsreise der Europäischen Kommission im September in alle Länder des GCC brachte in der Folge eine Annäherung der Standpunkte. Fortschritte wurden vor allem im Bereich öffentliches Beschaffungswesen erzielt, offene Fragen bestehen weiterhin im Bereich Dienstleistungen.

7. Nordamerika

7.1. Vereinigte Staaten von Amerika

Bei den Kongresswahlen vom 7. November konnten die oppositionellen Demokraten sowohl im Repräsentantenhaus (Demokratische Partei 233 Sitze, Republikanische Partei 202 Sitze) als auch im Senat (beide Parteien je 49 Sitze; zwei unabhängige Abgeordnete, welche die Demokratische Partei unterstützen) die Mehrheit erringen. Zur Sprecherin des Repräsentantenhauses wurde die demokratische Abgeordnete Nancy Pelosi aus Kalifornien, zum Mehrheitsführer im Senat der demokratische Senator Harry Reid aus Nevada gewählt. Präsident George W. Bush nahm wichtige personelle Veränderungen in seinem Regierungsteam vor: Nach der Kongresswahl gab er den Rücktritt von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld bekannt und ernannte den früheren Direktor der CIA, Robert Gates, zu dessen Nachfolger. Bereits zuvor waren der Innenminister, der Verkehrsminister und der Finanzminister ausgetauscht worden.

Als **innenpolitische Schwerpunkte** seiner zweiten Amtszeit bezeichnete Präsident Bush grundlegende Reformen im Sozialversicherungssystem, Steuerrecht und Erziehungssystem sowie eine umfassende Neuregelung des Einwanderungswesens. Zu den legislativen Erfolgen des 109. Kongresses gehören Gesetzespakete zu Verkehr und Energie. Die Demokraten gaben ein 100-Tage-Programm bekannt, dessen Umsetzung in den ersten Arbeitssitzungen des am 4. Jänner 2007 beginnenden 110. Kongresses erfolgen sollte. Zu den wichtigsten Vorhaben gehören eine Erhöhung der Mindestlöhne, die Ausweitung der Stammzellenforschung, das Ende der Subventionierung von Ölkonzernen, neue Ethik-Regeln für den Kongress sowie die Umsetzung der Vorschläge der 9/11-Kommission.

In der **Außen- und Sicherheitspolitik** strebte Präsident Bush trotz der Ernennung eines neuen Verteidigungsministers Kontinuität an. Die außenpolitischen Prioritäten waren der Kampf gegen den Terrorismus, der Aufbau stabiler Demokratien, die Verbreitung von Freiheit sowie die Etablierung eines „effektiven Multilateralismus“. Das US-Engagement im Irak blieb ein zentraler Pfeiler der Außenpolitik. Eine überparteiliche Irak-Studiengruppe unter dem früheren Außenminister James Baker und dem früheren Kongressabgeordneten Lee Hamilton veröffentlichte am 6. Dezember die Forderung nach einem grundlegenden Strategiewandel im Irak sowie nach der Verlegung des größten Teils der US-Kampffraktionen aus dem Land bis Anfang 2008. Angesichts der steigenden Zahl gefallener US-SoldatInnen (3.000 zu Jahresende), der Kosten von mindestens 8 Milliarden US-Dollar pro Monat und des eskalierenden Bürgerkriegs zwischen den drei wichtigsten Bevölkerungsgruppen im Irak lehnten schließlich rund drei Viertel der US-Amerikaner die Irak-Politik der Regierung Bush ab.

Im Streit um das Atomprogramm der Demokratischen Volksrepublik Korea gelang den USA in Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China die Wie-

deraufnahme der Sechs-Parteien-Gespräche. Bei den Bemühungen zur Verhinderung einer Nuklearwaffenfähigkeit des Iran drängten die USA den VN-SR erfolgreich zur Verhängung von Sanktionen. Gleichzeitig wurden die Verhandlungsbemühungen der E3 unterstützt. Die Option einer präventiven militärischen Operation wurde dennoch nicht ausgeschlossen. Mit Indien schlossen die USA ein Abkommen zur zivilen Nutzung von Nukleartechnologie.

Das transatlantische Verhältnis und die Beziehungen zur EU sind für die USA von herausragender Bedeutung. Dies hat Präsident Bush seit Beginn seiner zweiten Amtszeit mehrfach unterstrichen und zuletzt auch beim **EU-USA-Gipfel in Wien** am 20. und 21. Juni besonders hervorgehoben, an dem er zusammen mit Außenministerin Condoleezza Rice und dem Nationalen Sicherheitsberater Stephen S. Hadley teilnahm. Auf europäischer Seite nahmen Bundeskanzler Wolfgang Schäussel und Bundesministerin Ursula Plassnik als VertreterInnen der EU-Ratspräsidentschaft, der Hohe Vertreter der EU, Javier Solana, Kommissionspräsident José Manuel Barroso, Außenkommissarin Ferrero-Waldner sowie Handelskommissar Peter Mandelson an den Gesprächen teil. Präsident Bush gab in Wien erstmals zu erkennen, dass seine Regierung eine Schließung des Gefangenenlagers auf dem US-Stützpunkt Guantánamo in Betracht zieht.

7.2. Kanada

Kanada ist einer der wichtigsten außereuropäischen Handels- und Wirtschaftspartner Österreichs, mit dem sich auch in nichtwirtschaftlichen Fragen zahlreiche Berührungspunkte ergeben. Ebenso wie Österreich ist auch Kanada traditionell betont multilateralistisch ausgerichtet. Der Grad der Übereinstimmung im Abstimmungsverhalten beider Länder in der VN-GV ist äußerst hoch, im Jahr 2003 lag er beispielsweise bei 96%. Im „Ottawa-Prozess“, beim PfP-Treuhandfondsprojekt der NATO zur Zerstörung von Antipersonenminen in Serbien bis hin zu den Aktivitäten im Rahmen des Netzwerks Menschliche Sicherheit (siehe Kapitel G.VI.) besteht zwischen Kanada und Österreich eine enge Zusammenarbeit.

Die USA sind für Kanada außenhandels- und außenpolitisch von überragender Bedeutung. In seiner **Außenpolitik** ist Kanada stets darauf bedacht, zwischen seinem multilateralen Grundverständnis und dem Wunsch, ein verlässlicher Partner der USA zu sein, eine Balance zu finden. Seit Amtsantritt der neuen konservativen Regierung unter Premierminister Stephen Harper im Jänner kam es im Vergleich zur liberalen Vorgängerregierung jedoch zu einer deutlichen Akzentverschiebung: Klar zu erkennen ist das Bemühen um Verbesserung der aufgrund von kanadischer Seite geübten Kritik im Gefolge des Irak-Kriegs getrüben Beziehungen. Zum Ausdruck kommt dies unter anderem in der bis zum Jahr 2009 verlängerten Stationierung kanadischer Truppen in Afghanistan. Auch die Ankündigung des

Regierungschefs, Kanada könne und werde im Umweltbereich die Kyotoziele nicht erfüllen, wird in diesem Kontext gesehen. Gleichzeitig versucht Premierminister Harper, Kanada als Energie-Supermacht zu etablieren.

Die Beziehungen zur EU hatten nicht mehr denselben Stellenwert wie unter der früheren Regierung: Weder während der österreichischen noch der finnischen EU-Ratspräsidentschaft fand ein EU-Kanada-Gipfel statt; die Verhandlungen über den Abschluss eines Handels- und Investitionsförderungsabkommens (TIEA) wurden suspendiert (siehe Kapitel A.V.7.3.2).

Die **innenpolitische Entwicklung** in Kanada stand im Zeichen der Amtsübernahme von Premierminister Harper und seiner konservativen Minderheitsregierung. Harper gelang nach Vereinigung aller konservativer Kräfte im Jahr 2003 und Übernahme des Parteivorsitzes 2004, sich mit fünf konkreten Wahlversprechen gegen seinen von Skandalen geschwächten liberalen Vorgänger Paul Martin durchzusetzen: Kampf gegen Korruption; Reduktion der Mehrwertsteuer; Bekämpfung der Kriminalität; Verbesserungen im Bereich des Kindergelds und des Gesundheitssystems sowie Veränderungen im Finanzausgleich. Das erste Amtsjahr der Regierung war praktisch zur Gänze der Umsetzung dieser Agenda gewidmet.

Die in der Anerkennung Québecks als Nation innerhalb des kanadischen Staates gipfelnde Debatte über die **Multikulturalität Kanadas** wird weiter geführt werden: Der diesbezügliche Parlamentsbeschluss ist trotz beschränkter konkreter politischer Auswirkungen von großer Symbol- und Signalwirkung.

7.3. Der transatlantische institutionalisierte Dialog

Unter den transatlantischen Beziehungen werden die Beziehungen der EU zu den USA und zu Kanada verstanden, die für alle Beteiligten von großer Bedeutung sind. Neben der wirtschaftlich sehr engen Bindung besteht auf beiden Seiten das Bewusstsein um die Bedeutung einer engen Partnerschaft für das Erreichen gemeinsamer politischer Anliegen.

7.3.1. Der institutionalisierte Dialog EU-USA

Der institutionalisierte Dialog zwischen der EU und den USA basiert im Wesentlichen auf drei Grundlagen: der „Transatlantischen Deklaration“ von 1990, der „Neuen Transatlantischen Agenda“ (NTA) von 1995 und dem „Gemeinsamen Aktionsplan EU-USA“ von 1995. Der institutionelle Rahmen wurde schließlich in der Bonner Erklärung von 1999 festgelegt. Das höchste Gremium ist das einmal jährlich stattfindende EU-USA-Gipfeltreffen. Darüber hinaus finden laufend zahlreiche weitere Treffen auf allen Arbeitsebenen statt, um eine möglichst gute Zusammenarbeit zu ermöglichen: Ministertreffen, Treffen der Gruppe hochrangiger Beamter (Senior Level Group), Treffen der Politischen Direktoren und der Arbeitsgruppe EU-USA (EU-US Task Force) sowie Expertentreffen. Der Dialog mit den

USA ist der intensivste aller institutionalisierten Dialoge der EU mit Drittstaaten.

Das anlässlich des Wirtschaftsministertreffens EU-USA im November 2005 verabschiedete „Joint EU-US Work Programme“ (Gemeinsames Arbeitsprogramm EU-USA) im Rahmen der „Initiative to Enhance Transatlantic Economic Integration and Growth“ (Initiative zur Förderung der transatlantischen Wirtschaftsintegration und des Wirtschaftswachstums) enthielt Leitlinien, die während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft weiter konkretisiert wurden. Die Bereiche regulative Standards, offene Kapitalmärkte, Geldwäsche und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Bekämpfung des internationalen Terrorismus, Innovation und Technologie, Handel, Reisen und Sicherheit, Energie-Effizienz, Rechte am Geistigen Eigentum, Investitionen, Wettbewerb, öffentliches Beschaffungswesen sowie Dienstleistungen wurden in Vorbereitung auf den EU-USA-Gipfel von Wien eingehend behandelt.

Nach einer aufgrund des Irak-Kriegs schwierigen Phase setzte 2005 ein Neubeginn in den transatlantischen Beziehungen ein. Diese Entwicklung setzte sich unter österreichischem EU-Ratsvorsitz mit dem EU-USA-Gipfel in Wien am 20. und 21. Juni fort. Die Gespräche mit Präsident Bush verliefen in bester Atmosphäre und zeichneten sich auch bei kontroversiellen Themen durch Offenheit und Direktheit aus. Die Union erreichte mit der Verabschiedung einer Erklärung und zweier Fortschrittsberichte eine Abkehr von der Unterzeichnung einer großen Anzahl von Dokumenten, etwa zehn beim Gipfel im Jahr 2005.

Wesentlicher Fortschritt des Wiener Gipfels war nach der im Vorjahr erzielten Revitalisierung der Beziehungen und der Etablierung eines breiten Spektrums an Kooperationsbereichen eine Vertiefung der Zusammenarbeit in ausgewählten Bereichen, etwa Förderung von Demokratie und Menschenrechten, Kampf gegen den Terrorismus und Rechte am Geistigen Eigentum. Darüber hinaus konnte die Zusammenarbeit auf neue, teils strittige Bereiche, etwa Klimawandel und Energiesicherheit, ausgedehnt werden. Die EU und USA unterstrichen gemeinsam ihre politische und rechtliche Wertegemeinschaft.

Im Rahmen des Gipfels wurden zahlreiche Themen behandelt bzw. fanden in der Schlusserklärung Berücksichtigung: Energie und Energiesicherheit; Klimawandel; Sozialsysteme und Migration; Handelsbeziehungen und WTO; Regulatorische Zusammenarbeit; Gefahr von Pandemien; VN-Reform; Kampf gegen den Terrorismus; die Situation in Iran, im Irak, in Afghanistan, Russland, Afrika, am Westlichen Balkan und in Lateinamerika sowie das Visa Waiver Programme (Forderung der EU nach sichtsvermerksfreier Einreise von BürgerInnen der neuen EU-Mitgliedstaaten in die USA).

Konkret wurde eine Energiesicherheitszusammenarbeit und ein hochrangiger Dialog über Klimawandel, saubere Energie und nachhaltige Entwick-

lung etabliert; gemeinsame Aktionen zur Durchsetzung geistiger Eigentumsrechte in Drittstaaten beschlossen; ein gemeinsames Vorgehen bei der Demokratieförderung sowie verstärkte Bemühungen bei Konfliktprävention und Krisenmanagement vereinbart sowie am Rande des Gipfels ein neues Bildungsabkommen EU-USA von Kommissarin für Außenbeziehungen und Nachbarschaftspolitik Benita Ferrero-Waldner, Bundesministerin Ursula Plassnik und Außenministerin Condoleezza Rice unterzeichnet.

Während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft fand die konstituierende Tagung des Hochrangigen Forums für Regulierungszusammenarbeit (RCF) zur künftigen Vereinheitlichung von Standards und Normen im Wege eines Expertendialogs zwischen der Europäischen Kommission, den Mitgliedstaaten und den unabhängigen US-Regulierungsbehörden statt. Konkret konnte die Zusammenarbeit auf den Gebieten Pharmazeutika, Produktsicherheit und Energieeffizienz vereinbart werden. Darüber hinaus wurde eine Arbeitsgruppe über geistige Eigentumsrechte eingesetzt. Diese erstellte während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft in zwei Tagungen ein eigenes Arbeitsprogramm, unter anderem über die gemeinsame Vorgangsweise gegenüber Drittstaaten. Schließlich kam es zum Abschluss eines mehr als 20 Jahre lang verhandelten bilateralen Vertrags über den Handel mit Wein.

Im Rahmen des Finanzmarktdialogs EU-USA waren vor allem in den Bereichen der Vereinheitlichung der Unternehmensbilanzierung und der Eigenkapitalanforderungen von Banken („Basel-II-Regelwerk“) Fortschritte zu verzeichnen.

Vor dem Gipfel fanden Gespräche der Justiz- und InnenministerInnen der EU und der USA im Troika-Format in Wien am 3. Mai statt. Nach dem Gipfel wurden während der finnischen EU-Ratspräsidentschaft drei weitere Ministertreffen EU-USA im Troika-Format abgehalten: Die AußenministerInnen trafen am Rande der VN-GV am 22. September zusammen; beim Treffen der Wirtschaftsminister in Washington, D.C. am 9. November standen die Themen Energie, Innovation im Gesundheitsbereich und die laufenden WTO-Verhandlungen (Doha-Runde) im Mittelpunkt; beim Treffen der JustizministerInnen in Washington, D.C. am 6. November wurde die Einrichtung einer hochrangigen Arbeitsgruppe für Datenschutz beschlossen.

Beim ersten Treffen des Hochrangigen Dialogs EU-USA über Klimawandel, saubere Energie und nachhaltige Entwicklung in Helsinki am 24. und 25. Oktober wurden mögliche Maßnahmen zur Förderung umweltfreundlicher Emissionstechnologien erörtert.

Nachdem die vom EuGH aufgehobene Vorgängerregelung mit 30. September auslief, wurde ein Interimsabkommen zwischen der EU und den USA über die Weiternutzung von Fluggastdatensätzen im Rahmen des Kampfes gegen den Terrorismus in Luxemburg am 16. Oktober und in Washington, D.C. am 19. Oktober unterzeichnet.

7.3.2. Der institutionalisierte Dialog EU-Kanada

Der institutionalisierte Dialog zwischen der EU und Kanada basiert auf dem Rahmenabkommen über Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit von 1976, der Deklaration zu den Transatlantischen Beziehungen von 1990, der Gemeinsamen Politischen Deklaration von 1996 sowie dem dazugehörigen Aktionsplan. Der Institutionelle Rahmen wurde in der Bonner Erklärung von 1999 festgelegt. Zahlreiche Treffen auf Arbeits- und Experten-, höherer Beamten- und Politikerebene bilden das Fundament des politischen Dialogs zwischen der EU und Kanada und stellen in ihrer Gesamtheit eine der außenpolitischen Prioritäten der EU dar.

In der Vergangenheit boten auf politischer Ebene die EU-Kanada-Gipfel eine hervorragende Gelegenheit zur Vertiefung der ausgezeichneten Zusammenarbeit zwischen der EU und Kanada in Fragen wie Multilateralismus, Folgemaßnahmen zum VN-Gipfeltreffen, Umweltpolitik und Entwicklungspolitik. Die Absage von EU-Kanada-Gipfeln – der letzte fand im Juni 2005 statt – wurde von der EU bedauert. Zusammentreffen europäischer und kanadischer SpitzenvertreterInnen am Rande anderer Gipfelveranstaltungen wie der NATO und G8 boten keinen vollwertigen Ersatz.

7.4. Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen

Das Abkommen über die Schaffung der Nordamerikanischen Freihandelszone zwischen den USA, Kanada und Mexiko (**NAFTA**) trat am 1. Jänner 1994 in Kraft. Seine Besonderheit liegt in der Verbindung von zwei der am höchsten entwickelten Industriestaaten mit einem aufsteigenden Schwellenland des Südens. Zwischen 1993 und 2005 stieg der Handel zwischen den NAFTA-Staaten von 297 Milliarden auf 810 Milliarden US-Dollar, das bedeutet eine Steigerung von 173%.

Das NAFTA-Abkommen enthält einen Konfliktlösungsmechanismus zur Beilegung von Wettbewerbsstreitfällen. Die ad hoc eingerichteten Schiedsgerichte bestehen aus fünf Schiedsrichtern und haben einen binationalen Charakter, da sie nur mit Angehörigen der beiden Streitparteien besetzt sind.

8. Lateinamerika und Karibik

8.1. Politische Entwicklungen

In Lateinamerika und in der Karibik fanden in 13 Ländern Wahlen statt, darunter Brasilien, Mexiko, Venezuela, Chile und Kolumbien. Das seit vier Jahren anhaltende Wirtschaftswachstum setzte sich weiter fort und erreichte einen Durchschnittswert von 5,3%, wobei das Wachstum der Region laut Wirtschaftskommission der VN für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC) dank wirtschaftlicher Dynamik, steigenden Investitionen und Leistungsbi-

lanzüberschüssigen solider und nachhaltiger als bisher eingeschätzt wird. In fast allen Ländern gibt es jedoch soziale Asymmetrien. Trotz zahlreicher politischer Krisen in verschiedenen Ländern der Region wurden Problemlösungen auf politischem Wege gesucht und die demokratischen Institutionen nicht infrage gestellt. Nahezu ganz Lateinamerika und die Karibik bekennen sich zur Demokratie, zum Rechtsstaat, zur Marktwirtschaft, zur regionalen Integration und internationalen Öffnung. Das vierte Gipfeltreffen der EU und der Staaten Lateinamerikas und der Karibik (EU-LAC), das in Wien vom 11.–13. Mai stattfand, stärkte die strategische Zusammenarbeit zwischen beiden Regionen und verlieh dieser wesentliche neue Impulse. Die „Wiener Erklärung“ umfasst ein breites Arbeitsprogramm für eine intensive Fortsetzung der biregionalen Zusammenarbeit.

In **Mexiko** erzielte der konservative Kandidat Felipe Calderón Hinojosa von der Partei der Nationalen Aktion (PAN) bei den Präsidentschaftswahlen vom 2. Juli nur eine knappe Mehrheit. Das Wahlergebnis führte zu einer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Polarisierung der mexikanischen Gesellschaft. Der unterlegene linke Gegenkandidat Andrés Manuel López Obrador von der Partei der Demokratischen Revolution (PRD) focht das Wahlergebnis erfolglos an, mobilisierte große Demonstrationen seiner AnhängerInnen und rief sogar eine „Gegenregierung“ aus. Am 1. Dezember erfolgte die Amtseinführung von Präsident Felipe Calderón Hinojosa. Die Beziehungen zu den USA waren von der Migrationsproblematik geprägt. Die Entscheidung der amerikanischen Regierung über die Errichtung eines rund 1.100 km langen Grenzzauns bis Ende 2008 bedeutete einen schweren Rückschlag für die mexikanische Regierung. Im EU-LAC-Prozess übte Mexiko beim Wiener EU-LAC-Gipfel im Mai mit großem Erfolg die Koordinationsrolle für die LAC-Region aus und führte gemeinsam mit Österreich den Vorsitz.

In **Brasilien** konnte Präsident Luiz Inácio Lula da Silva wegen eines Korruptionsskandals seine Wiederwahl erst im zweiten Wahlgang vom 29. Oktober für sich entscheiden. Präsident Lula kündigte die Fortsetzung seiner Bemühungen zur Durchführung sozialer und wirtschaftlicher Reformen im Wege einer verantwortungsbewussten Schulden-, Währungs- und Budgetpolitik an. Ein wichtiges sozialpolitisches Ziel war das Programm „Fome Zero“ (Null Hunger) zur Beseitigung des Hungers im Land und zur Sicherung elementarer Grundbedürfnisse. Außenpolitisch prioritäre Ziele waren das Bemühen um einen ständigen Sitz Brasiliens im VN-SR, die regionale Integration, die Diversifizierung der Handelsbeziehungen sowie die Festigung der weltpolitischen Rolle Brasiliens als einer der Sprecher der Schwellen- und Entwicklungsländer.

In **Argentinien** wuchs die Wirtschaft weiter und führte bei anhaltend hoher Inflation zu einem Rekordüberschuss im öffentlichen Haushalt. Ausländische Investoren wurden jedoch durch starre Preisregelungen für Waren und Dienstleistungen, die Schwäche der Institutionen und einen häufigen

Wechsel der rechtlichen Rahmenbedingungen verunsichert. Zu Jahresbeginn beglich die argentinische Regierung ihre Schulden beim Internationalen Währungsfonds (IWF) und anderen Internationalen Finanzinstitutionen. Mit der weit gehenden Entschuldung des Landes sollte dieses für ausländische Investitionen wieder attraktiver werden. Die massiven Spannungen mit Uruguay wegen des Baus zweier Zellulosefabriken auf der uruguayischen Seite des Grenzflusses Río Uruguay belasteten nicht nur das bilaterale Verhältnis, sondern zunehmend auch den Gemeinsamen Markt des Südens (MERCOSUR) und stellten dessen Kohäsion infrage.

In **Chile** wurde in einer Stichwahl am 15. Jänner mit Michelle Bachelet erstmals eine Frau zur Präsidentin gewählt. Die Regierung Bachelet setzte die erfolgreiche Politik des früheren Präsidenten Ricardo Lagos unter stärkerer Betonung der Sozial- und Umweltpolitik fort. Im Dezember verstarb der umstrittene chilenische Exdiktator General Augusto Pinochet, die chilenische Regierung verzichtete auf ein Staatsbegräbnis. In seinen internationalen Wirtschaftsbeziehungen verfolgt Chile erfolgreich eine liberale Politik, die sich auf umfangreiche einseitige Zollsenkungen mit einem Einheitszollsatz seit 1. Jänner 2003 von nur 6% und ein dichtes Netz von Wirtschaftsabkommen stützt.

In **Kolumbien** wurde Präsident Álvaro Uribe am 28. Mai mit klarer Mehrheit von 62% der Stimmen wiedergewählt. Auch die ihm nahe stehenden Parteien erzielten zuvor bei den Kongresswahlen Mitte März einen deutlichen Sieg. Die Regierung Uribe konnte vor allem auf die verbesserte Sicherheitslage und signifikante Fortschritte bei der Geltendmachung der Regierungskontrolle über das Staatsgebiet Kolumbiens verweisen, nachdem die primär mit militärischen Mitteln verfolgte Politik der „demokratischen Sicherheit“ (Zerschlagung oder Schwächung illegaler Guerilla-Gruppen und Drogenbanden) Erfolge aufwies. Der umfangreiche Demobilisierungsprozess mit der Guerilla-Gruppe „Vereinigte Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens“ (AUC) mit knapp 31.000 Mitgliedern konnte Anfang Mai formal abgeschlossen werden, mehr als 17.500 Waffen wurden abgegeben. Die Umsetzung des 2005 beschlossenen Gesetzes „Justicia y Paz“ (Gerechtigkeit und Frieden), das den rechtlichen Rahmen insbesondere für die Aufklärung und Verfolgung der gemeinen Verbrechen der AUC sowie die Wiedergutmachung der Opfer bildet, ging allerdings nur schleppend voran. Während die seit Dezember 2005 laufenden Gespräche mit dem Nationalen Befreiungsheer (ELN) in Havanna Anlass zu vorsichtigem Optimismus gaben, blieben die offiziellen Kontakte zur weit größeren Guerillagruppe „Revolutionäre Bewaffnete Kräfte Kolumbiens“ (FARC) seit 2002 abgebrochen. Aus Anlass des vierten Jahrestags der Entführung der früheren Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt rief die EU unter österreichischem Vorsitz Ende Februar die FARC zu einer konstruktiven Haltung betreffend den Abschluss eines humanitären Abkommens auf.

In **Kuba** übergab Fidel Castro am 31. Juli wegen einer schweren Erkrankung erstmals, wenn auch formell nur vorübergehend, die Amtsgeschäfte an seinen jüngeren Bruder Raúl Castro sowie an hochrangige Mitglieder des Politbüros und der Regierung. Die kubanische Regierung zielt auf Kontinuität des kommunistischen Systems auch unter einer neuen, kollektiven Führung ab. Der Gemeinsame Standpunkt aus dem Jahr 1996 ist für die Beziehungen der EU zu Kuba maßgeblich. Bei der jährlichen Evaluierung des Gemeinsamen Standpunkts durch den Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen im Juni wurde während des österreichischen EU-Ratsvorsitzes festgestellt, dass keine Verbesserung der Menschenrechtssituation eingetreten ist. Das kubanische Regime setzte VertreterInnen der friedlichen Opposition und DissidentInnen weiterhin mit aggressiven Einschüchterungen und Beschränkungen der Versammlungs- und Meinungsfreiheit stark unter Druck. Mittel- und längerfristig hofft die EU auf einen Übergang zu einem pluralistischen und demokratischen System. Die EU unterstützte mit ihrem „dual-track approach“ (zweigleisiger Ansatz) weiterhin DissidentInnen und Oppositionsparteien. Sie suchte aber auch den Dialog mit der Regierung und mit Reformkräften innerhalb des staatlichen Systems und VertreterInnen der Zivilgesellschaft. Die Zahl der politischen Gefangenen sank bis Jahresende von 330 auf 283, wobei aber die meisten bedingten Freilassungen aus gesundheitlichen Gründen erfolgten.

In **Peru** trat am 28. Juli der neu gewählte Staatspräsident Alan García sein Amt an. Er übernahm ein Land mit einer konsolidierten Demokratie und einer wachsenden Wirtschaft. Präsident García begann seine zweite Amtszeit (er war bereits von 1985-1990 peruanischer Staatspräsident) außen- und wirtschaftspolitisch mit einem moderaten Kurs und setzte sich für den Zusammenhalt und Integrationsfortschritte in der Andengemeinschaft ein. Er kündigte an, den marktwirtschaftlich orientierten Kurs seines Vorgängers Toledo fortzuführen. Vorrangiges innenpolitisches Ziel seiner Regierung war die Armutsbekämpfung. Im April wurde mit den USA ein Freihandelsabkommen unterzeichnet.

In **Venezuela** wurde Präsident Hugo Chávez bei den Präsidentschaftswahlen am 3. Dezember mit 63% der Stimmen wiedergewählt. Der erstmals gemeinsame Kandidat der Opposition, Manuel Rosales, konnte mit 37% der Stimmen einen Achtungserfolg erzielen. Die Oppositionsparteien sind seit dem Boykott der Parlamentswahlen vom Dezember 2005 nicht mehr im Kongress vertreten, in dem die Parteien des Regierungslagers über alle 167 Mandate verfügen. Präsident Chávez kündigte nach seiner Wiederwahl umfangreiche Verstaatlichungen im Rohstoffsektor, die Weiterführung der „Bolivarischen Revolution“ sowie die Schaffung eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ an. Darunter dürfte eine starke Konzentration der Macht in den Händen des Präsidenten sowie ein sozialistisches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu verstehen sein, das autoritäre Züge aufweisen könn-

te. Die venezolanische Gesellschaft ist über den politischen Kurs des Landes weiterhin gespalten.

In **Guatemala** blieben nennenswerte Erfolge bei der Bekämpfung von Korruption, Unsicherheit und Strafflosigkeit auch im dritten Jahr der Regierung von Präsident Oscar Berger Perdomo aus. Das Eintreten der Regierung für die Belange der Armen und der Indigenen konnte wegen fehlender Haushaltsmittel und mangelnder Unterstützung im Kongress nur eingeschränkt umgesetzt werden. Hohe Ölpreise sowie die vom Tropensturm „Stan“ im Oktober 2005 verursachten Zerstörungen verhinderten ein kräftigeres Wirtschaftswachstum und damit ehrgeizige Projekte zur wirtschaftlichen Entwicklung, wie etwa „Vamos Guatemala“. Der Grenz- und Territorialkonflikt mit Belize dauerte an. Die Fortschritte im Bereich der Achtung der Menschenrechte fanden internationale Anerkennung durch die Wahl Guatemalas in den VN-Menschenrechtsrat. Guatemala und Venezuela mussten ihre Kandidaturen für einen nicht-ständigen Sitz im VN-SR nach einer Serie von Kampfabstimmungen zugunsten Panamas zurückziehen. Im Juli trat für Guatemala ein Freihandelsabkommen mit den USA (DR-CAFTA-Abkommen) in Kraft.

Für **Nicaragua** trat das Freihandelsabkommen mit den USA (DR-CAFTA-Abkommen) im April in Kraft.

In **Bolivien** trat mit dem im Dezember 2005 gewählten Evo Morales am 22. Jänner erstmals ein Indigener das Amt des Staatsoberhauptes an. Die von ihm geführte Partei „Bewegung zum Sozialismus“ (MAS) wurde mit 54% der Stimmen zum wichtigsten politischen Akteur des Landes. Präsident Morales erzielte mit Reformen zur Armutsbekämpfung, der Beteiligung der indigenen Bevölkerungsmehrheit am politischen Geschehen, Alphabetisierungskampagnen und Korruptionsbekämpfung erste Erfolge. Hinsichtlich der umstrittenen Verstaatlichung des Erdgassektors konnte mit in Bolivien tätigen ausländischen Unternehmen eine weit gehende Einigung über neue Vertragsbedingungen für die Erdgasförderung erzielt werden. Das Anliegen der Regierung Morales, in Bolivien durch die erstmals am 6. August zusammengetretene verfassungsgebende Versammlung (Asamblea Constituyente) eine neue staatliche und gesellschaftliche Grundordnung, darunter auch eine umstrittene Land- und Agrarreform, einzuführen, traf auf unterschiedenen Widerstand der Oppositionsparteien und führte zu einer Polarisierung und Radikalisierung der Gesellschaft. Die wohlhabenderen Provinzen des bolivianischen Tieflandes Beni, Santa Cruz und Tarija drängten auf Einführung einer regionalen Autonomie.

In **Ecuador** entschied Rafael Correa den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen vom 26. November für sich und folgte Alfredo Palacio nach. Präsident Correa, der über keinen großen Rückhalt im Kongress verfügt, kündigte einen linksnationalistischen Kurs und die Einberufung einer „Verfassungsgebenden Versammlung“ an.

8.2. Beziehungen mit der Europäischen Union

Nachdem im Dezember 2005 die Europäische Kommission mit ihrem Strategiepapier „Eine verstärkte Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika“ diese Weltregion für die EU wieder in den Vordergrund gerückt hatte, wurden dazu am 20. Februar unter österreichischem Vorsitz Ratsschlussfolgerungen angenommen. In der Mitteilung der Europäischen Kommission wird Lateinamerika als eine der EU nahe stehende Partnerregion dargestellt, in der gemeinsame Werte (Menschenrechte, Demokratie, Multilateralismus), gemeinsame Geschichte und Kultur geteilt werden. Analog zur Lateinamerika-Mitteilung nahm die Europäische Kommission im März auch zur Karibik eine Mitteilung mit dem Titel „Eine Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der Karibik zur Förderung von Wachstum, Stabilität und Entwicklung“ an. Auch auf diese Mitteilung reagierte der Rat am 10. April in Form von Schlussfolgerungen.

Die Beziehungen der EU zu Lateinamerika und zur Karibik werden auf biregionaler Ebene in Form eines Gipfelprozesses mit allen 33 Staaten Lateinamerikas und der Karibik sowie eines institutionalisierten politischen Dialogs mit der Rio-Gruppe gestaltet. Weiters werden regelmäßig gesonderte Treffen mit dem MERCOSUR, Zentralamerika, der Andengemeinschaft, dem CARIFORUM, Mexiko und Chile durchgeführt.

Die **EU-LAC-Gipfeltreffen** geben die strategische Richtung für die Weiterentwicklung der Beziehungen vor. Seit 1999 fanden vier biregionale Gipfeltreffen statt: Auf dem ersten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs beider Regionen in Rio de Janeiro (Brasilien) am 28. und 29. Juni 1999 wurden gemeinsame Grundsätze und ein biregionales Aktionsprogramm verabschiedet. Der zweite Gipfel in Madrid am 17. und 18. Mai 2002 sowie der dritte Gipfel in Guadalajara (Mexiko) am 28. und 29. Mai 2004 widmeten sich der Vertiefung der Beziehungen in den Bereichen der sozialen Kohäsion, des Multilateralismus, der Verstärkung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Terrorismus und Drogenhandel und der interregionalen Kooperation mit Chile, Mexiko sowie dem MERCOSUR, Zentralamerika und der Andengemeinschaft.

8.2.1. Der IV. EU-LAC-Gipfel in Wien

Mit einer Rekordteilnahme von 45 Staats- und Regierungschefs sowie 20 Sondergästen und VertreterInnen internationaler Organisationen fand in Wien vom 11.–13. Mai der **IV. EU-LAC-Gipfel** statt. Er befasste sich mit der Stärkung der biregionalen strategischen Partnerschaft. Die Aufnahme von Assoziationsverhandlungen mit den zentralamerikanischen Staaten sowie der Andengemeinschaft wurde politisch indossiert. Ein umweltpolitischer Dialog wurde beschlossen. Energie und Biodiversität wurden als neue und wichtige Themen für die biregionalen Beziehungen und Zusammenarbeit beider Regionen verankert. Weiters wurden gemeinsame Anstrengungen

zugunsten des Wiederaufbaus von Haiti vereinbart. Die Schaffung eines „positiven Klimas für Investoren“ wurde im EU-LAC-Gipfeldokument und im Schlussdokument des EU-MERCOSUR-Gipfeltreffens festgeschrieben. Die Fortsetzung der Bemühungen um die Stärkung der „sozialen Kohäsion“ wurde unterstrichen. Die Europäische Kommission schuf für den LAC-Raum einen eigenen Fonds (EuroSocial) mit einer Dotierung von 30 Millionen Euro. Peru erklärte sich bereit, das V. EU-LAC-Gipfeltreffen in Lima (Peru) im Mai 2008 auszutragen. Im Juli übernahm Peru von Mexiko die Koordinationsfunktion in der Gruppe der LAC-Staaten.

Zeitgleich mit dem EU-LAC-Gipfel fand auf Initiative der österreichischen Bundesregierung der erste **EU-LAC Business Summit** statt, an dem rund 500 hochrangige Wirtschaftstreibende aus beiden Regionen teilnahmen. Diskutiert wurden vor allem Möglichkeiten zur Vertiefung des Handels. In einem Schlussmemorandum, das den Staats- und Regierungschefs übergeben wurde, wurde die Verdopplung des Handels- und Investitionsvolumens zwischen beiden Regionen bis zum Jahr 2012 als ein ehrgeiziges, aber erreichbares Ziel definiert.

Im Vorfeld des IV. EU-LAC-Gipfels wurden in Österreich zahlreiche Vorbereitungsveranstaltungen durchgeführt. In Wien wurde ein **Forum** mit Verantwortlichen für die Entwicklungszusammenarbeit von sieben zentralamerikanischen Regierungen und Geberorganisationen zum Thema der Harmonisierung und Anpassung abgehalten. Weiters fand im April die Abschluss-Arbeitstagung des vom österreichischen Lateinamerikainstitut durchgeführten Projekts REAL 2006 sowie ein Treffen zwischen europäischen Ombudsfrauen/männern und lateinamerikanischen MenschenrechtsprokuratorInnen statt.

8.2.2. Andere Treffen der EU mit Lateinamerika

Im Rahmen des IV. EU-LAC-Gipfels fanden am 13. Mai Gipfeltreffen der EU mit Zentralamerika, dem Karibischen Forum der AKP-Staaten (CARIFORUM), Mexiko und Chile, ein Ministertreffen der EU mit dem MERCOSUR sowie ein informelles Treffen mit den Präsidenten der Staaten der Andengemeinschaft statt.

Im Mittelpunkt des **III. EU-Mexiko-Gipfeltreffens** standen Fragen der Migration, des VN-Systems und des seit 2000 in Kraft stehenden Assoziationsabkommens.

Beim **II. EU-Chile-Gipfeltreffen** wurden eine Bestandsaufnahme des 2005 in Kraft getretenen Assoziationsabkommens vorgenommen und Fragen der sozialen Kohäsion und ein verstärkter Dialog in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Energie angesprochen.

Das **II. EU-CARIFORUM-Gipfeltreffen** widmete sich der verstärkten Entwicklungszusammenarbeit vor allem hinsichtlich der Verletzbarkeit der

karibischen Volkswirtschaften durch Naturkatastrophen und Änderungen der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Beim **II. EU-Zentralamerika-Gipfeltreffen** wurde die Aufnahme von Verhandlungen über ein zukünftiges biregionales Assoziationsabkommen beschlossen.

Im Mittelpunkt des **Ministertreffens EU-MERCOSUR** standen aktuelle Entwicklungen in den WTO-Verhandlungen (Doha Runde) und die 1999 begonnenen Verhandlungen über ein biregionales Assoziationsabkommen.

Beim informellen Treffen der Mitglieder der EU-Troika mit den Präsidenten der Staaten der Andengemeinschaft wurde die Frage zukünftiger Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen **EU-Andengemeinschaft** erörtert.

8.3. Regionale Integrationsforen

Das 30. Gipfeltreffen der **MERCOSUR-Staaten** (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay und Venezuela) fand am 20. und 21. Juli unter argentinischem Vorsitz in Córdoba (Argentinien) statt. Dabei wurden eine schrittweise Liberalisierung der Dienstleistungen sowie ein Protokoll über Staatseinkäufe beschlossen. Von der Dienstleistungsfreiheit werden vor allem Fernverbindungen, juristische Dienste, Tourismusagenturen sowie das Transportwesen betroffen sein, bei öffentlichen Ausschreibungen soll den Anbietern im gesamten MERCOSUR die gleiche Behandlung gewährt werden.

Der politische Beschluss über einen MERCOSUR-Beitritt Venezuelas im Dezember 2005, der auf unbestimmte Zeit verschobene Gipfel der Andengemeinschaft, der ihre weitere Konsolidierung herbeiführen hätte sollen und der erfolgreiche Abschluss von einzelstaatlichen Freihandelsabkommen zwischen den USA und Peru sowie Kolumbien führten zu starken Spannungen innerhalb der Andengemeinschaft (**CAN**). Am 19. April kündigte der venezolanische Präsident den Austritt seines Landes aus der Andengemeinschaft an. Am 13. Juni fand ein außerordentliches Treffen der vier Präsidenten der Mitgliedsländer der Andengemeinschaft (Bolivien, Ecuador, Kolumbien und Peru) in Quito (Ecuador) statt. Venezuela, das im Mai aus der Andengemeinschaft ausgetreten war, nahm nicht mehr teil, der Vorsitz wurde formell von Bolivien übernommen. Chile erklärte am 20. September, der Andengemeinschaft als assoziiertes Mitglied beitreten zu wollen.

Die zentralamerikanischen Staaten arbeiteten im Rahmen des Zentralamerikanischen Integrationsbündnisses (**SICA**) an einer verstärkten Harmonisierung im Wirtschaftsbereich. Sowohl beim 28. Gipfeltreffen in Panama am 11. Juli als auch beim 29. Gipfeltreffen in San José (Costa Rica) am 16. Dezember stand die weitere Vertiefung der regionalen Integration im Mittelpunkt der Gespräche.

Beim 27. Gipfeltreffen des **CARICOM** in Bird Rock (St. Kitts und Nevis) vom 3.–6. Juli wurden die Errichtung einer CARICOM-Agentur gegen Kriminalität und für Sicherheit, ein Vertrag über die Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen und die Teilnahme der sechs Mitgliedstaaten der Organisation der östlichen Karibikstaaten am CARICOM Binnenmarkt beschlossen. Seit 2002 verhandelt die EU ein Wirtschaftliches Partnerschafts-Abkommen mit CARICOM, das spätestens Ende 2007 abgeschlossen werden und in ein Freihandelsabkommen münden soll. Die Karibik steht den europäischen Handelsinstrumenten nicht unkritisch gegenüber. So wird der EU vorgeworfen, im Bananensektor die Karibik nicht genügend vor der lateinamerikanischen Konkurrenz zu schützen. Auch das neue Zuckerregime der EU wird von den karibischen Staaten kritisiert, da Markteinbrüche befürchtet werden. Die EU stellte 40 Millionen Euro an Mitteln für Strukturanpassungen der Zuckerproduzentenstaaten der Karibik bereit.

Unter österreichischem Vorsitz wurde in Papua-Neuguinea am 1. und 2. Juni bei einem gemeinsamen Ministerrat der EU mit der Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP-Staaten) ein Finanzpaket aus dem **10. EEF** von 24 Milliarden Euro für die Periode 2008-2013 verabschiedet.

Die 36. Generalversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (**OAS**) fand in Santo Domingo (Dominikanische Republik) vom 4.–6. Juni statt. Das Generalthema betraf „Gute Regierungsführung und Entwicklung in einer auf Wissen basierenden Gesellschaft“. Die Mitgliedstaaten wurden aufgerufen, den Gebrauch von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) zu fördern, um die Teilnahme der BürgerInnen am öffentlichen Leben zu erleichtern und die demokratische Regierungsform zu stärken.

Das **16. Iberoamerikanische Gipfeltreffen** fand in Montevideo (Uruguay) vom 3.–5. November statt. Themenschwerpunkt war die Annahme einer Prinzipienklärung zum Thema Migration.

Das zweite Gipfeltreffen der Südamerikanischen Gemeinschaft der Nationen (**CSN**) fand in Cochabamba (Bolivien) am 8. und 9. Dezember statt. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die physische Integration der südamerikanischen Staaten durch gemeinsame Energie- und Infrastrukturprojekte. Langfristiges Ziel der Gemeinschaft ist die Schaffung eines umfassend integrierten südamerikanischen Raums.

9. Afrika südlich der Sahara

9.1. Allgemeine Entwicklungen

Die Entwicklungen in Afrika waren divergierend. In einer Reihe von Konflikten konnten nur wenig Fortschritte erzielt werden: Die Darfur-Krise im Sudan verschärfte sich trotz des Abschlusses eines Friedensabkommens zwischen der Regierung und einer Rebellengruppe; die Umsetzung des

Nord-Süd-Abkommens schritt kaum voran und wurde immer wieder von gewalttätigen Zwischenfällen beeinträchtigt; im Osten Tschads verschärfte sich die instabile Lage infolge der Auswirkungen der Darfur-Krise im angrenzenden Sudan; in Somalia spitzte sich die Lage zu, als äthiopische Truppen der somalischen Übergangsregierung zur Vertreibung der vorübergehend an die Macht gekommenen islamischen Kräfte zu Hilfe kamen; in Côte d'Ivoire kam der Friedensprozess zum vollständigen Stillstand; der Friedensprozess zwischen Äthiopien und Eritrea stand vor dem Ende.

Einige andere Entwicklungen wiesen in eine positive Richtung: In der Demokratischen Republik Kongo wurden mit Unterstützung der VN und der EU die ersten demokratischen Wahlen seit 40 Jahren erfolgreich abgehalten; in Liberia ging die Übergangsperiode erfolgreich zu Ende; die ugandische Regierung und die Lord's Resistance Army (LRA) traten zum ersten Mal in Verhandlungen. In folgenden Ländern wurden Wahlen abgehalten: Benin, Gambia, Demokratische Republik Kongo, Madagaskar, Mauretanien, Sambia, Tschad und Uganda.

9.2. Entwicklungen in den Regionen

9.2.1. Das Horn von Afrika

Im **Sudan** verschärfte sich der Konflikt in der Krisenregion Darfur (West Sudan). Es kam zwar in Abuja (Nigeria) am 15. Mai zum Abschluss des Friedensabkommens für Darfur (DPA) zwischen der sudanesischen Regierung und einer Fraktion der Rebellengruppe „Befreiungsbewegung/-armee Sudans“ (SLM/A) unter Führung von Minni Minawi, die restlichen Rebellengruppen blieben aber dem Abkommen fern. Das DPA führte zu keiner Beruhigung der Lage in Darfur, wo sich die humanitäre Lage und Sicherheits-situation seit Sommer zunehmend verschlechterten. Die sudanesische Regierung verweigerte die Zustimmung zu der vom VN-SR mit Resolution 1701 am 30. August beschlossenen Entsendung einer VN-Friedensmission von mehr als 20.000 Personen; die AU-Friedensmission AMIS II konnte den gewalttätigen Auseinandersetzungen und schweren Menschenrechtsverletzungen nicht Einhalt gebieten. Die Umsetzung des Umfassenden Friedensabkommens zwischen der Zentralregierung und dem Südsudan vom Jänner 2005 erfolgte nur schleppend, vereinzelt kam es zu neuerlichen gewalttätigen Zwischenfällen. Lediglich der im Ostsudan schwelende Konflikt zwischen der Regierung und Rebellenbewegungen konnte durch ein am 15. Oktober unterzeichnetes Friedensabkommen zwischen den beiden Parteien beendet werden. Wirtschaftlich profitierte der Sudan von den durch den hohen Ölpreis stark gestiegenen Erdöleinnahmen.

Der mit dem Abkommen von Algier im Dezember 2000 eingeleitete Friedensprozess zwischen **Äthiopien und Eritrea** befindet sich in einer Sackgasse. Nachdem Eritrea die Arbeit der Mission der VN in Äthiopien und Eritrea (UNMEE) immer weiter eingeschränkt hatte, entsandte es im Okto-

ber Truppen und Panzer „zum Ernteeinsatz“ in die temporäre Sicherheitszone und übernahm vorübergehend UNMEE-Kontrollpunkte im Sektor West. Die Grenzkommission für Äthiopien und Eritrea (EEBC) führte in Den Haag am 20. November die Demarkation der Grenze auf 45 Detailkarten und einer Übersichtskarte durch. Sollte bis Ende November 2007 die Demarkation vor Ort nicht möglich sein, erachtet EEBC ihre Funktion als beendet.

In **Somalia** übernahmen die so genannten islamischen Gerichte, denen Verbindungen zum Terrornetzwerk Al Kaida vorgeworfen werden, im Juni die Kontrolle über die Hauptstadt Mogadischu und bauten ihre Vorherrschaft bis Mitte Dezember auf drei Viertel des Landes, ausgenommen Somaliland und Puntland, aus. Im Juli entsandte Äthiopien Truppen zum Schutz der international anerkannten somalischen Übergangsregierung sowie zur Ausbildung ihrer Truppen nach Baidoa (Somalia), dem provisorischen Regierungssitz. Der VN-SR rief in Resolution 1724 am 29. November das Waffenembargo gegen Somalia in Erinnerung und genehmigte in Resolution 1725 am 6. Dezember die Entsendung einer bis zu 8.000 Personen starken Friedenssicherungsmission der IGAD in Somalia (IGASOM). Nachdem die islamischen Gerichte gegenüber Äthiopien den „Heiligen Krieg“ erklärt hatten, griff Äthiopien zu Weihnachten an der Seite der Übergangsregierung ein. Binnen einer Woche wurden die islamischen Kämpfer aus Mogadischu und Kismayo vertrieben und an die Grenze Kenias gedrängt.

In **Dschibuti** besteht eine beachtliche US-Militärpräsenz zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus, die auch in die Bekämpfung der extremistischen Elemente der islamischen Gerichte und vermuteter Anhänger der Al Kaida in Somalia involviert war.

9.2.2. Das südliche Afrika

Südafrika setzte seine Friedensbemühungen in Afrika fort. In Anerkennung seiner diesbezüglichen Verdienste wurde es für den Zeitraum 2007/2008 zum nichtständigen Mitglied des VN-SR gewählt.

Die politische und wirtschaftliche Krise in **Simbabwe** erreichte neue Höhepunkte. Innenpolitisch vertiefte sich die Polarisierung zwischen Regierung und Opposition, welche dem Regime von Robert Mugabe massive Manipulierung der Parlamentswahlen im Jahr 2005 vorwarf und deshalb die Legitimation absprach. Die Regierung schränkte zunehmend die Unabhängigkeit der Gerichte und den Pluralismus der Medien ein. Mangels politischen Dialogs nahm die Gewaltbereitschaft zu. Kosmetische Finanzoperationen der Zentralbank, etwa die Abwertung des Simbabwe-Dollars (ZWD) im Juli und Streichung von drei Dezimalstellen bei den Preisen, konnten den fortschreitenden wirtschaftlichen Schrumpfungsprozess mit Hyperinflation nicht stoppen, der den Lebensstandard der Bevölkerung auf den Stand der 50er-Jahre verringerte.

In **Sambia** setzte sich die demokratische Entwicklung mit den Präsidentschaftswahlen am 28. Oktober und der deutlichen Wiederwahl von Präsident Levi Mwanawasa fort.

Auf **Madagaskar** fanden am 3. Dezember Präsidentschaftswahlen statt, die der Amtsinhaber Marc Ravalomanana klar für sich entscheiden konnte.

9.2.3. Region der Großen Seen

In der **Demokratischen Republik Kongo** wurden die seit 1960 ersten demokratischen Wahlen erfolgreich abgehalten. Nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 30. Juli mussten sich Übergangspräsident Joseph Kabila und Vizepräsident Jean-Pierre Bemba am 29. Oktober einer Stichwahl stellen, welche ersterer mit klarer Mehrheit von 58% für sich entscheiden konnte. Kabila wurde am 6. Dezember als erster direkt gewählter Präsident der Demokratischen Republik Kongo angelobt. Die Wahlen verliefen trotz der enormen logistischen und sicherheitstechnischen Herausforderungen weit gehend ruhig. Die Wahlen wurden von rund 2.000 internationalen BeobachterInnen begleitet, die EU stellte etwa 300 WahlbeobachterInnen, darunter acht ÖsterreicherInnen. Auf Ersuchen der VN hatte der Europäische Rat im März zugestimmt, die EU Militäroperation EUFOR RD Congo zur Unterstützung von MONUC zu den Wahlen zu entsenden (siehe Kapitel A.V.1.2.2.).

In **Uganda** war die innenpolitische Entwicklung von den am 23. Februar abgehaltenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen und der Aufnahme von Friedensverhandlungen mit der „Lord's Resistance Army“ (LRA) gekennzeichnet. Eine im August 2005 verabschiedete Verfassungsreform hatte die Beschränkung des Präsidentenamts auf zwei Amtsperioden aufgehoben und somit Amtsinhaber Yoweri Museveni die Möglichkeit zur neuerlichen Kandidatur gegeben. Er konnte sich dann auch mit klarer Mehrheit von 59% durchsetzen und trat am 12. Mai seine dritte Amtsperiode als Präsident an. Die während des Wahlkampfes zu Tage getretenen Spannungen legten sich, nachdem sich Präsident Museveni für eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Opposition ausgesprochen hatte. In der seit über 20 Jahren andauernden bewaffneten Auseinandersetzung mit der LRA zeichnete sich mit den im Juli in Juba (Sudan) unter Vermittlung der südsudanesischen Regierung aufgenommenen Verhandlungen zwischen der Regierung und der LRA zum ersten Mal Hoffnung auf Beendigung des Konflikts ab. Am 26. August wurde mit der Unterzeichnung eines Übereinkommens über die Einstellung der Kampfhandlungen ein erstes konkretes Ergebnis erzielt. Der Verhandlungsprozess gestaltete sich jedoch äußerst schwierig und wurde immer wieder durch Zwischenfälle und gegenseitige Anschuldigungen gestört. Die am 30. November 2005 vom Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) erlassenen Haftbefehle gegen LRA-Anführer Joseph Kony und vier weitere führende Kämpfer stellen ein Schlüsselement in den Ver-

handlungen dar. Die Angeklagten verlangen eine Aufhebung der Haftbefehle als Vorbedingung für den Abschluss eines Friedensabkommens.

In **Burundi** sorgten nach dem ersten Jahr der demokratisch gewählten Regierung des ehemaligen Rebellenführers Pierre Nkurunziza die Verhaftung des ehemaligen Präsidenten Domitien Ndayizeye und des Vizepräsidenten Alphonse-Marie Kadege infolge von Putschgerüchten für Besorgnis. Mit der letzten noch kämpfenden Hutu-Rebellenbewegung „Nationale Befreiungskräfte“ (FNL) konnte am 7. September ein umfassendes Waffenstillstandsabkommen abgeschlossen werden. Die Truppen der UN-Operation in Burundi (ONUB) wurden mit Ende des Jahres von Truppen der AU abgelöst. Die VN bleiben durch ein Integriertes Büro für Burundi (BINUB) weiter im Land engagiert.

9.2.4. Ostafrika

Die innenpolitische Entwicklung in **Kenia** stand bereits im Zeichen der für die zweite Hälfte 2007 vorgesehenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen und war insbesondere durch eine Umgestaltung der Parteienlandschaft gekennzeichnet. Die seit 2002 an der Macht befindliche Nationale Regenbogenkoalition (NARC) war im Gefolge des im Dezember 2005 abgehaltenen Referendums über eine neue Verfassung praktisch zerbrochen. In der Folge gründeten regierungstreue Politiker eine neue Partei, NARC-Kenya, die sich für eine neuerliche Kandidatur von Präsident Mwai Kibaki einsetzt. Auch die Oppositionsseite, der einige ehemalige Mitglieder der Ende 2005 aufgelösten Regierung angehören, formierte sich neu und gründete ihre eigene Wahlplattform, Orange Democratic Forum Kenya, konnte sich aber noch nicht auf einen Präsidentschaftskandidaten einigen. Gegenstand der innenpolitischen Diskussion bildeten weiterhin die großen Korruptionsskandale des Landes, bei deren Aufklärung keine entscheidenden Fortschritte erzielt wurden.

In **Tansania** wurde nach dem klaren Sieg der seit der Unabhängigkeit des Landes regierenden Partei der Revolution (CCM) bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen Ende 2005 am 9. Jänner eine neue Regierung unter der Führung von Präsident Jakaya Kikwete angelobt.

9.2.5. Westafrika

In **Nigeria** wurden vom Senat Bestrebungen des amtierenden Staatspräsidenten Olusegun Obasanjo nach einer dritten Amtsperiode durch Verfassungsänderung einstimmig abgelehnt. Präsident Obasanjo unterstützt für die im Frühjahr 2007 stattfindenden Wahlen Umar Musa Yar'Adua, einen Moslem aus dem Norden Nigerias, der die Politik der bisherigen Regierung fortsetzen dürfte. Anti-Korruptions-Behörden nahmen immer wieder Spitzenpolitiker ins Visier, es kam zur Absetzung und Verhaftung mehrerer

Gouverneure. Die Welle der Gewalt im ölfreie Nigerdelta war weiter kaum kontrollierbar.

In **Benin** gewann Thomas Yayi Boni die Präsidentschaftswahlen im März.

In **Togo** wurde unter der Ägide des burkinischen Präsidenten Blaise Compaoré im August eine Einigung mit der Opposition auf eine Regierung der nationalen Einheit erzielt, wenngleich es noch nicht zur Umsetzung kam.

Die **Republik Kongo** übt seit Jahresbeginn den Vorsitz in der AU aus.

Im **Tschad** schlug die Armee im April eine Rebellion nieder. Im Mai wurde Präsident Idriss Deby Itno nach einer Verfassungsänderung für eine dritte Amtsperiode gewählt. Die instabile Lage im Land verschärfte sich infolge der Auswirkungen der Darfur-Krise im angrenzenden Sudan.

Der Friedensprozess in **Côte d'Ivoire** erzielte unter Premierminister Charles Konan Banny vorerst gewisse Fortschritte, doch verschlechterte sich die Situation vor allem wegen der innenpolitischen Debatte über die Identifikation der Wahlberechtigten ab Juli deutlich. Die durch Resolution 1633 (2005) des VN-SR eingesetzte Internationale Arbeitsgruppe stellte den vollständigen Stillstand des Friedensprozesses fest. Am 1. November nahm der VN-SR Resolution 1721 an, mit der eine neue Übergangsperiode bis längstens 1. November 2007 festgelegt wird, die Verlängerung der Mandate des Premierministers und des Präsidenten bis Ende der Übergangsperiode autorisiert wird und die Vollmachten des Premierministers gestärkt werden. Die Abhaltung der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen ist bis spätestens Ende Oktober 2007 vorgesehen.

In **Gambia** gab es im März einen von der Regierung rasch niedergeschlagenen Putschversuch, gefolgt von einer massiven Verhaftungswelle. Die innenpolitische Lage verschlechterte sich deutlich, vor allem im Bereich Menschenrechte. Die AU hielt ihren Gipfel in Banjul (Gambia) im Juli ab. Trotz des gesteigerten internationalen Interesses änderte sich an der Situation wenig. Der zerrütteten Opposition gelang für die Präsidentschaftswahlen im September nicht die Einigung auf einen gemeinsamen Gegenkandidaten zu Präsident Yahya Jammeh. Letzterer wurde mit 67% der Stimmen zum dritten Mal wieder gewählt.

In **Guinea Bissau** konnte die seit Ende 2005 vorherrschende Regierungskrise überwunden werden. Im März wurde ein politischer Dialog im Rahmen der „Generalstände“ begonnen. Die Rückkehr des ehemaligen Präsidenten Koumba Yala nach mehr als einem Jahr Exil ebenso wie der „Runde Tisch“ mit den Gebern in Genf im November gaben Anlass zu Hoffnung auf Verbesserung. Aufgrund von Misstrauen, Intoleranz und unversöhnlicher Gegensätze auf innenpolitischer Ebene, schritt der Versöhnungsprozess nur langsam voran. Die wirtschaftliche Lage blieb äußerst angespannt.

In **Liberia** fand am 13. Jänner die Amtseinführung von Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf statt, womit die im Friedensvertrag von 2003 vorgesehene

zweijährige Übergangsperiode erfolgreich beendet wurde. Die Präsidentin begann umgehend mit der Umsetzung ihrer im Wahlkampf angekündigten entschlossenen Linie gegen Korruption und Misswirtschaft. Trotz der Widerstände blieb die Sicherheitslage ruhig, wenn auch gespannt.

Im **Senegal** verschärfte sich im Vorfeld der im Februar 2007 stattfindenden Präsidentschaftswahlen das innenpolitische Klima. Die Parteien der Opposition konnten sich nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten für die Wahlen einigen. Hinsichtlich der Krise in der Casamance kam es trotz aller Bemühungen im Süden zu erneuten Zusammenstößen mit dem senegalesischen Militär sowie zu internen Kämpfen innerhalb der Rebellenorganisation, in die schließlich auch Truppen aus Guinea-Bissau eingriffen.

In **Mauretanien** konnte der Terminplan zur Machtübergabe an eine zivile Verwaltung durch den im August 2005 mittels eines unblutigen Staatsstreichs an die Macht gekommenen Militärrat eingehalten werden. Im Juni wurde die neue Verfassung in einem Referendum angenommen. Die im November und Dezember durchgeführten Gemeinderatswahlen und die Wahlen zur Nationalversammlung ergaben aufgrund der großen Anzahl unabhängiger Listen keine eindeutigen Mehrheitsverhältnisse.

9.3. Beziehungen mit der EU

Auf Basis der im Dezember 2005 von der EU verabschiedeten Afrikastrategie erhielt der Dialog zwischen Afrika und der EU eine neue Dynamik – nicht zuletzt aufgrund der während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft initiierten Implementierungsschritte. Den Schwerpunkt der österreichischen Bemühungen bildete der intensiviertere politische Dialog mit der AU, den regionalen Organisationen und einzelnen Ländern, insbesondere auch zu den Themenbereichen Menschenrechte und Migration. Diese Themen standen sowohl bei der EU-Afrika-Troika als auch bei der EU-ECOWAS-Troika, die beide auf Außenministerebene in Wien im Mai stattfanden, im Vordergrund. Zum Thema Migration fand darüber hinaus im Juli in Rabat eine eigene Euro-Afrikanische Konferenz über Migration und Entwicklung statt (siehe Kapitel H.I.2.). Zur Stärkung der Partnerschaft soll die Afrikastrategie der EU in eine „Gemeinsame EU-Afrika-Strategie“ weiterentwickelt werden. Grundrisse für diese gemeinsame Strategie wurden beim Außenministertreffen der EU-Troika mit Afrika in Brazzaville (Kongo) im Oktober vereinbart und ein – nach Kairo im Jahr 2000 zweiter – EU-Afrika-Gipfel für Ende 2007 in Lissabon ins Auge gefasst.

9.4. Regionale Integrationsforen

Die 6. Gipfelkonferenz der AU fand in Khartoum (Sudan) am 23. und 24. Jänner statt, bei der die Republik Kongo den Vorsitz für ein Jahr übernahm. Die 7. Gipfelkonferenz fand in Banjul (Gambia) vom 25. Juni bis 2. Juli statt und war der Anerkennung der auf acht reduzierten regionalen

Wirtschaftsgemeinschaften gewidmet: Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS), Gemeinsamer Markt für das Östliche und Südliche Afrika (COMESA), Wirtschaftsgemeinschaft Zentralafrikanischer Staaten (ECCAS), Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC), Zwischenstaatliche Behörde für Entwicklung (IGAD), Arabische Maghreb-Union (AMU), Gemeinschaft der Sahel-Sahara-Staaten (CEN-SAD) und Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC).

Kenia hatte sich in den letzten Jahren vor allem bei den Friedensprozessen im Sudan und Somalia verdient gemacht und übernahm beim **11. IGAD-Gipfel** in Nairobi (Kenia) am 20. März den Vorsitz. Die Arbeit von IGAD war vorrangig von der Somalia-Krise und der Planung der Entsendung einer IGAD-Friedensmission nach Somalia bestimmt. IGAD stellte sich als Vermittler von Gesprächen zwischen der somalischen Übergangsregierung und dem Rat der islamischen Gerichte zur Verfügung. Am 5. September fand in Nairobi ein ausschließlich den Friedensbemühungen für Somalia gewidmeter außerordentlicher IGAD-Gipfel statt, bei dem Dschibuti und Eritrea wegen Meinungsverschiedenheiten über die Stationierung einer IGAD-Friedensmission nicht vertreten waren. Das IGAD-Kapazitätenausbauprogramm gegen Terrorismus nahm seine Tätigkeit in Addis Abeba (Äthiopien) auf.

ECOWAS beschloss weit reichende strukturelle Veränderungen zur regionalen Integration. Das Sekretariat wird zu einer Kommission umgewandelt. Dem Ziel einer Freihandelszone soll durch einen gemeinsamen Gerichtshof näher gekommen werden. Die Konfliktverhütungskapazitäten wurden weiter ausgebaut, der Aufbau einer westafrikanischen Eingreiftruppe schritt zügig voran.

Im Rahmen der im November 1999 wieder ins Leben gerufenen **EAC** war am 1. Jänner 2005 die Zollunion zwischen den Gründungsmitgliedern Kenia, Tansania und Uganda in Kraft getreten. Beim EAC-Gipfel in Arusha (Tansania) am 30. November beschlossen die Staatschefs die ab 1. Juli 2007 wirksame Erweiterung der EAC durch Aufnahme von Burundi und Ruanda. Die EAC strebt eine Währungsunion und einen gemeinsamen Markt mit freiem Waren-, Personen- und Kapitalverkehr an. Ziel ist eine politische Union mit einem auf Rotationsbasis bestimmten gemeinsamen Präsidenten.

Die Konsolidierung der friedlichen Entwicklungen in der ehemals von militärischen Konflikten heimgesuchten Region der Großen Seen setzte sich fort. Dies kam auch anlässlich des in Nairobi am 14. und 15. Dezember abgehaltenen zweiten Gipfels der **Internationalen Konferenz der Großen-Seen-Region** zum Ausdruck. Die Vertreter von elf Ländern, darunter sechs Staatschefs, unterzeichneten einen Pakt über Sicherheit, Stabilität und Entwicklung in der Großen-Seen-Region. Kernpunkt des Pakts bilden zehn rechtlich bindende Protokolle, mit denen sich die Länder zu weit reichenden politischen Grundsatzprinzipien verpflichten, etwa Nichtangriff, ge-

gegenseitige Verteidigung, Demokratie und Gute Regierungsführung, Verhinderung und Bestrafung von Genozid, Kriegsverbrechen sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Pakt wird nach Ratifizierung durch acht Länder in Kraft treten. Im institutionellen Bereich wurde die Abhaltung eines Gipfels auf Ebene von Staats- und Regierungschefs alle zwei Jahre, die Errichtung eines Konferenzsekretariats mit Sitz in Bujumbura (Burundi) und die Bestellung der tansanischen Diplomatin Liberata Mulamula zur ersten Exekutivsekretärin beschlossen. Kenia wird bis zum nächsten Gipfel, der für 2008 in der Demokratischen Republik Kongo vorgesehen ist, in den diversen Konferenzgremien den Vorsitz innehaben.

Bei der Konsultativkonferenz der **SADC** in Windhoek (Namibia) am 26. und 27. April wurde die „Erklärung von Windhoek“ angenommen. Diese stellt die Anwendung der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit auf die SADC-Region dar, eine Grundvoraussetzung für eine echte Regionalprogrammierung von Gebern. Beim SADC-Gipfeltreffen in Maseru (Lesotho) im August übernahm der Premierminister von Lesotho, Pakalitha Mosisili, den Vorsitz.

10. Asien

10.1. Allgemeine Entwicklungen

Asien zählte erneut zu den wirtschaftlich dynamischsten Regionen weltweit. China, Indien und Japan standen an der Spitze dieser Entwicklung, deren Wirkung weit über Asien hinausreichte und die als treibende Kraft der Wirtschaftsintegration in Asien auch zu politischer Stabilität in der Region beitrug. Die EU baute ihre Strategischen Partnerschaften mit China, Indien und Japan aus, die aufgrund ihres wirtschaftlichen und politischen Gewichts bei der Bewältigung globaler Herausforderungen unverzichtbare Verantwortungsträger und Partner sind. Ihren Beziehungen zu den Staaten des Verbands Südostasiatischer Staaten (ASEAN) konnte die EU neue Impulse verleihen. Auch unter österreichischem Vorsitz richtete die EU besonderes Augenmerk auf die Festigung partnerschaftlicher Beziehungen mit den asiatischen Staaten und das Angebot rascher und nachhaltiger bi- und multilateraler Unterstützung bei konkreten politischen, wirtschaftlichen und humanitären Problemen.

10.2. Entwicklungen in den Regionen

10.2.1. Nordost-Asien

Die Außenpolitik der **Volksrepublik China** orientierte sich traditionell an der Bündnis- und Blockfreiheit sowie am Bilateralismus. China zeigte auch ein stärkeres Engagement im regionalen und multilateralen Bereich, etwa

beim Asien-Europa-Treffen (ASEM), ASEAN+1, ASEAN+3, ASEAN-Regionalforum (ARF) und der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftlichen Zusammenarbeit (APEC). China verfolgte weiterhin das Ziel, zur Führungsmacht Asiens aufzusteigen. Dabei orientierte es sich an einer auf wirtschaftliche Kooperation und den Abbau alter Ängste und Vorbehalte gerichteten Politik der guten Nachbarschaft. Global war Peking um Stärkung des Konzepts der Multipolarität bestrebt, etwa durch den Ausbau der Beziehungen zur EU, mit der Peking seit 2003 eine strategische Partnerschaft verbindet. Teil dieser Partnerschaft ist auch ein regelmäßiger Menschenrechtsdialog (siehe Kapitel G.II.2.). Die USA blieben jedoch in allen wichtigen Belangen die entscheidende Referenzgröße. China baute seine weltpolitische Präsenz zunehmend aus und war bemüht, als Wahrer der Interessen der Dritten Welt aufzutreten, insbesondere im China-Afrika-Kooperationsforum. Die Rolle der VN in weltpolitischen Fragen wird von China als ständigem Mitglied des VN-SR traditionell unterstrichen. Die erfolgreiche Abhaltung des APEC-Gipfels in Shanghai im Oktober 2005, der Zuschlag an Peking für die Austragung der Olympischen Sommerspiele 2008 und an Shanghai für die Abhaltung der Weltausstellung 2010 kamen dem chinesischen Prestigestreben entgegen.

Seit der Verabschiedung des umstrittenen „Taiwan-Gesetzes“ setzte die Volksrepublik China eine Reihe von vertrauensbildenden Maßnahmen. Die Spannungen zwischen der Volksrepublik China und Präsident Chen Shui-bian, dem vorgeworfen wurde, **Taiwan** vom Mutterland abtrennen und in die Unabhängigkeit führen zu wollen, blieben aber bestehen. Ungeachtet dessen florieren die wirtschaftlichen Beziehungen Taiwans mit der Volksrepublik China. Die Eröffnung zusätzlicher Flugverbindungen zwischen Taiwan und dem Festland waren sichtbares Zeichen der immer enger werdenden Beziehungen.

Die strategische Partnerschaft mit den USA blieb der Eckstein der Außenpolitik **Japans**. Die Anlehnung an die USA verstärkte sich während der Regierung von Premierminister Junichiro Koizumi noch. Dies wurde unter anderem durch die aktive Unterstützung der US-Operationen im Indischen Ozean und die Zusammenarbeit bei der Entwicklung eines gemeinsamen Raketenabwehrsystems unterstrichen. Dennoch beschloss die Regierung am 20. Juni den Abzug des japanischen Kontingents von rund 600 Bodentruppen aus dem Irak. Die Lufttransportunterstützung blieb dabei aufrecht. Das Bedrohungsbild durch Nordkorea – zuletzt fanden Tests mehrerer Raketen am 5. Juli und einer Atomwaffe am 9. Oktober statt – sowie die Modernisierung und der Ausbau der chinesischen Streitkräfte führten zu einer Neuausrichtung der japanischen Sicherheitspolitik. Im Einklang mit amerikanischen Vorstellungen kam es schrittweise zum Ausbau der japanischen Verteidigungs- und Abschreckungskapazitäten und zu einem erweiterten Radius der Selbstverteidigungskräfte. Darüber hinaus wurde das selbst auferlegte Waffenexport-Moratorium gelockert, um Waffenexporte in die

USA zu ermöglichen. Das Parlament beschloss schließlich, die Japan Defense Agency (Japanische Verteidigungsbehörde) zu einem vollwertigen Verteidigungsministerium aufzuwerten.

Schwerpunkt der Außenpolitik der **Republik Korea** waren die Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen zur Demokratischen Volksrepublik Korea, insbesondere um eine friedliche Beilegung der Nuklearkrise. Darüber hinaus standen Beziehungen zu den vier Mächten der Region – China, Russland, Japan und USA – im Zentrum des Interesses, während mit den übrigen Ländern wirtschaftliche Interessen im Vordergrund standen. Ein großer Erfolg der Regierung von Roh Moo-hyun war die Kampagne zur Wahl des ehemaligen Außenministers Ban Ki-moon zum achten VN-GS.

Die Republik Korea setzte weiterhin auf eine Politik des Entgegenkommens gegenüber der **Demokratischen Volksrepublik Korea**, geriet aber mit ihrer „sunshine policy“ (Sonnenscheinpolitik) zunehmend unter Druck. Seoul war es trotz umfangreicher Hilfslieferungen an den Norden nicht gelungen, die Demokratische Volksrepublik Korea von Raketentests am 5. Juli und vom Atomtest am 9. Oktober abzuhalten. Die EU unterstützt grundsätzlich die südkoreanische Versöhnungspolitik, welche die Demokratische Volksrepublik Korea aus ihrer Selbstisolierung führen soll. Nach 13 Monaten Unterbrechung wurden in Peking am 22. Dezember die Sechs-Parteien-Gespräche zwischen China, Japan, der Demokratischen Volksrepublik Korea, der Republik Korea, Russland und den USA wieder aufgenommen.

10.2.2. Zentralasien

Die Zentralasienpolitik der EU gewann sowohl durch die engeren Beziehungen der neuen EU-Mitgliedstaaten mit der Region als auch durch die gestiegene strategische und wirtschaftliche Bedeutung der Region an Relevanz. Das Interesse der EU galt dabei vor allem dem Ausbau der Energiebeziehungen zu den Ländern Zentralasiens, aber auch Problemen wie Drogen, Migration, Terrorismus und organisierter Kriminalität. Die Handelsbeziehungen zwischen der EU und Zentralasien wurden weiter ausgebaut, die Investitionen erhöht und die Zusammenarbeit in Bereichen wie Wasser, Energie und Umwelt verstärkt. Am 7. April wurde in Astana (Kasachstan) unter der Leitung von Staatssekretär Hans Winkler ein regionalpolitischer Dialog EU-Zentralasien abgehalten. Während der finnischen Präsidentschaft begann die EU mit der Ausarbeitung einer Strategie für Zentralasien. Der Posten des EUSB wurde im Oktober mit Pierre Morel nachbesetzt. Die Europäische Kommission sieht für die Finanzperiode 2007-2013 unter dem neuen Instrument der Entwicklungszusammenarbeit eine Mittelaufstockung auf 719 Millionen Euro vor.

Am 18. Juli fand ein **Kooperationsrat EU-Kasachstan** statt, der sich unter anderem Fragen des Investitionsklimas in Anbetracht des WTO-Beitrittsprozesses, der Energiezusammenarbeit, dem Grenz- und Migrationsmana-

gement und der regionalen Zusammenarbeit widmete. Im Dezember unterzeichneten die EG und Kasachstan eine Absichtserklärung, welche die Grundlage für eine intensivere Zusammenarbeit im Energiebereich bilden wird. Darüber hinaus paraphierten sie ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Am 18. Juli fand ein **Kooperationsrat EU-Kirgisistan** statt, der sich vor allem mit Fragen der politischen Stabilität, dem Reformprozess, guter Regierungsführung, menschenrechtlichen Fragen und regionaler Zusammenarbeit befasste. Die zweite Jahreshälfte war in Kirgisistan von einem Verfassungskonflikt zwischen dem Parlament und dem Präsidenten geprägt. Mehrtägige Massendemonstrationen in Bischkek und anderen Städten des Landes endeten am 9. November mit der Einigung auf eine neue Verfassung, welche durch neuerliche Änderungen am 30. Dezember teilweise wieder rückgängig gemacht wurde.

Das zwischen der EU und **Tadschikistan** unterzeichnete PKA ist mangels Ratifikation in einigen EU-Mitgliedstaaten noch nicht in Kraft. Bis Jahresende hatten elf Mitgliedstaaten, darunter Österreich, das Abkommen ratifiziert. Der bisherige Amtsinhaber, Emomali Rachmonow, gewann die Präsidentschaftswahlen am 6. November mit großer Mehrheit. Die EU brachte nach der Wahl in einer Erklärung ihre Zufriedenheit über den friedlichen und reibungslosen Verlauf der Wahlen, aber auch ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, dass demokratische Standards nicht voll eingehalten wurden. Die EU forderte Tadschikistan zur Verbesserung der einschlägigen Wahlrechtsordnung auf.

Während des österreichischen Vorsitzes fand unter der Leitung von Botschafterin Heidemarie Gürer das 3. Ad-hoc-Treffen mit **Turkmenistan** über Menschenrechtsfragen statt. Präsident Saparmurad Nijasow verstarb völlig unerwartet am 21. Dezember. Bis zu den Präsidentschaftswahlen am 11. Februar 2007 fungiert der bisherige Gesundheitsminister und stellvertretende Premierminister, Gurbanguly Berdymuchammedow, als amtierendes Staatsoberhaupt.

Am 8. November fand in Brüssel ein **Kooperationsrat EU-Uzbekistan** statt, bei dem auch Menschenrechte und die Ereignisse in Andischan auf der Tagesordnung standen. Die EU verlängerte am 13. November teilweise die restriktiven Maßnahmen gegenüber Uzbekistan, etwa das Waffenembargo und den Visa-Bann. Der Dialog im Rahmen der PKA-Ausschüsse wurde wieder aufgenommen. Mitte Dezember reiste eine EU-Expertengruppe zu Menschenrechtsgesprächen nach Taschkent und Andischan.

10.2.3. Afghanistan

In Afghanistan wurde der schwierige Wiederaufbau- und Stabilisierungsprozess fortgeführt. In einigen Bereichen, etwa Gesundheit und Erziehung, konnten Teilerfolge erzielt werden, während in anderen, etwa bei der Be-

kämpfung des Drogenanbaus und -handels, kaum Fortschritte gelangen. Die Sicherheitslage verschlechterte sich besonders im Süden und Südosten, wo die Anschläge der Taliban und anderer Gruppierungen deutlich zunahmen. Die Internationale Sicherheitsbeistandstruppe (ISAF), an der sich Österreich weiterhin mit vier Staboffizieren in Kabul beteiligte, weitete ihre Mission im Oktober auf das gesamte Land aus. Das fortgesetzte internationale Engagement beim Wiederaufbau wurde am 31. Jänner anlässlich der Internationalen Konferenz über Afghanistan in London mit der Annahme des Afghanistan-Pakts bekräftigt, der bis 2010 als Grundlage für die Partnerschaft zwischen internationaler Gemeinschaft und Afghanistan dienen soll. Als EU-Ratsvorsitzende erneuerte Bundesministerin Ursula Plassnik bei dieser Konferenz und bei einem Treffen der EU-Troika mit dem afghanischen Außenminister Abdullah Abdullah am 31. Jänner die Bereitschaft der Union zur langfristigen Unterstützung Afghanistans. Schwerpunkte der EU-Hilfe, die sich seit 2002 auf insgesamt 3,7 Milliarden Euro beläuft, sind die Stärkung der rechtsstaatlichen Strukturen und der Guten Regierungsführung sowie die Ländliche Entwicklung und der Gesundheitsbereich.

10.2.4. Süd- und Südostasien

Der Entspannungsprozess zwischen **Indien und Pakistan** erwies sich als stabil und dauerhaft und wurde auch nach einer Serie von Bombenanschlägen am 11. Juli in Mumbai fortgeführt. Beide Regierungen bemühten sich um vertrauensbildende Maßnahmen und eine weitere Verbesserung der bilateralen Beziehungen. Die EU und Indien konnten im Zuge der Umsetzung des Gemeinsamen Aktionsplans von 2005 Kooperation und Dialog in einer Reihe von Bereichen intensivieren und die seit 2004 bestehende Strategische Partnerschaft vertiefen. Bei ihrem 7. Gipfeltreffen in Helsinki am 13. Oktober bekräftigten EU und Indien das Interesse an der Aufnahme von Verhandlungen über ein bilaterales Handels- und Investitionsabkommen. Unter österreichischem Vorsitz wurde am 22. Mai erstmals ein hochrangiger Sicherheitsdialog zwischen der EU und Indien durchgeführt, der seitens der EU von Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle geleitet wurde. Für internationale Aufmerksamkeit sorgte ein von Indien und den USA am 2. März unterzeichnetes Übereinkommen über die Aufnahme der vollen zivilen Zusammenarbeit im Nuklearbereich.

In **Bangladesch** nahmen die politischen Spannungen zwischen den beiden größten politischen Parteien im Vorfeld der für Jänner 2007 geplanten Parlamentswahlen zu. Streitpunkte waren Fragen im Zusammenhang mit der Wahlordnung, insbesondere die Zusammensetzung der Wahlkommission.

König Jigme Singye Wangchuck dankte am 9. Dezember nach 34 Jahren als König und Staatsoberhaupt von **Bhutan** zugunsten seines Sohnes Jigme Khesar Namgyel Wangchuck ab. Vom neuen König wird die Fortsetzung des von seinem Vater konsequent vorbereiteten Demokratisierungsprozesses erwartet.

In **Nepal** kam es zu tief greifenden politischen Umwälzungen. Am 24. April gab König Gyanendra Bir Bikram Shah Dev dem Druck einer breiten demokratischen Protestbewegung nach und setzte das 2002 aufgelöste Parlament wieder ein. Eine Übergangsregierung aus VertreterInnen des lockeren Bündnisses der sieben größten politischen Parteien übernahm die Regierungsgeschäfte und begann Friedensgespräche mit der Kommunistischen Partei Nepals/Maoisten. Am 21. November wurde ein Friedensabkommen unterzeichnet, das nach mehr als zehn Jahren Bürgerkrieg eine historische Friedenschance eröffnete. Das Friedensabkommen enthält eine von den VN zu überwachende Vereinbarung über die Waffenabgabe und Waffenkontrolle und sieht den Einschluss der „Maoisten“ in eine Übergangsregierung und ein Übergangsparlament vor. Bis Mitte Juni 2007 sollen Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung abgehalten werden, die über die künftige Staatsform Nepals entscheiden wird. Die EU begrüßte und unterstützte den Demokratisierungs- und Friedensprozess in Nepal. Die Förderung des Friedensprozesses, die Stärkung der demokratischen Institutionen sowie Maßnahmen zur Armutsbekämpfung sind die Kernpunkte der EU-Politik in Nepal.

In **Sri Lanka** verschärfte sich der langjährige Konflikt zwischen Regierung und den „Befreiungstigern von Tamil Eelam“ (LTTE), der Friedensprozess kam völlig zum Stillstand. Von Norwegen vermittelte Gespräche am 22. und 23. Februar sowie am 28. und 29. Oktober konnten die Spirale von Gewalt und Gegengewalt, die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen und die systematischen Verstöße gegen das Waffenstillstandsabkommen von 2002 nicht stoppen. Die EU drängte beide Konfliktparteien in öffentlichen Erklärungen und in direkten Kontakten wiederholt und nachdrücklich zur Beendigung der Gewalt und zur Wiederaufnahme des Friedensprozesses. Am 29. Mai setzte die EU die LTTE auf die Liste der Terrororganisationen und reagierte damit auf die fortgesetzten Gewaltaktionen der LTTE. Gleichzeitig betonte die EU, dass sich diese Entscheidung in keiner Weise gegen die tamilische Bevölkerung richte, auch die sri-lankische Regierung Mitverantwortung an der Eskalation trage und die EU den Friedensprozess und die Vermittlungsbemühungen Norwegens weiter aktiv unterstützen werde.

In **Indonesien** machte der Friedensprozess in Aceh große Fortschritte. Das vom indonesischen Parlament verabschiedete Gesetz über die Verwaltung von Aceh trat am 1. August in Kraft, das der Provinz eine Reihe von zusätzlichen Autonomierechten einräumt. Die am 11. Dezember in Aceh durchgeführten Gouverneurs- und Bezirkswahlen verliefen geordnet und gewaltfrei. Die im September 2005 begonnene zivile Aceh-Beobachtermission von EU und ASEAN, an der sich auch Österreich mit ExpertInnen beteiligte, leistete einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg des Friedensprozesses und beendete planmäßig am 15. Dezember ihre Tätigkeit.

Das Militärregime in **Myanmar** zeigte weiterhin keine Bereitschaft, den internationalen Forderungen nach demokratischen Reformen, einem umfassenden nationalen Versöhnungsprozess und Einhaltung der Menschenrechte nachzukommen. Der Hausarrest von Oppositionsführerin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi wurde am 27. Mai trotz internationaler Proteste, einschließlich der EU, um ein weiteres Jahr verlängert. Gespräche von VN-Untergeneralsekretär Ibrahim Gambari in Myanmar und die Behandlung der Situation in Myanmar im VN-SR am 29. September führten zu keinen greifbaren Fortschritten. Die EU verlängerte am 27. April ihren Gemeinsamen Standpunkt zu Myanmar, der gezielte Sanktionen gegen das Militärregime, aber auch humanitäre Hilfe für die Bevölkerung und die Förderung der Zivilgesellschaft in Myanmar vorsieht.

Auf den **Philippinen** führten gegen Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo erhobene Vorwürfe wegen angeblicher Manipulierung der Präsidentschaftswahlen von 2004 zu innenpolitischen Spannungen. Am 24. Februar verhängte die Präsidentin unter Hinweis auf einen drohenden Militärputsch den Ausnahmezustand, der aber auch wegen internationaler Kritik bereits eine Woche später wieder aufgehoben wurde.

Nach einer monatelangen politischen Krise übernahm in **Thailand** am 19. September das Militär die Macht. Premierminister Thaksin Shinawatra hielt sich während des unblutigen Militärputsches im Ausland auf. Am 9. Oktober wurde eine von den Militärs eingesetzte zivile Übergangsregierung unter Ministerpräsident Surayud Chulanont angelobt, welche die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und die Abhaltung demokratischer Wahlen innerhalb eines Jahres zusagte. Die EU kritisierte die Machtergreifung der Militärs und forderte eine rasche Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen.

In **Timor-Leste** löste Ende Mai die Entlassung von rund 600 Armeeangehörigen Unruhen und eine politische Krise aus, die von der osttimorischen Regierung nur mit Hilfe internationaler Sicherheitskräfte bewältigt werden konnte. Der VN-SR beschloss am 25. August die Einrichtung der Integrierten Mission der VN in Timor-Leste (UNMIT), wodurch sich die Situation im Land wieder stabilisierte.

In **Vietnam** kam es zu einem Generationswechsel an der Staatsspitze. Ende Juni wählte die Nationalversammlung Nguyen Minh Triet zum neuen Staatspräsidenten und Nguyen Tran Dung zum neuen Regierungschef. Die neue vietnamesische Führung legte ein Bekenntnis zur Fortführung des wirtschaftlichen Reformkurses ab. Vietnam wird am 11. Jänner 2007 als 150. Mitglied offiziell der WTO beitreten.

10.3. Die Partnerschaft EU-Asien

Die Aktivitäten des Asien-Europa-Treffens (**ASEM**) standen im Zeichen des zehnjährigen Bestands von ASEM. Das Gipfeltreffen (ASEM VI) fand in

Helsinki am 10. und 11. September statt. Dabei wurden unter anderem sechs neue Mitglieder aufgenommen: Bulgarien und Rumänien sowie Indien, die Mongolei, Pakistan und das ASEAN-Sekretariat. ASEM hat somit 45 Teilnehmer. Zypern und Malaysia waren die Gastgeber des 2. ASEM Interreligiösen Dialogs in Larnaca vom 3.–5. Juli.

Zwischen der **EU** und **ASEAN** besteht ein regelmäßiger formalisierter Dialog auf Außenministerebene, seit 1978 zweijährlich. Am 21. März fand unter österreichischem Vorsitz ein hochrangiges Beamtentreffen zwischen der EU und ASEAN statt, bei dem EU und ASEAN ihr Interesse an einer weiteren Intensivierung der Zusammenarbeit betonten. Die EU strebt in diesem Zusammenhang den Beitritt zum Freundschafts- und Kooperationsvertrag in Südostasien (TAC) an und erwägt ferner die Aufnahme von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit der ASEAN. Die EU wirkt aktiv am **ARF** mit, der einzigen ständigen multilateralen Einrichtung, die sich mit Sicherheitsfragen in der asiatisch-pazifischen Region befasst.

10.4. Regionale Organisationen

Die **ASEAN** (Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam) war weiterhin Motor und Zentrum des Integrationsprozesses in Südostasien. Durch die zunehmend engere wirtschaftliche Verflechtung der ASEAN-Staaten mit China, Japan und der Republik Korea entwickelt sich parallel dazu eine zweite Integrationsstufe, ASEAN+3. Das 12. ASEAN-Gipfeltreffen wird zusammen mit dem zweiten Ostasiengipfel (**EAS**) Mitte Jänner 2007 auf den Philippinen stattfinden und sich unter anderem mit der geplanten ASEAN-Charta befassen. Fernziel der ASEAN ist die Schaffung einer aus drei Säulen, Sicherheits-, Wirtschafts- und Soziokulturelle Gemeinschaft, bestehenden Asiatischen Gemeinschaft bis 2020.

11. Australien, Neuseeland, Ozeanien

11.1. Australien

Außenpolitische Prioritäten Australiens waren der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, die Festigung der Beziehungen zu den USA sowie eine Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen mit asiatischen Partnern. Die Intensivierung der Beziehungen mit China und der Abschluss von Freihandelsabkommen mit Singapur und Thailand waren dabei von großer Bedeutung. Der regelmäßige politische Dialog Australiens mit der EU auf Außenministerebene wurde zuletzt in Helsinki am 26. September mit Treffen von Außenminister Alexander Downer mit Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Kommissar für Entwicklung und humanitäre Hilfe Louis Michel fortgeführt.

11.2. Neuseeland

Für Neuseeland gehörte die Sicherung seiner Absatzmärkte für vorwiegend landwirtschaftliche Produkte und die Liberalisierung des Welthandels im Rahmen der WTO-Verhandlungen (Doha-Runde) zu den Schwerpunkten seiner Außenpolitik. In diesem Zusammenhang bemühte sich Neuseeland auch um eine Vertiefung seiner Beziehungen mit der EU. Die weitere Annäherung an Südost- und Ostasien sowie die Verhandlungen zum Abschluss eines Freihandelsabkommens mit China schritten gut voran. Neuseeland unterzeichnete im Juli 2005 einen Freundschafts- und Kooperationsvertrag mit seinen asiatischen Partnern und nahm in der Folge am Ostasiengipfel 2005 als vollwertiges Mitglied teil. Im Rahmen der Nachbarschaftspolitik im Südpazifik betrieb Neuseeland die Aufrechterhaltung der südpazifischen Nuklearfreizone sowie umweltpolitische Anliegen. Ein wesentliches außenpolitisches Ziel war auch die Einrichtung einer Walfang-Schutzzone im Pazifik.

11.3. Ozeanien

Alle Inselstaaten des Pazifiks gehören dem Kreis der AKP-Staaten an. Die EU ist mit jährlich rund 69 Millionen Euro nach Australien und vor Neuseeland zweitgrößter Entwicklungshilfegeber. Großen Einfluss in dieser Region haben auch China und Taiwan. Bestrebungen der internationalen Gemeinschaft um direkten Einfluss auf die Entwicklung einzelner pazifischer Inselstaaten zeigt sich nicht nur in sicherheitspolitischen Interventionen, sondern auch in einer Stärkung der regionalen Kooperation, beispielsweise im Flugverkehr und in der Logistik sowie im gemeinsamen Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismus. Die multilaterale Intervention auf den Salomonen unter Führung Australiens verlief erfolgreich. Der am 5. Dezember erfolgte Staatsstreich in Fidschi belastete die Beziehungen des Landes mit der EU.

B. Österreich in anderen europäischen Foren

I. Europäische Sicherheitspolitik

1. Der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat und die Partnerschaft für den Frieden

1.1. Entwicklungen innerhalb der NATO

Der Gipfel der Staats- und Regierungschefs der NATO in Riga am 28. und 29. November hob den NATO-geführten Einsatz in Afghanistan (**ISAF**) als zentrale Priorität der Allianz hervor. Nachdem im Laufe des Jahres ISAF von der von den USA geführten Koalition „Enduring Freedom“ (Dauerhafte Freiheit) auch die Verantwortung für die Sicherheit im Süden und Osten des Landes übernommen hatte, erstreckte sich ihr Operationsbereich über das ganze Land. Zu Jahresende umfasste ISAF rund 35.000 SoldatInnen aus 37 Nationen, davon rund 1.200 SoldatInnen aus elf Nicht-Mitgliedstaaten der NATO. ISAF betreibt mittlerweile in ganz Afghanistan 25 kleine, aus Militärs und zivilen ExpertInnen zusammengesetzte Regionale Wiederaufbauteams zur Stärkung der Autorität der afghanischen Regierung auch in den Provinzen durch Unterstützung bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit auf lokaler Ebene und bei Wiederaufbauaktivitäten lokaler Behörden sowie durch Planung und Durchführung kleiner Projekte zur Verbesserung der Lebenssituation der Menschen.

Während beim Gipfel in Riga keine Entscheidung über eine **Erweiterung** getroffen wurde, erklärte die NATO ihre Absicht, bei ihrem nächsten Gipfel im Jahr 2008 neue Einladungen zum Beitritt auszusprechen – eine in erster Linie an die Adresse der drei südosteuropäischen Kandidatenstaaten Albanien, Kroatien und Mazedonien gerichtete Ankündigung.

Darüber hinaus wurde beim Gipfel die volle Einsatzbereitschaft der NATO-Eingreiftruppe (**NRF**) erklärt. Die aus Land-, Luft- und Seestreitkräften in der Stärke von rund 25.000 SoldatInnen bestehende Eingreiftruppe kann binnen fünf Tagen erste Verbände in jedes Krisengebiet der Welt verlegen.

Schließlich enthielt die Gipfelerklärung von Riga die Bekräftigung zum weiteren Ausbau der **strategischen Partnerschaft EU-NATO**.

1.2. NATO-Partnerbeziehungen

Die Allianz bekräftigte beim Gipfel in Riga die besondere Bedeutung der unterschiedlichen Partnerschaften der NATO, der Partnerschaft für den Frieden (**PfP**) und des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats (**EAPC**), des **Mittelmeerdialogs** mit den Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens sowie der **Istanbul Kooperationsinitiative** mit Staaten der Golfregion. Darüber hinaus wurde das zunehmende Interesse der NATO an der sicherheitspolitischen Kooperation mit Staaten in anderen Weltregionen sichtbar, den so

genannten **Kontaktländern** wie Australien, Japan, Neuseeland und Republik Korea.

Beim Gipfel erging auch die Einladung an Bosnien und Herzegowina, Montenegro sowie Serbien, sich der PfP und dem EAPC anzuschließen, ein bedeutender Schritt zur vollen Eingliederung des gesamten südosteuropäischen Raums in euro-atlantische Strukturen. Mit Georgien, das die Aufnahme in die NATO anstrebt, nahm die NATO im September einen intensivierten Dialog auf. Ein intensivierter Dialog wird von der NATO auch mit der Ukraine geführt, doch verfolgt das Land seit Amtsantritt der neuen Regierung von Viktor Janukowytsch den Beitritt zur Allianz nicht mehr aktiv weiter.

1.3. Österreich in der Partnerschaft für den Frieden und im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat

Österreich war auch 2006 ein aktiver Teilnehmer an der PfP. Der Partnerschaft kommt für Österreich unter anderem eine wichtige Rolle bei der Beteiligung an der **ESVP** zu: Die im Rahmen der PfP entwickelten Mechanismen zur Herstellung der Interoperabilität von NATO- und Partnergruppen bei Krisenmanagementeinsätzen sind ebenso unverzichtbar wie die Interoperabilität von österreichischen Streitkräften mit jenen anderer EU-Mitgliedstaaten, von denen 21 NATO-Alliierte sind. Der EAPC ist für Österreich ein wichtiges Forum für Konsultation und Zusammenarbeit in sicherheitspolitischen Angelegenheiten im euro-atlantischen Raum.

Österreich stellte mit rund 600 SoldatInnen das größte Kontingent eines Partnerstaats im Rahmen der NATO-geführten Friedenstruppe **KFOR** im Kosovo. Darüber hinaus sind vier österreichische Stabsoffiziere bei **ISAF** in Afghanistan im Einsatz.

Österreich setzte seine Unterstützung für drei **PfP-Treuhandfondsprojekte** fort: zur Zerstörung von mehr als 1,3 Millionen Antipersonenminen in Serbien (der Beitrag wurde um 35.000 Euro auf insgesamt 285.000 Euro erhöht), zur Zerstörung von Kleinwaffen und leichten Waffen sowie überzähliger Munition in der Ukraine (30.000 Euro) sowie zur Zerstörung von KLW in Kasachstan (3.400 Euro). Österreich übernahm 2005 beim Projekt zur Zerstörung von Antipersonenminenbeständen gemeinsam mit Kanada als erster Partnerstaat die Leitung eines PfP-Treuhandfondsprojekts.

2. Die Westeuropäische Union

Trotz der Beschränkung der Westeuropäischen Union (**WEU**) auf die Wahrnehmung einiger weniger Residualfunktionen seit 2001 bleibt der WEU-Gründungsvertrag mit seiner militärischen Beistandspflicht bleibt de jure ebenso aufrecht wie der Status der WEU-Beobachterstaaten, darunter Österreich. Die parlamentarische Zusammenarbeit im Rahmen der WEU-

Versammlung, zu der auch Österreich VertreterInnen entsendet, wird fortgesetzt.

II. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

1. Einleitung

Der belgische OSZE-Vorsitz übernahm vom Ministerrat in Ljubljana 2005 die Aufgabe der institutionellen Weiterentwicklung der Organisation. Der **Reformprozess der OSZE** wurde mit den entsprechenden Beschlüssen im Rahmen des OSZE-Ministerrats von Brüssel am 4. und 5. Dezember formell beendet. Fortschritte im Bereich der regionalen Konflikte blieben weitgehend aus. Die Frage der kasachischen Bewerbung für den Vorsitz der Organisation im Jahr 2009 konnte nicht gelöst werden. Montenegro wurde am 22. Juni als 56. Teilnehmerstaat in die OSZE aufgenommen.

Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft hatte sich die weitere Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen EU und OSZE zum Ziel gesetzt. Die Aufmerksamkeit der EU für die OSZE sollte vor allem durch eine **Gemeinsame Erklärung von EU und OSZE** über verstärkte Zusammenarbeit zur Konfliktverhütung erhöht werden. Die österreichische Initiative für die Erklärung wurde durch die finnische EU-Ratspräsidentschaft weitergeführt; der vorliegende Text muss noch vom Ständigen Rat der OSZE angenommen werden. Die EU spricht in der OSZE nicht nur im Ständigen Rat mit einer Stimme, sondern äußert sich in Sitzungen anderer Organe zumindest mit koordinierten Grundsatzaussagen. Österreich gab im Namen der EU 102 Erklärungen im Ständigen Rat und 125 Erklärungen in anderen Gremien ab. Die EU stellt mit den weiteren sich den EU-Erklärungen anschließenden Staaten eine bedeutende Meinungsgruppe innerhalb der OSZE dar.

2. Regionalfragen und Feldaktivitäten

Die OSZE unterhielt 19 Operationen in Südosteuropa sowie der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (**GUS**), für die mit 75% der Großteil des OSZE-Budgets sowie der personellen Ressourcen aufgewendet wurde. Österreich entsandte 30 zivile ExpertInnen in mehr als die Hälfte dieser Feldoperationen; der überwiegende Teil davon war in Südosteuropa tätig.

2.1. Südosteuropa

Mit Missionen in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro sowie Serbien einschließlich Kosovo unterhielt die OSZE in Südosteuropa nach wie vor ihre größten Feldoperationen. Bei den beiden größten Missionen in Bosnien und Herzegowina sowie im Kosovo kam es

mit der voranschreitenden Übertragung von Kompetenzen von der internationalen Gemeinschaft auf die nationalen und lokalen Autoritäten zur Kürzung von Personalstand und Budget. Die Feldoperationen der OSZE leisten nach wie vor einen wichtigen Beitrag zum Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen und zur Entwicklung und Festigung multi-ethnischer Gesellschaften in Südosteuropa. In einigen Bereichen verschob sich die Rolle der OSZE in Richtung verstärkten Monitorings und Beratung der administrativen und politischen Strukturen vor Ort. In Zusammenarbeit mit der EU und anderen internationalen Akteuren nimmt die OSZE zahlreiche Aufgaben wahr, welche im Annäherungsprozess der Länder an die euro-atlantischen Strukturen unverzichtbar sind.

2.2. Moldau/Transnistrien

In den Statusverhandlungen zwischen Moldau und der separatistischen Provinz Transnistrien gab es kaum Fortschritte (siehe Kapitel A.V.4.1.2.). Der belgische OSZE-Vorsitz versuchte die Verhandlungsparteien durch Unterbreitung neuer Vorschläge in den Bereichen Status, Friedenseinsatz und sozio-ökonomische Projekte zur Rückkehr an den Verhandlungstisch zu bewegen, blieb jedoch weit gehend erfolglos. In den zentralen Fragen des Abbaus russischer Truppen und Waffenbestände in Transnistrien wurden ebenfalls keine Fortschritte erzielt. Aus diesem Grund konnte beim OSZE-Ministerrat in Brüssel erneut keine regionale Erklärung zu Moldau angenommen werden. Russland und Transnistrien setzten mit der Öffnung des russischen Munitionslagers von Kolbasna für 30 OSZE-BotschafterInnen im Rahmen ihres dreitägigen Aufenthalts in Moldau im November ein Zeichen des guten Willens. Zuletzt hatte eine Besichtigung von Kolbasna im März 2004 stattgefunden.

2.3. Belarus

Die Tätigkeit des **OSZE-Büros in Minsk** konzentrierte sich auf Projektentwicklung in den Bereichen Wirtschaft und Umwelt, Aufbau demokratischer Institutionen, Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft. Ein langwieriges Registrierungsverfahren für durchzuführende Aktivitäten behinderte das Büro wiederholt. Die vom Büro wahrgenommene Beobachtungsfunktion betreffend die Einhaltung der OSZE-Verpflichtungen, insbesondere im Hinblick auf Versammlungsfreiheit und Haftfälle, wurde von weißrussischen Behörden als nicht vereinbar mit dem bestehenden Mandat bezeichnet.

Die Präsidentschaftswahlen vom 19. März entsprachen laut Wahlbeobachtungsmission von ODIHR nicht den OSZE-Standards; die aufgrund der Wahlen abgehaltenen Massenproteste wurden gewaltsam aufgelöst. Eine in klarer Verletzung des einschlägigen Verhaltenskodex abgegebene eigene

Presseerklärung russischer ODIHR-WahlbeobachterInnen löste Kontroversen aus.

2.4. Georgien

Die OSZE-Mission in Georgien, die größte OSZE-Feldoperation außerhalb Südosteuropas, ist mit der politischen Lösung der Konflikte um die beiden separatistischen Gebiete **Südossetien** und – unter Federführung der VN – in **Abchasien** befasst. In Südossetien übernahm die OSZE unter Einsatz zusätzlicher BeobachterInnen das Monitoring der friedenserhaltenden Operation der Konfliktparteien und Russlands. In einer Geberkonferenz am 14. Juni wurden die Finanzmittel für ein Rehabilitationsprogramm für Südossetien aufgebracht.

Die 2005 eingerichtete **Trainingsmission** für georgische GrenzwächterInnen setzte ihre Tätigkeit fort. Die Mission, an der fünf österreichische ExpertInnen teilnahmen, steht seit November unter Leitung des Österreicher Burgard Arlow.

2.5. Ukraine

Die Mission in der Ukraine übt als **Büro eines Projektkoordinators** keine politische Rolle und Beobachterfunktion aus. In enger Zusammenarbeit mit den Behörden und der Zivilgesellschaft führt das Büro Projekte zur Wirtschaftsförderung, Bekämpfung des Menschenhandels, Demokratisierung sowie Förderung der Zivilgesellschaft durch.

Die Parlamentswahlen vom 26. März wurden von ODIHR als den internationalen Standards entsprechend bewertet.

2.6. Zentralasien

Die OSZE ist in den Staaten Zentralasiens einer der wichtigsten internationalen Akteure. Die Feldmissionen der OSZE konzentrieren sich zum einen auf Unterstützung der Regierungen durch Bereitstellung von Expertise, etwa Stärkung des Rechtsstaats, Aufbau pluralistischer Gesellschaftsstrukturen, Achtung der Menschenrechte, demokratische Medienpolitik sowie Antikorruptionsmaßnahmen. Zum anderen befasst sich die OSZE mit einer Vielfalt von Ausbildungsaktivitäten. Die seit nunmehr fünf Jahren tätige, von Österreich von Anfang an unterstützte OSZE-Akademie in Bischkek vermittelt mit ihrem politikwissenschaftlichen Master-Programm sowie in zahlreichen Kurzausbildungen europäische Werte. Darüber hinaus zeigen die vom OSZE-Zentrum in Bischkek abgehaltenen, von Österreich finanziell unterstützten Polizeischulungen Erfolg. Im OSZE-Zentrum Bischkek ist die Österreicherin Sabine Machl als stellvertretende Leiterin tätig.

Die OSZE ist um Entfaltung ihrer Aktivitäten möglichst in allen drei Dimensionen – menschliche Dimension, politisch-militärische Dimension

sowie Wirtschafts- und Umweltdimension – bemüht. Während dies in Kasachstan und Kirgisistan zufrieden stellend gelingt, bleibt die Zusammenarbeit mit den Regierungen Turkmenistans und Usbekistans problematisch. Die OSZE-Präsenz in Usbekistan wurde in ein Projektkoordinationsbüro umgewandelt.

3. Die menschliche Dimension der OSZE

Menschenrechte und Demokratie sind tragende Säulen des OSZE-Konzepts der „umfassenden Sicherheit“. Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte von ODIHR (**BDIMR**) in Warschau wird seit April 2003 vom Österreicher Christian Strohal geleitet. Zahlreiche Veranstaltungen werden von ODIHR jährlich wiederkehrend abgehalten, wobei das **Implementierungstreffen** zur menschlichen Dimension (Warschau, 2.–13. Oktober) als Hauptveranstaltung die Überprüfung des gesamten Spektrums der Umsetzung der Verpflichtungen im Bereich Menschenrechte zum Ziel hat. Drei **Ergänzungstreffen** zur menschlichen Dimension fanden in Wien statt: MenschenrechtsverteidigerInnen und nationale Menschenrechtseinrichtungen (30. und 31. März); Medienfreiheit, Schutz der JournalistInnen und Zugang zur Information (6. und 7. Juli); Stärkung der Demokratie durch effektive Vertretung (2.–3. November). Das jährliche **Seminar** zur Menschlichen Dimension (Warschau, 10.–12. Mai) war den Fragen von Rechtsstaat und fairem Strafprozess gewidmet.

ODIHR leistet in den Bereichen **Wahlrecht und Wahlbeobachtung** wertvolle Arbeit und organisierte zu 20 gesamtstaatlichen Wahlen bzw. Regional- oder Lokalwahlen Beobachtungsmissionen. Österreich entsandte 47 KurzeitbeobachterInnen nach Belarus, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Montenegro, Tadschikistan und in die Ukraine sowie zwei Langzeitbeobachter nach Belarus und Montenegro.

Drei Treffen behandelten den Themenbereich **Toleranzfragen** (Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus, Xenophobie und Diskriminierung): „Promoting inter-cultural, inter-religious and inter-ethnic dialogue“ (Förderung des interkulturellen, interreligiösen und interethnischen Dialogs) in Almaty (Kasachstan) am 12. und 13. Juni, „Education to promote mutual respect and understanding including Holocaust remembrance“ (Erziehung zur Förderung der gegenseitigen Achtung und Verständigung, einschließlich des Gedenkens an den Holocaust) in Dubrovnik (Kroatien) am 23. und 24. Oktober, „Addressing the hate crime data deficit“ (Über das Defizit bei der Erfassung von Daten über aus Hass oder Vorurteilen begangenen Verbrechen) in Wien am 9. und 10. November. Die seit Dezember 2004 amtierenden Sonderbeauftragten für Toleranzfragen, Anastasia Crickley (Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung von Christen), Professor Gert Weisskirchen (Bekämpfung von Antisemitismus) sowie Ömür Orhun (Intoleranz und Diskriminierung von Moslems), setzten ihre

Tätigkeit fort. Die OSZE befasste sich mit dem „Karikaturenstreit“ sowohl in formeller als auch in informeller Sitzung des Ständigen Rats am 16. Februar gemeinsam mit dem Repräsentanten für die Freiheit der Medien. Einen Beitrag zur Allianz der Zivilisationen leistete die OSZE in Form eines Berichts zu den Kernthemen Erziehung, Medien, Jugend und Migration, der in New York am 26. Juni dem VN-GS übergeben wurde.

Am 17. März fand in Wien die hochkarätig besetzte „High Level Conference on Combating Trafficking in Human Beings (especially in women and in children)“ (Hochrangige Konferenz über die Bekämpfung des Menschenhandels, besonders des Frauen- und Kinderhandels) statt. Der OSZE-Mechanismus zur **Bekämpfung des Menschenhandels** wurde neu strukturiert. Die finnische Parlamentsabgeordnete Eva Biaudet löste am 19. Oktober Bundesministerin a.D. Helga Konrad als neue Sonderbeauftragte für die Bekämpfung des Menschenhandels ab.

Rolf Ekeus ist seit 2001 **Hochkommissar für Nationale Minderheiten** und beauftragt, ethnische Spannungen, die Frieden, Stabilität oder die guten Beziehungen zwischen OSZE-Teilnehmerstaaten gefährden könnten, frühzeitig zu erkennen und Lösungen zu finden. Univ.-Prof. Miklós Haraszti ist seit 2004 **OSZE-Beauftragter für Medienfreiheit**. Wichtige Themen der Berichterstattung waren Behinderungen der Arbeit von JournalistInnen und Zeitungsverlagen, Medien im Wahlkampf und Medienkonzentration sowie die Entkriminalisierung von Verleumdung durch JournalistInnen.

4. Die politisch-militärische Dimension der OSZE

Das **Forum für Sicherheitszusammenarbeit**, das Normsetzungsorgan für politisch-militärische Fragen, setzte drei Beschlüsse des Ministerrats von Laibach 2005 um: erstens durch die Abhaltung eines Militärdoktrinseminars in Wien am 14. und 15. Februar über die Herausforderungen für militärische Streitkräfte durch neue Bedrohungen und die Nutzen und Gefahren neuer Technologien; zweitens durch die Einberufung einer Sondersitzung über Kleinwaffen und leichte Waffen in Wien am 17. Mai zum Austausch der Sichtweisen bei der Umsetzung des KLV-Dokuments 2000 und des Praxisleitfadens zu KLV sowie drittens durch die Abhaltung eines Seminars in Wien am 8. November zur Unterstützung der effektiven Implementierung der Resolution 1540 (2004) des VN-Sicherheitsrates betreffend die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Wesentliche Themen des wöchentlichen **Sicherheitsdialogs** waren rasch verfügbare Einsatzkräfte, regionale Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und die zivil-militärische Zusammenarbeit. Das 16. jährliche Treffen zur Beurteilung der Erfüllung der 17 Verpflichtungen zur Berichterstattung über die Durchführung vereinbarter vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen (**AIAM**) fand in Wien am 7. und 8. März statt. Erörtert

wurden neben der laufenden Implementierung auch Möglichkeiten der besseren Umsetzung und Effizienzsteigerung.

Die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz (**ASRC**) fand in Wien am 27. und 28. Juni statt. Am 27. September wurde ein Sondertreffen zum Verhaltenskodex abgehalten.

Die steigende Bedeutung von **nichtmilitärischen Aspekten der Sicherheit** wie Terrorismus, organisierte Kriminalität, Drogen- und Menschenhandel sowie Geldwäscherei wurde unterstrichen; ein- bis zweimal monatlich tagte dazu eine Arbeitsgruppe. Der Ministerrat in Brüssel fasste Beschlüsse zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens, zur Verhinderung des Gebrauch des Internet für terroristische Zwecke und über Maßnahmen gegen den kriminellen Gebrauch von verlorenen bzw. gestohlenen Reisedokumenten. Terrorismusbekämpfung ist ein ständiger Schwerpunkt der OSZE. Neben der dafür zuständigen Arbeitsgruppe bestehen die Sekretariats-einheit „Gruppe Terrorismusbekämpfung“ (ATU) und ein internes Netzwerk zum vertraulichen Informationsaustausch.

5. Die Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE

Die Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE stand im Zeichen des vom belgischen Vorsitz für das Wirtschaftsforum 2006 gewählten Themas **Sicherung von Transportnetzwerken** zur Gewährung regionaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Stabilität. Erstmals wurde das Wirtschaftsforum in zwei Teilen, in Wien im Jänner und in Prag im Mai, mit vorangehenden Vorbereitungstreffen abgehalten. Der Ministerrat in Brüssel konnte eine Entscheidung über den künftigen Dialog im Transportbereich annehmen, obwohl dieses Thema von einigen Teilnehmerstaaten wegen befürchteter Duplizierung mit der Tätigkeit von Fachorganisationen ursprünglich nicht unterstützt worden war.

Die Gaskrise zwischen Russland und der Ukraine rückte das Thema **Energiesicherheit** ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Während Russland 2005 zum Thema Energiesicherheit noch einen Vorschlag für eine Konferenz über Energiesicherheit unterbreitet hatte, der aber von westlichen Teilnehmerstaaten verhalten aufgenommen worden war, kehrten sich die Positionen mit der Ablehnung Russlands jeglicher Rolle der OSZE in diesem Bereich um. Eine Entscheidung des Ministerrats in Brüssel zum Thema Energiesicherheit führte letztlich eine positive Wende herbei und sicherte die Rolle der OSZE als politisches Diskussionsforum über Energiesicherheit zwischen Ost und West.

Als Schwerpunktthema für das Wiener Wirtschaftsforum im Jänner 2007 schlug das Vorsitzland Spanien „Herausforderungen im Bereich Umweltsicherheit und nachhaltige Entwicklung“ vor. Das erste Seminar zur Vorbereitung des Wirtschaftsforums fand auf Einladung der kirgisischen Regie-

zung in Bischkek im November statt und behandelte die Themen Landverwüstung und Bodenverseuchung.

6. Die Reform der OSZE

Die beim 14. Ministerrat in Brüssel gefassten Beschlüsse zur institutionellen Weiterentwicklung der OSZE betreffen drei Bereiche: Einrichtung einer permanenten Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung einer Konvention, um der OSZE Rechtspersönlichkeit zu verleihen; die Einrichtung eines jeweils eigenen, institutionellen Sitzungsausschusses für die drei Dimensionen der OSZE ab 2007 sowie die Stärkung der Rolle des OSZE-Generalsekretärs.

ODIHR legte im Auftrag des Ministerrats von Laibach im November einen Bericht über den Stand der Durchführung der OSZE-Verpflichtungen in der menschlichen Dimension einschließlich Wahlen vor. Der Bericht wurde in einem eigenen Ministerbeschluss in Brüssel behandelt, der ODIHR zur Umsetzung der im Bericht enthaltenen Empfehlungen zur Weiterentwicklung seiner Aktivitäten im Zusammenhang mit Wahlen und Berichterstattung an den Ständigen Rat der OSZE im Laufe des nächsten Arbeitsjahres auffordert.

7. Amtssitz

Die im Dezember 2004 begonnenen Umbauarbeiten für einen neuen permanenten Amtssitz der OSZE im Zentrum Wiens wurden fortgeführt und sollen im Jahr 2007 abgeschlossen werden.

8. Parlamentarische Versammlung der OSZE

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE mit Sitz in Kopenhagen und seit 2002 einem Zweigbüro in Wien besteht aus mehr als 300 Parlamentsabgeordneten der 56 Teilnehmerstaaten. Die 15. Jahrestagung wurde in Brüssel vom 3.–7. Juli abgehalten. Bei diesem Treffen wurde Göran Lenmarker (Schweden) zum neuen Vorsitzenden der Versammlung gewählt. Abgeordneter zum Nationalrat Wolfgang Großruck war bei dieser Tagung Berichterstatter im Politischen Komitee zum Thema „Rolle der OSZE in den Ländern des Westlichen Balkans“ und wurde zum Vizepräsidenten der Parlamentarischen Versammlung für die Periode 2006/2007 gewählt. Das Wintertreffen, das seit 2002 in Wien abgehalten wird, fand am 23. und 24. Februar statt.

III. Europarat

2006 war das **50. Jahr der österreichischen Mitgliedschaft im Europarat**. Im Rahmen einer aus diesem Anlass veranstalteten Feier, an der Staatssekretär Hans Winkler, der Generalsekretär des Europarats Terry Davis, der Präsident der Parlamentarischen Versammlung Rene Van der Linden sowie

alle österreichischen Delegierten zur Parlamentarischen Versammlung des Europarats teilnahmen, wurde das außergewöhnliche Engagement Österreichs im Europarat gewürdigt. In den 50 Jahren seiner Mitgliedschaft stellte Österreich in Strassburg drei Generalsekretäre, zwei Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung sowie einen Präsidenten des Kongresses der Gemeinden und Regionen.

Österreich konnte sich während der EU-Ratspräsidentschaft im Europarat verstärkt einbringen. Bundeskanzler Wolfgang Schüssel sprach anlässlich der Präsentation des „Juncker-Berichts“ vor der Parlamentarischen Versammlung. Staatssekretär Hans Winkler präsentierte im Jänner das Programm des österreichischen Ratsvorsitzes vor dem Ministerkomitee und vertrat die EU-Ratspräsidentschaft im März beim quadrilateralen Treffen EU-Europarat.

1. Politische Entwicklungen

Die Tätigkeit des Europarats war zu einem großen Teil der Umsetzung der Beschlüsse des dritten Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Europarats in Warschau 2005 gewidmet: Fokussierung der Tätigkeit des Europarats auf Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit; Stärkung seines Menschenrechtsschutzsystems; Förderung von Demokratie und Guter Regierungsführung; Fortführung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs; Erhöhung der Sicherheit der europäischen BürgerInnen sowie Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Organisationen.

Folgende Schritte leiteten die Umsetzung der Ziele der Warschauer Erklärung ein: die Eröffnungskonferenz der Europaratskampagne „Wir bauen ein Europa für und mit Kindern“ in Monaco am 5. und 6. April; ein europaweites Aktionsprogramm gegen Gewalt gegen Kinder, das auch die sozialen, rechtlichen, gesundheitlichen und erzieherischen Dimensionen der verschiedenen Formen von Gewalt gegen Kinder thematisiert; die Präsentation des Berichts des luxemburgischen Premierministers Jean-Claude Juncker über die Beziehungen zwischen Europarat und Europäischer Union am 11. April; der Start der europaweiten Jugendkampagne für Vielfalt, Menschenrechte und Partizipation mit dem Titel „all different – all equal“ (alle verschieden – alle gleich) am 29. Juni; das erste als Impulsgeber für die Weiterentwicklung der Demokratie in den Mitgliedstaaten des Europarats gedachte Treffen des Forums für die Zukunft der Demokratie in Moskau am 18. und 19. Oktober über die Rolle politischer Parteien beim Aufbau der Demokratie; die Vorlage des Berichts der „Weisengruppe“ über die langfristige Sicherung der Effizienz des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (**EGMR**) an das Ministerkomitee am 15. November sowie die hochrangig besetzte Eröffnungskonferenz der europaweiten Kampagne gegen

Gewalt gegen Frauen, insbesondere gegen häusliche Gewalt, in Madrid am 27. November.

2. Verhältnis zu anderen internationalen Organisationen

Unter österreichischem Ratsvorsitz konnte eine gemeinsame EU-Position zu dem vom rumänischen Europarats-Vorsitz vorgelegten Entwurf des Memorandum of Understanding (Vereinbarung) zum weiteren Ausbau der Zusammenarbeit zwischen **Europarat und EU** ausgearbeitet werden. Die Verhandlungen wurden unter russischem Vorsitz von Mai bis November fortgesetzt, jedoch noch nicht abgeschlossen. San Marino wird diese als nächster Vorsitz des Ministerkomitees fortführen.

Der vom luxemburgischen Ministerpräsident Jean-Claude Juncker im April vorgelegte, teilweise in das Memorandum of Understanding einzuarbeitende Bericht über das künftige Verhältnis zwischen Europarat und EU beinhaltet mehrere Empfehlungen, etwa den Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention, eine stärkere Zusammenarbeit der EU mit dem Menschenrechtskommissar des Europarats, die Schaffung von gemeinsamen Mechanismen zur Förderung und Festigung der Demokratie, eine Koordinierung der jeweiligen Rechtstexte sowie den Beitritt der EU zum Europarat bis zum Jahr 2010.

Die bereits bestehende enge Zusammenarbeit zwischen Europarat und EU wurde intensiviert. Zwischen dem Sekretariat des Europarats und der Europäischen Kommission findet auf Beamtenebene ein regelmäßiger Informationsaustausch über laufende Aktivitäten und Projekte statt. Der Europarat unterhält ein ständiges Büro in Brüssel. VertreterInnen der Europäischen Kommission nehmen an Sitzungen des Ministerkomitees, der Ministerdelegierten und der Berichterstattergruppen teil. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die gemeinsam erstellten und kofinanzierten Programme für zentral- und osteuropäische Länder, die eine Förderung der Bereiche Recht, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie vorsehen. Das so genannte quadrilaterale Treffen findet in der Regel halbjährlich auf höchster politischer Ebene unter Teilnahme des Europarats-Vorsitzes und des EU-Ratsvorsitzes, des Generalsekretärs des Europarats sowie des Präsidenten der Europäischen Kommission statt. Themen des unter österreichischer EU-Ratspräsidentschaft am 15. März abgehaltenen Treffens waren das Memorandum of Understanding, die ENP, der SAP, die EU-Grundrechteagentur, gemeinsame Programme von EU und Europarat sowie die Situation in Belarus, Serbien und Montenegro sowie in der Ukraine. Beim quadrilateralen Treffen am 3. November standen das Memorandum of Understanding, der Juncker-Bericht, die EU-Grundrechteagentur, der EGMR, ein gemeinsamer europäischer Rechtsraum sowie der interkulturelle Dialog auf der Tagesordnung.

Die Zusammenarbeit zwischen **Europarat und OSZE** findet im institutionellen Rahmen der so genannten 2+2-Treffen und 3+3-Treffen (mit den

Vorsitzenden, Generalsekretären und gegebenenfalls Präsidenten der Parlamentarischen Versammlungen der beiden Organisationen) statt. Diese Treffen werden einmal jährlich abgehalten. Beim „3+3-Treffen“ im Jänner wurden neben der Koordinierung der Tätigkeit beider Organisationen auch die Situation im Kosovo, in Transnistrien, im Südkaukasus, in Belarus sowie in der Ukraine behandelt. Das dritte Treffen der Koordinationsgruppe von OSZE und Europarat auf Ebene der Ständigen VertreterInnen der Mitgliedstaaten sowie der Generalsekretäre beider Organisationen fand in Wien am 6. März statt. Dabei wurde die Zusammenarbeit in den Bereichen Bekämpfung des Terrorismus und des Menschenhandels, beim Schutz nationaler Minderheiten und der Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung diskutiert. Darüber hinaus werden laufend Arbeitstreffen auf Beamtenebene abgehalten. Im Bereich der Wahlbeobachtung besteht bereits eine sehr enge Zusammenarbeit mit ODIHR.

Zwischen **Europarat und VN** finden ebenfalls regelmäßige Kontakte statt. Ein vom Sekretariat der VN vorbereitetes hochrangiges trilaterales Treffen zwischen Europarat, OSZE und VN wurde in Genf am 5. Juli abgehalten. Hauptthema war „Friedensaufbau aus einer regionalen europäischen Perspektive: die Vermeidung des Wiederauftretens von Konflikten“.

3. Menschenrechte

Siehe Kapitel G.V.

4. Monitoring

Das Monitoring der von den Mitgliedstaaten bei ihrer Aufnahme in den Europarat eingegangenen Verpflichtungen in den Bereichen Menschenrechte, pluralistische Demokratie sowie Meinungs- und Informationsfreiheit zählt zu den wichtigsten Instrumenten der Organisation. Dabei ist zwischen dem Monitoring der Parlamentarischen Versammlung und dem des Ministerkomitees zu unterscheiden.

Das **Monitoring-Komitee der Parlamentarischen Versammlung** befasste sich mit Albanien, Armenien, Aserbaidshan, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Moldau, Monaco, Russland, Serbien und Montenegro sowie der Ukraine und unternahm dafür Inspektionsreisen. Darüber hinaus verfasst es alle zwei Jahre Länderberichte sowie Empfehlungen, die das Plenum der Parlamentarischen Versammlung verabschiedet.

Das **Monitoring des Ministerkomitees** kann auf drei verschiedene Arten erfolgen: Monitoring auf Grundlage der Deklaration von 1994 über die Erfüllung der Aufnahmeverpflichtungen, das seit 1996 durchgeführte thematische Monitoring, das 2006 die Meinungsäußerungsfreiheit in den Mitgliedstaaten beleuchtete, sowie das spezifische „post-accession monito-

ring“ (Monitoring von neuen Mitgliedstaaten). Letzteres betrifft Armenien, Aserbaidshjan, Bosnien und Herzegowina, Georgien sowie Serbien und Montenegro. Dabei handelt es sich um einen vertraulichen Prozess, der sich über einen längeren Zeitraum erstreckt. Im Falle von Armenien und Aserbaidshjan geschieht dies in einer eigens eingerichteten Monitoring-Gruppe. In der nach ihrem Initiator, dem ehemaligen italienischen Ständigen Vertreter beim Europarat Piero Ercole Ago benannten Ago-Gruppe, ist auch Österreich Mitglied. Diese Monitoring-Gruppe besuchte die beiden Länder und erörterte die Umsetzung der Aufnahmeverpflichtungen mit führenden VertreterInnen des Staates, ParlamentarierInnen sowie VertreterInnen von Medien und NGOs. Die Erfüllung der Aufnahmeverpflichtungen durch Georgien wird vom Ministerkomitee ebenfalls überwacht. Das Sekretariat verfasst darüber hinaus vierteljährlich Berichte an das Ministerkomitee zu Bosnien und Herzegowina und Serbien sowie halbjährlich Berichte zu Montenegro an das Ministerkomitee.

Im Rahmen der so genannten **Bestandsaufnahmen** wird auch Moldau de facto einem Monitoring unterzogen. Darüber hinaus berichten die Büros des Sondervertreters des Generalsekretärs des Europarats und andere Büros außerhalb von Strassburg, in Baku, Belgrad, Chişinău, Jerewan, Podgorica, Pristina, Sarajewo und Tbilisi sowie Skopje und Tirana beinahe monatlich über die Entwicklungen in den betroffenen Staaten.

5. Hilfsprogramme

Der Europarat ist bestrebt, seine Schwerpunkte im Rahmen von Hilfsprogrammen umzusetzen. Diese konzentrieren sich auf die Förderung politischer, gesetzgeberischer und verfassungsrechtlicher Reformen in folgenden Bereichen: Menschenrechte; Verwirklichung einer pluralistischen Demokratie und des Rechtsstaates; Förderung des Bewusstseins um die gemeinsame kulturelle Identität in ihrer ganzen Vielfalt; Stärkung der Bürgergesellschaft; Förderung der Bildung und der Jugend; Suche nach Lösungen für Probleme Europas wie Diskriminierung von Minderheiten, Fremdenhass, Intoleranz, Umweltverschmutzung, menschliches Klonen, HIV/AIDS, Drogen und organisiertes Verbrechen, Terrorismus sowie Konsolidierung der demokratischen Stabilität in Europa. Die Hilfsprogramme zur Verwirklichung dieser Aufgaben konzentrierten sich geographisch auf Südosteuropa, den Kaukasus und auf Russland. Insgesamt wurden im Bereich dieser programmatischen Aktivitäten rund 12 Millionen Euro für Hilfsaktivitäten und Programme zur Zusammenarbeit mit 24 Mitgliedstaaten und anderen Staaten, etwa Belarus, bereitgestellt. Mehr als 3,5 Millionen Euro flossen in multilaterale Aktivitäten. Die Spannweite der Hilfsprogramme zeigt sich in der Vielfalt der vom Europarat unterstützten Projekte: In den Kernbereichen Schutz der Menschenrechte und Förderung der Demokratie umfassen diese neben Justiz- und Verwaltungsreform auch den Ausbau des interkulturellen

Dialogs, die Unterstützung von Roma und Sinti sowie die Förderung des sozialen Zusammenhalts. Die konkreten Maßnahmen bestanden vorwiegend in der Bereitstellung von ExpertInnen und der Durchführung von Ausbildungsprogrammen. Darüber hinaus stellten die Programme auch die Mittel für die Informationsbüros des Europarats sowie Büros vor Ort zur Verfügung. Im Rahmen der Gemeinsamen Programme mit der Europäischen Kommission führte der Europarat in Russland und im südlichen Kaukasus (Armenien, Aserbaidshan und Georgien) Hilfsprogramme in den Bereichen Schutz der Menschenrechte, Stärkung des Rechtsstaats und Demokratisierung durch.

6. Die Organe des Europarats

6.1. Das Ministerkomitee

Das Ministerkomitee ist das Entscheidungsorgan des Europarats und setzt sich aus den AußenministerInnen der 46 Mitgliedstaaten bzw. ihren StellvertreterInnen (Ministerdelegierte) zusammen. Sein Vorsitz wechselt halbjährlich. Seit der Reform 2004 tagt das Ministerkomitee nur mehr einmal jährlich auf Ministerebene. Die 116. Tagung wurde unter dem Vorsitz des Außenministers von Rumänien, Mihai-Razvan Ungureanu, in Strassburg am 19. Mai abgehalten. Österreich war durch Staatssekretär Hans Winkler vertreten. Hauptthemen waren die Konsolidierung des europäischen Menschenrechtsschutzsystems, die Beziehungen zwischen Europarat und EU sowie die Umsetzung der Warschauer Gipfelbeschlüsse, insbesondere das Europarats-Forum für die Zukunft der Demokratie, der interkulturelle Dialog sowie die institutionelle Reform des Europarats. Die Ministerdelegierten treten im Regelfall viermal im Monat zu Sitzungen zusammen. Diese Sitzungen werden in zahlreichen themenbezogenen Ausschüssen vorbereitet.

6.2. Die Parlamentarische Versammlung

Die Parlamentarische Versammlung besteht aus 630 Mitgliedern (315 Mitglieder und 315 StellvertreterInnen) der nationalen Parlamente, die sich in fünf Fraktionen zusammengeschlossen haben: Sozialistische Gruppe (SOC), Gruppe der Europäischen Volkspartei/Christdemokraten (EPP/CD), Gruppe der Liberalen, Demokraten und Reformer (LDR), Gruppe der Europäischen Demokraten (EDG) sowie Gruppe der Vereinigten Europäischen Linken (UEL). 26 Mitglieder sind fraktionslos. Österreich stellt sechs Mitglieder und sechs Ersatzmitglieder, die vom Nationalrat und Bundesrat entsandt werden (siehe Anhang VIII.6.). Die Mitglieder sind auch in „nationale Delegationen“ gegliedert. Die Österreichische Delegation wurde bis 29. Oktober vom Abgeordneten zum Nationalrat Michael Spindelegger, seit 20. Dezember von der Abgeordneten zum Nationalrat Gisela Wurm geleitet. Die Parlamentarische Versammlung tagt viermal jährlich als Plenum und perio-

disch in ihren Ausschüssen und Unterausschüssen. Die Parlamentarische Versammlung und ihr ständiger Ausschuss wenden sich in Entschließungen, Empfehlungen, Meinungen und Richtlinien an das Ministerkomitee, an nationale Regierungen, Parlamente oder politische Parteien. Die Parlamentarische Versammlung nimmt auch Monitoring-Aufgaben wahr, wie die Wahlbeobachtung in Mitglieds- oder Kandidatenstaaten des Europarats sowie das Monitoring der Entwicklung der einzelnen Länder hinsichtlich der Einhaltung ihrer beim Beitritt zum Europarat eingegangenen Verpflichtungen.

6.3. Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas

Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas wurde 1957 als Ständige Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas gegründet und konstituierte sich 1994 als beratendes Organ des Europarats. Er besteht aus einer Kammer der Gemeinden und einer Kammer der Regionen. Die 315 Mitglieder tagen einmal jährlich in Strassburg im Rahmen einer Plenarsitzung. Der Kongress formuliert wichtige Empfehlungen an das Ministerkomitee im Bereich der Städte- und Gemeindedemokratie, des Umweltschutzes, Katastrophenschutzes und der sozialen Kohäsion. Diese werden in Österreich auf Ebene des Städte- und Gemeindebunds, der Verbindungsstelle der Bundesländer sowie der Fachministerien weiterverfolgt. Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas erfüllt vor allem beim Monitoring der Gemeinde- und Regionaldemokratie eine bedeutende Aufgabe. Sein Monitoring überwacht auch die Erfüllung der von den Mitgliedstaaten eingegangenen Verpflichtungen. Für Südosteuropa bietet der Kongress Projekte im Rahmen des Stabilitätspakts (Entwicklung und Stärkung der Demokratie auf lokaler Ebene) sowie für die südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers Programme zum Ausbau der Gemeinde- und Regionaldemokratie an.

6.4. Der Generalsekretär

Der Generalsekretär wird von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats auf Empfehlung des Ministerkomitees für fünf Jahre gewählt. Seine Aufgabe ist das Erreichen der bei der Gründung des Europarats am 5. Mai 1949 in London festgelegten Ziele. Hauptziel ist die Schaffung einer größeren Einheit unter den Mitgliedstaaten, um die ihr gemeinsames Erbe darstellenden Ideale und Prinzipien zu schützen und zu verwirklichen sowie den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu fördern. Der Generalsekretär stellt die strategischen Weichen für das Arbeitsprogramm und für den Haushalt der Organisation. Er trägt darüber hinaus die Verantwortung für das Sekretariat des Europarats, das aus 16 Organisationseinheiten mit rund 2.200 Bediensteten besteht. Der Brite Terry Davis ist seit September 2004 Generalsekretär des Europarats.

7. Europarat und Österreich

Österreich zeigt großes Engagement im Europarat und stellte bereits drei Generalsekretäre, zwei Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung sowie einen Präsidenten des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas. Besonders aktiv ist Österreich in der Verteidigung des Individualbeschwerderechts beim EGMR, im Bereich der „eDemocracy“, bei der Unterstützung der sozialen Dimension Europas sowie der Weiterführung des Forums für die Zukunft der Demokratie. Insgesamt sind rund zwanzig ÖsterreicherInnen im Europarat beschäftigt, davon in höheren Positionen die Leiterin des Verbindungsbüros des Europarats bei der EU in Brüssel, der Leiter einer Abteilung der Venedig-Kommission, die Leiter zweier Abteilungen des EGMR sowie ein Referatsleiter im Sekretariat der Anti-Folter-Konvention.

Das beim Warschauer Gipfeltreffen zur Unterzeichnung aufgelegte Europarats-Übereinkommen zur Bekämpfung des Menschenhandels wurde von Österreich am 12. Oktober ratifiziert.

Die Ständige Vertretung Österreichs beim Europarat wirkte aktiv am Zustandekommen des Memorandum of Understanding zwischen EU und Europarat mit, besonders in der Ago-Gruppe und der Venedig Kommission, und achtete auf die Berücksichtigung der EU-Grundrechteagentur in den Dokumenten des Europarats.

IV. Zentraleuropäische Initiative

Vorrangiges Ziel der Zentraleuropäischen Initiative (**ZEI**) unter der Führung des österreichischen Generaldirektors Botschafter Harald Kreid ist die Sicherstellung der Beteiligung ihrer mittel-, ost- und südosteuropäischen Mitgliedstaaten am europäischen Integrationsprozess, die Förderung der regionalen Stabilität und Entwicklung sowie die Verhinderung neuer Trennlinien in Europa. Mit dem Beitritt Montenegros am 1. August gehören 18 europäische Staaten mit insgesamt rund 320 Millionen EinwohnerInnen der ZEI an. Die ZEI besteht mit dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens am 1. Jänner 2007 je zur Hälfte aus EU-Mitgliedstaaten und Staaten, die nicht der EU angehören. Dieses Verhältnis verdeutlicht die besondere Bedeutung der ZEI als Forum für den Wissensaustausch über die EU-Grenzen hinweg.

Zentrales Ereignis war das Gipfeltreffen der ZEI-Regierungschefs unter albanischem Vorsitz in Tirana am 23. und 24. November. Die Schlusserklärung würdigt die Fortschritte im europäischen Integrationsprozess, welcher in den Beitrittsverträgen, den Beitrittsverhandlungen, der Verleihung des Kandidatenstatus, der Weiterführung des SAP und der Umsetzung bilateraler Aktionspläne der EU zum Ausdruck kommt. Ebenso unterstrichen die Regierungschefs die Bedeutung der Unterstützung der nicht der EU angehö-

renden ZEI-Mitgliedstaaten bei der Erreichung der Standards und Werte der EU und würdigten die Rolle des „CEI Know-How Exchange Programme“ (Programm der ZEI für den Wissensaustausch).

Darüber hinaus wurde in Tirana der neue Aktionsplan 2007-2009 zur Konsolidierung und Konzentration der ZEI-Aktivitäten im Hinblick auf die sich rasch verändernden geopolitischen Umstände beschlossen. Österreich unterstützt diese Zielsetzung und befürwortet zur Vermeidung von Duplizierung und Nutzung von Synergien eine engere Kooperation mit anderen regionalen Organisationen.

V. Nachbarschaftspolitik

1. Regionale Partnerschaft

Das Konzept der Regionalen Partnerschaft mit den benachbarten EU-Mitgliedstaaten Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn sowie mit dem „kulturellen Nachbarn“ Polen, in der Österreich im Juli den informellen Vorsitz übernahm, ist eine logische Konsequenz der engen Kooperation in Mitteleuropa. Vor der EU-Erweiterung diente die Regionale Partnerschaft dem Abbau von Reibungsflächen und der Unterstützung der Partnerländer bei den Beitrittsvorbereitungen sowie als Rahmen für Konsultationen zum EU-Verfassungskonvent und zum Lissabon-Prozess. Seit der Erweiterung trägt die Regionale Partnerschaft zur Definition gemeinsamer Anliegen und zu deren Wahrung im Rahmen der EU bei. Sie ist damit eines jener Netzwerke geworden, die insgesamt die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten der EU tragfähiger machen und einen erkennbaren Mehrwert für die Partner wie auch für die benachbarten Regionen in Südost- und Osteuropa erzielen.

Nach den Initiativen zur Zukunft des Kosovo sowie zur Ausgestaltung des EU-Aktionsplans für die Ukraine 2004 war mit der Einrichtung des Budapester Prozesses bei der Westbalkan-Konferenz der Regionalen Partnerschaft in Budapest im Herbst 2005 ein dauerhafter und konkreter Beitrag zur Unterstützung der Integrationsarbeit der Länder des Westlichen Balkans erbracht worden. Neben der Fortsetzung der Arbeit in den sechs Arbeitsgruppen des Budapester Prozesses wurde bei dem unter österreichischem Vorsitz durchgeführten siebenten Außenministertreffen in Wien am 14. September eine besondere Hilfestellung für Serbien auf dessen Weg nach Europa und eine verstärkte konsularische Zusammenarbeit der Vertretungsbehörden der Partnerstaaten beschlossen. Letztere beruht sowohl auf Erfahrungen mit der verstärkten Vernetzung nationaler und europäischer Maßnahmen bei der Bewältigung von Katastrophen und Krisenfällen als auch auf dem Anliegen, im Hinblick auf die bevorstehende Zugehörigkeit aller regionalen Partner zum Schengener Raum das europäische Fremden-

recht und die biometrische Datenerfassung in gemeinsamen Strukturen sparsam und zweckmäßig umzusetzen.

Die Kooperation der Fachressorts wurde in Wien im März mit einem Treffen der BildungsministerInnen der regionalen Partner und jener der Länder des Westlichen Balkans sowie im Juli mit dem „Forum Salzburg“ fortgesetzt, in dem die durch Bulgarien und Rumänien erweiterte Gruppe der InnenministerInnen der Region in einer Sicherheitspartnerschaft zusammenarbeitet.

Die AußenministerInnen der Partnerstaaten treffen sich etwa alle sechs Monate im jeweiligen Vorsitzland und unregelmäßig am Rande des Rats Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen in Brüssel. Die Regionale Partnerschaft wird in pragmatischer Verfolgung ihrer Ziele auch weiterhin anlass- und themenspezifisch die Zusammenarbeit mit der verwandten Visegrád-Gruppe suchen. Ihre strukturelle Besonderheit bleibt dabei der Verzicht auf institutionelle und bürokratische Strukturen.

2. Schweiz, Liechtenstein

2.1. Schweiz

Die **bilateralen Beziehungen** mit dem Nachbarland sind durch ein engmaschiges Vertragswerk und einen traditionell regen Besuchs- und Austausch auf allen Ebenen gekennzeichnet. Mit einem Gesamthandelsvolumen von rund 8 Milliarden Euro ist die Schweiz zudem einer der wichtigsten Handelspartner Österreichs. Im Hinblick auf die gemeinsame Ausrichtung der Fußball-Europameisterschaft 2008 durch Österreich und die Schweiz fanden intensive Vorbereitungen statt (siehe auch Kapitel K.V.).

In der **Europapolitik** konnte unter österreichischer EU-Ratspräsidentschaft eine Vereinbarung über den finanziellen Unterstützungsbeitrag der Schweiz an die neuen EU-Mitgliedstaaten unterzeichnet werden, die am 26. November durch die Annahme des Osthilfegesetzes in einem Referendum vom Schweizer Volk bestätigt wurde. Drei weitere Abkommen des Pakets der „Bilateralen II“ (bilaterale Verträge zwischen der Schweiz und der EU) – Statistik, Umwelt und MEDIA – wurden von beiden Partnern ratifiziert.

Der Bundesrat nahm den **Europabericht 2006** über die Ausrichtung der Schweizerischen Europapolitik am 28. Juni an. Dabei wurde der Erfolg des bisherigen bilateralen Wegs hervorgehoben. Die bestehenden bilateralen Abkommen mit der EU sollen effizient umgesetzt und angewendet sowie neue Abkommen in weiteren Interessenbereichen abgeschlossen werden, wenn dies sinnvoll und machbar erscheint. Die Schweiz definiert ihre Beziehungen zur EU ausgehend von ihren ideellen und materiellen Interessen. Bei bilateralen Abkommen mit der EU wird darauf geachtet, Unabhängigkeit, Entscheidungsfreiheit und institutionelle Besonderheiten wie Föderalismus und direkte Demokratie zu bewahren. Ein Beitritt zur EU wurde als

eine längerfristige Option bezeichnet. Nächste Ziele sind ein Stromabkommen, eine Ausdehnung des Landwirtschaftsabkommens sowie eine Teilnahme an mehreren EU-Vorhaben wie GALILEO und Gesundheitsbehörde.

Die **Schweizer Außenpolitik** verfolgt friedens- und neutralitätsorientierte Zielsetzungen. Ein besonderer Schwerpunkt war der Westliche Balkan, wo sich die Schweiz bei der Mitfinanzierung von Stabilitätsprogrammen engagierte. Im Kosovo war die Schweiz weiterhin mit einer Kompanie im Rahmen des österreichischen Bataillons AUCON beteiligt. Die Schweiz engagierte sich des Weiteren mit Vermittlungstätigkeiten im Nahen Osten, in Kolumbien, im Sudan und in Sri Lanka. Bundespräsident Moritz Leuenberger wählte Afrika als einen außenpolitischen Schwerpunkt. Im Bereich der Außenwirtschaftsbeziehungen fanden exploratorische Gespräche und Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit Drittstaaten statt, unter anderem mit Japan. Ein Freihandelsabkommen mit der Südafrikanischen Zollunion (SACU) wurde unterzeichnet, jenes mit der Republik Korea in Kraft gesetzt.

2.2. Liechtenstein

Österreich und Liechtenstein haben, nicht zuletzt geprägt durch die jahrhundert-alte Verbundenheit des Fürstenhauses mit Österreich, enge und ausgezeichnete Beziehungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Zwischen beiden Ländern findet ein regelmäßiger Besuchsaustausch statt. Darüber hinaus pendeln täglich mehr als 6.000 Personen aus Österreich nach Liechtenstein, mehr als 2.000 ÖsterreicherInnen leben im Fürstentum.

Als Mitglied der VN, des Europarats, der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) und des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) sowie der WTO orientiert Liechtenstein seine **Außenpolitik** an den Zielen der Wahrung seiner Souveränität, eines möglichst freien Zugangs zu den europäischen und außereuropäischen Märkten sowie der Pflege der Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten. Außenpolitischer Höhepunkt war die unter österreichischem EU-Ratsvorsitz am 21. Juni erfolgte Paraphierung des Protokolls zum Abkommen zwischen der EG/EU und der Schweiz über die Schengen-Assoziierung von Liechtenstein sowie der Protokolle zur Übernahme des Abkommens von Dublin. Die Inkraftsetzung der Protokolle soll für die Schweiz und Liechtenstein gleichzeitig im Jahr 2008 erfolgen. Über die Erhöhung der Kohäsionszahlungen zugunsten der 2007 der EU neu beitretenden Staaten Bulgarien und Rumänien durch die EFTA/EWR-Staaten Island, Liechtenstein und Norwegen konnte hingegen noch keine Einigung erzielt werden.

Innenpolitisch stand Liechtenstein im Zeichen der Feierlichkeiten aus Anlass des 200-Jahr-Jubiläums der liechtensteinischen Souveränität. Am offiziellen Festakt in Vaduz am 12. Juli nahmen die Staatsoberhäupter der

Nachbarstaaten Liechtensteins, unter ihnen Bundespräsident Heinz Fischer, sowie hochrangige Vertreter Deutschlands, Frankreichs und Russlands teil.

3. Südtirol

Am 9. und 10. April fanden in Italien **Parlamentswahlen** statt. Trotz Stimmenverlusten konnte die Südtiroler Volkspartei (SVP) ihre sechs Mandate halten und kam auf 182.703 Stimmen. Insgesamt erhielt die SVP 53,5% der Wählerstimmen, das sind zwar um rund 8% weniger als vor fünf Jahren, jedoch etwa gleich viel wie bei den Landtagswahlen 2003. Stimmen gingen einerseits an die Freiheitlichen, andererseits an Grüne sowie an Forza Italia, welche die Alleanza Nazionale in Südtirol überholte. Die SVP ist in der Kammer durch Giacomo Bezzi, Siegfried Brugger, Karl Zeller und Hans Widmann, im Senat durch Helga Thaler Ausserhofer, Oskar Peterlini und Manfred Pinzger vertreten. Im Senat können die drei SenatorInnen aufgrund der knappen Mehrheit der italienischen Regierung stimmentscheidend sein.

Am 5. September fand im Bozener Landtag ein Festakt anlässlich des **60. Jahrestags der Unterzeichnung des Pariser Vertrags** (Gruber-Degasperi-Abkommen) statt, dem Grundstein der Südtirolautonomie. Geladen waren der frühere italienische Ministerpräsident Giulio Andreotti, der 1946 Sekretär des damaligen italienischen Außenministers Alcide DeGasperi war, sowie der ehemalige österreichische Staatssekretär und Botschafter Ludwig Steiner.

Am 21. September nahm der österreichische Nationalrat mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, FPÖ und BZÖ einen Entschließungsantrag für die Aufnahme der **Schutzfunktion Österreichs für Südtirol** in die geplante neue Verfassung an: „Der Nationalrat unterstützt bei einer Verfassungsreform die Aufnahme einer Bestimmung in die österreichische Bundesverfassung, welche die Schutzfunktion für die österreichische Volksgruppe in Südtirol verankert. Die Beachtung der Schutzfunktion anderer Staaten für ihre in Österreich lebenden Volksgruppen (Art 8 Abs 2 B-VG) soll gleichermaßen in die Verfassung aufgenommen werden. Die Bundesregierung wird ersucht, in diesem Sinne vorzugehen.“ Diese Initiative war von einer Petition der Tiroler und Südtiroler Schützen ausgegangen, die von fast allen Südtiroler sowie auch von einigen Nord- und Osttiroler BürgermeisterInnen unterschrieben und dem Präsidenten des Nationalrates, Andreas Khol, im Jänner überreicht worden war.

Am 16. November 2005 war im italienischen Parlament der Entwurf einer **Verfassungsreform** beschlossen worden, deren mögliche negative Auswirkungen auf die Autonomieentwicklung Südtirols durch intensive parlamentarische Verhandlungen der Südtiroler VertreterInnen im Parlament mit Mitgliedern der damaligen Mitte-Rechts-Mehrheit im Wesentlichen hatten ausgeräumt werden können. Am 25. und 26. Juni fand über diesen

Entwurf einer Verfassungsreform ein Referendum statt, in dem dieser von der Bevölkerungsmehrheit abgelehnt wurde. In Südtirol stimmten 76,4% dagegen, in Gesamtitalien 61,4%.

4. Nukleare Sicherheit

Der Schutz der Bevölkerung und der Umwelt und damit die notwendige Sicherheit insbesondere grenznaher Kernkraftwerke haben für die Bundesregierung höchste Priorität. Auch wurden die Bemühungen um einen EU-weiten Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie fortgesetzt.

Österreich anerkennt die beim **Kernkraftwerk Temelín** erreichten Fortschritte, wie dies auch im Abschlussbericht des Umweltbundesamtes zur „Road Map“, der „Vereinbarung von Brüssel“ mit Tschechien bezüglich des Kernkraftwerks Temelín, festgehalten ist. Der Bericht wies jedoch auch auf eine Reihe noch offener Fragen betreffend die nukleare Sicherheit hin. Die Fortführung des Sicherheitsdialogs ist daher unverzichtbar.

Die **Expertentreffen** im Rahmen der Nuklearinformationsabkommen mit den Nachbarstaaten zum Zweck eines rechtzeitigen Austauschs von Informationen und Erfahrungen betreffend die Sicherheit kerntechnischer Anlagen, Strahlenschutz sowie allfällige grenzüberschreitende Folgen radiologischer Gefahren und deren Auswirkungen wurden plangemäß abgehalten.

Darüber hinaus unternahm die Bundesregierung alle Anstrengungen, Österreichs Interessen in nuklearpolitisch relevanten Verfahren in Nachbarstaaten wie der Schweiz, der Slowakei und Ungarn bestmöglich zu vertreten bzw. interessierten BürgerInnen die Vertretung ihrer Interessen zu ermöglichen. Auch wenn Österreich im ersten Halbjahr seiner Rolle als EU-Ratspräsidentschaft verpflichtet war, wurde die kritische Haltung zur Nutzung von Kernenergie als Energiequelle weiter vertreten. Anlässlich des 20. Jahrestags der Katastrophe von Tschernobyl wurde beispielsweise bei der internationalen Gedenkkonferenz in Kiew am 26. April hervorgehoben, dass es sich beim Reaktorunfall vor 20 Jahren nicht um eine unabwendbare Naturkatastrophe, sondern um eine von Menschen herbeigeführte Katastrophe handelte.

Bulgarien und die Slowakei kamen den **Schließungsverpflichtungen** gemäß EU-Beitrittsvertrag nach: Die Reaktoren Bohunice V-1-Block 1 sowie Kosloduj 3 und 4 wurden am 31. Dezember abgeschaltet.

Österreich ist international um die Förderung nichtnuklearer Energieoptionen bemüht und zeigt mit „**Energiepartnerschaften**“ Alternativen zur Kernenergienutzung auf. Trotz mancher Rückschläge und Verzögerungen konnten konkrete Projekte mit Bulgarien, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und der Ukraine weiterentwickelt bzw. umgesetzt werden.

5. Alpenkonvention

Im Februar, April und Juni fanden Tagungen des Überprüfungsausschusses der Alpenkonvention unter österreichischem Vorsitz statt. Die Treffen dienten einer erstmaligen Überprüfung der Einhaltung der Verpflichtungen der Vertragsparteien aus dem Übereinkommen und seinen Durchführungsprotokollen. Das Treffen des Ständigen Ausschusses in Alpbach am 7. und 8. November verabschiedete einen Zwischenbericht des Überprüfungsausschusses, der die Basis für seine weitere Arbeit darstellt. Der Zwischenbericht wurde der 9. Alpenkonferenz in Alpbach am 9. November zur Kenntnis gebracht, die den Ausschuss mit der Fortführung der Arbeiten beauftragte. Mit der 9. Alpenkonferenz, die unter anderem die **Erklärung von Alpbach** verabschiedete, ging die zweijährige Vorsitzperiode Österreichs in der Alpenkonvention zu Ende. Der neue Vorsitz bis zur 10. Alpenkonferenz 2009 ist Frankreich.

Während der österreichischen Präsidentschaft wurden von der EU das Bodenschutzprotokoll, das Tourismusprotokoll sowie das Energieprotokoll unterzeichnet und die Inkraftsetzung des Protokolls über die Berglandwirtschaft vorbereitet. Ferner wurde von der österreichischen Präsidentschaft intensiv der Beitritt der EU zum besonders wichtigen Verkehrsprotokoll betrieben, sodass es von dieser schließlich am 12. Dezember unterzeichnet wurde. Damit verpflichtete sich die Gemeinschaft, Maßnahmen für einen nachhaltigeren Verkehr im Alpenraum, wie den Verzicht auf den Bau neuer hochrangiger Straßen durch die Alpen, die Reduktion von Schadstoffen und mehr Kostenwahrheit nach dem Verursacherprinzip, zu treffen.

6. Zusammenarbeit im Donauraum

6.1. Donaoraumkooperation

Die Donaoraumkooperation (**Danube Co-operation Process**) wurde in Wien am 27. Mai 2002 auf Ebene der AußenministerInnen durch die 13 Staaten des Donaubeckens, die Europäische Kommission und den Stabilitätspakt für Südosteuropa gegründet. Ziel der Initiative ist es, dem Donauraum ein umfassendes politisches Forum zu geben, um die Zusammenarbeit in der Region zu verstärken, eine Ausrichtung der vielfältigen regionalen Aktivitäten und Organisationen auf regionale Schwerpunkte zu erreichen und einen Beitrag zur wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung dieser in vielfacher Hinsicht sehr heterogenen Region zu leisten. Bei der zweiten Ministertagung in Bukarest im Juli 2004 wurden die weiteren gemeinsamen Ziele im Rahmen der sechs Dimensionen Umwelt, Wirtschaft, Verkehr/Schifffahrt, Tourismus, Kultur und regionale Zusammenarbeit in einem substanziellen Schlussdokument festgeschrieben.

Nach einem vorbereitenden Treffen der Initiatoren der Donaoraumkooperation unter dem Vorsitz des Sonderkoordinators des Stabilitätspakts für

Südosteuropa, Erhard Busek, in Wien im Juli endeten die Vorbereitungen für die in Belgrad im Herbst vorgesehene dritte Ministerkonferenz in einer Tagung Hoher Beamter in Bukarest im September. Kurz darauf sah sich die serbische Seite aus innenpolitischen Gründen zur Verschiebung der Ministerkonferenz auf das Frühjahr 2007 veranlasst.

Mit dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens am 1. Jänner 2007 wird der Donauroaum weiter zusammenwachsen und dessen Bedeutung als Mitteleuropa mit der Schwarzmeerregion verbindendes Element zunehmen. Vor diesem Hintergrund leistet die von Österreich angestrebte Intensivierung der politischen Zusammenarbeit im Rahmen der Donauroaumkooperation auch einen Beitrag zum Wiedererstehen einer Kultur-, Umwelt- und Wirtschaftsregion.

6.2. Donauschifffahrt

Griechenland, Montenegro und Zypern erhielten Beobachterstatus in der **Donaukommission**. Im Juli wurde in Budapest unter Teilnahme von Staatssekretär Hans Winkler feierlich an die mit dem Vertrag von Paris 1856 völkerrechtlich verankerte freie Schifffahrt auf der Donau und die damit verbundene Gründung der ersten internationalen Kommission für die Donauschifffahrt mit Sitz in Galatz (Rumänien) erinnert. Die Frühjahrstagung der Donaukommission wurde daher zum Teil in Bukarest abgehalten. Die jahrelange Unterbrechung der Schifffahrt auf der Donau bis Oktober 2005 hatte dieser in den Leitlinien der EU für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-Leitlinien) als vorrangige Verkehrsachse ausgewiesenen Wasserstraße als Transportweg nachhaltig geschadet.

Mit dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens wird die Mehrheit in der Donaukommission aus EU-Mitgliedstaaten bestehen. Angesichts dieser geänderten wirtschafts- und integrationspolitischen Rahmenbedingungen an der Donau sollen mit der **Erneuerung der Donaukommission** in Richtung einer modernen internationalen Organisation auch die Voraussetzungen für einen konkurrenzfähigen Verkehrsträger in einem gesamteuropäischen Netz von Binnenwasserstraßen geschaffen werden. Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft setzte sich zur Erreichung dieses Ziels in der EU für eine Revision des der Donaukommission zu Grunde liegenden Belgrader Übereinkommens ein und konnte die Voraussetzungen für die Unterzeichnung eines Änderungsprotokolls im Rahmen einer diplomatischen Konferenz in Belgrad schaffen.

6.3. Donauschutzübereinkommen

Das Übereinkommen über die Zusammenarbeit zum Schutz und zur verträglichen Nutzung der Donau (Donauschutzübereinkommen) regelt seit seinem Inkrafttreten 1998 die grenzüberschreitende wasserwirtschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gewässerschutzes und der Wassernut-

zung im Einzugsgebiet der Donau. Zur Umsetzung des Übereinkommens wurde die **Internationale Kommission zum Schutz der Donau (IKSD)** mit Ständigem Sekretariat in Wien gegründet.

Die neunte ordentliche Tagung der IKSD fand im Vienna International Centre (VIC) in Wien am 11. und 12. Dezember statt. Die Kommission verabschiedete verschiedene Vorlagen, die weitere Schritte zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie im gesamten Donau-Einzugsgebiet enthalten, und genehmigte Anpassungen der gemeinsamen Gewässerüberwachung. Darüber hinaus wurden die Vertragsstaaten aufgefordert, die Arbeiten an nationalen Hochwasserschutz-Aktionsplänen zügig voranzutreiben.

Zur Stärkung der Bewusstseinsbildung und des Gemeinschaftsgefühls aller Donauanrainer wurde am 29. Juni ein „Tag der Donau“ mit zahlreichen Aktivitäten in verschiedenen Staaten abgehalten.

C. Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik

I. Allgemeine Rechts- und Konsularfragen

Zu den wichtigsten Aufgaben des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten zählen Serviceleistungen für AuslandsösterreicherInnen sowie für jene MitbürgerInnen, die sich aus privaten oder beruflichen Gründen im Ausland aufhalten und in eine Notlage geraten. Dies gilt nicht nur für die konsularische Betreuung im Einzelfall, sondern umfasst auch Maßnahmen zum Schutz von ÖsterreicherInnen in Krisen- und Katastrophenfällen. Die Hilfeleistung erfolgt in der Regel durch die österreichischen Vertretungsbehörden vor Ort, wobei erforderlichenfalls die zuständigen Behörden des jeweiligen Landes eingeschaltet werden. Gibt es in einem Staat keine österreichische Vertretungsbehörde, wird in dringenden Notfällen die lokale Vertretung eines EU-Mitgliedstaats eingeschaltet (EU-Konsularzusammenarbeit und Verpflichtung zu gegenseitiger Hilfeleistung an EU-BürgerInnen gemäß Art 20 EGV).

1. Bürgerservice

Das Bürgerservice des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten bietet in Zusammenarbeit mit den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland konsularische Hilfestellung bei Notlagen österreichischer StaatsbürgerInnen im Ausland. Unter der Telefonnummer 0 50 11 50-4411 stehen rund um die Uhr MitarbeiterInnen des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten für konsularische Notfälle, Anfragen zu Reiseinformationen und allgemeine Auskünfte betreffend Visaerteilung, Dokumentenbeschaffung aus dem Ausland, Beglaubigungen, Behördenwege etc. bereit. In Spitzenzeiten waren bis zu 1.000 Anrufe pro Tag zu verzeichnen.

Die Zunahme von Auslandsreisen österreichischer StaatsbürgerInnen spiegelt sich auch in der Inanspruchnahme von konsularischer Unterstützung bei Krankheit, Unglücks- und Todesfällen im Ausland wieder (im Jahr 2006 in 2.680 Fällen). Dabei stieg auch die Zahl der Betreuungs- und Heimsendungsfälle von psychisch labilen oder geistig erkrankten österreichischen StaatsbürgerInnen. Insgesamt standen Budgetmittel von 211.000 Euro zur Unterstützung von österreichischen StaatsbürgerInnen in Notsituationen im Ausland zur Verfügung.

Der allgemeine Bekanntheitsgrad der Reisehinweise auf der Webseite des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten www.aussenministerium.at, die Auslandsreisenden als objektives Informationsmedium dient, stieg aufgrund von Terroranschlägen und Naturkatastrophen. Durchschnittlich waren pro Monat über 500.000 Zugriffe zu verzeichnen. In Zusammenarbeit mit den österreichischen Vertretungsbehörden

den im Ausland und mit den EU-Partnern wird vor allem die Einschätzung der Sicherheitslage laufend aktualisiert.

Das Bürgerservice präsentierte bei der Wiener Ferienmesse vom 12.–15. Jänner dem interessierten Publikum die Reiseinformationen auf der Webseite des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten sowie die Möglichkeiten der Hilfestellung durch das Bürgerservice und die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland und verteilte die Broschüre „Tipps für Auslandsreisende“.

2. Krisenvorsorge und Krisenmanagement

2.1. Die nationale Dimension

Naturkatastrophen, Terroranschläge sowie Bürgerkriege verdeutlichten die zunehmende Bedeutung von Krisenvorsorgemaßnahmen des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten und der Vertretungsbehörden im Ausland. Zur weiteren Verbesserung der Krisenreaktionsfähigkeit wurden umfangreiche Schulungen konsularisch ausgebildeter MitarbeiterInnen für den Einsatz in Kriseneinsatzteams durchgeführt und die technische Ausrüstung durch Aufbau mobil einsetzbarer Kriseneinsatzeinheiten verbessert.

Im Zuge des Libanonkrieg (Juli), den Terroranschlägen in Dahab (April) und der Türkei (August), bei den Waldbränden in Griechenland (August), sowie bei vielen anderen Krisen in der Welt konnte durch raschen und effizienten Einsatz von Kriseneinsatzteams vor Ort und über die Bürgerservice-Hotline bestmögliche Unterstützung für Betroffene geleistet werden.

Im November wurde im Irak ein österreichischer Staatsangehöriger entführt, der für eine in Kuwait ansässige Sicherheitsfirma tätig ist. Österreichischen Stellen arbeiten eng mit irakischen Behörden und den in Bagdad und Basra vertretenen Partnern zusammen. Das Kontaktnetz in der Region zur Befreiung des Österreicherers umfasst auch NGOs.

Die Intensivierung der Zusammenarbeit mit anderen Ressorts und Organisationen, wie dem Bundesministerium für Inneres, Bundesministerium für Landesverteidigung sowie dem Roten Kreuz und psychosozialen Einrichtungen, und die Entsendung gemeinsamer Einsatzteams im akuten Krisenfall erwiesen sich in sämtlichen Krisenfällen des Jahres als geeignete Strategie zur bestmöglichen Unterstützung betroffener StaatsbürgerInnen.

2.2. Die EU-Dimension

Aufbauend auf den nationalen Maßnahmen gab es in Krisenfällen eine verstärkte Kooperation der betroffenen EU-Mitgliedstaaten im Dienste der BürgerInnen der Union, die während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft besonders forciert wurde. Zwischen den Krisenzentren in den Hauptstädten, Vertretungsbehörden in den betroffenen Ländern sowie nati-

onalen Krisenteams vor Ort wurden laufend Informationen ausgetauscht und koordiniert, gemeinsame Informationsstellen an Flughäfen, in Flüchtlingszentren, Spitälern und Hotels errichtet, gemeinsame Suchteams zum Auffinden von EU-BürgerInnen gebildet, gemeinsame Evakuierungsmaßnahmen vorbereitet sowie Behörden des Gastlandes nach Abstimmung kontaktiert.

Die Kooperation zwischen österreichischen Ressorts und Botschaften sowie mit den Partnerstaaten der Union bewährte sich eindrucksvoll bei der Evakuierung von EU-BürgerInnen während des Libanonkriegs im Juli und August. Aufgrund der Sperre des Flughafens in Beirut mussten alle ausreisewilligen BürgerInnen über den Land- oder Seeweg evakuiert werden. Dabei kam es zu einer beispielhaften Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten durch gegenseitiges Zurverfügungstellen von Transportkapazitäten, sodass bereits in den ersten zehn Tagen der Krise mehr als 300 ÖsterreicherInnen aus dem gesamten Staatsgebiet des Libanon evakuiert werden konnten. Bis zum Beginn des Waffenstillstands am 14. August wurden während der gesamten Evakuierungsoperationen 328 AuslandsösterreicherInnen mit zwölf Landkonvois nach Syrien, 16 Schiffsübersetzungen nach Zypern sowie drei Flügen der Hercules-Maschine des österreichischen Bundesheeres und Sonderflügen anderer EU-Staaten in Sicherheit gebracht. Dabei evakuierte Österreich auch 143 BürgerInnen anderer EU-Staaten.

3. Hilfeleistung in Zivil- und Strafsachen

Hilfestellung in Rechtsangelegenheiten wurde in insgesamt 2.884 Fällen geleistet.

4. Neue Verträge

Der am 6. Juni 2004 in Heiligenbrunn unterzeichnete Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Republik Ungarn über die Zusammenarbeit bei der Vorbeugung und Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität trat am 1. Juni in Kraft.

Der am 14. Juli 2005 in Wien unterzeichnete Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik über die polizeiliche Zusammenarbeit und die zweite Ergänzung des Europäischen Übereinkommens vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen traten am 1. Juli in Kraft.

In Wien wurden am 5. Mai das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und dem Ministerrat von Bosnien und Herzegowina über die Übernahme von Personen mit illegalem Aufenthalt (Rückübernahmeabkommen) samt Protokoll zu dessen Durchführung sowie das Abkommen

zwischen dem Bundesministerium für Inneres der Republik Österreich und dem Sicherheitsministerium von Bosnien und Herzegowina über die polizeiliche Zusammenarbeit unterzeichnet.

Ebenfalls in Wien am 5. Mai wurde das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Mazedonien über die Übernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt samt Protokoll zu dessen Durchführung unterzeichnet.

Mit Frankreich wurden Verhandlungen über ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit geführt.

Mit Kroatien wurden zwei Verhandlungsrunden in Wien und Agram über einen Vertrag über die polizeiliche Zusammenarbeit abgehalten.

Mit Libyen wurde in Wien eine Verhandlungsrunde über ein Abkommen über die polizeiliche Zusammenarbeit durchgeführt.

II. Reise- und Grenzverkehr

1. Sichtvermerksangelegenheiten

Österreichische StaatsbürgerInnen können in 93 Staaten, unter anderem in alle Nachbarstaaten, nach Japan, Kanada, in die USA sowie in viele weitere Staaten in Afrika, Asien und Südamerika mit gewöhnlichen Reisepässen sichtvermerksfrei einreisen. Staatsangehörige von 137 Staaten benötigen für die Einreise nach Österreich einen Sichtvermerk.

Das am 13. April 2005 unterzeichnete Abkommen über die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht für Inhaber von Dienst- und Diplomatenpässen mit Serbien und Montenegro trat am 1. Jänner in Kraft.

Das Abkommen mit der Republik Slowenien über die wechselseitige Vertretung beider Staaten durch deren Vertretungsbehörden hinsichtlich der Erteilung von Visa für den Flughafentransit, zur Durchreise und zum kurzfristigen Aufenthalt wurde in Laibach am 28. Jänner unterzeichnet und trat am 1. April in Kraft. Mit der Umsetzung der Durchführungsvereinbarung wurde per 1. Juli an ausgewählten Dienstorten begonnen.

Das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Mazedonien über die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht für Inhaber von Dienst- und Diplomatenpässen wurde in Wien am 28. Dezember unterzeichnet.

Die Aufhebung der vorübergehenden Aussetzung des seit 1. September 1992 bestehenden Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Albanien über die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht für Inhaber von Diplomaten- und Dienstpässen wurde vom Ministerrat am 21. Dezember beschlossen. Demnach können mit Wirk-

samkeit vom 31. Dezember InhaberInnen von albanischen Dienst- und Diplomatenpässen wieder sichtvermerksfrei nach Österreich einreisen.

Mit der Schweiz wurden Möglichkeiten der Zusammenarbeit in Sichtvermerksangelegenheiten und anderen konsularischen Angelegenheiten sondiert.

Im Rahmen der Regionalen Partnerschaft wurde von ExpertInnen die Einrichtung gemeinsamer Visastellen geprüft.

Der Europäischen Kommission wurden Mandate zur Verhandlung eines kombinierten Abkommens mit den Staaten des Westlichen Balkans und Moldau zur Visaerleichterung und Rückübernahme von illegal eingereisten Personen erteilt.

Die österreichischen Vertretungsbehörden erteilten 396.230 Visa. Dies bedeutet einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 34.417 Visa bzw. 8%. Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf eine Aufhebung der Sichtvermerkspflicht für in der Schweiz lebende Drittstaatsangehörige mit Schweizer Aufenthaltsberechtigung zurückzuführen, welche rund 20% aller dortigen AntragstellerInnen ausmachten.

1.1. Visakommission

Am 18. Jänner präsentierte Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle anlässlich einer Pressekonferenz den von einer unabhängigen, weisungsfreien externen Kommission zur Untersuchung der Vorwürfe im Visabereich (Visakommission) unter Vorsitz von Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch erstellten Bericht. Die Arbeit der Kommission ergab keinen Hinweis auf ein kriminelles Netzwerk innerhalb des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten.

Die im Bericht enthaltenen Anregungen und Verbesserungsvorschläge wurden vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Inneres bereits durch zahlreiche Maßnahmen umgesetzt. Diese sollen ein in Zukunft noch missbrauchssichereres System und damit präventives Entgegenwirken auf Angriffe der organisierten Kriminalität sicherstellen.

Das mit der internen Revision beauftragte Generalinspektorat des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten wurde in Entsprechung der Empfehlung des Rechnungshofs Mitte des Jahres um ein zweites Team von PrüferInnen aufgestockt.

Durch intensivere und gezielte Schulungs- und Fortbildungsmaßnahmen wird in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Inneres die Sensibilität des Personals an den Vertretungsbehörden bei der Visavergabe weiter erhöht. Seit 2006 zählt auch eine spezielle Schulung zum Thema Korruptionsprävention durch ExpertInnen des Bundeskriminalamtes zum verpflichtenden Ausbildungsprogramm für MitarbeiterInnen des Bundes-

ministeriums für auswärtige Angelegenheiten vor einer Versetzung ins Ausland.

In Anweisungen an die Vertretungsbehörden wurden die Verwaltung und Organisation der Visastelle, die Aufbewahrung und Verbrauchskontrolle der Vignetten, die Bearbeitung des Sichtvermerksantrags und Abwicklung des Sichtvermerksverfahrens sowie die Aufsichts-, Kontroll- und Berichtspflichten der DienststellenleiterInnen umfangreich geregelt.

Die von der unabhängigen Visakommission ebenfalls vorgeschlagene Einrichtung gemeinsamer Visa-Aannahmestellen der Schengen-Staaten wird vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten in Verhandlungen auf EU-Ebene, insbesondere innerhalb der regionalen Partnerschaft, prioritär verfolgt.

2. Grenzverträge

Der Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Republik Ungarn vom 8. April 2002 über Änderungen und Ergänzungen des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik zur Sichtbarerhaltung der gemeinsamen Staatsgrenze und Regelung der damit im Zusammenhang stehenden Fragen vom 31. Oktober 1964 in der Fassung des Vertrages über Änderungen und Ergänzungen vom 29. April 1987 trat am 1. März in Kraft.

Die Ratifikationsurkunden zum Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik über den Grenzübertritt auf touristischen Wegen und über den Grenzübertritt in besonderen Fällen wurden in Prag am 7. April ausgetauscht. Der Vertrag trat am 7. Mai in Kraft. Die Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Tschechischen Republik über die Errichtung von festgelegten Stellen auf touristischen Wegen zur Durchführung des genannten Vertrages trat ebenfalls am 7. Mai in Kraft.

Die Ratifikationsurkunden zum Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Italienischen Republik über die Instandhaltung der Grenzzeichen sowie die Vermessung und Vermarkung der gemeinsamen Staatsgrenze samt nachfolgendem Notenwechsel wurden in Rom am 7. Juni ausgetauscht. Der Vertrag samt Schlussprotokoll, Notenwechsel und Anlagen trat am 1. September in Kraft.

Das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Slowenien über die Änderung des Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Slowenien über den Touristenverkehr im Grenzgebiet (INTERREG/PHARE-CBC-GRENZPANORAMAWEG) wurde in Laibach am 14. September unterzeichnet. Das Abkommen trat am 1. November in Kraft.

Mit Ungarn wurde das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Ungarn über den Grenzübergang auf grenzüberschreitenden touristischen Wegen an der gemeinsamen Staatsgrenze in St. Margarethen am 2. November unterzeichnet. Das Abkommen trat am 1. Dezember in Kraft.

III. Sozial-, Arbeits- und Gesundheitspolitik

Die Vorkehrungen im Fall einer durch Vogelgrippe ausgelösten Human-grippe-Pandemie standen während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik. Diese Bemühungen gipfelten in einer globalen Konferenz zu Vogelgrippe und Humanpandemievorsorge in Wien am 6. und 7. Juni, an der über 110 Delegationen teilnahmen.

Die Bundesregierung stellte im Zusammenhang mit der internationalen Bekämpfung der Vogelgrippe und zur Vermeidung des Ausbruchs einer Pandemie 1 Million Euro zum Aufbau von Laborkapazitäten samt Expertentraining im Südkaukasus zur Verfügung.

Die Abkommen über soziale Sicherheit mit Bulgarien und Rumänien traten am 1. April bzw. am 1. Dezember in Kraft.

IV. Die AuslandsösterreicherInnen

Die Betreuung und Unterstützung von AuslandsösterreicherInnen zählt zu den Kernaufgaben des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten. Die österreichischen Botschaften und (General-)Konsulate sind für AuslandsösterreicherInnen erste Anlauf- und Servicestelle für Pass-, Staatsbürgerschafts- und Wahlangelegenheiten, weitere Behördenkontakte und Informationen über Österreich, effektive Krisen(vorsorge)koordination sowie die Organisation und Vermittlung von Veranstaltungen mit Bezug zu Österreich. Neben den Vertretungsbehörden stellt auch die Webseite des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten www.AuslandsoesterreicherInnen.at ein wichtiges Bindeglied zu Österreich dar.

Da keine Verpflichtung besteht, einen dauernden Aufenthalt im Ausland amtlich registrieren zu lassen, sind Angaben über die Zahl der AuslandsösterreicherInnen oftmals Schätzungen. Bei den Vertretungsbehörden waren mehr als 450.000 ÖsterreicherInnen erfasst, davon 370.000 mit aktuellen Adressen. Die meisten AuslandsösterreicherInnen leben in Deutschland (230.000), der Schweiz (40.000), den USA (30.300), Südafrika (20.000), Australien und Großbritannien (je 15.000) sowie in Argentinien und Brasilien (je 11.000).

Die Zahl der „HerzensösterreicherInnen“ (Personen, die sich infolge ihrer früheren österreichischen Staatsbürgerschaft oder infolge ihrer Vorfahren

oder anderer Verwandter oder aus anderen Gründen Österreich besonders verbunden fühlen) kann überhaupt nur geschätzt werden und dürfte einige Hunderttausende umfassen.

1. Organisation der AuslandsösterreicherInnen

Die Beziehung der AuslandsösterreicherInnen zu Österreich wird vor allem in **AuslandsösterreicherInnen-Vereinen** und anderen Vereinigungen im Ausland gepflegt, von denen etwa 400 in mehr als 50 Ländern bestehen. Diese Vereinigungen sind unter www.AuslandsoesterreicherInnen.at abrufbar.

Der Auslandsösterreicher-Weltbund (**AÖWB**) mit Sitz in Wien ist Dachverband, Interessensvertretung und Serviceorganisation der im Ausland bestehenden ÖsterreicherInnen-Vereinigungen und AuslandsösterreicherInnen. Präsident ist seit 1. Juli 2004 Gustav Chlestil, als Generalsekretärin fungiert Irmgard Helperstorfer. Der AÖWB gibt das Magazin „ROT-WEISS-ROT“ heraus. Das vom AÖWB jährlich in Österreich veranstaltete Treffen der AuslandsösterreicherInnen fand in Klagenfurt unter Teilnahme von Bundesministerin Plassnik vom 7.–10. September statt. Der AÖWB erhielt direkte Subventionen des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten in der Höhe von 184.300 Euro.

Die **Burgenländische Gemeinschaft** ist der Dachverband aller BurgenländerInnen im Ausland und gibt die Zeitschrift „Die Burgenländische Gemeinschaft“ heraus. Präsident der Burgenländischen Gemeinschaft ist Walter Dujmovits.

2. Unterstützung österreichischer StaatsbürgerInnen im Ausland

Für die Betreuung in Not geratener AuslandsösterreicherInnen sorgt der 1967 gegründete **Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland**. Der vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und den Bundesländern subventionierte Fonds leistete finanzielle Zuwendungen von rund 610.000 Euro an 892 bedürftige ÖsterreicherInnen in 62 Ländern. Vorsitzender des von der Bundesregierung bestellten Kuratoriums des Fonds ist Botschafter i.R. Georg Hohenberg, als Geschäftsführer fungiert Stefan Bagyura.

Das dem Fonds zu Grunde liegende Bundesgesetz wurde als „**Bundesgesetz über den Auslandsösterreicher-Fonds (AÖF-G)**“ novelliert. Erstmals können auch ehemalige StaatsbürgerInnen finanziell unterstützt werden, die aus wichtigen und nachvollziehbaren Gründen die österreichische Staatsbürgerschaft aufgeben mussten und HerzensösterreicherInnen geblieben sind.

Im Rahmen der alljährlichen **Weihnachtsaktion** des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten wurden Geld- und Sachspenden an 618 bedürftige AuslandsösterreicherInnen in 59 Ländern in der Höhe von rund 67.000 Euro geleistet.

Im Ausland wohnhaften, betagten oder schwer erkrankten ÖsterreicherInnen, die nicht mehr instande sind für sich selbst zu sorgen, kann vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten eine **Rückkehr in ihre Heimat** samt Unterbringung in einer entsprechenden Einrichtung vermittelt werden. Mit 30 Personen aus zwanzig Ländern kamen diese Leistungen im Vergleich zum Vorjahr doppelt so vielen ÖsterreicherInnen zugute.

3. Die Teilnahme der AuslandsösterreicherInnen an der politischen Willensbildung in Österreich und der EU

Für die Nationalratswahl am 1. Oktober waren 52.637 AuslandsösterreicherInnen in Wählerevidenzen eingetragen, rund 19.000 Wahlkarten wurden an AuslandsösterreicherInnen versandt. Die Zahl der „InlandsösterreicherInnen“, die ihre Stimme im Ausland abgeben, nimmt laufend zu. Gegenüber der Nationalratswahl 2002 stieg die Zahl der erhaltenen Wahlkarten mit 75.384 um 14%. Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten übermittelte 283.000 persönliche Schreiben mit den für die Teilnahme an den Wahlen erforderlichen Formularen. 330 österreichische Vertretungsbehörden boten die Möglichkeit zur Bestätigung der Stimmabgabe und Weiterleitung der Wahlkarten nach Österreich.

Informationen über das Wahlrecht der AuslandsösterreicherInnen und der am Wahltag im Ausland befindlichen „InlandsösterreicherInnen“ sind unter www.wahlinfo-bmaa.at abrufbar.

4. eGovernment, eGovernance, eDemocracy, eVoting

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten fördert gemeinsam mit österreichischen WissenschaftlerInnen Anwendungen von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) im Bereich der Kommunikation und Bürgerbeteiligung an demokratischen Prozessen, einschließlich Wahlen. Dabei wurde mit der am 14. Jänner 2002 eingerichteten Webseite www.AuslandsoesterreicherInnen.at eine Vorreiterrolle eingenommen. Das vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten durchgeführte Pilotprojekt www.aoe-umfrage.at zur eDemocracy-Einbindung von AuslandsösterreicherInnen in Staatsbürgerschaftsfragen fand internationale Beachtung und zeigte eine breite Nutzung von IKT durch AuslandsösterreicherInnen. Am 13. und 14. Dezember fand im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten die Koordinationstagung 2006 des Komitees für eDemocracy des Europarats unter österreichischem Vorsitz statt.

D. Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

I. Einleitung

Armutsbekämpfung, Friedenssicherung und Umweltschutz sind die wichtigsten Ziele der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit (**OEZA**). Die OEZA stimmt Programme und Projekte gemeinsam mit den Partnern vor Ort ab, kulturelle und soziale Rahmenbedingungen werden systematisch berücksichtigt. Besonderes Augenmerk legt die OEZA auf die Gleichstellung von Frauen und Männern und die Einbindung von Frauen in Entscheidungsprozesse. Ferner berücksichtigt die OEZA besonders die Bedürfnisse von Kindern und Menschen mit Behinderung. Intensive Anstrengungen für mehr Qualität in der Zusammenarbeit, insbesondere stärkere Kohärenz und Harmonisierung, sind Zielsetzungen, die zu erhöhter Effizienz, Effektivität und Nachhaltigkeit beitragen.

1. Internationale Grundlagen

Die Staats- und Regierungschefs hatten in der Millenniums-Erklärung der VN vom September 2000 acht grundlegende Millenniums-Entwicklungsziele verabschiedet, um die weltweite Armut und ihre Folgen stärker und koordinierter als bisher zu bekämpfen. Menschliche Würde und Gleichberechtigung, Friede, Demokratie und ökologische Nachhaltigkeit rückten in den Mittelpunkt der internationalen Entwicklungspolitik. Diese Ziele steigerten weltweit das Bewusstsein für den dringend notwendigen Einsatz gegen die Armut und führten zu einer Intensivierung der Entwicklungszusammenarbeit. Innerhalb der EU wurde dies vor allem durch die EU-Ratsbeschlüsse zur Anhebung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit 2005 konkret sichtbar. Bei der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele handelt es sich um ambitionierte Vorgaben. Sie erfordert eine bessere Politikabstimmung, denn Fortschritte können nur im Rahmen einer kohärenten Entwicklungspolitik erzielt werden. Besonders gefordert sind aber auch die Regierungen der Partnerländer, welche die notwendigen Grundlagen zur Umsetzung dieser Politikziele schaffen müssen.

2. Gesetzliche Grundlagen

Das im Jahr 2002 beschlossene und 2003 novellierte Bundesgesetz über die Entwicklungszusammenarbeit (**EZA-G**) bildet die Grundlage für eine einheitliche österreichische Entwicklungspolitik und enthält einen konkreten Zielkatalog, welcher der gesamten Bundesverwaltung entwicklungspolitische Kriterien vorgibt. Dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten kommt dabei die Koordinationsfunktion zu. Die Austrian Develop-

ment Agency (**ADA**) ist seit 2004 als operativer Teil der OEZA tätig. Die strategischen Vorgaben für die Tätigkeiten der ADA werden vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten formuliert.

3. Mehr Budget für Entwicklungszusammenarbeit

Die öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen (**ODA**) erreichten 2005 1.266 Millionen Euro, das entspricht 0,52% des Bruttonationaleinkommens (BNE). Das für 2006 festgesetzte Barcelona-Ziel von 0,33% wurde damit übertroffen. 2006 lagen die ODA-Leistungen, laut Vorausmeldung an den Entwicklungshilfesausschuss der OECD (DAC) 1.205 Millionen Euro bzw. 0,48% des BNE, erneut über diesem Zielwert. Die übrigen in diesem Abschnitt ausgewiesenen Zahlen beruhen ebenfalls auf Vorausmeldungen. Auch in den kommenden Jahren wird Österreich bemüht sein, seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen und gemäß den 2005 getroffenen Beschlüssen des Europäischen Rats im Jahr 2010 0,51% des BNE für ODA-Leistungen aufzubringen.

4. Nachhaltige Entwicklung

Ein Kernpunkt für die Nachhaltigkeit von Entwicklung ist, dass den Betroffenen selbst ein Mitspracherecht gegeben wird und sie die Initiative übernehmen. Institutionelle Kompetenzen und Kapazitäten der Partnerländer müssen zur langfristigen Absicherung der Erfolge der Entwicklungszusammenarbeit gestärkt werden. Entscheidungen sollen dezentralisiert, demokratische Strukturen und Verfahren aufgebaut und gefördert werden. So kann ein besseres Angebot an öffentlichen Dienstleistungen zu gesteigerter Akzeptanz und Identifikation und damit zu mehr Nachhaltigkeit führen. Die OEZA war daher schwerpunktmäßig im Bereich Gute Regierungsführung tätig.

5. Politik-Kohärenz im Interesse von Entwicklung

Ziele und Prinzipien der österreichischen Entwicklungspolitik sind in allen Entwicklungsländer berührende Politikbereichen zu berücksichtigen. Das in dieser Form explizit im EZA-G verankerte Prinzip der „Politik-Kohärenz im Interesse von Entwicklung“ ist ein wesentliches Schlüsselement für die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit und zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Dieses Prinzip gewann sowohl auf internationaler als auch auf EU-Ebene an Bedeutung. Auf österreichische Initiative nahm der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen der EU im April und im Oktober Schlussfolgerungen an, die Handlungsprioritäten und ein Verfahren für Rat, Europäische Kommission und Mitgliedstaat-

ten zur Verbesserung der Politik-Kohärenz festlegen. Vorarbeiten für einen gesamteuropäischen Fortschrittsbericht auf dem Gebiet wurden eingeleitet.

II. Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

1. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

1.1. Schwerpunktregion Zentralamerika

Beim EU-LAC-Gipfeltreffen in Wien im Mai fand ein Forum der EU mit SICA zu Fragen der Harmonisierung internationaler Entwicklungszusammenarbeit und Anpassung an nationale Strategien statt.

Schwerpunktaktivitäten der OEZA in **Nicaragua** sind Ländliche Entwicklung, Förderung von Kleinunternehmen sowie der Gesundheitssektor. Im Gesundheitssektor leistete die OEZA zur Unterstützung der nationalen Gesundheitsstrategie mit Finnland, den Niederlanden, Schweden und der Weltbank einen gemeinsamen Beitrag. Die bilateralen OEZA-Leistungen (Nettozahlungen) beliefen sich auf 5,88 Millionen Euro.

In **Guatemala** wurden traditionelle Institutionen der indigenen Bevölkerung und deren Gewohnheitsrecht sowie zweisprachige und interkulturelle Ausbildung unterstützt. Kooperationspartner der OEZA sind dabei lokale zivilgesellschaftliche Organisationen. Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von 2,21 Millionen Euro erbracht.

In **El Salvador** konzentrierte sich die OEZA-Förderung auf die Bereiche Ländliche Entwicklung und KleinunternehmerInnen. Weiters wurde im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft die Ausbildung von akademischen Fachkräften in Österreich fortgeführt. An El Salvador betrug die Höhe der OEZA-Leistungen (Nettozahlungen) 1,03 Millionen Euro.

1.2. Schwerpunktregion Westafrika

Das mit **Burkina Faso** vereinbarte indikative Kooperationsprogramm 2005-2007 legte eine Unterstützung der Bereiche Ländliche Entwicklung und Berufsausbildung sowie eine Förderung des Aufbaus von Klein- und Kleinstunternehmungen wie auch eine Handwerkförderung mit einem Mitteleinsatz von 13 Millionen Euro fest. Die Harmonisierung der Aktivitäten mit nationalen Prioritäten und angepassten Instrumenten zur Armutsbekämpfung blieb ein wesentliches Anliegen der OEZA. Die bilateralen OEZA-Leistungen beliefen sich auf 4,21 Millionen Euro.

Im **Senegal** setzte die OEZA im Rahmen des Landesektorprogramms auf nachhaltige Ländliche Entwicklung mit Kooperationschwerpunkten im Süden des Landes. Im Mittelpunkt standen die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktivität und des Marktzugangs durch Maßnahmen der lokalen Entwicklung. Die Projekte in den Bereichen Landwirtschaft, Hand-

werkförderung und Umweltschutz greifen dabei ineinander. Die Unterstützung von Berufsvereinigungen sowie die Zusammenarbeit mit lokalen NGOs auf Gemeindeebene stärkte die senegalesische Zivilgesellschaft. Damit wurde auch ein Beitrag zur Demokratisierung und zur Sicherung des Friedens geleistet. Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von 2,94 Millionen Euro erbracht.

Das Schwerpunktland **Kap Verde** verbesserte seine makroökonomische Situation soweit, dass es den Status eines „am wenigsten entwickelten Landes“ (LDC) verlor. Auf dieser neuen Situation baute das 2006 vereinbarte Landesprogramm auf, in dessen Rahmen die Schwerpunktthemen nachhaltiges Management natürlicher Ressourcen, Dezentralisierung sowie Regionalentwicklung auf der Insel Santiago weiterverfolgt werden. Darüber hinaus wurden Kooperationen im Bildungsbereich fortgesetzt. Die Höhe der bilateralen OEZA-Leistungen (Nettozahlungen) betrug 2,41 Millionen Euro.

1.3. Schwerpunktregion Ostafrika

Die OEZA war im Schwerpunktland **Äthiopien** in den Bereichen Gesundheit, Nahrungsmittelsicherheit, Energieversorgung sowie Wissenschaft und Forschung aktiv und steuerte 5,52 Millionen Euro an bilateralen OEZA-Leistungen (Nettozahlungen) bei.

Das nationale Armutsprogramm (Poverty Eradication Action Plan) des Schwerpunktlands **Uganda** war Grundlage der österreichischen Zusammenarbeit. Dabei wurde Maßnahmen zur Dezentralisierung, lokalen Entwicklung und lokalen Justiz im vom Bürgerkrieg betroffenen Norduganda Priorität eingeräumt. Im Wassersektor werden seit 1997 kleine öffentliche Versorgungs- und Entsorgungssysteme im ländlichen Raum eingerichtet. Im Privatsektor werden Mikrokredite und Business Development Services (Nicht-finanzielle Dienstleistungen zur Unternehmensentwicklung) sowie die organische Landwirtschaft besonders unterstützt. Die berufliche Fortbildung mit Stipendien für Kurse in Uganda und Österreich sowie die Förderung eines Theaterprojekts wurden fortgesetzt. Für die Konfliktsituation und humanitäre Krise in Norduganda gab es ein eigenes Sonderprogramm zur sozialen Rehabilitation. Im Bereich der Investitionsförderung wurde gemeinsam mit der Organisation der VN für industrielle Entwicklung (U-NIDO) und der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur (MIGA) die Zusammenarbeit von Unternehmen gefördert. Die bilateralen OEZA-Leistungen (Nettozahlungen) beliefen sich auf 8,04 Millionen Euro.

In **Burundi** wurden im Wesentlichen Maßnahmen zur Wasserversorgung unterstützt. Insgesamt wurden seitens der OEZA bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von 0,35 Millionen Euro erbracht.

In **Ruanda** konzentrierte sich die OEZA auf die Einrichtung eines Wasserfonds sowie auf die juristische Aufarbeitung des 1994 stattgefundenen Genozids zwischen den Ethnien durch Stärkung der lokalen Gacaca-

Gerichtsbarkeit. Die Höhe der bilateralen OEZA-Leistungen (Nettozahlungen) betrug 0,2 Millionen Euro.

In **Kenia** bildeten Wassersektor, Zusammenarbeit mit NGOs und Forschungskooperation mit einem Mitteleinsatz in Höhe von insgesamt 1,53 Millionen Euro für bilaterale Leistungen der OEZA (Nettozahlungen) die wesentlichen Schwerpunkte.

In **Tansania** wurde der Fokus der OEZA auf die Bereiche Dezentralisierung und Unterstützung bei der Erstellung von Distrikt-Entwicklungsplänen eingeschränkt, wobei der Finanzierungsanteil bilateraler OEZA Leistungen (Nettozahlungen) 0,97 Millionen Euro umfasste.

1.4. Schwerpunktregion Südliches Afrika

Thematischer Schwerpunkt im **Südlichen Afrika** war die Förderung lokaler und regionaler Entwicklungspläne. Maßnahmen im Bereich der Dezentralisierung der staatlichen Verwaltung sowie die Stärkung lokaler und kleinräumiger Wirtschaftskreisläufe verbanden das Ziel der Armutsminderung mit der Entwicklung demokratischer Basisstrukturen. Auf regionaler Ebene wurde die aktive Teilnahme der OEZA am gemeinsamen entwicklungspolitischen Dialog zwischen nationalen und dezentralen Verwaltungen sowie regionalen Organisationen wie SADC und der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD) durch vorhandene Strukturen in Maputo (Mosambik) vorangetrieben.

In **Mosambik** unterstützte die OEZA die Stärkung der Gemeinden und der Lokalverwaltungen in sieben ausgewählten Bezirken der Provinz Sofala und setzte weitere Schwerpunkte im Rahmen einer Stärkung der kleinbäuerlichen Familienlandwirtschaft sowie der Wasserversorgung und -entsorgung. Das bilaterale Fördervolumen (Nettozahlungen) erreichte 5,14 Millionen Euro.

In **Südafrika** standen die Themen der Gemeindeentwicklung in benachteiligten Regionen sowie der Bereich Landfragen im Mittelpunkt. Die bilateralen OEZA-Leistungen (Nettozahlungen) beliefen sich auf 0,41 Millionen Euro.

In **Simbabwe** wurden Vorhaben lokaler zivilgesellschaftlicher Akteure mit bilateralen OEZA-Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von 0,86 Millionen Euro unterstützt.

1.5. Schwerpunktregion Himalaya-Hindukusch

Die OEZA unterstützte verstärkt gemeinsame Anliegen der Region wie nachhaltige Gebirgsökologie, Energie sowie Schutz der Umwelt im Rahmen des Internationalen Zentrums für integrierte Gebirgsentwicklung (ICIMOD).

Das Schwerpunktland **Bhutan** erzielte in den letzten Jahren beachtliche Fortschritte beim Aufbau der Infrastruktur, in der Gesundheitsversorgung

und im Bildungswesen. Die OEZA trug mit Vorhaben in den Sektoren Energie, Tourismus, Kultur sowie Waldökologie durch Förderungen von 1,28 Millionen Euro (Nettozahlungen) zu den Entwicklungserfolgen bei. Das Wasserkraftwerk Basochhu, eines der größten verwirklichten Infrastrukturprojekte der OEZA, ist seit 2005 in Vollbetrieb.

In **Nepal** führte die OEZA ihre Kooperation in den Sektoren Ländliche Entwicklung, Ausbau eines sanften Tourismus sowie Erhaltung des nepalesischen Kulturerbes in Zusammenarbeit mit lokalen und österreichischen Partnerorganisationen mit 1,59 Millionen Euro an Mitteleinsatz (Nettozahlungen) fort.

In **Pakistan** wurde ein langjähriges Vorhaben im Tourismusbereich abgeschlossen.

2. Bilaterale Ostzusammenarbeit

2.1. Schwerpunktregion Südosteuropa

Den geografischen Schwerpunkt bildete die Region **Südosteuropa**, insbesondere die Länder des Westlichen Balkans Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Montenegro sowie Serbien einschließlich Kosovo. Trotz der generellen Fortschritte bei der Integration der einzelnen Länder in die europäischen Strukturen blieb die wirtschaftliche und soziale Lage in der Region angespannt. Die Maßnahmen der OEZA im Rahmen des aktuellen Dreijahresprogramms 2006-2008 folgten den Schwerpunktsetzungen Wirtschaft und Entwicklung, Bildung, Umwelt, Wasser und Energie sowie Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft.

Die OEZA unterstützte das Schwerpunktland **Albanien** vor allem in den Bereichen Energie und Wasser, Berufsbildung sowie in der Regionalentwicklung und bei der nachhaltigen, armutsreduzierenden Entwicklung des Tourismus. Der geographische Fokus lag im Großraum Shkodra. Die OEZA leistete damit einen essentiellen Beitrag, um der Bevölkerung in abgelegenen Gebieten Perspektiven zu bieten und die Landflucht einzudämmen. Die Ergebnisse einer umfassenden Evaluierung des bisherigen Programms dienen als Basis für die Entwicklung des Landesprogramms 2007-2009. Die bilateralen OEZA-Leistungen (Nettozahlungen) beliefen sich auf 2,72 Millionen Euro.

Im Schwerpunktland **Bosnien und Herzegowina** wurde das aktuelle Landesprogramm 2005-2007 mit den Schwerpunkten Wirtschaft und Entwicklung sowie Bildung umgesetzt. Zusätzlich wurden Maßnahmen zur Stärkung der gemeinsamen Identität des Gesamtstaats Bosnien und Herzegowina gefördert. Die OEZA kooperierte eng mit den mobilisierenden Kräften im Land, insbesondere der Jugend. Zur Jahresmitte fand eine Halbzeitbewertung des Programms statt, die eine Fortsetzung der Förderschwerpunkte

empfahl. Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von 2,41 Millionen Euro erbracht.

Für das Schwerpunktland **Mazedonien** lag die Priorität des Landesprogramms 2005-2007 auf den Bereichen Umwelt, Wasser und Energie. Die Verbesserung der Infrastruktur als Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung sowie die Förderung kostengünstiger, umweltfreundlicher Energielösungen sollen zur Minderung der Armut und zur nachhaltigen, sozial ausgewogenen Entwicklung beitragen. Auch in Mazedonien wurde eine Halbzeitbewertung durchgeführt. Eine stärkere strategische Orientierung Richtung EU-Integration und Capacity Building wurde empfohlen. 2006 flossen OEZA-Mittel (Nettozahlungen) in der Höhe von 2,28 Millionen Euro nach Mazedonien.

Die Kooperation mit **Montenegro** wurde in Folge der Eröffnung eines Koordinationsbüros in Podgorica 2005 weiter ausgebaut. Die schwerpunktmäßige Förderung der touristischen Regionalentwicklung in der Nordostregion wurde fortgesetzt, ein neues Tourismusprojekt in der Region um den Shkutar-See begonnen. Programme zur Verbesserung der Höheren Bildung, der Berufsbildung und des Umweltschutzes ergänzen das laufende Programm. Die bilateralen OEZA-Leistungen (Nettozahlungen) beliefen sich auf 1,84 Millionen Euro.

In **Serbien/Kosovo** wurde die Zusammenarbeit durch das Landesprogramm 2006-2008 definiert. Schwerpunktmäßig unterstützte die OEZA die Bereiche Wirtschaft und Bildung und konzentrierte sich dabei auf die Regionen Vojvodina und Südserbien. Die Unterstützung der Reform bodenbezogener Rechtsgebiete in Serbien und die Regionalentwicklung in der Vojvodina waren wichtige Projekte der OEZA. Das Thema Öffnung und Integration wurde als Querschnittsthema verankert. Im Kosovo initiierte die OEZA im Bereich Höhere Bildung eine institutionelle Partnerschaft gemeinsam mit dem österreichischen und kosovarischen Bildungsministerium und finanzierte Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung. Durch die personelle Aufstockung im Koordinationsbüro Pristina kann verstärktes Gewicht auf Programmentwicklung und Evaluierung der bisherigen Maßnahmen gelegt werden. Die bilateralen OEZA-Mittel (Nettozahlungen) für Serbien einschließlich Kosovo und Montenegro beliefen sich auf 6,80 Millionen Euro.

Unter Berücksichtigung des fortschreitenden EU-Integrationsprozesses wurde das Engagement in **Bulgarien, Kroatien** und **Rumänien** verringert; jenes in Bulgarien und Rumänien läuft mit dem EU-Beitritt aus.

Neben den bilateralen Programmen wird die OEZA auch in den kommenden Jahren übergreifende regionale Kooperationen fördern (**Regionalprogramm Südosteuropa**). Dabei steht die langfristige Friedenssicherung und die Entwicklung der Gesamtregion im Vordergrund. Im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs fand in Wien erstmals die äußerst erfolgrei-

che „**Balkan Case Challenge**“, ein Studienwettbewerb kombiniert mit einer Berufsmesse, für südosteuropäische Studierende statt.

2.2. Osteuropa und Zentralasien

In Osteuropa und Zentralasien wurden wegen der notwendigen Konzentration der OEZA-Mittel mit Ausnahme Moldaus nur punktuell Projekte mit multilateralen Programmen oder global zur Verfügung stehenden Instrumenten der OEZA gefördert. Das 2006 erarbeitete Regionalkonzept **Südkaucasus** 2006-2008 trägt dem Erfordernis regionaler Problemlösungen Rechnung. Maßnahmen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und zur Förderung der Zivilgesellschaft in Abstimmung mit dem EU-Nachbarschaftsprogramm sollen zu Konfliktprävention und Konfliktlösung in der Region beitragen.

Der 2004 begonnene Ausbau der Zusammenarbeit mit **Moldau** wird im Programmzeitraum 2006-2008 fortgesetzt. Ziel der OEZA ist die Schaffung von Lebensperspektiven im ländlichen Raum, etwa durch die Verbesserung der Wasserver- und -entsorgung oder durch die Modernisierung der landwirtschaftlichen Berufsbildung. Migration und die Bekämpfung von Menschenhandel/Frauenhandel sind weitere wichtige Themen der OEZA in Moldau. OEZA-Mittel in der Höhe von 0,76 Millionen Euro kamen Moldau zugute.

3. Sonderprogramme

3.1. Programm in den Palästinensischen Gebieten

Die OEZA unterstützt den Nahost-Friedensprozess und – im Einklang mit der „Road Map“ – den Aufbau eines lebensfähigen, unabhängigen demokratischen palästinensischen Staates (siehe auch Kapitel A.V.6.2.). Das OEZA-Engagement umfasste die Bereiche Gesundheit, Wasser, Entwicklung von Fähigkeiten und Konfliktprävention sowie den Dialog zwischen Israelis und Palästinensern. Die Zusammenarbeit vor Ort erfolgte durch palästinensische NGOs und internationale Organisationen wie Entwicklungsprogramm der VN (UNDP) und Bevölkerungsfonds der VN (UNFPA). Das beträchtlich erhöhte OEZA-Budget betrug 4,1 Millionen Euro, einschließlich des österreichischen Beitrags von 1 Million Euro zum so genannten Zeitlich befristeten internationalen Mechanismus (TIM) im Gesundheitssektor, den Österreich als einer der ersten internationalen Partner leistete. Der österreichische Beitrag zum Hilfswerk der VN für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten 771.000 Euro und von der ADA 750.000 Euro, wurde nach dem Hilfsappell von UNRWA zur Sicherstellung der humanitären Versorgung der palästinensischen Flüchtlinge in der West Bank, im Gaza-Streifen und in Ostjerusalem um weitere 200.000 Euro aufgestockt.

3.2. Afghanistan

Österreich unterstützt den Wiederaufbau- und Verfassungsbildungsprozess in Afghanistan. Die OEZA setzte ihre Schwerpunkte auf Drogenbekämpfung, Förderung von Frauen sowie im Bereich des Aufbaus von Fähigkeiten. Sie kooperierte sowohl mit NGOs als auch mit UNDP, dem Büro der VN für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), dem Amt des Flüchtlingshochkommissars der VN (UNHCR), dem Kinderhilfswerk der VN (UNICEF) und UNFPA. Dafür standen 2006 insgesamt 500.000 Euro zur Verfügung.

3.3. Irak

Der Aufbau eines demokratischen und stabilen irakischen Staates ist Österreich ein besonderes Anliegen. Zu diesem Ziel trug die OEZA in Solidarität mit der internationalen Gemeinschaft und der irakischen Bevölkerung und in Zusammenarbeit mit NGOs und multilateralen Organisationen, etwa UNHCR, durch bilaterale technische Assistenz und kapazitätsbildende Maßnahmen bei. Als wesentliche Unterstützung für den Irak wird seitens des Bundesministeriums für Finanzen ein Schuldenerlass von rund 1,7 Milliarden Euro über die Jahre 2005-2008 durchgeführt.

4. Themen und Sektoren

Vorrangiges Ziel der OEZA ist die Bekämpfung der weltweiten **Armut** in all ihren Dimensionen und die Befähigung von Menschen in Entwicklungsländern zur Entfaltung ihrer wirtschaftlichen Fähigkeiten und politischen Interessen, die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse sowie die Gewährleistung von Sicherheit unter Berücksichtigung sozio-kultureller Faktoren. Diese grundsätzliche Zielsetzung wurde in den internationalen Geberforen des Netzwerks des OECD-Entwicklungshilfesausschusses für Armutsminderung (DAC-POVNET), der Europäischen Kommission sowie der Weltbank weiterverfolgt. Ein in diesem Zusammenhang erforderliches Dokumentations-, Indikatoren- und Monitoringsystem wurde am Beispiel konkreter Landesprogramme skizziert. Darüber hinaus wurden die OEZA-Leitlinien zur Armutsminderung fertig gestellt und weitere Schritte betreffend die Erfordernisse einer effektiven operativen Umsetzung gesetzt.

Im Bereich **Ländliche Entwicklung** verfügt Österreich über anerkanntes Know-how wie etwa betreffend organische Landwirtschaft oder Regionalentwicklung. Die OEZA trug damit wesentlich zur Armutsminderung in den Partnerländern bei. Die Mehrheit der armen Bevölkerung lebt im ländlichen Raum, der durch mangelnde Infrastruktur, erschwerten Zugang zu grundlegender Versorgung und öffentlichen Dienstleistungen sowie unzureichende Beteiligung an Entscheidungsprozessen geprägt ist. Mit angepassten Technologien, Wissens- und Informationsvermittlung über Produktion und Vermarktung sowie dem Aufbau von Basisinfrastruktur wurden die

Lebensbedingungen der Landbevölkerung verbessert. Die OEZA ist im Rahmen der Ländlichen Entwicklung vor allem in den afrikanischen Ländern, aber auch Zentralamerika und Nepal sowie zunehmend in den Ländern Südosteuropas aktiv, wobei die Zusammenarbeit sowohl auf Projekt- als auch verstärkt auf Programmebene erfolgt. Darüber hinaus wurde im Rahmen von internationalen Koordinationsforen wie der Globalen Geberplattform für den Bereich Ländliche Entwicklung (GDPRD) oder der Neuchâtel Initiative, einer informellen Gruppe von VertreterInnen bilateraler und multilateraler Agenturen für Entwicklungszusammenarbeit im Bereich des ländlichen Beratungswesens, der Harmonisierungsagenda Rechnung getragen.

Die Förderung von lokaler Entwicklung und Guter Regierungsführung auf lokaler Ebene stellte einen Schwerpunkt im Rahmen der Unterstützung von Dezentralisierungsprozessen in den Partnerländern der OEZA dar. Schwerpunkte bildeten Maßnahmen zur Entwicklung von Fähigkeiten aller Akteure auf lokaler Ebene, Ermächtigung der Bevölkerung sowie der Nutzung des sozialen Kapitals. Darüber hinaus wurden abhängig vom lokalen Kontext und basierend auf lokalen Entwicklungsplänen spezifische Aktivitäten gefördert, um die Lebensbedingungen von armen Bevölkerungsgruppen in benachteiligten Regionen zu verbessern und deren Zukunftschancen zu erhöhen.

Schwerpunkt des Bereichs **Gute Regierungsführung – Menschenrechte, Demokratisierung, Friedenssicherung** – war eine auf den bisherigen Erfahrungen aufbauende stärkere strategische Verankerung der Thematik in der Arbeit der OEZA. Drei neue OEZA-Leitlinien, „Gute Regierungsführung“, „Menschenrechte“ sowie „Friedenssicherung und Konfliktprävention“, wurden im April verabschiedet und Fortbildungsveranstaltungen, etwa zum Thema „transitional justice“ (Aufarbeitung von Unrecht in Transitionsprozessen), für die MitarbeiterInnen der OEZA organisiert. Auf Programm- und Projektebene wurden einerseits Beiträge zu den laufenden Länderprogrammierungen für den Bereich Gute Regierungsführung und Friedenssicherung ausgearbeitet, etwa in Bhutan und den Regionen Himalaya, Südkaukasus und Westafrika. Andererseits wurden neue Akzente durch die Unterstützung globaler und regionaler Initiativen gesetzt, unter anderem mit einem Projekt zur Stärkung von afrikanischen Parlamenten und der Fortsetzung von Projekten im Bereich der Konfliktvermeidung und weltweiten Vernetzung nichtstaatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure. Ein weiterer Projektschwerpunkt lag auf der Früherkennung von sich anbahnenden Konflikten. Fortgesetzt wurde eine Reihe von themenspezifischen Projekten im Rahmen laufender Länderprogramme, etwa im Bereich Justizreform, zur Unterstützung von Friedensprozessen, zum Schutz von Kindern in und nach bewaffneten Konflikten sowie zur Menschenrechtsbildung.

Die **Gleichstellung von Frauen und Männern** und **Ermächtigung benachteiligter Frauen** sind ein wesentliches Prinzip der OEZA. Die 2005 erarbeiteten OEZA-Leitlinien „Gleichberechtigung und Empowerment von Frauen“ wurden in der Länder- und Projektprogrammierung durch Stärkung der institutionellen Strukturen und des Aufbaus von Fähigkeiten umgesetzt. Thematische Schwerpunkte lagen in den Bereichen Gender (Gleichstellung der Geschlechter) und Konflikt sowie Menschenhandel/Frauenhandel. Während des österreichischen EU-Ratsvorsitzes konnte die österreichische Gender-Expertise in der 50. Jahrestagung der Frauenstatuskommission eingebracht werden. Der außenpolitische Standpunkt „Null Toleranz von Gewalt gegen Frauen“ wurde in Foren wie EU, UNFPA und UNIFEM eingebracht.

Im Arbeitsfeld **Wirtschaft und Entwicklung** wurde die Umsetzung der drei in den OEZA-Leitlinien „Wirtschaft und Entwicklung“ festgelegten Bereiche vorangetrieben: die Verbesserung der Rahmenbedingungen für lokale Unternehmen und ausländische Investitionen, die Stärkung des Privatsektors in den Partnerländern und die Einbeziehung der österreichischen bzw. europäischen Wirtschaft in die OEZA. In der ersten „Säule“ wurden innovative Multi-Geber-Initiativen wie das regionale Reformprogramm für Buchführung und Wirtschaftsprüfung (REPARIS) in Südosteuropa unterstützt, aufgrund dessen die Weltbank 2007 ein Sekretariat in Wien einrichten wird. Zur Förderung des lokalen Privatsektors wurden die finanziellen Mittel auf rund 6,5 Millionen Euro erhöht. In der dritten Säule wurden die 2005 eingeführten Entwicklungs- und Unternehmenspartnerschaften mit heimischen Unternehmen ausgebaut: 2006 wurden rund 4 Millionen Euro für solche Projekte gebunden und die Zahl der laufenden Projekte auf 26 erhöht. Einen neuen Akzent setzte die OEZA mit dem Beitritt zur Private Infrastructure Development Group (PIDG), einer Gebergruppe zur Mobilisierung privater Investitionen in Infrastruktur in Afrika.

Österreich bekennt sich zum Ziel der VN „Bildung für alle“: Für den Sektor **Bildung** stellen die sechs Ziele des Prozesses „Bildung für alle“ gemeinsam mit den Millennium-Entwicklungszielen den wichtigsten internationalen Referenzrahmen dar. Der Schwerpunkt der Bildungsprogramme der OEZA lag auf dem Aufbau von institutionellen und personellen Kapazitäten in den Partnerländern, vor allem in den Bereichen Berufsbildung und Höhere Bildung einschließlich Wissenschaft und Forschung. Mit der Formulierung der OEZA-Leitlinien „Sektor Bildung“ wurde im August begonnen. Darüber hinaus wurde eine Sektorevaluierung durchgeführt, deren Ergebnisse im Februar 2007 vorliegen werden. Die OEZA nahm an der Politikformulierung im Rahmen der EU und der Vereinigung für die Entwicklung der Bildung in Afrika (ADEA) teil. In der Zusammenarbeit mit EU-Beitrittskandidaten wird ein erweiterter europäischer Bildungs-, Hochschul- und Forschungsraum aufgebaut.

Die OEZA stärkte im Schwerpunktsektor **Energie** ihr Profil auf bilateraler Projektebene und multilateraler Ebene weiter erfolgreich. Die Leitlinie „Energie für nachhaltige Entwicklung“ wurde finalisiert und bildet die strategische Basis für die zukünftige Ausrichtung des Sektors. Neben der kontinuierlichen Unterstützung für die Energieinitiative und Energiefazilität der EU hielt die OEZA zwei internationale Großkonferenzen in Wien zur besseren Verankerung der Themen Energie und Klima in der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit ab. Die OEZA organisierte unter österreichischer EU-Ratspräsidentschaft zu Jahresbeginn ein „Senior Officials Seminar“ (Seminar hochrangiger Beamter) zum Thema „Energy in the Context of Development Cooperation“ (Energie im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit). Auf Basis von Vorarbeiten der OEZA wurden gemeinsame Qualitätsprinzipien zur Umsetzung von Energieprojekten in der EU-Entwicklungszusammenarbeit erarbeitet, die im April vom Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen formell zur Kenntnis genommen wurden. Ende des Jahres konnte die OEZA mit der Abhaltung des sechsten Globalen Forum über nachhaltige Energie (www.gfse.at) zum Schwerpunkt „Africa is energizing itself“ (Afrika nimmt die Energieversorgung selbst in die Hand) einen wichtigen Beitrag zur Vorbereitung der 15. Kommission der VN für nachhaltige Entwicklung (CSD-15) im April und Mai 2007 leisten.

Im **Wassersektor** stand die Weiterentwicklung und Harmonisierung der bilateralen regionalen Programme in den Schwerpunktländern Kap Verde, Kenia, Mosambik und Uganda sowie in den Palästinensische Gebieten im Mittelpunkt. In Uganda übernahm Österreich Ende September für ein Jahr die Geberkoordination für den Wassersektor. Parallel dazu wurde das größte Einzelprojekt des OEZA-Wassersektors im Land, South Western Towns, in einen nationalen, von der EU kofinanzierten Wasserwirtschaftsfonds umgewandelt. Die Beteiligung an einem einheitlichen ugandischen Wassersektorprogramm ist in Vorbereitung. Auf europäischer Ebene beteiligte sich Österreich aktiv an der EU-Wasserinitiative. Zur besseren Koordination der angewandten Forschung im Wassersektor wurde ein 2007 anlaufendes ERA-NET-Projekt mitinitiiert. Im multilateralen Bereich wurde die Kooperation mit dem „Water and Sanitation Program“ (Wasser- und Abwasserentsorgungsprogramm) der Weltbank weitergeführt. Erstmals wurde mit finanziellen Mitteln und durch Bereitstellung von Expertise die Afrikanische Wasserfazilität unterstützt. Die Arbeiten an der OEZA-Leitlinie „Wasser und Siedlungshygiene“ werden 2007 finalisiert werden.

Im Bereich des globalen **Umweltschutzes** zeigten die Bemühungen der OEZA um nationale und internationale Vernetzung Erfolg. Auf EU-Ebene wurden insbesondere Themen wie die Verankerung von Umwelt in den neuen Finanzierungsinstrumenten sowie eine bessere Zusammenarbeit auf Expertenebene im Sinne der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit verfolgt. Die nationale und internationale

fachliche Vernetzung konzentrierte sich auf die Erhaltung der biologischen Vielfalt sowie auf die Anpassung an die negativen Auswirkungen des Klimawandels. Darüber hinaus wurden anlässlich des internationalen Jahres der Wüsten und Wüstenbildungen zahlreiche Aktivitäten zum Thema Entwicklungszusammenarbeit und Desertifikation gesetzt.

5. Kofinanzierung

Ein bedeutender Anteil der österreichischen Programm- und Projekthilfe wurde über österreichische NGOs abgewickelt. Zur NGO-Kofinanzierung zählen Projektvorhaben, die auf Eigeninitiative der NGOs basieren und sowohl durch Eigenmittel als auch Mittel der OEZA finanziert werden.

Acht österreichische NGOs erhielten **Rahmenverträge** mit einer Gesamtvertragssumme von knapp 10 Millionen Euro und führten damit über 80 Projekte in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Ländliche Entwicklung und Gesundheit durch. Mit den Rahmenverträgen wurde auch die Entsendung von Fachkräften gefördert. Die Steigerung der Vertragssumme gegenüber den Vorjahren um rund 1,5 Millionen Euro resultiert aus den neuen Richtlinien „NGO-Rahmenprogramme“, die zukünftig Dreijahres- statt bisher Einjahresverträge vorsehen. Mit zwei Vertragspartnern wurden bereits Dreijahresverträge abgeschlossen.

Im Rahmen von **NGO-Einzelprojekten** wurden 16 Projekte in Entwicklungsländern des Südens sowie zwölf Projekte in Südosteuropa, Osteuropa und Zentralasien genehmigt. Mit rund 40.000 Euro wurden acht Mikroprojekte österreichischer NGOs gefördert.

Für laufende **EU-Kofinanzierungsprojekte** wurden die vertraglich zugesicherten Kofinanzierungsbeiträge in der Höhe von rund 1,3 Millionen Euro geleistet. Zudem wurden insgesamt zehn neue Förderverträge mit einem Fördervolumen von 1,5 Millionen Euro für die kommenden Jahre abgeschlossen.

Das dreijährige Projekt „Regional Partnership-Programm“ zur stärkeren Verankerung der entwicklungspolitischen Arbeit in der Zivilgesellschaft der EU-Mitgliedstaaten Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn wurde weitergeführt. Das zum Großteil aus Fördermitteln der OEZA unterstützte Programm wird von diesen Staaten kofinanziert.

6. Evaluierung

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und die ADA führten auf Grundlage des Zweijahresprogramms 2006/2007 für Evaluierungen mehrere **strategische Evaluierungen** weiter bzw. schlossen diese ab. Gemäß der vereinbarten Arbeitsteilung obliegt dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten die Auswahl und Themenstellung der strategi-

schen Evaluierungen, während die ADA für die operative Steuerung zuständig ist. Strategische Evaluierungen betreffen in der Regel besondere Themen, Sektoren oder Landesprogramme der OEZA und haben nicht einzelne Projekte zum Inhalt. Diese strategischen Evaluierungen werden entsprechend dem Vergabegesetz europaweit ausgeschrieben und von Organisationen oder Firmen durchgeführt, die auf Grundlage der fachlichen Bewertung von ausführlichen inhaltlich-methodischen Konzepten ausgewählt und vertraglich mit der Durchführung beauftragt werden. Dabei erwies sich die Suche nach fachspezifisch kompetenten, ortskundigen und unabhängigen Evaluierungsteams für die komplexen Aufgabenbeschreibungen als zunehmend schwierig. 2006 standen strategische Evaluierungen in den Bereichen entwicklungspolitische Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, Bildungszusammenarbeit, Kultur und Förderung des kulturellen Erbes in der OEZA, Harmonisierung und Ausrichtung der Geber-Programme auf die Bedürfnisse und Prioritäten der Empfängerländer (Alignment) sowie die Entwicklungszusammenarbeit mit Burkina Faso und Kenia im Mittelpunkt.

Im Gegensatz zu den strategischen Evaluierungen sind für **Projektelevaluierungen** die ADA-MitarbeiterInnen in enger Kooperation mit den beteiligten Durchführungsorganisationen und den Koordinationsbüros zuständig. Dabei nahm die Zahl jener Evaluierungen, die bereits bei der Vorbereitung und Erstgenehmigung eines Projektes als Zwischen- oder Schlussevaluierung im Projektzyklus vorgesehen sind, in den letzten Jahren erfreulicher Weise zu. Dem Anspruch, kein Vorhaben ohne Evaluierung durchzuführen, wurde dadurch verstärkt entsprochen. Die Rolle der ADA-Stabsstelle für Evaluierung und des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten beschränkt sich bei diesen Evaluierungen auf eine beratende Funktion.

Auf internationaler Ebene waren das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und die ADA in den für Evaluierung zuständigen Gremien und Netzwerken innerhalb der EU, im Rahmen des DAC sowie in der mittlerweile neben Österreich auch Belgien, Deutschland, die Niederlande und die Schweiz umfassenden Gruppe der deutschsprachigen Evaluierungsdienste (DACH) vertreten.

III. Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

2005 stand entwicklungspolitisch im Zeichen internationaler und EU-interner Grundsatzentscheidungen: Im DAC wurde die Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit beschlossen; der VN-Weltgipfel 2005 legte die Notwendigkeit und die Grundzüge der Reform der VN-Entwicklungsarchitektur fest; EU-intern wurde mit dem „Europäischen Konsens über Entwicklungszusammenarbeit“ ein die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedstaaten gleichermaßen bindender entwicklungspolitischer Handlungsrahmen festgelegt. All diesen Entscheidungen lag die Erkenntnis zu Grunde, dass die Millenniums-Entwicklungsziele

nur dann erreicht werden können, wenn es neben zusätzlichen Finanzmitteln auch zu einer wesentlichen Effizienzsteigerung des Entwicklungssystems kommt. 2006 begann die Staatengemeinschaft, diese Entscheidungen umzusetzen.

1. Die Vereinten Nationen

Im Februar ernannte VN-GS Kofi Annan eine „Hochrangige Gruppe für Kohärenz des Systems der VN auf dem Gebiet der Entwicklung, der humanitären Hilfe und der Umwelt“ zur Erarbeitung konkreter Reformvorschläge für die VN-Entwicklungsarchitektur. Die Hochrangige Gruppe tagte unter anderem in Wien am 15. Mai. Die erste EU-interne Diskussion des Themas wurde in Form eines hochrangigen Seminars in Wien am 9. Juni abgehalten. Der Bericht der Hochrangigen Gruppe vom 9. November enthält neben einer umfassenden Umstrukturierung des Systems der VN-Vertretungen in Entwicklungsländern wichtige Reformansätze für den Bereich Nachhaltigkeit und Gender. Die Schlussfolgerungen wurden von der EU unterstützt.

Thematisch konzentrierte sich die Staatengemeinschaft auf zwei Themen, Bekämpfung von HIV/AIDS sowie internationale Migration und Entwicklung. Der hochrangige Dialog der VN zu HIV/AIDS fand vom 31. Mai bis 2. Juni statt. Im Schlussdokument wurden in den Bereichen Kinder und Jugendliche, Rechte von Frauen und Recht auf allgemeinen Zugang zu Präventionsprogrammen sowie Betreuung und Unterstützung Fortschritte erzielt. Den Höhepunkt der internationalen Diskussion über internationale Migration und Entwicklung bildete der Hochrangige Dialog der VN am 14. und 15. September, dem die 39. Tagung der Kommission der VN für Bevölkerung und Entwicklung in New York vom 3.–7. April voranging. Österreich setzte sich als EU-Ratspräsidentschaft für die Stärkung der Stellung gefährdeter Gruppen und das Angebot der Entwicklungszusammenarbeit ein, im Migrationsbereich unterstützend tätig zu werden.

UNDP standen rund 4,9 Milliarden US-Dollar zur Verfügung und wurden entsprechend dem Finanzierungsrahmen 2006-2007 in den fünf strategischen Zielen der Organisation, Demokratieförderung, Armutsminderung, Energie/Umwelt, Krisenprävention/Wiederaufbau sowie Kampf gegen HIV/AIDS eingesetzt. Österreich erhöhte den Beitrag zum UNDP-Kernbudget auf 4,3 Millionen Euro. Zusätzlich wurden die thematischen Fonds Energie/Umwelt, Demokratieförderung und HIV/AIDS mit je 500.000 Euro unterstützt. Diese thematischen Schwerpunkte wurden an die Durchführung von UNDP-Programmen in österreichischen Partnerländern gebunden. Auf diese Weise wird die bilaterale thematische und geografische Schwerpunktsetzung multilateral unterstützt.

Der Kapitalentwicklungsfonds der VN (**UNCDF**) verfügt über das Mandat zur Unterstützung von Strukturen und demokratischen Entwicklungsprozessen auf lokaler Ebene, wobei insbesondere Fragen der Planung, des Ma-

nagements und der Beteiligung der Zivilgesellschaft im Vordergrund stehen. UNCDF leistet nicht nur Unterstützung zum Aufbau des Finanzsektors durch lokale Entwicklungsprogramme und Mikrofinanzprojekte, sondern auch Unterstützung zum Aufbau demokratischer Strukturen auf lokaler Ebene. Österreich hat Interesse, die Beziehungen zu UNCDF vor allem in Bezug auf dessen letztere Funktion zu intensivieren und erhöhte den österreichischen Beitrag zum Kernbudget auf 82.000 Euro sowie für ein Projekt zur Stärkung lokaler Verwaltungsstrukturen in Norduganda auf 172.500 Euro.

UNFPA ist ein relativ kleines, dezentral organisiertes Programm, das Projekte zur Kontrolle der demografischen Entwicklung unterstützt. Der Organisation kommt in der zentralen Frage der Reproduktionsgesundheit sowohl der Bekämpfung von HIV/AIDS als auch der Stärkung der Rolle von Mädchen und Frauen eine wichtige Bedeutung zu. Österreich erhöhte seinen Beitrag zum Kernbudget auf 700.000 Euro und unterstützte UNFPA bei der Finanzierung eines Programms gegen Geburtsfisteln in Äthiopien sowie mit Beiträgen zum Rohstofffonds mit insgesamt 376.000 Euro.

UNICEF begann mit der Umsetzung des im Jahr davor angenommenen Mittelfristigen Strategischen Plans. Die fünf darin festgelegten Schwerpunkte fokussieren die Arbeit der Organisation noch stärker als bisher. In Anerkennung der Leistungen von UNICEF hob Österreich den Beitrag zum Kernbudget auf 1,2 Millionen Euro an. Darüber hinaus wurden 750.000 Euro für die Bekämpfung von Polio und 100.000 Euro zur Bekämpfung von HIV/AIDS in Äthiopien zur Verfügung gestellt.

Aus Sicht Österreichs kommt dem Entwicklungsfonds der VN für die Frau (**UNIFEM**) eine zentrale Rolle bei der Erreichung der Gleichstellung von Frauen und Männern zu. Österreich stockte daher den Beitrag zum Kernbudget auf rund 100.000 Euro auf. Darüber hinaus wurden 300.000 Euro für die Umsetzung von Resolution 1325 (2000) „Frauen und Frieden und Sicherheit“ des VN-SR und 100.000 Euro für den Fonds zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zur Verfügung gestellt. Der Bericht der Hochrangigen Gruppe anerkennt die zentrale Rolle von Gender im Entwicklungsbereich, eine seit langem vertretene österreichische Position.

Im Entwicklungskontext gewinnt die Frage der städtischen Agglomerationen zunehmend an Bedeutung. In diesem Bereich leistet die VN Organisation für menschliches Siedlungswesen (**UN-Habitat**) hervorragende Arbeit. Österreich hob in Anerkennung dieser Leistungen den Beitrag auf 66.000 Euro an.

Zu Jahresbeginn nahm der neue Generaldirektor der **UNIDO**, Kandeh K. Yumkella (Sierra Leone), seine Tätigkeit auf. Am 28. November feierte die Organisation ihr 40-jähriges Bestehen. Beim Festakt wurde die internationale Wertschätzung gegenüber dieser Organisation nach Jahren der Umstrukturierung als eine der effizientesten VN-Organisationen im Bereich der

Entwicklungszusammenarbeit zum Ausdruck gebracht. Das finanzielle Engagement Österreichs blieb unverändert hoch: Neben den Beiträgen zum Kernbudget wurden neuerlich UNIDO-Programme für umweltgerechte Produktion mit 1 Million Euro unterstützt. Zur Stärkung der internationalen Visibilität der Organisation finanzierte Österreich eine UNIDO-Veranstaltung am Rande von CSD-14 mit den Hauptthemen Energie für nachhaltige Entwicklung, industrielle Entwicklung, Luftverschmutzung/Atmosphäre und Klimawandel.

Die Europäische Kommission ist einer der größten Beitragszahler zu den Fonds und Programmen der VN im Entwicklungsbereich. Österreich trägt als Nettobeitragszahler zum EU-Haushalt indirekt zu diesen bei.

2. Die Europäische Union

Auch auf EU-Ebene wurden die entwicklungspolitischen Grundsatzentscheidungen von 2005 in die Praxis umgesetzt, eine der zentralen Aufgaben während des österreichischen EU-Ratsvorsitzes. Mit dem Europäischen Parlament gelang die politische Grundsatzeinigung über die künftige Ausgestaltung und Vereinfachung der Entwicklungsinstrumente: Statt den mehr als 20 Außenfinanzierungsinstrumenten wird es im Entwicklungsbereich neben dem EEF nur mehr zwei Instrumente geben, ein Finanzierungsinstrument für die EZA sowie ein Finanzierungsinstrument für die weltweite Förderung von Demokratie und Menschenrechten. Als neues global wirksames Instrument der Gemeinschaftshilfe wurde darüber hinaus das so genannte Stabilitätsinstrument eingerichtet.

Beim Ministerrat EG-AKP in Port Moresby (Papua Neuguinea) am 2. Juni wurde die Einigung über die Dotierung des 10. EEF herbeigeführt. Die EU beschloss für den Zeitraum 2008-2013 die Bereitstellung von 24,71 Milliarden Euro, einschließlich der Mittel von der Europäischen Investitionsbank (EIB), im AKP-Raum und unterlegte damit ihr Entwicklungsengagement auch finanziell eindrucksvoll.

Österreich verfolgte die Verhandlungen der Europäischen Kommission mit den AKP-Staaten zur Ausarbeitung von regionalen Wirtschaftspartnerschaften und forderte unter anderem die Einarbeitung von Entwicklungskomponenten. Die Kriterien für Ablauf und Form der für Anfang 2007 geplanten umfassenden Halbzeitbewertung des Fortschritts in den Verhandlungen zu Abkommen über die wirtschaftliche Partnerschaft (EPA) wurden festgelegt, wobei dem Bereich „Aid for Trade“ besondere Bedeutung zukommen wird. Die EU bestätigte ihre Zusage über die Anhebung der jährlichen handelsbezogenen Entwicklungszahlungen bis 2010 auf 2 Milliarden Euro pro Jahr. Vor dem Hintergrund stockender Welthandelsgespräche war der Erfolg der EPA-Verhandlungen umso wichtiger.

Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen beschloss am 10. und 11. April die Dotierung der im 9. EEF eingerichteten und beinahe vollkommen ausgeschöpften Friedensfazilität für Afrika auch im 10. EEF.

Die Zusammenarbeit der EU-Geber wurde verbessert. Ein umfassender Aktionsplan soll Maßnahmen der Angleichung, Vereinfachung und verbesserter Koordinierung im Rahmen der EU beschleunigen. Konkret kam es zur Annahme eines gemeinsamen Rahmens der Länderstrategiepapiere, der für alle EU-Mitgliedstaaten auch bei ihrer bilateralen Länderplanung zur Anwendung kommen soll. Darüber hinaus wurde in der zweiten Jahreshälfte eine politische Debatte über Modelle der Arbeitsteilung zwischen den EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit eingeleitet.

Die Zusagen des Europäischen Rats im Jahr 2005 zur Steigerung der entwicklungspolitischen Kohärenz der außenwirksamen Aktivitäten der EU wurden 2006 in Arbeitsplänen konkretisiert.

Für die Regionen Pazifik und Karibik wurden eigene EU-Regionalpolitiken ausgearbeitet, welche die Besonderheiten der Partnerschaft mit diesen Regionen umfassend berücksichtigen. Im Bereich der Afrikastrategie wurde eine „Road Map“ (Fahrplan) ausgearbeitet. Im Rahmen der Umsetzung des „Europäischen Konsens über Entwicklungszusammenarbeit“ sowie der EU-Afrikastrategie wurden die Details im Bereich einer Global Governance-Initiative der EU bzw. einer Infrastrukturpartnerschaft EU-Afrika ausgearbeitet, die durch einen Treuhandfonds der EIB gestützt wird. Auch Österreich wird sich an diesem Treuhandfonds beteiligen.

Der Zusammenhang zwischen Migration und Entwicklung war auf EU-Ebene mehrfach Gegenstand politischer Debatten und von Ratsschlussfolgerungen.

3. Einsätze von jungen ÖsterreicherInnen

Dreizehn jungen ÖsterreicherInnen wurde im Rahmen eines zeitlich befristeten Einsatzes als Nachwuchskräfte im Höheren Dienst (**JPO**) bei VN-Organisationen ermöglicht, entwicklungspolitische Erfahrungen zu sammeln. Österreichische JPOs waren bei UNDP, UNICEF, UNHCR und UNFPA im Einsatz, wobei sie teils am Sitz der Organisationen, teils in den Außenvertretungsnetzen, etwa in Addis Abeba, Bratislava, Jerusalem, Nairobi und Peru tätig waren.

Darüber hinaus wurden vier junge ÖsterreicherInnen an Delegationen der Europäischen Kommission für die Dauer von zwei Jahren nach Äthiopien, Mexiko, Namibia und Vietnam entsandt. Analog zum JPO-Programm ermöglicht dieses Gemeinschaftsprogramm zur Ausbildung von „Junior Experts in Delegation“ jungen AkademikerInnen einen ein- bis maximal zweijährigen Einsatz in den Delegationen der Europäischen Kommission, wobei

das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten bzw. die Europäische Kommission die gesamten Einsatzkosten finanziert.

IV. Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe, internationale humanitäre Organisationen

1. Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe

Die Internationale Humanitäre Hilfe der OEZA erfolgt ergänzend zu Maßnahmen der Internationalen Katastrophenhilfe, die durch das zuständige Bundesministerium für Inneres koordiniert wird. Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten fördert humanitäre Sofortmaßnahmen, die Einleitung von Wiederaufbaumaßnahmen und Katastrophenprävention. Die Mittel für Internationale Humanitäre Hilfe können entweder an internationale Organisationen oder an NGOs vergeben werden.

Österreich beteiligte sich weiter an der Anfang 2005 angelaufenen groß angelegten internationalen Hilfe für die von der verheerenden **Seebebenkatastrophe** vom 26. Dezember 2004 betroffenen Regionen der Anrainerstaaten des Indischen Ozeans. 2005 wurden seitens des Bundes, der Länder und Gemeinden 11 Millionen Euro an öffentlicher Hilfe für Projekte für Schulkooperationen, nationale Versöhnung, Schutz von Kindern und Frauen, Wiederaufbau von Dörfern, Umweltschutz, Minenräumung, Wasseraufbereitung, Infrastrukturaufbau, Wirtschaftsbelebung, Ausbildung und Tourismus ausgezahlt. Die Gesamtleistungen (Nettozahlungen) 2006 für solche Maßnahmen betragen 5,6 Millionen Euro.

Im Zusammenhang mit dem Krieg im **Libanon** im Juli und August beschloss die Bundesregierung Ende Juli eine humanitäre Soforthilfe in Höhe von 500.000 Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds. Diese vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und NGOs abgewickelte Hilfe diente primär zur Notversorgung der durch die Kriegshandlungen schwer betroffenen Bevölkerung im Südlibanon und der Binnenvertriebenen. Bei der Konferenz für Wiederaufbau und humanitäre Soforthilfe für den Libanon in Stockholm am 31. August sagte Österreich weitere 400.000 Euro für Entminung und Räumung von Streumunition zu. Die Abwicklung erfolgte durch die ADA im Wege des Diensts der VN für Antiminenprogramme (**UNMAS**).

Im Rahmen der internationalen Katastrophenhilfe unterstützte Österreich im April die von schweren **Überschwemmungen** heimgesuchten Regionen in Bulgarien, Rumänien, Serbien, der Slowakei und Ungarn. Weitere Hilfsleistungen im Zusammenhang mit Überschwemmungen erfolgten in Äthiopien, Kenia und Namibia.

Im Mai kam es zu einem schweren **Erdbeben** auf Java (Indonesien). Österreich leistete Nothilfe im Rahmen des Zivilschutzmechanismus der Europä-

ischen Kommission. Humanitäre Hilfe wurde auch im Gefolge des schweren Erdbebens in Kaschmir im Oktober 2005 geleistet.

Darüber hinaus leistete die Bundesregierung über das Amt für Humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission (ECHO), dessen Budget rund 670 Millionen Euro beträgt, weltweit humanitäre Hilfe.

1.1. Antipersonenminenaktionen Österreichs

Das Minenaktionsprogramm des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten umfasst die Entminung betroffener Gebiete, die sozioökonomische Rehabilitierung von Minenopfern sowie Aufklärung und Bewusstseinsvermittlung zu Minenrisiken. Die 2006 aufgewandten Mittel mit Schwerpunkt auf Äthiopien, Bosnien und Herzegowina, dem Libanon, Mosambik und dem südlichen Sudan beliefen sich auf rund 1,8 Millionen Euro.

1.2. Nahrungsmittelhilfe Österreichs

Für die Durchführung des Internationalen Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1999 ist das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft zuständig. Die Auswahl der Bestimmungsländer erfolgt aufgrund einer in Kooperation mit der ADA erarbeiteten Empfehlung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten. Zentraler Schwerpunkt waren die traditionellen Krisenregionen Afrikas. Im Rahmen des Internationalen Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens leistete Österreich einen Beitrag von rund 1,5 Millionen Euro. Die Hilfe für Eritrea (200.000 Euro), Kenia (490.000 Euro), Malawi (200.000 Euro), Mosambik (300.000 Euro) und Niger (300.000 Euro) wurde über das Welternährungsprogramm der VN (WFP) abgewickelt.

2. Internationale humanitäre Organisationen

2.1. Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten

Das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (**OCHA**) ist für die humanitären Politiken der VN sowie für die internationale Koordination der humanitären Hilfe und Katastrophenhilfe zuständig. OCHA verfügt neben den Sitzen in New York und Genf über ein Netzwerk von 38 Feld- und Regionalbüros. Österreich behielt seinen traditionellen Vorsitz in der Konsultativgruppe für militärische und zivile Zusammenarbeit. Der finanzielle Beitrag Österreichs belief sich auf 93.000 Euro.

Das Programm des Katastrophenabschätzungs- und Koordinierungsteams der VN (**UNDAC**) wurde aus Mitteln des Bundesministeriums für Inneres mit rund 15.000 Euro unterstützt.

2.2. Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen

Die in Genf vom 2.–6. Oktober abgehaltene 57. Tagung des UNHCR-Exekutivkomitees behandelte die Rolle von UNHCR im Umgang mit Flüchtlingen und Binnenvertriebenen sowie komplexen Migrationsbewegungen. Mit rund 1 Milliarde US-Dollar ist UNHCR eine der größten weltweit operierenden Hilfsorganisationen. UNHCR wird sich in Zukunft dem Thema Binnenvertriebene, auch ein Schwerpunktthema der österreichischen Menschenrechtspolitik, stärker widmen.

Vor dem Hintergrund humanitärer Schicksale tausender so genannter Boat People (Bootsflüchtlinge) an den Küsten West- und Nordafrikas sowie anderer von Schlepperei und Menschenhandel Betroffener war UNHCR bemüht, den auf der in Rabat (Marokko) im Juli stattgefundenen EU-Afrika-Konferenz zu Migrationsfragen präsentierten 10-Punkte-Plan umzusetzen.

Österreich unterstützt UNHCR neben seinem ungebundenen Kernbeitrag in der Höhe von 450.000 Euro auch durch die Finanzierung konkreter Projekte, etwa in Afghanistan, Äthiopien und Kenia.

2.3. Internationales Komitee vom Roten Kreuz

Österreich unterstützte den wichtigen weltweiten Beitrag des **IKRK** zur Linderung humanitären Leids in Äthiopien, im Libanon, in Uganda und in der Region Ostafrika mit knapp 1,5 Millionen Euro. Zum Amtssitzbudget des IKRK steuerte Österreich 555.000 Euro bei und erhöhte damit seinen Kernbeitrag gegenüber dem Vorjahr erheblich.

Neben dem erfolgreichen Abschluss der 28. Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondkonferenz im Juni, bei der Österreich als EU-Ratspräsidentschaft maßgeblich an der Schaffung des Roten Kristalls als neues Schutzzeichen beteiligt war (siehe Kapitel G.VII.5.), sind die Einsätze im Libanon und im Sudan hervorzuheben. In der Libanon-Krise unterstützte das IKRK von Anfang an die Zivilbevölkerung mit wichtigen Hilfsmaßnahmen und konnte das Vertrauen beider Konfliktparteien gewinnen. Im Sudan, insbesondere in der Region Darfur, von wo sich viele Hilfsorganisationen aufgrund erheblicher Sicherheitsprobleme zurückziehen mussten, war das IKRK mit etwa 2.000 HelferInnen weiter präsent.

E. Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

I. Einleitung

Österreich setzt sich im Rahmen der VN insbesondere für den Schutz der Menschenrechte und für die Vorherrschaft des Rechts ein und stützt seine aktive Mitgestaltung für Frieden und Sicherheit auf umfangreiche Teilnahme an friedenserhaltenden Operationen weltweit. Österreich kandidiert zur Vertretung dieser Ziele und weiteren Stärkung einer effektiven internationalen Zusammenarbeit für einen nichtständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat (VN-SR) für die Jahre 2009-2010.

Die Umsetzung der Reformbeschlüsse des Weltgipfels 2005 bestimmte die Arbeit der VN sowie der österreichischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr. Eine Einigung über die Einrichtung des Menschenrechtsrats, die Zusammensetzung der Kommission für die Friedenskonsolidierung sowie wesentliche Fortschritte bei der Verwaltungsreform des VN-Sekretariats wurden erzielt. Inhaltliche Schwerpunkte bildeten die Vertretung der GASP im VN-SR zu Äthiopien/Eritrea, Demokratische Republik Kongo, Sudan, Somalia, Timor-Leste sowie zum Kosovo und Nahen Osten. Bundesministerin Ursula Plassnik gab im Namen der EU im VN-SR am 9. Mai eine Erklärung zum Sudan ab. Als EU-Ratsvorsitz trug Österreich zur Festigung des kohärenten Auftretens der EU und damit zur Stärkung ihrer Sichtbarkeit als glaubhafter und starker Partner der VN bei.

Im Dezember wurde Ban Ki-moon als Nachfolger von Kofi Annan als achter VN-GS angelobt.

II. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen

1. Organisatorische Fragen

1.1. Generaldebatte

Die Generaldebatte der 61. UN-Generalversammlung (VN-GV) fand unter dem Motto der Umsetzung einer globalen Partnerschaft für die Entwicklung in New York vom 19.–27. September statt. Alle Mitgliedstaaten bis auf Dschibuti sowie die Palästinensische Autonomiebehörde und der Heilige Stuhl ergriffen das Wort.

Bundesministerin Ursula Plassnik würdigte in ihrer Rede am 21. September die Verdienste des scheidenden VN-GS Kofi Annan. Die Schwerpunkte der Rede „In Vielfalt geeint“ waren die Rolle der VN für Frieden und Sicherheit, die Stärkung der Rolle der Frau sowie der Dialog der Zivilisationen. Bundesministerin Plassnik sprach sich für einen Dialog der Zivilisationen und Kulturen aus, der nicht nur auf internationaler Ebene geführt werden sollte,

sondern auch in unseren eigenen Gesellschaften beginnen und in die tägliche Arbeit der VN einfließen müsse. Weiters nahm sie zur Lage im Nahen Osten, im Sudan und am Westlichen Balkan Stellung. Als große Herausforderung bezeichnete sie den Klimawandel und verwies auf Österreichs Engagement in diesem Bereich. Schließlich erläuterte sie Österreichs Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im VN-SR für 2009-2010.

Während der alljährlich stattfindenden Ministerwoche führte Bundesministerin Plassnik bilaterale Gespräche mit VN-GS Kofi Annan und der Präsidentin der VN-GV Sheika Haya Rashed Al-Khalifa sowie mit dem Kronprinzen Qatars und den AußenministerInnen Brasiliens, Ghanas, Indonesiens, des Iran, Israels, Syriens und der Türkei. Bundesministerin Plassnik traf auch mit dem Außenminister der Republik Korea, Ban Ki-moon, zusammen. Staatssekretär Hans Winkler führte während der Ministerwoche ebenfalls zahlreiche bilaterale Gespräche. Am Rande der Generaldebatte nahm Bundesministerin Plassnik an einem auf Initiative und Einladung von US-Außenministerin Condoleezza Rice veranstalteten Treffen der Außenministerinnen zum Thema „Women’s Empowerment“ (Ermächtigung von Frauen) teil. Die Zusammenkünfte des Netzwerks Menschliche Sicherheit (HSN) und der Allianz der Zivilisationen boten weitere Möglichkeiten für Kontakte und Gespräche. Die AußenministerInnen der EU trafen sich zu Gesprächen mit Präsident Mahmud Abbas, den AußenministerInnen Sergey Lavrov und Condoleezza Rice sowie dem Sondergesandten der VN-GV für den Kosovo Statusprozess Martti Ahtisaari.

Nach längeren Konsultationen über sieben KandidatInnen und nach vier informellen Abstimmungsverfahren wurde im VN-SR am 9. Oktober Einigung über den künftigen VN-GS erzielt: Ban Ki-moon wurde als Nachfolger von Kofi Annan der VN-GV empfohlen. Am 13. Oktober bestellte die VN-GV Ban Ki-moon formell zum achten VN-GS. Die Entscheidungen sowohl im VN-SR als auch in der VN-GV fielen nicht durch geheime Abstimmung, sondern per Akklamation. Dies wurde als Vertrauensvorschuss gewertet. Die fünfjährige Amtszeit von Ban Ki-moon, der von 1998 bis 2000 Botschafter der Republik Korea in Österreich war, beginnt am 1. Jänner 2007.

2. Politische Fragen

2.1. Der Nahe Osten

Die Nahost-Thematik dominierte die Diskussionen während der Herbsttagung der 61. VN-GV und fand ihren Niederschlag in zwei Sondersitzungen und verschiedenen Ausschüssen der VN-GV.

Bei den 19 jährlich verabschiedeten Resolutionen zum Nahen Osten fand die EU mit Ausnahme der Resolutionen zum „Ausschuss für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes“ und zur „Abteilung für die Rechte der Palästinenser im Sekretariat“ zu einem gemein-

samen Abstimmungsverhalten. Malta und Zypern stimmten im Gegensatz zu den sich enthaltenden restlichen EU-Mitgliedstaaten weiter für diese Resolutionen, da sie Mitglieder dieses Ausschusses sind.

Darüber hinaus wurden vom Libanon in Folge des Libanonkriegs vom Sommer gegen Israel gerichtete Resolutionen im Zweiten Komitee (Wirtschaft und Finanzen) zum „libanesischen Ölteppich“, der die EU zustimmte, und im Dritten Komitee (soziale, humanitäre und kulturelle Fragen) über die „Menschenrechtslage im Libanon“, zu der sich die EU enthielt, eingebracht.

Nachdem bei einem israelischen Angriff auf das Dorf Beit Hanoun im Gaza-Streifen am 8. November mehr als 20 ZivilistInnen ums Leben gekommen waren und die Annahme einer Resolution des VN-SR durch ein Veto der USA gescheitert war, kam es zur Wiedereinberufung der 10. Notstandssondersitzung der VN-GV zur Lage in den besetzten Palästinensischen Gebieten. In Verhandlungen zwischen den Palästinensern und der EU konnte ein ausgewogener Text erzielt werden, sodass die EU am 17. November geschlossen für die Resolution stimmte.

Da der Internationale Gerichtshof (IGH) in einem Rechtsgutachten 2004 festgestellt hatte, dass der Bau der israelischen Trennmauer auf besetztem Palästinensischem Gebiet völkerrechtswidrig und Israel daher zur Kompensation für Schäden aus ihrer Errichtung verpflichtet ist, hatte die 10. Notstandssondersitzung im Juli 2004 den VN-GS zur Einrichtung eines Registers über Schäden aus dem israelischen Mauerbau aufgefordert. Nach Vorlage des Berichts des VN-GS im Oktober beschloss die 10. Notstandssondersitzung in ihrer wieder aufgenommenen Sitzung am 15. Dezember die Einrichtung des Registers und eines Büros des Registers am VN-Sitz Wien. Die EU stimmte geschlossen für die Resolution.

2.2. Abrüstung und internationale Sicherheit

Eine Bestandsaufnahme der multilateralen Abrüstungsmaschinerie bei der Tagung des Ersten Komitees (Abrüstung und Internationale Sicherheit) vom 1.–30. Oktober fiel ernüchternd aus. Die nur geringen Fortschritte sind auf die zunehmenden Auffassungsunterschiede zwischen den USA und der internationalen Gemeinschaft im Allgemeinen sowie zwischen den USA und der EU im Besonderen zurückzuführen.

Im Bereich der nuklearen Abrüstung konnten keine Fortschritte verzeichnet werden. Die Tagung wurde von dem am 9. Oktober durchgeführten Atombombentest der Demokratischen Volksrepublik Korea überschattet, der in der Arbeit des Komitees unmittelbaren Niederschlag fand.

Im konventionellen Bereich konnte mit der Annahme einer Resolution für einen künftigen Waffenhandelsvertrag (ATT) der politische Rahmen gestärkt werden. Die von Großbritannien initiierte, von allen EU-Mitgliedern unterstützte und mit 139 Stimmen angenommene Resolution fordert die

Verhandlung eines Vertrags zur Regelung des Handels mit konventionellen Waffen. Die USA stimmten als einziger VN-Mitgliedstaat dagegen.

Österreich präsentierte im Namen gleichgesinnter Staaten eine Initiative für ein völkerrechtliches Instrument betreffend Streumunition und unterstrich damit das traditionelle humanitäre Engagement seiner Außenpolitik.

Das Lobbying Österreichs zur Abhaltung des vorbereitenden Komitees für die Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags 2007 in Wien war trotz Widerstands der USA letztlich von Erfolg gekrönt.

2.3. Kleinwaffen und leichte Waffen

Klare Fronten zeigten sich drei Monate nach der gescheiterten Überprüfungskonferenz des VN-Aktionsprogramms gegen den unerlaubten Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen (**KLW**). 172 Staaten bekannten sich in einer Resolution zum Aktionsprogramm und beschlossen die Abhaltung der nächsten zweijährlichen Tagung der Staaten spätestens 2008. Die USA blieben mit ihrer Ablehnung isoliert.

2.4. Die Abrüstungskommission der Vereinten Nationen

Die Arbeitstagung der Abrüstungskommission der VN (**UNDC**) endete am 28. April ohne substanzielles Ergebnis. Weder die „offiziellen“ und „inoffiziellen“ Nuklearmächte noch die Mehrheit der Bewegung der nichtgebundenen Länder (NAM) zeigte Kompromissbereitschaft. Die EU präsentierte sich während der Tagung als geeinte und konstruktive Kraft. Angesichts der langwierigen Prozeduraldebatte und der Unwilligkeit vieler Mitglieder, zu einem für alle Seiten annehmbaren Ergebnis zu kommen, stellt sich die Frage nach der weiteren Sinnhaftigkeit von UNDC.

3. Wirtschafts-, Entwicklungs- und Umweltfragen

Im Entwicklungsbereich wurde unter österreichischer EU-Ratspräsidentschaft eine Resolution angenommen, in der der Wille zur Umsetzung der Maßnahmen für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele bekräftigt wird. Bei den Konsultationen zur **Reform im Umweltbereich** ging es um eine erste Bestandsaufnahme und Erörterung einer kohärenten und effizienten Gestaltung des weit verzweigten Bereichs internationaler Umweltagenden (International Environmental Governance). Die Diskussionen zeigten ein breites Spektrum möglicher Ansätze, etwa die Einrichtung einer internationalen Umweltorganisation (UNEO), die Stärkung des Umweltprogramms der VN (UNEP) und eine größere Kohärenz zwischen den internationalen Umweltabkommen.

Zum Hochrangigen Dialog über internationale Migration und Entwicklung siehe Kapitel D.III.1.

Am 18. und 19. September fand ein Treffen über die Umsetzung des bei der Dritten Konferenz der VN über die am wenigsten entwickelten Länder (LDC III) im Mai 2001 beschlossenen Brüsseler Aktionsprogramms für die am wenigsten entwickelten Länder für die Dekade 2001-2010 statt.

Im Zweiten Komitee wurden Themen wie Stärkung der Stimme des Südens in den Wirtschafts- und Finanzinstitutionen; Handel und Globalisierung; Klimawandel; Wüstenbildung sowie Artenvielfalt erörtert. Makroökonomische Aspekte blieben weiter umstritten. Zur Bedeutung des internationalen Handels für Entwicklung war kein Konsens erzielbar. Die anderen Resolutionen wurden überwiegend einstimmig angenommen. Man beschloss auch eine umfassende Überprüfung der Resultate der Internationalen Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Doha in der zweiten Jahreshälfte 2008. Das Jahr 2009 wurde zum Jahr der Naturfaser, 2010 zum Jahr der Biodiversität und 2011 zum Jahr der Wälder erklärt.

4. Menschenrechte

Siehe Kapitel G.III.

5. Drogenkontrolle und Verbrechenverhütung

Siehe Kapitel H.II. und H.III.

6. Sozialpolitik

Die 44. Tagung der Kommission für Soziale Entwicklung (**CSocD**) in New York vom 8.–17. Februar stand sowohl im Zeichen der 2001 festgelegten Schwerpunktthemen Evaluierung der ersten VN-Dekade zur Eliminierung der Armut (1997-2006) und Überprüfung der Umsetzung von Aktionsprogrammen für soziale Gruppen als auch der Arbeitsmethoden der Kommission und deren Themenauswahl für die kommenden Jahre.

Nach einem fünf Jahre dauernden Verhandlungsprozess nahm die VN-GV am 13. Dezember im Konsens die Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen an. Als Umsetzungsmechanismus sieht die Konvention die Einrichtung eines Expertenkomitees zur Prüfung von Staatenberichten und Individualbeschwerden vor.

7. Internationale Frauenfragen

Siehe Kapitel G.III.2., G.III.3. und G.VII.2.

8. Humanitäre Angelegenheiten

Im März wurde der im Abschlussdokument des Weltgipfels 2005 vorgeschlagene Zentrale Fonds für die Reaktion auf Notsituationen (**CERF**) zur Finanzierung humanitärer Maßnahmen des VN-Systems eingerichtet. Bis Ende des Jahres wurden 372 Millionen US-Dollar des ursprünglich für 2007 angestrebten Anfangsvolumens von 500 Millionen US-Dollar aufgebracht. Damit besteht bereits eine solide Grundlage für die Finanzierung humanitärer Operationen.

Im Dritten Komitee und im Plenum wurde der Großteil der humanitären Resolutionen im Konsens angenommen. Lediglich der Resolutionstext über Hilfeleistungen an das palästinensische Volk wurde in einer von den USA aufgrund fehlender Bezugnahme auf die Prinzipien des Nahost-Quartetts beantragten Abstimmung angenommen.

9. Friedliche Nutzung des Weltraums

In den diesjährigen Sitzungen des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums (**COPUOS**) und dessen Unterausschüssen konnten Erfolge erzielt werden. Die Ausschussmitglieder einigten sich bei Weltraummüll auf die Formulierung von Richtlinien und bei der Erarbeitung von Sicherheitsstandards für nuklearbetriebene Energiequellen auf die Einbeziehung der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO). Das Schwergewicht der Debatte lag auf der Schaffung einer neuen Einheit als One-Stop-Shop (einzige Anlaufstelle) für die Unterstützung der Akteure im Katastrophenmanagement und Plattform für den Informationsaustausch im Bereich der weltraumtechnischen Unterstützung im Katastrophenmanagement. Mit Beschluss der VN-GV wurde diese Einheit als neues Programm innerhalb des Wiener Weltraumbüros mit Außenstellen in Bonn und Peking in Form des Netzwerks „Plattform der VN für raumfahrtgestützte Informationen für Katastrophenmanagement und Notfallmaßnahmen“ (**SPIDER**) geschaffen.

Wie in den Vorjahren fand in Graz ein **Weltraumsymposium** zum Thema „Space tools for monitoring air pollution and energy use for sustainable development“ statt. Der internationale Teilnehmerkreis setzte sich mit den Themen Einsatz von Weltraumtechnologien zur Überwachung von Luftverschmutzung, Energieproduktion und Energienutzung sowie Teilnahme von Frauen in diesbezüglichen Entscheidungsprozessen auseinander.

10. Verwaltungs- und Haushaltsfragen

Der **VN-Beitragsschlüssel** für den Zeitraum 2007-2009 war dominierendes Thema des Fünften Komitees (Verwaltungs- und Haushaltsfragen). Die am 22. Dezember erzielte Einigung beruht auf der Methodik für die Berechnung

des Beitragsschlüssels 2001-2006. Der österreichische Anteil am ordentlichen Haushalt der VN für den Zeitraum 2007-2009 wird 0,887% betragen.

Nach mehrjährigen Verhandlungen konnte die VN-GV auch Einigung zur Projektstrategie und Finanzierung des **Sanierungsgesamtplans** des überalterten VN-Sitzes in New York erzielen. Dieser Plan sieht Gesamtkosten von 1,88 Milliarden US-Dollar vor. Die Sanierung wird phasenweise von 2007 bis 2014 erfolgen und von den Mitgliedstaaten gemäß dem Beitragsschlüssel für 2007 finanziert werden.

Hinsichtlich der Umsetzung der am Weltgipfel beschlossenen **Managementreform** konnten Fortschritte auf dem Gebiet der Informationstechnologie, des finanziellen Managements, der Verbesserung der Transparenz und der Berichterstattung, der Humanressourcen, des Beschaffungswesens und des Aufsichtswesens erreicht werden. Die mit 950 Millionen US-Dollar begrenzte Ausgabenermächtigung, die auf Druck von USA und Japan im Dezember 2005 im ordentlichen Haushalt 2006-2007 vorgesehen worden war, konnte im Hinblick auf die Fortschritte bei der Managementreform im Juli im Konsens aufgehoben werden. Die EU übernahm dabei eine wichtige Vermittlerrolle.

Der für friedenserhaltende Operationen beschlossene Jahreshaushalt von Juli 2006 bis Juni 2007 liegt mit 5,25 Milliarden US-Dollar knapp über dem Vorjahreshaushalt.

11. Völkerrechtliche Fragen

Arbeitsschwerpunkte im Bereich Völkerrecht waren die Themen Terrorismus (globale VN-Terrorismusstrategie und Globalterrorismuskonvention) und Rechtsstaatlichkeit sowie die Erörterung des Berichts der Völkerrechtskommission während der „Völkerrechtswoche“. Das Sechste Komitee (Rechtsausschuss) beschäftigte sich ferner mit der Arbeit der Kommission der VN für internationales Handelsrecht (**UNCITRAL**), der strafrechtlichen Verantwortlichkeit von VN-Personal und ExpertInnen, der Reform der Rechtspflege bei den VN und dem Verhältnis der VN zum Sitzstaat USA.

11.1. Terrorismus

Nach nur viermonatigen Verhandlungen, die während des österreichischen Ratsvorsitzes im Mai begonnen hatten, nahm die VN-GV in Anwesenheit von VN-GS Kofi Annan und dem Präsidenten der VN-GV Jan Eliasson die **globale VN-Terrorismusstrategie** am 8. September im Konsens an. Die Annahme der Strategie war ein starkes politisches Signal für die Rolle und Einigkeit der VN-GV bei der Terrorismusbekämpfung und stellte einen bedeutenden Erfolg bei der Umsetzung des VN-Weltgipfels 2005 dar. In der 62. VN-GV sollen die Fortschritte bei der Umsetzung sowie allfällige Aktualisierungen der Strategie überprüft werden.

Bei den Verhandlungen über die **Globalterrorismuskonvention** konnten hingegen trotz der im Weltgipfeldokument erklärten Absicht, die Verhandlungen bis Ende der 60. VN-GV abzuschließen, keine nennenswerten Fortschritte erzielt werden. Strittig bleibt vor allem die Frage einer Ausnahme für Freiheitskämpfer. Die Verhandlungen werden im Februar 2007 fortgesetzt.

11.2. Rechtsstaatlichkeit („Rule of Law“)

Der von Mexiko und Liechtenstein neu vorgeschlagene Tagesordnungspunkt „Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und internationaler Ebene“, der im Rahmen der österreichischen Initiative zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit erarbeitet worden war, stieß auf großes Interesse. In der Debatte im Sechsten Komitee, an der mehr als 80 Staaten aus allen Regionalgruppen teilnahmen, konnte Österreich seine Forderung nach einer raschen **Einrichtung einer Einheit im VN-Sekretariat** mit breitem Mandat zur Koordination aller VN-Aktivitäten zur Rechtsstaatlichkeit als gemeinsame EU-Position verankern. Entsprechend dieser von einer großen Mehrheit unterstützten Forderung legte der VN-GS am 20. Dezember einen Bericht zur Einrichtung einer Koordinationsgruppe samt Sekretariatseinheit vor.

Am 4. Dezember nahm die VN-GV Resolution 61/39 im Konsens an, in welcher sie die vom VN-Weltgipfel 2005 anerkannte Notwendigkeit der universellen Einhaltung und Umsetzung der Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und internationaler Ebene sowie das Bekenntnis zu einer auf der Rechtsstaatlichkeit und dem Völkerrecht beruhenden internationalen Ordnung bekräftigt. Weiters forderte die VN-GV den VN-GS zur Vorbereitung von diversen Berichten zum Thema Rechtsstaatlichkeit für die 62. und 63. VN-GV auf, insbesondere ein Inventar über alle Aktivitäten des VN-Systems sowie einen Bericht zur Identifikation von Möglichkeiten zur Stärkung und Koordination dieser Aktivitäten.

11.3. Völkerrechtswoche

Die nach österreichischem Vorschlag benannte „Völkerrechtswoche“, während der RechtsberaterInnen aus den Hauptstädten im Sechsten Komitee zur Erörterung völkerrechtlicher Themen zusammentreffen, fand vom 23.–27. Oktober statt. Wie jedes Jahr stand die Debatte über den Bericht der Völkerrechtskommission (**ILC**) zu aktuellen Fragen des Völkerrechts wie diplomatischer Schutz, internationale Haftung, geteilte natürliche Ressourcen, Verantwortlichkeit internationaler Organisationen, Vertragsvorbehalte, Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Verträge, „Aut dedere aut iudicare“ (Verpflichtung zur Auslieferung oder Strafverfolgung) sowie Fragmentierung des Völkerrechts im Mittelpunkt der Tagung.

Nach den Erfolgen der Vorjahre setzte Österreich seine Veranstaltungsreihe zur Rolle und Funktion des VN-SR bei der Stärkung eines auf Regeln basie-

renden internationalen Systems fort und veranstaltete in Zusammenarbeit mit der New York University am 26. Oktober eine **Panel-Diskussion** zum Thema „The Security Council as World Executive?“ (Der VN-SR als Welt-Exekutive?). Die Veranstaltung mit mehr als 120 TeilnehmerInnen war einer der Höhepunkte der Völkerrechtswoche. Im Rahmen der österreichisch-schwedischen Initiative zur Revitalisierung des Sechsten Komitees fanden drei interaktive Debatten über die künftigen Themen der ILC und die Frage der Ausarbeitung von Konventionen auf Grundlage von ILC-Entwürfen über diplomatischen Schutz und die Prinzipien der Haftung statt.

III. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

1. Einleitung

Neben den fünf ständigen Mitgliedern China, Frankreich, Großbritannien, Russland und USA gehörten dem VN-SR Argentinien, Dänemark, Ghana, Griechenland, Japan, Katar, Kongo, Peru, die Slowakei und Tansania an. Für die Ende des Jahres ausscheidenden Mitglieder Argentinien, Dänemark, Griechenland, Japan und Tansania wählte die 61. VN-GV Belgien, Indonesien, Italien, Panama und Südafrika in den VN-SR. Panama wurde nach einer Pattstellung in 47 Wahlgängen zwischen den lateinamerikanischen Kandidaten Guatemala und Venezuela als Kompromisskandidat in den VN-SR gewählt.

Eine Vielzahl offener Debatten, 20 während des österreichischen und 19 während des finnischen Vorsitzes, ermöglichte es der EU-Ratspräsidentschaft die Sichtbarkeit der EU im VN-SR aufrecht zu erhalten. Die erfolgreiche Durchführung der EU-Unterstützungsmission für MONUC während der Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo verlieh der EU zusätzliche Visibilität. Bundesministerin Ursula Plassnik nahm am 9. Mai als EU-Ratsvorsitzende in der offenen Debatte auf Ministerebene zum Sudan Stellung.

Österreich kandidiert für die Periode 2009-2010 für einen nichtständigen Sitz im VN-SR. Die Wahlen werden in der 63. VN-GV im Jahr 2008 stattfinden. Mitbewerber für die zwei Sitze für die Gruppe der westeuropäischen und anderen Staaten (WEOG) sind Island und die Türkei.

2. Die Reformdebatte

Die Verhandlungen zu einer Reform des VN-SR laufen seit mehreren Jahren. Dabei geht es in erster Linie um eine Erweiterung des VN-SR und eine Reform seiner Arbeitsmethoden. Trotz weit gehender Zustimmung zu den vorliegenden Vorschlägen im Bereich der Arbeitsmethoden kam es bislang zu keinen konkreten Reformschritten.

3. Tätigkeit des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

3.1. Der Nahe Osten

Der VN-SR lehnte sich in einer Vorsitzserklärung vom 3. Februar eng an die Erklärung des Nahost-Quartetts vom 31. Jänner an, in der dieses die freie und faire Abhaltung der Wahlen begrüßt, jedoch gleichzeitig Gewaltverzicht, Anerkennung Israels und Einhaltung aller früheren Abkommen als Grundbedingungen für eine Zusammenarbeit mit einer von der Hamas geführten Regierung festgelegt hatte. Nach der Entführung eines israelischen Soldaten an der Grenze zum Gaza-Streifen und israelischen Militäraktionen in Reaktion darauf verhinderten die USA mit ihrem Veto am 13. Juli die Annahme einer Resolution des VN-SR. Im Rahmen einer Debatte im VN-SR auf Ministerebene am 21. September, bei der VN-GS Annan den Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern als Kern der Probleme der Region identifizierte und eine aktivere Rolle des Nahost-Quartetts forderte, herrschte Übereinstimmung, dass der Nahost-Friedensprozess wiederbelebt werden müsse. Nach dem israelischen Angriff auf ein Dorf in Gaza am 8. November, bei dem mehr als 20 ZivilistInnen ums Leben kamen, verhinderten die USA mit ihrem Veto neuerlich die Annahme einer Resolution des VN-SR. Der VN-GS legte am 11. Dezember einen umfassenden Bericht über den Nahost-Friedensprozess vor, in dem als Basis für künftige Fortschritte mehr Klarheit über das Endergebnis gefordert wird.

Die Beratungen des VN-SR zum Libanon wurden vom israelischen Libanonfeldzug dominiert, nachdem Hisbollah-Anhänger am 12. Juli zwei israelische Soldaten entführt hatten. Im VN-SR konnte lange Zeit keine Einigkeit darüber erzielt werden, welche Schritte gesetzt werden sollten. Am 25. Juli wurden vier Militärbeobachter eines Postens der Organisation der VN zur Überwachung des Waffenstillstands (UNTSO) in Khiam durch einen israelischen Bombentreffer getötet, darunter der österreichische Major Helmut Lang. In einer Vorsitzserklärung vom 27. Juli drückte der VN-SR Schock und Trauer über den Tod der vier Beobachter sowie sein Beileid an die betroffenen Familien aus, forderte eine umfassende Untersuchung des Vorfalles und unterstrich die völkerrechtliche Verpflichtung, für die Sicherheit von VN-Personal zu sorgen. Österreich setzte sich für weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit von Blauhelmen ein, insbesondere für die Verbesserung der Kommunikation zwischen VN-Truppen und den Streitkräften des Gastlandes bzw. der Streitparteien, um in Notsituationen eine rasche und wirksame Verbindung sicherzustellen, sowie für die ausdrückliche Ächtung des Aufenthalts illegaler bewaffneter Gruppen in der unmittelbaren Nähe von VN-Posten in künftigen Mandaten des VN-SR für Friedensoperationen. Nach dem israelischen Angriff auf das Dorf Qana drückte der VN-SR am 30. Juli in einer Vorsitzserklärung seinen Schock über den Tod dutzender ZivilistInnen aus und rief zu einer Einstellung der Gewalt auf. Am 11. August nahm der VN-SR einstimmig Resolution 1701 an, in der er zu

einer vollständigen Einstellung der Kampfhandlungen aufrief. Durch Aufstockung der Truppenstärke von UNIFIL auf bis zu 15.000 SoldatInnen und Schaffung eines Marineeinsatzverbands (MTF) wurden die Grundlagen für den Rückzug Israels hinter die „blaue Linie“ bei gleichzeitiger gemeinsamer Besetzung dieses Gebietes durch die libanesische Armee und UNIFIL geschaffen. Der VN-SR verhängte ein Waffenembargo gegen alle Akteure mit Ausnahme der Regierung, verlangte die Ausdehnung der Kontrolle Libanons auf das gesamte Staatsgebiet und forderte Israel und Libanon zur Unterstützung eines permanenten Waffenstillstands und einer dauerhaften Lösung auf.

Der Leiter der Unabhängigen Untersuchungskommission (IIC) zur Unterstützung der libanesischen Behörden bei der Untersuchung des Bombenanschlags auf den ehemaligen libanesischen Premierminister Rafik Hariri im Jahr 2005, Serge Brammertz, berichtete dem VN-SR vierteljährlich über die Fortschritte der Kommission. Am 18. Dezember berichtete er, dass der Abschlussbericht der forensischen ExpertInnen eindeutige Verbindungen zwischen dem Attentat auf den ehemaligen libanesischen Premierminister und den 14 anderen Bombenattentaten im Zuständigkeitsbereich der IIC aufzeigte. Während Brammertz die Kooperation Syriens als „generell zufriedenstellend“ bezeichnete, gab es Verzögerungen bei Kooperationsersuchen an zehn andere Staaten. Das Mandat der IIC wurde mit Resolution 1686 des VN-SR am 15. Juni um ein Jahr verlängert. In Reaktion auf die Ermordung des libanesischen Industrieministers Pierre Gemayel wurde es am 21. November auch auf diesen Fall ausgedehnt. Im November wurden der Entwurf eines Abkommens zwischen den VN und dem Libanon zur Einrichtung eines „Tribunals mit internationalem Charakter“ für das Attentat auf den ehemaligen libanesischen Premierminister sowie der Entwurf des Statuts des Tribunals von der libanesischen Regierung und dem VN-SR gebilligt. Das Tribunal soll außerhalb des Libanon eingerichtet werden, libanesisches Strafrecht anwenden und ein gemischtes Richterkollegium haben. Eine Zuständigkeit für die 14 anderen Fälle ist möglich, wenn das Tribunal diese nach Prüfung bestimmter Kriterien für gegeben erachtet. Das von der IIC gesammelte Beweismaterial wird zur Gänze an das Tribunal übermittelt, das über dessen Zulässigkeit zu entscheiden hat.

3.2. Irak

Der VN-SR begrüßte am 14. Februar in einer Vorsitzserklärung die Verkündung der vorläufigen Ergebnisse der irakischen Parlamentswahlen vom 15. Dezember 2005 und gratulierte der irakischen Bevölkerung zu ihrem Bekenntnis zu einem friedlichen, demokratischen Prozess. In seiner Vorsitzserklärung vom 24. Mai begrüßte der VN-SR die Angelobung der gewählten Regierung, die auf breiter Basis errichtet worden sei, und bezeichnete dies als Meilenstein im irakischen Übergangsprozess.

Der Leiter der Hilfsmission der VN im Irak (**UNAMI**), SRSG Ashraf Jehangir Qazi, und die USA unterrichteten den VN-SR vierteljährlich über die Lage im Irak. Die ausufernde sektiererische Gewalt nahm in den öffentlichen Sitzungen immer größeren Raum ein. SRSG Qazi sprach in der offenen Debatte am 14. September von der „gewalttätigsten Konfliktzone“ der Welt, wo ein Abgleiten in einen Bürgerkrieg drohe. Größte Herausforderung sei die Erzielung einer nationalen Versöhnung und die Verbesserung der Sicherheitslage, was nur über Verhandlungen erreicht werden könne. UNAMI bemühte sich um die Stärkung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit. Der Ständige Vertreter der USA, John Bolton, gestand Rückschläge im Kampf gegen die Aufständischen ein, bezeichnete aber die schrittweise Übergabe von Verantwortung für die Sicherheitslage an irakische Sicherheitskräfte als Fortschritt. Der irakische Botschafter betonte die Bedeutung des „nationalen Versöhnungsplans“ der Regierung und wehrte sich gegen das Bild eines Bürgerkrieges im Irak.

Am 10. August verlängerte der VN-SR mit Resolution 1700 das Mandat von UNAMI um weitere zwölf Monate. Am 28. November verlängerte der VN-SR mit Resolution 1723 die Mandate der Multinationalen Truppe (**MNF**), des Entwicklungsfonds für Irak und des Internationalen Überwachungsbeirats bis 31. Dezember 2007, wobei diese Mandate bis zum 15. Juni 2007 einer Überprüfung unterzogen werden. Darüber hinaus erkannte der VN-SR die Bedeutung des Internationalen Pakts mit Irak (**ICI**) als irakische Initiative für eine langfristige Entwicklungspartnerschaft mit dem Irak an und begrüßte die wichtige Rolle der VN als Kovorsitz des ICI.

3.3. Iran

Seit dem Verweis des iranischen Nuklearprogramms an den VN-SR durch den Gouverneursrat der IAEO am 4. Februar beschäftigte sich der VN-SR mit diesem Thema. In einer Vorsitzerkklärung drückte der VN-SR am 29. März seine ernste Besorgnis über die zahlreichen IAEO-Berichte und Resolutionen zum Iran aus. Er forderte den Iran auf, alle vom IAEO-Gouverneursrat geforderten Schritte zu setzen und alle Aktivitäten im Bereich Anreicherung und Wiederaufbereitung zu suspendieren.

Da der Iran in der vom VN-SR gesetzten 30-Tagesfrist die geforderten Schritte nicht setzte, nahm der VN-SR am 31. Juli gegen die Stimme von Katar Resolution 1696 an. Darin forderte er den Iran unter Kapitel VII SVN dazu auf, unverzüglich alle vom IAEO-Gouverneursrat geforderten Schritte zu setzen und alle Aktivitäten im Bereich Anreicherung und Wiederaufbereitung zu suspendieren. Er indossierte das Anreizpaket der „3+3-Länder“, China, Russland und USA sowie Deutschland, Frankreich und Großbritannien, mit Unterstützung der EU für den Iran und drohte wirtschaftliche und diplomatische Sanktionen für den Fall der Nichtumsetzung der Bestimmungen der Resolution an.

Da der Iran auch dieser Forderung binnen 30-Tagesfrist nicht nachkam, nahm der VN-SR nach monatelangen Verhandlungen am 23. Dezember einstimmig Resolution 1737 unter Kapitel VII SVN an, mit der er erstmals Sanktionen gegen den Iran verhängte. Der VN-SR erließ ein Import-/Exportverbot für sensible Güter, die zu Urananreicherung, Wiederaufbereitung, Bau eines Schwerwasserreaktors oder Entwicklung von nuklearen Trägerraketen verwendet werden können. Darüber hinaus führte er eine Meldepflicht für internationale Reisebewegungen von Personen, die in das iranische Atomprogramm involviert sind, und Finanzsanktionen ein, verfügte eine Einschränkung der technischen Zusammenarbeit der IAEO mit dem Iran und richtete ein Sanktionskomitee ein. Für den Fall der fortgesetzten Nichtbeachtung seiner Forderungen drohte der VN-SR weitere Sanktionen an.

3.4. Afghanistan

Mit Resolution 1659 indossierte der VN-SR am 15. Februar den **Afghanistan-Pakt** der die Verpflichtungen beider Seiten unterstreicht und seine Anhänge als Rahmen für die Entwicklungspartnerschaft mit Afghanistan. Mit Resolution 1662 verlängerte der VN-SR am 23. März das Mandat der Hilfsmission der VN in Afghanistan (**UNAMA**) um weitere zwölf Monate, wobei er den Empfehlungen des VN-GS zur Anpassung des Mandats zustimmte und die vorgeschlagene Ausdehnung der Reichweite der Regionalbüros begrüßte. Mit Brigadier Wohlgemuth stellte Österreich den leitenden Militärberater dieser Mission. Das Mandat von **ISAF** wurde mit Resolution 1707 am 12. September inhaltlich unverändert um zwölf Monate verlängert.

Die Reise des VN-SR nach Afghanistan vom 11.–16. November und die offene Debatte im VN-SR am 7. Dezember bestätigten, dass sich die Sicherheitslage besonders im Osten, Süden und Südosten spürbar verschlechtert hat, der Schlafmohnanbau zuvor unerreichte Ausmaße angenommen hat und die Gefahr bestehe, dass die Fortschritte seit 2001 verloren gehen könnten, sofern nicht rasch konzertierte Anstrengungen zur Schaffung eines sicheren Umfelds, zur Bekämpfung von Drogenanbau und -handel, Korruption, schlechter Regierungsführung und Straflosigkeit sowie zu wirtschaftlicher Entwicklung in allen Regionen des Landes unternommen würden. Der grenzüberschreitenden Kooperation mit Pakistan komme eine zentrale Rolle zu.

3.5. Demokratische Volksrepublik Korea

Mit Resolution 1695 vom 15. Juli verurteilte der VN-SR einstimmig die Raketentests der Demokratischen Volksrepublik Korea am 5. Juli und forderte eine Suspendierung aller diesbezüglichen Aktivitäten und eine Rückkehr zu dem bis dahin bestehenden Moratorium. Nachdem die Demokratische Volksrepublik Korea am 9. Oktober einen Atombombentest durchge-

führt hatte, nahm der VN-SR am 14. Oktober einstimmig Resolution 1718 an, mit der er den Test verurteilte und die Rückkehr der Demokratischen Volksrepublik Korea zum Nonproliferationsvertrag und zum IAEO-Sicherheitsabkommen forderte. Er untersagte der Demokratischen Volksrepublik Korea jegliche Raketen-, Atomwaffen-, Nuklear- und andere Massenvernichtungswaffen-Programme. Zur Durchsetzung der Resolution verhängte der VN-SR ein Waffenembargo, ein Handelsembargo auf alle Güter, die zu den nordkoreanischen Massenvernichtungswaffen-Programmen beitragen könnten, und ein Embargo auf Luxusgüter. Darüber hinaus beschloss der VN-SR das Einfrieren von Vermögen und Reisebeschränkungen und richtete ein Sanktionenkomitee ein.

3.6. Timor-Leste

Das Mandat des Büros der VN in Timor-Leste (**UNOTIL**) hätte mit 20. Mai auslaufen sollen. Aufgrund der innenpolitischen Eskalation im Mai, die eine neuerliche von Australien angeführte militärische Intervention erforderlich machte, musste der VN-SR seinen Ansatz überdenken. Der VN-SR errichtete mit Resolution 1704 am 25. August für den Zeitraum von sechs Monaten die im Vergleich zu ihrer Vorgängermission bedeutend größere **UNMIT**. Neben einer starken Sicherheitskomponente hat UNMIT ein Mandat zur Förderung politischer Stabilität und des Versöhnungsprozesses, Hilfe bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2007, Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit, Überprüfung des Sicherheitssektors, Kapazitätsaufbau sowie Unterstützung bei der Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen von 1999.

3.7. Myanmar

Im Rahmen informeller Konsultationen wurden die Besorgnis erregende Lage in Myanmar und die Guten Dienste des VN-GS besprochen. Im September wurde Myanmar per Abstimmung, bei der China, Kongo und Russland dagegen stimmten, offiziell auf die Tagesordnung des VN-SR gesetzt. Die USA verstärkten gegen Jahresende ihr Lobbying für eine Resolution, deren Annahme jedoch durch das Veto von China und Russland verhindert wurde.

3.8. Kosovo

Siehe Kapitel A.V.3.1.2.

3.9. Bosnien und Herzegowina

Siehe Kapitel A.V.3.1.4.

3.10. Zypern

Nach dem Scheitern des Referendums zum Annan-Plan auf der griechischen Seite am 24. April 2004 wurden zur Lösung der Zypernfrage seitens der VN keine neuerlichen Initiativen gestartet. Der Untergeneralsekretär für Politische Angelegenheiten, Ibrahim Gambari, berichtete dem VN-SR im August nach einer Reise in die Region von weiterhin bestehenden Haltungsunterschieden der Parteien. Der VN-SR unterstützte weiterhin die Arbeiten des VN-GS und forderte Zypern auf, die Vereinbarungen der beiden Seiten vom 8. Juli über die weiteren Schritte zur Konfliktlösung umzusetzen. Am 15. Dezember nahm der VN-SR einstimmig eine Resolution zur Verlängerung des Mandats der Friedenstruppe der VN in Zypern (**UNFICYP**) um sechs weitere Monate bis 15. Juni 2007 an.

3.11. Afrika

Die Entwicklungen der vergangenen Jahre setzten sich fort: Der Umstand, dass Konflikte in Afrika den Großteil der Arbeit des VN-SR einnehmen, spiegelt sich auch im Einsatz des Großteils aller SoldatInnen und ZivilistInnen in friedenserhaltenden Missionen in Afrika wider. Wiederum führte eine der beiden Reisen des VN-SR nach Afrika, in den Sudan und nach Tschad. Andererseits versteht der VN-SR seine Rolle in Afrika zunehmend als komplementär zur Rolle von Regionalorganisationen, wie AU, ECOWAS und IGAD, und unterstützt Konfliktlösungen auf Basis regionaler Vermittler (siehe auch Kapitel A.V.9.2.).

Die Lage im **Sudan** nahm einen zentralen Platz in den Beratungen des VN-SR ein. Resolution 1706 des VN-SR vom 31. August sah die Übernahme von AMIS durch eine Mission der VN vor, konnte aber aufgrund des Widerstands der sudanesischen Regierung gegen eine VN-Mission in Darfur nicht umgesetzt werden. Als Kompromisslösung wurde im Zuge eines Darfur-Krisentreffens zwischen VertreterInnen der ständigen Mitglieder des VN-SR, der AU, EU und Arabischen Liga in Addis Abeba (Äthiopien) im November eine gemeinsame Friedenstruppe der AU und VN (hybrid force) vorgeschlagen. Während der sudanesischer Präsident Omar Hassan Ahmed el-Bashir dieser Lösung zuerst „im Prinzip“ zustimmte, wurde dies in den darauf folgenden Tagen von sudanesischer Seite wieder dementiert. VN-GS Kofi Annan verstärkte im Dezember nochmals seine diplomatischen Bemühungen für den VN-Vorschlag. Ende Dezember schien die sudanesischer Regierung ihren Widerstand aufzugeben und stimmte in einem Antwortschreiben auf einen Brief von VN-GS Annan dem 3-Phasen-Plan für Darfur und damit der Stationierung einer gemeinsamen Friedenstruppe der AU und VN zu. Der sudanesischer Außenminister Lam Akol dementierte jedoch die Auffassung des VN-SR, wonach Präsident el-Bashir der Stationierung einer Hybrid-Truppe zugestimmt habe, und stellte klar, dass Präsident el-Bashir keine gemeinsame Truppe aus Soldaten der AU und VN akzeptiere.

Die VN dürften lediglich Ausrüstung sowie Logistik, Kommunikation und sonstige Technik, nicht aber SoldatInnen, für die Darfur-Operation bereitstellen.

Die Sicherheitssituation in der Grenzregion mit **Tschad** und der **Zentralafrikanischen Republik** blieb aufgrund der grenzüberschreitenden Aktivitäten prekär. Tschad und die Zentralafrikanische Republik stimmten dem Einsatz einer VN-Mission entlang ihrer Grenzen mit dem Sudan zu, praktische Implikationen blieben aber unklar.

Am 28. April autorisierte der VN-SR für eine Dauer von vier Monaten ab der ersten Runde der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in der **Demokratischen Republik Kongo** die EU-Truppe EUFOR RD Congo zur Stabilisierung der Sicherheitslage während der Wahlen. Der Einsatz wurde als Musterbeispiel und Meilenstein für weitere Einsätze gesehen in der erfolgreichen Kooperation EU-VN gesehen. Ausschreitungen im Osten des Landes in der Region Nordkivu hielten jedoch an. MONUC setzte Schritte zur Stabilisierung der Sicherheitslage in den östlichen Provinzen. Am 31. Juli erneuerte der VN-SR das existierende Sanktionenregime und dehnte es auf Personen aus, die KindersoldatInnen rekrutieren oder verwenden. Der VN-SR forderte ferner die mit der Überwachung des Waffenembargos beauftragte Expertengruppe zur Empfehlung von Maßnahmen zur Verhinderung der unerlaubten Ausbeutung von Bodenschätzen auf.

Der VN-SR autorisierte mit Resolution 1725 eine afrikanische Friedensmission für **Somalia** und rief gleichzeitig die Übergangsregierung Somalias und die Islamisten zur Lösung ihrer Uneinigkeiten im Wege des Dialogs auf. Während die USA die Einsetzung einer Friedenstruppe zum Schutz der Übergangsregierung stark befürworteten, betonten vor allem die afrikanischen Mitglieder des VN-SR und Katar die Wichtigkeit des Dialogs. Die Suche nach Truppenstellern für eine afrikanische Friedensmission gestaltete sich schwierig.

Die Mission der VN in **Burundi** wurde mit Ende des Jahres von einer friedenserhaltenden Operation in ein Integriertes Büro (**BINUB**) umgewandelt. BINUB soll vor allem in den Bereichen Friedenskonsolidierung, Reform des Sicherheitssektors und Menschenrechte die burundische Regierung unterstützen.

Der VN-SR beschloss am 31. Mai die Verringerung der Truppenstärke von UNMEE auf bis zu 2.300 SoldatInnen. Die USA hatten ursprünglich auf eine noch deutlichere Verkleinerung der Mission gedrängt. Spannungen in der temporären Sicherheitszone zwischen **Äthiopien** und **Eritrea** blieben bestehen. Bei der Demarkation der Grenze konnte kein Fortschritt erzielt werden. Der VN-SR fasste eine mögliche Mandatsverlängerung von **UNMEE** ins Auge, falls bis 31. Jänner 2007 kein Fortschritt bei der Demarkation der Grenze erzielt werde. Die USA waren nach ihren erfolglosen Bemühungen,

Bewegung in den Friedensprozess der beiden Staaten zu bringen, zur Übergabe ihrer Vermittlerrolle an andere bereit.

4. Friedenserhaltende Operationen

Zu Beginn des Jahres bestanden 19 friedenserhaltende Operationen der VN, zu denen 112 Staaten Personal stellten. Das Mandat von ONUB lief mit 31. Dezember aus.

In Folge des Libanonkrieges wurde UNIFIL neu mandatiert und personell erheblich ausgeweitet. Die Mission der VN im Sudan (UNMIS), MONUC und die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire (UNOCI) wurden ausgeweitet, UNMEE verringert. UNOTIL wird mit neuem Mandat als UNMIT fortgeführt, ebenso wie ONUB als BINUB. Die Gesamtstärke des entsandten Militär- und Polizeipersonals betrug mit Jahresende 80.368 Personen (31. Dezember 2005: 69.838). Die größten Operationen waren MONUC (18.296 Personen), UNMIL (14.898 Personen), UNIFIL (11.563 Personen) und UNMIS (10.006 Personen). Der Trend der Vorjahre setzte sich fort, demzufolge die stärksten Personalbeiträge aus Staaten Asiens und Afrikas kommen.

Der Sonderausschuss für friedenserhaltende Operationen erörterte die Sicherheit des VN-Personals, die Stärkung afrikanischer Kapazitäten für friedenserhaltende Operationen, die Erhöhung von VN-Kapazitäten für friedenserhaltende Operationen sowie die Bekämpfung von sexuellem Missbrauch durch VN-Personal. Die vom VN-GS eingesetzte Gruppe von RechtsexpertInnen legte einen Bericht über die Sicherstellung der Rechenschaft von VN-Personal und ExpertInnen auf Mission in Bezug auf Straftaten im Rahmen von friedenserhaltenden Operationen vor. Darüber hinaus wurden Verhandlungen zur Ausarbeitung einer umfassenden Unterstützungsstrategie für Opfer sexuellen Missbrauchs begonnen. Österreich setzte sich für die Angleichung der rechtlichen Stellung von Polizeipersonal mit exekutiven Aufgaben an jene von bewaffnetem Militärpersonal in friedenserhaltenden Operationen ein.

Insgesamt nahmen 2.503 Österreicher und 36 Österreicherinnen an Friedensoperationen teil, die vom VN-SR autorisiert worden waren. Zu Jahresende standen 422 ÖsterreicherInnen (380 SoldatInnen, 14 MilitärbeobachterInnen und 28 ExekutivbeamteInnen) in acht friedenserhaltenden Operationen der VN im Einsatz, 566 SoldatInnen in der vom VN-SR autorisierten KFOR. An der vom VN-SR autorisierten ISAF nahmen vier, an EUFOR-Althea 276 ÖsterreicherInnen teil. An der EU-geführten Operation EUFOR RD Congo, die Ende November auslief, nahmen fünf ÖsterreicherInnen teil. In den VN-geführten Missionen und Friedensoperationen leistete Österreich zu Jahresende unter den EU-Mitgliedstaaten nach Italien, Frankreich, Spanien, Deutschland, Polen und Irland den siebentgrößten Personalbeitrag und nahm insgesamt Platz 36 unter den 114 Truppenstellern der VN ein.

IV. Der Wirtschafts- und Sozialrat

1. Allgemeines

Die VN-GV beschloss mit Resolution 61/16 vom 20. November die Reform des Wirtschafts- und Sozialrates (**ECOSOC**). Wesentliche Elemente der Stärkung des ECOSOC sind die Einrichtung eines zweijährlichen Forums auf hoher Ebene für Entwicklungszusammenarbeit sowie eines jährlichen ministeriellen Überprüfungstreffens. Ebenso wurden die Rolle des ECOSOC in humanitären Fragen und sein Verhältnis zur Kommission für Friedenskonsolidierung geklärt. Die Reform des ECOSOC wird erstmals in der Arbeitstagung im Sommer 2007 zum Tragen kommen.

Die Arbeitstagung des ECOSOC fand in Genf vom 3.–28. Juli statt. Österreich ist im Zeitraum 2006-2008 Mitglied des ECOSOC. Thema des Tagungsteils auf hoher Ebene war die Schaffung eines die produktive und menschenwürdige Beschäftigung für alle begünstigenden Umfelds auf nationaler und internationaler Ebene als Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung. Mit der Annahme der Ministerdeklaration bekräftigten die Mitgliedstaaten die essentielle Bedeutung eines positiven Wachstums- und Investitionsklimas für die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Im Rahmen des Tagungsteils für Koordinierungsfragen wurden Themen wie die Koordinierung der verschiedenen Akteure im Bereich des nachhaltigen Wirtschaftswachstums und der sozialen Entwicklung, die Schaffung von Synergien zwischen den funktionalen Kommissionen des ECOSOC sowie die Umsetzung und Nachbereitung des Weltgipfels über die Informationsgesellschaft (WSIS) erörtert. Ein weiterer Tagungsteil befasste sich mit der Umsetzung der letzten, alle drei Jahre erfolgenden, umfassenden Grundsatzüberprüfung der operativen Entwicklungsaktivitäten des VN-Systems sowie mit Fragen der Finanzierung der Fonds und Programme sowie der Sonderorganisationen. Der Tagungsteil für humanitäre Angelegenheiten legte ein besonderes Augenmerk auf die Frage des Übergangs von Not- zu Strukturhilfe, etwa nach Konfliktsituationen oder beim Wiederaufbau nach Naturkatastrophen. Weitere Themen waren aus dem Blickfeld der Medien geratene, unterfinanzierte Krisen sowie die Einrichtung des CERF.

2. Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa

Die in Genf ansässige und 56 Mitgliedstaaten umfassende VN-Wirtschaftskommission für Europa (**UNECE**) widmet sich als eine der fünf Regionalkommissionen der VN der Heranführung der wirtschaftlich schwächeren Länder, insbesondere der Transitionsländer sowie der zentralasiatischen Länder, an das übrige Europa vor allem in den Bereichen Verkehr, Umwelt, Energie, Siedlungswesen, Handelserleichterung und Unternehmensentwicklung. Marek Belka (Polen) nahm als neuer UNECE-Exekutivsekretär zu Jahresbeginn seine Tätigkeit auf. Bei der Jahrestagung im Februar wurde

eine UNECE-Reform beschlossen, die zu einer institutionellen Straffung der Organisation und zu einer Stärkung der Kernbereiche Umwelt und Verkehr führte.

V. Der Internationale Gerichtshof

Der Internationale Gerichtshof (**IGH**), der im April den 60. Jahrestag seiner Gründung beging, ist das einzige internationale Gericht mit universellem Charakter und genereller Jurisdiktion. 192 Staaten sind Vertragsparteien des Statuts, 65 davon unterwarfen sich gemäß Art 36 Abs 2 des Statuts seiner Gerichtsbarkeit.

Am 3. Februar wies der IGH die (neuerliche) Klage der Demokratischen Republik Kongo gegen Ruanda wegen bewaffneter Aktivitäten auf ihrem Gebiet in allen Punkten zurück. Keine der Grundlagen der Rechtsprechung, auf die sich die Demokratische Republik Kongo in ihrer Klage berief, könne aufrechterhalten werden. Es sei der Demokratischen Republik Kongo nicht gelungen zu beweisen, dass Ruanda völkerrechtlich bindende Verpflichtungen eingegangen sei, durch welche die Zuständigkeit des Gerichtshofs anerkannt wird. Somit besitze der IGH keine Zuständigkeit für diesen Rechtsstreit.

Der IGH lehnte ein Ersuchen Argentiniens zur Erlassung einstweiliger Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Bau von zwei Zellulosefabriken auf der uruguayischen Seite des Flusses Uruguay am 13. Juli ab. Die Entscheidung Uruguays über die Genehmigung zum Bau der Fabriken stelle keine unmittelbare Gefahr für das Ökosystem des Uruguay-Flusses oder für die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der auf der argentinischen Seite des Flusses ansässigen Menschen dar.

Dominica brachte eine Klage gegen die Schweiz wegen Verletzung des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen sowie anderer Abkommen in Hinblick auf den Vertreter Dominicas bei den VN in Genf ein, zog diese Klage kurze Zeit darauf aber zurück. Im Fall Anwendung der Völkermord-Konvention (Bosnien und Herzegowina gegen Serbien und Montenegro) wurden die Anhörungen am 9. Mai abgeschlossen. Vom 27. November bis 1. Dezember befasste sich der IGH mit den vorläufigen Einwänden der Demokratischen Republik Kongo gegen die Zuständigkeit des Gerichtshofs und der Frage der Zulässigkeit der seit 1998 anhängigen Klage Guineas im Fall Ahmadou Sadio Diallo (Guinea gegen Demokratische Republik Kongo).

VI. Die Sonderorganisationen und angeschlossenen Organisationen der Vereinten Nationen

1. Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen

Die Hauptaufgaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der VN (**FAO**) sind die globale Armuts- und Hungerbekämpfung auf normativer und operativer Ebene, die Unterstützung landwirtschaftlicher Strukturreformen, sowie die Stärkung des ländlichen Raums zur Gewährleistung der Ernährungssicherung. Belarus und Russland wurden als Mitglieder in die FAO aufgenommen.

Während des österreichischen EU-Ratsvorsitzes fanden mehrere erfolgreiche Konferenzen statt. Die Internationale Konferenz für Agrarreform und Ländliche Entwicklung in Porto Alegre (Brasilien) hielt in der Schlusserklärung für notwendige Landreformen den Zugang zu Land und das FAO-intern noch nicht hinlänglich definierte Konzept der Ernährungssouveränität sowie die Forderung nach fairem Handel und nachhaltiger Landwirtschaft und Entwicklung als Wege für die Hunger- und Armutsbekämpfung fest. Die 25. FAO-Regionalkonferenz für Europa in Riga beschäftigte sich mit der Rolle der FAO als Anbieter von öffentlichen Gütern, dem Beitrag der Ländlichen Entwicklung in Europa zu den Zielen der Welternährungsgipfel und zu den Millenniums-Entwicklungszielen sowie mit der Zusammenarbeit bei der Bewältigung der Vogelgrippe.

Bei der 32. Tagung des Komitees für Welternährungssicherung wurden vor allem die Themen Hilfe und Investition, Agrarreform und Ländliche Entwicklung sowie Handel und Globalisierung behandelt. Anlässlich der 131. Tagung des FAO-Rats wurde neben einem Hinweis auf die prekäre finanzielle Lage der Organisation der seit 2005 laufende FAO-Reformprozess behandelt, wobei die Übersiedlung des FAO-Regionalbüros für Europa von Rom nach Budapest festgehalten wurde.

Aus Anlass des diesjährigen FAO-Welternährungstags organisierte das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft in Zusammenarbeit mit dem Ökosozialen Forum Österreich eine Podiumsveranstaltung zum Thema „Ernährungssicherung durch Agrarinvestitionen“.

2. Internationale Arbeitsorganisation

Einen wesentlichen Schwerpunkt der Arbeit der Internationalen Arbeitsorganisation (**ILO**) bildete die Förderung der menschenwürdigen Arbeit zur weltweiten Verringerung von Arbeitslosigkeit und Armut. Im Februar wurde von der 94. (Seeschiffahrts-)Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz das Seearbeitsübereinkommen 2006 angenommen. Es soll menschen-

würdige Lebens- und Arbeitsbedingungen für Seeleute fördern und weltweit gerechtere Wettbewerbsbedingungen in der Schifffahrtsbranche herstellen.

Von der 95. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz wurden im Juni das Übereinkommen und die Empfehlung über einen Förderungsrahmen für den Arbeitsschutz sowie die Empfehlung betreffend das Arbeitsverhältnis angenommen. Weitere Schwerpunkte dieser Tagung bildeten die Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit sowie die Diskussion über Zwangsarbeit in Myanmar. Auf Einladung von Bundesminister Martin Bartenstein kam es anlässlich der Tagung zu einem informellen Treffen mit VertreterInnen der Länder des Westlichen Balkans zur Beratung über Flexibilität und Sicherheit bei der Beschäftigung in diesen Staaten.

3. Internationale Fernmeldeunion

Die Internationale Fernmeldeunion (**ITU**) mit Sitz in Genf ist eine Sonderorganisation der VN, in der Regierungs- und Industrievertreter gemeinsam die Errichtung und den Betrieb von globalen Telekommunikationsnetzen und -diensten koordinieren, insbesondere die Nutzung des Funkfrequenzspektrums und des Satellitenorbits. Als oberstes Organ der ITU tagte die vierjährlich zusammentretende Konferenz der Regierungsbevollmächtigten im November in Antalya (Türkei). Dabei wurde Hamadoun Touré (Mali) zum neuen ITU-Generalsekretär gewählt.

Die ITU gilt zusammen mit anderen Organisationen der VN als Initiator des Weltgipfels über die Informationsgesellschaft (WSIS), der in zwei Phasen abgehalten wurde, 2003 in Genf und 2005 in Tunis. In umfassender Beteiligung der Zivilgesellschaft sowie der Privatwirtschaft beschäftigte sich WSIS mit den neuen technologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen, die sich durch die Entwicklung der modernen Informationsgesellschaft stellen. Als besondere Problempunkte erwiesen sich die Bereiche Regulierung des Internet, Netzsicherheit, Rolle der Medien, Menschenrechte, geistiges Eigentum und die Frage der Finanzierung der vorgesehenen Maßnahmen für die Entwicklungsländer.

Während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft wurde am 17. Mai erstmals der Tag der Weltinformationsgesellschaft begangen. Im Herbst wurde das erste Forum für Internet-Verwaltung (IGF) zu Fragen wie Zugang zum Internet, Menschenrechte, Sicherheit, Spam, Sprachenvielfalt und lokale Inhalte in Athen abgehalten und soll sich jährlich in einem anderen Gastgeberland wiederholen.

4. Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung

Die zentrale Aufgabe des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (**IFAD**) ist die Mobilisierung von Ressourcen zur Unterstützung der ärmsten ländlichen Bevölkerungen in den Entwicklungsländern durch Gewährung von Darlehen zu sehr günstigen Bedingungen und von nicht zurückzuzahlenden Zuschüssen. Wesentliche Elemente dieser Strategie sind die Erleichterung des Zugangs zu Kleinkrediten, angepassten Technologien, fairen Märkten, Basisinfrastruktur, Gesundheitsdiensten und Grundschulbildung. In den letzten 25 Jahren finanzierte IFAD rund 600 Projekte im Wert von 7,7 Milliarden US-Dollar. Die Leistungen von IFAD ergänzen die Kredite der Weltbankgruppe und der regionalen Entwicklungsbanken. Österreich ist Gründungsmitglied von IFAD und hat bisher rund 34 Millionen Euro zum Kapital der Institution beigetragen.

5. Internationale Zivilluftfahrtorganisation

Im Mittelpunkt der Arbeit der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (**ICAO**) stand die Verbesserung von flugbetrieblichen Sicherheitsstandards. Zusätzlich wurde größtes Augenmerk auf die Erhöhung der Transparenz von Sicherheitsinformationen gelegt. Der öffentliche Zugang zu den Ergebnissen der Überprüfungen der Betriebssicherheit stellt einen Meilenstein zur weiteren Verbesserung der Sicherheitsstandards dar. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die strengeren Sicherheitsmaßnahmen an Bord von Flugzeugen. Neue Bestimmungen betreffen das Durchleuchten von Handgepäck nach Flüssigkeiten, Gels und Spraydosen, die zur Herstellung von gefährlichen Sprengstoffen an Bord verwendet werden könnten. Damit reagierte die ICAO auf die im August in Großbritannien aufgedeckten geplanten Anschläge mit Flüssigsprengstoffen.

Der ICAO-Rat wählte im März Roberto Kobeh González (Mexiko) zum Präsidenten und bestätigte Taieb Chérif (Algerien) in der Position des Generalsekretärs der ICAO. Österreich wirkte als Mitglied des ICAO-Rats und in der ersten Jahreshälfte auch als EU-Ratspräsidentschaft aktiv an den Reformvorhaben zur Verbesserung der Effizienz der ICAO mit.

6. Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Die Umsetzung der ambitionierten Mittelfristigen Strategie 2002-2007 mit dem Ziel, durch Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation zum Frieden und zur menschlichen Entwicklung beizutragen, wurde erfolgreich weitergeführt. Erste Schritte zur Reform im Bereich der Organisation der VN für Bildung, Wissenschaft und Kultur (**UNESCO**) wurden mit Ausnahme des Erziehungswesens zu Jahresende bereits umgesetzt.

Die Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen, welche durch die Überreichung der Ratifikationsurkunden der EG und von zwölf EU-Mitgliedstaaten in Paris am 18. Dezember die benötigte Anzahl von 30 Urkunden erreichte, wird im März 2007 in Kraft treten. Österreich schloss das innerstaatliche Ratifikationsverfahren am 7. August 2006 ab. Das Übereinkommen schafft die völkerrechtlich verbindliche Grundlage für das Recht aller Staaten auf eigenständige Kulturpolitik. Die EG wurde erstmals Vertragspartner eines Übereinkommens der UNESCO. Die Europäische Kommission wirkte als Beobachter im UNESCO-Kontext mit einem erweiterten Status sowohl als eigenständiger Verhandlungspartner als auch im Namen der EU-Mitgliedstaaten in den Verhandlungen mit. Ein Verhaltenskodex soll die Behandlung aller konventionsrelevanten Arbeitsprozesse zwischen Europäischer Kommission und EU-Mitgliedstaaten in den Gremien der UNESCO-Konvention regeln und koordinieren.

Die Internationale Konvention gegen Doping im Sport und die Konvention zum Schutz immateriellen Kulturerbes erhielten ebenfalls jeweils die in diesen Übereinkommen für das Inkrafttreten erforderlichen Ratifikationen und Beitritte. Die Konvention zum Schutz immateriellen Kulturerbes soll künftig in Ergänzung zur Welterbekonvention den weltweiten Schutz des geistigen und kulturellen Erbes gewährleisten. Für Österreich wurden die traditionellen Heilmethoden sowie lokal tradiertes bzw. vernachlässigtes Wissen über Präventions- und Bewältigungsstrategien im Umgang mit Naturgefahren als Schwerpunktthemen identifiziert.

Anlässlich der 30. Tagung des Welterbekomitees in Vilnius vom 8.–16. Juli wurden 18 weitere Kultur- und Naturerbestätten in die Welterbeliste aufgenommen, die nunmehr 830 Stätten aus 138 Ländern umfasst. Im Rahmen des Programms Mensch und Biosphäre (MAB) wurde der Wienerwald als Biosphärenpark und somit als schützenswerte Landschaft von der UNESCO anerkannt.

Die Assoziierung der UNESCO mit den Gedenktagen im Biennium 2006–2007 für Wolfgang Amadeus Mozart, Sigmund Freud und Bertha von Suttner konnte durch eine Reihe von Veranstaltungen in vielen Ländern sichtbar gemacht werden.

7. Weltgesundheitsorganisation

Margaret Chan (China) wurde als Nachfolgerin des im Mai verstorbenen Generaldirektors Lee Jong-wook am 9. November zur neuen Generaldirektorin der Weltgesundheitsorganisation (**WHO**) gewählt.

Die erste Konferenz der Vertragsparteien der **Tabakrahmenkonvention** tagte in Genf vom 6.–17. Februar. Bundesministerin Maria Rauch-Kallat sagte in ihrer Rede als EU-Ratspräsidentin die weitere Unterstützung der

EU im Kampf gegen den Tabakmissbrauch zu. Österreichs Rolle als EU-Ratsvorsitz wurde durch die Wahl zum Ersten Vizepräsidenten der Vertragsparteienkonferenz gewürdigt. Die Konferenz beschloss weiters die Errichtung eines Ständigen Sekretariats, von Arbeitsgruppen zu grenzüberschreitender Werbung und Schmuggel sowie einer Ad-hoc-Experten-gruppe über ökonomisch praktikable Alternativen zum Tabakanbau.

Auf der vom 22.–27. Mai abgehaltenen **59. Weltgesundheitsversammlung** thematisierte Bundesministerin Maria Rauch-Kallat als EU-Ratsvorsitzende den strategischen Bereich des Gesundheitspersonals. Weitere Schwerpunkte der Tagung waren die freiwillig vorgezogene Anwendung der internationalen Gesundheitsregeln, die Planung und Reaktion in Krisen- und Katastrophensituationen, die Ausrottung von Polio, internationaler Handel und Gesundheit, internationaler Urheberrechtsschutz sowie Prävention und Kontrolle sexuell übertragbarer Krankheiten.

Neben seinem Pflichtbeitrag zum WHO-Budget leistete Österreich an das Gemeinsame Programm der VN für HIV/AIDS (**UNAIDS**) einen freiwilligen Beitrag von 600.000 Euro für Aktivitäten in Mosambik, Namibia, Simbabwe und Südafrika.

8. Internationale Atomenergie-Organisation

Die 1957 gegründete Internationale Atomenergie-Organisation (**IAEO**) hat ihren Sitz in Wien und beschäftigt derzeit rund 2.200 Personen. Hauptaufgabe der IAEO ist die weltweite Förderung von Forschung und Entwicklung der friedlichen Nutzung von Kernenergie und ihrer vielfältigen praktischen Anwendungen sowie die Verifikation der Einhaltung der Verpflichtungen des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (**NPT**).

Die 50. Generalkonferenz der IAEO war von der Diskussion über Regional-konflikte geprägt, insbesondere im Nahen Osten. Das beherrschende Thema des Jahres war das Nuklearprogramm des Iran (siehe Kapitel E.III.3.3.). Österreich unterstützte den Aufbau des neuen Sicherheitskontrollsystems der IAEO und arbeitete auch heuer im Namen der EU eine Resolution zu diesem Thema aus, die nach umfangreichen Konsultationen im Konsens angenommen werden konnte.

Eine zentrale Rolle spielt dabei das Zusatzprotokoll zu den bestehenden Sicherheitskontrollabkommen, das den Staaten umfangreichere Informationspflichten auferlegt und den IAEO-InspektorInnen raschen und ungehinderten Zugang zu sensiblen Nuklearanlagen ermöglicht. Dies wird der IAEO in Zukunft einen umfassenderen Einblick als bisher in sämtliche nukleare Aktivitäten der Mitgliedsländer ermöglichen. Der zweite Schwerpunkt Österreichs lag erneut im Bereich der nuklearen Sicherheit. Darüber hinaus wurde die Einrichtung einer Brennstoffbörse bei der IAEO diskutiert, die

jenen Ländern, die sich für Nuklearenergie entschieden haben, eine kontrollierte Versorgung mit schwach angereichertem Uran garantiert.

Der IAEO-Gouverneursrat wählte Österreich im September für zwei Jahre zu einem seiner 35 Mitglieder und den österreichischen Gouverneur Thomas Stelzer zu einem der beiden Vizevorsitzenden.

9. Weltorganisation für Tourismus

Die Weltorganisation für Tourismus (**UNWTO**) ist die führende internationale Organisation auf dem Gebiet Reisen und Tourismus und dient als globales Forum für Tourismuspolitik, Tourismus-Know-how und Statistiken. Die UNWTO mit Sitz in Madrid ist seit 2003 eine Sonderorganisation der VN. Österreich ist seit 1975 Vollmitglied und seit 1995 Mitglied im Programmkomitee, wo es seit September 1999 den Vorsitz innehat.

Beim ersten Seminar zum Thema „Ethik im Tourismus“ wurden die Grundprinzipien des im Jahr 1999 verabschiedeten Globalen Ethik-Kodex für den Tourismus ausgewertet. Mit dem Unternehmen Microsoft wurde ein Abkommen zur Förderung der Informations- und Kommunikationstechnologie im Tourismus unterzeichnet. Durch die Lieferung von Systemen und Programmen soll die Wettbewerbsfähigkeit und Qualität des Tourismusangebots in den Wachstumsmärkten, mit Schwerpunkt Afrika, unterstützt werden.

10. Weltpostverein

Die Strategiekonferenz des Weltpostvereins (**UPU**) fand in Dubai vom 14.–16. November statt und bildet die Grundlage für die so genannte Weltpoststrategie. In dieser werden die postalischen Schwerpunkte und die Ausrichtung des Weltpostvereins für die nächsten Jahre festgelegt. Die Weltpoststrategie ist ein wichtiger Themenbereich des nächsten Weltpostkongresses (Nairobi 2008). Erörtert wurden unter anderem Fragen der Globalisierung, der verstärkte Einsatz neuer Technologien, der zunehmende Wettbewerb im Postbereich, Erfordernisse für Postkunden, die Rolle des Postsektors in der Informationsgesellschaft sowie postalische Reformen.

11. Weltorganisation für Meteorologie

Die Weltorganisation für Meteorologie (**WMO**) unterstützt und koordiniert den weltweiten Ausbau eines meteorologischen und hydrologischen Mess- und Beobachtungsnetzes. Darüber hinaus sorgt sie für einen effizienten Datenaustausch, etwa in den Bereichen Luftfahrt, Schifffahrt sowie Landwirtschaft, und arbeitet sowohl an der Standardisierung der globalen Wetterbeobachtung als auch an der Entwicklung von Frühwarnsystemen für

Seebeben und Tsunamis. Durch ihre zahlreichen Programme und Aktivitäten schafft die WMO wesentliche Voraussetzungen für den Umweltschutz.

F. Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen

Die Stärkung und Weiterentwicklung des Systems der internationalen Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen ist ein erklärtes Ziel der österreichischen Außenpolitik. Österreich trat während der EU-Ratspräsidentschaft für möglichst progressive gemeinsame Positionen innerhalb der EU sowie für die Universalisierung der entsprechenden Verträge und Übereinkommen ein.

I. Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der Massenvernichtungswaffen

1. Nukleare Waffen

Der „Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen“ (**NPT**) ist die völkerrechtliche Grundlage für das internationale Nuklearregime. Der Vertrag stellt mit 189 Vertragsstaaten den Eckpfeiler der nuklearen Nichtverbreitung dar, verpflichtet seine Mitglieder zum Verzicht auf Atomwaffen und schreibt gleichzeitig das Recht auf friedliche Nutzung der Atomenergie fest. Die fünf im NPT anerkannten Nuklearwaffenstaaten China, Frankreich, Großbritannien, Russland und USA verpflichten sich im Gegenzug zur nuklearen Abrüstung und zum Ziel der vollständigen Eliminierung von Nuklearwaffen. Indien, Israel und Pakistan sind die einzigen Staaten außerhalb des NPT. Die Demokratische Volksrepublik Korea hatte zwar 2003 den Austritt aus dem Vertrag bekannt gegeben, dieser wird jedoch international nicht anerkannt.

Die letzte Überprüfungskonferenz zum NPT hatte 2005 ohne Ergebnis geendet. Es gab unüberbrückbare Differenzen zwischen Nuklearwaffenstaaten einerseits, die primär über Nichtverbreitungsfragen diskutieren wollten, und den übrigen NPT-Mitgliedern andererseits, die vermehrte Abrüstungsbemühungen der Nuklearwaffenstaaten einforderten. Grundlage für das Vorgehen der EU stellt die Gemeinsame Position für die NPT-Überprüfungskonferenz 2005 dar. Der nächste Überprüfungszyklus des NPT beginnt mit der ersten Vorbereitungskonferenz in Wien vom 30. April bis 11. Mai 2007.

2. CTBT

Der Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (**CTBT**) sieht ein Verbot aller mit einer nuklearen Kettenreaktion verbundenen

Atomtests sowie aller sonstigen nuklearen Explosionen vor. Der Vertrag feierte das zehnjährige Jubiläum seines Bestehens. Staatssekretär Hans Winkler eröffnete in Wien Ende August ein wissenschaftliches Symposium zu „Synergien von CTBT und der Wissenschaft 1996-2006“. Bisher haben 177 Staaten den CTBT unterzeichnet und 137 ratifiziert, darunter 34 der 44 im Annex 2 des Vertrags namentlich genannten Schlüsselstaaten, deren Ratifikation für das Inkrafttreten des Vertrags erforderlich ist. Unter dem Eindruck der nordkoreanischen nuklearen Aktivitäten appellierten im Herbst viele Signatarstaaten des Vertrags erneut an die Schlüsselstaaten, insbesondere an die Demokratische Volksrepublik Korea, den Vertrag baldmöglichst zu ratifizieren. Österreich hatte den CTBT am 13. März 1998 ratifiziert.

Das Provisorische Technische Sekretariat (**PTS**) der Vorbereitungskommission für die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (**CTBT PrepCom**) ist seit März 1997 in Wien tätig und beschäftigt rund 270 MitarbeiterInnen. Seine Hauptaufgabe ist der Aufbau des im Vertrag vorgesehenen Verifikationssystems mit weltweit 321 Überwachungsstationen, 16 Radionuklid-Labors und einem Internationalen Datenzentrum in Wien. Anlässlich des 27. Treffens der CTBT PrepCom wurde die Installation von 75% der internationalen Überwachungsstationen bekannt gegeben. Seismische Daten werden regelmäßig an ein Tsunami-Warnsystem geliefert. Die einzige in Österreich vorgesehene Einrichtung eines Verifikationssystems ist das Radionuklid-Labor in Seibersdorf.

3. Genfer Abrüstungskonferenz

Die Genfer Abrüstungskonferenz (**CD**), bestehend aus 65 Mitgliedstaaten (Österreich seit 1996), zeichnete sich durch einen wesentlich höheren Aktivitätsgrad als in den Jahren zuvor aus. Die Verabschiedung eines Arbeitsprogramms und der Verhandlungsbeginn gelangen zwar weiterhin nicht, es fanden jedoch strukturierte Debatten zu den großen Themen der CD wie nukleare Abrüstung, Vertrag über das Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Kernwaffen oder andere Kernsprengkörper (FMCT), negative Sicherheitsgarantien und die Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum (PAROS) statt. Der österreichischen Präsidentschaft gelang erstmals seit 2002 die Einigung auf fünf gemeinsame Erklärungen der EU. Damit konnte sich die Union wieder als gestaltender Akteur der CD etablieren.

4. Chemiewaffenkonvention

Die 1997 in Kraft getretene Chemiewaffenkonvention (**CWK**) führte ein strafrechtlich zu verfolgendes Verbot sämtlicher Chemiewaffen ein und schreibt die phasenweise Vernichtung bestehender Chemiewaffen vor. Mit sechs neuen Staaten umfasst die CWK nunmehr 181 Vertragsstaaten und

nähert sich somit stetig ihrem Ziel der weltweiten Befreiung von Chemiewaffen. Bei der Vernichtung bestehender Arsenale in Albanien, Indien, der Republik Korea, Libyen, Russland und den USA gab es deutliche Fortschritte. Von den in diesen Staaten deklarierten Chemiewaffen von insgesamt 71.373 Tonnen sind bereits 15.629 Tonnen bzw. 22% der gemeldeten Bestände vernichtet. Vom vorgegebenen Ziel der CWK, alle Bestände bis 29. April 2007 zu vernichten, sind die Besitzerstaaten, allen voran Russland und die USA, jedoch weit entfernt. Beide Staaten suchten bereits um Verlängerung dieser Frist bis zum letztmöglichen Zeitpunkt, dem 29. April 2012, an.

Mit einer neuerlichen Gemeinsamen Aktion unterstützte die EU die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (**OPCW**) mit rund 1,7 Millionen Euro.

5. Übereinkommen über das Verbot von biologischen Waffen und Toxinwaffen

Das Übereinkommen aus 1972 umfasst ein Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung biologischer Waffen und von Toxinwaffen (**BTWK**). Nach dem Scheitern der Bemühungen um Stärkung der BTWK durch Einrichtung eines Verifikationsmechanismus im Jahr 2001 konnten erstmals wieder Erfolge erzielt werden. Die 5. Überprüfungskonferenz der BTWK vom 20. November bis 8. Dezember endete mit einem substanziellen Abschlussdokument mit folgenden Neuerungen: ein intersessionales Arbeitsprogramm für den Zeitraum 2007-2011, die Schaffung einer Sekretariats-einheit (Implementation Support Unit) sowie ein verstärktes Bemühen um die weitere Universalisierung der BTWK. Erstmals seit 1996 gelang die Verabschiedung eines Dokumentes zur Überprüfung der gesamten Konvention.

Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft konnte nach umfassenden EU-internen Vorbereitungen bei der Überprüfungskonferenz als konstruktiver Akteur auftreten und die meisten der in der Gemeinsamen Position vom 20. März festgeschriebenen Ziele erreichen.

6. Ballistische Raketen

Der Haager Verhaltenskodex gegen die Verbreitung ballistischer Flugkörper (**HCOC**), das einzige normative Instrument der Nichtverbreitung von ballistischen Raketen und Marschflugkörpern, umfasst 126 Mitgliedstaaten. China, Indien, Israel, Demokratische Volksrepublik Korea, Pakistan und Syrien haben den Kodex noch nicht unterzeichnet. Österreich ist Sitz des Exekutivsekretariats des Haager Kodex (Abrüstungsabteilung im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten). Im Vordergrund dieses politisch verbindlichen multilateralen Abkommens stehen vertrauensbildende Maß-

nahmen, beispielsweise die Vorankündigung von Raketenstarts und jährliche Meldungen von Weltraumprogrammen.

Das reguläre Jahrestreffen der Teilnehmerstaaten fand unter marokkanischem Vorsitz in Wien vom 22.–23. Juni statt. Im Zentrum des Treffens standen Universalisierungsbestrebungen, Lobby- und Informationsarbeit mit einem künftigen Fokus des Vorsitzes auf Afrika und den Nahen Osten wie auch eine verbesserte Umsetzung der Normen des HCOG.

II. Beschränkung und Kontrolle konventioneller Waffen

1. Antipersonenminen

Die Antipersonenminen-Verbotskonvention von Ottawa (Ottawa-Konvention) wurde 1997 unterzeichnet, trat 1999 in Kraft und umfasst derzeit 152 Vertragsparteien. Österreich ist als einer der führenden Staaten des Ottawa-Prozesses dem Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und deren Vernichtung besonders verpflichtet. Die aktive Mitwirkung im internationalen Prozess zur Durchführung der Konvention sowie zur Umsetzung des österreichischen Minenaktionsprogramms wurde fortgesetzt. Seit 1999 wurden im Rahmen eines eigenen Budgetansatzes dafür Mittel zur Verfügung gestellt, 2006 rund 1,4 Millionen Euro. Die regionale Schwerpunktsetzung, insbesondere in Südosteuropa und Afrika, erfolgte unter Berücksichtigung der Prioritäten der Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Aspekte, wobei vor allem die Ausbildung zur selbstständigen Entminung, Bewusstseinsbildung, die Rehabilitation von Landminenopfern und die Universalisierung der Konvention gefördert wurden. Im September übernahm Österreich den Vorsitz im Komitee für Minenopferhilfe mit einem ambitionierten Programm zur bestmöglichen Förderung des multilateralen Prozesses und einem Schwerpunkt auf Umsetzung der Konvention in den am schwersten betroffenen Ländern.

2. Besonders verletzend konventionelle Waffen

Bei der Dritten Überprüfungskonferenz des Übereinkommens über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (CCWC) in Genf vom 7.–17. November wurde Einigung über ein Dokument zur Überprüfung der CCWC, einen Mechanismus zur Sicherstellung der Einhaltung der Konvention und seiner Protokolle, einen Aktionsplan zur Universalisierung des Übereinkommens sowie ein Diskussionsmandat zu Streumunition erzielt. Die seit fünf Jahren geführten Verhandlungen über ein Protokoll zu Antifahrzeugminen (MOTAPM) scheiter-

ten hingegen. Am 12. November trat das bereits 2003 beschlossene Protokoll V der Konvention betreffend explosive Kampfmittelrückstände in Kraft. Eine parlamentarische EntschlieÙung vom 12. Juli forderte die Bundesregierung zum Einsatz, insbesondere im Rahmen der CCWC, für ein Verbot von Streumunition mit einer unakzeptabel hohen Blindgängerrate auf. Österreich verfolgt federführend das Ziel eines völkerrechtlich verbindlichen Vertrages betreffend Streumunition und fordert gemeinsam mit 26 anderen Staaten, darunter 15 EU-Mitgliedstaaten, die Aufnahme von Verhandlungen innerhalb der CCWC. Darüber hinaus gab Österreich gemeinsam mit 24 Staaten bei der Überprüfungskonferenz eine gemeinsame Erklärung ab, in der ein Verbot des Einsatzes von Streumunition innerhalb von Konzentrationen von Zivilpersonen sowie ein Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung, des Handels und des Einsatzes von Streumunition, die ein besonders großes humanitäres Risiko aufweist, gefordert werden.

Die Ereignisse im Libanon im Sommer verdeutlichten die Dringlichkeit des Handelns. Nach Schätzungen der VN setzte Israel zwischen 700.000 und einer Million individuelle Sprengkörper ein. Ein hoher Prozentsatz dieser Sprengkörper wirkt ähnlich wie Antipersonenminen. Österreich stellte 400.000 Euro für die Räumung von Sprengkörpern sowie Hilfestellung für Opfer im Libanon zur Verfügung.

3. Kleinwaffen und leichte Waffen

Fünf Jahre nach Annahme des Aktionsprogramms der VN gegen den unerlaubten Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen (**KLW**) fand die erste Überprüfungskonferenz in New York vom 26. Juni bis 7. Juli statt. Ein Schlussdokument scheiterte vor allem am Widerstand der USA gegen eine substanzielle Weiterverfolgung im VN-Rahmen, aber auch am mangelnden politischen Willen von China, Indien, Iran, Kuba, Pakistan, Russland, Südafrika und Venezuela bezüglich verstärkter Kontrollen von unerlaubten Waffentransfers. Dennoch fand die Konferenz große internationale Beachtung und bestätigte die Gültigkeit und Wirksamkeit des Aktionsprogramms als Bezugssystem für die Bekämpfung des unerlaubten Handels mit KLW, welche mit rund 500.000 Opfern jährlich zunehmend als die eigentlichen Massenvernichtungswaffen bezeichnet werden.

Unter österreichischer EU-Ratspräsidentschaft konnte die EU ihre Führungsrolle im KLW-Prozess ausbauen. Gemeinsam mit den von der Problematik am meisten betroffenen Ländern Afrikas und Lateinamerikas gelang die Thematisierung der Schwerpunkte der Union: Transferkontrollen, Kennzeichnung und Rückverfolgung, Regelungen für Vermittlungsgeschäfte, Munition, Einbeziehung von KLW-Maßnahmen in Entwicklungshilfe sowie die Weiterverfolgung des KLW-Prozesses. Ein weltweites Lobbying der österreichischen Präsidentschaft schuf die Voraussetzungen dafür. Staatssekretär Hans Winkler betonte, dass die unkontrollierte Verbreitung von

KLW eine Bedrohung für Frieden, Entwicklung, Demokratie und Menschenrechte darstelle.

Österreich förderte Projekte zur Zerstörung von KLW in Kasachstan und in der Ukraine und unterstützte eine Studie des Instituts der VN für Abrüstungsforschung (UNIDIR).

4. Ausfuhrkontrolle konventioneller Waffen

Die Rechtsgrundlage für die Ausfuhr von Ausrüstung, die vom Verhaltenskodex der EU für Waffenausfuhren erfasst sind, stellen in Österreich das Außenhandelsgesetz 2005 (BGBl I 50/2005) und – als *lex specialis* für Kriegsmaterial – das Kriegsmaterialgesetz (BGBl I 540/1977 in der Fassung BGBl I 50/2005) dar. Die neue Außenhandelsverordnung (gemäß § 4 Abs 2 AußHG 2005, BGBl II 121/2006) trat mit 18. März in Kraft. Bewilligungspflichtige Rüstungsgüter werden in § 1 Abs 1 der Außenhandelsverordnung in Verbindung mit der Anlage bestimmt, welche dem aktuellen Stand der „Wassenaar Militärgüterliste“ und der EU-Militärgüterliste entspricht.

Mit dem 1998 angenommenen, politisch verbindlichen Verhaltenskodex verpflichteten sich die EU-Partner zur Einhaltung bestimmter Standards bei der Ausfuhr von konventionellen Rüstungsgütern. Zu diesem Zweck enthält der EU-Verhaltenskodex Kriterien, die von den Mitgliedstaaten jeder Entscheidung über einzelne Ausfuhranträge zu Grunde zu legen sind. In seinem operativen Teil führte der EU-Verhaltenskodex ein Informations- und Konsultationsverfahren ein. Nationale Daten werden in einem jährlichen konsolidierten Jahresbericht zusammengefasst. Dadurch wird EU-weit die Transparenz von Rüstungsausfuhrkontrollen erhöht, deren Harmonisierung vorangetrieben und die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen gefördert.

Die Ratsarbeitsgruppe „Ausfuhr konventioneller Waffen“ erzielte wesentliche Fortschritte bei der Aktualisierung und Erweiterung des für die Durchführung der operativen Bestimmungen des Kodex wesentlichen Benutzerleitfadens. Darüber hinaus wurde der achte EU-Jahresbericht verbessert. Weiterhin ausständig ist jedoch die politische Annahme des überarbeiteten und inhaltlich auch auf die Kontrolle von Vermittlungsgeschäften, von Transit und Technologietransfer ausgeweiteten Kodex als rechtlich verbindlicher Gemeinsamer Standpunkt.

Zur Propagierung der Initiative zur Schaffung eines Vertrags über den Waffenhandel wurde unter anderem eine eigene Kontaktgruppe eingerichtet.

III. Multilaterale Exportkontrollregime

Vorrangiges Ziel der bestehenden **fünf Kontrollregime** ist es, durch die Koordination nationaler Exportkontrollen zu verhindern, dass sensible

Technologie und Know-how in die Hände von Staaten geraten, die damit militärische Zwecke verfolgen könnten (Non-Proliferation). Hauptinstrumente dieser Regime sind Listen mit relevanten Waren bzw. Substanzen sowie Richtlinien betreffend den Export in Nicht-Mitgliedstaaten. Österreich gehört allen fünf Regimen an. Die innerstaatliche Umsetzung ihrer Regeln erfolgt im Wesentlichen im Rahmen des Außenhandelsgesetz 2005.

Im Nuklearbereich bestehen das Zangger-Komitee (**ZC**) und die Gruppe der (wichtigsten) nuklearen Lieferländer (**NSG**) mit 35 bzw. 44 Mitgliedern. Diese führen Kontrolllisten sensibler nuklearer Güter und Ausrüstungen mit dem Ziel, insbesondere Urananreicherung und Plutoniumverarbeitung für nicht friedliche Zwecke zu verhindern. Auf dem Gebiet der chemischen und biologischen Waffen nimmt die 39 Mitglieder umfassende Australien-Gruppe (**AG**) eine ähnliche Funktion ein; über die Aufnahme von Kroatien und Russland konnte keine Einigung erzielt werden. Das 34 Mitglieder umfassende Trägertechnologie-Kontrollregime (**MTCR**) kontrolliert die Verbreitung von nuklearwaffenfähiger Raketentechnologie (Raketen mit Steuerungssystemen und Marschflugkörpern); über die Aufnahme von zwölf Staaten, darunter sieben EU-Mitgliedstaaten und Rumänien, konnte keine Einigung erzielt werden.

Das Wassenaar Arrangement (**WA**), dessen Sekretariat in Wien seinen Sitz hat, fördert die Sicherung des Friedens durch erhöhte Transparenz und Vermeidung destabilisierender Ansammlungen konventioneller Waffen sowie doppelverwendungsfähiger Güter und Technologien. Südafrika wurde als 40. Teilnehmerstaat aufgenommen; über die Aufnahme Zyperns wurde keine Einigung erzielt. Eine Reihe von Ergänzungen der Kontrolllisten wurde zur effektiven Begegnung der technologischen Entwicklung und internationalen Sicherheitslage beschlossen. Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des WA eröffnete Staatssekretär Hans Winkler am 7. Dezember einen Festakt im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten.

G. Der internationale Schutz der Menschenrechte

I. Einleitung

Die Förderung der weltweiten Umsetzung internationaler Menschenrechtsstandards gehört zu den zentralen Anliegen Österreichs. Schwerpunktthemen waren die Abschaffung der Todesstrafe, der Schutz von Minderheiten, die Rechte von Frauen und Kindern, insbesondere in bewaffneten Konflikten, die Situation von Binnenvertriebenen, die Unterbindung von Menschenhandel, die Förderung von Demokratisierung und Guter Regierungsführung, Menschenrechtsbildung und humanitäres Völkerrecht. Österreich setzte insbesondere während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft wichtige Akzente in den mit Menschenrechten befassten EU-Gremien, im Rahmen internationaler Organisationen wie VN, Europarat und OSZE sowie in bilateralen politischen Dialogen mit Regierungen in aller Welt. Weiters engagierte sich Österreich intensiv für die Stärkung der Bürgergesellschaft sowie für im Menschenrechtsbereich aktive NGOs.

II. Menschenrechte in der Europäischen Union

1. Die EU-Menschenrechtspolitik

Die Entwicklung und Festigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sind eine Zielsetzung der GASP der Union. Fragen der EU-Menschenrechtspolitik werden von den EU-MenschenrechtsdirektorInnen in der Ratsarbeitsgruppe „Menschenrechte“ (COHOM) und in Zusammenarbeit mit geographischen Ratsarbeitsgruppen sowie dem von der Europäischen Kommission geleiteten Ausschuss für Menschenrechte und Demokratisierung behandelt. Als erster EU-Ratsvorsitz verankerte Österreich Menschenrechte als eigenes Kapitel im Vorsitzprogramm. Diesem Programm folgend setzte sich Österreich für eine bessere Integration der Menschenrechte in alle EU-Politikbereiche ein und führte eine Evaluierung der EU-Leitlinien zu MenschenrechtsverteidigerInnen sowie eine Kampagne zum Schutz von Frauen als Menschenrechtsverteidigerinnen durch. Österreich engagierte sich als Ratsvorsitz für die Umsetzung der Resolution 1325 (2000) des VN-SR zur Rolle der Frauen in Postkonfliktsituationen; und setzte sich in mehr als 100 Demarchen und öffentlichen Erklärungen für die Menschenrechte von Einzelpersonen auf der ganzen Welt ein. Der österreichische EU-Ratsvorsitz bemühte sich auch intensiv um Fortschritte in den Verhandlungen zur Schaffung der EU-Grundrechteagentur. Darüber hinaus war Österreich als Vertreter der EU maßgeblich am erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen zur Errichtung des Menschenrechtsrates der VN (MRR) im März beteiligt.

1.1. Die Integration von Menschenrechten in die ESVP

Im Zuge der Bemühungen um eine bessere Integration von Menschenrechten in alle Arbeitsbereiche der EU setzte sich der österreichische EU-Ratsvorsitz besonders für die Integration von Menschenrechtsaspekten bei der Planung und Durchführung von ESVP-Missionen ein. Am 1. Juni nahm das PSK das Papier „Mainstreaming von Menschenrechten in der ESVP und anderen EU-Politikbereichen“ an; im September wurde das darauf aufbauende Non-Paper (Diskussionspapier) „Mainstreaming von Menschenrechten in der EVSP“ vorgestellt, welches eine umfassende Integration von Menschenrechten in die Planung, Implementierung und Bewertung von ESVP-Missionen vorsieht. Ein Schwerpunkt der Bemühungen wurde im Bereich von Frauen- und Kinderrechten gesetzt. Die im Herbst 2005 begonnene Umsetzung der Resolution 1325 (2000) des VN-SR wurde forciert, welche die Einbindung von Frauen in Friedensprozesse und -missionen sowie Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Mädchen in Konflikt- und Postkonfliktsituationen vorsieht. Darüber hinaus initiierte der österreichische Ratsvorsitz neben einer Prüfliste zu Kindern in bewaffneten Konflikten im Juni auch eine Prüfliste zu Frauen in ESVP-Friedensoperationen, die schließlich im November vom Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen angenommen wurde.

1.2. EU-Leitlinien

Zu den im Dezember 2003 auf österreichische Initiative erstellten **Leitlinien für den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten** wurden unter österreichischer Ratspräsidentschaft Umsetzungsstrategie und eine Prüfliste zur Integration dieser Leitlinien in ESVP-Operationen erstellt. Die weltweite Abschaffung der Todesstrafe ist für Österreich eine Priorität der Menschenrechtspolitik. Dieses Ziel verfolgte Österreich während des österreichischen Ratsvorsitzes zum einen mit Demarchen auf Grundlage der **Leitlinien für eine Unionspolitik gegenüber Drittländern betreffend die Todesstrafe**, zum anderen mit einer verstärkten Thematisierung in regionalen und internationalen Gremien. Österreich initiierte in mehr als 50 Einzelfällen von zum Tode verurteilten Personen Demarchen und trat wiederholt mit Erklärungen an die Öffentlichkeit. Bundesministerin Ursula Plassnik bekräftigte in ihrer Erklärung zum 4. Welttag gegen die Todesstrafe am 10. Oktober, dass der Kampf gegen die Todesstrafe ein Kernanliegen der österreichischen Menschenrechtspolitik bleibe. Bezüglich der **Leitlinien gegen Folter** initiierte der österreichische Ratsvorsitz Demarchen in mehr als 40 Ländern zur Gewährung einer Besuchserlaubnis für den VN-Sonderberichterstatter zu Folter, zur Ratifikation der VN-Antifolterkonvention und zur Einhaltung der einschlägigen Berichtspflicht. Die Umsetzung der **Leitlinien zum Schutz und zur Förderung von MenschenrechtsverteidigerInnen** stellte einen Schwerpunkt des österreichischen und finnischen Ratsvorsitzes dar. Unter österreichischem Ratsvorsitz wurden diese Leitlinien einer Evaluie-

rung unterzogen. Zudem fand eine weltweite Kampagne zum Schutz von Frauen als Menschenrechtsverteidigerinnen statt. Die österreichischen Botschaften intensivierte ihre Kontakte zu lokalen Menschenrechtsverteidigerinnen und erkannten deren Arbeit öffentlich an. Bundesministerin Ursula Plassnik und Staatssekretär Hans Winkler trafen im Rahmen des EU-LAC-Gipfels und des Troika-Besuchs im Südkaukasus mit lokalen Menschenrechtsverteidigerinnen zusammen. Interventionen zugunsten akut bedrohter Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger führten unter anderem zu Freilassungen in Kambodscha, Nepal und Usbekistan.

1.3. Die EU-Grundrechteagentur

Der Rat für Justiz und Inneres einigte sich am 4. Dezember auf die Schaffung und das Mandat einer **EU-Grundrechteagentur** mit Sitz in Wien. Der Europäische Rat hatte im Dezember 2003 entschieden, die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) in eine Grundrechteagentur umzuwandeln. Der politischen Einigung waren intensive Verhandlungen in der zuständigen Ad-hoc-Ratsarbeitsgruppe „Grundrechte und Unionsbürgerschaft“ während der österreichischen und finnischen EU-Ratsvorsitze vorangegangen. Österreich war dabei um ein möglichst breites Mandat der Agentur bemüht, setzte sich durch die Erarbeitung von Kompromisslösungen jedoch auch für einen raschen Fortschritt in den Verhandlungen ein.

Das wichtigste Aufgabengebiet der Agentur wird die Beratung von EU-Institutionen und EU-Mitgliedstaaten bei der Schaffung und Umsetzung von EU-Recht sein. Durch Sammeln von Daten sowie Erstellen von Analysen, Gutachten und Empfehlungen soll die Agentur die EntscheidungsträgerInnen in der EU unterstützen und zur erhöhten Kohärenz der EU-Menschenrechtspolitik beitragen. Gemäß der erzielten Einigung wird die Agentur im Bereich des Gemeinschaftsrechts (Erste Säule) und mit Zustimmung der betroffenen EU-Institution bzw. des EU-Mitgliedstaats auch im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit (Dritte Säule) tätig sein. Die Agentur soll keine laufende Überprüfung (Monitoring) der allgemeinen Menschenrechtssituation in den Mitgliedstaaten durchführen und zur Vermeidung von Duplizierung eng mit anderen Einrichtungen, insbesondere dem Europarat, zusammenarbeiten. Die anlässlich der Errichtung der Grundrechteagentur gegründete innerstaatliche Arbeitsgruppe mit VertreterInnen aller betroffenen Ressorts trug sowohl national als auch in entsprechenden europäischen Foren zu einem erfolgreichen geschlossenen Auftreten Österreichs bei.

Das **achte EU-Menschenrechtsforum** zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen EU-Mitgliedstaaten, Institutionen der Union und VertreterInnen der Zivilgesellschaft fand im Dezember in Helsinki statt und widmete sich dem Thema der Integration von Menschenrechtsaspekten in alle EU-

Politikfelder. Darüberhinaus wurden Arbeitsgruppen zu den Themen Menschenrechte und Krisenmanagement, MenschenrechtsverteidigerInnen sowie Menschenrechte und Terrorismus-bekämpfung organisiert.

Die Aktualisierung der auf eine Initiative Österreichs zurückgehenden **Menschenrechtsländerblätter** (Fact Sheets) durch die EU-Missionschefs in Drittländern wurde fortgesetzt.

Die Umsetzung von konkreten Projekten und Programmen im Bereich der EU-Menschenrechtspolitik erfolgt durch die Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte. EIDHR-Projekte werden zum überwiegenden Teil öffentlich ausgeschrieben und von NGOs durchgeführt. Im Rahmen der Neuordnung der EU-Außeninstrumente im Herbst wurde auch ein neues Instrument zu Demokratisierung und Menschenrechte verhandelt, das im Dezember vom Rat der EU beschlossen wurde. Das neue Instrument soll finanziell aufgestockt und neben Menschenrechten auch verstärkt Demokratieförderung und EU-Wahlbeobachtungen in Drittstaaten unterstützen.

In Umsetzung der Wiener Erklärung vom 10. Dezember 1998 wurde der von allen EU-Partnern in gemeinsamer Arbeit verfasste achte **EU-Jahresbericht 2006 zur Menschenrechtslage** verabschiedet.

Ein wichtiger Bereich in der Umsetzung der EU-Menschenrechtspolitik sind die von der Europäischen Kommission organisierten **EU-Wahlbeobachtungsmissionen**. Die EU entsandte seit 2000 rund 50 Wahlbeobachtungsmissionen. Im Rahmen des von der EU eingerichteten Projekts „Netz von Europäern für die Unterstützung von Wahlen und Demokratie“ (NEEDS) werden Trainingsseminare für WahlbeobachterInnen angeboten. NEEDS-Seminare werden unter anderem auch im Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) abgehalten. Über 70 ÖsterreicherInnen kamen bei Wahlbeobachtungsmissionen der EU in Bolivien, Fidschi, Indonesien, Jemen, Kongo, Mauretanien, Mexiko, Nicaragua, Sambia, Uganda und Venezuela sowie im Westjordanland und im Gaza-Streifen zum Einsatz.

2. Strukturierte Menschenrechtsdialoge

Im Dezember 2001 verabschiedete die EU **Leitlinien für Dialoge im Bereich der Menschenrechte**. Dabei wurden unterschiedliche Dialogformen identifiziert: strukturierte Menschenrechtsdialoge, Ad-hoc-Dialoge, Dialoge mit Staatengruppen (beispielsweise auf Grund des Cotonou-Abkommens oder im Rahmen des Barcelona-Prozesses) sowie Expertentreffen mit gleichgesinnten Staaten im Vorfeld von menschenrechtlichen Großveranstaltungen.

Der seit 1995 stattfindende **strukturierte Menschenrechtsdialog EU-China** wurde durch Treffen im Mai und Oktober fortgesetzt. Die Dialogrunde im Mai fand unter österreichischem EU-Ratsvorsitz in Wien statt. Ergänzend

zu den Treffen auf Regierungsebene fanden Expertenseminare mit TeilnehmerInnen aus dem akademischen Bereich, NGOs und offiziellen VertreterInnen der EU und Chinas statt. Die dabei regelmäßig angesprochenen Fragen betreffen die chinesische Ratifikation des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte, die Kooperation mit VN-Menschenrechtsmechanismen, die Reform des Systems „Umerziehung durch Arbeit“, die Reform des Justizsystems, die Entwicklungen in Tibet und Xinjiang, die Verfolgung von AnhängerInnen der Demokratiebewegungen, von religiösen Gruppen und der Falun-Gong-Bewegung sowie die Themen Folterverbot, Todesstrafe und Religionsfreiheit. Die EU spricht auch regelmäßig menschenrechtliche Einzelfälle an. Der Dialog wird vom Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen als wichtige Informationsplattform und Instrument der Zusammenarbeit mit China gesehen.

Der seit Ende 2002 laufende **Menschenrechtsdialog EU-Iran** kam nach der vierten Runde im Juni 2004 praktisch zum Erliegen. Der Iran zeigte im Frühjahr Interesse an der Wiederaufnahme des Menschenrechtsdialogs. Während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft konnte nach mehreren Jahren Stillstand mit der Einigung über die Modalitäten für eine Fortsetzung des Dialogs ein Durchbruch erzielt werden. Die für Dezember angesetzte fünfte Gesprächsrunde wurde jedoch nach Miteinbringung des kanadischen Resolutionsentwurfs zur Menschenrechtslage im Iran in der VN-GV durch die EU von iranischer Seite abgesagt. Österreich misst dem Menschenrechtsdialog mit dem Iran große Bedeutung bei und tritt für die Fortsetzung des Dialogs ein.

Die dritte und vierte Runde der **Menschenrechtskonsultationen EU-Russland** fanden in Wien im März sowie in Brüssel im November statt. Die EU-Troika sprach vor allem die Situation in Tschetschenien, die mangelnde Umsetzung von EGMR-Urteilen, Menschenrechtsverletzungen im Militär und durch die Polizei sowie die restriktive NGO-Gesetzgebung an. Vor den Konsultationsrunden fanden Treffen der EU-Delegation mit VertreterInnen der russischen Zivilgesellschaft statt.

Im Juni fand unter österreichischem EU-Ratsvorsitz das erste Treffen der **informellen Arbeitsgruppe EU-Israel zu Menschenrechten** im Rahmen des 6. Assoziationsrats EU-Israel statt. Die wichtigsten von der EU angesprochene Themen waren die von Israel errichtete Trennmauer, unrechtmäßige Tötungen durch Israel in den Besetzten Gebieten, die Situation der arabischen Minderheit sowie humanitäre Fragen im Zusammenhang mit der Situation der palästinensischen Bevölkerung.

Zusätzlich zu den bestehenden Dialogen setzten sich der österreichische und finnische Ratsvorsitz für die Aufnahme eines Menschenrechtsdialogs mit Usbekistan sowie Menschenrechtskonsultationen mit der AU ein.

III. Menschenrechte in den Vereinten Nationen

Die Wiener Weltkonferenz für Menschenrechte gab 1993 den Anstoß für die Stärkung der operativen Menschenrechtskapazitäten der VN. Österreich unterstützt dabei vor allem Strategien zur Stärkung der menschlichen Sicherheit. Als wesentliche Instrumente zur Förderung der Menschenrechte, aber auch der Konfliktverhütung und Friedenskonsolidierung dienen dabei Aufbau und Stärkung von Rechtsstaatlichkeit, guter Regierungsführung, einer aktiven Zivilgesellschaft und lokaler Menschenrechtsstrukturen sowie breit angelegte Maßnahmen im Bereich der Menschenrechtsbildung.

1. Der Menschenrechtsrat

Die 60. VN-GV nahm am 15. März die Resolution über die Errichtung des Menschenrechtsrats (**MRR**) in einer von den USA geforderten Abstimmung an: 170 Länder stimmten für die Resolution, vier dagegen (Israel, Marshall Inseln, Palau und USA) und drei enthielten sich der Stimme (Belarus, Iran und Venezuela). Trotz ihres Widerstands in der UN-GV kündigten die USA die Mitarbeit im MRR an, um diesen so effektiv wie möglich zu machen. Österreich spielte als EU-Ratsvorsitz eine Schlüsselrolle beim erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen. Erstmals wählte die VN-GV die 47 Mitglieder des MRR am 9. Mai.

Der MRR mit Sitz in Genf löst die bisherige Menschenrechtskommission (MRK) als treibende und koordinierende Kraft der universellen Menschenrechtsarbeit ab und stellt einen **Neubeginn der Menschenrechtsarbeit der VN** dar. Durch die Errichtung des MRR wird ein wichtiger Schritt zur Stärkung des universellen Menschenrechtsschutzes und zur Reform der VN verwirklicht. Zentrales Anliegen Österreichs und der EU bei der Reform war, dass der neue Rat akuten Menschenrechtskrisen wirksam begegnen kann und damit einen echten menschenrechtlichen Mehrwert darstellt. Regelmäßige Sitzungen und ein vereinfachter Mechanismus zur Einberufung von Sondersitzungen sollen dies gewährleisten. Der MRR hat das Mandat, neben thematischen Menschenrechtsfragen auch spezifische Ländersituationen im Falle von gravierenden und systematischen Menschenrechtsverletzungen zu behandeln. Als Verbesserung gegenüber der bisherigen MRK wird auch die direkte und individuelle Wahl der Mitglieder mit dem Erfordernis einer absoluten Mehrheit unter allen Mitgliedstaaten der VN gesehen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit der Suspendierung von Mitgliedern des MRR bei schweren und systematischen Menschenrechtsverletzungen. Eine „universelle regelmäßige Überprüfung“ aller Staaten im Menschenrechtsbereich soll den Vorwurf von Doppelstandards und der Selektivität entkräften.

Der MRR hielt neben **drei ordentlichen Tagungen** auch vier Sondertagungen ab. Die erste Tagung vom 19.–30. Juni wurde wegen wichtiger Wei-

chenstellungen für die künftige Arbeit des neuen Organs als Erfolg gewertet. Vier Arbeitsgruppen wurden eingerichtet: zur Umsetzung der anstehenden Überprüfung der Mandate der SonderberichterstatterInnen; zur Ausgestaltung der Modalitäten der „universellen regelmäßigen Überprüfung“; zum vertraulichen Beschwerdeverfahren in Fällen von Menschenrechtsverletzungen sowie zur Frage eines zukünftigen beratenden Expertenorgans anstelle der bisherigen Unterkommission. Das Ziel der EU, vorerst die Fortsetzung der Arbeit der SonderberichterstatterInnen zu gewährleisten, wurde mit der Verlängerung aller Mandate bis Sommer 2007 erreicht. Mit der einstimmigen Annahme der Konvention zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen sowie der Deklaration über die Rechte Indigener Völker wurden im Rahmen der ersten Tagung wichtige thematische EU-Prioritäten umgesetzt.

Die zweite Tagung vom 18. September bis 6. Oktober sowie am 27. und 28. November war dem ausführlichen Dialog mit den SonderberichterstatterInnen über Folter, Guantánamo und Religionsfreiheit bzw. Diffamierung von Religionen gewidmet.

In der dritten Tagung vom 29. November bis 28. Dezember wurden in erster Linie die Berichte der Arbeitsgruppen zum Aufbau von Institutionen des MRR erörtert, wobei es zu keiner wesentlichen inhaltlichen Weiterentwicklung kam. Im Bereich Rassismus kam es zur Annahme zweier von der Afrikanischen Gruppe eingebrachter Resolutionen, in denen man sich auf eine Überprüfungskonferenz zu den Ergebnissen der 2002 in Durban (Südafrika) abgehaltenen Weltkonferenz gegen Rassismus im Jahr 2009 einigte.

Insgesamt war die Arbeit des MRR in seinem ersten Jahr von der zunehmenden Verschlechterung der Zusammenarbeit zwischen den regionalen Gruppen gekennzeichnet, wobei vor allem die Frage der religiösen Intoleranz und die Situation im Nahen Osten eine Rolle spielten.

Neben den bisherigen drei ordentlichen Tagungen gab es im ersten Halbjahr des Bestehens des MRR bereits **vier Sondertagungen**. Die zwei Sondertagungen zu den Besetzten Gebieten sowie die Sondertagung zu Libanon waren wegen der Einseitigkeit der von der OIC betriebenen Initiativen problematisch. Die EU setzte sich zwar für eine ausgewogenere Behandlung der Situation im Nahen Osten ein, dennoch wurden die Resolutionen mit Stimmenmehrheit angenommen. Ein prioritäres Anliegen der EU war die Menschenrechtskrise in Darfur. Bei der im Dezember von der EU einberufenen Sondersitzung wurde die Einrichtung einer Mission zur Bewertung der menschenrechtlichen Situation in Darfur beschlossen.

2. Die Generalversammlung

Die 61. Tagung der VN-GV und des Dritten Komitees behandelte rund 60 Resolutionen. Einen Meilenstein stellt die am 20. Dezember im Konsens

angenommene **Internationale Konvention zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen** dar. Die Konvention ist der erste eigenständige internationale Vertrag, welcher das Verschwindenlassen von Personen als Menschenrechtsverletzung definiert. Sie verbietet die Inhaftierung von Personen in Geheimgefängnissen und verpflichtet Vertragsstaaten zur Führung von Verzeichnissen über alle inhaftierten Personen.

Am 13. Dezember wurden die **Internationale Konvention zur Förderung und zum Schutz der Rechte und Würde von Menschen mit Behinderungen** und deren Zusatzprotokoll im Konsens angenommen. Die Einigung über einen Großteil des Inhalts der Konvention konnte bereits in der vorletzten Verhandlungsrunde Anfang des Jahres unter aktiver Mitwirkung des österreichischen EU-Ratsvorsitzes erzielt werden. Die Konvention wird als erste umfassende Menschenrechtskonvention des neuen Jahrtausends betrachtet und soll den weltweit mehr als 650 Millionen Menschen mit Behinderung die uneingeschränkte Ausübung aller bestehenden bürgerlichen und sozialen Rechte ermöglichen. Die Behindertenkonvention betont unter anderem auch die Wichtigkeit der internationalen Zusammenarbeit bei der Verwirklichung ihrer Ziele und steht damit im Einklang mit dem österreichischen Entwicklungszusammenarbeitsgesetz, das die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung verankert.

Die Internationale Deklaration zu den Rechten der Indigenen konnte hingegen nicht angenommen werden: Die EU war für die sofortige Annahme der Deklaration eingetreten; eine Reihe von Staaten forderte jedoch Nachverhandlungen des Deklarationstexts.“

Die EU brachte **Resolutionen zur Lage der Menschenrechte** in der Demokratischen Volksrepublik Korea und in Myanmar ein, die USA die Resolution zur Menschenrechtslage in Belarus und Usbekistan, Kanada jene zum Iran. Mit Ausnahme der Resolution zu Usbekistan, die auf Grund eines angenommenen Nichtbehandlungsantrages nicht zur Abstimmung gebracht werden konnte, wurden alle Resolutionen angenommen.

In der Resolution zu Myanmar fordert die VN-GV die Regierung des Landes zur Einstellung systematischer Menschenrechtsverletzungen, unverzüglichen Wiederaufnahme des Dialogs mit allen politischen Akteuren und Festlegung eines klaren Zeitplans für den Übergang zur Demokratie auf. Zur Demokratischen Volksrepublik Korea äußert die VN-GV größte Besorgnis über die schweren, systematischen und weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen und die prekäre humanitäre Situation im Land sowie die mangelnde Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Hochkommissariat für Menschenrechte. Die Regierung wird aufgefordert mit dem VN-Sonderberichterstatter über die Menschenrechtslage in der Demokratischen Volksrepublik Korea, Professor Vitit Muntarbhorn, zusammenzuarbeiten und ihm freien und ungehinderten Zugang ins Land zu gestatten. Zur Situation in Belarus fordert die VN-GV die Regierung auf, mit den Menschen-

rechtsmechanismen der VN zu kooperieren, das Wahlsystem an internationale Standards anzupassen, politisch motivierte Prozesse gegen VertreterInnen der Opposition einzustellen, alle politischen Häftlinge freizulassen, alle BeamtInnen zu entlassen, die für Menschenrechtsverletzungen wie Verschwindenlassen und Folter verantwortlich sind, sowie die Meinungs-, Versammlungs- und Religionsfreiheit zu respektieren. Ebenso verurteilt die VN-GV die gravierende Menschenrechtslage im Iran und fordert von der Regierung konkrete Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte. Im Gegenzug zu diesen Resolutionen brachte der Iran einen Resolutionsentwurf über die Situation der indigenen Bevölkerung sowie von ImmigrantInnen in Kanada ein sowie Belarus einen Resolutionsentwurf zur Lage der Demokratie und Menschenrechte in den USA, die nach Abstimmungen abgelehnt wurden.

Die EU brachte zwei **thematische Resolutionen** ein. Die Resolution zur Beseitigung jeglicher Form von religiöser Intoleranz wurde weit gehend unverändert eingebracht und konnte wie im vergangenen Jahr im Konsens angenommen werden. Die gemeinsam mit lateinamerikanischen Ländern eingebrachte Resolution zu den Rechten des Kindes ging umfassend auf den Schutz der Interessen des Kindes ein. Wesentliche Bestimmungen der Resolution gehen auf die von Prof. Paulo Sérgio Pinheiro vorgestellte VN-Studie zu „Gewalt gegen Kinder“ ein. Prof. Pinheiro wurde mit der Weiterverfolgung der Empfehlungen der Studie in Zusammenarbeit mit den VN-Mitgliedstaaten, Regionalorganisationen und der Zivilgesellschaft sowie zur Unterbreitung von Vorschlägen für einen Mechanismus zur Weiterverfolgung bis zur 62. VN-GV beauftragt. Die Resolution legt den Schwerpunkt auf Kinder und Armut und ruft die VN-Mitgliedstaaten und die internationale Gemeinschaft zur verstärkten Armutsbekämpfung bei Kindern auf.

Wichtige thematische Resolutionen zum Folterverbot, wie dem Schutz der Menschenrechte im Kampf gegen den Terrorismus, wurden auch heuer wieder im Konsens angenommen. Die EU konnte erstmals die von Kuba im Namen der NAM eingebrachte Resolution zum Recht auf Entwicklung nicht unterstützen, da Kuba auf die für die EU und andere Staaten inakzeptable Forderung nach Ausarbeitung einer rechtlich bindenden Konvention zum Recht auf Entwicklung nicht verzichten wollte. Die umfassende, von Südafrika im Namen der Gruppe der 77 (G-77) eingebrachte Resolution zu Rassismus wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Auf Initiative der EU verlas Finnland in der VN-GV im Namen von 85 Unterzeichnerstaaten eine Deklaration, in der die weltweite Abschaffung der Todesstrafe bzw. die einstweilige Verhängung eines Moratoriums auf die Vollstreckung der Todesstrafe in jenen Ländern gefordert wird, die sie noch anwenden.

Drei Resolutionen wurden zum Bereich Gender eingebracht. Einen besonderen Erfolg stellte dabei die Einigung über eine umfassende Resolution zur

Beseitigung aller Formen von Gewalt gegen Frauen dar, welche weitere Maßnahmen auf Grundlage der von Österreich unterstützten Studie des VN-GS vom Oktober über Gewalt gegen Frauen vorsieht. Nach intensiven Verhandlungen konnten Formulierungen zur Ablehnung religiöser und kultureller Rechtfertigung von Gewalt gegen Frauen sowie zu Gewalt gegen Frauen und HIV/AIDS, einschließlich einer Erwähnung sexueller und reproduktiver Gesundheit, durchgesetzt werden. Weitere Resolutionen betrafen das Thema Frauenhandel sowie die Weiterverfolgung der Weltfrauenkonferenz von Peking.

Österreich setzte das Engagement innerhalb der EU sowie mit den anderen VN-Mitgliedstaaten für eine Stärkung des internationalen Menschenrechtsschutzes fort.

3. Die Frauenstatuskommission

Hauptthemen der 50. Tagung der Frauenstatuskommission (FSK) im Februar und März waren die verstärkte Teilhabe von Frauen an der Entwicklung sowie gleichberechtigte Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen. Bei der Festsetzung neuer Arbeitsmethoden und Themen für die nächsten Jahre konnte der österreichische Ratsvorsitz die Position der Union zur Einrichtung eines Überprüfungsmodus zu bereits in der FSK erörterten Themen durchsetzen.

Die Resolution zu HIV/AIDS, die bei dieser Tagung angenommen wurde, fordert vor allem die spezifische Beratung und gesundheitliche Behandlung für Frauen und Mädchen. Über eine Resolution zur Einrichtung einer/s VN-Sonderberichterstatterin/s für Frauen diskriminierende Gesetzgebung konnte keine Einigung erzielt werden. Die österreichische Delegation zur FSK wurde von Bundesministerin Maria Rauch-Kallat geleitet. Bei einer Veranstaltung zum Thema „Keine Toleranz für traditionsbedingte Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ wurden die österreichischen Initiativen in diesem Bereich vorgestellt.

IV. Menschenrechte in der OSZE

Siehe Kapitel B.II.3.

V. Menschenrechte im Europarat

Der Schutz der Menschenrechte im Rahmen des Europarats stützt sich im Wesentlichen auf die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) und die Tätigkeit des EGMR. Das Anwachsen der Mitgliedstaaten des Europarats von 23 im Jahr 1989 auf bereits 46 und die starke Zunahme der beim EGMR eingebrachten Individualbe-

schwerden von damals 4.000 Beschwerden auf bereits 50.500 machte Reformschritte notwendig. Zusätzlich zum im Mai 2005 vom Ministerkomitee angenommenen Protokoll Nr. 14 zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten über die Änderung des Kontrollsystems der Konvention (im Dezember 2005 von Österreich ratifiziert) legte eine gemäß eines Beschlusses des Warschauer Gipfels im Mai 2005 gegründete „Weisengruppe“ am 15. November eine Evaluierung der langfristigen Effizienz des EGMR und des Protokolls Nr. 14 vor. Die Empfehlungen der „Weisengruppe“ sehen mehr Flexibilität in der Novellierung der EGMR-Struktur sowie die Schaffung eines „Filtersystems“ betreffend die Zulässigkeit von Beschwerden vor. Weiters soll die Rolle des Menschenrechtskommissars des Europarats im Kontrollsystem aufgewertet und die Zusammenarbeit des EGMR mit nationalen Gerichten verstärkt werden. Schließlich empfiehlt die „Weisengruppe“ den Gebrauch alternativer Konfliktlösungsmechanismen auf nationaler Ebene bzw. Ebene des Europarats.

Thomas Hammarberg (Schweden) übernahm das Amt des Europäischen Kommissars für Menschenrechte am 1. April von Álvaro Gil-Robles. Seine Aufgabe ist der Einsatz für den Menschenrechtsschutz in Europa, die Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Menschenrechtsstandards des Europarats, die Förderung von Bildung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit im Bereich des Menschenrechtsschutzes sowie die Feststellung bestehender Mängel des Menschenrechtsschutzes in Gesetzgebung und Praxis.

VI. Das Netzwerk Menschliche Sicherheit

Das Netzwerk Menschliche Sicherheit (**HSN**) ist eine überregionale, themenübergreifende und aktionsorientierte Interessensgemeinschaft von 14 Staaten (Chile, Costa Rica, Griechenland, Irland, Jordanien, Kanada, Mali, die Niederlande, Norwegen, Österreich, die Schweiz, Slowenien und Thailand sowie Südafrika als Beobachter), die 1998/1999 im Zuge des beginnenden Ottawa-Prozesses zur Erarbeitung der Antipersonenminen-Verbotskonvention entstand. Das Politikkonzept „Menschliche Sicherheit“ stellt die Sicherheitsbedürfnisse der/des Einzelnen in den Mittelpunkt. Menschenrechte, humanitäres Völkerrecht und Flüchtlingsrecht sind wesentliche Fundamente menschlicher Sicherheit. Das HSN konzentriert sich auf eine folgende Themen: Landminen, Kleinwaffen, Kinder und bewaffnete Konflikte, Frauen, Frieden und Sicherheit, Menschenrechtsbildung und Dialog der Zivilisationen. Österreich hatte während seines HSN-Vorsitzes von Juli 2002 bis Mai 2003 Menschenrechtsbildung sowie Kinder und bewaffnete Konflikte zu Schwerpunktthemen gemacht, zu denen in der Folge Grundsatzdokumente wie die „Grazer Erklärung über Prinzipien der Menschenrechtsbildung und der Menschlichen Sicherheit“, das mittlerweile in 11 Sprachen übersetzte HSN-Handbuch zur Menschenrechtsbildung

„Menschenrechte verstehen“ sowie ein Strategiepapier zur Stärkung der Kinderrechte und ein Trainingscurriculum verabschiedet wurden. Österreich führte sein Engagement in diesen beiden Schwerpunktt Themen verstärkt fort. Im Rahmen eines neuen Schwerpunkts setzte sich Österreich auch im Rahmen des HSN für die Erarbeitung rechtlicher Standards zur Einschränkung der Verwendung von Streumunition ein.

Das diesjährige Ministertreffen in Bangkok am 1. und 2. Juni widmete sich vor allem der Entwicklungspolitik und dem Schutz gegen neue Epidemien und HIV/AIDS. Der slowenische Vorsitz im zweiten Halbjahr setzte in Übereinstimmung mit österreichischen Prioritäten die Schwerpunkte Förderung des interkulturellen Dialogs durch Menschenrechtsbildung, Gewalt gegen Kinder und Kinder in bewaffneten Konflikten sowie Nutzung des HSN als überregionales Netzwerk auch auf VN-Ebene. Beim Zusammentreffen der VertreterInnen der HSN-Staaten auf Ministerebene am Rande der 61. VN-GV am 20. und 21. September lag der Fokus auf der Entwicklung einer gemeinsamen Position zur Allianz der Zivilisationen. Slowenien schlug darüber hinaus die Entwicklung einer HSN-Strategie zur Menschenrechts-erziehung von Kindern vor.

VII. Schwerpunktt Themen

1. Menschenrechte von Kindern

Das Thema **Kinder und bewaffnete Konflikte** wird als ein Schwerpunktt Thema der österreichischen Menschenrechtspolitik verfolgt. Österreich arbeitete im Rahmen der EU an der Evaluierung der Leitlinien für den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten mit. Vorläufig wichtigstes Ergebnis ist die von Österreich ausgearbeitete Prüfliste zur Integration dieser Leitlinien in allen Phasen von zivilen und militärischen EU-Missionen. Neben Handlungsanleitungen für praktische Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung von Kindern bei EU-Operationen, etwa die Beobachtung und Berichterstattung über Kinderrechtsverletzungen unter besonderer Beachtung der Situation von Mädchen, enthält die Prüfliste strikte Verhaltensregeln zur Vermeidung von Fehlverhalten von Missionsangehörigen. Weiters ist vorgesehen, dass EU-Operationen über Expertise im Kinderschutz verfügen sollen. Österreich erreichte die Aufnahme eines Absatzes zum Schutz der Kinderrechte in alle relevanten Mandate der EU-Sonderbeauftragten.

Auf nationaler Ebene entwickelte Österreich ein Trainingscurriculum zur Ausbildung für zivile und militärische Auslandseinsätze im Bereich Kinderrechte, das auch in Schwerpunktländern der OEZA zum Einsatz kommen soll. Auf Initiative des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten wurden die Themenbereiche Kinderrechte und Kinderschutz in die Ausbildungsprogramme aller österreichischen Organisationen integriert, die Auslandseinsätze durchführen. Im Herbst fand im Friedenszentrum

Burg Schlaining das „1. EU-UN Child Protection Training“ statt, das dem Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Kinderschutzes zwischen ExpertInnen der EU und VN diene.

Österreich unterstützte auf VN-Ebene die Bemühungen zur wirksamen Umsetzung der durch Resolution 1612 (2005) des VN-SR vorgesehenen Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismen über Kinder und bewaffnete Konflikte. Im Rahmen der OEZA werden kinderrechtsrelevante Projekte fortgesetzt. Finanziert wurden Projekte im Bereich der Reintegration und Rehabilitation von kriegstraumatisierten Kindern am Balkan und im Irak. Projekte zur Rehabilitation von ehemaligen Kindersoldaten in Norduganda und von durch den Bürgerkrieg in Norduganda verwaisten oder in anderer Form traumatisierten Kindern wurden durch OEZA-Kofinanzierung ermöglicht. Die Umsetzung des entsprechend der Verpflichtung des Weltkindergipfels 2002 im Rahmen der Sondergeneralversammlung der VN zum Thema Kinder beschlossenen Nationalen Aktionsplans für die Rechte von Kindern und Jugendlichen wird von einer interministeriellen Arbeitsgruppe unter Beteiligung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten vorangetrieben.

2. Menschenrechte von Frauen

Zum österreichischen Schwerpunktthema „Gewalt gegen Frauen“ erschien im Oktober die vom VN-GS in der VN-GV präsentierte Studie, die Österreich mit 90.000 Euro unterstützte. Die Studie fand weite Beachtung und soll die Diskussion in den VN zu diesem Thema vorantreiben. Österreich finanzierte auch eine Nachwuchskraft im Höheren Dienst (JPO) für den Treuhandfonds zur Unterstützung von Maßnahmen zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen.

Betreffend Einbindung und Schutz von Frauen in Konfliktsituationen setzte sich Österreich bei der Einrichtung der Kommission zur Friedenskonsolidierung erfolgreich dafür ein, dass der Kommission Expertise im Bereich Gender zur Verfügung steht. Österreich forcierte darüber hinaus die Umsetzung von Resolution 1325 (2000) des VN-SR in der ESVP (siehe Kapitel A.V.1.2.1.). Im April organisierte die OEZA die von Bundesministerin Ursula Plassnik geleitete Konferenz „Building Peace – Empowering Women“ (Frieden konsolidieren – Frauen befähigen), welche mit mehr als 300 TeilnehmerInnen und einer Podiumsveranstaltung mit internationalen ExpertInnen die Verbesserung der Position von Frauen sowie den Einsatz gegen Gewalt an Frauen in Konflikt- und Krisenregionen thematisierte. Zur besseren Verankerung dieser Anliegen bei österreichischen Entsendungen zu Friedensoperationen wurde die Arbeit an einem Nationalen Aktionsplan im Sommer begonnen.

Im Rahmen von OEZA-Projekten engagierte sich Österreich im Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung und andere traditionsbedingte Prakti-

ken durch die Finanzierung von Aufklärungsprojekten im Nordosten Äthiopiens. Darüber hinaus unterstützte Österreich das Gender-Büro der AU bei der Umsetzung von Resolution 1325 (2000) des VN-SR sowie bei der Bekämpfung der weiblichen Genitalverstümmelung. Österreich trug zum Entwicklungsfonds der VN für die Frau (UNIFEM) rund 500.000 Euro bei, davon 300.000 Euro für den Schwerpunkt Südosteuropa und 100.000 Euro für den Treuhandfonds zur Unterstützung von Maßnahmen zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen.

3. Binnenvertriebene

Der Schutz von Binnenvertriebenen zählt seit mehr als zehn Jahren zu einer der Prioritäten der österreichischen Menschenrechtspolitik. Österreich unterstützt dabei insbesondere die Weiterentwicklung der Schutzstandards für weltweit mehr als 25 Millionen Binnenvertriebene durch substanzielle Beiträge. Der SRSG für Binnenvertriebene, Prof. Walter Kälin, erstellt mit österreichischer Unterstützung und in Zusammenarbeit mit dem Brookings-Bern Project on Internal Displacement (Brookings-Bern-Projekt zu Binnenvertreibung) eine Modellgesetzgebung für die nationale Umsetzung der VN-Leitgrundsätze für Binnenvertriebene. Dazu fand auf Einladung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten und des Ludwig Boltzmann Instituts für Menschenrechte ein Expertentreffen in Wien im September statt. Im November wurde ein Evaluierungsbericht über die im Jänner 2004 bei OCHA eingerichtete Interinstitutionelle Abteilung für Binnenvertriebene vorgestellt.

4. Menschenrechtsbildung

Seit Dezember 2004 läuft das **Weltprogramm der VN für Menschenrechtsbildung**. Österreich stellte mit dem Handbuch zur Menschenrechtsbildung „Menschenrechte verstehen“ ein global verwendbares Instrument zur Verfügung, das zur Weiterentwicklung anregt. Die Übersetzungen des Handbuchs auf Serbisch, Thai und eine zweite englische Auflage wurden im Mai fertig gestellt; japanische, mazedonische, portugiesische und rumänische Übersetzungen sind in Vorbereitung. Das Handbuch kam unter anderem bei Seminaren für Richter, Staatsanwälte und Polizeioffiziere in Äthiopien, bei einer Arbeitstagung zur Meinungsäußerungs- und Medienfreiheit in Sarajewo und bei einem Seminar über Medien- und Pressefreiheit in Peking zum Einsatz, wobei das Europäische Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie (ETC) in Graz die Durchführung übernahm. Darüber hinaus wurde es bei der Ausbildung von MenschenrechtsbeobachterInnen in Kabul verwendet, wie auch bei Arbeitstagungen in Albanien, Mazedonien und Serbien sowie unter Verwendung der arabischen Version bei einem Training in Italien für Richter aus dem Irak. Die kroati-

schen und russischen Versionen wurden bei Seminaren des Europarats und an der Universität Agram präsentiert. Das Handbuch wurde auch in den Europäischen Masterprogrammen für Menschenrechte und Demokratisierung in Sarajewo und Venedig eingesetzt. Durch die Verfügbarkeit von Online-Trainingsmaterialien auf der Webseite des ETC wird das Handbuch einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

5. Humanitäres Völkerrecht

Im Rahmen der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft fand in Wien am 9. und 10. Mai die vom IKRK und dem Österreichischen Roten Kreuz gemeinsam mit dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur organisierte „European Education Leadership Conference on Exploring Humanitarian Law“ statt, bei der die Integration des Jugend-Bildungsprogramms des IKRK „Entdecke das Humanitäre Völkerrecht“ in die Unterrichtssysteme und Lehrpläne der EU-Mitgliedstaaten erörtert wurde.

Die 29. (außerordentliche) Internationale Rotkreuz- und Rothalbmondkonferenz tagte in Genf am 20. und 21. Juni. Die Konferenz beschloss eine Änderung der Statuten der internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung zur Berücksichtigung des anlässlich der diplomatischen Staatenkonferenz 2005 geschaffenen zusätzlichen Schutzzeichens „Roter Kristall“. Die Konferenz ermöglichte darüber hinaus unter aktiver Beteiligung der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft die Anerkennung der Israelischen Gesellschaft vom Roten Davidstern (Magen David Adom Society) und der Palästinensischen Gesellschaft vom Roten Halbmond als Mitglieder der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung sowie deren Aufnahme in die Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften.

H. Die humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen

I. Migrations- und Flüchtlingsfragen

1. Migrations- und Flüchtlingsbewegungen

Die vor allem auf Konflikte und Instabilität, globale wirtschaftliche, demographische und soziale Disparitäten sowie erleichterte Reise- und Kommunikationsmöglichkeiten zurückzuführende Migration ist ein Schlüsselthema der internationalen Gemeinschaft. Die Zahl der vor Krieg, Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen über internationale Grenzen geflohenen Menschen stieg von 8,4 Millionen im Jahr 2005 auf rund 9,9 Millionen. UNHCR betreute rund 4,5 Millionen dieser Flüchtlinge, rund 218.000 Flüchtlinge mehr als 2005. Darüber hinaus waren rund 25 Millionen Menschen aufgrund innerstaatlicher bewaffneter Konflikte als Binnenvertriebene auf der Flucht. Von ihnen betreute UNHCR weltweit rund 14,2 Millionen Menschen.

2. Migrations- und Flüchtlingspolitik in Österreich

Österreich legt in seiner Migrations- und Flüchtlingspolitik Wert auf einen umfassenden Ansatz, der politische, menschenrechtliche und entwicklungspolitische Aspekte berücksichtigt.

Auf EU-Ebene setzte sich Österreich im Rahmen des Globalen Ansatzes für Migration, der im Dezember 2005 vom Europäischen Rat beschlossen wurde und sich zunächst auf den Mittelmeerraum konzentrierte, für eine Einbeziehung auch der Migrationsströme über Ost- und Südosteuropa ein.

Als Ratsvorsitz hat Österreich zur inhaltlichen Vorbereitung der Euro-Afrikanischen Konferenz über Migration und Entwicklung im Juli in Rabat beigetragen und sowohl an dieser als auch am EU-Afrika Ministertreffen über Migration und Entwicklung im November 2006 in Tripolis aktiv teilgenommen. Die von diesen Konferenzen verabschiedeten Erklärungen bzw. Aktionspläne zielen auf eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Herkunfts-, Transit- und Zielländern in Afrika und Europa zur gemeinsamen Bewältigung der Migration in diesem Raum ab.

Österreich trägt im Rahmen der EU durch finanzielle, personelle und materielle Beiträge zur EU-Außengrenzschutzagentur FRONTEX bei, wodurch den tragischen Zwischenfällen mit MigrantInnen im Mittelmeer entgegen gewirkt werden soll.

Auch auf Ebene der VN wurden die Bemühungen um internationale Kooperation im Migrationsbereich verstärkt und im September ein Hochrangiger VN-Dialog über Internationale Migration und Entwicklung abgehalten. Österreich beteiligte sich an diesem Dialog und dessen Weiterverfolgung.

Als einer jener EU-Mitgliedstaaten mit einem der höchsten Anteile von AsylwerberInnen gemessen an der Bevölkerung setzt sich Österreich für die Verwirklichung des im Rahmen des Haager Prozesses geplanten gemeinsamen europäischen Asylsystems bis 2010 ein. Insgesamt betrug die Zahl der Asylanträge in Österreich 13.349, dies entspricht gegenüber 2005 einem Minus von 40,57%. Die Zahl der rechtskräftigen Erledigungen von Asylverfahren betrug insgesamt 15.488. Davon wurden 4.063 positiv und 5.867 Verfahren negativ erledigt. Die übrigen Verfahren wurden eingestellt oder gegenstandslos bzw. wurden die Anträge zurückgezogen oder zurückgewiesen.

Bei den Herkunftsländern stand Serbien mit 2.515 Asylanträgen an der Spitze, gefolgt von Russland (2.441), Moldau (902), Afghanistan (699), Türkei (668), Georgien (564), Mongolei (541), Indien (479), Nigeria (421) und Irak (380).

3. Die Internationale Organisation für Migration

Die 1951 von europäischen Staaten gegründete Internationale Organisation für Migration (**IOM**) ist die bedeutendste internationale Organisation für Migrationsfragen. Sie umfasst 120 Staaten, darunter befinden sich nach dem Wiederbeitritt Spaniens im Juni wieder alle EU-Mitgliedstaaten. Zu den traditionellen Aufgaben der Registrierung und des Transports von Flüchtlingen kam in den vergangenen Jahren eine Reihe neuer Aufgaben im Zusammenhang mit Postkonflikt- und Notsituationen hinzu. Darüber hinaus gewinnt IOM zunehmend an Bedeutung als Plattform für einen politischen Informationsaustausch zur Entwicklung eines nachhaltigen Migrationsmanagements, das über rein fremdenrechtliche Maßnahmen hinausgeht und auch die ökonomischen und humanitären Aspekte von Migration berücksichtigt. Das IOM-Büro in Wien ist zugleich „Nationaler Kontaktpunkt Österreich“ des von der Europäischen Kommission im Jahre 2003 geschaffenen Europäischen Migrationsnetzwerks. Im November fand in Wien ein gemeinsames Konsultationstreffen mit internationalen und österreichischen Kooperationspartnern über „Cooperation, Priorities and Future Programming in the challenging field of migration management, irregular migration, counter-trafficking and return migration“ (Zusammenarbeit, Prioritäten und künftige Programmplanung im herausfordernden Bereich des Migrationsmanagements, der irregulären Migration, Bekämpfung des Menschenhandels und Rückkehrmigration) statt.

II. Internationale Drogenkontrolle

Der Drogenmissbrauch bleibt weiterhin eine weltweite Bedrohung, der **UNODC** in allen Aspekten (Anbau, Produktion, Handel und Konsum) und

kriminellen Begleiterscheinungen durch ausgewogene Maßnahmen im Bereich von Angebots- und Nachfragereduktion begegnet.

Anlässlich der 49. Tagung der Suchtstoffkommission der VN (**CND**) vom 13.–17. März sprach der für eine zweite Amtszeit verlängerte Exekutivdirektor des UNODC, Antonio Maria Costa, von einer Eindämmung des Welt-drogenproblems und wertete dies als Erfolg des VN-Drogenkontrollregimes. Nachholbedarf ortete er in der Nachfragereduktion, vor allem seitens der westlichen Wohlstandsgesellschaften. In Entsprechung der innenpolitischen Veränderungen des Landes kritisierte **Bolivien** mehrfach die Ignoranz des internationalen Drogenkontrollregimes gegenüber der kulturellen Bedeutung des Kokastrauchs für die indigene Bevölkerung in der Anden- und Amazonasregion und forderte die Neubewertung der Behandlung der Koka-pflanze in Liste 1 der Drogenhandelskonvention von 1988.

Für Österreich als EU-Ratsvorsitz stand die 49. CND vor allem im Zeichen der Vorbereitung der 10-Jahres-Überprüfung der von der Sondertagung der VN-GV 1998 verabschiedeten Erklärungen und Aktionspläne. Mit einer in der Ratsarbeitsgruppe „Horizontale Gruppe Drogen“ gemeinsam ausgearbeiteten Resolution wurde ein vorbereitendes Expertengremium eingerichtet und damit ein Beitrag zur Verbesserung der Methodologie und der Datenlage für die Evaluierung der weltweiten Drogenpolitik der letzten zehn Jahre geleistet. Ein Vorschlag zur Verbesserung der Leitungsstrukturen des UNODC ging ebenfalls auf eine Initiative der EU zurück. Bei der thematischen Debatte wurde zwar der Stellenwert der alternativen Entwicklung als unumgänglicher Grundbestandteil der Drogenbekämpfungsstrategie in den Anbauländern betont, die Meinungen über die Rolle von UNODC gingen dabei jedoch auseinander. Während einige Länder die Rolle von UNODC als Katalysator und Koordinator in der alternativen Entwicklung hervorhoben, sprachen sich andere dafür aus, dass UNODC weiterhin auch alternative Entwicklungsprojekte selbst durchführen sollte.

Die **Publikationen** von UNODC bieten wichtige Hintergrundinformationen zum Verständnis der Weltrogenmärkte und zur Analyse von Trends und Entwicklungen. Aus den Studien zum **Drogenanbau** wurde ersichtlich, dass sich dieser nach wie vor im Wesentlichen auf wenige Länder konzentrierte: Afghanistan für Schlafmohn und drei Andenstaaten für Koka. Afghanistan ist weiterhin mit Abstand der größte Produzent von Opiaten mit alarmierenden Entwicklungen, sowohl hinsichtlich der Anbauflächen (+59%) als auch der mengenmäßigen Opiumproduktion (+49%). Mit 6.100 t stammen 92% des weltweit produzierten Rohopiums aus Afghanistan. Es wird geschätzt, dass das derzeitige Angebot an Opium und Heroin damit 30% über der Nachfrage liegt, was zu einem Preisverfall bei diesen besonders gefährlichen Substanzen führte. Vor allem in den südlichen Provinzen Afghanistans ist ein Zusammenhang zwischen der instabilen Sicherheitslage und der Zunahme der Opiumproduktion festzustellen.

Von den Auswirkungen des Handels mit Opium und Heroin aus Afghanistan ist die gesamte Region betroffen. Mit dem so genannten **Paris Pact** wurde 2003 eine Initiative geschaffen, die den Kampf gegen afghanisches Heroin von den Produktionsstätten, über die Transitländer bis hin zu den Verbrauchern integrieren soll. In der auf russische Initiative zusammengesetzten zweiten Ministerkonferenz in Moskau im Juni wurde von UNODC ein auch von Österreich finanziell unterstütztes Projekt zur Fortsetzung der Initiative entwickelt. Eine wesentliche Neuerung dieser Phase II (2007-2009) liegt neben der Stärkung der operationellen Ausrichtung des Pakts in der Aufnahme der Nachfragereduktion als ständiges Thema für den Konsultationsmechanismus, womit sich die EU mit ihrer Hauptforderung durchsetzen konnte. Laut einer externen Evaluierung im Frühjahr erwies sich der Paris Pact als effizientes Instrument zur Verbesserung der Koordination; die in Sofia eingerichtete Datenbank zur Geberkoordinierung (ADAM) wurde positiv bewertet.

Wie in den Vorjahren war Cannabis weltweit die am häufigsten konsumierte unerlaubte Droge. Im problematischen **Drogenkonsum** (darunter wird der Gebrauch „harter“ Drogen verstanden, der oft mit Abhängigkeit und gesundheitlichen, sozialen und rechtlichen Folgen einhergeht) dominierten weltweit Opiate, vor allem in Europa und Asien, sowie Kokain in Nord- und Südamerika. In Afrika dagegen wurde hauptsächlich Cannabis konsumiert. Regional kam es zu deutlichen Abweichungen vom weltweiten Trend; so war etwa Europa mit einem Anstieg des Kokainkonsums konfrontiert, der neue soziale Schichten erreichte.

Das Thema **HIV/AIDS** ist für die Arbeit von UNODC nach wie vor von großer Bedeutung: Zum einen stellt intravenöser Drogenmissbrauch in manchen Regionen der Welt, etwa Osteuropa, Russland und Südostasien, die Hauptverbreitungsart der Krankheit dar; zum anderen verbreitet sich HIV/AIDS in Haftanstalten weltweit. Die Rolle von UNODC als führende Einheit innerhalb der VN-Institutionen in der Bekämpfung von HIV/AIDS im Zusammenhang mit diesen beiden Themen wurde sowohl von der 49. CND als auch von der 15. Tagung der Kommission der VN für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege (CCPCJ) bestätigt.

Der 1999 von UNODC, der Stadt Wien und dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten für herausragende Leistungen von Vertretern der Zivilgesellschaft im Bereich der Drogen- und Verbrechensbekämpfung eingerichtete **UN Vienna Civil Society Award** wurde im Wiener Rathaus am 1. Dezember an die marokkanische NGO „Association Marocaine d'aide aux enfants en situation précaire“ (Marokkanische Hilfsorganisation für Kinder in prekärer Lage), Frau Ana María Marañón aus Bolivien sowie an eine Sozialinitiative von Murad A. Saad aus Kenia vergeben. Ziel der Projekte aller Preisträger ist der Schutz gefährdeter Personen, insbesondere Kinder und Jugendlicher, der auch Drogenprävention und -intervention umfasst.

III. Internationale Verbrechensverhütung

Geringere staatliche Kontrollen, abgebaute Grenzen und freier Verkehr von Waren und Personen bedeuten nicht nur für Wirtschaftstreibende mehr Bewegungsfreiheit, sondern bieten auch organisierten kriminellen Gruppen mehr Aktionsspielraum. Als Gegengewicht für diese unerwünschten Nebeneffekte der Globalisierung ist daher eine verstärkte internationale Kooperation gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität erforderlich.

Die 15. Tagung der Kommission der VN zur Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege (**CCPCJ**) fand in Wien vom 24.–28. April statt. Dabei wurde der erste UNODC-Menschenhandelsbericht „Trafficking in Persons: Global Patterns“ (Menschenhandel: Weltweite Muster) vorgestellt. Der Bericht zeigt auf, dass zwar jedes einzelne Land von Menschenhandel betroffen ist, die internationale Zusammenarbeit zu dessen Bekämpfung jedoch nicht zuletzt in Ermangelung von Daten und deren Austausch nur unkoordiniert und unsystematisch erfolgt. Neben der Unterbindung der dahinter stehenden organisierten Kriminalität werden im Bericht die Reduktion der Nachfrage (vor allem im Hinblick auf sexuelle Ausbeutung und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse) und der Opferschutz als wichtigste Gegenmaßnahmen genannt.

Unter österreichischem Vorsitz wurde die EU in mehreren Bereichen initiativ: Zur Übertragung der Budgethoheit über den Verbrechensfonds auf die CCPCJ wurde ein Resolutionsentwurf eingebracht, der auf den Konsultationen einer informellen Arbeitsgruppe aufbaute. Ein Resolutionsentwurf zur Verbesserung der Sicherheit von Großveranstaltungen wurde von der EU eingebracht, fand große Zustimmung und konnte die engere Zusammenarbeit zwischen Staaten bei der Vorbereitung solcher Veranstaltungen festschreiben. Darüber hinaus trat die EU wegen der befürchteten Unterordnung des Drogenbereichs unter die Verbrechensverhütung und damit möglichen Schmälerung der Gesundheits- und Sozialkomponente mit Erfolg gegen eine Zusammenlegung von CND und CCPCJ sowie des Drogen- und Verbrechensfonds auf.

Gemäß der 2003 in Kraft getretenen Konvention der VN gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (**UNTOC**) fand die dritte Tagung der Vertragsstaatenkonferenz in Wien statt. Hauptaufgabe der Konferenz war es, die Bestimmungen der Konvention über internationale Zusammenarbeit und technische Hilfe umzusetzen und die Überprüfung der Umsetzung der Konvention voranzutreiben. Auffassungsunterschiede über den Grad des politischen Willens zur Umsetzung der Konvention führten zu einer intensiven Diskussion über die Überprüfung der Umsetzungsbemühungen der Vertragsstaaten.

Ein Jahr nach dem Inkrafttreten der **VN-Konvention gegen Korruption** fand die erste Vertragsstaatenkonferenz in Jordanien vom 10.–14. Dezember statt.

Im Mittelpunkt der Konferenz stand die Überprüfung der Umsetzung der Konvention, der technischen Zusammenarbeit sowie der Rückführung von durch Korruption entzogenen Vermögenswerten. Nach sorgfältiger Vorbereitung, vor allem durch die so genannte Gruppe der Freunde der VN-Konvention gegen Korruption unter österreichischem Kovorsitz, wurden grundsätzliche Entscheidungen für den Umsetzungsprozess der Konvention angenommen. Gemessen an der schwierigen Ausgangslage wurde die Konferenz als Erfolg gewertet.

Mit der im September von der VN-GV angenommenen **Weltweiten Strategie der VN zur Bekämpfung des Terrorismus** wird das Mandat von UNODC sowie seiner Unterabteilung Terrorismusverhütung (TPB) erheblich gestärkt. Erstmals wird nicht nur auf die TPB, sondern auf die gesamte Arbeit von UNODC Bezug genommen, insbesondere in den Bereichen Korruption, Geldwäsche und Rechtsstaatlichkeit. Terrorismusprävention wurde dabei als themenübergreifende (horizontale) Aufgabe identifiziert. Darüber hinaus wird in der Strategie dem Aufbau nationaler Fähigkeiten zur Terrorismusprävention und der Zurverfügungstellung von technischer Hilfe seitens der VN besondere Bedeutung beigemessen. Im November erstellte UNODC ein Dokument über seine Rolle bei der Umsetzung der Strategie und lud die Mitgliedstaaten der VN zu einem Dialog darüber ein.

Die Festlegung einer klaren strategischen Ausrichtung von UNODC unter Identifizierung seines Mehrwerts stellt vor dem Hintergrund der VN-Reform sowie der finanziellen Zwänge des Büros eine Priorität dar. Im September wurde ein erster Entwurf vorgestellt; bis zu den Tagungen der beiden Kommissionen CND und CCPCJ im März bzw. April 2007 soll in der „Gruppe der Freunde der Vorsitzenden der CND und der CCPCJ“ weiter daran gearbeitet werden.

IV. Der Internationale Strafgerichtshof

Der in Den Haag angesiedelte **IStGH** ist ein durch das Römer Statut von 1998 geschaffenes ständiges und unabhängiges Gericht, ausgestattet mit Jurisdiktion über schwerste Verbrechen wie Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. Die Frage der Aufnahme des Tatbestands der „Aggression“ in das Römer Statut wird von den Vertragsparteien im Hinblick auf die für 2009 angesetzte Konferenz zur Revision des Römer Statuts intensiv erörtert. Der IStGH beruht auf dem Grundsatz der Komplementarität und bleibt daher untätig, wenn ein Fall unter einzelstaatlicher Jurisdiktion untersucht oder abgehandelt wird, außer der betroffene Staat ist dazu nicht willens oder nicht in der Lage. Mit mehr als 100 Vertragsparteien des Römer Statuts etablierte sich der IStGH als wesentlicher Bestandteil der internationalen Friedensordnung.

Infolge von Ersuchen seitens der Demokratischen Republik Kongo, Ugandas und der Zentralafrikanischen Republik sowie von Resolution 1593 (2005) des VN-SR zur Einleitung von Ermittlungen über die Situation in Darfur, sind beim IStGH vier Fälle anhängig.

Die Fünfte Versammlung der Vertragsparteien des Römer Statuts tagte in Den Haag von Ende November bis Anfang Dezember und war vom Übergang des IStGH von seiner Aufbauphase in die operative Phase gekennzeichnet. Gleichzeitig fanden erstmals öffentliche Verhandlungen, gegen den Anführer der Union Kongolesischer Patrioten (UPC), Thomas Lubanga, statt.

Österreich gehört seit Bestehen des IStGH dem Präsidium der Versammlung der Vertragsparteien an und stellt für den Zeitraum 2005-2008 deren Vizepräsidenten. Österreich schloss als erster Vertragsstaat mit dem IStGH ein Abkommen über den Vollzug von Freiheitsstrafen ab.

I. Multilaterale Wirtschaftspolitik

I. Die Welthandelsorganisation

Die bei der Ministerkonferenz in Hongkong im Dezember 2005 festgelegte Frist von Ende April 2006 für eine Einigung über „volle Modalitäten“ für den Handel mit Landwirtschafts- und Industrieprodukten konnte trotz gewisser Verhandlungsfortschritte nicht eingehalten werden. Nachdem eine weitere Annäherung der blockierten Positionen auch bei den Ministertreffen der Hauptakteure in Genf im Juni und Juli nicht gelang, empfahl WTO-Generaldirektor Pascal Lamy am 24. Juli die bis auf Weiteres informelle Aussetzung der Verhandlungen der Doha-Runde. Die folgende Reflexionsphase sollte von den Mitgliedstaaten genutzt werden, ihre Standpunkte zu überdenken und in „stillere“ Diplomatie miteinander nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Im November erfolgte die Wiederaufnahme der Doha-Verhandlungen, die vorsichtig als „soft resumption“ – zwischen „stillere“ Diplomatie und voller Verhandlungstätigkeit – bezeichnet wurde.

Die Differenzen der Mitgliedstaaten zu den drei Kernproblemen konnten jedoch bis Jahresende nicht gelöst werden. Beim Handel mit Landwirtschaftsprodukten betrifft dies einerseits den Umfang des Zollabbaus und andererseits das Ausmaß des Abbaus handelsverzerrender Stützungsmaßnahmen. Während beim Zollabbau für landwirtschaftliche Produkte vor allem die EU zu Konzessionen aufgerufen wird, sind es bei den handelsverzerrenden nationalen Stützungen in erster Linie die USA. Schließlich sind bei der Höhe des zu vereinbarenden Zollabbaus im Handel mit Industrieprodukten insbesondere Schwellenländer zu Konzessionen aufgefordert. Die Lösung der Kernprobleme bleibt weiterhin der Angelpunkt für einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde.

Ein revidiertes Angebot seitens der EU zu Dienstleistungen wurde zwar weit gehend vorbereitet, konnte wegen der Suspendierung der Verhandlungen im Juli jedoch offiziell nicht vorgelegt werden.

Für 2007 gibt es nur noch ein „Zeitfenster“ für die Doha-Verhandlungen, das von der Frist für das Auslaufen der Sonderermächtigung des US-Präsidenten für den Abschluss von Handelsabkommen, der „Trade Promotion Authority“, am 30. Juni 2007 bestimmt wird. Dazufolge kann der US-Kongress einen vom US-Präsidenten abgeschlossenen Handelsvertrag nur entweder zur Gänze annehmen oder ablehnen.

Unabhängig von der Doha-Entwicklungsagenda wurde die in Hongkong ins Leben gerufene „Aid for Trade“-Initiative weiterverfolgt, mit der die Integration von Entwicklungsländern, insbesondere LDCs, in die Weltwirtschaft durch Verbesserungen der angebotsseitigen Kapazitäten sowie der handelsbezogenen Infrastruktur gezielt gefördert werden soll. Im Rahmen dieser von internationalen Organisationen wie Weltbank und IWF mitgetragenen

Initiative wurden im Juli Empfehlungen einer einschlägigen „Task Force“ (Arbeitsgruppe) verabschiedet, deren Umsetzung seither vorbereitet wird.

Der Allgemeine Rat der WTO beschloss im November den Beitritt Vietnams als 150. Mitglied der WTO, wobei die Mitgliedschaft mit 11. Jänner 2007 in Kraft treten wird. 27 Beitrittsverfahren sind anhängig, darunter Montenegro, Russland, Serbien und die Ukraine. Der österreichische Ständige Vertreter in Genf, Wolfgang Petritsch, führt den Vorsitz der Arbeitsgruppe zum Beitritt Bhutans.

II. Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Der ehemalige Außen- und Finanzminister Mexikos José Angel Gurría Trevino ist seit 1. Juni neuer Generalsekretär der OECD. Vom Haushalt der Organisation von rund 340 Millionen entfiel auf Österreich ein Anteil von rund 1%. Zusätzlich standen der Organisation etwas mehr als 60 Millionen Euro an freiwilligen Beiträgen zur Verfügung.

1. Erweiterung und Außenbeziehungen

Nachdem es erstmals gelungen war, einen strategischen Rahmen für die Beziehungen der OECD mit Nicht-Mitgliedstaaten festzulegen, werden innerhalb der Organisation jene Länder identifiziert, die in absehbarer Zeit Mitglied der OECD werden könnten. Eine diesbezügliche Liste soll beim Ministerrat 2007 vorgelegt werden.

2. Internationale Wirtschaft und Finanzen

Die Wachstumskräfte innerhalb der OECD verschoben sich im Laufe des Jahres. Während die USA ein unter den Erwartungen liegendes Wachstum aufwiesen, nahm die Dynamik in den europäischen Volkswirtschaften, vor allem in Deutschland, deutlich zu. Auch in Japan setzte sich das Wirtschaftswachstum fort. Der Schwerpunkt der strukturpolitischen Debatten lag auf folgenden Themen: Globalisierung und Inflation, OECD Jobs Strategy (OECD-Beschäftigungsstrategie), Produktmarktregulierung und Produktivitätswachstum, Wettbewerb auf den Produktmärkten in den Mitgliedstaaten, Politische Ökonomie von Strukturreformen, Migration, Effizienz öffentlicher Ausgaben im Bildungsbereich, Immobilienmärkte und makroökonomische Auswirkungen. Im Finanzmarktkomitee der OECD, das seit November 2005 vom österreichischen Vorsitzenden Thomas Wieser geführt wird, wurden in erster Linie die aktuellen Entwicklungen auf den Finanzmärkten analysiert.

3. Arbeitsmarkt und Soziales

Die wichtigsten arbeitsmarktpolitischen Empfehlungen der OECD wurden im Rahmen einer Neuauflage der OECD Job Strategy formuliert und stützen sich auf vier Säulen: stabile makroökonomische Rahmenbedingungen, Beseitigung von Hindernissen für Beteiligung am Arbeitsmarkt und Arbeitssuche, Beseitigung von Hindernissen für Nachfrage am Arbeitsmarkt sowie Verbesserung der Ausbildungsmaßnahmen.

4. Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit

Bei der OECD wurde ab 1. Juli eine Sekretariatseinheit des Africa Partnership Forum (APF) angesiedelt, dem die G-8 und einige OECD-Mitglieder angehören, darunter Österreich. Hauptaugenmerk des Entwicklungshilfekomitees der OECD lag auf der Implementierung der „Pariser Erklärung zu wirkungsvollem Hilfseinsatz“ vom März 2005. Das Volumen der ODA der bilateralen Geber stieg aufgrund international eingegangener Verpflichtungen signifikant an.

5. Information und Kommunikationstechnologie

Die OECD untersuchte die aktuellen Entwicklungen auf den Märkten der elektronischen Kommunikation sowie deren technische, politische und ökonomische Auswirkungen. Der Sekundärmarkt für den Handel von Domain-Namen trug entscheidend zum weiteren erfolgreichen Wachstum des Internet bei.

6. Umweltpolitik

Die Umweltländerprüfungen stellen ein wichtiges Instrument bei der Durchsetzung von nationalen Umweltsanliegen dar; jene von Chile und China wurden erfolgreich abgeschlossen.

7. Nachhaltige Entwicklung

In den letzten Jahren wurde verstärkt die dritte Säule der Nachhaltigkeit, der soziale Aspekt, in die Arbeit der Organisation einbezogen. Am 13. und 14. September wurde der „Annual Report on Sustainable Development in the OECD 2006“ (Jahresbericht über Nachhaltige Entwicklung in der OECD 2006) erörtert, wobei die Beiträge der verschiedenen Komitees als praktische Umsetzung des Nachhaltigkeitsgedankens innerhalb der OECD Anerkennung fanden. Darüber hinaus wurde die Berücksichtigung der Nachhaltigkeitsperspektive in künftigen Länderprüfungen und Veröffentlichungen über Ausblicke der OECD beschlossen.

8. Landwirtschaft

Erstmals wurde im Landwirtschaftskomitee der OECD der Deklassifizierung eines der periodisch erscheinenden OECD-Hauptdokumente, Monitoring der OECD-Agrarpolitiken, nicht zugestimmt. Die Mehrzahl der EU-Mitgliedstaaten, darunter Österreich, lehnte die von der OECD vorgeschlagene Darstellung der Agrarbeihilfen über das Stützungsmaß für die Unterstützung von Agrarproduzenten „Producer Support Estimate“ (PSE) ab, da dieses der EU-Agrarreform und der Entkoppelung der Beihilfen von der Produktion nicht Rechnung trägt. Unter österreichischer EU-Ratspräsidentschaft konnte jedoch ein gemeinsamer Standpunkt der EU-Mitgliedstaaten erzielt und somit das Agrarkomitee dazu bewogen werden, eine Interimslösung zu akzeptieren und vom bisherigen Darstellungssystem abzuweichen. In weiterer Folge wurde ein von allen OECD-Mitgliedstaaten akzeptiertes Modell erarbeitet, das in den Folgejahren Anwendung finden wird.

9. Ministerratstagungen

Anlässlich der gemeinsamen Tagung der Umwelt- und EntwicklungsministerInnen am 4. April wurde eine gemeinsame Erklärung über die Einbindung von Maßnahmen betreffend Klimaveränderung in die Entwicklungszusammenarbeit (Declaration on Integrating Climate Change Adaptation Into Development Cooperation) verabschiedet. Inhaltlicher Schwerpunkt der Tagung der Wirtschafts- und FinanzministerInnen am 23. und 24. Mai waren aktuelle Fragen der Handelspolitik. Österreich war durch Bundesminister Martin Bartenstein und Staatssekretär Alfred Finz vertreten. Die MinisterInnen bekräftigten ihr Bekenntnis zu einem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen zur Doha-Entwicklungsagenda. Die BildungsministerInnen der OECD traten unter dem Vorsitz der griechischen Bildungs- und Kulturministerin Mariette Giannakou zu einem Gedankenaustausch über die Zukunft des Hochschulwesens in Athen am 27. und 28. Juni zusammen. Der OECD-Generalsekretär sprach sich für ein „PISA-Programm für die Hochschulen“ aus, das verbesserte Indikatoren zur Messung von Qualität und Leistung schaffen soll.

10. Internationale Energieagentur

Die Internationale Energieagentur (**IEA**) war um Verstärkung des internationalen Dialogs über Energiethemen bemüht, insbesondere mit China, Indien und Russland.

J. Globale Nachhaltigkeitspolitik

Vieles wurde in den letzten Jahren auf Grundlage der Visionen und Vorgaben der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung von Rio de Janeiro (Brasilien) 1992 erreicht: zahlreiche Konventionen und Rechtsinstrumente wurden verhandelt und ratifiziert (Klima, Biodiversität, Wüste, gefährliche Chemikalien), wichtige Prinzipien der Rio-Deklaration fanden Eingang in die nationale und europäische Gesetzgebung und nachhaltige Entwicklung ist auf dem Weg, eine zentrale Richtschnur der Politik zu werden. Die EU setzte ihre Bemühungen in Richtung einer Umwandlung von UNEP in eine VN-Sonderorganisation fort. Eine große Herausforderung bleibt das Erarbeiten eines internationalen Übereinkommens für die Periode nach dem Ende der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls im Jahr 2012.

I. Die Weiterverfolgung des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung

Die **CSD-14** tagte in New York vom 1.–12. Mai. Im Mittelpunkt der Sitzung stand eine Überprüfung der Fortschritte in den vier Themenbereichen des zweiten Implementierungszyklus der Johannesburg-Agenda: Energie für nachhaltige Entwicklung, Luftverschmutzung/Atmosphäre, Klimawandel und industrielle Entwicklung. Beim Tagungsteil auf hoher Ebene vom 10.–12. Mai nahmen erstmals auch WirtschaftsministerInnen teil. Die CSD-14 wurde von der Energie-Agenda dominiert, wobei vor allem erneuerbare Energiequellen behandelt wurden.

Die sechste Konferenz des Globalen Forums über nachhaltige Energie (**GFSE**) fand unter dem Titel „Africa is Energizing Itself“ in Wien vom 29. November bis 1. Dezember statt (siehe auch Kapitel D.II.4.). Im Rahmen des Treffens, an dem 181 VertreterInnen aus Europa und Afrika teilnahmen, wurden die Themen Biomasse, Wasserkraft, Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (CDM) und Finanzierung diskutiert.

Die 6. Tagung des Waldforums der VN (**UNFF**) wurde in New York vom 13.–24. Februar abgehalten. Dabei wurden offene Fragen aus der 5. Tagung des Waldforums 2005 aufgegriffen und wesentliche Schritte zur weltweiten Waldbewirtschaftung gesetzt. Erstmals konnte sich die Staatengemeinschaft nach einem fast 15-jährigen Verhandlungsprozess auf gemeinsame Ziele für die Wälder einigen. Die neuen „vier globalen Waldziele“ in Verbindung mit verbesserten Umsetzungsinstrumenten sollen bis 2015 weltweit konkrete Fortschritte in der nachhaltigen Waldbewirtschaftung und im Waldschutz bringen.

II. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen

Die Internationale Konferenz über Chemikalienmanagement (**ICCM**) fand in Dubai (Vereinigte Arabische Emirate) vom 4.–6. Februar statt. Im Anschluss daran wurde am selben Tagungsort die neunte Sondertagung des Globalen Ministerforums Umwelt (**GMEF**) vom 7.–9. Februar abgehalten. Auf der ICCM wurde das Strategische Konzept für ein internationales Chemikalienmanagement (SAICM) beschlossen und der Globale Aktionsplan sowie die Umfassende Politische Strategie (OPS) angenommen. SAICM gilt als erster wichtiger Schritt zur Bewältigung der globalen „Chemikalien-Problematik“. Bei der neunten Sondertagung des GMEF wurde unter anderem UNEP das Mandat zur Umsetzung von SAICM übertragen und eine Zwischenbilanz der Tätigkeiten von UNEP gezogen, unter anderem in den Bereichen Aufbau von Fähigkeiten und technologische Unterstützung für Entwicklungsländer (Bali Strategic Plan) sowie Überwachung der globalen Umweltsituation (Environment Watch).

III. Globale Umweltschutzabkommen

Das dritte Treffen der Vertragsparteien zum **Cartagena-Protokoll über Biologische Sicherheit** fand in Curitiba (Brasilien) vom 13.–17. März statt. Neben der Berichterstattung über laufende Aktivitäten wurden insgesamt 18 Resolutionen verabschiedet. Wichtigstes Ergebnis war nach einem langjährigen Verhandlungsprozess die Einigung bei der Festlegung von Kennzeichnungsbestimmungen für Massenwaren.

Die achte Konferenz der Vertragsparteien zur Konvention über die biologische Vielfalt (**CBD**) wurde im Anschluss an das Treffen der Vertragsparteien zum Cartagena-Protokoll am selben Tagungsort vom 20.–31. März abgehalten. Es wurden insgesamt 36 Resolutionen im Plenum verabschiedet, darunter Entscheidungen zu marinen Schutzgebieten sowie betreffend den Zugang zu genetischen Ressourcen und einen gerechten Vorteilsausgleich. Die EU konnte ihre Positionen in den meisten Bereichen behaupten.

Die zweite Konferenz der Vertragsparteien zum Stockholmer Übereinkommen über nicht abbaubare organische Schadstoffe (**POPs**) tagte in Genf vom 1.–5. Mai. Verabschiedet wurden unter anderem Resolutionen zu DDT, Ausnahmen vom Übereinkommen, finanziellen Ressourcen und Mechanismen, Implementierung sowie Synergien. Verhandlungen über einen Einhaltungsmechanismus wurden fortgesetzt.

Die erste Sitzung des Verwaltungsorgans des Internationalen Vertrags über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft (**ITPGR**) fand in Madrid vom 12.–16. Juni statt. Unter anderem wurde ein privatrechtlicher Modellvertrag zur Regelung des Zugangs zu pflanzengenetischen Ressourcen und des Ausgleichs des aus der Nutzung entstehenden Vorteils verhandelt und festgelegt.

Die 58. Jahrestagung der Internationalen Walfangkommission (**IWC**) wurde in St. Kitts und Nevis vom 16.–20. Juni abgehalten. Diskutiert wurden das bestehende Moratorium für den kommerziellen Walfang, die Quotenregelungen für den „wissenschaftlichen“ Walfang, die Einrichtung von Schutzgebieten sowie der Schutz für Delfine.

Das dritte Treffen der Vertragsparteien zum **UNEP/FAO-Übereinkommen von Rotterdam** über das Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkennzeichnung für bestimmte gefährliche Pestizide im internationalen Handel (**PIC**) fand in Genf vom 9.–13. Oktober statt. Dabei wurden vor allem das Arbeitsprogramm und Budget für den Zeitraum 2007-2008 sowie die Frage von Kooperation und Koordination zwischen Basel-, Rotterdam- und Stockholm-Abkommen erörtert. Verhandlungen über einen Einhaltungsmechanismus wurden fortgesetzt.

Das 18. Treffen der Vertragsparteien zum **Montrealer Protokoll** über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, wurde in New Delhi (Indien) vom 30. Oktober bis 3. November abgehalten. Im Mittelpunkt der Erörterungen standen die Herausforderungen, die sich im Zusammenhang mit dem Schutz der Ozonschicht in den nächsten zehn Jahren stellen werden.

Vom 6.–17. November tagte in Nairobi (Kenia) parallel zur zwölften Konferenz der Vertragsparteien zum **Rahmenübereinkommen der VN zum Klimawandel** die zweite Konferenz der Vertragsparteien zum **Kyoto-Protokoll**. Dabei wurden vor allem die Fortsetzung der Arbeiten an einem internationalen Abkommen nach dem Ende der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls 2012, die Überprüfung des Kyoto-Protokolls sowie wichtige Beschlüsse betreffend Anpassung an den Klimawandel, CDM und Aufbau von Fähigkeiten mit dem Schwerpunkt Afrika erörtert. Der Dialog mit jenen Staaten wurde fortgesetzt, die sich bislang nicht zu Emissionsreduktionen verpflichtet haben. Gemessen an den ursprünglich eher geringen Erwartungen ist das Ergebnis der Konferenzen durchaus positiv zu werten.

Die achte Konferenz der Vertragsparteien des **Basler Übereinkommens** über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von gefährlichen Abfällen und ihrer Entsorgung fand in Nairobi vom 27. November bis 1. Dezember statt. Im Mittelpunkt der Gespräche stand das Thema „elektronischer Abfall“. Insgesamt wurden 30 Resolutionen verabschiedet, darunter auch eine betreffend das Arbeitsprogramm für den Zeitraum 2007-2008.

K. Auslandskulturpolitik

I. Schwerpunkte

Die österreichische Außenpolitik bekennt sich zu einer aktiven und gestaltenden Auslandskulturpolitik, deren Umsetzung über ein Netz von 30 österreichischen Kulturforen (KF), 51 Österreich-Bibliotheken sowie sämtlichen Botschaften und Generalkonsulaten erfolgt. Durch die Vermittlung eines zeitgenössischen kulturellen und wissenschaftlichen Bilds soll das Interesse für Österreich weltweit gefördert werden. Gleichzeitig wird auf diese Weise auch ein Beitrag zur Verbreitung europäischer Werte geleistet, vor allem des Dialogs, der Demokratie und der Toleranz.

Darüber hinaus soll die kulturelle Identität Europas in ihrer Vielfalt durch gemeinsame Kulturaktivitäten Österreichs mit seinen mitteleuropäischen Nachbarn international präsentiert werden. In diesem Sinne wurden die Aktivitäten der 2001 im Rahmen der Regionalen Partnerschaft mit Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn gegründeten Plattform Kultur-Mitteuropa fortgesetzt und in jenem Land, das jeweils den EU-Ratsvorsitz inne hat, ein gemeinsames Großprojekt verwirklicht. Zur österreichischen EU-Ratspräsidentschaft wurde in Kooperation mit dem Orpheus Trust die Konferenz mit Konzerten „Musik.Verfolgung.Freiheit – verfolgte Musikschaffende, verdrängte Musik in den totalitären Regimen in Europa des 20. Jahrhunderts“ durchgeführt. Anlässlich des finnischen Vorsitzes wurde vom slowenischen Designer Martin Bricelj ein im Kulturzentrum Kaapelitehdas in Helsinki präsentiertes interaktives Multimedia-Memory entwickelt.

Insgesamt bot die österreichische EU-Ratspräsidentschaft nicht nur in Brüssel, sondern auch weltweit Gelegenheit, Österreich sowohl als Kultur- als auch Wissenschaftsland in den Vordergrund zu stellen. Zwei wichtige Jubiläen förderten diese Bemühungen zusätzlich: der 250. Geburtstag von Wolfgang Amadeus Mozart sowie der 150. Geburtstag von Sigmund Freud. Das Mozartjahr bot weltweit Gelegenheit, um mit Konzerten und wissenschaftlichen Veranstaltungen das „Musikland“ Österreich auch mit seinen zeitgenössischen kulturellen Leistungen umfassend zu präsentieren. Gleichzeitig wurde mit Betonung der Bedeutung seines Werkes für aktuelle Zeitströmungen Sigmund Freud unter dem Motto „Die Entdeckung des 21. Jahrhunderts“ in allen österreichischen KF thematisiert. Die KF trugen darüber hinaus im Mai symbolisch für einige Tage die Bezeichnung „Freud-Institute“.

Bei der Auslandskulturtagung unter dem Titel „Medien/Macht/Kultur“ stand die Frage nach der Einflussnahme der Medien auf die Vorstellung von Kultur im Mittelpunkt. Die Tagung hob auch den bedeutenden Beitrag der Kultur als „soft power“ der Außenpolitik hervor.

1. Auswahl aus der Auslandsprojektarbeit

1.1. Musik

Es wurden weltweit rund 1.000 vorwiegend der zeitgenössischen Musik gewidmete Musikprojekte verwirklicht. Im Rahmen des Mozartjahres wurden zeitgenössische Interpretationen, aber auch besondere klassische Aufführungen und Erstaufführungen unterstützt, darunter die „Zauberflöte“ in Hanoi (Vietnam), „La Clemenza di Tito“ in Istanbul und Ephesos (Türkei) sowie im Tschaikowski-Theater in Moskau (Russland), eine Mozartwoche in Teheran (Iran) mit Prof. Loris Tjeknavorian, Thomas Fheodoroff und Gottlieb Wallisch mit mehr als 10.000 BesucherInnen, der Wettbewerb „Wolfgang Amadeus Mozart“ am Nationalen Musikkonservatorium in Lima (Peru), ein Mozart-Festival in Kapstadt, Johannesburg, Bloemfontein und in Soweto (Südafrika), das „Festival des chœurs“ in Dakar (Senegal) und der Opernworkshop „Don Giovanni“ mit jungen Musikern in Caracas (Venezuela). Unter den zeitgenössischen Projekten wären hervorzuheben: die Uraufführung von Thomas Pernes „Zauberflöte06“ und „Mozart re-visited“ der Nouvelle Cuisine Big Band in Bratislava; „Tableau vivant – Magic Flute“, eine multimediale Musikinstallation zur „Zauberflöte“ von Gabriele Amadori und „Mozart – Il suono della bellezza“, ein lyrisch-visuelles Rezital in Rom; das Multimediaprojekt „Mozart b/o“ in Krakau; die Welturaufführung von „Amadeus.Rondo“ in Rouse; „Leschetizky trifft Mozart“ in Lemberg (Ukraine), „Mozart Remixed“ als Techno-Event in Ottawa, „Mozart Electronica“ in Montreal (Kanada); „Mozart and Austrian Contemporary Composers Referring to Mozart“ von/mit Jehi Bahk und Paul Gulda sowie „Mozart and Emigrated Austrian Composers“ von Eugeniy Chevkenov und Maria Prinz in Washington, D.C. (USA); die elektronische Auseinandersetzung „No more Mozart“ der DJs Waxolutionists in Mexiko; die als Mitmacher gestaltete „Hochzeit des Figaro“ in São Paulo und Rio de Janeiro (Brasilien); „Movin' Mozart“ im Artscape Theater in Kapstadt, das Festival „Mozart in der Oase“ in den Vereinigten Arabischen Emiraten; das Al Bustan-Festival im Libanon.

Besondere Unterstützung fanden die Welturaufführung der Holocaust-Symphonie „Der Zug“ von Richard Edlinger durch die Krakauer Philharmonie sowie die Erstaufführungen von Werken von Georg Friedrich Haas und Bernhard Lang in Bergen (Norwegen), eine Personale Alfred Peschek mit dem „neuen Ensemble international“ in Celje und der Hans-Swarovski-Konzertzyklus unter dem Dirigenten Manfred Huss in Belgrad (Serbien).

1.2. Literatur und Theater

Zum dramatischen Werk Elfriede Jelineks wurden internationale Tagungen in Brüssel, Oslo und Paris abgehalten; ihr Stück „In den Alpen“ wurde von der Theatervereinigung Riksteatern in 22 schwedischen Städten aufgeführt; weitere Aufführungen ihrer Werke fanden in Bulgarien („Was geschah,

nachdem Nora ihren Mann verlassen hatte oder Stützen der Gesellschaften“ in Sozopol), Italien („*Wolken. Heim.*“ in Palermo, Rom und weiteren süditalienischen Städten) und Kanada („*Jackie*“ aus den Prinzessinnendramen in Toronto) statt. Der 80. Geburtstag Ingeborg Bachmanns wurde mit Konferenzen in Neapel und Tallin gewürdigt. „*Der gute Gott von Manhattan*“ wurde in Lemberg aufgeführt.

Die freie österreichische Theaterszene präsentierte sich erfolgreich, unter anderem beim Auftritt des „*Theater ohne Grenzen*“ beim Festival „*Out the Box*“ in Kapstadt und beim Auftritt des Schauspielhauses Wien mit dem Stück „*Samowar*“ beim Singapore Arts Festival.

SchriftstellerInnen nahmen an zahlreichen internationalen Literaturfestivals teil, unter anderem Bettina Galvagni am Festival „*1.2.3 ...cultures*“ in Paris, Christl Greller und Friederike Mayröcker am Jan Smrek-Festival in Bratislava, Ludwig Laher am Salon du Livre in Montreal. Die jüngere österreichische Schriftstellergeneration wurde weltweit zu erfolgreichen Lesungen eingeladen, beispielsweise Bettina Bálaka, Olga Flor, Franzobel, Arnold Geige, Thomas Glavinic, Norbert Gstrein, Wolf Haas und Daniel Kehlmann.

Das zeitgenössische österreichische Tanzschaffen konnte in mehreren Großveranstaltungen international präsentiert werden. Hervorzuheben ist das „*Festival Wien – Brüssel: Dance Austria @ Brussels 2006*“, eine Koproduktion von BOZAR DANCE und ImPulsTanz Wien im Rahmen der Kulturveranstaltungen zur österreichischen EU-Ratspräsidentschaft, bei dem VertreterInnen der österreichischen jungen Tanzszenen wie Milli Bitterli, Cie. Willi Dorner, Christine Gaigg, Saskia Hölbling und Barbara Krauss auftraten. Das Tanzfestival „*Beyond the Waltz: Austrodance 2006*“, in Washington, D.C. war das erste größere Tanzereignis aus Österreich in Washington seit dem Staatsoperngastspiel 1972. Es wurden neun Produktionen mit Hanna Berger, Bernd Bienert, der Cie. Willi Dorner, Nejla Yarkin und der Dana Tai Soon Burgess Company an drei Veranstaltungsorten in Washington D.C., darunter dem Kennedy-Center, gezeigt. Im Rahmen des 50-Jahr-Jubiläums der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und Österreich fanden im Oktober die Österreichischen Tanztage statt. Drei österreichische Produktionen von vier österreichischen Choreographen, Willi Dorner, Karl Schreiner und Klaus Obermaier/Chris Haring, wurden an drei großen Musikstätten von Tel Aviv präsentiert.

1.3. Bildende Kunst

Neben zahlreichen Einzel- und Gruppenausstellungen und der Teilnahme von KünstlerInnen an internationalen Festivals, bildeten die österreichische EU-Ratspräsidentschaft sowie das Freud- und Mozartjubiläum die Schwerpunkte der Ausstellungstätigkeit. Österreich war Gastland der Internationalen Kunstmesse ARCO in Madrid.

Im Rahmen des Ratsvorsitzes wurde eine Fotoausstellung zusammen mit dem Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek vorbereitet, die Österreich und seine wissenschaftlichen, kulturellen und gesellschaftspolitischen Leistungen im europäischen Kontext präsentierte, und in München, Laibach und Bratislava gezeigt wurde. In Brüssel wurde in der ersten Jahreshälfte die Ausstellung „Die Wiener Werkstätte und das Palais Stoclet“ im BOZAR präsentiert.

Zum 250. Geburtstag Mozarts erstellte das Wiener Stadt- und Landesarchiv die Wanderausstellung „Mozarts Spuren in Wien“ in verschiedenen Sprachversionen, die von den österreichischen Vertretungsbehörden weltweit gezeigt wurde. Die mit der Internationalen Mozarteumstiftung Salzburg erstellte Wanderausstellung wurde unter anderem in Paris, Oslo, Otawawa, Santiago de Chile und Strassburg gezeigt. An mehreren Ausstellungsstellen wurden übermalte Mozartpartituren der KünstlerInnen Ernst und Eleonore Friedrich gezeigt.

Zum Freud-Jahr wurde eine Ausstellung im CD-Rom-Format hergestellt, die jeweils vor Ort produziert werden konnte. Auf die humoristische Seite des Wirkens von Freud wurde in der von Michael Freund erstellten Ausstellung „Sigmund Freud – On the Couch“ eingegangen, welche 80 im „New Yorker“ publizierte Cartoons aus mehreren Jahrzehnten zusammenführte. Diese Ausstellung wurde im City Museum in New York, sowie im Sigmund Freud Museum London, im Traumuseum St. Petersburg und Prag gezeigt.

Zum Gedenken an den 100. Geburtstag Kurt Gödels wurde die von Univ.-Prof. Karl Sigmund erstellte Präsentation in Bangkok, Berlin, Madrid, New York und Prag gezeigt.

Die Wanderausstellung „Moslems in Austria“, mit Panoramafotos von Lukas Maximilian Hüller wurde in Jerusalem und in verschiedenen ägyptischen Städten gezeigt. Zur Förderung des interkulturellen Dialogs dienen auch die Werke von Prof. Ernst Degasperi, die das Verbindende und Gemeinsame der drei monotheistischen Religionsgemeinschaften betonen. Im Museum für Kirchengeschichte in Sofia gelang es, höchste Repräsentanten der vor Ort vertretenen Religionsgemeinschaften bei der Eröffnung zu vereinen.

1.4. Film

Österreichischen FilmemacherInnen wurde die Teilnahme an internationalen Filmfestivals durch die Übernahme von Reisekosten ermöglicht. Von Vertretungsbehörden und KF organisierte bzw. mitorganisierte Österreichische Filmwochen fanden unter anderem in Budapest, Krakau, Lissabon, Madrid, Mailand, Prag und Tokio statt. In Zusammenarbeit mit der ADA wurden auch Filmprojekte in Schwerpunktländern der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit veranstaltet, wie in Kampala (Uganda), Managua (Nicaragua), Maputo (Mosambik) und Ouagadougou (Burkina Faso).

Schwerpunkte

Das österreichische Filmschaffen konnte weltweit bei insgesamt 24 „Österreich – Filmtagen“ sowie bei insgesamt 62 „Europäischen Filmtagen“ gezeigt werden.

1.5. Wissenschaftliche Veranstaltungen

Das überragende Thema der wissenschaftlichen Veranstaltungen war Sigmund Freud. Konferenzen, Symposien, Lesungen und andere Veranstaltungen widmeten sich allen Aspekten seines Werks und seiner Bedeutung für die Welt von heute. Es fanden dazu rund 30 akademische Veranstaltungen mit Unterstützung der österreichischen Vertretungen statt, etwa Großkonferenzen in Jerusalem, Moskau und Stockholm, eine Tagungsreihe in Florenz und Rom, Konferenzen in Belgrad, Medellín (Kolumbien), Mexiko City, Riga, Washington D.C. und Tallinn.

Ein weiterer Themenschwerpunkt war die Erörterung europapolitischer Fragen aus Anlass der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft in Athen, Bonn, Mailand und Valletta.

2. Auslandskulturpolitische Initiativen

Mehrere Initiativen mit spezifischen Kulturvorhaben in der unmittelbaren sowie auch fernerer Nachbarschaft Österreichs wurden für die kommenden Jahre vorbereitet, besonders im Raum Südosteuropa, wo die Perspektive dieser Länder zur Integration in die EU auch mit Mitteln der kulturellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit unterstützt wird. Darüber hinaus soll die Kooperation Österreichs mit den übrigen Ländern der Donauregion gestärkt werden, vor allem durch die Vorbereitung bzw. Umsetzung einer Informations- und Kommunikationsplattform zur Identifikation der speziellen Anliegen und Bedürfnisse der KünstlerInnen und Kulturschaffenden vor Ort.

Österreich wirkte an den Vorbereitungen der Programmgestaltung der Stadt Sibiu als europäische Kulturhauptstadt 2007 mit, um die kulturellen und historischen Verbindungen zwischen Österreich und Sibiu in Erinnerung zu rufen.

Das Programm „Culture Matters“ sieht als mehrjährige Schwerpunktaktion eine verstärkte Kooperation mit den Ländern des Westlichen Balkans vor. Der Dramenwettbewerb „Über Grenzen sprechen“ ist Teil dieser Schwerpunktaktion und soll nach erfolgreicher Durchführung in Mazedonien und Serbien in anderen Staaten der Region fortgesetzt werden. Gewinner des ersten Wettbewerbs in Mazedonien ist der junge Autor Goce Smilewski mit dem Stück „Crossing Borders“. Im Rahmen dieser Schwerpunktaktion wurde auch das Projekt SKOMRAHI in Mazedonien unterstützt, ein seit 1988 in Skopje durchgeführter Workshop für TheaterstudentInnen aus den Ländern des Westlichen Balkans. Neben einem Theaterworkshop und einer interna-

tionalen Konferenz werden in Zusammenarbeit einer südosteuropäischen und einer österreichischen Theaterschule jedes Jahr eine Theaterproduktion bzw. ein Film erstellt. Die ADA ist seit 2002 der Hauptsponsor.

Eine Wanderausstellung wurde unter dem Titel „Art brut – die Kraft des Unbewussten“ vorbereitet. Sie wurde von Prof. Angelica Bäumer erstellt und geht neben der künstlerischen Wertschätzung von Menschen mit Behinderungen auch der Integrationsfrage in Österreich nach. Das zweijährige Aktionsprogramm „The New Austrian Sound of Music“ wurde weltweit erfolgreich fortgesetzt.

Das interkulturelle Dialogprojekt „Sounding Jerusalem“ von Erich Oskar Hütter wurde im Armenischen Patriarchat, im historisch-jüdischen Viertel in der Altstadt von Jerusalem und in den Palästinensischen Gebieten durchgeführt. In Kooperation mit der Bethlehem Academy of Music entstand die erste Publikation zur österreichischen Musikgeschichte in arabischer Sprache.

In Neu Delhi wurde ein neues österreichisches Kulturforum errichtet, womit erstmals auch eine nach außen hin sichtbare, für kulturelle und wissenschaftliche Belange zuständige Einrichtung in Indien gegründet werden konnte. Die offizielle Eröffnung dieses Kulturforums wird im Jahr 2007 erfolgen.

3. Kulturelle Förderungen

Zur Unterstützung und Verankerung außenpolitischer und auslandskulturpolitischer Zielsetzungen in der Öffentlichkeit stellt das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten Finanzmittel in Form von Förderungen für kulturelle Projekte zur Verfügung. Kulturelle Förderungen sind darüber hinaus ein Mittel für die zusätzliche Schwerpunktsetzung im Rahmen der Auslandskulturarbeit. Im Jahr 2006 wurden Budgetmittel in der Höhe von 411.010 Euro für 73 Einzelprojekte aus den Bereichen Kunst, Kultur und Wissenschaft bereitgestellt.

Das Kunstprojekt „Brückenschlag – Czernowitzer Austria“ des Instituts für kulturreisistente Güter; das Ausstellungsprojekt der Stadt Fehring „Roots – Verkannte Nachbarn“; die Iberoamerikanische Konferenz „Migration – Exil – Identität“; das 29. Internationale Ludwig Wittgenstein – Symposium „Kulturen. Streit-Analyse-Dialog“ sowie der Paneuropa-Jugend-Kongress „Panalp“ wurden mit Fördermitteln unterstützt.

Ein Studententeam der Universität Wien erhielt für die Teilnahme an der Harvard World Model United Nations Konferenz in Peking ebenso wie ein Studententeam der Universität Graz für die Mitwirkung an der National Model United Nations Competition in New York Subventionsmittel zugesprochen. Das Gustav Mahler Jugendorchester, das Klangforum Wien, das Pierrot Lunaire Ensemble Wien, das Wiener Jeunesse Orchester und das

Vienna Art Orchester erhielten für ihre Auslandstourneen, die sie jeweils durch mehrere Staaten führen, genauso wie die Chorvereinigung St. Augustin, die Österreichisch-Koreanische Philharmonie und das Austria Barock Kulturinstitut Förderungszahlungen. Das Jüdische Institut für Erwachsenenbildung wurde für die Durchführung der Jiddischen Theaterwochen 2006, b-projekt für die Veranstaltung „Kristallnacht – Zeitzeugen berichten 2006: Ghetto“ und der Kulturverein EU XXL für die Durchführung der Europäischen Filmfestivals in Pecs und Bratislava finanziell unterstützt.

Den slowenischen Kulturvereinen „Brücken“, „Abstaller Feld“ und dem „Gottscheer Altsiedler Verein“ wurden ebenso wie dem Kroatischen Kulturverein „Napredak“ für Deutschkurse, dem „Circolo di Cultura Italo-Austriaco Triest“, der Italienisch-Österreichischen Kulturvereinigung „Bologna“, der Österreichisch-Deutschen Kulturgesellschaft Wien für Veranstaltungen auf kulturell-wissenschaftlichem Gebiet sowie dem Kulturverein österreichischer Roma für internationale Aktivitäten Förderungen zuerkannt.

Wie in den Vorjahren wurden auch für das St. Georgs-Kolleg in Istanbul Subventionsmittel bereitgestellt.

II. Bilaterale Abkommen in den Bereichen Kultur und Wissenschaft

Das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und dem Ministerrat der Republik Albanien über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur, der Bildung und der Wissenschaft trat am 1. November in Kraft.

Arbeitsprogramme zur kulturellen Zusammenarbeit mit Kroatien, Montenegro, Polen und Rumänien wurden verhandelt und beschlossen.

Mit Tschechien wurden Verhandlungen zum Abschluss eines neuen Kulturabkommens geführt, welches das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur, Bildung und Wissenschaft aus dem Jahr 1977 ersetzen und die kulturelle Zusammenarbeit auf eine neue Basis stellen soll.

Die vierte Runde der informellen österreichisch-schweizerischen Kulturgespräche fand in Bern am 23. und 24. Oktober statt; im Vordergrund standen Fragen der kulturpolitischen Zusammenarbeit im bilateralen Bereich sowie mit Drittstaaten.

Unter der Delegationsleitung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten wurden neue Durchführungsprogramme auf Grundlage der wissenschaftlich-technischen Abkommen mit China, der Ukraine und Ungarn vereinbart.

Der Abschluss bilateraler Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit wurde mit Indien und Mazedonien verhandelt. Verhandlungen wurden auch mit Russland über einen Notenwechsel zur Änderung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Russischen Föderation über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit geführt.

III. Österreich-Bibliotheken

Zum Netzwerk der Österreich-Bibliotheken im Ausland zählen derzeit 51 Bibliotheken in 23 Ländern. Diese auch als Informations- und kleine Kulturzentren agierenden Einrichtungen sind mehrheitlich in Städten beheimatet, in denen Österreich weder durch eine Botschaft noch durch andere offizielle Einrichtungen präsent ist. Die Österreich-Bibliotheken führten neben dem klassischen Bibliotheksbetrieb mehr als 500 Veranstaltungen mit rund 70.000 BesucherInnen durch. Mehr als 170.000 Personen frequentieren jährlich die Österreich-Bibliotheken, deren Bestände auf rund 300.000 Bücher, 4.400 Tonträger, 700 CD-Roms und 3.000 Videos angewachsen sind.

Das Angebot an Informationsleistungen wurde weiter verbessert. Das Web-Portal der Österreich-Bibliotheken www.oesterreich-bibliotheken.at wurde um ein „Kaleidoskop der Kultur Österreichs“ erweitert, das Essays aus und zu Kunst und Kultur in Österreich in deutscher, englischer und russischer Sprache anbietet. Daneben wurde auch ein „Wiener Kaffeehaus Feuilleton“ geschaffen, das eine Übersicht über wesentliche Kulturthemen aus Österreich sowie Mittel-, Ost- und Südosteuropa anbietet. Die über das Web-Portal zugängliche Datenbank der *Auslandsaustriaca*, der österreichischen Literatur in Übersetzungen, umfasst bereits mehr als 12.000 Titel. Informationen aus Anlass der Jubiläen von Ingeborg Bachmann, Kurt Gödel, Sigmund Freud, Wolfgang Amadeus Mozart und Bertha von Suttner wurden aufbereitet.

Die Österreich-Bibliothek in Kosice übersiedelte in neue Räumlichkeiten der Pavol-Jozef-Šafárik-Universität, die auch ein Germanistik-Institut einrichtete.

Im Dezember wurde ein Festakt zum Thema „Kultur/Integration/Europa – 15 Jahre österreichische Kulturinterferenzen in Bulgarien und Rumänien“ mit den Botschaften der beiden Länder in Wien, der Österreichisch-Bulgarischen Gesellschaft, der Österreichisch-Rumänischen Gesellschaft sowie der Österreichischen Gesellschaft für Literatur veranstaltet, an dem führende VertreterInnen aus den beiden Staaten teilnahmen.

Neben den Österreich-Bibliotheken im Ausland wurden Buchspenden an germanistische und sozialwissenschaftliche Institute an Universitäten in aller Welt gewährt, unter anderem in Belgien, China, Japan, Kanada, Polen, Rumänien, Tschechien, Türkei, Südafrika und Ungarn.

IV. Wissenschaft, Bildung und Sprache

1. Wissenschaft und Bildung

1.1. Österreich-Lehrstühle und Studienzentren im Ausland

Diese Einrichtungen an Universitäten in Europa sowie Australien, Israel, Kanada und den USA haben die Aufgabe, im akademischen Leben des Gastlandes die Beschäftigung mit österreich- und europaspezifischen Themen zu initiieren, zu vertiefen und zu betreuen. Dabei wird auch das intellektuelle Potenzial Österreichs gezeigt und die wissenschaftliche Arbeit samt ihrer Publikation in diesem Themenbereich angeregt. Sie verstärken durch Vernetzung mit adäquaten österreichischen Institutionen die Einbindung Österreichs in das internationale wissenschaftliche und kulturelle Netz.

1.2. Stipendien und Mobilitätsprogramme im universitären Bereich

Die Betreuung von StipendiatInnen und die Administration verschiedener Mobilitätsprogramme, etwa Erasmus, bilaterale Stipendienprogramme, Programme der Entwicklungszusammenarbeit und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, erfolgt durch den Österreichischen Austauschdienst (**ÖAD**). Dieser fungiert dabei als Partner des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten; die einzelnen Programme werden vom Büro für Akademische Mobilität und Kooperation und von der Sokrates und Leonardo da Vinci Nationalagentur durchgeführt. Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten übernimmt in diesem Bereich Aufgaben der Koordination und Information sowohl für österreichische Vertretungsbehörden im Ausland als auch für ausländische Vertretungen in Österreich.

1.3. Arbeitsgruppe für Internationale Zusammenarbeit zum Holocaust: Bildung, Forschung und Gedenken

Die Arbeitsgruppe für Internationale Zusammenarbeit zum Holocaust: Bildung, Forschung und Gedenken (**ITF**) wurde 1998 auf schwedische Initiative gegründet. Sie soll auf nationaler und internationaler Ebene PolitikerInnen und führende Persönlichkeiten der Gesellschaft für die Aufgabe gewinnen, Bildung und Forschung auf dem Gebiet des Holocaust sowie das Gedenken daran zu fördern. Der ITF gehören 24 Staaten sowie staatliche und nichtstaatliche Organisationen an.

Österreich wurde im Jahr 2000 in die ITF aufgenommen. Österreichische Projekte im Bereich Bewusstseinsbildung und Forschung auf dem Gebiet des Holocaust genießen innerhalb der ITF hohes Ansehen. Im Rahmen der ITF kann in der Öffentlichkeit und gegenüber Staaten, die sich in besonderer Weise als Anwalt der NS-Opfer sehen, auf österreichische Leistungen für NS-Opfer im Rahmen der dafür geschaffenen Institutionen – National-

fonds, Allgemeiner Entschädigungsfonds, Zukunftsfonds und Stipendienfonds – hingewiesen werden.

2. Sprache

Deutsch ist eine der meistgesprochenen Sprachen Europas und die nach Englisch am häufigsten verwendete Fremdsprache. 7,2 Millionen SchülerInnen in der EU lernen Deutsch als Fremdsprache. Dennoch steht Deutsch in seiner Wahrnehmung als Amts- und Arbeitssprache hinter Englisch und Französisch zurück.

Die **Österreich Institut G.m.b.H.** wurde 1997 zur Durchführung von Deutschkursen, zur Unterstützung und Förderung des Deutschunterrichts im Ausland sowie zur Kooperation mit nationalen und internationalen einschlägigen Organisationen gegründet. Österreich Institute fördern das Studium von Deutsch in seiner österreichischen Ausprägung. Die Zentrale befindet sich in Wien. Österreich Institute bestehen in Breslau, Brünn, Budapest, Krakau, Laibach, Pressburg, Rom und Warschau und werden von mehr als 9.000 HörerInnen besucht. Durch Lizenzvergabe (Istanbul) wird das Kursangebot weiter ausgebaut.

Das Österreichische Sprachdiplom Deutsch (**ÖSD**) ist ein Instrument der Bildungs- und Sprachpolitik Deutsch als Fremdsprache (**DaF**). Das an internationalen Rahmenrichtlinien orientierte Prüfungssystem bietet die Möglichkeit, Deutschkenntnisse auf mehreren Niveaus zertifizieren zu lassen. Die ÖSD-Prüfungen werden weltweit an mehr als 190 schulischen wie außerschulischen Prüfungszentren abgenommen. Die Gleichwertigkeit mit den entsprechenden Prüfungen des Goethe-Instituts wurde durch Abkommen sichergestellt.

LektorInnen, SprachassistentInnen und DaF-PraktikantInnen werden von der „Österreich-Kooperation“ ausgewählt und vermittelt. Es handelt sich dabei in der Regel um StudentInnen Pädagogischer Akademien und Graduierte geistes- und kulturwissenschaftlicher Studienrichtungen, die im sekundären und tertiären Bildungsbereich (Mittelschule und Universität) im Ausland tätig sind. Lektorate bestehen an 128 Standorten, Sprachassistenten in zehn Ländern, DaF-Praktika in 46 Ländern.

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten wirkte weiter an der Betreuung des mehrwöchigen **Sprachstipendienprogramms** für rund 50 StudentInnen der **Hebräischen Universität Jerusalem** in Kooperation mit deren Freundesgesellschaft mit. Gastgeber waren die Universitäten Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz, Salzburg und Wien. Diese Kurse werden von israelischen StudentInnen wegen des gebotenen Niveaus sehr geschätzt.

V. Internationale Sportbeziehungen

Die Host-City-Verträge zwischen der Vereinigung Europäischer Fußballverbände (UEFA) und den österreichischen Austragungsstädten für die gemeinsam von Österreich und der Schweiz veranstaltete Fußball-Europameisterschaft 2008 wurden abgeschlossen. Bei der vierten Runde der informellen österreichisch-schweizerischen Kulturgespräche in Bern am 23. und 24. Oktober wurde auch die Fußball-Europameisterschaft 2008 erörtert.

Die Unterstützung der Bewerbung der Stadt Salzburg um die Austragung der XXII. Olympischen Winterspiele im Jahr 2014 wurde im Rahmen der geltenden IOC-Richtlinien fortgesetzt.

VI. Multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit

Österreich intensivierte die multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit inner- und außerhalb Europas zur Positionierung des Landes als Standort der Hochtechnologie. Die Beteiligung Österreichs an Programmen internationaler wissenschaftlich-technischer Organisationen wie der Europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung (**COST**) in Brüssel, der Europäischen Organisation für Kernforschung (**CERN**) in Genf, der Europäischen Weltraumbehörde (**ESA**) in Paris und der Europäischen Organisation zur Nutzung meteorologischer Satelliten (**EUMETSAT**) in Darmstadt ist zur Erreichung dieses Ziels unerlässlich. In diesen Organisationen wird Österreich durch das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten gemeinsam mit dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie bzw. Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur vertreten. Darüber hinaus werden außenpolitische Belange in der Europäischen Konferenz für Molekularbiologie (**EMBC**) in Heidelberg, im Internationalen Institut für Angewandte Systemanalyse (**IIASA**) in Laxenburg, im Europäischen Zentrum für Mittelfristige Wettervorhersage (**ECMWF**) in Reading und im Europäischen Institut für Weltraumpolitik (**ESPI**) in Wien wahrgenommen. Besondere Bedeutung kommt dabei der Förderung der Vernetzung der Aktivitäten der internationalen wissenschaftlichen Institutionen mit Sitz in Österreich zu.

Die 34 Mitgliedstaaten von **COST** finanzierten ein Forschungsbudget von rund 2 Milliarden Euro jährlich. Die EU brachte mit der Erhöhung des Beitrags der Union zu den Verwaltungsausgaben von **COST** um rund 80% auf 210 Millionen Euro im laufenden 7. Forschungsrahmenprogramm ihre Anerkennung zum Ausdruck. **COST** öffnete sich erstmals auch den Kulturwissenschaften. Aus 40 Bewerbungen wurde eine für Österreich bedeutende **COST**-Aktion, Holzwissenschaften im Dienste der Erhaltung des Europäischen Kulturerbes, beschlossen. Zu dieser auf vier Jahre anberaumten Akti-

on mit einem Volumen von 120 Millionen Euro und interdisziplinärer Aufgabenstellung meldeten bereits 14 COST-Mitgliedstaaten ihr Interesse an. Österreich fördert bei COST die Drittstaatenbeteiligung, insbesondere die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Indien. Die Beteiligung von WissenschaftlerInnen der Balkanregion wurde durch Finanzierung eines eigenen COST-Fonds ermöglicht.

Österreich richtete ein eigenes **nationales Forschungsprogramm für Weltraumwissenschaften** ein, wirkt jedoch weiter an **ESA** mit. Die ESA-Konvention ermöglicht eine selektive Beteiligung an ESA-Programmen mit garantiertem Rückfluss. Dies führte im Laufe von zwei Jahrzehnten für die österreichische Wirtschaft zu Aufträgen in der Weltraumtechnik in der Höhe des österreichischen Finanzierungsbeitrags zu ESA-Programmen. ESA-Programmbeteiligungen sind bester Ausgangspunkt für anwendungsorientierte industrielle Serienproduktion. Österreich ist über die ESA am Bau des Europäischen Navigations- und Ortungssystems **GALILEO** und an der Vorbereitung künftiger ESA-Programme für ein europäisches satellitengestütztes Globales Umwelt- und Sicherheitssystem (**GMES**) beteiligt. Österreich trug während der EU-Ratspräsidentschaft mit einer Reihe von Großveranstaltungen für eine anwendungsorientierte Ausrichtung und Entwicklung des Markts von GMES bei und fand dafür international Anerkennung. Das in Wien angesiedelte Europäische Institut für Weltraumpolitik (**ESPI**) bereitete erfolgreich internationale Veranstaltungen vor, etwa die Konferenz „Markets for GMES in Europe and its regions – the Graz Dialogue“ in Graz am 19. und 20. April.

VII. Die Auslandskulturpolitik im Rahmen der Europäischen Union

Die kulturelle Zusammenarbeit im Rahmen der EU ist in **Art 151 EGV** verankert. Dieser legt fest, dass die Gemeinschaft einen Beitrag zur „Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes“ leistet. Die Zuständigkeit für Kultur verbleibt im nationalen Bereich, die Gemeinschaft kann lediglich Maßnahmen der Mitgliedstaaten ergänzen oder unterstützen sowie Förder- oder Koordinierungsmaßnahmen erlassen, verfügt jedoch über keine Legislativbefugnisse.

Das Rahmenprogramm „**Kultur 2000**“ soll als einheitliches Finanzierungs- und Planungsinstrument zur Umsetzung von Art 151 EGV den kulturellen Dialog und die Präsentation des gemeinsamen europäischen Kulturerbes fördern. Das ursprünglich für den Zeitraum 2000-2004 vorgesehene Rahmenprogramm mit einem Budget von 167 Millionen Euro wurde unverändert bis 2006 verlängert und mit zusätzlichen 69,5 Millionen Euro dotiert. Österreich reichte 2006 insgesamt 22 einjährige Projekte ein, von denen neun gefördert wurden; an zehn weiteren Projekten sind österreichische

Institutionen als Mitorganisatoren oder Partner beteiligt. Im Bereich der mehrjährigen Kooperationsprojekte erhielt eines von fünf eingereichten Projekten eine Förderung; an sechs weiteren Projekten sind österreichische Mitorganisatoren beteiligt. 2006 floss damit eine Gesamtsumme von 1,7 Millionen Euro an österreichische Projektträger.

Unter österreichischer EU-Ratspräsidentschaft kam es zu einer politischen Einigung über das Nachfolgeprogramm „**Kultur 2007**“ für den Zeitraum 2007-2013; das Legislativverfahren wurde im Herbst abgeschlossen. Das mit 400 Millionen Euro dotierte Programm wird im Jänner 2007 in Kraft treten.

Anlässlich des EU-Kulturministerrats in Brüssel am 18. und 19. Mai wurde eine politische Einigung über inhaltliche und budgetäre Aspekte des Programms „**BürgerInnen für Europa**“ (2007-2013) erzielt; das Gesetzgebungsverfahren wurde unter finnischer Präsidentschaft abgeschlossen. Durch das mit 235 Millionen Euro dotierte Programm soll die Bürgerbeteiligung an der europäischen Integration gefördert und das Wissen über die EU und ihre Werte vertieft werden.

Bei der Revision des Beschlusses „**Kulturhauptstadt Europas (2007-2019)**“ wurde unter österreichischem Ratsvorsitz mit der Einigung in erster Lesung zwischen Rat und Europäischem Parlament die Grundlage für den Abschluss des Legislativverfahrens geschaffen. Der Beschluss sichert eine stärkere europäische Dimension, mehr Wettbewerb zwischen den Städten, mehr Transparenz im Auswahlverfahren und mehr Planungssicherheit für den Veranstalter. Essen, Istanbul und Pecs wurden im Herbst zu **Kulturhauptstädten für das Jahr 2010** ernannt.

Die Bedeutung des interkulturellen Dialogs wurde von der EU mit der Ausrichtung des „**Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs 2008**“ unterstrichen. Durch Aktionen und Informationskampagnen auf Gemeinschaftsebene soll der interkulturelle Dialog gefördert und die BürgerInnen für das Konzept einer weltoffenen Unionsbürgerschaft sensibilisiert werden. Das Programm für den Zeitraum 2007-2008 wurde mit einem Budget von 10 Millionen Euro ausgestattet.

Zur Konvention der UNESCO über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen siehe Kapitel E.VI.6.

Die EU-Bildungsprogramme **Sokrates II** (Allgemeine Bildung) und **Leonardo II** (Berufsbildung) verfügten im Zeitraum 2000-2006 über insgesamt 3 Milliarden Euro an Fördergeldern. Neben den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) Rumänien und Bulgarien und den EFTA/EWR-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen, kommen diese Gelder seit 1. Jänner 2004 rückwirkend auch der Türkei zugute. Mehr als 25% dieser Summe wird im Bereich der Schulbildung verwendet, in dem jährlich etwa 400 Schulen im Rahmen transnationaler Comenius-Schulprojekte kooperieren. In der Erwachsenenbildung wird das Programm Sokrates/Grundtvig, im Hochschulbereich die Programme Sokrates/Erasmus gefördert. Zahlrei-

chen Studierenden aus Österreich, rund 4.200 im Studienjahr 2006/07, wird jedes Jahr die Möglichkeit geboten, ein Auslandssemester in einem der teilnahmeberechtigten Staaten zu verbringen.

Mit „**Erasmus Mundus**“ wurde 2003 ein Programm mit dem Ziel ins Leben gerufen, die Zusammenarbeit mit Universitäten und Forschungseinrichtungen außerhalb der EU zu unterstützen und junge WissenschaftlerInnen zu fördern. Die Qualität der Hochschulbildung in der EU soll verbessert, das interkulturelle Verständnis vertieft werden. Das Programm mit der Laufzeit 2004-2008 wurde mit 230 Millionen Euro ausgestattet.

VIII. Interkultureller und interreligiöser Dialog

Die innereuropäischen und globalen Entwicklungen der letzten Jahre haben die Notwendigkeit eines Dialogs zwischen den großen Weltreligionen, wie er von Österreich schon vor zwei Jahrzehnten begonnen wurde, unterstrichen. Zugleich wurde deutlich, dass die Dialog-Strategie über die Förderung des interreligiösen Dialogs weit hinausgeht und Themen im Spannungsfeld von Migration-Integration-Islam ebenso wie den Aspekt des globalen gesellschaftlichen Dialogs sowie der Konfliktprävention und -lösung umfassen muss. Für Österreich sind Fragen zur Entwicklung des Islams und der muslimischen Vertretungsorganisationen in Europa wesentlich. Ein Kernelement dabei ist der Dialog über und die Integration der muslimischen MitbürgerInnen in das europäische Lebensmodell. Österreich legt in seinen Dialog-Ansätzen großes Augenmerk auf die Rolle und die Stärkung von Frauen, sowie die Einbeziehung Jugendlicher in den Dialog.

1. Vermittlung im „Karikaturenstreit“

Während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft erreichte der so genannte Karikaturenstreit mit Ausschreitungen gegen Botschaften Dänemarks und anderer EU-Mitgliedsländer seinen Höhepunkt. Um ein Signal der Verständigung zu setzen, lud Bundesministerin Ursula Plassnik am 16. Februar den dänischen Außenminister Per Stig Møller, den dänischen Bischof von Lolland-Falster sowie die Großmuftis von Syrien und Bosnien und Herzegowina zu einem Runden Tisch nach Wien. Dabei wurde gemeinsam über Wege diskutiert, wie man die Spannungen abbauen und dem Dialog zwischen den Religionen in Europa sowie zwischen Europa und der islamischen Welt neue Impulse verleihen könnte. Unter österreichischem Vorsitz verabschiedete der Rat der Europäischen Union am 27. Februar Schlussfolgerungen, in welchen Gewalt verurteilt und zu Respekt für Religionen und andere Überzeugungen, zu Toleranz und zur Achtung universeller Werte aufgerufen wurde.

2. Zweite europäische Imamekonferenz

Vom 7.–9. April fand in Wien die 2. Konferenz Europäischer Imame und Seelsorgerinnen statt, die von der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich mit Unterstützung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten organisiert wurde. 120 TeilnehmerInnen aus 40 Ländern diskutierten über die Schwerpunktthemen Integration, Bildung, Frauen, Jugend und Ökologie. In der Schlusserklärung wurde jegliche Form von Fanatismus und Extremismus klar verurteilt und ein Bekenntnis zu Vielfalt, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten abgegeben. Die Konferenz fand über Europa hinaus, vor allem auch in der muslimischen Welt, große Resonanz und hat den Ruf Österreichs als Ort der Begegnung muslimischer Autoritäten gefestigt.

3. Anna-Lindh-Stiftung

Für die in Alexandrien (Ägypten) angesiedelte und mit der Umsetzung der sozialen, kulturellen und zwischenmenschlichen Komponente der Euro-Mediterranen Partnerschaft betraute **Anna-Lindh-Stiftung** wurden die Statuten und eine Geschäftsordnung verabschiedet. Die Durchführung des Programms erfolgt durch ein Netzwerk nationaler NGOs.

Das **österreichische Netzwerk** umfasst mehr als 20 Einrichtungen, die zusammen die Schwerpunkte der Anna-Lindh-Stiftung umsetzen: Bildung und Erziehung; Kunst und Kultur; Wissenschaft; Menschenrechte; nachhaltige Entwicklung; Gleichstellung von Frau und Mann sowie Jugend. An der Diplomatischen Akademie Wien fand unter Einbeziehung der Botschaften der zehn Anrainerstaaten des Mittelmeers (+10-Partner) die Veranstaltung „Orient – Okzident, Begegnungen und Visionen“ am 3. und 4. April statt, um dem Euro-Mediterranen Prozess und der Rolle der Stiftung im interkulturellen und interreligiösen Dialog mit den +10-Partnern Visibilität zu verleihen.

4. Interreligiöser Dialog der ASEM

Die Folgekonferenz des ersten Treffens des interreligiösen Dialogs der ASEM fand im Juli in Larnaca (Zypern) statt. Diese unter Beteiligung aller Weltreligionen jährlich einmal alternierend in Asien und Europa stattfindende Diskussionsplattform wird von Österreich finanziell und personell unterstützt. Durch die in Konferenzen angenommenen Entschlüsse soll einer breiten Öffentlichkeit in Europa sowie Ost- und Südostasien die Zusammenarbeit aller Religionen im Streben nach Frieden deutlich gemacht werden.

L. Medien und Information

I. Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten

1. Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft

Die Medienarbeit im Zusammenhang mit der EU-Ratspräsidentschaft beanspruchte den überwiegenden Teil der Kapazitäten der Presse- und Informationsabteilung im ersten Halbjahr. Schwerpunkte waren die Medienbetreuung und Organisation der medienrelevanten Programmpunkte beim informellen Außenministertreffen in Salzburg im März, bei einem weiteren Außenministertreffen in Klosterneuburg im Mai, bei mehreren EU-Troika-Treffen mit Drittstaaten auf Außenministerebene in Wien sowie die Mitwirkung bei der Medienarbeit im Rahmen von Großveranstaltungen wie dem EU-LAC-Gipfel und dem EU-USA-Gipfeltreffen in Wien. Darüber hinaus brachte der EU-Vorsitz auch eine wesentlich größere Dichte von Medienanfragen und -kontakten mit sich.

2. Preis zur Förderung der österreichisch-polnischen Beziehungen

Nach der Änderung der Statuten des ehemaligen österreichisch-polnischen Journalistenpreises im Jahr 2005, die eine Ausweitung der Kandidatenbasis mit sich brachte, wurde der „Preis zur Förderung der österreichisch-polnischen Beziehungen“ erstmals verliehen. Bei der Jurysitzung am 1. Dezember unter dem Vorsitz des polnischen Botschafters in Österreich wurde der Preis an Martin Pollack, österreichischer Autor, Journalist und Übersetzer polnischer Literatur, verliehen. Die Überreichung der Auszeichnung ist im Jahr 2007 in Warschau vorgesehen.

3. Presserätetagung

Die jährlich stattfindende Presserätetagung am 1. September diente einerseits dem Austausch der „lessons learned“ von EU-Vorsitz und andererseits der Erörterung künftiger Herausforderungen. Praktische Fragen der Zusammenarbeit der PresserätInnen und der Presseabteilung, unter anderem im Bereich der Homepage des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten, standen im Mittelpunkt der Diskussionen.

4. Internet

Die erfolgreiche Umsetzung des im Herbst 2003 grundlegend überarbeiteten Internetauftritts des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten

„Europa vermitteln“

sowie dessen hohe Akzeptanz durch die interessierte Öffentlichkeit zeigten sich in der Zahl der vom Webserver des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten registrierten Besuche, die im Verlauf des Jahres kontinuierlich auf mehr als 170.000 pro Monat anstieg. Die sukzessive Ausstattung der österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland mit eigenen Webseiten in einheitlichem Design wurde fortgesetzt. Ende des Jahres befanden sich 39 solcher Webseiten online.

5. Publikationen

Die vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten herausgegebenen Publikationen befassten sich mit den Themen „Muslims in Austria“ sowie – im Freud-Gedenkjahr 2006 – „Sigmund Freud: conquistador of the unconscious“. Darüber hinaus wurden einzelne Publikationen finanziell unterstützt, beispielsweise die Broschüre „Österreich Konkret“ oder das Buch „Medien und Minderheiten in Südosteuropa“ der South East Europe Media Organisation (SEEMO). Zusätzlich wurde eine aktualisierte Auflage der handlichen Broschüre „Tipps für Auslandsreisende“ gedruckt.

6. Bürgerservice-Offensive

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten ist auch als Servicestelle aktiv, die im Wege des Bürgerservice und der Vertretungsbehörden die Interessen der ÖsterreicherInnen im Ausland vertritt. Die mediale Aufmerksamkeit, die so genannte Konsularfälle häufig hervorrufen, erfordert eine enge Zusammenarbeit von Bürgerservice und Öffentlichkeitsarbeit.

II. „Europa vermitteln“

Die EU-interne Diskussion über Wege zur besseren Vermittlung Europas („Communicating Europe“) wurde auch unter österreichischem EU-Ratsvorsitz in unterschiedlichen Gremien weitergeführt. Schwerpunkte waren die Debatte über das im Februar präsentierte Weißbuch der Europäischen Kommission zur Kommunikationspolitik, der Erfahrungsaustausch über die Vermittlung Europas im Internet und erste Planungen für die Feierlichkeiten anlässlich des 50. Jahrestags der Unterzeichnung der Römer Verträge im März 1957.

Europa den BürgerInnen zu vermitteln war auch Anliegen der von der Bundesregierung lancierten EU-Informationskampagne unter dem Motto **„Europa hört zu“**, die bis September lief. Wichtigstes Ziel war eine Intensivierung des Dialogs mit den BürgerInnen und eine Stärkung ihres Vertrauens in die EU. Ein Kernelement der Kampagne ist die interaktive Webseite www.zukunfteuropa.at, die auch nach Beendigung der Kampagne online

blieb und erweitert wurde. Einen Teil der Webseite bildet die Plattform „Europa hört zu“, auf der die BenutzerInnen um ihre Meinung zu EU-relevanten Themen gefragt werden. Darüber hinaus setzt sich www.zukunfteuropa.at auch spielerisch mit dem Thema Europa auseinander: Ein Europaquiz und „Eurodoku“, eine europäische Spielart des beliebten Sudoku, sind weitere Angebote der Webseite.

Die Webseite und das kostenfreie Europatelefon wurden in TV-Spots, auf Infoscreens und auf Plakaten beworben. Im Rahmen einer österreichweiten Road Show wurden BürgerInnen darüber hinaus eingeladen, sich an Diskussionen über Europa zu beteiligen. Bestandteil der Kampagne war auch das von Rem Koolhaas entworfene Logo des österreichischen EU-Ratsvorsitzes, das auf kreative und ansprechende Weise die Zusammengehörigkeit und Vielfalt Europas symbolisierte und in allen Kommunikationsmaßnahmen und Werbemitteln inszeniert wurde.

„Europa hört zu“ setzte aber nicht nur auf klassische Werbemedien, sondern versuchte Europa auch im öffentlichen Raum präsent zu machen. So empfing die Ankunftshalle des Flughafens Wien die Gäste aus dem In- und Ausland ganz im Design des österreichischen EU-Ratsvorsitzes und eine Taurus-Lok der ÖBB, ebenfalls in bunten Logofarben, fuhr gleichsam als Botschafterin des Vorsitzlandes auf europäischen Schienen.

Die Bundesregierung unterstützte auch das Projekt „Speaker’s Corner“ auf dem Ballhausplatz mit dem Ziel, Europa den Menschen näher zu bringen. In insgesamt 25 Wochen wurden interessierte BürgerInnen eingeladen, 25 Europa-Zitate von 25 Persönlichkeiten zu kommentieren – entweder online auf der Webseite der Zeitung „Die Presse“ oder direkt am Terminal beim Speaker’s Corner. Das Projekt eines „Café d’Europe“, in dem PolitikerInnen, KünstlerInnen und Intellektuelle in Kaffeehäusern mit der Bevölkerung diskutierten, wurde am Europatag, dem 9. Mai, in allen EU-Mitgliedstaaten durchgeführt und stieß auf ein beachtliches und positives Medienecho. Die Rem-Koolhaas-Ausstellung „Das Bild Europas“ auf dem Heldenplatz lockte mehr als 40.000 BesucherInnen an.

M. Der österreichische auswärtige Dienst

I. Einleitung

Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft konnte unter Nutzung der Flexibilität des auswärtigen Diensts und mit temporären Verstärkungen erfolgreich bewältigt werden. Die steigenden Anforderungen an die Leistungen des auswärtigen Diensts (konsularische Betreuung von ÖsterreicherInnen, fremdenrechtliche Dienstleistungen, Umsetzung des Wahlrechts im Ausland, diplomatische Präsenz in neu entstandenen Staaten sowie die Mitarbeit in internationalen Organisationen und Gremien) verlangen gut ausgebildete, motivierte MitarbeiterInnen und bestmögliche technische und bauliche Infrastruktur.

II. Vertretungsbehörden – Honorarkonsulate

Österreich verfügt im Ausland über 81 Botschaften (davon zwei in Form eines Büros des Handelsrates und eine in Form eines Koordinationsbüros für technische Zusammenarbeit), sechs Ständige Vertretungen bei internationalen Organisationen, zwei Außenstellen von Botschaften (davon eine in Form eines Koordinationsbüros für technische Zusammenarbeit) sowie 15 Generalkonsulate (davon eines in Form eines Büros des Handelsrates). Dies ist im Verhältnis zu vergleichbaren EU-Staaten ein kleines Netz von Berufsvertretungsbehörden. Speziell der Auslandskulturpolitik gewidmet sind 30 Kulturforen in Agram, Belgrad, Berlin, Bern, Brüssel, Budapest, Bukarest, Istanbul, Kairo, Kiew, Krakau, Laibach, London, Madrid, Mailand, Mexiko, Moskau, New Delhi, New York, Ottawa, Paris, Peking, Prag, Pressburg, Rom, Teheran, Tel Aviv, Tokio, Warschau und Washington, D.C. Das Netz der Vertretungsbehörden wird laufend den Erfordernissen angepasst: Die österreichische Präsenz auf dem Westlichen Balkan wurde durch die Österreichische Botschaft Podgorica (Montenegro) verstärkt, während die Österreichische Botschaft in Guatemala und die Außenstelle in Bonn geschlossen wurden.

277 honorarkonsularische Vertretungen in aller Welt unterstützen und ergänzen die Arbeit der österreichischen Berufsvertretungen in wertvoller Weise. HonorarkonsulInnen, meist Wirtschaftstreibende mit starkem Österreichbezug, sind ehrenamtlich für Österreich tätig und stellen auch die Infrastruktur für den Konsularbetrieb zur Verfügung.

III. Immobilienverwaltung und Bauangelegenheiten

Seit 2005 ist das traditionsreiche Gebäude Minoritenplatz 8 Sitz der Zentrale des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten und damit Kernstück der rund 340 Objekte in 80 Ländern, die für die österreichischen

Vertretungen und zur Unterbringung von MitarbeiterInnen genutzt werden. Dazu gehören historische Bauwerke, wie die Österreichische Botschaft Ankara nach einem Entwurf von Clemens Holzmeister ebenso wie moderne Gebäude, beispielsweise die Österreichische Botschaft Berlin nach einem Entwurf von Hans Hollein. Ein Team von SpezialistInnen betreut diese Liegenschaften, plant An- und Verkäufe, Umbauten, Renovierungen und Optimierungen im Rahmen eines modernen Facility Managements.

IV. Aufnahme in den auswärtigen Dienst

Die Aufnahme in den höheren, gehobenen und mittleren Dienst des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten erfolgt nach erfolgreicher Ablegung des entsprechenden Auswahlverfahrens (**Examen Préalable**) vor einer unabhängigen Auswahlkommission. Die rechtliche Grundlage bilden das Bundesgesetz über Aufgaben und Organisation des auswärtigen Dienstes – Statut, BGBl I Nr 129/1999 vom 23. Juli 1999 sowie die Verordnung des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten, BGBl Nr 120/1989 vom 16. Februar 1989. Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten ist an qualifizierten Bewerbungen für diese Auswahlverfahren interessiert und informiert im Rahmen von Vorträgen und berufsberatenden Veranstaltungen über die Voraussetzungen sowie die Laufbahnmöglichkeiten im auswärtigen Dienst.

Für alle Verwendungsgruppen gibt es eine gesetzlich vorgeschriebene **Grundausbildung**, die in der Grundausbildungsverordnung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten, BGBl II Nr 113/2004 vom 5. März 2004, geregelt wurde.

In der für Schulungszwecke eingerichteten „**Botschaft Wien**“ werden Bedienstete aller Verwendungsgruppen, insbesondere vor der ersten Auslandsverwendung, in konsularische und administrative Agenden eingeführt.

V. Personal

Im Dezember hatte das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten **1.287 MitarbeiterInnen**: 558 waren im Inland, davon 19 MitarbeiterInnen mit ADV-Sondervertrag, und 729 in Auslandsverwendung. 78 Bedienstete waren karenziert, unter anderem wegen Mutterschutz/Elternkarenz, für Tätigkeiten bei internationalen Organisationen, für sonstige Tätigkeiten wie an der Diplomatische Akademie, in EZA-Büros und aus privaten Gründen, etwa Begleitung einer/s EhegattIn in Auslandsverwendung, sowie drei außer Dienst gestellt. Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten beschäftigt darüber hinaus 27 VerwaltungspraktikantInnen und wurde während der österreichischen Ratspräsidentschaft durch junge AkademikerInnen mit befristeten Verträgen verstärkt.

Personal

Im **Stellenplan** für das Jahr 2006 wurden für das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten zwar 1.420 Planstellen bzw. 1.465 unter Einrechnung der Planstellen nach Teil VI des Stellenplans vorgesehen, doch steuert die Bundesregierung im Zuge ihrer Budgetkonsolidierungspolitik die Personalverwaltung des Bundes derzeit im Wesentlichen über ausgabenwirksame **Vollbeschäftigungsäquivalente** (auf Vollbeschäftigung umgerechnete Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse, für die Leistungsentgelt bezahlt wird). Die dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten zustehenden Vollbeschäftigungsäquivalente wurden mit 1.294,84 festgelegt.

Der **Frauenanteil** betrug im gesamten Personalstand des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten 47,71%; im höheren Dienst waren 29,69%, im gehobenen Dienst 41,53%, im Fachdienst 67,82% und im mittleren Dienst 65,04% Frauen tätig.

Personalstand des BMA 2006 nach Verwendung/Geschlechtern

Verwendung	Männer	Frauen	insges.	Frauen in %
A1/v1, A/a (höherer Dienst)	296	125	421	29,69
A2/v2, B/b (gehobener Dienst)	145	103	248	41,53
A3/v3, C/c (Fachdienst)	140	295	435	67,82
A4/A5/v4, D/d, P2/P3/p2/p3, h2/h3 (qualifizierter mittlerer bzw. mittlerer Dienst)	43	80	123	65,04
A7/v5, E/e, p4/p5, h4/h5 (Hilfsdienst)	35	5	40	12,50
ADV	13	6	19	31,58
Freier Dienstvertrag (Werkvertrag)	1	0	1	00,00
Insgesamt	673	614	1287	47,71

Pensionseintrittsalter: Das durchschnittliche Pensionseintrittsalter der BeamtInnen im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten betrug im Jahr 2006 63,79 Jahre. Wie aus nachfolgender Tabelle ersichtlich, lag das durchschnittliche Pensionsalter in den letzten Jahren mit Ausnahme des Jahres 1998 immer über der 60-Jahr-Grenze.

1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
63,69	62,11	59,93	62,52	61,59	61,48	61,54	60,48	61,44	63,95	63,79

VI. Budget

Der Bundesvoranschlag 2006 sah für das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten ein Budget von insgesamt 388 Millionen Euro vor. Allerdings waren davon 25 Millionen Euro als so genanntes **Zentralbudget** nicht für das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, sondern zur Bedeckung der Kosten im Zusammenhang mit der österreichischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr bestimmt. Nach Abzug dieses Zentralbudgets, der Budgetmittel für die ADA (93,634 Millionen Euro), der Beiträge Österreichs an internationale Organisationen (59,274 Millionen Euro), der sonstigen gesetzlichen Verpflichtungen (3,454 Millionen Euro) und der Aufwendungen für internationale Konferenzen (1,920 Millionen Euro) verblieb dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten ein **operatives Budget**, einschließlich Personalausgaben, von 204,718 Millionen Euro. Der operative Anteil am Gesamtbudget des Bundes betrug 0,31%.

Budget 1996-2006 in 1.000 Euro

Jahr	Budget des BMAA	Beiträge an internationale Organisationen, internationale Konferenzen, EZA, Ost-Förderprogramme	Operatives Budget des BMAA	Anteil des operat. BMAA-Budgets am Bundesbudget in %
1996	292,889	113,380	179,509	0,26
1997	292,837	113,747	179,090	0,26
1998	314,673	133,327	181,346	0,25
1999	297,232	113,901	183,331	0,33
2000	305,662	127,165	178,497	0,31
2001	303,409	122,652	180,757	0,31
2002	299,775	121,938	177,837	0,31
2003	307,000	112,298	194,702	0,32
2004	340,928	144,892	196,036	0,31
2005	380,000	175,799	204,201	0,32
2006	388,000	183,282	204,718	0,31

Die gegenüber 2005 ausgewiesene Erhöhung des Bundesvoranschlags berücksichtigt die österreichische EU-Ratspräsidentschaft.

Anmerkung: Der Anteil des operativen Budgets des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten in Prozenten des Bundeshaushalts wurde von 1996-1998 ursprünglich auf Basis des Gesamtbudgets angegeben. Ab

1999 wurde nur mehr der Allgemeine Haushalt ohne Berücksichtigung des Ausgleichshaushalts herangezogen. Die Prozentanteile 1996-1998 wurden daher entsprechend adjustiert.

VII. Informationstechnologie

Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft bedeutete auch für die Abteilung für IKT eine Herausforderung: In Wien, an der ÖV Brüssel sowie an anderen wichtigen Berufsvertretungen wurden mehr als hundert zusätzliche fixe und mobile IT-Arbeitsplätze eingerichtet und betreut. Erstmals wurde für diesen Zeitraum ein 7x24-Stunden Betrieb zur Nutzer- und Systembetreuung eingerichtet.

Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt war die Konzeption und Ausschreibung einer neuen IT-Ausstattung für die Vertretungsbehörden. Sie wird nicht nur den routinemäßigen Austausch der Hardware sowie neue Softwareversionen für Büroautomation und Administration umfassen, sondern auch – analog zur Zentrale in Wien, wo der Elektronische Akt seit 1996 verwendet wird – ein Informationsmanagementsystem einführen, mit dem Informationen dann weltweit elektronisch auf Abruf verfügbar sein werden.

Bereits jetzt sind alle österreichischen Berufsvertretungen über chiffrierte terrestrische WAN-Datenleitungen bzw. über Satellit (VSAT) mit der Zentrale in Wien verbunden. Über diese Leitungen erfolgt die Kommunikation mit allen österreichischen Behörden, wird auf das Intranet zugegriffen und läuft der E-Mail-Informationsfluss.

Sprachtelefonie erfolgt in der Zentrale bereits seit zwei Jahren über Datenleitungen und IT-Infrastruktur (Voice over IP), nunmehr werden sukzessive die Vertretungen an dieses System angeschlossen. Weitere eigenentwickelte Applikationen an den Vertretungen decken den administrativen und konsularischen Arbeitsbereich ab. Die Konsularsoftware ermöglicht den Vertretungsbehörden das Ausstellen von Visa, Aufenthaltserlaubnissen und Niederlassungsbewilligungen. Die Vertretungsbehörden haben Zugriff auf das Schengener Informationssystem (SIS) und sind an das Konsultationsnetzwerk VISION der Schengener Staaten angeschlossen.

VIII. Informationsvermittlung

Der Bestand an Büchern und Periodika der Außenpolitischen Bibliothek wurde kontinuierlich erweitert, die rückwirkende Aufnahme der Bestände in das Bibliothekssystem ALEPH planmäßig vorgenommen. Die Bibliotheken der KF Budapest und Paris wurden im Frühjahr bzw. im Herbst in den Verbundkatalog einbezogen. Über einen eigenen Zugang zu ALEPH können via Internet gezielt die Bestände der Zentrale und der Kulturforen Budapest, Paris und Prag recherchiert werden. Ende des Jahres wurde auch der Buch-

Der österreichische auswärtige Dienst

bestand des Österreichischen Instituts für Ost- und Südosteuropa übernommen. Die rund 35.000 Bücher werden sukzessive in den Bestand der Außenpolitischen Bibliothek integriert und erhöhen diesen auf rund 80.000 Bände. Die Zahl der externen BenutzerInnen der Bibliothek und der Buchanforderungen per Fernleihe nahm durch das breitere Literaturangebot zu.

Im Archivbereich werden die steigenden Anfragen ebenfalls informationsunterstützt beantwortet.

IX. Organisationsplan des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten

STAATSSSEKRETÄR
Dr. Hans WINKLER
Kabinett:
 Mag. Christian EBNER

BUNDESMINISTERIN
Dr. Ursula PLASSNIK
Kabinett:
 Dr. Nikolaus MARSCHIK
Stabsstelle:
 Mag. Astrid HARZ

<p>I. Zentrale Angelegenheiten Dr. Johannes KYRLE</p>	<p>II. Politische Sektion Dr. Thomas MAYR-HARTING Stellvertreter: Dr. Ralph SCHEIDE Sonderbeauftragter für Afrika: Dr. Georg LENNKH</p>	<p>III. Wirtschafts- u. integrationspolitische Sektion Dr. Martin SAJDIK Stellvertreterin: Dr. E. TICHY-FISLSBERGER</p>	<p>IV. Rechts- u. Konsularsektion Dr. Christian BERLAKOVITS Stellvertreter: Dr. Wolfgang PAUL</p>
<p>I.1 Protokoll Dr. Ferdinand MAULTASCHL I.1a ... I.1b Mag. Lucia KRONSTEINER I.1c Werner AMMINGER</p>	<p>II.1 Sicherheitspolitische Angelegenheiten, GASP, Grundsatzfragen Dr. Thomas HAJNOCZI II.1a Dr. Andreas RIECKEN II.1b Mag. Karl PRUMMER II.1c Dr. Klaus FAMIRA-PARCSETICH</p>	<p>III.1 EU-Grundsatzfragen Dr. Elisabeth TICHY-FISLSBERGER III.1a Mag. Peter KROIS III.1b Mag. Gerhard MAYER</p>	<p>IV.1 Rechtsschutz, Rechts- und Amtshilfe, allgemeine Rechtsangelegenheiten Dr. Wolfgang PAUL IV.1a ...</p>
<p>Gruppe I.A Völkerrechtsbüro (Abt. I.2, I.4 und I.7) Dr. Ferdinand TRAUTMANSDORFF</p>	<p>II.2 Süd- und Südosteuropa Mag. Dr. Clemens KOJA</p>	<p>III.2 Europäische Rat und Rat allgemeine Angelegenheiten; ASTV II Mag. Helene STEINHÄUSL III.2a Mag. Christian MANDL (interim.)</p>	<p>IV.2 Reise- und Grenzverkehr; Asyl, Aufenthalts- und Wanderungswesen, Belange der Passdruckstelle Mag. Andrea IKIC-BÖHM IV.2a Michael HEINZ IV.2b ... Passdruckstelle Peter GRIEHSMAIER</p>
<p>I.2 Allgemeines Völkerrecht Dr. Helmut TICHY I.2a Martin KLEIN I.2b Dr. Thomas BAIER I.2c Dr. Thomas LOIDL</p>	<p>II.3 Ost- und Südosteuropa, Zentralasien, ZEI Dr. Hanns PORIAS II.3a Dr. Josef LITSCHAUER II.3b Mag. Thomas SCHNÖLL</p>	<p>III.3 Bi- und multilaterale Außenwirtschaftsbeziehungen; Exportförderung; Investitionsschutz; internationale Finanzinstitutionen, Handelspolitik Mag. Melitta SCHUBERT III.3a Mag. Karin FICHTINGER-GROHE III.3b ...</p>	<p>IV.3 AuslandsösterreicherInnen, Schutzmachtangelegenheiten, Vermögensangelegenheiten, Sozial- und gesundheitspolitische Angelegenheiten, Staatsbürger-schaftsangelegenheiten Dr. Thomas BUCHSBAUM</p>
<p>I.3 Presse und Information Mag. Astrid HARZ I.3a MMag. Thomas SCHLESINGER I.3b Franz HUTEGGER</p>	<p>II.4 Naher und Mittlerer Osten, Afrika, AU Dr. Ralph SCHEIDE II.4a Dr. Caroline GUDENUS</p>	<p>III.4 EU-Erweiterung, Außenwirtschaftsbeziehungen Zentral-, Ost- und Südosteuropa, Stabilitätspakt für Südosteuropa Dr. Johannes EIGNER III.4a Dr. Johann SPITZER III.4b Dr. Elisabeth KORNFEIND</p>	<p>IV.5 Bürgerservice Mag. Peter LAUNSKY IV.5a Mag. Christian HASENBICHLER Legalisierungsbüro Alois CSENSITS</p>
<p>I.4 Europarecht Dr. Andreas KUMIN I.4a Mag. Ulla KRAUSS-NUSSBAUMER</p>	<p>II.5 Internationale Organisationen Dr. Helmut BÖCK II.5a MMag. Dr. Thomas MÜHLMANN</p>	<p>III.5 Koordination betreffend ASTV I, Binnenmarkt, Gemeinschaftspolitiken, Standards, Beschäftigungs- und Sozialfragen Dr. Karl MÜLLER III.5a Mag. Gerhard SAILLER III.5c ...</p>	<p>IV.7 Integrationspolitische und internationale Zusammenarbeit Inneres und Justiz Dr. Johann FROHLICH IV.7a Dr. Wolfgang SPADINGER IV.7b Dr. Walter ROCHEL</p>
<p>I.5 Organisation Internationaler Konferenzen und Angelegenheiten Internationaler Organisationen in Österreich Dr. Ernst-Peter BREZOVSKY</p>	<p>II.6 Mittel-, West- und Nordeuropa; regionale Zusammenarbeit Dr. Herbert KRAUSS II.6a Mag. Martin PAMMER</p>	<p>III.6 Verkehr und Energie, Umweltschutz, EURATOM Dr. Christian KREPELA III.6a Mag. Katharina WIESER III.6b Dr. Alois KRAUT III.6c Mag. Gisela POLTE</p>	
<p>I.7 Menschenrechte, humanitäres Völkerrecht, Volksgruppenangelegenheiten Mag. Engelbert THEUERMANN I.7a Dr. Georg HEINDL I.7b Mag. Elisabeth KÖGLER</p>	<p>II.7 Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit; Europarat Dr. Margit WÄSTFELT II.7a Mag. Christophe CESKA II.7b ... II.7c Dr. Harald KOTSCHY</p>	<p>III.7 EU-Haushalts-, Finanz- und Währungsfragen Mag. Renate KOBLER III.7a Dr. Harald STRANZL</p>	
<p>I.9 Sicherheitsangelegenheiten Dr. Daniel KRUMHOLZ</p>	<p>II.8 Rüstungskontrolle und Abrüstung, multilaterale Atomenergiefragen, IAO Mag. Dorothea AUER II.8a Mag. Bernhard WRABETZ II.8b Dr. Alexander BENEDICT II.8c Mag. Margit BRUCK-FRIEDRICH</p>		
	<p>II.9 Amerika, Karibik, OAS Dr. Rudolf LENNKH II.9a Dr. Andreas MELAN</p>		
	<p>II.10 Asien, Australien, Neuseeland, Ozeanien, ASEM Dr. Nikolaus SCHERK II.10a Dr. Bernhard ZIMBURG II.10b Mag. Peter STORER</p>		

Organisationsplan des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten

Generalsekretär
Dr. Johannes KYRLE

Büro des Generalsekretärs:
Mag. Michael RENDI

**Exekutivsekretariat der
österr. EU-Ratspräsidentschaft:**
Dr. Wolfgang ANGERHOLZER

Generalinspektorat:
Mag. Brigitte ÖPPINGER-WALCHSHOFER

V. Kulturpolitische Sektion Dr. Emil BRIX Stellvertreter: ...	VI. Administrative Sektion ... Stellvertreter: Dr. Michael ZIMMERMANN	VII. Entwicklungszusammenarbeit Dr. Irene FREUDENSCHUSS-REICHL Stellvertreter: Mag. Anton MAIR
V.1 Koordination, Planung, Finanzierung und Evaluierung der Auslandskultur; kulturelle Öffentlichkeitsarbeit Mag. Stephan VAVRIK V.1a Andreas PAWLITSCHKEK V.1b Franz BISCHL	VI.1 Personalangelegenheiten Akkreditierung, Notifizierung ... Standesevidenz Gustav SCHÜTTE V.1.1a Gerda JOHAM V.1.1b Silvia NEUREITER V.1.1c Mag. Christian BRUNMAYR V.1.1d Dr. Barbara PFEIFFER V.1.1e Dr. Susanne KEPLER-SCHLESINGER	VII.1 Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit Dr. Thomas NADER VII.1a Mag. Klaus KÖGELER
V.2 Durchführung kultureller und wissenschaftlicher Veranstaltungen im Ausland Dr. Claudia ROCHEL-LAURICH V.2a Dr. Barbara LEE-STÖRCK V.2b Mag. Margarete HALMA V.2c Dr. Waltraud DENNHARDT-HERZOG V.2d Christine DOLLINGER	VI.2 Auslandszulagen, Auslandskostensätze, sozialversicherungsrechtliche Angelegenheiten Dr. Klaus FABJAN VI.2a Helga KUBICEK VI.2c Franz RAZ	VII.2 Evaluation, Entwicklungspolitik und Strategie Mag. Anton MAIR VII.2a Mag. Klaus STEINER
V.3 Wissenschaftlich-technische sowie universitäre Zusammenarbeit Dr. Florian HAUG V.3a Dr. Florian LORENZ V.3b ...	VI.3 Budgetangelegenheiten, Controlling Mag. Christoph JACKWERTH VI.3a Erich HAUSMANN VI.3b Robert ZEICHMANN VI.3c Angelina MIGSICH VI.3d Ing. Reinhold PÖLSLER	VII.3 Humanitäre Hilfe, Nahrungsmittelhilfe, NGO-Kofinanzierung, Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland, wirtschaftsnähe Entwicklung Mag. Franz HÖRLBERGER
V.4 Multilaterale Angelegenheiten der Auslandskultur; UNESCO Dr. Frieda LUGGAUER-GOLLNER V.4a Mag. Ilona HOYOS	Gruppe VI.A – Immobilienmanagement, Unterbringung und Ausstattung (Abt. VI.4 und VI.5) Dr. Michael ZIMMERMANN	VII.4 Allgemeine Angelegenheiten der Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, Koordination in Österreich und Information Dr. Josef MÜLLNER VII.4a Mag. Ursula HEINRICH
	VI.4 Unterbringung und Ausstattung, rechtliche Angelegenheiten, Kurierdienst, Hausverwaltung, Bundes-Bedienstetenschutzgesetz DDR, Artur APELTAUER VI.4a DI Klaus PRIBAHNSNIK VI.4c Alfred RIEGELMAIER	VII.5 Planungs- und Programmangelegenheiten der Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit Dr. Hermann SPIRIK VII.5a ... VII.5b ... VII.5c Mag. Ingrid SAGER
	VI.5 Bauangelegenheiten, Immobiliencontrolling, Beschaffungswesen Kurt MELICHAR VI.5a ... VI.5d Ingrid KÖHN-DURSY	
	VI.7 Informationstechnologie (IT) Mag. Gerhard MILLETICH VI.7a Ing. Edgar SATTLER	
	VI.8 Dokumentation, Informationsvermittlung, Informationsbibliothek, Dr. Gottfried LOIBL	

Stand 31. Dezember 2006

X. Österreichische Berufsvertretungen – DienststellenleiterInnen

ÄGYPTEN Sudan, Eritrea	ÖB Kairo*	Dr. Kurt SPALLINGER
ALBANIEN	ÖB Tirana	Mag. Klaus DERKOWITSCH
ALGERIEN	ÖB Algier	Mag. Sylvia MEIER-KAJBIC
ARGENTINIEN Paraguay, Uruguay	ÖB Buenos Aires	Mag. Dr. Gudrun GRAF
ÄTHIOPIEN Dschibuti, Somalia	ÖB Addis Abeba	Prof. Dr. Rudolf AGSTNER
AUSTRALIEN Fidschi, Kiribati, Marshall- Inseln, Mikronesien, Nau- ru, Neuseeland, Papua- Neuguinea, Salomonen, Western Samoa, Tonga, Tuvalu, Vanuatu	ÖB Canberra	Dr. Johann DEMEL
BELGIEN	ÖB Brüssel*	Dr. Franz CEDE
BOSNIEN und HERZEGO- WINA	ÖB Sarajewo	Dr. Werner ALMHOFER
BRASILIEN Suriname	ÖB Brasilia GK Rio de Janeiro GK São Paulo (Büro des Handelsrates)	Mag. Werner BRANDSTETTER Mag. Reinhold STEINBERGER derzeit vakant
BULGARIEN	ÖB Sofia	Dr. Karl DIEM
CHILE	ÖB Santiago de Chile	Mag. Walter HOWADT
CHINA DVR Korea, Mongolei	ÖB Peking GK Hongkong GK Shanghai	Dr. Hans-Dietmar SCHWEISGUT Dr. Maria MOYA-GÖTSCH Walter KALTEIS
DÄNEMARK Island	ÖB Kopenhagen	Dr. Erich BUTTENHAUSER
DEUTSCHLAND	ÖB Berlin* GK Hamburg GK München	Dr. Christian PROSL Leopold KÖLLNER Dr. Senta WESSELY- STEINER
ESTLAND	ÖB Tallinn	Dr. Jakob FORST- BATTAGLIA (bis 19. Dezember)
FINNLAND	ÖB Helsinki	Dr. Lorenz GRAF
FRANKREICH Monaco	ÖB Paris* GK Strassburg	Dr. Anton PROHASKA Mag. Elisabeth ELLISON- KRAMER

Österreichische Berufsvertretungen – DienststellenleiterInnen

GRIECHENLAND	ÖB Athen	Dkfm. Dr. Herbert KRÖLL
GROSSBRITANNIEN und NORDIRLAND	ÖB London KF London	Dr. Gabriele MATZNER- HOLZER Dr. Johannes WIMMER
HEILIGER STUHL San Marino, Souveräner Malteser Ritterorden	ÖB Heiliger Stuhl	Dr. Martin BOLLDORF
INDIEN Bangladesch, Bhutan, Malediven, Nepal, Sri Lanka	ÖB New Delhi*	Dr. Jutta STEFAN-BASTL
INDONESIEN Singapur, Timor-Leste	ÖB Jakarta	Dr. Klaus WÖLFER
IRAK	ÖB Bagdad (Geschäftsträger a.i.)	Georg BITTNER- BUDDENBROCK
IRAN	ÖB Teheran*	Dr. Michael POSTL
IRLAND	ÖB Dublin	Dr. Horst-Dieter RENNAU (bis 2. Dezember)
ISRAEL	ÖB Tel Aviv*	Dr. Kurt HENGL
ITALIEN	ÖB Rom KF Rom GK Mailand*	Dr. Alfons KLOSS Dr. Andreas SCHMIDINGER Dr. Eva-Maria ZIEGLER
JAPAN	ÖB Tokio*	Dr. Peter MOSER (bis 29. Dezember)
JORDANIEN	ÖB Amman	Dr. Heinrich QUERNER (bis 28. September)
KANADA	ÖB Ottawa*	Dr. Otto DITZ
KENIA Burundi, Komoren, DR Kongo, Ruanda, Seychellen, Tansania, Uganda	ÖB Nairobi	Mag. Roland HAUSER
KOLUMBIEN Ecuador, Panamá	ÖB Bogotá	Dr. Hans-Peter GLANZER
KOREA	ÖB Seoul	Mag. Wilhelm DONKO
KROATIEN	ÖB Agram*	Dr. Helga KONRAD
KUBA	ÖB Havanna	Dr. Johannes SKRIWAN
KUWAIT Bahrein, Katar	ÖB Kuwait	Dr. Georg STILLFRIED
LETTLAND	ÖB Riga	Dr. Wernfried KÖFFLER
LIBANON	ÖB Beirut	Dr. Georg MAUTNER- MARKHOF
LIBYEN	ÖB Tripolis	Dr. Thomas WUNDERBAL- DINGER
LIECHTENSTEIN	(Sitz in Wien)	Dr. Herbert KRAUSS
LITAUEN	ÖB Wilna	Mag. Andrea WICKE
LUXEMBURG	ÖB Luxemburg	Dr. Walter HAGG

Der österreichische auswärtige Dienst

MALAYSIA Brunei	ÖB Kuala Lumpur	Dr. Donatus KÖCK
MALTA	ÖB Valletta	Dr. Elisabeth KEHRER
MAROKKO Mauretanien	ÖB Rabat	Dr. Gerhard DEISS
MAZEDONIEN	ÖB Skopje	Dr. Philipp HOYOS
MEXIKO Belize, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua	ÖB Mexiko*	Dr. Werner DRUML
NIEDERLANDE	ÖB Den Haag	Dr. Erwin KUBESCH
NIGERIA Äquatorialguinea, Gabun, Kamerun, Kongo, Tschad, São Tomé und Príncipe, Zentralafrikanische Republik, Benin, Togo, Ghana	ÖB Abuja	Mag. Dr. Christian FELLNER
NORWEGEN	ÖB Oslo	Dr. Anton KOZUSNIK
OMAN Jemen	ÖB Maskat	Dr. Andreas KARABACZEK
PAKISTAN Afghanistan	ÖB Islamabad	Dr. Michael STIGELBAUER
PERU Bolivien	ÖB Lima	Dr. Gerhard DOUJAK (bis 19. Dezember)
PHILIPPINEN Palau	ÖB Manila	Dr. Herbert JÄGER
POLEN	ÖB Warschau KF Warschau GK Krakau*	Mag. Dr. Alfred LÄNGLE Dr. Walter-Maria STOJAN Mag. Hermine POPPELLER
PORTUGAL	ÖB Lissabon	Dr. Ewald JÄGER
RUMÄNIEN Moldau	ÖB Bukarest*	Dr. Christian ZEILEISSEN
RUSSLAND Belarus Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan	ÖB Moskau* (Sitz in Wien)	Dr. Martin VUKOVICH Dr. Heidemarie GÜRER (bis 14. Juli)
SAUDI-ARABIEN	ÖB Riyadh	Dr. Friedrich STIFT
SCHWEDEN	ÖB Stockholm	Dr. Stephan TOTH
SCHWEIZ	ÖB Bern* GK Zürich	Dr. Aurel SAUPE (bis 29. Dezember) Dr. Bettina KIRNBAUER

Österreichische Berufsvertretungen – DienststellenleiterInnen

SENEGAL Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Mali, Kap Verde, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Liberia, Sierra Leone, Niger	ÖB Dakar	Dr. Gerhard DOUJAK
SERBIEN UND MONTENEGRO	ÖB Belgrad*	Dr. Gerhard JANDL
SIMBABWE Angola, Malawi, Mosambik, Sambia	ÖB Harare	Dr. Gerhard ZIEGLER
SINGAPUR	ÖB Singapur (Büro des Handelsrates)	Dr. Klaus WÖLFER (Sitz in Jakarta)
SLOWAKEI	ÖB Pressburg*	Dr. Helmut WESSELY
SLOWENIEN	ÖB Laibach*	Dr. Valentin INZKO
SPANIEN	ÖB Madrid*	Dr. Ulrike TILLY
SÜDAFRIKA Botsuana, Lesotho, Madagaskar, Mauritius, Namibia, Swasiland	ÖB Pretoria GK Kapstadt	Dr. Helmut FREUDENSCHUSS Christine KIVINEN
SYRIEN	ÖB Damaskus	Dr. Karl SCHRAMEK
THAILAND Kambodscha, Laos, Myanmar	ÖB Bangkok	Mag. Arno RIEDEL
TSCHECHISCHE REPUBLIK	ÖB Prag*	Dr. Margot KLESTIL-LÖFFLER
TUNESIEN	ÖB Tunis	Dr. Helmuth Werner EHRlich
TÜRKEI	ÖB Ankara GK Istanbul KF Istanbul	Dr. Heidemaria GÜRER Josef SAIGER Dr. Ulrike OUTSCHAR
UKRAINE	ÖB Kiew*	Dr. Josef Markus WUKETICH
UNGARN	ÖB Budapest KF Budapest	Dr. Ferdinand MAYRHOFER- GRÜNBÜHEL Dr. Elke ATZLER
VENEZUELA Antigua und Barbuda, Barbados, Dominica, Dominikanische Republik, Grenada, Guyana, Haiti, Jamaika, St. Vincent und die Grenadinen, St. Lucia, St. Kitts und Nevis, Trinidad und Tobago	ÖB Caracas	Mag. Marianne DACOSTA
VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE	ÖB Abu Dhabi	Dr. Gerald KRIECHBAUM

Der österreichische auswärtige Dienst

VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA Bahamas	ÖB Washington* GK Chicago GK Los Angeles GK New York KF New York	Dr. Eva NOWOTNY DDr. Robert ZISCHG Mag. Martin WEISS Dr. Brigitte BLAHA DDr. Christoph THUN-HOHENSTEIN
VIETNAM	ÖB Hanoi	Mag. Dr. Johannes PETERLIK
ZYPERN	ÖB Nicosia	Dr. Eva HAGER

*Vertretungsbehörde mit KF

Ständige Vertretung bei den VN in New York	Dr. Gerhard PFANZELTER
Ständige Vertretung beim Büro der VN und den Spezialorganisationen in Genf	Dr. Wolfgang PETRITSCH
Ständige Vertretung bei den VN, IAEO, UNIDO und CTBTO in Wien	Dr. Thomas STELZER
Ständige Vertretung bei der OSZE in Wien	Dr. Margit WÄSTFELT
Ständige Vertretung bei der UNESCO in Paris	Dr. Anton PROHASKA Alternierender Ständiger Vertreter: DDr. Harald WIESNER Mag. Natalie FEISTRITZER
Ständiger Vertreter bei der FAO in Rom (untersteht dem BMLFUW)	
Ständige Vertretung bei UNEP und UN-Habitat in Nairobi	Mag. Roland HAUSER
Ständige Vertretung bei der OECD in Paris (untersteht dem BKA)	Dkfm. Ulrich STACHER
Ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg	Dr. Wendelin ETTMAYER
Ständige Vertretung bei der EU in Brüssel	Dr. Gregor WOSCHNAGG
Ständige Vertretung bei der WEU (Beobachterstatus) in Brüssel	Dr. Franz Josef KUGLITSCH
Ständige Vertretung bei der WTO (untersteht dem BMWA) in Genf	Dr. Wolfgang PETRITSCH
Ständige Vertretung bei der OMT in Madrid	Dr. Ulrike TILLY
Ständige Vertretung bei der Donaukommission	Dr. Ferdinand MAYRHOFER- GRÜNBÜHEL
Ständige Vertretung bei der OPCW in Den Haag	Dr. Erwin KUBESCH
Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel	Dr. Franz CEDE

Stand: 31. Dezember 2006

Anhang

I. Länderinformationen

(Afghanistan), Kabul

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Hamid Karzai

Außenminister
Rangin Dadfar Spanta

ÖB: siehe Pakistan; **AHSt:** siehe Iran

Österreich beteiligte sich weiterhin mit Stabspersonal im Großraum Kabul an der ISAF.

Im Rahmen der internationalen Wiederaufbauhilfe für Afghanistan unterstützte Österreich vor allem Projekte in den Schwerpunktbereichen Demokratisierung, Drogenbekämpfung und Stärkung der Frauenrechte.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 500.026 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 12,28 Millionen Euro (-21,9%), die Importe 147.000 Euro (249,0%).

Ägypten

(Arabische Republik Ägypten), Kairo

Staatsoberhaupt
Mohamed Hosni Mubarak

Regierungschef
Ahmed Nazif Ahmad

Außenminister
Ali Aboul Gheit

Kairo – **ÖB, KF, AHSt, ÖAI**; Alexandria – **HGK**

Besuche aus Österreich: Wirtschaftsmission unter Leitung von Wirtschaftskammer-
vizepräsident Richard Schenz, begleitet von einer Wirtschaftsdelegation, Gespräche mit Industrie- und Handelsminister Rachid Mohamed Rachid und Ministerin für Internationale Zusammenarbeit Fayza Aboul Naga (12.–15. November); Unterzeichnung der Gründungsdokumente des Egyptian Austrian Business Council.

Besuche in Österreich: Präsident Hosni Mubarak in Begleitung von Außenminister Abul Gheit, Handelsminister Rachid Mohamed Rachid und Sicherheitsminister Omar Soliman, Arbeitsgespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Bundesministerin Ursula Plassnik (12.–14. März); Vorsitzender (Speaker) des ägyptischen Nationalrates Fathi Sorour, Besuch bei Nationalratspräsident Khol, Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer und Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (1.–4. Juni). Von 14.–16. Juni fand die zweite Tagung der ägyptisch-österreichischen Kommission in Wien statt.

Die anlassbezogenen Schwerpunkte ergaben sich aus dem Freud- und Mozartjahr 2006, wozu zahlreiche Veranstaltungen (Konzerte, Vorträge, Internetmagazin) organisiert wurden. Laufende Schwerpunkte bildeten Initiativen zur Förderung des interkulturellen Dialogs, so etwa die Fotoausstellung „Muslimes in Austria“, die an fünf Orten zum Einsatz kam, weiters eine prominent besetzte Podiumsdiskussion im KF (unter anderem Gudrun Harrer, zum Thema Islam und Integration in Österreich und ein Workshop von Amira Bassim, österreichisch – ägyptische Personalchefin an der German University Cairo zum Thema „Interkulturelle Konflikte im Geschäftsleben zwischen Österreichern und Ägyptern“. Weitere laufende Schwerpunkte waren der Ausbau der öffentlich zugänglichen KF-Bibliothek sowie der bestehenden Internet-Kommunikationsplattform.

Anhang

Über die Schwerpunktarbeit hinaus fand eine Reihe weiterer Veranstaltungen statt, beispielsweise das EU-Filmfestival (Februar), das vom österreichischen Filmbeitrag „Calling Hedy Lamarr“ in Anwesenheit des österreichischen Regisseurs Georg Misch eröffnet wurde. In Zusammenarbeit mit der Townhouse Gallery, der führenden zeitgenössischen Galerie in Kairo, fiel der Startschuss zu einem Künstleraustauschprojekt (April): Fünf junge österreichische KünstlerInnen aus den Bereichen, Film, Video, Fotografie und Malerei reisten nach Kairo, um unter dem Motto „Cairo – The Urban Space“ ihre Eindrücke künstlerisch zu sammeln und zu verarbeiten und mehrere Workshops abzuhalten, unter anderem für sudanesishe Flüchtlingskinder; im Zuge dieses Austauschprojektes werden 2007 ägyptische KünstlerInnen zu einem Arbeitsaufenthalt nach Österreich eingeladen. Ein Höhepunkt im Bereich des Theaters war die Teilnahme des österreichischen Ensembles „Theater Tanto“ am renommierten Internationalen Kairo-Experimentaltheaterfestival (September).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 134.806 Euro erbracht.

Ägypten zählt zu den wichtigsten Handelspartnern Österreichs im Nahen Osten. Die österreichischen Exporte betragen 156,47 Millionen Euro (22,4%), die Importe 25,43 Millionen Euro (1,7%).

Albanien (Republik Albanien), Tirana

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Alfred Moisiu	Sali Berisha	Besnik Mustafaj

Tirana – **ÖB, AHSt** mit Sitz in Laibach, **Koordinationsbüro der OEZA**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Karin Gastingger, Arbeitsgespräch mit Justizminister Aldo Bumci (27. und 28. März); Bundesminister Günther Platter, Arbeitsgespräche mit Premierminister Sali Berisha und Verteidigungsminister Fatmir Mediu (28. März); Staatssekretär Hans Winkler, Teilnahme bei der Außenministerkonferenz der ZEI (25. und 26. Mai); Generalstabschef General Roland Ertl, Treffen mit Präsident Alfred Moisiu, Premierminister Sali Berisha und Verteidigungsminister Fatmir Mediu (24.–26. Mai); Bundesministerin Elisabeth Gehrler, Arbeitsbesuch bei Premierminister Sali Berisha und Bildungsminister Genc Pollo (29. August bis 1. September); Generaldirektor Erik Buxbaum, Arbeitsbesuch bei Innenminister Sokol Olldashi und Generaldirektor Bajram Ibraj (7. und 8. September); Vizepräsidentin des Bundesrates Anna Elisabeth Haselbach, Teilnahme an der Parlamentarischen Versammlung der ZEI (2.–4. November); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Teilnahme beim Treffen der ZEI-Regierungschefs (24. November); Direktor der Sicherheitsakademie Norbert Leitner, Arbeitsbesuch bei Vizeinnenminister Gjergj Leshja, Polizeidirektor Bajram Ibraj, Direktor der Polizeiakademie (vom 11.–14. Dezember).

Besuche in Österreich: Premierminister Sali Berisha, Arbeitsgespräch mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (3. Februar); Europaintegrationsministerin Arenca Trashani, Teilnahme beim Symposium „Socio-economic needs for a lasting settlement from Belgrade – Tirana“ (11. Februar); Außenminister Besnik Mustafaj, Informelles Außenministertreffen (10. und 11. März); Minister für Bildung und Wissenschaft Genc Pollo, Teilnahme an der Konferenz der BildungsministerInnen (16. und 17. März); Sprecherin der Versammlung Jozefina Topalli, offizieller Besuch (2.–4. Mai); Innenminister Sokol Olldashi, Teilnahme an der Internationalen Konferenz zur inneren Sicherheit (4. und 5. Mai); Premierminister Sali Berisha, Teilnahme beim Treffen für Stabilität in Südosteuropa (Salzburg, 31. Juli und 1. August); Sprecherin der Versammlung Jozefina Topalli; Vortrag beim Forum Alpbach (Alpbach, 27. August); Minister für Kultur, Tourismus, Jugend und Sport Bujar Leskaj, Vortrag beim Forum Alpbach (Alpbach, 29. August).

Im Rahmen des Besuchs von Bundesministerin Elisabeth Gehrler wurde ein Memorandum of Understanding über die Gründung einer österreichischen Schule für Informationstechnologie in Shkoder unterzeichnet. Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik

Länderinformationen

Albanien über die Zusammenarbeit auf den Gebieten Kultur, Bildung und Wissenschaft trat am 1. November in Kraft. Es wurde ein Abkommen über die polizeiliche Zusammenarbeit / Durchführungsprotokoll zum EU-Gemeinschaftsrücknahmeübereinkommen und eines über die Zusammenarbeit der Sicherheitsakademie mit der Polizeiakademie der Republik Albanien abgeschlossen.

Österreichische ExpertInnen waren im Auftrag der EU und internationaler Organisationen am Aufbau moderner Strukturen im Zollwesen, Sicherheits- und Justizbereich tätig. Unter der Federführung des österreichischen Justizministeriums und dem Center for Legal Competence (CLC) wird das CARDS-Projekt European Assistance Mission to the Albanian Justice System (EURALIUS) umgesetzt.

Albanien ist Schwerpunktland der OEZA. Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 2,71 Millionen Euro erbracht.

Die Bildungsbeauftragte des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kunst, die auch Agenden von K-education Austria in Albanien wahrnimmt, setzte ihre Tätigkeit fort. Weiters arbeiteten zwei PädagogInnen aus Österreich im Deutschunterricht an Mittel- und Fachschulen in Albanien.

Zwischen den Universitäten Graz und Klagenfurt sowie der Universität von Shkodra bestehen Kooperationsabkommen. Am Germanistik-Institut in Shkodra unterrichteten durchgehend österreichische LektorInnen. Darüber hinaus ist dort eine Österreich-Bibliothek eingerichtet. Ein Rahmenabkommen besteht auch zwischen der Universität Wien und der Universität von Tirana.

Österreichische KünstlerInnen wirkten bei mehreren kulturellen Veranstaltungen mit, etwa beim „Tiraner Jazzfestival“, bei der Konzertreihe „Klasik“, beim „Dures Festival“ und beim „Tiranaer Herbst“. Hermann Nitsch hielt einen Vortrag (März).

Im Norden des Landes werden albanische Familien altösterreichischer Abstammung betreut, die im diktatorischen Regime besonders benachteiligt wurden. Zu Weihnachten erhielten die Bedürftigen in feierlichem Rahmen vom Auslandsösterreicherwerk eine Geldzuwendung.

Mehrere bi- und multilaterale Veranstaltungen wurden von Wirtschaftstreibenden zur Kontaktintensivierung genutzt.

Die österreichischen Exporte betragen 32,76 Millionen Euro (-18,3%), die Importe 4,38 Millionen Euro (12,5%).

Algerien

(Demokratische Volksrepublik Algerien), Algier

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Abdelaziz Bouteflika	Abdelaziz Belkadem	Mohamed Bedjaoui

Algier – ÖB, AHSt

Besuche aus Österreich: Abgeordnete zum EU-Parlament Karin Scheele, Sahraouische Flüchtlingslager bei Tindouf (15.–21. September); Delegation des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie im Rahmen der vierten Tagung der österreichisch-algerischen Eisenbahnkooperationskommission (19.–21. November)

Besuche in Österreich: Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Ramatane Lamamra, Besuch bei Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (18. September); Besuch einer Delegation des algerischen Justizministeriums (11.–15. November)

Das Eisenbahnkooperationsabkommen wurde 1987 unterzeichnet. Das Investitionsschutzabkommen trat am 1. Jänner in Kraft. Ein bilaterales Luftverkehrsabkommen, welches das aus dem Jahre 1989 stammende Abkommen an das europäische Gemeinschaftsrecht anpasst und die Voraussetzungen für eine direkte Flugverbindung zwischen Österreich und Algerien schafft,

Anhang

wurde am 15. November 2005 in Algier paraphiert. Ein Katastrophenhilfeabkommen befindet sich in Vorbereitung.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 18.724 Euro erbracht.

Österreich war beim Europäischen Kulturfestival durch das Ensemble Concilium Musicum (10. Mai) und die Harfenistin Monika Stadler (17. Mai) vertreten, welche außerdem in Tizi-Ouzou sowie im SOS-Kinderdorf bei Algier auftraten. Eva Darracq-Antesberger gab ein Orgelkonzert in der Basilika Notre Dame d'Afrique in Algier (7. Dezember). Die Ausstellung „Auf Mozarts Spuren in Wien“ kam zum Einsatz (Juni). Die Ausstellung „Les Jardins Heureux“ der österreichischen Malerin Sylvie Proidl wurde unter anderem in den Veranstaltungsräumen des algerischen Umweltministeriums (April und Mai) gezeigt. Bei der Österreichisch/Deutschen Filmwoche in Oran (28. Jänner bis 2. Februar) sowie der Österreichischen Filmtage Algier (11.–13. Februar) wurden die Filme „Blue Moon“, „Geboren in Absurdistan“ und „Die Gottesanbeterin“ gezeigt. Die Botschaft organisierte einen Österrichtag in Bejaia (16. Februar) mit Vorträgen zu Landeskunde, Kultur und Wirtschaft sowie der Präsentation der Monographie „Bougie, la perle de l'Afrique du Nord“ von Ludwig Salvator von Habsburg-Lothringen. Der Schriftsteller Robert Schindel und der Präsident des algerischen PEN-Clubs Mohamed Magani diskutierten über das Thema „Einfluss der Sprache auf die Schrift“ (6. April). Eine dreiköpfige Delegation des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur nahm an der Deutschlehrertagung des Goethe-Institutes in der Algerischen Nationalbibliothek teil (2. und 3. April). Eine DaF Assistentin unterrichtete im Wintersemester 2005/06 an der Universität Oran österreichische Literatur und Landeskunde.

Im Mai nahm der Österreichische Verband der Fleckviehzüchter in Kooperation mit der Außenhandelsstelle Algier an der internationalen Landwirtschaftsfachmesse „Salon des Productions et Santé Animale“ teil. Die WKÖ organisierte eine österreichische Gruppenbeteiligung an der Internationale Messe „Foire Internationale d'Alger“ (Juni). Weiters brachte die Außenhandelsstelle Algier vom 25.–27. November eine Wirtschaftsmission mit österreichischen Firmen nach Algerien.

Die österreichischen Exporte betragen 126,74 Millionen Euro (-6,3%), die Importe 119,81 Millionen Euro.

Andorra (Fürstentum Andorra), Andorra la Vella

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Kofürsten:	Albert Pintat Santolària	Juli Minoves Triquell

Jacques Chirac
(französischer Staatspräsident)

Joan Enric Vives i Sicília
(Bischof von Seu d'Urgell)

ÖB, AHSt: siehe Spanien

Die österreichischen Exporte betragen 5,05 Millionen Euro (-26,8%), die Importe 102.000 Euro (-2,0%).

Angola (Republik Angola), Luanda

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
José Eduardo dos Santos	Fernando da Piedade Dias dos Santos	João Bernardo de Miranda

ÖB: siehe Simbabwe; **AHSt:** siehe Südafrika; Luanda – **HK**

Länderinformationen

Besuche aus Österreich: Österreichische Wirtschaftsdelegation unter Teilnahme des österreichischen Handelsdelegierten (Johannesburg, 16.–26. Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 9,43 Millionen Euro (190,6%), die Importe 23.000 Euro (-52,6%).

Antigua und Barbuda (Antigua und Barbuda), St. John's

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Außenminister
Königin Elizabeth II.	Baldwin Spencer

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir James Beethoven Carlisle

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; St. Johns' – **HK**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Arbeitsgespräch mit Premierminister Baldwin Spencer (November).

Besuche in Österreich: Premierminister Baldwin Spencer und Staatsminister Aziz Fares Hadeed, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik (Mai); Premierminister und Außenminister Baldwin Spencer, Teilnahme an einer Gesprächsrunde mit Staatssekretär Hans Winkler (13. Mai).

Die österreichischen Exporte betragen 509.000 Euro (-67,0%), die Importe 44.000 Euro (334,2%).

Äquatorialguinea (Republik Äquatorialguinea), Malabo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Teodoro Obiang Nguema Mbasogo	Ricardo Mangué Obama Nfubea	Pastor Micha Ondo Bile

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betragen 756.000 Euro (-33,8%).

Argentinien (Argentinische Republik), Buenos Aires

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Néstor Carlos Kirchner	Jorge Taiana

Buenos Aires – **ÖB, AHSt;** Córdoba, Posadas, San Carlos de Bariloche – **HK**

Besuche in Österreich: Präsident Néstor Carlos Kirchner und Außenminister Jorge Taiana, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik (Mai); Präsident Kirchner, Arbeitsgespräch mit Bundespräsident Fischer (11. Mai).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 7.539 Euro erbracht.

Aufführung des Theaterstücks „Bambiland“ von Elfriede Jelinek in Buenos Aires (Februar bis Mai); Österreichische Filmwoche in Buenos Aires (24. März bis 2. April); Bilderausstellung von Helmut Ditsch als Sondergast der Internationalen Buchmesse Buenos Aires (20. April bis 8. Mai); Klaviertrio Strossnig-Karvay-Karanovic (drei Auftritte beim II. Internationalen Musikfestival in Ushuaia, 22. April bis 6. Mai, ein Auftritt am 8. Mai in Buenos Aires); Konzert des Pianis-

Anhang

ten Matthias Soucek anlässlich Festival Chopiniana (16. September); Vortragsreihe von Prof. Herbert Herzmann über österreichische Literatur (11.–29. September, Córdoba, Buenos Aires, La Plata); Bilderausstellung von Christine Kertz im Museo Gauchesco Ricardo Güiraldes, (San Antonio de Areco, 21. Oktober bis 10. November); Aufführung von Filmaufnahmen von Herbert von Karajan in der Nationalbibliothek Buenos Aires (28. November bis 2. Dezember). Im Rahmen des Mozartjahres beteiligte sich die Botschaft an der Organisation von drei Konzerten, welche im Kulturhaus der Stadtregierung von Buenos Aires aufgeführt wurden (7. Juni, 24. August, 25. Oktober), Übernahme des Ehrenschutzes bei zahlreichen Mozart-Veranstaltungen. Anlässlich des Freud-Jahres unterstützte die Botschaft einen ganzjährigen Vorlesungszyklus der Escuela Freudiana und die Missionschefin hielt bei einem Freud-Symposium der Argentinischen Psychoanalytischen Gesellschaft einen Vortrag (6. Mai).

Die österreichischen Exporte betragen 91,75 Millionen Euro (26,4%), die Importe 126,60 Millionen Euro (23,9%).

Armenien (Republik Armenien), Jerewan

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Robert Kotscharjan	Andranik Markarjan	Wartan Oskanjan

Wien – **ÖB**; Jerewan – **Informationszentrum**; **AHSt**: siehe Russland; **GK Moskau** teilweise zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche aus Österreich: EU-Troika unter der Leitung von Staatssekretär Hans Winkler, Besuch in Armenien (20. April); Sektionschef Roland Miklau in Vertretung von Bundesministerin Karin Gastinger, Teilnahme an der 27. Konferenz der europäischen JustizministerInnen (12.–13. Oktober).

Besuche in Österreich: Armenische Expertendelegation unter der Leitung von Arbeits- und Sozialminister Aghvan Vardanyan, Teilnahme an dem von der UNICEF und dem Bundesministerium für Gesundheit und Soziales organisierten Seminar zum Thema „Kinderschutz und Kinderrechte“, Gespräch mit Bundesministerin Ursula Haubner (13.–15. Dezember); Vorsitzender des Ständigen Ausschusses für Außenpolitik im Nationalrat der Republik Armenien, Armen Rustamyan, Teilnahme an der Konferenz über den IStGH (Salzburg, 28.–30. Mai).

Der Leiter des UNHCR-Büros in Jerewan ist ein Österreicher.

An dem mit 150.000 Euro unterstützten Projekt zur Schaffung rechtlicher Instrumente zum Schutz vor Terrorismus im Südkaukasus nahm auch Armenien teil. An dem Seminar „Women in Frozen Conflicts in the Southern Caucasus“ nahmen auch zwei Vertreterinnen aus Armenien teil (Stadtschlaining, 10.–14. Juni). Das „International Civilian Peace-keeping and Peacebuilding Training Program“ (IPT) wurde unter Teilnahme von armenischen Vertretern abgehalten (Stadtschlaining, 27. August bis 22. September). Acht Angehörige des Bundesministeriums für Landesverteidigung nahmen an einem Vorbereitungsmeeting für die „(Pre)Initial Planning Conference“ teil (Jerewan, 12.–18. November).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 65.685 Euro erbracht.

Den Höhepunkt der kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und Armenien stellte das Gastkonzert der „Wiener Sängerknaben“ dar (Jerewan, 20. Juni). Beim Internationalen Filmfestival in Jerewan wurde Michael Glawoggers Film „Working Man's Death“ als bester Dokumentarfilm mit der „Goldenen Marille“ ausgezeichnet. Die Wiener Cie. Birte Brudermann gastierte mit ihrer Produktion „3rd city“ beim Theaterfestival High Fest (Jerewan, 8.–12. Oktober). Im Rahmen des Projekts „Fotografie des Monats“ wurden in der Galerie „basement“ Werke des armenischen Künstlers Vahram Aghasyan ausgestellt (3.–25. November).

Zwei österreichische DaF-Praktikantinnen hielten Deutschsprachkurse und Vorlesungen über österreichische Landeskunde an der Europäischen Universität ERIICTA (Jerewan, 3.–8. April)

Länderinformationen

sowie an der Österreich-Bibliothek in Jerewan (14.–25. Juni). Eine Armenierin erhielt ein mehrmonatiges ÖAD-Stipendium zur Durchführung von Forschungsarbeiten an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Im Rahmen der Vortragsreise durch den Süd-Kaukasus referierte Botschafter i.R. Alfred Missong zum Thema „Die Österreichische Präsidentschaft der Europäischen Union“ (Jerewan, 24.–26. April).

Eine von der WKÖ organisierte österreichische Wirtschaftsmission besuchte Aschgabat, Baku, Tbilisi und Jerewan (29. November bis 9. Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 37,53 Millionen Euro (548,9%), die Importe 1,97 Millionen Euro (306,2%).

Aserbaidsschan (Republik Aserbaidsschan), Baku

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ilham Aliyev	Artur Rassi-Sade	Elmar Mammadyarov

Wien – **ÖB**; Baku – **Informationszentrum**; **AHSt**: siehe Russland; **GK Moskau** teilweise zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche aus Österreich: EU-Troika unter der Leitung von Staatssekretär Hans Winkler (22. April).

Besuche in Österreich: Minister für die Nationale Sicherheit Eldar Mahmudov, Arbeitsbesuch bei Bundesministerin Liese Prokop und Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Erik Buxbaum (15.–19. Mai); Arbeitsbesuch der Vorsitzenden der Staatskommission für Familie, Frauen und Kinder, Hirjan Huseynova, Gespräch mit Bundesministerin Maria Rauch-Kallat (Wien, 2.–4. Oktober); Arbeitsbesuch des Präsidenten des Obersten Gerichtshofes der Republik Aserbaidsschan Ramiz Rzayew, Gespräche mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Bundesministerin Liese Prokop und Bundesministerin Karin Gastinger (26.–29. November); Generalstaatsanwalt Zakir Garalow, Arbeitsbesuch bei Bundesministerin Liese Prokop (11. Oktober); Stellvertretender Minister für Katastrophenschutz Faig Tagi-Zage, Arbeitsbesuch beim Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Erik Buxbaum (22. September); Leiter der Verwaltungs- und Gesetzgebungsabteilung im Parlament der Republik Aserbaidsschan, Nizami Safarow, Teilnahme an der Konferenz über den ISTGH (Salzburg, 28.–30. Mai).

Das am 14. Juli 2005 unterzeichnete Abkommen über die polizeiliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesministerin für Inneres der Republik Österreich und dem Minister für Innere Angelegenheiten der Republik Aserbaidsschan trat am 1. Jänner in Kraft.

An der OSZE-Mission in Baku ist eine Österreicherin tätig. Der Leiter des Europahauses in Baku ist ein Österreicher.

An dem mit 150.000 Euro unterstützten Projekt zur Schaffung rechtlicher Instrumente zum Schutz vor Terrorismus im Südkaukasus nahm auch Aserbaidsschan teil. Das Seminar „Women in Frozen Conflicts in the Southern Caucasus“ fand auch unter Beteiligung von VertreterInnen aus Aserbaidsschan statt (Stadtschlaining, 10.–14. Juni) An dem vom Friedenszentrum Stadtschlaining organisierten Trainingsprogramm zum Thema „International Civilian Peace-keeping and Peace-building“ nahmen auch VertreterInnen aus Aserbaidsschan teil (Stadtschlaining, 27. August bis 22. September). Im Rahmen eines vom Europarat und dem Bundesministerium für Justiz organisierten Projekts zur Verbesserung der Bedingungen und Behandlung von Angeklagten absolvierte eine Delegation des aserbaidsschanischen Justizministeriums einen Studienbesuch (11.–17. Juni).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 98.909 Euro erbracht.

Anhang

Konstantin Weitz unternahm eine Konzertreise und hielt Meisterkurse ab (Baku, 23.–29. April). Professor Wolfgang Harrer nahm als Gastdirigent an den Festkonzerten des staatlichen Kammerorchesters „K. Karaev“ teil (31. März bis 6. April). Der künstlerische Leiter des Chors und Orchesters der Universität Wien, Vijay Upadhyaya, hielt am Konservatorium in Baku einen Workshop für Chor und Vokalmusik zum Thema „Musik als Brücke zwischen den Kulturen“ ab (26.–29. Mai).

Zwei Aserbaidshanerinnen wurden vom ÖAD Ernst-Mach-Stipendien zuerkannt. Im Rahmen der Vortragsreise von Botschafter i.R. Alfred Missong in den Süd-Kaukasus zum Thema „Die Österreichische Präsidentschaft der Europäischen Union“ referierte der Leiter des Österreich-Informationszentrums in Baku, Professor Vilayet Hajiyev, über die Geschichte der österreichisch-aserbaidshanschen Beziehungen (Baku, Gence und Seki, 9.–12. Mai).

Die 4. Österreichisch-Aserbaidshansche Gemischte Kommission für die wirtschaftliche, landwirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit wurde in Baku abgehalten (29.–30. November). Eine von der WKÖ organisierte österreichische Wirtschaftsmision besuchte Aschabat, Baku, Tbilisi und Jerewan (29. November bis 9. Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 26,23 Millionen Euro (7,2%), die Importe 71,80 Millionen Euro (-32,8%).

Äthiopien

(Demokratische Bundesrepublik Äthiopien), Addis Abeba

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Girma Wolde Giorgis	Meles Zenawi	Seyoum Mesfin

Addis Abeba – **ÖB, StV bei der AU; Koordinationsbüro der OEZA; Außenstelle der AHSt Kairo (AHSt: siehe Ägypten)**

Besuche aus Österreich: Sonderbeauftragter für Afrika Botschafter Georg Lennkh, Informelle Troika mit AU, Treffen mit AU-Kommissaren, Treffen mit Außenministerin Seyoum Mesfin (10.–14. April).

Im Rahmen der VN-Mission zur Grenzüberwachung zwischen Äthiopien und Eritrea (UNMEE) stellte Österreich zwei Militärbeobachter und einen zivilen Missionsangehörigen. Bei der AMIS/Darfur Integrated Task Force (DITF) ist ein Offizier zugeteilt.

Äthiopien ist seit 1993 Schwerpunktland der OEZA. Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 5,52 Millionen Euro erbracht.

Der österreichische Pianist Florian Krumpöck gab am 19. Jänner zur Eröffnung der EU-Ratspräsidentschaft im Goethe-Institut Addis Abeba ein Klavierkonzert „An Evening full of European Music“.

O.Univ.-Prof. Horst Seidler vom Institut für Anthropologie der Universität Wien setzte mit einem internationalen Team Grabungen bei Gedamyto (Somali-Region) fort. Dabei ist der Fund eines möglicherweise vier Millionen Jahre alten Femur (Oberschenkelknochen) durch Bence Viola besonders zu erwähnen, der zur Erklärung der Entwicklung zum aufrechten Gang beitragen könnte.

Im Rahmen des europäischen Filmfestivals wurde im Mai der Film „Hinterholz 8“ in Addis Abeba und Dire Dawa aufgeführt.

Vom 24. Juni bis 14. Juli hielten sich sieben äthiopische Bauern und zwei Bäuerinnen in Wien sowie auf Bio-Bauernhöfen in Niederösterreich auf und nahmen an dem vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Wasser und Umwelt initiierten und von „Bio Austria“ durchgeführten Bauernaustauschprogramm „Schiene der Begegnung“ teil.

Länderinformationen

„Orbis Aethiopicus“ hielt seine elfte wissenschaftliche Konferenz zum Thema „Der Mensch und sein Lebensraum am Horn von Afrika“ erstmals in Wien ab (29. September bis 1. Oktober). Das Institut für Afrikanistik der Universität Wien veranstaltete einen Äthiopien-Tag (6. Oktober). Die österreichische Historikerin Dorothea McEwan (University of London) stellte „Das Skizzenbuch Eduard Zanders – Ansichten aus Nordäthiopien 1852-1854“ vor (30. November).

Zum 25. Jahrestag der Gründung von „Menschen für Menschen“ fand im Rathaus von Addis Abeba unter dem Motto „Ethiopia-Karl“ eine Feier in Anwesenheit von Staatspräsident Girma Wolde Giorgis, Karlheinz Böhm und Almaz Böhm statt (29. Oktober). „Menschen für Menschen“ hat seit 1981 in Äthiopien Hilfsprojekte im Umfang von 275 Millionen Euro realisiert.

Eine Delegation der Medizinischen Universität Wien (unter Leitung von Rektor Wolfgang Schütz und Prof. Horst Seidler) war in Addis Abeba (erste Kontakte zum Military Hospital, Auslotung von Möglichkeiten von Trainingskooperationen) und in Gedamyto (Reihenuntersuchung von rund 100 EinwohnerInnen, Errichtung einer Außenstelle der Medizinischen Universität Wien, Medikamentenversorgung) zu Besuch (18.–21. November). Die Delegation wurde vom äthiopischen Außenminister persönlich betreut.

Prof. Horst Seidler, der auch Mitglied des äthiopischen Nationalkomitees für das Millennium (2007/2008) ist, eröffnete eine Außenstelle seines Instituts in Addis Abeba (23. November).

Die österreichischen Exporte betragen 5,62 Millionen Euro (0,0%), die Importe 3,17 Millionen Euro (80,4%).

Australien

(Australien/Commonwealth of Australia), Canberra

Staatsoberhaupt
Königin Elizabeth II.

Regierungschef
John Howard

Außenminister
Alexander Downer

vertreten durch:

Generalgouverneur
Major General Michael Jeffery

Canberra – **ÖB**; Sydney – **HGK, AHSt, ÖW**; Melbourne – **HGK**; Brisbane – **HGK**; Adelaide, Cairns, Hobart, Perth – **HK**

Besuche aus Österreich: Erika Stubenvoll, 2. Wiener Landtagspräsidentin anlässlich des Mozart Balls in Sydney (23.–29. März).

Das Australien-Debut der Wiener Philharmoniker im Sydney Opera House (27.–30. September) mit Stardirigent Valery Gergiev war künstlerischer Höhepunkt der Konzertsaison. In erfolgreicher Zusammenarbeit mit Musica Viva gab Julian Rachlin Violinkonzerte (Melbourne, 25. November; Sydney, 27. November; Brisbane, 29. November; Adelaide, 1. Dezember und Perth, 5. Dezember).

Das Johann Strauss Ensemble gastierte in Melbourne und Hobart (11.–23. Februar).

Seit 1995 verdreifachten sich die österreichischen Ausfuhren nach Australien. Der österreichische Handelsbilanzüberschuss ist der weltweit größte in Relation zum Exportvolumen. Die österreichischen Exporte zeigten trotz der nachlassenden Dynamik der australischen Wirtschaft steigende Tendenz.

Die österreichischen Exporte betragen 614,39 Millionen Euro (8,5%), die Importe 83,16 Millionen Euro (32,8%).

Anhang

Bahamas **(Commonwealth of The Bahamas), Nassau**

Staatsoberhaupt Königin Elisabeth II.	Regierungschef Perry G. Christie	Außenminister Frederick Mitchell
--	-------------------------------------	-------------------------------------

vertreten durch:
Generalgouverneur
Artur Hanna

ÖB: siehe Vereinigte Staaten; **AHSt:** siehe Vereinigte Staaten (AHSt New York); Nassau – **HK**

Besuche in Österreich: Außenminister Frederick Mitchell, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik (Mai) sowie an der Gesprächsrunde mit Staatssekretär Hans Winkler (13. Mai).

Die österreichischen Exporte betragen 3,56 Millionen Euro (176,3%), die Importe 93.000 Euro (-8,3%).

Bahrain **(Königreich Bahrain), Manama**

Staatsoberhaupt König Sheikh Hamad Bin Isa Bin Salman Al-Khalifa	Regierungschef Sheikh Khalifa Bin Salman Al-Khalifa	Außenminister Sheikh Khalid Bin Ahmed Al-Khalifa
--	---	--

ÖB: siehe Kuwait; **AHSt:** siehe Vereinigte Arabische Emirate

Die österreichischen Exporte betragen 22,78 Millionen Euro (8,2%), die Importe 1,16 Millionen Euro (-31,7%).

Bangladesch **(Volksrepublik Bangladesch), Dhaka**

Staatsoberhaupt Professor Iajuddin Ahmed	Regierungschefin Begum Khaleda Zia (bis 27. Oktober)	Außenminister M. Morshed Khan (bis 27. Oktober)
---	--	---

Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Präsident Ahmed als Caretaker am 29. Oktober.

ÖB, AHSt: siehe Indien; Dhaka – **HK**

Besuche aus Österreich: EU-Mission Hoher Beamter im Troika-Format unter der Leitung von Botschafter Nikolaus Scherk (24. und 25. Jänner).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 135.320 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 16,93 Millionen Euro (55,2%), die Importe 175,46 Millionen Euro (48,7%).

Barbados **(Barbados), St. James**

Staatsoberhaupt Königin Elizabeth II.	Regierungschef Owen Seymour Arthur	Außenministerin Billie Antoinette Miller
--	---------------------------------------	---

Länderinformationen

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Clifford Straughn Husbands

Caracas – **ÖB, AHSt**; Bridgetown – **HK**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Arbeitsgespräch mit Außenministerin Billie Miller (November).

Besuche in Österreich: Premierminister Owen Seymour Arthur und Außenministerin Billie Miller, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik (Mai); Außenministerin Billie Miller, Teilnahme an einer Gesprächsrunde mit Staatssekretär Hans Winkler (13. Mai).

Österreich und Barbados schlossen ein Doppelbesteuerungsabkommen ab.

In Zusammenarbeit mit der Vertretung der EU in Barbados wurde eine österreichische Filmwoche veranstaltet.

Die österreichischen Exporte betragen 1,92 Millionen Euro (76,4%), die Importe 65.000 Euro (-15,4%).

Belarus (Republik Belarus), Minsk

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Alexander G. Lukaschenko	Sergej Sidorskij	Sergej Martynow

ÖB, AHSt: siehe Russland

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 15.000 Euro erbracht.

Österreich unterhält in Minsk eine Österreich-Bibliothek. Die österreichische Beteiligung an den Europa-Tagen in Minsk (Landeskundevorträge, Planspiel zur EU-Verfassung sowie Teilnahme am Europäischen DJ-Festival) sowie an der Sommerschule des Center for International Studies Minsk waren Höhepunkte der wissenschaftlich-kulturellen Zusammenarbeit. Landeskundeseminare und Informationsveranstaltungen über Studienmöglichkeiten in Österreich sowie Konzerte und Vorträge, die im Rahmen eines Workshops an der Staatlichen Belarussischen Musikakademie organisiert wurden, bildeten weitere Schwerpunkte des österreichischen Kulturprogramms.

Die österreichischen Exporte betragen 79,80 Millionen Euro (14,2%), die Importe 26,82 Millionen Euro (42,1%).

Belgien (Königreich Belgien), Brüssel

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Albert II.	Guy Verhofstadt	Karel De Gucht

Brüssel – **ÖB, AHSt, ÖW**; Antwerpen, Eupen, Gent, Lüttich, Namur, Ostende – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Eröffnung der Ausstellung Wiener Werkstätte im Palais des Beaux Arts Brüssel mit Premierminister Guy Verhofstadt (16. Februar); Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme an den 175 Jahrfeiern der belgischen Unabhängigkeit (14. November); Vizepräsidentin des Bundesrates Anna Elisabeth Haselbach, Konferenz des belgischen Senates „Sicherheit und Energiezusammenarbeit in Europa“ (27. November); Landeshauptmann Josef Pühringer bei Prinz Laurent – Aktion Friedenslicht (14. Dezember).

Anhang

Besuche in Österreich: Außenminister Karel De Gucht, Gespräch mit Bundesministerin Ursula Plassnik (12. Jänner); König Albert II, Teilnahme am Ständigen Rat der OSZE und Zusammentreffen mit Bundespräsident Heinz Fischer (28. September); Vize-Premierminister und Innenminister Patrick Dewael sowie Vize-Premierministerin und Ministerin für Justiz Laurette Onkelinx, Teilnahme am informellen Treffen der Justiz- und Innenminister (12.–14. Jänner); Minister für Arbeit und Beschäftigung Peter Vanvelthoven sowie Minister für Soziale Angelegenheiten und Volksgesundheit Rudy Demotte, Teilnahme am informellen Treffen der Beschäftigungs- und Sozialminister (Villach, 19.–21. Jänner); Parlamentspräsident Herman de Croo und Senator Philippe Mahoux, Teilnahme am Treffen der COSAC-Troika und der COSAC-Vorsitzenden (19. und 20. Februar); Innenministerieller Influenza Kommissar Piet Vanthemsche, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen (Geflügelpest) (24. Februar); Minister für Mobilität Renaat Landuyt, Teilnahme am informellen Treffen der VerkehrsministerInnen (Bregenz, 2.–3. März); Minister für Landesverteidigung André Flahaut, Teilnahme am informellen Treffen der VerteidigungsministerInnen (Innsbruck, 6.–7. März); Vize-Premierminister und Außenminister Karel de Gucht, Teilnahme am informellen Treffen der AußenministerInnen (Salzburg, 10. und 11. März); Vize-Ministerpräsident von Flandern und Minister für Arbeit und Bildung Frank Vandenbroucke, Teilnahme an der Konferenz der BildungsministerInnen (16.–17. März); Ministerin für Umwelt, Energie, Wasserpolitik und Grünflächen der Hauptstadt Brüssel Evelyne Huytebroeck; Tourismusverantwortlicher des Ministeriums für Umwelt, Energie, Wasserpolitik und Grünflächen der Hauptstadt Brüssel Patrick Balcaen; Beraterin für Umwelt, Energie, Wasserpolitik und Grünflächen der Hauptstadt Brüssel Alexandra Sombsthay, Teilnahme an der Europäischen Tourismusministerkonferenz „Tourismus – Schlüssel zu Wachstum und Beschäftigung in Europa“ (20. und 21. März); Vize-Premierminister und Finanzminister Didier Reynders, Teilnahme am informellen Treffen der Wirtschafts- und FinanzministerInnen (7. und 8. April) sowie beim ASEM Finanzministertreffen (8. und 9. April); Minister für Wirtschaft, Energie, Außenhandel und Wissenschaft Marc Verwilghen; Vize-Ministerpräsidentin der Flämischen Regierung und Ministerin für Wirtschaft, Wissenschaft, Innovation und Außenhandel Fientje Moerman, Teilnahme am informellen Treffen der MinisterInnen für Wettbewerbsfähigkeit (Graz, 20.–22. April); Minister für Soziale Angelegenheiten und Volksgesundheit Rudy Demotte, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen (25. und 26. April); Premierminister Guy Verhofstadt, Minister für Entwicklungszusammenarbeit Armand de Decker und Minister für Wirtschaft, Energie, Außenhandel und Wissenschaft Marc Verwilghen, Teilnahme am IV. EU-LAC-Gipfel (11.–13. Mai); Parlamentspräsident Herman de Croo; Parlamentsabgeordneter Jacques Germeaux, Parlamentsabgeordneter Daniel Ducarme sowie Senatspräsident Philippe Mahoux, Kommissionspräsident für Außenbeziehungen Francois Roelants du Vivier und Senator Stefaan Noreilde, Teilnahme an der Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlamentes (XXXV. COSAC) (22. und 23. Mai); Parlamentsabgeordneter Gerolf Annemans, Parlamentsabgeordneter Alfons Borginon, Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten Didier Donfut, Senator Philippe Mahoux und Senator Luc Van den Brande, Teilnahme an der Europäischen Subsidiaritätskonferenz „Europa fängt zu Hause an“ (St. Pölten, 18. und 19. April); Abgeordneter zum Europäischen Parlament und Vizepräsident von „Die Grünen/Europäische Freie Allianz“ Pierre Jonckheer, Teilnahme an der Internationalen Konferenz zur Inneren Sicherheit (4. und 5. Mai); Minister der Wallonischen Regierung für Landwirtschaft, ländlichen Raum, Umwelt und Tourismus Benoit Lutgen, Teilnahme am informellen Treffen der UmweltministerInnen (Eisenstadt/Rust, 19.–21. Mai); Vize-Premierminister und Außenminister Karel de Gucht, Teilnahme am informellen Treffen der AußenministerInnen (Klosterneuburg, 27. und 28. Mai); Ministerin für Landwirtschaft und Mittelstand Sabine Laruelle, Teilnahme am informellen Treffen der LandwirtschaftsministerInnen (Krems, 28.–30. Mai).

Das Kulturprogramm der ÖB Brüssel stand im Zeichen der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft. Höhepunkte bildeten das Konzert der Wiener Philharmoniker (29. März) und „Der Preis der Schönheit“, eine Ausstellung zur Wiener Werkstätte, im Palais des Beaux-Arts (Februar bis Mai). Mit dem Festival „Dance Austria@Brussels“ (17. und 18. Februar) und Vorstellungen von Subal & Matsune, Birte Brudermann, Superamas, Saskia Hölbling, Milli Bitterli und Philipp Gehmacher konnte ein wichtiger Akzent im Tanzbereich gesetzt werden. Im

Länderinformationen

Zusammenhang mit der Umbenennung des Gebäudes des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Europäischen Ausschusses der Regionen wurde dort eine Ausstellung über Bertha von Suttner gezeigt (März), während Werke von Alfred Kubin im Brüsseler Rathaus auf der Grand Place präsentiert wurden (März bis Juni). Im Rahmen der Veranstaltungsreihe des Centre Flagey „Musik und Poesie“ wurden Texte von Hugo von Hofmannsthal mit Musik von Frank Martin und Richard Strauss verbunden (18. Jänner) und Elfriede Jelineks „Burgtheater“ von Ed Hauswirth und dem Theater im Bahnhof im Theater des Palais des Beaux-Arts aufgeführt (10. und 11. März). Das Alban Berg Quartett, Fatima Spar und die Freedom Fries, Gustav, das Aron Quartett, Ars Antiqua Austria und Mario Formenti rundeten das musikalische Programm der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft ab, Ulrike Längle, Gerhard Rühm, Franzobel und Olga Flor lasen aus ihren Werken vor, und Roland Seidel & Achim Stiermann, Peter Kubelka und Martin Arnold präsentierten österreichisches Film- und Videoschaffen.

Im November wurde Norbert Gstreins Aufenthalt als „Writer in Residence“ des Internationalen Literaturhauses in Brüssel gefördert. Das KF Brüssel unterstützte weiters die Auftritte der Wiener Instrumentalsolisten, des Haydn Trios Eisenstadt und Margarete Babinskys im Rahmen der Haydn-Biennale in Mechelen (5. Oktober bis 12. November), der Gruppe Valina in Antwerpen und Kortrijk (28. und 20. September) und des Wiener Komponisten und Musikers Michael Fischer an der Brüsseler Sint Lukas Art School (30. Oktober). Superamas und Subal & Matsume wurden zum Buda-Tanzfestival in Kortrijk (13.–23. Oktober) eingeladen, Timo Novotny und die Sofa Surfers konnten Konzert- und Filmprojekt „Life in Loops“ beim Genter Filmfestival zur Aufführung bringen (11.–13. Oktober) und vier österreichische GermanistInnen am Symposium zu „Elfriede Jelinek: Stücke für oder gegen das Theater?“ an der Königlichen Akademie der Wissenschaften teilnehmen (9. und 10. November). Für ein Konzert der Wiener Cembalistin Susanne Pumphösl wurde das bekannte Brüsseler Musikinstrumentemuseum als Partner gewonnen (11. Oktober), die Belgien-Tournee der jungen österreichisch-belgisch-slowenischen Jazzformation Take the Duck unterstützt (Oktober) und Paul Wenninger die Abhaltung eines Tanzworkshops im Rahmen des MayDay Festivals in Antwerpen ermöglicht (6. und 7. Oktober).

Im Rahmen des EU National Institutes of Culture (EUNIC) Netzwerks in Brüssel trug das Kulturforum der Botschaft zur Durchführung von Konferenzen zur Mehrsprachigkeit in Europa und zum Generationendialog bei und beteiligte sich an einem Projekt zur Förderung des Interesses an Fremdsprachen, „Märchen kurz vor Abflug“-Märchen-Workshops auf mehreren europäischen Flughäfen (Juli).

Die österreichischen Exporte betragen 1.666,33 Millionen Euro (4,0%), die Importe 1.784,28 Millionen Euro (16,1%).

Belize (Belize), Belmopan

Staatsoberhaupt
Königin Elisabeth II.

Regierungschef
Said W. Musa

Außenminister
Eamon Harrison Courtenay
(seit 13. April)

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Colville N. Young

ÖB, KF, AHSt: siehe Mexiko; Belize – HGK

Besuche in Österreich: Premierminister Said W. Musa und Außen- und Außenhandelsminister Eamon Harrison Courtenay, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik (Mai); Außen- und Außenhandelsminister Eamon Harrison Courtenay, Teilnahme an einer Gesprächsrunde mit Staatssekretär Hans Winkler (13. Mai).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 11.429 Euro erbracht.

Anhang

Die österreichischen Exporte betragen 2,09 Millionen Euro (-43,5%), die Importe 460.000 Euro (34,1%).

Benin

(Republik Benin), Porto Novo; Regierungssitz: Cotonou

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Thomas Yayi Boni

Außenministerin
Mariam Aladji Boni épouse
Diallo

ÖB, AHSt: siehe Nigeria; Cotonou – **HK**

Die österreichischen Exporte betragen 2,05 Millionen Euro (-23,6%), die Importe 40.000 Euro.

Bhutan

(Königreich Bhutan), Thimphu

Staatsoberhaupt
König Jigme Singye
Wangchuck

Regierungschef
Lyonpo Yeshey Zimba

Außenminister
Lyonpo Khandu
Wangchuk

(Übergabe der Staats- und
Regierungsgeschäfte -
an dessen Sohn,
Kronprinz Jigme Khesar
Namgyel Wangchuck
am 9. Dezember)

(seit September auch
Regierungschef)

ÖB, AHSt: siehe Indien; **Koordinationsbüro der OEZA** – Thimphu

Bhutan ist das einzige asiatische Schwerpunktland der OEZA. Österreich ist das fünftgrößte Geberland Bhutans und unterstützt Bhutan in den Bereichen Energie (Schwerpunkt Wasserkraft), Hochgebirgsökologie, Fremdenverkehr und Bewahrung des kulturellen Erbes. Im Rahmen der OEZA wurden insgesamt bilaterale Leistungen von 1,27 Millionen Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 740.000 Euro (188,4%), die Importe 8.000 Euro (-63,7%).

Bolivien

(Republik Bolivien), La Paz

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Evo Morales
(seit 22. Jänner)

Außenminister
David Choquehuanca
(seit 22. Jänner)

ÖB: siehe Peru; **AHSt:** siehe Chile; **HGK** – La Paz; **HK** – Santa Cruz

Besuche aus Österreich: Nationalratspräsident Andreas Khol, Treffen mit Präsident Evo Morales am Rande der Amtseinführung der chilenischen Präsidentin Michelle Bachelet in Chile (Santiago de Chile, 10. und 11. März).

Besuche in Österreich: Präsident Evo Morales und Außenminister David Choquehuanca, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik (Mai); Präsident Evo Morales, Arbeitsgespräch mit Bundespräsidenten Heinz Fischer (11. und 13. Mai).

Das Honorarkonsulat Santa Cruz de la Sierra wurde wieder eröffnet (14. Februar).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 36.839 Euro erbracht.

Länderinformationen

Für das bolivianische Nationalorchester wurden Partituren von Werken von Wolfgang Amadeus Mozart gespendet.

Im Rahmen des Nord-Süd-Stipendienprogramms wurde für das Studienjahr 2006/2007 ein Forschungsstipendium zuerkannt. Ein bolivianischer Wissenschaftler erhielt für das Wintersemester 2005/2006 ein Forschungsstipendium im Rahmen des EU-ALFA (América Latina – Formación Académica) Programms an einer österreichischen Universität.

Die österreichischen Exporte betragen 1,95 Millionen Euro (-2,9%), die Importe 5,85 Millionen Euro (59,4%).

Bosnien und Herzegowina (Bosnien und Herzegowina), Sarajewo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Staatspräsidium mit rotierendem Vorsitz		
Nebojša Radmanović (seit 6. November)	Adnan Terzic	Mladen Ivanic
Zeljko Komšić		
Haris Silajdžić		

Sarajewo – ÖB mit Visaannahmestelle in Banja Luka; OEZA Koordinationsbüro, AHSt, Regionalbüro der Österreich-Kooperation

Besuche aus Österreich: Salzburger Landesrätin Doraja Eberle, Verteilung humanitärer Güter im Raum Srebrenica (21.–13. März, 24.–28. Mai und 26.–29. Oktober); Kärntner Landesrat Ing. Reinhard Rohr (24. März); Bundesministerin Karin Gastingner (28. März); Bundesminister Günther Platter (Sarajewo, 29. März); Vizekanzler Hubert Gorbach (3. und 4. April); Bundespräsident Heinz Fischer in Begleitung von Bundesminister Günther Platter (Tuzla, Sarajewo, 19. April); Bundesministerin Elisabeth Gehr, Eröffnung des Büros der Österreich-Kooperation (14.–15. Juni); Delegation der Österreichischen Grünen (Sarajewo, 4. September); Kärntner Landesrat Ing. Reinhard Rohr (9. und 10. November).

Besuche in Österreich: Reis Mustafa Ceric, Teilnahme am Religionsgipfel zum Karikaturenstreit bei Bundesministerin Ursula Plassnik (16. Februar); Außenminister Mladen Ivanic, Teilnahme am informellen EU- Außenminister-Treffen (Salzburg, 10. und 11. März); Premierminister Adnan Terzic, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik und Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Treffen des Steering Board of the Peace Implementation Council (14. und 15. März); Minister der Föderation Bosnien und Herzegowina für Bildung und Wissenschaft Zijad Pasic, Teilnahme an der EU-Konferenz der BildungsministerInnen (16. und 17. März); Premierminister des Kantons Sarajewo Denis Zvizdic, Sarajewoer Bürgermeisterin Semiha Borovac (19. und 20. April); Premierminister der Republika Srpska Milorad Dodik, Minister für Transport und Kommunikation der Republika Srpska Cubrilovic (25. April); Minister für Verkehr und Telekommunikation Branko Dokic, Teilnahme am Treffen der EU-VerkehrsministerInnen (Salzburg, 3. und 4. Mai); Minister für Verkehr und Telekommunikation Branko Dokic, Teilnahme am Europäischen Luftfahrtgipfel (Salzburg, 4. und 5. Mai); Sicherheitsminister Barisa Colak, Hoher Repräsentant der internationalen Gemeinschaft in Bosnien und Herzegowina Christian Schwarz-Schilling, Teilnahme an der internationalen Konferenz zur inneren Sicherheit (4. und 5. Mai); Reis Mustafa Ceric, Teilnahme an der Konferenz der Kulturen und Religionen (19. Mai); Vorsitzender des Staatspräsidiums Suleiman Tihic, Gespräch mit Bundespräsident Heinz Fischer (14. Juni); Premierminister Adnan Terzic, Treffen mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Bundesministerin Ursula Plassnik (Salzburg, 31. Juli und 1. August); Premierminister Adnan Terzic, Haris Pasic Direktor der BiH Foreign Investment Promotion Agency, Besuch des Vienna Economic Forum (6. November); Premierminister der Republika Srpska Milorad Dodik, Teilnahme an den Autobahnkooperationsverhandlungen (9. November).

Anhang

Ein bilaterales Rückübernahmeabkommen wurde in Wien unterzeichnet (5. Mai). Anlässlich des Besuches von Bundesministerin Elisabeth Gehrler wurde in Sarajewo ein bilaterales Protokoll über die Zusammenarbeit im Bildungs-, Hochschulbildungs- und Forschungsbereich unterzeichnet (15. Juni). Ein als Ressortabkommen des Bundesministeriums für Finanzen konzipiertes Rahmenabkommen über die finanzielle Kooperation im Bereich gebundener Hilfskredite („Soft-Loan“-Abkommen mit indikativem Gesamtrahmen von bis zu 25 Millionen Euro) trat am 1. November in Kraft.

Österreich beteiligte sich mit einem rund 300 Personen starken militärischen Kontingent an der internationalen Friedenstruppe EUFOR-Althea, dessen „Multinationale Task Force Nord“ vom 1. Dezember 2005 bis 30. November 2006 unter österreichischem Kommando stand. Darüber hinaus ist Österreich an EUPM sowie an EUMM mit Polizeipersonal bzw. ExpertInnen beteiligt.

Bosnien und Herzegowina ist Schwerpunktland der OEZA. Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 2,4 Millionen Euro erbracht.

Die Botschaft finanzierte 19 Kulturprojekte, die in 27 Einzelveranstaltungen in Sarajewo bzw. anderen Teilen des Landes durchgeführt wurden.

Ein Österreichisches Koordinationsbüro für Wissenschaft, Bildung und Kultur mit Zuständigkeit auch für Montenegro und Albanien wurde feierlich eröffnet (14. Juni).

Neben einem Beauftragten für Bildungskooperation des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur waren zwei Österreich-Lektoren an den Universitäten Sarajewo und Tuzla tätig, welche unter anderem auch die beiden Österreich-Bibliotheken betreuten. Seit Beginn des Wintersemesters 2006/07 besteht auch an der Universität Banja Luka ein neues österreichisches Lektorat.

Österreich ist unter Berücksichtigung der Kredite österreichischer Banken weiterhin der größte ausländische Investor in Bosnien und Herzegowina.

Die österreichischen Exporte betragen 248,73 Millionen Euro (-12,7%), die Importe 170,47 Millionen Euro (63,4%).

Botsuana (Republik Botsuana), Gaborone

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Festus Gontebanye Mogae

Außenminister
General Mompoti Merafhe

ÖB, AHSt: siehe Südafrika; Gaborone – HK

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Treffen mit Außenminister Mompoti Merafhe am Rande der VN-GV in New York.

Die ÖB Pretoria beteiligte sich im Februar an der von der tschechischen Botschaft initiierten Emil Holub-Ausstellung in Gaborone. Emil Holub arbeitete kartographisch in der Region und prägte das österreichische Bewusstsein für Afrika Ende des 19. Jahrhunderts entscheidend.

Da der bilaterale Handel größtenteils über Südafrika abgewickelt wird, ist keine verlässliche Statistik verfügbar. Die statistisch erfassten österreichischen Exporte betragen 1,83 Millionen Euro (-40,7%), die Importe 17.000 Euro (-91,1%).

Brasilien (Föderative Republik Brasilien), Brasília

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Luiz Inácio Lula da Silva

Außenminister
Celso Amorim

Länderinformationen

Brasília – **ÖB**, Rio de Janeiro – **ÖGK**, São Paulo – **ÖGK**, **AHSt**; Belo Horizonte, Curitiba, Manaus, Porto Alegre, Recife (vorübergehend geschlossen), Salvador, Treze Tílias (Dreizehnlinden), Vitória – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Josef Pröll als Vertreter der EU-Ratspräsidentschaft, Teilnahme an der achten Vertragsstaatenkonferenz (COP 8) zum Übereinkommen über die Biologische Vielfalt (Curitiba, 20.–31. März), in dessen Rahmen er auch bilaterale Kontakte pflegte. Ein Vertreter des Landes Oberösterreich, Teilnahme an der Konferenz der Landeshauptleute von Bayern, Oberösterreich, Quebec, São Paulo, Shadong und Westkap (São Paulo, 7. und 8. Dezember).

Besuche in Österreich: Staatspräsident Lula da Silva und Außenminister Celso Amorim, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik (Mai); Staatspräsident Luiz Inácio Lula da Silva, Außenminister Celso Amorim, Minister für Entwicklung, Industrie und Außenhandel Luiz Furlan sowie Vizeaußenminister Antonio de Aguiar Patriota, Staatsbesuch in Österreich, in dessen Rahmen Präsident Lula da Silva, Arbeitsgespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer und Bundeskanzler Wolfgang Schüssel führte (13. Mai); Präsident des Parlato Ney Lopes, Teilnahme am III. Interparlamentarischen Treffen zwischen dem Europäischen Parlament und dem Lateinamerikanischen Parlament (Dornbirn, 24. und 25. April) sowie am EU-LAC-Gipfeltreffen.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 1,27 Millionen Euro erbracht.

Mehrere Kulturveranstaltungen der Botschaft standen im Zeichen des Mozartjahres 2006. Neben einem separaten Konzert in Brasília wurde eine Konzertreise des Streichduos Herbert Lindsberger, das in Goiania, Juiz de Fora, Aracaju und Rio de Janeiro vier Konzerte für Violine und Viola spielte, und ein Gastspiel der Musiktheatergruppe „Animato“ unterstützte, welche „Die Hochzeit des Figaro“ als Mitmachoper an drei deutschen Schulen in São Paulo und Rio de Janeiro präsentierte. Weiterer Höhepunkt des Kulturprogramms war eine Ausstellung über den österreichischen Architekten Clemens Holzmeister, die im Rahmen der Architekturbieniale von São Paulo und in Vitoria gezeigt wurde.

Die österreichischen Exporte betragen 318,79 Millionen Euro (13,4%), die Importe 376,93 Millionen Euro (25,5%).

Brunei

(Brunei Darussalam), Bandar Seri Begawan

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Sultan Haji Hassanal Bolkiah
Mu'izzaddin Waddaulah

Außenminister
Prinz Haji Mohamed Bolkiah

ÖB, AHSt: siehe Malaysia; Seria – **HK**

Besuche in Österreich: Finanzminister (II) Pehin Dato Haji Abd. Rahman bin Haji Ibrahim, Teilnahme am ASEM-Finanzministertreffen (8. und 9. April).

Die österreichischen Exporte betragen 3,60 Millionen Euro (541,0%), die Importe 139.000 Euro (601,6%).

Bulgarien

Bulgarien (Republik), Sofia

Staatsoberhaupt
Georgi Parvanov
(wiedergewählt
am 29. Oktober)

Regierungschef
Sergei Stanishev
(seit 17. August)

Außenminister
Ivailo Kalfin
(seit 17. August)

Anhang

Sofia – ÖB, AHSt, ASO, Bildungsbeauftragte (Kulturkontakt)

Besuche aus Österreich: Vizekanzler Hubert Gorbach, Besuch bei Minister Rumen Ovcharov (Sofia und Zankov Kamak, 14. und 15. März); Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme am transatlantischen Abendessen (27. April); Staatssekretär Eduard Mainoni, Besuch bei Minister Rumen Ovcharov (24.–25. April); Bundespräsident Heinz Fischer, Besuch bei Präsident Georgi Parvanov (18. Mai) sowie Teilnahme am Zentraleuropäischen Präsidententreffen (Sofia und Varna, 18. und 19. Mai); Bundesministerin Karin Gastinger Besuch bei Generalstaatsanwalt Boris Velchev, Europaministerin Meglena Kuneva und Vizeministerin Gergana Christova Grancharova (19. und 20. Juni); Landeshauptmann Erwin Pröll und Landesrat Wolfgang Sobotka bei Vizegesundheitsminister Matei Mateev (2. und 3. Juli); Landeshauptmann-Stv. Heidemaria Onodi, Besuch bei Parlamentspräsident Georgi Pirinski (29. und 30. August); Erzbischof Christoph Kardinal Schönborn, Besuch bei Metropolit Kiril (Sofia und Varna, 25.–29. September); Vizekanzler Hubert Gorbach, Besuch bei Minister Petar Mutafchiev (4. Oktober); Bundesratsvorsitzender Gottfried Kneifel, Besuch bei Präsident Georgi Parvanov, Premierminister Sergei Stanishev und Parlamentspräsidenten Georgi Pirinski (14. und 15. November); Bundesminister Erwin Pröll mit Minister Rumen Ovcharov und Minister Nihat Kabil bei Austrian Showcase Sofia (28. und 29. November).

Besuche in Österreich: Justizminister Georgi Petkanov und Innenminister Rumen Petkov, Teilnahme am Informellen Treffen der Justiz- und InnenministerInnen (12.–14. Jänner); Sozialministerin Emilia Maslarova, Teilnahme am Internationalen Treffen der MinisterInnen für Beschäftigung und Soziales (Villach, 19.–21. Jänner); Europaministerin Meglena Kuneva, Teilnahme bei der Konferenz „The Sound of Europe“ (Salzburg, 26.–28. Jänner); Vizegesundheitsminister Atanas Dodov, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen (24. Februar); Vizeverkehrsministerin Vessela Gospodinova, Teilnahme am Internationalen Treffen der VerkehrsministerInnen (Bregenz, 2. und 3. März); Justizminister Georgi Petkanov, Besuch bei Bundesministerin Karin Gastinger (10. März), Außenminister Ivailo Kalfin, Teilnahme am Gymnietreffen (Salzburg, 10. und 11. März); Bildungsminister Daniel Valtchev, Teilnahme an der Konferenz der BildungsministerInnen (16. und 17. März); Minister für Staatsadministration Nikolay Vassilev, Besuch bei Bundesministerin Maria Rauch-Kallat (16.–18. März); Leiter der Staatlichen Tourismusorganisation Bulgariens Mario Al-Jebouri, Teilnahme an der Europäischen Tourismusministerkonferenz (20. und 21. März); Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des bulgarischen Parlaments Solomon Passy, Besuch im österreichischen National- und Bundesrat (27. und 28. März); Parlamentspräsident Georgi Pirinski, Besuch bei Nationalratspräsidenten Kohl (6. April); Europaministerin Meglena Kuneva, Besuch bei Bundesminister Herbert Scheibner und Bundesministerin Karin Gastinger sowie Fraktionschef Josef Cap (7. und 8. April); Finanzminister Plamen Oresharski, Teilnahme am Internationalen Treffen der Wirtschafts- und FinanzministerInnen und ASEM Finanzministertreffen (7.–9. April); Minister für regionale Entwicklung Assen Gagauzov, Teilnahme an der Europäischen Subsidiaritätskonferenz 2006 (St. Pölten, 18. und 19. April); Wirtschaftsminister Rumen Ovcharov, Teilnahme am Internationalen Treffen der Minister für Wettbewerbsfähigkeit (Graz, 21. und 22. April); Gesundheitsminister Radoslav Gajdarski, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen (25. und 26. April); Innenminister Rumen Yordanov Petkov und Vizeinnenminister Boyko Kotzev, Teilnahme an der Internationalen Konferenz zur Inneren Sicherheit (4.–5. Mai); Premierminister Sergei Stanishev und Vizeaußenministerin Evgenia Koldanova, Teilnahme am EU-LAC-Gipfel (11. und 12. Mai); Umweltminister Dzhevdet Chakarov, Teilnahme am informellen Treffen der Umweltminister (Eisenstadt, 19.–21. Mai); Chairman des Komitees für Europäische Integration bei der Nationalversammlung Atanas Paparizov, Teilnahme an der Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments COSAC (22. und 23. Mai); Europaministerin Meglena Kuneva, Besuch bei Staatssekretär Hans Winkler (23. Mai); Außenminister Ivailo Kalfin, Teilnahme am informellen Außenministertreffen (Klosterneuburg, 27. und 28. Mai); Landwirtschaftsminister Nihat Tahir Kabil, Teilnahme am informellen Treffen der LandwirtschaftsministerInnen (Krems, 28.–30. Mai); Europaministerin Meglena Kuneva, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle und Sonderkoordinator Erhard Busek beim Forum Alpbach (Alpbach, 27.–30. August); Vizeaußenminis-

Länderinformationen

terin Evgenia Koldanova, Teilnahme am Forum Alpbach (2. Oktober) und Bulgarien-Präsentation (14. Dezember).

Im Rahmen des Ratsvorsitzes organisierte die ÖB einen Europa-Essay Wettbewerb und zwei Europaveranstaltungen am 9. Mai („Café d'Europe“) und am 23. Juni („Europa nimmt Gestalt an“). Die ÖB organisierte beziehungsweise beteiligte sich bei 126 kulturellen Veranstaltungen im Bereich Musik, Ausstellungen, Literatur und Film. Ein Teil dieser Veranstaltungen fand im Rahmen der Österreichischen Musikwochen statt (April und Mai). Schwerpunkt der Kulturarbeit war die Präsentation Wolfgang Amadeus Mozarts mit einem dreitägigen „Fest für Mozart“ (Jänner), der Anthologie „Amadeus.Genius“, Musikwettbewerbe, Meisterklassen und Konzerten. Die Botschaft gab ein Buch mit Essays und Vorträgen zu den bilateralen Beziehungen in Auftrag. Das österreichische Wissenschaftsbüro unterstützt den Wissenschaftssektor in Bulgarien, führte eine Ausschreibung für Kooperationsprojekte in Südosteuropa durch und organisierte Südosteuropa-Konferenzen.

Die österreichischen Exporte betragen 557,01 Millionen Euro (23,6%), die Importe 278,79 Millionen Euro (18,6%).

Burkina Faso

(Republik Burkina Faso), Ouagadougou

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Blaise Compaoré	Paramanga Ernest Yonli	Youssouf Ouédraogo

ÖB: siehe Senegal; **AHSt:** siehe Marokko; Ouagadougou – **Koordinationsbüro der OEZA**

Besuche aus Österreich: ADA-Geschäftsführer Michael Linhart (4.–10. Mai).

Besuche in Österreich: Handelsminister Benoît Quattara und Minister für Bergbau und Energiefragen Abdoulaye Abdoukader Cisse, Besuch im Rahmen der burkinischen Wirtschafts- und Kulturtage sowie Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler (5.–7. Oktober).

Burkina Faso ist Schwerpunktland der OEZA. Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 4,21 Millionen Euro erbracht.

Das Duo Giocoso besuchte nach Dakar auch Ouagadougou (März). Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Jazz à Ouaga“ trat die österreichisch–burkinische Gruppe „Burkina Electric“ auf (Mai). Das Kooperationsbüro veranstaltete auch die ersten österreichischen Filmtage in Burkina Faso (November), die von über 4.500 ZuseherInnen besucht wurden.

Die österreichischen Exporte betragen 613.000 Euro (-7,8%), die Importe 1,18 Millionen Euro (-8,7%).

Burundi

(Republik Burundi), Bujumbura

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenministerin
Pierre Nkurunziza	Antoinette Batumubwira

ÖB: siehe Kenia; **AHSt:** siehe Südafrika

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 351.636 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 175.000 Euro (-67,4%), die Importe 429.000 Euro (-31,8%).

Chile (Republik Chile), Santiago de Chile

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Michelle Bachelet
(seit 11. März)

Außenminister
Alejandro Foxley
(seit 11. März)

Santiago de Chile – **ÖB, AHSt**; Arica, Valdivia, Valparaíso – **HK**

Besuche aus Österreich: Nationalratspräsident Andreas Khol in Vertretung von Bundespräsident Heinz Fischer und als Vertreter der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft, Teilnahme an der Amtsübernahme der neu gewählten Präsidentin Michelle Bachelet (11. März) und Treffen mit dem bisherigen Präsidenten Ricardo Lagos sowie der neuen Amtsinhaberin.

Besuche in Österreich: Staatspräsidentin Michelle Bachelet und Außenminister Alejandro Foxley, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik (Mai); Staatspräsidentin Michelle Bachelet, Arbeitsbesuch (13. Mai); Außenminister Alejandro Foxley, Arbeitsgespräch mit Bundesministerin Ursula Plassnik am Rande des EU-LAC-Außenministertreffens.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 5.799 Euro erbracht.

Österreich war am Internationalen Sommerfestival in Frutillar durch den Pianisten Klaus Leutgeb vertreten. Aus Anlass des Mozartjahres wurden in Santiago ergänzend zu einer Mozart-Wanderausstellung drei didaktische Mozartkonzerte veranstaltet. Im nördlichen Chile wurde die Mozart-Klavierkonzertserie „Mozart auf Achse“ durchgeführt, in dessen Rahmen ein Pianist samt Klavier zahlreiche Orte besuchte, in denen es sonst kaum Zugang zu klassischer Musik gibt. Die als Rahmenprogramm zur österreichischen EU-Ratspräsidentschaft vom in Chile lebenden österreichischen Architekten Michael Bier erstellte Wanderausstellung „Österreichische Architekten in Lateinamerika“ wurde in Valparaíso und Santiago gezeigt. Österreichische ArchitekturstudentInnen unter der Leitung Professor Carl Pruschas veranstalteten eine Projektausstellung mit zwei Fachseminaren zur Entwicklung der Weltkulturerbestadt Valparaíso. Das EU-Filmfestival wurde mit dem österreichischen Film „Donau“ von Goran Rebic eröffnet.

Österreichische Firmen waren weiter maßgeblich am U-Bahn- und Tunnelbau in Chile beteiligt. Mehrere österreichische Firmen nahmen an den bedeutenden Messen FIDAE (Luft- und Raumfahrt) sowie EXPOMIN (Bergbau) teil. Es wurde wieder ein Workshop der österreichischen Tourismuswerbung in Santiago veranstaltet (6. November). Betreiber chilenischer Skizentren wurden zu Firmen- und Anlagenbesuchen nach Österreich eingeladen (Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 81,03 Millionen Euro (6,5%), die Importe 153,61 Millionen Euro (-4,0%).

China (Volksrepublik China), Peking

Staatsoberhaupt
Hu Jintao

Regierungschef
Wen Jiabao

Außenminister
Li Zhaoxing

Sonderverwaltungsregion Hongkong

Sonderverwaltungsregion Macao

Regierungschef (Chief Executive)
Tsang Yam-Kuen Donald

Regierungschef (Chief Executive)
Ho Edmund

Peking – **ÖB, KF, AHSt, ÖW**; Shanghai – **GK, AHSt**; Hongkong – **GK, AHSt, Wien-Büro**; Chongqing, Guangzhou, Shenyang, Xian – **AWO-Marketingbüro**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Maria Rauch-Kallat (15.–19. Januar); Botschafter Thomas Mayr-Harting, Treffen der EU-Troika auf Ebene der Politischen Direktoren mit Vizeau-

Länderinformationen

ßenminister Zhang Yesui (27. März); Bundesministerin Elisabeth Gehrler (24.–27. Mai, 2.–5. November); Vizepräsidentin des Bundesrates Anna-Elisabeth Haselbach mit einer Delegation der Österreichischen Gesellschaft zur Förderung freundschaftlicher und kultureller Beziehungen zur Volksrepublik China – (ÖGCF) (8.–18. April); Staatssekretär Hans Winkler, strategischer Dialog EU-China und bilaterale Gespräche (6. und 7. Juni); Staatssekretär Franz Morak (2.–11. August); Vizekanzler und Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie Hubert Gorbach (8.–11. Oktober); Staatssekretär Eduard Mainoni (20.–23. November); Besuche hoher Beamter, Parlamentarier- und Länderdelegationen. Abgeordneter zum Nationalrat Michael Spindelegger, Besuch in Hongkong im Rahmen des „Sponsored Visitors Programme“ (19.–25. Februar).

Besuche in Österreich: Außenminister Li Zhaoxing, Besuch anlässlich des Außenministertreffens EU-China im Troikaformat und zu bilateralen Gesprächen (3.–6. Februar); Finanzminister Jin Renqing, Teilnahme an der ASEM-Finanzministertagung und zu bilateralen Gesprächen (7.–9. April); Eisenbahnminister Liu Zhijun (10.–12. April); Gesundheitsminister Gao Qiang, Teilnahme am informellen Treffen des EU-Gesundheitsministerrats (25. und 26. April); Minister für Zivilangelegenheiten Li Xueju, Teilnahme am Sozialdialog EU-China und offizieller bilateraler Besuch (22.–26. Mai); Besuche hoher Beamter und von Provinzdelegationen.

Die EU-Ratspräsidentschaft verlieh Österreichs Profil und Stellenwert in China zusätzliches Gewicht. Die Vertretung des EU-Ratsvorsitzes bei der internationalen Geberkonferenz zur Bekämpfung der Vogelgrippe durch Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, das Außenministertreffen EU-China in Wien (Februar) und die zweite Runde des Strategischen Dialogs in Peking, an der Staatssekretär Hans Winkler für den EU-Vorsitz teilnahm, ebenso wie die 21. Runde des Menschenrechtsdialogs EU-China und das EU-China Menschenrechtsseminar in Wien (Mai) waren wichtige Meilensteine. Mit der Konkretisierung der EU-China Klimawandelpartnerschaft, der Einigung über den Start des EU-China Wissenschaftsjahres 2006/07 und der Bildungsministerkonferenz im Mai 2007 wurden in wichtigen inhaltlichen Bereichen Fortschritte erzielt.

Einen zukunftsorientierten Ansatz stellt die Partnerschaft bei Umwelttechnologie, erneuerbare Energie und Energieeffizienz dar. Pilotprojekte für Biodiesel, Umweltsanierungen und energiesparendes Bauen befinden sich derzeit in Vorbereitung. Auch das Projekt des Chinesisch-Österreichischen Technologieparks in Wien (CATP), für das eine gemeinsame Gesellschaft gegründet wurde, konnte mit der Unterzeichnung der Vereinbarung über die Errichtungsgesellschaft (November) durch den Vizebürgermeister Sepp Rieder weiter vorangetrieben werden. Die Bestandsaufnahme im Rahmen der jüngsten Tagung der Gemischten Wirtschaftskommission in Wien (Dezember) und der zuvor in Peking stattgefundenen Sitzung der Gemischten Kommission für die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit fiel daher durchaus positiv aus.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 220.983 Euro erbracht.

Weiterhin positiv entwickelt sich der Tourismus als wichtiger Faktor der bilateralen Beziehungen, was auch bei einer weiteren Tagung der Gemischten Tourismuskommission (Juli) festgestellt wurde. Kooperationen im Tourismusmanagement sind Teil der immer wichtiger werdenden Bildungszusammenarbeit. Sommerschulen, Forschungsstipendien, Universitätskooperationen und gemeinsame Institute von der Krebsforschung bis zur Journalistenausbildung sind nur einige Beispiele der Aktivitäten. Eine wesentliche Rolle spielt dabei das Universitätsnetzwerk Eurasia-Pacific Uninet.

Im Bereich der Kulturzusammenarbeit waren das Mozart- und Sigmund Freud-Jahr auch in China wichtige Imageräger und wurden mit zahlreichen Musikveranstaltungen quer durch China und einem wissenschaftlichen Symposium an der Peking Universität gefeiert. In Hongkong traten die Wiener Philharmoniker auf (September). Die Jubiläen von Ingeborg Bachmann und Thomas Bernhard boten Anlass zur Veröffentlichung von Übersetzungen und Fachpublikationen. Die von Staatssekretär Morak eröffnete und von Architekt Hans Hollein erstellte Architekturausstellung sowie eine Fülle von Ausstellungen österreichischer Gegenwartskunst zeigen die inzwischen erreichte Breite der Österreichpräsentation auf. Beim 13. EU-Filmfestival

Anhang

in Hongkong (3. Oktober bis 30. November) war Österreich mit dem Film „Das Wadenmesser oder Das Wilde Lieben Des Wolfgang Mozart“ von Kurt Palm vertreten. In der Ohel – Moische – Synagoge in Shanghai fand eine Ausstellung über Bertha von Suttner statt (Februar).

Das 35-jährige Jubiläum der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und Österreich wurde durch Festakte in Peking und Wien sowie zahlreiche Veranstaltungen gefeiert. Die ÖB Peking publizierte aus diesem Anlass eine Broschüre.

Die österreichischen Exporte in das Zollgebiet der Volksrepublik China betragen 1.232,11 Millionen Euro (0,9%), die Importe 3.776,86 Millionen Euro (26,7%). Die österreichischen Exporte in das Zollgebiet der Sonderverwaltungsregion Hongkong betragen 449,52 Millionen Euro (4,0%), die Importe 178,15 Millionen Euro (19,1%). Die österreichischen Exporte in das Zollgebiet der Sonderverwaltungsregion Macao betragen 10,20 Millionen Euro (92,5%), die Importe 15,35 Millionen Euro (82,2%)

Taiwan (China)

Aufgrund der Ein-China-Politik unterhält Österreich keine diplomatischen Beziehungen zur Republik China. Taiwan wird von Österreich nicht als selbständiger Staat anerkannt. In Taipeh besteht ein Österreichisches Tourismusbüro.

Die österreichischen Exporte nach Taiwan betragen 333,28 Millionen Euro (18,3%), die Importe 554,52 Millionen Euro (2,7%).

Costa Rica (Republik Costa Rica), San José

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Oscar Arias Sánchez
(seit 8. Mai)

Außenminister
Bruno Stagno Ugarte
(seit 8. Mai)

ÖB, AHSt: siehe Mexiko; San José – **HGK; Koordinationsbüro der OEZA:** siehe Nicaragua

Die Zuständigkeit für Costa Rica wechselte von der ÖB Guatemala zur ÖB Mexiko am 1. November.

Besuche aus Österreich: Sektionschef Josef Mayer (Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit), Arbeitsgespräch mit Außenhandelsminister Manuel Antonio Gonzalez Sanz, Vizeaußenhandelsministerin Doris Osterlof und dem Generaldirektor für Außenhandel George Malick (Mai).

Besuche in Österreich: Vizepräsident Kevin Casas Zamora und Außenminister Bruno Stagno Ugarte, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik (Mai).

Ihm Rahmen des Mozartjahres fand eine Aufführung der Oper „Die Hochzeit des Figaro“ statt (21.–23. Juli).

Die österreichischen Exporte betragen 7,83 Millionen Euro (18,6%), die Importe 40,77 Millionen Euro (9,1%).

Côte d'Ivoire (Republik Côte d'Ivoire), Yamoussoukro; Regierungssitz: Abidjan

Staatsoberhaupt
Laurent Gbagbo

Regierungschef
Charles Konan Banny

Außenminister
Youssouf Bakayoko

ÖB: siehe Senegal; **AHSt:** siehe Marokko

Länderinformationen

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 8.119 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 5,06 Millionen Euro (46,9%), die Importe 11,63 Millionen Euro (21,3%).

Dänemark (Königreich Dänemark), Kopenhagen

Staatsoberhaupt Königin Margrethe II.	Regierungschef Anders Fogh Rasmussen	Außenminister Per Stig Møller
--	---	----------------------------------

Kopenhagen – **ÖB, AHSt, ÖW**; Åbenrå, Århus, Odense – **HK**

Besuche aus Österreich: Delegation des steiermärkischen Landtags, Reise zum Thema „Erneuerbare Energie“ (31. Mai bis 1. Juni); Nationalratspräsident Andreas Khol, Teilnahme an der Konferenz der EU-Parlamentspräsidenten (29. Juni bis 2. Juli).

Besuche in Österreich: Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen, Teilnahme am IV. EU-LAC-Gipfel (11.–13. Mai); Außenminister Per Stig Møller, Teilnahme am informellen Treffen der AußenministerInnen (Salzburg, 10. und 11. März), Teilnahme am Treffen von Klosterneuburg (Stift Klosterneuburg 19.–21. Mai); Ministerin für Flüchtlinge, Einwanderer und Integration Rikke Hvilshøj, Teilnahme am informellen Treffen der Justiz- und InnenministerInnen (12. und 13. Jänner), EU-USA Troikatreffen der Justiz- und InnenministerInnen (3. Mai); Justizministerin Lene Espersen, Teilnahme am informellen Treffen der Justiz- und InnenministerInnen (12. und 13. Jänner), EU-USA Troikatreffen der Justiz – und InnenministerInnen (3. Mai); Minister für Verkehr und Energie Flemming Hansen, Teilnahme am informellen Treffen der VerkehrsministerInnen (Bregenz, 2. und 3. März); Wirtschaftsminister Bendt Bendtsen, Teilnahme am Treffen der MinisterInnen für Wettbewerbsfähigkeit (Graz, 21. und 22. April); Minister für Wissenschaft, Technologie und Innovation Helge Sander, Teilnahme am Treffen der MinisterInnen für Wettbewerbsfähigkeit (Graz, 21. und 22. April); Minister für Unterricht und Minister für Kirchenfragen Bertel Haarder, Teilnahme an der Konferenz der BildungsministerInnen (16. und 17. März); Innen- und Gesundheitsminister Lars Løkke Rasmussen, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen (25. und 26. April); Minister für Lebensmittel, Landwirtschaft und Fischerei Hans Christian Schmidt, Teilnahme am informellen Treffen der LandwirtschaftsministerInnen (Krems, 28.–30. Mai); Beschäftigungsminister Claus Hjort Frederiksen, Teilnahme am informellen Treffen der Beschäftigungs- und SozialministerInnen (Villach 19.–21. Jänner); Ministerin für soziale Fragen und Ministerin für Gleichstellung Eva Kjer Hansen, Teilnahme am Informellen Treffen der Beschäftigungs- und SozialministerInnen (Villach, 19.–21. Jänner); Staatssekretär Carsten Staur, Teilnahme am IV. EU-LAC-Gipfel (11.–13. Mai); Stellvertretender Staatssekretär Per Callesen, Teilnahme am informellen Treffen der Wirtschafts- und FinanzministerInnen (7. und 8. April); Generaldirektor und leitender Medizinaldirektor Jens Kristian Gøtrik, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen (24. Februar); Ministerium für Umwelt, permanenter Sekretär Erik Jacobsen, Teilnahme am informellen Treffen der UmweltministerInnen (Eisenstadt, 19.–21. Mai); Delegationsleiter für die EU-Akkreditierung Peder Kim Lunding und Kell Claes Nilas, Teilnahme an der internationalen Konferenz zur inneren Sicherheit (4. und 5. Mai); Vorsitzender des Gouverneurates Nils Bernstein, Teilnahme am ASEM Finanzministertreffen (8. und 9. April), Teilnahme am Informellen Treffen der Wirtschafts- und FinanzministerInnen (7. und 8. April); Bürgermeisterin in der Gemeinde Allerød Eva Nejtgaard, Teilnahme an der Europäischen Subsidiaritätskonferenz „Europa fängt zu Hause an“ (St. Pölten, 18. und 19. April). Verteidigungsminister Søren Gade, Besuch der dänischen OSZE-Delegation und Arbeitsgespräch mit Verteidigungsminister Platter (19.–21. April); Generalstabschef General Hans Jesper Helsø, Einladung von Generalstabschef General Roland Ertl (21.–23. November).

Kulturell war Österreich im Bereich Musik im Rahmen des Mozartgedenkjahres unter anderem durch ein Konzert eines Trios der Universität Mozarteum Salzburg präsent. Auf wissenschaftlichem Gebiet organisierte die Botschaft einen Vortrag des ehemaligen Präsidenten der Sigmund

Anhang

Freud-Gesellschaft aus Anlass des 150. Jahrestages des Todes von Freud. Weiters wurde im Fyns Kunstmuseum in Odense eine Ausstellung des österreichischen Künstlers Robert Hammerstil gezeigt.

Die österreichischen Exporte betragen 725,72 Millionen Euro (11,1%), die Importe 504,82 Millionen Euro (-8,0%).

Deutschland (Bundesrepublik Deutschland), Berlin

Staatsoberhaupt	Regierungschefin	Außenminister
Horst Köhler	Angela Merkel	Frank-Walter Steinmeier

Berlin – **ÖB, AHSt, ÖW**; Hamburg – **GK**; München – **GK, AHSt**; Bremen – **HK**; Dresden – **HK, Zweigstelle der AHSt Berlin**; Frankfurt a.M. – **HK, AHSt**; Hannover – **HK**; Kiel – **HK**; Nürnberg – **HK**; Rostock – **HK**; Saarbrücken – **HK**; Stuttgart – **HK**.

Besuche aus Österreich: Bundesminister Josef Pröll und Delegation anlässlich der Landwirtschaftsmesse (Grüne Woche) in Berlin, Gespräche mit Regierungsvertretern, Bundesminister Horst Seehofer (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz) und Empfang des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit, (12.–14. Jänner); Bundesminister Martin Bartenstein, Gespräch mit Vizekanzler und Bundesminister Franz Müntefering, Gastreferat beim Neujahrsempfang der Deutschen Telekom AG zum Thema „Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft und die Herausforderungen der Globalisierung“ (17. Jänner); Erhard Busek, Sonderbeauftragter des Stabilitätspakts, Treffen und Gespräche mit Bundesminister Frank Walter Steinmeier, Bundesministerin Heidemarie Wiecezorek-Zeul und Bundesminister Michael Glos (17. Jänner); Staatssekretär Hans Winkler, Gespräche mit Staatsminister Günter Gloser, Staatssekretär Klaus Scharioth sowie Staatssekretär Reinhard Silberberg; Vortrag zum Thema „Prioritäten der österreichischen Ratspräsidentschaft“ im Institut für Europäische Politik (IEP) (23. Jänner); Bundesminister Karl-Heinz Grasser, Teilnahme an der Veranstaltung „Auf-taktkongress zum IHK-Jahresthema 2006“ (31. Jänner); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Teilnahme an der 42. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik (München, 3. und 4. Februar); Bundesminister Günther Platter, Teilnahme an der 42. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik (München, 4. Februar); Bundespräsident Heinz Fischer, informelles multilaterales Treffen der Staatsoberhäupter von Finnland, Italien, Lettland, Österreich, Portugal und Ungarn (Dresden, 4. und 5. Februar); Bundespräsident Heinz Fischer und Delegation, Teilnahme an den Trauerfeierlichkeiten für Bundespräsident a.D. Johannes Rau (7. Februar); Staatssekretär Helmut Kukacka, Besuch bei Staatssekretär Jörg Hennerkes, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (7. Februar); Staatssekretär Helmut Kukacka, Gespräch mit Bayerischem Staatsminister Erwin Huber im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (München, 7. Februar); Staatssekretär Franz Morak; Besuch bei Staatsminister Bernd Neumann, Mitglied des Deutschen Bundestages, Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien und Teilnahme am Empfang der Austrian Film Commission (10. und 11. Februar); Josef Cap, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPÖ, Teilnahme an der botschaftseigenen Veranstaltungsreihe „Zu Gast im Politischen Salon“, Thema: „Politik als Inszenierung“, Gespräche mit RegierungsvertreterInnen, unter anderem Gespräch mit CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla (20. Februar); Bundesminister Martin Bartenstein, Teilnahme an der Tourismusmesse (ITB), (9. März); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Teilnahme am EGB-Workshop über die Europäische Verfassung und Gespräche im Auswärtigen Amt mit Staatssekretär Georg Boomgarden, Staatssekretär Reinhard Silberberg und Ministerialdirigent Michael Schaefer (27. März); Landeshauptmann Erwin Pröll, Teilnahme an der Tagung der Sächsischen Akademie Ländlicher Raum „Dorf der Zukunft – Heimat im ländlichen Raum“ und Gespräch mit Ministerpräsident Georg Milbrandt (Dresden, 29. März); Abgeordneter zum Nationalrat Peter Schieder, Klub der SPÖ, Gespräche im Deutschen Bundestag (4. April); Bundesministerin Liese Prokop, Gespräch mit Bundesminister des Inneren Wolfgang Schäuble, Teilnahme am Kongress des internationa-

Länderinformationen

len, wertorientierten, katholischen Sportverbands (Fédération Internationale Catholique d'Education Physique et sportive – FICEP) (20. April); Bundesminister Karl-Heinz Grasser, Teilnahme an der Veranstaltung von Merrill Lynch (3. Mai); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, Gespräche mit CDU-Bundesgeschäftsführer Johannes von Thadden und CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, (4. und 5. Mai); Bundesminister Martin Bartenstein und Delegation, Teilnahme am V. Munich Economic Summit (München, 5. Mai); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Teilnahme am Europaforum 2006 (Konferenz des Westdeutschen Rundfunks und des Auswärtigen Amtes) sowie Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (9. Mai); Landeshauptmann Josef Pühringer, Besuch des Landtages Niedersachsen, Treffen mit Ministerpräsident Christian Wulff und Besuch der Volkswagen Werke in Wolfsburg (Hannover/Wolfsburg, 9. Mai); Sonderbeauftragter des Stabilitätspakts für Südosteuropa Erhard Busek, Teilnahme am Europaforum des Westdeutschen Rundfunks, Treffen mit Bundesminister des Inneren Wolfgang Schäuble und Vertretern des Deutschen Bundestages (9. Mai); Landeshauptmann Josef Pühringer und Delegation, Standortpräsentation Oberösterreich in Stuttgart, Treffen mit Ministerpräsident Günther Oettinger in Baden-Württemberg und Ministerpräsident Julius Rüttgers in Nordrhein-Westfalen (Stuttgart/Düsseldorf, 11. und 12. Mai); Abgeordneter zum Nationalrat Anton Gaál und das Präsidium der parlamentarischen Bundesheer-Beschwerdekommision Wien, Arbeitsbesuch bei Reinhard Robbe, Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages (15.–17. Mai); Staatssekretär Eduard Mainoni, Teilnahme an der Berlin Air Show 2006 (International Aerospace Exhibition and Conferences) (17. Mai); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, Teilnahme am Europäischen Hauptstadtkongress Gesundheit (17. Mai); Staatssekretär Eduard Mainoni und Delegation, Vertragsunterzeichnung mit dem Gouverneur der Region Krasnodar (München, 17. und 18. Mai); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Teilnahme an der Veranstaltung des Deutschen Katholikentages (Saarbrücken, 27. Mai), Staatssekretär Helmut Kukacka, Gespräch mit Staatssekretär Jörg Hennerkes vom deutschen Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (29. Mai); Günter Marek, Leiter des Zentrums für Sportangelegenheiten im Bundesministerium für Inneres; Vortrag an der Botschaft über die österreichische Kooperation mit den deutschen Behörden und Veranstaltern anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland (30. Mai); Vizekanzler Hubert Gorbach und Delegation, Gespräch mit Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Wolfgang Tiefensee (31. Mai); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Delegation, Teilnahme an der Abendveranstaltung des Wirtschaftsrates Deutschland in Berlin, Verleihung der Ludwig-Erhard-Medaille in Gold an Bundeskanzler Schüssel (1. und 2. Juni); Bundesminister Josef Pröll, Teilnahme an der Konferenz anlässlich des 20-Jahr-Jubiläums des deutschen Bundesumweltministeriums, Gespräche mit Bundesumweltminister Sigmar Gabriel und Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Horst Seehofer, (6. Juni); Staatssekretär Franz Morak, Teilnahme an den Georg-Friedrich-Handel-Festspielen 2006 (Halle, 8. Juni); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Bundesministerin Liese Prokop und Staatssekretär Karl Schweitzer, Teilnahme an der Eröffnung der FIFA-Fußballweltmeisterschaft 2006 (München, 9. Juni); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, Teilnahme an der Veranstaltung der Pichelmaier-Stiftung (Hannover, 10. und 11. Juni); Generalsekretär der Industriellenvereinigung Markus Beyrer, Gespräche in Berlin anlässlich der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft u.a. mit Staatssekretär Reinhard Silberberg (12.–13. Juni); Landeshauptmann Jörg Haider, Präsentation „Der Wirtschaftsstandort Kärnten – Investieren in die Zukunft“ (Speyer, 29. Juni); Staatssekretär Hans Winkler, Eröffnung und Teilnahme am österreichischen Völkerrechtstag (München, 29. Juni); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Vizekanzler Bundesminister Hubert Gorbach, Bundesministerin Ursula Plassnik und Bundesministerin Liese Prokop, Teilnahme an der Austragung des Finales der FIFA-Fußballweltmeisterschaft 2006 (9. Juli); Bundesminister Karl-Heinz Grasser, Besuch des Verbandes der Bayerischen Wirtschaft, Gastredner zum 15. Bayerischen Wirtschaftsgespräch (München, 12. Juli); Landeshauptfrau Gabi Burgstaller, Teilnahme an der Präsentation des Bundeslandes Salzburg durch die Handelsabteilung des Generalkonsulates München (München, 25. Juli); Bundesminister Karl-Heinz Grasser, Teilnahme an der FDP-Klausur der Bundestagsfraktion (30. August); Bundesratspräsident Gottfried Kneifel und Delegation, Gespräch mit dem deutschen Bundesratspräsidenten Peter Harry Carstensen (Ministerpräsident von Schleswig-Holstein), Teilnahme an den Bonner Gesprächen 2006 (Bonn, 5.–7. September); Abgeordneter zum Nationalrat a.D. Josef

Anhang

Höchtl, Präsident des Forchtensteiner Kreises, Treffen mit hochrangigen VertreterInnen aus Politik und Wirtschaft (7.–10. September); Staatssekretär Eduard Mainoni, Gespräch mit Staatssekretär Frieder Meyer-Krahmer im Bundesministerium für Bildung und Forschung (10. und 11. September); Landeshauptmann-Stellvertreter Wilfried Haslauer, Papstbesuch (Regensburg, 12. September); Bundespräsident Heinz Fischer, Führung durch das Historische Grüne Gewölbe im Residenzschloss und Besuch der Frauenkirche (Dresden, 23. September); Vizekanzler Hubert Gorbach, Teilnahme am 23. Deutschen Logistik-Kongress (18.–20. Oktober); Landesrat Christian Buchmann (Steiermark), Gespräche in der Senatskanzlei und Teilnahme an Präsentation der Airbus Deutschland GmbH (Hamburg, 26. und 27. Oktober); Staatssekretär Morak (2. und 3. November); Bundespräsident Fischer, informelles Treffen der Präsidenten von Deutschland, Schweiz, Liechtenstein und Österreich (Meersburg, 6. November); Bundeskanzler Wolfgang Schäussel, Teilnahme als Keynote-speaker beim HVB Europa Forum (München, 16. November); Staatssekretär Kukacka, Teilnahme an der Abschlussveranstaltung des Alpine Freight Railway Projektes (AlpFRail), Gespräch mit Staatssekretär S Hennerkes (21.–23. November); Bundesratspräsident Kneifel, offizieller Besuch (Berlin und Schwerin, 22.–24. November).

Besuche in Österreich: Bundeskanzlerin Angela Merkel, Teilnahme am Neujahrskonzert der Wiener Philharmoniker, Treffen mit Bundeskanzler Wolfgang Schäussel (1. Jänner); Bundesminister des Inneren Wolfgang Schäuble, Bundesministerin der Justiz Brigitte Zypries und Stellvertretender Bayerischer Ministerpräsident und Staatsminister des Inneren Günther Beckstein, informelles Treffen der Justiz- und InnenministerInnen (13. und 14. Jänner); Bundesminister für Arbeit und Soziales Franz Müntefering, Teilnahme am informellen Treffen der MinisterInnen für Beschäftigung- und Soziales (Villach, 19. und 20. Jänner); Andreas Schockenhoff, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Gespräche mit der österreichischen Regierung (24. und 25. Jänner); Peter Ramsauer, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Gespräche (25. und 26. Jänner); Bundesminister des Auswärtigen Frank-Walter Steinmeier, Teilnahme an der Konferenz „Sound of Europe“ (Salzburg, 26.–28. Jänner); Bundesminister des Inneren Wolfgang Schäuble und Bundesministerin für Justiz Brigitte Zypries, Teilnahme am Multi-Presidency-Meeting (30. Jänner); Bundesminister a.D. Kurt Bodewig, Bundestag, Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der EU, Gespräche mit RegierungsvertreterInnen und Parlament (Februar); Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen Barbara Hendricks, Teilnahme am „Informal high-level meeting on taxation“ (5.–7. Februar); Abgeordneter zum Bundestag Matthias Wissmann, Teilnahme am Troika-Treffen der Europaausschüsse der Nationalen Parlamente (19. und 20. Februar); Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Michael Glos, Teilnahme an wirtschaftspolitischen Gesprächen (23. und 24. Februar); Bundesministerin für Gesundheit Ulla Schmidt und Staatssekretär für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft Gerd Müller, Teilnahme an der Sondersitzung der EU-GesundheitsministerInnenkonferenz zum Thema „Vogelgrippe“ (24. Februar); Bundestagspräsident Norbert Lammert, Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Wolfgang Schäussel und Nationalratspräsident Andreas Khol (27. Februar); Bundesminister für Verkehr, Bau und Wohnungswesen Wolfgang Tiefensee, Teilnahme am informellen Treffen der VerkehrsministerInnen (Bregenz, 2. und 3. März); Bundesminister des Auswärtigen Frank-Walter Steinmeier, Gespräch der E-3-Verhandlungsrunde mit Iran (2. und 3. März); Bundesminister für Verteidigung Franz-Josef Jung, Teilnahme am informellen Treffen der VerteidigungsministerInnen (Innsbruck, 6. und 7. März); Bundeskanzler a.D. Gerhard Schröder, Festrede in der Wiener Hofburg anlässlich der Jubiläums-Gala der Superfund Investment Gruppe (8. und 9. März); Bundesminister des Auswärtigen Frank-Walter Steinmeier, informelles Treffen der EU-AußenministerInnen („Gymnich“) und EU-Westbalkan-Treffen (Salzburg, 11. März); Bundesministerin für Bildung und Forschung Annette Schavan, Bundesratsvertreter Hans-Jürgen Blinn, Teilnahme am informellen Treffen der BildungsministerInnen (16. und 17. März); Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Ursula von Leyen, Teilnahme an einer Talkrunde mit Vertretern der Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck (Kitzbühel, Schloß Leoben, 24. und 25. März); Abgeordneter im Bundestag Ruprecht Polenz, Teilnahme an der Konferenz der Vorsitzenden der Außenpolitischen Ausschüsse der Nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments (27. und 28. März); Bundesminister a. D. Joschka Fischer, Abgeordneter im Bundestag, Teil-

Länderinformationen

nahme an der 20. Jan Patock-Gedächtnisvorlesung „Europa und der Nahe Osten“ (28. und 29. März); Bundesminister der Finanzen Peer Steinbrück, Staatssekretär Thomas Mirow, Teilnahme am Informellen ECOFIN-Rat und ASEM-FinanzministerInnen-Treffen (7. – 9. April); Ministerpräsident Edmund Stoiber, Teilnahme an der Europäischen Subsidiaritätskonferenz (St. Pölten, 18. und 19. April); Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten der Hessischen Staatskanzlei Volker Hoff, Abgeordneter im Deutschen Bundestag, Michael Georg Link, Europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Axel Schäfer, Ministerpräsident des Freistaates Bayern Edmund Stoiber, Landtagspräsident von Baden-Württemberg Peter Straub, Teilnahme an der Konferenz Soziale Dienstleistungen (20. April); Staatssekretär Frieder Meyer-Krahmer, Teilnahme am informellen Treffen der MinisterInnen für Wettbewerbsfähigkeit (Graz, 21. und 22. April); Parlamentarische Staatssekretärin Marion Caspers-Merk, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen (25. und 26. April); Vizepräsident des Deutschen Bundestages Wolfgang Thierse, Abgeordneter im Bundestag, Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer und VertreterInnen des Österreichischen Nationalrates (4. und 5. Mai); Bundespräsident a. D. Richard von Weizsäcker, Gespräch mit Bundespräsident Heinz Fischer (4. und 5. Mai); Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder, Mitglied des Bundestages, Gespräche mit Vertretern des Österreichischen Nationalrates (4. und 5. Mai); Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, Teilnahme an der Internationalen Konferenz zur inneren Sicherheit (4. und 5. Mai); Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesminister des Äußeren Frank-Walter Steinmeier, Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär Ulrich Wilhelm, Teilnahme am EU-LAC-Gipfel (11.–13. Mai); Bundesminister Sigmar Gabriel, Teilnahme am informellen Treffen der UmweltministerInnen (Eisenstadt, 19.–21. Mai); Abgeordneter im Bundestag Kurt Bodewig, Minister im Staatsministerium Baden-Württemberg Willi Stächele, Staatsminister des Landes Hessen Volker Hoff, Teilnahme an der Konferenz der Europaausschüsse der Nationalen Parlamente (22. und 23. Mai); Bundesminister des Äußeren Frank-Walter Steinmeier, Teilnahme am Treffen von Klosterneuburg (Klosterneuburg, 27. und 28. Mai); Bundesminister Horst Seehofer, Staatssekretär Gert Lindemann, Teilnahme am informellen Treffen der LandwirtschaftsministerInnen (Krems, 28.–30. Mai); Erster Vizepräsident des Landtags von Nordrhein-Westfalen Edgar Moron, Informationsreise mit dem Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform des Landtags Nordrhein-Westfalen nach Österreich (17.–19. Oktober); Bundestagsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Andreas Schockenhoff, Besuch bei Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (24. November); Bundeskanzler a.D. Helmut Schröder, Präsentation seines Buches, Treffen mit Bundespräsident Fischer (11. und 12. Dezember).

Der am 27. Mai in Prüm unterzeichnete Vertrag über eine Verstärkung der grenzüberschreitenden polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit zwischen Österreich, Deutschland, den BENELUX, Frankreich und Spanien (so genannter Prümer Vertrag) trat zwischen Österreich und Deutschland am 23. November in Kraft.

Die Aufgabe des KF Berlin bestand in der Präsentation österreichischer KünstlerInnen aller Sparten in Deutschland. Ziel ist es, in der deutschen Öffentlichkeit ein aktuelles Österreich-Bild zu vermitteln und Entfaltungsflächen für die vielfältigen Begabungen, junge oder noch unentdeckte Talente und für die verschiedenen Facetten des neuen österreichischen Kunstschaffens zu entwickeln. Die Förderung und Präsentation neuer österreichischer Literatur bildet in dem Land, das von Österreich nicht durch eine sprachliche Barriere getrennt ist, einen besonderen Schwerpunkt. Auch wurde darauf geachtet, die europäische kulturelle Dimension in Programme des KF aufzunehmen. Das KF organisierte in Berlin und anderen Städten Deutschlands ein umfangreiches Programm von Lesungen, Vorträgen, Buchpräsentationen, Ausstellungen und Konzerten oder trat als Kooperationspartner auch durch Festival- und Messebeteiligungen auf. Die Stadt Regensburg feierte Österreich in einem Festival. Die Jahresthemen „Mozart“ und „Freud“ waren in sehr breiten Teilen der deutschen Öffentlichkeit präsent. Das KF spezialisierte sich dabei ergänzend auf wissenschaftliche Veranstaltungen. Ein wichtiger Veranstaltungsort ist das Amtsgebäude der Botschaft, wo regelmäßig gut besuchte österreichische und europäische Lesungen, Konzerte, wissenschaftliche Vorträge und Ausstellungen stattfinden. Das KF gibt alle zwei Monate eine Broschüre mit dem Titel „Kosmos Österreich“ heraus, die nicht nur wesentliche Veranstaltungen mit österreichischen KünstlerInnen in Deutschland anzeigt, sondern auch

Anhang

jeweils einem Spezialthema gewidmet ist. Die Titel der fünf Hefte im Jahr 2006 hießen: „Gestern, Europa, Morgen“, aus Anlass der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft, „Rätselhafter Außenseiter – Ich“, aus Anlass des Freud-Jahres, „Nachnu akrab akthar/Du bist mir näher als fremd“, „Kulturbeziehungen zur arabischen Welt“, „Zerbrochene Träume“, zum 125 Geburtstag von Stefan Zweig, „Nach den Sternen greifen“, eine kleine wissenschaftlich – literarische Anthologie.

Die österreichischen Exporte betragen 31.475,20 Millionen Euro (4,5%), die Importe 43.263,95 Millionen Euro (6,2%).

Dominica (Commonwealth Dominica), Roseau

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Nicholas Joseph	Roosevelt Skerrit	Charles Savarin
Orville Liverpool		

ÖB, AHSt: siehe Venezuela

Die österreichischen Exporte betragen 1,53 Millionen Euro (364,2%), die Importe 240.000 Euro (-15,9%).

Dominikanische Republik (Dominikanische Republik), Santo Domingo

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Leonel Antonio Fernandez Reyna	Carlos Morales Troncoso

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Santo Domingo – HGK

Besuche in Österreich: Vizepräsident Rafael Albuquerque, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik (Mai); Außenminister Carlos Morales Troncoso, Arbeitsgespräche mit Bundesministerin Ursula Plassnik und Staatssekretär Hans Winkler (11. Oktober).

Mit der Dominikanischen Republik wurde ein bilaterales Luftverkehrsabkommen unterzeichnet.

Die Dominikanische Republik eröffnete im November eine bilaterale Botschaft in Wien.

Die österreichischen Exporte betragen 8,24 Millionen Euro (29,2%), die Importe 13,67 Millionen Euro (92%).

Dschibuti (Republik Dschibuti), Dschibuti

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ismael Omar Guelleh	Dilaita Mohamed Dilaita	Mahamoud Ali Youssouf

ÖB: siehe Äthiopien; Dschibuti – HK; **AHSt:** siehe Ägypten

Die österreichischen Exporte betragen 1,37 Millionen Euro (67,1%).

Ecuador (Republik Ecuador), Quito

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Alfredo Palacio Gonzales	Francisco Carrión Mena

Länderinformationen

ÖB: siehe Kolumbien; Quito – **HGK;** Guayaquil – **HK;** **AHSt** – siehe Chile

Besuche aus Österreich: Nationalratspräsident Andreas Khol, Treffen mit Außenminister Francisco Carrión am Rande der Amtseinführung der chilenischen Präsidentin Michelle Bachelet in Chile (10. und 11. März); Rechnungshofpräsident Josef Moser als Generalsekretär der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI), Teilnahme an der Generalversammlung der Rechnungshöfe Lateinamerikas (7.–12. November).

Besuche in Österreich: Präsident Alfredo Palacio und Außenminister Francisco Carrión, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik (Mai); Präsident Alfredo Palacio, Arbeitsgespräch mit Bundespräsident Heinz Fischer (12. Mai).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 11.813 Euro erbracht.

Mit Unterstützung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten sowie des Honorargeneralkonsulates Quito gab das 'Trio D' Ante Konzerte sowie Meisterklassen in Quito (November).

Die österreichischen Exporte betragen 11,43 Millionen Euro (16,9%), die Importe 43,95 Millionen Euro (-2,0%).

El Salvador (Republik El Salvador), San Salvador

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Elías Antonio Saca Gonzalez

Außenminister
Francisco Esteban Laínez Rivas

ÖB: siehe Mexiko; **AHSt:** siehe Mexiko; San Salvador – **HGK;** **Koordinationsbüro OEZA:** siehe Nicaragua.

Die Zuständigkeit für El Salvador wechselte von der ÖB Guatemala zur ÖB Mexiko am 1. November.

Besuche in Österreich: Vizepräsidentin Ana Vilma de Escobar und Außenminister Francisco Esteban Laínez Rivas, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik (Mai).

Am Rande der 61. VN-GV in New York (22. September) führte Staatssekretär Hans Winkler ein bilaterales Gespräch mit Außenminister Francisco Esteban Laínez Rivas.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 1,03 Millionen Euro erbracht. Die OEZA Aktivitäten in El Salvador wurden in den Prozess der Regionalprogrammierung Zentralamerika übergeführt.

Die österreichischen Exporte betragen 4 Millionen Euro (-16,2%), die Importe 2,33 Millionen Euro (-13,9%).

Eritrea (Staat Eritrea), Asmara

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Isaias Afeworki

Außenminister
Mohamed Omar Mahmoud
(geschäftsführend)

ÖB: siehe Ägypten; Asmara – **HK;** **AHSt:** siehe Ägypten

Der bilaterale Außenhandel ist marginal gering und variiert durch Einmallieferungen. Die österreichischen Exporte betragen 71.000 Euro (-49,3%), die Importe 1,48 Millionen Euro.

Anhang

Estland (Republik Estland), Tallinn

Staatsoberhaupt Toomas Hendrik Ilves (seit 9. Mai)	Regierungschef Andrus Ansip	Außenminister Urmas Paet
--	--------------------------------	-----------------------------

Tallinn – **ÖB, HK; AHSt:** siehe Finnland

Besuche aus Österreich: Bürgermeister Franz Steininger der Marktgemeinde Garsten mit einer Gruppe von Bürgermeistern des politischen Bezirks Steyr-Land, (29. April bis 2. Mai); Vorarlberger Landtag (62 Personen) unter Leitung von Präsident Gebhard Halder mit 1. und 2. Vizepräsidentin, der Clubvorsitzenden der SPÖ-Fraktion, dem Klubobmann der Fraktion Vorarlberger Freiheitliche, Landeshauptmann Herbert Sausgruber und Landesrat Dieter Egger sowie Landtagsabgeordneten (aus ÖVP, SPÖ, Vorarlberger Freiheitliche, Die Grünen) und sonstigen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Kontakte mit Enn Eesmaa, Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses im estnischen Parlament gemeinsam mit einer Delegation des estnischen Parlaments (25.–28. Mai); Landeshauptmann Josef Pühringer samt Delegation bestehend aus VertreterInnen des Landtags sowie VertreterInnen der Wirtschaftskammer Oberösterreich, der Presse, sowie von Unternehmen und Banken, Arbeitsgespräch mit Premierminister Andrus Ansip (29.–31. Mai); Freiheitlicher Parlamentsklub-BZÖ unter Leitung des Abgeordneten zum Nationalrat Josef Bucher und einer Delegation, Besuch im estnischen Parlament und Kontakt des Abgeordneten Josef Bucher und des Clubdirektor Günther Barnet mit Abgeordneten Peeter Tulviste (Vaterlandsunion) (4. und 5. Juni); Wirtschaftsmission Baltikum, Kontakte mit namhaften Wirtschaftstreibenden (27. und 28. März).

Besuche in Österreich: Justizminister Rein Lang gemeinsam mit Innenminister Kalle Laanet, Teilnahme am informellen Treffen der Justiz- und InnenministerInnen (12.–14. Jänner); Sozialminister Jaak Aab, Teilnahme am Sozialministertreffen in Villach (19.–21. Jänner); Wirtschaftsminister Edgar Savisaar, Vizekanzler Andres Tint und Andres Harjo, Leiter der Straßen und Eisenbahnabteilung, Teilnahme am informellen EU Verkehrsministerrat in Bregenz (2. und 3. März); Verteidigungsminister Jürgen Ligi, Teilnahme am Ministertreffen in Innsbruck (6. und 7. März); Außenminister Urmass Paet, Teilnahme am informellen Treffen der Außenminister der EU (Gymnich) in Salzburg (10. und 11. März); Marti Kalvik und Kati Viimne, Handelsreferat Binnenmarktabteilung, mit Andres Tint, Leiter der Straßen- und Eisenbahnabteilung im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Teilnahme an der Europäischen Tourismusministerkonferenz „Tourismus – Schlüssel zu Wachstum und Beschäftigung in Europa“ (20. und 21. März); EU-Vizekanzler Madis Lepajõe und Abteilungsleiter für Hochschulbildung Jaan Kõrgsaar, Teilnahme am informellen Jugendministertreffen in Wien und Bad Ischl (28.–31. März); Finanzminister Aivar Sõerd, Teilnahme am Finanzministertreffen (7. und 8. April); Wirtschaftsminister Edgar Savisaar, Teilnahme am informellen Treffen der MinisterInnen für Wettbewerbsfähigkeit in Graz (20.–22. April); Sozial- und Gesundheitsminister Jaak Haab (25. und 26. April); Innenminister Kalle Laanet mit Raivo Aeg, Polizei-generaldirektor, Teilnahme an der EU-Ministerkonferenz zum Thema „Die innere Sicherheit als Element in den Beziehungen der EU mit ihren Nachbarn“ (4. und 5. Mai); Regierungschef Premierminister Andrus Ansip im Rahmen des Informellen EU-LAC-Gipfels und in diesem Zusammenhang Treffen mit Bundeskanzler Wolfgang Schäussel unter anderem in Fragen des Beitritts Estlands zur Euro-Zone (11.–13. Mai); Umweltminister Villu Reiljan zum Ministertreffen in Eisenstadt (19.–21. Mai); Außenminister Urmass Paet zum informellen Treffen der AußenministerInnen der EU (Gymnich) in Klosterneuburg (27. und 28. Mai); Landwirtschaftsministerin Ester Tuiksoo zum informellen Ministertreffen in Krems (28.–30. Mai).

Wanderausstellung „Mozarts Spuren in Wien“ im Gymnasium Paalalinna in Viljandi, im College der Universität Tartu in Narva, im English-College und Arte-Gymnasium in Tallinn und im College der Universität Tartu in Pärnu (6. Jänner bis 15. Mai); Ausstellung „Salzburger Szene“ der Salzburger Gruppe bestehend aus den Künstlern Peter Rieder, Regina Rieder, Jutta Brunsteiner, Renate Ensmann- Baurecht, Christine Uhlig, Wolfgang Richter, Gisela Eder, Mari-

Länderinformationen

anne Mai in Paide (Jänner), Viljandi (Februar) und in Tartu (März) in Partnerschaft mit den Kunstgalerien der jeweiligen Provinzstädte; Musikfestival „Mozart 250“ mit Eröffnung der Ausstellung „Mozart auf Postkarten“ im Theater- und Musikmuseum, feierlichen Eröffnungs- und Abschlusskonzerten in der Nationaloper „Estonia“ sowie zahlreichen Konzerten und Premieren in verschiedenen Theater- und Konzertsälen in Estlands Provinzstädten unter Mitwirkung von GastmusikerInnen aus Großbritannien, Republik Korea, Deutschland, USA, Niederlande. Als Partner fungierten die Nationaloper „Estonia“, die Konzertagentur „Eesti Konzert“, der Verband der estnischen Interpreten, das Estnische Puppentheater, das Theater „Vaneemuine“ in Tartu, das Estnische Staatliches Sinfonieorchester und anderen (12.–27. Jänner); Prof. Klaus Agers (Salzburg) Teilnahme mit Workshops am Festival für Moderne Musik in Pärnu in Partnerschaft mit der Arnold Schönberg Gesellschaft in Estland (18.–22. Jänner); Sonderausgabe „Österreich“ im estnischen wissenschaftlichen Magazin „Akadeemia“ Nr. 1 mit einem Beitrag vom Missionschef (Jänner); Österreich-Beilage zur Kulturzeitschrift „Sirp“ mit Beiträgen beispielsweise über Wolfgang Amadeus Mozart, Michael Haneke, Ulrich Seidl, Josef Roth (27. Jänner); Deutschlehrerfortbildung Deutschkunde Österreich, ExpertInnen aus Wien und aus dem Österreichzentrum Skövde/Schweden, mit anschließendem Rahmenprogramm im Wintergarten der Nationaloper „Estonia“ gemeinsam mit Estnischem Deutschlehrerverband (17. und 18. Februar); Ausstellung von 34 Grafiken/Lithografien des Künstlers Dieter Josef in der estnischen Nationalbibliothek mit zwei Steindruck-Workshops an der estnischen Kunstakademie (2.–16. März); Podiumsdiskussion zum Thema „Österreich, die EU und die Transformationsprozesse im Ostseeraum“ mit Univ.-Prof. Imbi Sooman der Universität Wien und Botschafter Tiit Matsulevits des Estnischen Parlaments (3. März); Vortrag von Friederike Forst-Battaglia über Österreichische Kunst im Mittelalter am Gymnasium Lilleküla in Tallinn (28. März); Symposion „Zur Philosophie des Überlebens bei Ilmar Tammelo“ mit Universitätsprofessoren Peeter Järveldaid (Estland), Friedrich Lachmayer, Winfried Bauernfeind, Hofrat der Finanzprokuratur i.R. und langjähriger Gesprächspartner des Rechtsphilosophen Tammelo und OberAss Raimund Jakob, Rechtspsychologe, seinerzeitige Assistent Tammelos im Kuppelsaal der Estnischen Nationalbibliothek Tallinn (7. April); Architekturausstellung der Stadt Wien im estnischen Architekturmuseum Rotterman-Salzlager samt Vorträgen, Workshops und Expertengesprächen (Schicker, Madreiter, Mittringer, Matousek, Wehdorn sowie ArchitektInnen Tillner, Leiner, Henke-Schreieck, Delugan-Meisl, Kohlbauer sowie Förster von der Wohnbauförderung und Dipl.-Ing. Angelika Winkler von der Stadtplanung bzw. dem Masterplan Verkehr) und der Eröffnung durch Abgeordneten zum Wiener Landtag Harald Troch in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Tallinn und dem estnischen Architekturmuseum (10. April bis 24. Mai); Ingeborg-Bachmann-Konferenz mit Fachvorträgen des Österreicher Georg Gimpl vom Institut für Germanistik der Universität Helsinki und Frau Eve Pormeister der Universität Tartu im Schriftstellerhaus Tartu (12. und 13. April); Wanderausstellung Ingeborg Bachmann – „Schreiben gegen den Krieg“ während der Bachmann-Konferenz in der Universitätsbibliothek Tartu (April); Internationales Psychoanalytiker Symposium anlässlich des 150. Geburtstags von Sigmund Freud mit zwei österreichischen Referenten, Prof. Peter Kampits (Universität Wien) und Maria Schmidt Leitner (Jenig) sowie Prof. Peter Tulviste, Vorsitzender des estnischen Psychologenvverbandes, Prof. Endel Talvik, Vorsitzender des estnischen Psychoanalytikerverbandes, und Psychoanalytikerin Piret Visnapuu sowie der Psychologin Prof. Mare Pork (Universität Tallinn) in der Nationalbibliothek Estlands in Zusammenarbeit mit dem estnischen Psychoanalytikerverband (5. Mai).

Café d'Europe mit Lesung der Europa-Erzählung des estnischen Autors Mihkel Mutt, Chefredakteur des Literaturmagazins „Looming“ im Rahmen des Europatages im Café „Bestseller“ in Kulturzentrum „Viru“ Tallinn (9. Mai); Vorträge der Lektorin Michaela Lindl über „Educational system of Austria and possibilities of learning in Austrian universities“ und „Die österreichische Jugend“ auf Einladung des European Movement Estonia in der EBS High School, Englisch Department und im Technischen Gymnasium Tallinn gemeinsam mit dem European Movement Estonia und der Estonian Business School (9. und 10. Mai); Internationale „Exhibition SEX“ in der VAAL Galerie Tallinn mit Teilnahme von KünstlerInnen unter anderem aus Norwegen, Tschechien und dem österreichischen Sound Artist Franz Pomassl und Anna Cheeh (2.–20. Mai); Ausstellung „Silentium“ mit 45 Gemälden des Künstlers Prof. Hans Sisa, Wien in der

Anhang

estnischen Nationalbibliothek, wobei ein Teil von der Galerie Deco in Tallinn zu weiteren Ausstellungen übernommen wurde, die bis Februar 2007 gezeigt werden (7.–22. Juni); Europakonzert im Garten der Residenz mit Bläsern des Militär-Orchesters der estnischen Marine mit Europahymne (Beethoven) und einem repräsentativen Querschnitt österreichischer Musiktradition und musikalischen Schaffens (Strauss, Mozart, Walzer, Märsche Volksmusik) in Zusammenarbeit mit der estnischen Marine (28. Juni); POSTSOVKHOZ6/Human Zoo. Internationales Kunstfestival in Mooste – eine interdisziplinäre Veranstaltung mit Teilnahme der Künstlerin Patricia Römer, Ausstellung ihrer Reiseillustrationen Bahn/Bus von Wien bis Mooste und Festival-Drawings – ein Workshop (28. Juli bis 13. August).

XII. Internationales Kammermusikfestival Kuressaare auf der Insel Saaremaa unter Mitwirkung des Gitarristen Andreas Maria Germek und der spanischen Flamencotänzerin im Hotel Rütli in Kuressaare, organisiert gemeinsam mit dem Festival und der spanischen Botschaft (12. August); Teilnahme des Künstlerpaars 4youreyes (Videokunst und Musik) Gerald Herlbauer und Eva Bischof am zehntägigen Internationalen Festival der Alternativkultur mit Theater, modernem Tanz, Video, Filmen, Mode und Musik „Culture Factory Festival – KTF 2006“ in Tallinn gemeinsam mit der Stadtverwaltung Tallinn, und der Non-Profit Vereinigung „Kultuuritehas“ (18. und 19. August); Buchpräsentation der Übersetzung ins Estnische durch Mati Sirkel, langjähriger Präsident des Estnischen Autorenverbands, „Der Mann ohne Eigenschaften“ von Robert Musil samt Seminar mit Kurzvorträgen vom Übersetzer und dem Verlagsdirektor Toomas Väljataga in Kooperation mit dem Verlag „Kultuurileht“ (15. September); Ausstellung „Silentium“ von 14 Gemälden des Künstlers Hans Sisa in der Galerie DECO im Literaturmuseum A.H. Tammsaare, Tallinn (19.–30. September); Forschungsprogramm und -reise zum Thema „Privatsammlungen im Baltikum nach 1990“ der Kunsthistorikerin Waltraud Bayer der Universität Graz nach Tallinn (seit 2002) (16.–20. Oktober); Internationale Ausstellung „Schuld und Sühne“ unter Mitwirkung von Matin Krenn mit seinem Projekt EU-C-C (European Corrections Corporation) unter gleichzeitiger Videovorführung in der Kunsthalle Tallinn (28. Oktober bis 12. Dezember); Erich Lessing Photoausstellung „Die ungarische Revolution 1956“ zum Jahrestag der Ungarischen Revolution mit Photoreproduktionen am Ungarischen Kulturinstitut Tallinn in Zusammenarbeit mit diesem (2.–17. November); Lesung der Krimiautors Heinrich Steinfels und des schweizerischen Autors Sam Jaun im Österreich-Lesesaal der estnischen Nationalbibliothek in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Handelskammer (8. November); Karl Kraus Tagung im österreichischen Lesesaal der estnischen Nationalbibliothek mit einem Fachvortrag von Gastprofessor Georg Gimpl über „Phrasen stehen auf zwei Beinen“ sowie von Mati Sirkel, freiberuflicher Übersetzer über „Karl Kraus aus dem parodistischen Blickwinkel“ und mit Kraus-Texten gelesen von der estnischen Schauspielerin Maarja Jakobsen (13. November); Erich Lessing Photoausstellung „Die ungarische Revolution 1956“ zum Jahrestag der Ungarischen Revolution mit 28 Photoreproduktionen im Historischen Museum der Universität Tartu (23. November bis 17. Dezember) und im geschichtlichen Museum der Universität Tartu (23. -17. Dezember); 10. Internationaler Black Nights Filmfestival PÖFF in Tallinn mit mehreren Filmen von Regisseuren Timo Novotny mit „Life in Loops“ im Dokumentarfilmprogramm; Wolfgang Murnberger mit „Lapislazuli“ im Kinder- und Jugendfilmprogramm; Raul Ruiz mit „Klimt“, Barbara Albert mit „Falling“, Jasmila Zbanic mit „Grbavica“ im Hauptfilmprogramm in verschiedenen Kinos in Tallinn, Tartu, Pärnu, Viljandi und Kärdlaund Mitwirkung der Musikgruppe Sofa Surfers (24. November bis 11. Dezember); Besuch einer Delegation von StudentInnen und DozentInnen der landwirtschaftlichen Berufsschule aus Freistadt bei Linz die ein EU-Projekt mit dem Wirtschaftsgymnasium Türi abwickelt (2. Mai).

Die österreichischen Exporte betragen 97,95 Millionen Euro (-58,7%), die Importe 30,21 Millionen Euro (4,3%).

Länderinformationen

Fidschi

(Republik Fidschi-Inseln), Suva

Staatsoberhaupt Ratu Josefa Iloilovatu Uluivuda	Regierungschef Jona Senilagakali (5. Dezember)	Außenminister Kaliopate Tavola
---	--	-----------------------------------

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 577.000 Euro (828,9%), die Importe 274.000 Euro (86,8%).

Finnland

(Republik Finnland), Helsinki

Staatsoberhaupt Tarja Halonen	Regierungschef Matti Vanhanen	Außenminister Erkki Tuomioja
----------------------------------	----------------------------------	---------------------------------

Helsinki – **ÖB, HGK, AHSt;** Kajaani, Mikkeli, Oulu, Tampere, Turku, Vaasa – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesratspräsidentin Sissy Roth-Halvax, Teilnahme an einem Festakt zum 100-Jahr-Jubiläum des finnischen Parlaments (1. und 2. Juni); Bundesministerin Ursula Haubner und Bundesminister Martin Bartenstein, Teilnahme am informellen Treffen der MinisterInnen für Beschäftigung, Soziales und Gesundheit (6. und 7. Juli); Bundesminister Martin Bartenstein, Teilnahme am informellen Treffen der MinisterInnen für Wettbewerbsfähigkeit (Jyväskylä, 10. und 11. Juli); Bundesminister Josef Pröll, Teilnahme am informellen Treffen der UmweltministerInnen (Turku, 14.–16. Juli); Bundesministerin Ursula Plassnik und Staatssekretär Hans Winkler, Teilnahme am informellen Treffen der AußenministerInnen („Gymnich-Treffen“) (Lappeenranta, 1. und 2. September); Staatssekretär Alfred Finz, Teilnahme am informellen Treffen der Wirtschafts- und FinanzministerInnen (8. und 9. September); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Vizekanzler Hubert Gorbach, Teilnahme am ASEM VI-Gipfeltreffen (10. und 11. September); Bundesministerin Liese Prokop und Bundesministerin Karin Gastinger, Teilnahme am informellen Treffen der Justiz- und InnenministerInnen (Tampere, 20.–22. September); Bundesminister Josef Pröll, Teilnahme am informellen Treffen der Landwirtschafts- und FischereiministerInnen (Oulu, 24.–26. September); Bundesminister Günther Platter, Teilnahme am informellen Treffen der VerteidigungsministerInnen (Levi, 2. und 3. Oktober); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, Teilnahme am informellen Ministertreffen zu Gleichberechtigungsfragen (6. und 7. Oktober); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Teilnahme am informellen Treffen des Europäischen Rates (Helsinki/Lahti, 19. und 20. Oktober); Staatssekretär Hans Winkler, Teilnahme am informellen Euromed-Ministertreffen (Tampere, 27. und 28. November).

Besuche in Österreich: Staatspräsidentin Tarja Halonen, offizieller Besuch (26. und 27. Juni); Staatspräsidentin Tarja Halonen und Ministerin für Außenhandel, Entwicklung und Europa Paula Lehtomäki, Teilnahme am IV. EU-LAC-Gipfeltreffen (11.–13. Mai); Parlamentspräsident Paavo Lipponen und Ministerpräsident Matti Vanhanen nahmen als Vortragende an der Konferenz „The Sound of Europe“ teil (Salzburg, 26.–28. Jänner); Parlamentspräsident Paavo Lipponen und Minister für Regionen und Gemeinden Hannes Manninen, Teilnahme an der Europäischen Subsidiaritätskonferenz „Europa fängt zu Hause an“ (St. Pölten, 18. und 19. April); Innenminister Kari Rajamäki und Justizministerin Leena Luhtanen, Teilnahme am informellen Treffen der Justiz- und InnenministerInnen (12.–14. Jänner); Arbeitsministerin Tarja Filatov und Sozialministerin Tuula Haatainen, Teilnahme am informellen Treffen der Beschäftigungs- und SozialministerInnen (Villach, 19.–21. Jänner); Ministerin für Gesundheit und soziale Dienste Liisa Hyssälä, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen zur Geflügelpest (24. Februar); Verkehrs- und Kommunikationsministerin Susanna Huovinen, Teilnahme am informellen Treffen der VerkehrsministerInnen (Bregenz, 2. und 3. März); Verteidigungsminister Seppo Kääriäinen, Teilnahme am informellen Treffen der VerteidigungsministerInnen

Anhang

(Innsbruck, 6. und 7. März); Außenminister Erkki Tuomioja, Teilnahme am informellen Treffen der AußenministerInnen (Gymnich) (Salzburg, 10. und 11. März); Unterrichtsminister Antti Kalliomäki, Teilnahme an der Konferenz der BildungsministerInnen (16. und 17. März); Industrie- und Handelsminister Mauro Pekkarinen, Teilnahme an der Konferenz der europäischen TourismusministerInnen (20. und 21. März); Ministerin für Kultur, Jugend und Sport Tanja Saarela, Teilnahme am informellen Treffen der JugendministerInnen (Bad Ischl, 29.–31. März); Finanzminister Eero Heinäluoma, Teilnahme am informellen Treffen der FinanzministerInnen (7. und 8. April) und am Treffen mit den ASEM-FinanzministerInnen (8. und 9. April); Industrie- und Handelsminister Mauri Pekkarinen, Teilnahme am informellen Treffen der MinisterInnen für Wettbewerbsfähigkeit (Graz, 21. und 22. April); Ministerin für Gesundheit und soziale Dienste Liisa Hyssälä, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen (25. und 26. April); Innenminister Kari Rajamäki und Justizministerin Leena Luhtanen, Teilnahme am EU-US Troika Treffen der Innen- und JustizministerInnen (3. Mai); Innenminister Kari Rajamäki, Teilnahme am Treffen der EU-InnenministerInnen mit Russland (4. Mai); Minister für Umwelt und nordische Zusammenarbeit Jan-Erik Enestam, Teilnahme am informellen Treffen der UmweltministerInnen (Eisenstadt-Rust; 19.–21. Mai); Außenminister Erkki Tuomioja, Teilnahme am Treffen von Klosterneuburg (27. und 28. Mai); Landwirtschaftsminister Juha Korkkaja, Teilnahme am informellen Treffen der LandwirtschaftsministerInnen (Krems, 28.–30. Mai); Außenminister Erkki Tuomioja, Teilnahme am EU-Troika-Treffen mit der Volksrepublik China (3. Februar), Russland (15. Februar), der Türkei (8. März) und Afrika (8. Mai); Ministerin für Außenhandel, Entwicklung und Europa Paula Lehtomäki, Teilnahme am EU-Troika-Treffen mit Indonesien (27. März).

Österreichische Kultur war vor allem in den Bereichen Moderne Kunst, Musik und Film präsent. Die österreichischen Exporte betragen 554,39 Millionen Euro (12,3%), die Importe 794,20 Millionen Euro (-25,9%).

Frankreich (Französische Republik), Paris

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Jacques Chirac	Dominique de Villepin	Philippe Douste-Blazy

Paris – **ÖB, KF, AHSt, ÖW**; Strassburg – **GK, AHSt, ÖW**; Marseille – **HGK**; Ajaccio, Bordeaux, Lille, Lyon, Nizza, Papeete, Toulouse – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme an der Auftaktveranstaltung zur österreichischen EU-Ratspräsidentschaft, Besuch bei Außenminister Philippe Douste-Blazy und Europaministerin Colonna, Großausstellung „Vienne 1900“ (10. Jänner); Staatssekretär Franz Morak, Besuch bei Kulturminister Renaud Donnedieu de Vabres, Konzert der Wiener Philharmoniker (17. und 18. Jänner); Bundesminister Josef Pröll, Gespräche mit Landwirtschaftsminister Dominique Bussereau und Umweltministerin Nelly Olin (19. und 20. Jänner), Bundesminister Karl-Heinz Grasser, Treffen mit französischem Amtskollegen Thierry Breton (31. Jänner); Generalsekretär im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasser Werner Wutscher, Gespräche mit dem Generalsekretär im Landwirtschaftsministerium Dominique Sorain, der Generalsekretärin im Umweltministerium Michèle Rousseau und dem Generaldirektor im Landwirtschaftsministerium Jean-Marie Aurand (3. April); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, bilaterale Konsultationen in Paris auf Einladung des scheidenden französischen Generalsekretärs im Außenministerium Jean-Pierre Lafon und des neuen französischen Generalsekretärs im Außenministerium Philippe Faure (4. April); Präsident der Bundeswirtschaftskammer Christoph Leitl zu Gesprächen mit Industrieminister François Loos, Außenhandelsminister Christine Lagarde und VertreterInnen von Mouvement des Entreprises de France (MEDEF) (27. April); Teilnahme von Verteidigungsminister Günther Platter an Soldatenwallfahrt nach Lourdes (21. Mai); Abgeordnete zum Nationalrat Walter Murauer, Katharina Pfeffer, Detlev Neudeck und Gabriela Moser, Teilnahme an der Parlama-

Länderinformationen

rischen Versammlung der NATO (26. Mai); Früherer Generalsekretär Albert Rohan, stellvertretender Koordinator für die Kosovo-Statusverhandlungen, Teilnahme am Treffen der Kontaktgruppe in Paris und an der Parlamentarischen Versammlung der NATO (26. Mai); Abgeordnete zum Nationalrat Alfred Schöls und Stefan Prähauser, zur Parlamentarischen Versammlung der WEU in Paris (19. Juni); Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme an einer französischen EU-Veranstaltung mit dem früheren Außenminister und EU-Kommissar Michel Barnier (30. Juni); Botschafter Franz Ceska, Sonderbeauftragter von Bundesminister Bartenstein für Strategische Außenwirtschaft, Gespräche im Außen- und im Wirtschaftsministerium sowie mit WirtschaftsvertreterInnen in Paris und Nizza (18.–21. September); Vizekanzler Hubert Gorbach, Teilnahme am Treffen der VerkehrsministerInnen des Alpenbogens in Lyon (20. Oktober); Bundesminister Josef Pröll bei Landwirtschaftsminister Dominique Bussereau zum Salon international de l'alimentation (21. und 22. Oktober); Früherer Generalsekretär Albert Rohan, stellvertretender Koordinator für die Kosovo-Statusverhandlungen, Gespräche in Paris (25. Oktober); Abgeordnete zum Nationalrat Stefan Prähauser und Reinhold Lopatka, zur Parlamentarischen Versammlung der WEU in Paris (18.–20. Dezember).

Besuche aus Frankreich: Staatsminister und Minister für Inneres und Raumplanung Nicolas Sarkozy und Justizminister Pascal Clément, Teilnahme am informellen Treffen der Justiz- und InnenministerInnen (12.–14. Jänner); Beigeordnete Ministerin für soziale Solidarität und Gleichberechtigung Catherine Vautrin, Teilnahme am informellen Treffen der MinisterInnen für Beschäftigung und Soziales (Villach, 19. Jänner); Premierminister Dominique de Villepin und Kulturminister Renaud Donnedieu de Vabres, Teilnahme an „The Sound of Europe“ (Salzburg, 26.–28. Jänner); Vorsitzende der EU-Delegation im Senat Hubert Haenel und in der Nationalversammlung Pierre Lequiller, Teilnahme am Treffen der COSAC-Troika und der COSAC-Vorsitzenden (20. Februar); Minister für Gesundheit und Solidarität Xavier Bertrand, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen (Geflügelpest) (24. Februar); Regierungsbeauftragter für Straßenverkehrssicherheit Rémy Heitz, Teilnahme am informellen Treffen der VerkehrsministerInnen (Bregenz, 2. und 3. März); Ministerin für Verteidigung Michèle Alliot-Marie; Teilnahme am informellen Treffen der VerteidigungsministerInnen (Innsbruck, 6. und 7. März); Außenminister Philippe Douste-Blazy, Teilnahme am informellen Treffen der AußenministerInnen („Gymnich“ Treffen) (Salzburg, 10. und 11. März); Präsident des außenpolitischen Ausschusses in der Nationalversammlung Edouard Balladur und dessen Vizepräsident Hervé de Charette bei Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Bundesministerin Ursula Plassnik (27. März); Minister für Wirtschaft, Finanzen und Industrie Thierry Breton und Gouverneur der Banque de France Christian Noyer, Teilnahme am informellen Treffen der Wirtschafts- und FinanzministerInnen (7. und 8. April) und am ASEM-FinanzministerInnen-Treffen (8. und 9. April); Vorsitzende der EU-Delegation im Senat Hubert Haenel und in der Nationalversammlung Pierre Lequiller sowie Abgeordneter Jérôme Lambert, Teilnahme an „Europa fängt zu Hause“ an, Europäische Subsidiaritätskonferenz 2006 (St. Pölten, 18. und 19. April); Europaministerin Catherine Colonna bei Bundesministerin Ursula Plassnik (21. April); Beigeordneter Minister für Industrie François Loos, Teilnahme am informellen Treffen der MinisterInnen für Wettbewerbsfähigkeit (Graz, 21. und 22. April); Minister für Gesundheit und Solidarität Xavier Bertrand, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen (25. und 26. April); Staatspräsident Jacques Chirac und Außenminister Philippe Douste-Blazy, Teilnahme am IV. EU-LAC-Gipfel (11.–13. Mai) Senatoren Hubert Haenel, Denis Badré und Bernard Frimat sowie Abgeordnete zur Nationalversammlung Pierre Lequiller, Christian Philip und Jérôme Lambert, Teilnahme an der Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlamentes (XXXV. COSAC) (22. und 23. Mai); Europaministerin Catherine Colonna, Teilnahme am Treffen von Klosterneuburg (27. und 28. Mai); Minister für Landwirtschaft und Fischerei Dominique Bussereau, Teilnahme am informellen Treffen der LandwirtschaftsministerInnen (Krems, 28.–30. Mai); Tagung des European Executive Council (französische Vereinigung von Vorständen multinationaler Konzerne) (23.–26. Juni); Generalsekretär im Außenministerium Philippe Faure, bilaterale Konsultationen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (13. November).

Anhang

Das KF Paris intensivierte die Schwerpunktsetzung bei der Programmgestaltung auf den wissenschaftlichen Sektor. Beispielhaft sind anzuführen: Elfriede-Jelinek-Kolloquium an der Universität Rouen; „Penser le pluriculturel en Europe centrale“ an der Universität Grenoble; Viktor-Frankl-Kolloquium an der Universität Strassburg; Freud lecture in Paris anlässlich des 150. Geburtstags Sigmund Freuds; („Das Unbehagen in der Kultur“) durch Univ.-Prof. Otto Pfersmann, Paris-Wien; Weininger lectures an der Sorbonne (Prof. Allan Janik); Wittgenstein-Symposium in Paris (Oktober); Kolloquium „Autriche – Tradition et modernité“ an der Universität Rouen (Oktober).

Auch der Schwerpunkt der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit wurde weiter forciert und ausgebaut. Im musikalischen Bereich wurden dazu zwei Programmschienen etabliert: in Kooperation mit dem französischen Musikwissenschaftler und Dirigenten Amaury du Closel findet die Reihe „Les voix étouffées“ mit Konzerten, Vorträgen und Symposien im Raum Paris statt. In Südfrankreich verfolgt die Reihe „Musique dégénérée“, die in Kooperation mit dem HGK Marseille und der Opéra de Marseille organisiert wird, diese Zielsetzungen. Antisemitismus, Xenophobie, Migration und verwandte Probleme behandelt auch das Filmschaffen von Ruth Beckermann, der eine große Retrospektive gewidmet war.

Auf Initiative des KF Paris fand das erste Treffen österreichischer Germanisten an französischen Universitäten, bzw. französischer Germanisten mit Arbeitsschwerpunkt Österreich am KF Paris statt.

Bei den „Journées de l'histoire“ im Musée de l'Armée in Paris referierte Prof. Pierre Béhar, Leiter der Arbeitsstelle für Österreichische Literatur und Kultur an der Universität Saarbrücken, über Geschichtsbilder in Europa.

An der Universität Rouen fand das gemeinsam mit dem KF Paris geplante Elfriede Jelinek-Symposium statt, an dem unter anderem die österreichischen GermanistInnen Wendelin Schmidt-Dengler, Johann Sonnleitner, Erika Tunner und Konstanze Fliedl teilnahmen (2.–4. Februar).

In St. Cloud bei Paris fand mit Unterstützung des KF Paris der Rosalia-Chladek-Choreographie-Wettbewerb statt (März).

Weiters fand in Paris der jungen europäischen Instrumentalsolisten gewidmete Wettbewerb „FLAME“ statt, an dem sich das KF Paris durch Kostenbeteiligung für die Reisespesen der aus Österreich anreisenden JurorInnen beteiligte (März).

In Créteil (als Kooperationsprojekt mit dem Österreichischen KF Paris) fand das diesjährige Frauenfilmfestival statt, das zur Gänze als Hommage an die österreichische Filmschaffende Ruth Beckermann konzipiert war (10.–16. März). Zahlreiche österreichische Beteiligungen konnten auch beim zeitgenössischen Filmfestival „Festival du premier plan“ in Angers realisiert werden.

Der österreichische Schriftsteller Erich Wolfgang Skwara veranstaltete in Zusammenarbeit mit dem KF Paris eine Lesetournee mit Workshops an Schulen und Universitäten (14.–19. März).

Das gemeinsam mit der Université Stendhal in Grenoble veranstaltete Internationale Kolloquium „Penser le pluriculturel en Europe centrale“ wurde durchgeführt (23. und 24. März).

Im Pariser Invalidendom fand das Konzert „L'Europe centrale au Cello“ statt, das als Kooperationsprojekt zwischen Österreich, Polen, Ungarn, der Slowakei und Tschechien geplant war. Österreich war durch den Grazer Cellisten Friedrich Kleinhapl vertreten (30. März).

In der Kirche St Pierre d'Arènes in Nizza wurde die Ausstellung „Fastentücher aus Österreich“ eröffnet – eine zeitgenössische Interpretation des Themas der mittelalterlichen Fastentücher durch das österreichische Künstlerpaar Cecile Nordegg und Jonathan Berkh (2. April). Die bereits in den Archives nationales in Paris gezeigte Ausstellung über das ehemalige Konzentrationslager Mauthausen wurde in Aurillac präsentiert (April). Die Mozart-Wanderausstellung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten wurde in Reims gezeigt (April). Anlässlich des Europatages am 9. Mai präsentierte das KF Paris in den Räumen der Ständigen Vertretung

Länderinformationen

der Europäischen Kommission in Paris die Ausstellung „Bilder Europas“ des österreichischen Fotografen Erich Lessing, der zeitgenössische fotografische Arbeiten junger europäischer Fotografinnen zum Thema Europa gegenübergestellt waren. Fotoausstellungen mit Werken von Erich Lessing wurden auch in der Stadt Troyes (Mai) und im Rahmen des „mois de la photo“ in Paris (Herbst) anlässlich des Gedenkens zum 50. Jahrestags des ungarischen Volksaufstands 1956 präsentiert.

Anlässlich des 150. Geburtstages von Sigmund Freud am 6. Mai veranstaltete das KF Paris eine „Hommage à Freud“. Die Freud lecture zum Thema „Le malaise de la civilisation“ („Das Unbehagen in der Kultur“) hielt der an der Sorbonne lehrende, aus Österreich stammende Universitätsprofessor Otto Pfersmann. Einen weiteren Vortrag über Freud und seinen Mitarbeiter Sándor Ferenczi hielt die ungarische in Paris lebende Psychoanalytikerin Eva Füzéressi. Die Veranstaltung wurde durch ein Konzert des Salzburger Ensembles „Penta musica“ mit Werken von Zeitgenossen Freuds umrahmt.

Auf Initiative des KF Paris hielt der österreichisch-amerikanische, derzeit am Brenner-Archiv der Universität Innsbruck tätige Kulturwissenschaftler Allan Janik an dem der Sorbonne angeschlossenen Forschungszentrum „Centre Canguilhem“ eine dreitägige Vorlesungsreihe („Weininger lectures“) über Otto Weininger und die Kultur der Wiener Jahrhundertwende um 1900 (Mai).

Die Universität Strassburg veranstaltete gemeinsam mit dem Viktor-Frankl-Institut Wien ein Kolloquium über Viktor Frankl und die Logotherapie (Juni).

Eine gemeinsam mit anderen europäischen Staaten veranstaltete literarische Reihe in Paris behandelte das Thema „Passagen“ (Mai). Sie war AutorInnen gewidmet, die einen Lebensabschnitt in Paris verbracht beziehungsweise zum Thema ihres literarischen Schaffens gemacht haben. Das KF Paris unterstützte Beiträge über Rainer Maria Rilke, der als Sekretär des Bildhauers Auguste Rodin mehrere Jahre in Paris lebte, und Joseph Roth.

Das KF Paris veranstaltete gemeinsam mit dem „Centre national de la danse“ in Paris eine große Retrospektive zu Ehren von Rosalia Chladek (April).

Der zeitgenössische österreichische Tanz wurde bei den „Rencontres choréographiques“ in Saint Denis durch Saskia Hölbling und Chris Haring vertreten.

Junge österreichische Filmschaffende waren beim „Festival premiers plans“ in Angers, beim „Cinéma du réel“ und beim „Festival du Film de La Rochelle“ in La Rochelle vertreten. Das Centre Pompidou präsentierte gemeinsam mit dem KF Paris Peter Kubelkas Filmwerk „Arnulf Rainer“. Als gemeinsame Veranstaltung des KF Paris und der Botschaft Israels in Paris wurde der Film „Hakoah“ gezeigt, der die Geschichte dieses jüdischen Sportvereins in Wien erzählt (Juni).

Das 40-jährige Bestehen der Grazer Literaturzeitschrift „manuskripte“ war Anlass für eine gemeinsame Veranstaltung des KF Paris mit dem Kulturamt der Steiermärkischen Landesregierung im Théâtre du rond point in Paris, die Vorträge, Autorenlesungen und Filmvorführungen über die Geschichte dieser Literaturzeitschrift präsentierte (1. und 2. Juni). Autorenlesungen von Norbert Gstrein und Daniel Kehlmann fanden in Kooperation zwischen dem KF Paris und der Universität Angers statt (Mai).

Eine aus fünf Konzerten, unter anderem in der Europäischen Kommission, in der Österreichischen Botschaft und im Ungarischen Kulturinstitut Paris, bestehende Reihe zeitgenössischer und klassischer österreichischer Musik bestritt das Salzburger Klarinettenensemble „Penta Musica“ in Paris, das im Rahmen der Aktion „The NewAustrian Sound of Music“ vom Kulturforum ausgewählt und unterstützt wurde.

Der auf die Interpretation der Musik der Roma spezialisierte österreichische Musiker Harry Stoika vertrat Österreich beim Festival „Gipsysound“ in Angers.

Am „Festival international du film de La Rochelle“ wurden mehrere Filme österreichischer Nachwuchsfilmer präsentiert (30. Juni bis 10. Juli).

Anhang

Die vom österreichischen Architekten Dietmar Feichtinger entworfene Pariser Brücke „Simone de Beauvoir“ wurde feierlich eröffnet. Das KF Paris beteiligte sich finanziell an der Herausgabe einer Publikation über dieses Bauwerk sowie an der Eröffnungsfeier (Frühsommer).

Werke des österreichischen Bildhauers Josef Bernhardt wurden in Nîmes gezeigt (1.–14. Juli).

Timna Brauer konzertierte mit ihrem Ensemble in der Synagoge von Carpentras (August).

In Saint-Tropez fand die Ausstellung „Femmes d'Europe“ statt, in deren Rahmen Werke der österreichischen Künstlerinnen Valie Export, Elke Krystufek und Katrin Plavack gezeigt wurden (17. Juli bis 8. Oktober).

Die dem Schaffen der in der NS-Zeit als „entartet“ bezeichneten KomponistInnen und MusikerInnen gewidmete Reihe „Musique dégénérée“ wurde mit mehreren Konzerten in Aix-en-Provence fortgesetzt (Juli).

Dieter Kaufmann konzertierte im Rahmen des Musikfestivals in Crest (18.–20. August).

Der Film „Mississippi“ des österreichisch-iranischen Filmemachers Arash T. Riahi wurde anlässlich des „Best of short films festivals“ in La Ciotat präsentiert (7.–10. September).

In Zusammenarbeit mit dem Conservatoire de Paris veranstaltete das KF Paris eine Performance sowie eine Ausstellung über Alma Rosé Mahler, einer Nichte Gustav Mahlers, die in Auschwitz Mädchenorchester leitete und dort ermordet wurde, anlässlich deren 100. Geburtstag (November).

Zum Abschluss des Freud-Jahres wurde an der Sorbonne eine Freud-Ausstellung gezeigt (November).

Mit einem Konzert des österreichischen Pianisten Robert Lehrbaumer „Finissage de l'annee Mozart“ wurde das Mozartjahr in Paris feierlich beendet.

Die österreichischen Exporte betragen 3.941,48 Millionen Euro (-1,9%), die Importe 3.597,66 Millionen Euro (-7,7%).

Gabun (Gabunische Republik), Libreville

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
El Hadj Omar Bongo Ondimba	Jean Eyeghé Ndong (seit 22. Jänner)	Jean Ping

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betragen 12,45 Millionen Euro (-25,9%), die Importe 146.000 Euro (-79,4%).

Gambia (Republik Gambia), Banjul

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Yahya A.J.J. Jammeh	Bala Garba Jahumpa (seit 25. Oktober)

ÖB: siehe Senegal; Banjul – **HK; AHSt:** siehe Marokko

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 11.429 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 483.000 Euro (34,6%), die Importe 11.000 Euro (-65,6%).

Länderinformationen

Georgien (Georgien), Tbilisi

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Michail Saakaschwili	Zurab Nogaideli	Gela Beschuaschwili

Wien – **ÖB**; Tbilisi – **HK**, **Österreich-Bibliothek**; **AHSt**: siehe Russland; **GK Moskau** teilweise zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche aus Österreich: EU-Troika unter der Leitung von Staatssekretär Hans Winkler in (21. April).

Besuche in Österreich: Parlamentspräsidentin Nino Burdschanadze, Gespräche mit Nationalratspräsident Andreas Khol, stellvertretende Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (22.–24. Februar); Arbeitsbesuch von Premierminister Zurab Nogaideli, Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Wolfgang Schäussel und Bundesminister Martin Bartenstein, georgische Wirtschaftspräsentation in der WKÖ (26.–29. März); Premierminister Zurab Nogaideli, Teilnahme am Ständigen Rat der OSZE, Vortrag in der Diplomatischen Akademie in Wien (27. Oktober); Außenminister Gela Beschuaschwili, Arbeitsgespräch mit Bundesministerin Ursula Plassnik (19. Jänner); Innenminister Ivan Merabischwili, Teilnahme an der Konferenz „The Role of Internal Security in Relations Between the EU and its Neighbours“, Gespräch mit Innenministerin Liese Prokop (4. und 5. Mai).

Österreich beteiligte sich weiter mit zwei Personen an UNOMIG und entsandte fünf Personen an die OSZE-Mission in Georgien.

Das vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten mit 200.000 Euro unterstützte Projekt für den Aufbau eines Zivildiensts in Georgien wurde fortgesetzt. Außerdem wurden ein auf dreieinhalb Jahre ausgerichtetes, mit 300.000 Euro unterstütztes Projekt zur Förderung der Interessenvertretungen für die ländliche Bevölkerung in Georgien sowie ein von Österreich mit 100.000 Euro finanziertes auf zwei Jahre angelegtes Zeugenschutzprogramm von UNODC lanciert. An dem mit 150.000 Euro unterstützten Projekt zur Schaffung rechtlicher Instrumente zum Schutz vor Terrorismus im Südkaukasus nahm auch Georgien teil. Eine Delegation des georgischen Justizministeriums unter der Leitung des stellvertretenden Justizministers Konstantin Korkelia absolvierte im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen dem Magistrat Wels und dem georgischen Justiz-Trainingszentrum einen Erfahrungsaustausch (Wels, März). Mit Unterstützung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten wurden im Friedenszentrum Stadtschlaining ein georgisch-abchasischer Workshop zum Thema „Sustaining Political Dialogue“ (Stadtschlaining, 8.–14. Juni) und das Seminar „Women in Frozen Conflicts in the Southern Caucasus“ abgehalten, an dem drei Vertreterinnen aus Georgien teilnahmen (Stadtschlaining, 10.–14. Juni). Weiters war Georgien mit zwei Teilnehmern an der ebenfalls im Friedenszentrum Stadtschlaining abgehaltenen „Summer Academy on OSCE“ vertreten (Stadtschlaining, 26. Juni bis 8. Juli). Zu dem Seminar „Partnering for Solutions to Environmental Management Systems Implementation“ entsandte das Bundesministerium für Landesverteidigung zwei Vertreter (Tbilisi, 2.–6. Oktober). Ein Vertreter aus Georgien nahm an dem vom Bundesministerium für Landesverteidigung veranstalteten sowie vom Generalstab des Schweizerischen Verteidigungsministeriums und dem Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF) finanziell unterstützten Workshop zum Thema „Defence Building: The Public Dimension“ teil (Reichenau, 10.–13. November).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 269.024 Euro erbracht.

Den Höhepunkt der intensiven kulturellen Tätigkeit bildeten die Konzerte des Johann-Strauss-Orchesters (Tbilisi, 13.–14. Mai) und das Gastkonzert der „Wiener Sängerknaben“ (Tbilisi, 22. Juni). Der künstlerische Leiter des Chors und Orchesters der Universität Wien, Vijay Upadhyaya, hielt am Konservatorium in Tbilisi einen Workshop für Chor und Vokalmusik zum Thema „Musik als Brücke zwischen den Kulturen“ ab (22.–26. Mai). Das Tanz-Theater-Ensemble „Wie-

Anhang

nerwerk“ absolvierte ein Gastspiel in Tbilisi (9.–14. April). Im Rahmen der Vortragsreise von Botschafter i.R. Alfred Missong in den Süd-Kaukasus zum Thema „Die Österreichische Präsidentschaft der Europäischen Union“ hielt die Leiterin der Österreich-Bibliothek in Tbilisi Vorträge über „Österreichische Literatur des 20. Jahrhunderts“ (Tbilisi, Achalzidze, Zugdidi, Batumi und Kutaisi, 27. April bis 5. Mai). Weiters stellte die österreichische Schriftstellerin Brita Steinwendtner ihren in das Georgische übersetzten Roman „Rote Lackn“ vor (Tbilisi, Batumi, 5.–8. September). Im Rahmen des Projekts „Fotografie des Monats“ wurden in der Galerie „basement“ Werke der georgischen KünstlerInnen Guram Tsiakhaschwili, Sophia Lapiaschwili und Liza Osepaischwili ausgestellt (Wien, 3.–25. November). Die „Tage der zeitgenössischen deutschsprachigen Dramatik“ in Tbilisi fanden unter der Mitwirkung der österreichischen Autorin Kathrin Röggl statt (25. November bis 5. Dezember). Einer Reihe von georgischen StudentInnen und WissenschaftlerInnen wurden ein- bis mehrmonatige ÖAD-Stipendien zum Studium an österreichischen Universitäten zuerkannt. Eine DaF-Praktikantin hielt an der Österreich-Bibliothek in Tbilisi einen Sommerkurs über „Österreichische Landeskunde und österreichische Literatur“ ab (19.–30. Juni).

Eine von der WKÖ organisierte österreichische Wirtschaftsmission besuchte Aschabat, Baku, Tbilisi und Jerewan (29. November bis 9. Dezember). Eine Gruppe von georgischen AbsolventInnen einer vom Wirtschaftsförderungsinstitut der Wirtschaftskammer Österreich (WIFI) in Tbilisi organisierten Managementschulung hielt sich zu einem Studienaufenthalt in Österreich auf (21.–30. Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 24,89 Millionen Euro (77,6%), die Importe 2,53 Millionen Euro (-6,5%).

Ghana (Republik Ghana), Accra

Staatsoberhaupt und Regierungschef
John Agyekum Kufuor

Außenminister
Nana Addo Dankwa
Akufo-Addo

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Besuche in Österreich: Außenminister Nana Addo Dankwa Akufo-Addo, Teilnahme am Troika-Treffen mit ECOWAS (Mai).

Ende Oktober organisierte das ÖHK Accra eine Feier des österreichischen Nationalfeiertages.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 20.483 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 8,59 Millionen Euro (22,6%), die Importe 4,91 Millionen Euro (-41,4%).

Grenada (Grenada), Saint George's

Staatsoberhaupt
Königin Elizabeth II.

Regierungschef
Keith Claudius Mitchell

Außenminister
Elvin Nimrod

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Daniel C. Williams

ÖB, AHSt: siehe Venezuela

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Arbeitsgespräch mit Außenminister Elvin Nimrod (Grenada, November).

Länderinformationen

Besuche in Österreich: Außenminister Elvin Nimrod, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik (Mai), Gesprächsrunde im Rahmen eines Treffens mit Staatssekretär Hans Winkler (13. Mai).

Die österreichischen Exporte betragen 171.000 Euro (597,6%), die Importe 445.000 Euro (-32,7%).

Griechenland (Hellenische Republik), Athen

Staatsoberhaupt Karolos Papoulias	Regierungschef Kostas Karamanlis	Außenministerin Dora Bakoyannis (seit 15. Februar)
--------------------------------------	-------------------------------------	--

Athen – **ÖB, HK** (dzt. Konsulin), **AHSt, VAGR, ÖAI**; Thessaloniki – **HGK**; Heraklion, Hermoupolis/Syros, Korfu, Patras– **HK**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Südosteuropäischer Kooperationsprozess (SECEP) – Außenministertreffen (24. Jänner); SPÖ-Parteichef Alfred Gusenbauer, Zweite Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Delegation, Tagung der Sozialistischen Internationale (26.–31. Jänner); Bundesminister Günther Platter und Wiener Gemeinderatspräsident Rudolf Hundstorfer anlässlich des Wiener Balls (25. und 26. Februar); Abgeordneter zum Nationalrat Wolfgang Großbrück, SECEP-Parlamentspräsidententreffen (17. März); Staatssekretär Hans Winkler, SECEP-Außenminister- und Gipfeltreffen (Thessaloniki, 3. und 4. Mai); Abgeordneter zum Nationalrat und Bundesminister a.D. Klubobmann Herbert Scheibner und Delegation (7.–9. Juni); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, Teilnahme an der Generalversammlung des Europäischen Fachverbands der Arzneimittel-Hersteller (AESGP) (9. Juni); Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl, Teilnahme an der „Eurochambres“- Konferenz (Thessaloniki, 3.–5. Oktober).

Besuche in Österreich: Anastasis Papaligouras, Minister für Justiz, Prokopis Pavlopoulos, Minister für Inneres, öffentliche Verwaltung und Dezentralisierung, Georgios Voulgarakis, Minister für öffentliche Ordnung, informelles Treffen der EU-JustizministerInnen (12.–14. Januar); Dora Bakoyannis, Bürgermeisterin von Athen, Teilnahme an der Konferenz „Demografische Herausforderungen – Familie braucht Partnerschaft“ (2.–4. Februar); Sotirios Hatzigakis, Vizepräsident, Vorsitzender des Komitees für Europäische Angelegenheiten, Parlament, Treffen der COSAC-Troika und der COSAC-Vorsitzenden (19. und 20. Februar); Gesundheitsminister Dimitris Avramopoulos, informelles Treffen der GesundheitsministerInnen, (24. Februar); Michalis Liapis, Minister für Verkehr und Kommunikation, informelles Treffen der EU-VerkehrsministerInnen (Bregenz, 2. und 3. März); Constantin Ailianos, Generalsekretär im Ministerium für öffentliche Ordnung, EU-USA Troikatreffen der Justiz- und InnenministerInnen (3. März); Außenministerin Dora Bakoyannis, bilaterales Treffen mit Bundesministerin Plassnik (4. März); Evangelos Meimarakis, Minister für Nationale Verteidigung, informelles Treffen der EU-VerteidigungsministerInnen (Innsbruck, 6. und 7. März); Außenministerin Dora Bakoyannis, informelles Treffen der EU-AußenministerInnen/Gymnich (Salzburg, 10. und 11. März); Marietta Giannakou, Ministerin für Bildung und religiöse Angelegenheiten, Konferenz der EU-BildungsministerInnen (16. und 17. März); Panagiotis Libereas, Berater des Tourismusministers, Europäische Tourismusministerkonferenz (20. und 21. März); George Alogoskoufis, Wirtschafts- und Finanzminister, informelles Treffen der EU-Wirtschafts- und FinanzministerInnen ECOFIN/ASEM (7. und 8. sowie 8. und 9. April); Vize-Außenminister Valinakis, EU-Subsidiaritätskonferenz „Europe begins at home“ (St. Pölten, 18. April); Yannis Valinakis, Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Sotirios Hatzigakis, Vizepräsident und Vorsitzender des Komitees für EU-Angelegenheiten, Parlament, Teilnahme an der Konferenz „Soziale Dienstleistungen“ (20. April); Ioannis Tsoukalas, Generalsekretär für Forschung und Technologie, informelles Treffen der MinisterInnen für Wettbewerbsfähigkeit (20.–22. April); Georgios Konstantopoulos, Staatssekretär für Gesundheit und soziale Solidarität, informelles Treffen der EU-

Anhang

GesundheitsministerInnen (25. und 26. April); Premierminister Konstantinos Karamanlis, Außenministerin Dora Bakoyannis, Staatsminister für Kommunikation und Regierungssprecher Theodoros Roussopoulos, Teilnahme am EU-LAC-Gipfel (11.–13. Mai); Premierminister Kostas Karamanlis und Außenministerin Dora Bakoyannis, EU-LAC-Gipfel (12. Mai); Stavros Kalogiannis, Staatssekretär für Umwelt, Raumordnung und öffentliche Arbeiten, informelles Treffen der EU-UmweltministerInnen (Eisenstadt, 19. und 20. Mai); Generalsekretär für Forschung und Technologie Ioannis Tsoukalas, informelles Treffen der MinisterInnen für Wettbewerbsfähigkeit (Graz, 21. und 22. Mai); Außenministerin Dora Bakoyannis, Premierminister Konstantinos Karamanlis, Staatsminister für Kommunikation und Regierungssprecher Theodoros Roussopoulos, Teilnahme am EU-ECOWAS-Treffen (22. Mai); Sotirios Hatzigakis, Vizepräsident und Vorsitzender des Komitees für EU-Angelegenheiten mit Delegation, COSAC-Treffen (22.–23. Mai); Außenministerin Dora Bakoyannis, informelles EU-Außenministertreffen (Klosterneuburg, 27. und 28. Mai); Evangelos Basiakos, Minister für ländliche Entwicklung und Ernährung, informelles Treffen der EU-LandwirtschaftsministerInnen (Krems, 28.–30. Mai); Prokopis Pavlopoulos, Minister für Inneres, öffentliche Verwaltung und Dezentralisierung, Georgios Voulgarakis, Minister für öffentliche Ordnung, Anastasis Papaligouras, Minister für Justiz; EU-Ukraine Troika (6. Juni); Entwicklungsminister Dimitrios Sioufas, bilaterales Treffen mit Bundesminister Martin Bartenstein (5. September).

Österreich konnte eine besonders starke und mannigfaltige kulturelle Präsenz in Griechenland zeigen. Die Botschaft veranstaltete zusammen mit der Universität Athen und der griechischen außenpolitischen Gesellschaft ELIAMEP zwei wissenschaftlich-politische Symposien in Athen: „Search for a European Identity“ (12. Jänner) mit Erhard Busek, Hannes Farnleitner und Heinrich Neisser sowie „Europe in a Globalised World“ (25. Mai) mit Stephan Schulmeister und Erhard Fürst als österreichische Teilnehmer. Die Beiträge zu diesen Symposien wurden auch publiziert.

Auf Grund der mit österreichischen Förderungen zustande gekommenen Übersetzung des Buches von Heinrich Neisser, Gerhard Loibelsberger und Helmut Strobl „Unsere Republik auf einen Blick“ konnte erstmals ein aktuelles Grundlagenwerk über das politische System Österreichs in neugriechischer Sprache veröffentlicht werden.

Vorträge für ein breites Publikum hielten im Athener „Megaro Moussikis“ der Mathematiker Rudolf Taschner (6. Februar), die Architekten Roman Delugan (14. März) und Wolfgang D. Prix (17. Mai) sowie – anlässlich des Freud-Jahres – die Psychoanalytikerin Sylvia Zwettler-Otte (1. Dezember). Bei einem von der Botschaft mit der Groß-Athener Gemeinde Ilion organisierten griechisch-österreichischen Literatur Symposium (8. Dezember) trugen die österreichischen AutorInnen Sabine Gruber, Ferdinand Schmatz und Christoph W. Bauer aus ihren lyrischen Werken vor.

Im Athener „Megaro Moussikis“ fanden Konzerte mit der „Camerata Salzburg“ (15.–17. Februar), dem „Ensemble Wien“ (30. März), dem „Eggner Trio“ (12. April), dem „Linzer Bruckner Chor“ (26. Mai), mit Rudolf Buchbinder (7. November) und Heinrich Schiff (25. November) statt. Bei Letzterem wurde ein Werk von Friedrich Cerha in dessen Anwesenheit uraufgeführt. Beim „Hellenic Festival“ im antiken Athener Freilufttheater „Herodes Atticus“ gastierten die Wiener Symphoniker (3. Juni) und die Wiener Philharmoniker (26. Juni). Das „Ensemble Wien“ mit Marlis Petersen und das „Grazer Philharmonische Kammerorchester“ gaben Konzerte beim Musikfestival in Nauplion (1. und 2. Juli). Das Club Hotel Casino Loutraki veranstaltete in Zusammenarbeit mit der Botschaft sechs Sommerkonzerte, bei denen das „Amadeus Brass Quintett“ (25. und 26. August), das „Eggner Trio“ (1.–3. September) und das Duo Khadem-Missag mit Sabri Tulug Tirpan (8. und 9. September) auftraten.

Das „Joe Zawinul Syndicate“ trat in Athen (9.–11. März) und in Thessaloniki (12. März) auf. Jazz aus Österreich brachten „Falb Fiction“ beim Athener Jazzfestival (31. Mai) und das „Philipp Nykrin Trio“ in der Europäischen Kulturhauptstadt 2006 Patras (11. September) zur Auf-führung.

Länderinformationen

Moderner Tanz aus Österreich wurde in Kalamata Tanzfestival von „Liquid Loft – Chris Haring“ mit dem Stück „Kind of Heroes“ aufgeführt.

Die Bertha von Suttner Wanderausstellung „Ein Leben für den Frieden“ wurde in Athen (7.–9. März) und in Patras (15.–1. März) gezeigt.

Nikolaus Geyrhalter wurde beim Athener Filmfestival Ecocinema 2006 (11.–17. Mai) für seinen Film „Unser tägliches Brot“ der Erste Preis zugesprochen.

Bei der Athener Computerkunstausstellung „Medi@terra“ (4.–8. Oktober) wurden fünf österreichische (Ko-)Produktionen gezeigt. Sylvia Eckermann, Gerald Nestler und Christoff Cargnelli präsentierten dort ihr Game Mod „Nowhere – ein welt raum spiel“.

Die österreichischen Exporte betragen 576,49 Millionen Euro (26,4%), die Importe 130,50 Millionen Euro (-10,9%).

Großbritannien (Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland), London

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elisabeth II.	The Rt.Hon.Tony Blair	The Rt.Hon. Margaret Beckett (seit 8. Mai)

London – **ÖB, KF, AHSt, ÖW**; Birmingham, Cayman Islands, Edinburgh – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme am Treffen des Nahost-Quartetts (30. Jänner), Teilnahme an der Afghanistan-Konferenz und am Treffen der Kosovo-Kontaktgruppe (31. Jänner); Staatssekretär Hans Winkler, informeller Arbeitsbesuch bei Entwicklungsminister Hilary Benn und beim parlamentarischen Unterstaatssekretär für Lateinamerika und Karibik im Foreign and Commonwealth Office, Lord David Triesman (6. Februar), Teilnahme an der 808. Wilton Park Konferenz (Steyning, 9. Februar); Bundesratspräsidentin Sissy Roth-Halvax, Teilnahme an der Eröffnung des walisischen Parlaments (Cardiff, 1. März); Sonderbeauftragter für strategische Außenwirtschaft im Wirtschaftsministerium, Franz Ceska, Arbeitstreffen mit dem Lord Mayor of the City of London, John Stuttard, sowie Arbeitsgespräche im British Chambers of Commerce, im Cabinet Office, bei der Confederation of British Industry und im Foreign and Commonwealth Office (15.–17. November).

Besuche in Österreich: Innenminister Charles Clarke, parlamentarische Unterstaatssekretärin im Ministerium für Verfassungsfragen, Baroness Catherine Ashton of Upholland, Teilnahme am informellen Treffen der Justiz- und InnenministerInnen (12.–14. Jänner); Parlamentarischer Unterstaatssekretär im Ministerium für Handel und Industrie, Gerry Sutcliffe, und parlamentarischer Unterstaatssekretär im Ministerium für Arbeit und Pensionen, James Plaskitt, Teilnahme am informellen Treffen der MinisterInnen für Beschäftigung und Soziales (Villach 19.–21. Jänner); Parlamentarischer Unterstaatssekretär im Ministerium für Handel und Industrie, Gerry Sutcliffe, Teilnahme an der Konferenz „Demokratische Herausforderungen – Familie braucht Partnerschaft“ (2.–4. Februar); Vorsitzender des britischen EU-Parlamentssonderausschusses, Lord Grenfell of Kilvey, Teilnahme am Treffen der Troika- und Vorsitzendenkonferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments (19. und 20. Februar); Gesundheitsministerin Rosie Winterton, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen (24. Februar); Staatssekretär im Ministerium für Verkehr, Stephen Ladyman, Teilnahme am informellen Treffen der VerkehrsministerInnen (Bregenz, 2. und 3. März); Innenminister John Reid, Teilnahme am informellen Treffen der VerteidigungsministerInnen (Innsbruck, 6. und 7. März); Außenminister Jack Straw, Teilnahme am informellen Treffen der AußenministerInnen („Gymnich“), (Salzburg, 10. und 11. März); Vize-Minister für Bildung, Sir Allan Wilson, Teilnahme an der Konferenz der BildungsministerInnen (16. und 17. März); Finanzminister Gordon Brown, Gouverneur der Bank von England Mervyn King, Teilnahme am informellen Treffen der Wirtschafts- und FinanzministerInnen (7. und 8. April)

Anhang

und am ASEM-Finanzministertreffen (8. und 9. April); Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Handel und Industrie, Barry Gardiner, parlamentarischer Unterstaatssekretär für Wissenschaft und Innovation im Ministerium für Handel und Industrie, Lord David Sainsbury of Turville, Teilnahme am informellen Treffen der MinisterInnen für Wettbewerbsfähigkeit (Graz, 20.–22. April); Gesundheitsministerin Rosie Winterton, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen (25. und 26. April); Premierminister Tony Blair, Außenministerin Margaret Beckett, Europaminister Geoff Hoon, parlamentarischer Unterstaatssekretär für Lateinamerika und Karibik im Foreign and Commonwealth Office, Lord David Triesman, Teilnahme am IV. EU-LAC-Gipfel (11.–13. Mai); Parlamentarischer Unterstaatssekretär im Ministerium für Umwelt, Nahrung und ländliche Angelegenheiten, Barry Gardiner, Teilnahme am informellen Treffen der UmweltministerInnen (Eisenstadt, 19.–21. Mai); Vorsitzender des britischen EU-Parlamentssonderausschusses, Lord Grenfell of Kilvey, und Vorsitzender des britischen EU-Parlamentsprüfungsausschusses, Jimmy Hood, Teilnahme an der XXXV. Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments (22. und 23. Mai); Europaminister Geoff Hoon, Teilnahme am Treffen von Klosterneuburg (27. und 28. Mai); Parlamentarischer Unterstaatssekretär im Ministerium für Umwelt, Nahrung und ländliche Angelegenheiten, Barry Gardiner, Teilnahme am informellen Treffen der LandwirtschaftsministerInnen (Krems, 28.–30. Mai).

Bilaterales Aktionsprogramm „Action 21“: Die Umsetzung dieses Programms auf allen Ressortebenen dient der Intensivierung der bilateralen Beziehungen. Im Rahmen dieser wurde der Beamtenaustausch fortgesetzt, allerdings aufgrund der Unabkömmlichkeit von Beamten angesichts der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft in reduziertem Maße (Aufenthalt einer Mitarbeiterin aus dem Bundeskanzleramt im Cabinet Office; Aufenthalt eines Mitarbeiters des Arbeits- und Bildungsministeriums Nordirland im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit sowie einer Mitarbeiterin des Ministeriums für Steuer- und Zollfragen im Bundesministerium für Finanzen). Anlässlich der EU-Ratspräsidentschaft hielten die MitarbeiterInnen der Botschaft zahlreiche Vorträge, unter anderem im House of Lords, und nahmen an Diskussionen teil, die auch Gelegenheit zur Intensivierung der bilateralen Beziehungen boten. Ebenso wurde der Kontakt zwischen den Parlamenten im Rahmen dieses Programms gefördert. So traf eine Delegation von Abgeordneten des Außenpolitischen Ausschusses des britischen Parlaments unter Leitung von Sir John Stanley mit dem Außenpolitischen Ausschuss des Nationalrates zu einem Meinungsaustausch über EU-Themen zusammen.

Martin Richter wurde als österreichischer Honorarkonsul für die Cayman Islands bestellt (10. November).

Aus Anlass seines 50-jährigen Bestehens veranstaltete das KF London in der Londoner Wigmore Hall ein Galakonzert, an dem zahlreiche KünstlerInnen aus Österreich und Großbritannien teilnahmen und bei dem auch Ur- und Erstaufführungen zeitgenössischer Kompositionen erklangen (2. April). Radio BBC 3 widmete der Gala eine ausführliche Sendung. Anlässlich des Mozartjahres fand unter anderem ein Podiumsgespräch zwischen dem Dramatiker Sir Peter Shaffer (Amadeus) und dem Kritiker Michael Billington im Rahmen der Konferenz „Mozart: A Challenge for Literature and Thought“ statt (7. April). Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft gab dem KF London Gelegenheit, den Schwerpunkt „A Cultural Focus on the Western Balkans“, das Musikfestival „Balkan Fever – London“ sowie das Programm „The Sweetest Dream: Unity and Dissonance in Europe“, einschließlich einer großflächigen Installation beim Marble Arch im Zentrum Londons, zu präsentieren. Im Mittelpunkt der Veranstaltungen zum Freud-Jubiläumsjahr stand das Verhältnis von Psychoanalyse und zeitgenössischer Kunstpraxis. Die neu lancierte Visual Arts Platform des KF London präsentierte Ausstellungen österreichischer KünstlerInnen. Unter den vom KF maßgeblich unterstützten externen Ausstellungen war die von der Tate Liverpool gezeigte Werkschau der 1938 aus Österreich emigrierten Marie-Louise von Motesiczky (1906-1996) die bestbesuchte. Das Gebäude des KF wurde einer Generalsanierung unterzogen.

Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen entwickelten sich positiv. Die österreichischen Exporte befanden sich ausgehend von hohem Niveau (das Vereinigte Königreich nimmt den sechsten

Länderinformationen

Rang unter den österreichischen Exportmärkten ein) auf einem stabilen Wachstumspfad (2005: 2,5%; 2006: rund 3%) und überstiegen bei weitem die Importe. Dies resultierte im weltweit zweithöchsten Handelsbilanzaktivum (nach jenem mit den USA). Es gab erstmals eine österreichische Beteiligung auf der führenden Londoner Designmesse 100% East sowie auf der Londoner Buchmesse. Weitere aussichtsreiche Sektoren für den Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sind neben Design/Möbel/Innenausstattung vor allem erneuerbare Energien sowie Bau und Montage. Positive Impulse werden auch von den Olympischen Sommerspielen 2012 in London erwartet. Eine wichtige Säule der Wirtschaftsbeziehungen stellt auch der Tourismus dar.

Die österreichischen Exporte betragen 3.922,36 Millionen Euro (2,0%), die Importe 2.048,78 Millionen Euro (10,6%).

Guatemala (Republik Guatemala), Guatemala-Stadt

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Oscar Berger Perdómo

Außenminister
Gert Rosenthal
Koenigsberger
(seit 1. Juni)

ÖB, AHSt: siehe Mexiko; **Koordinationsbüro OEZA:** siehe Nicaragua

Die ÖB Guatemala wurde Ende Oktober geschlossen. Die Zuständigkeit für Guatemala wechselte zur ÖB Mexiko am 1. November.

Besuche aus Österreich: Nationalratspräsident Andreas Khol, Treffen mit Präsident Oscar Berger am Rande der Amtseinführung der chilenischen Präsidentin Michelle Bachelet (Santiago de Chile, 10. und 11.März); Bundesministerin Elisabeth Gehr, Arbeitsgespräch mit Außenminister Jorge Briz Abularach.(12.–18. April).

Besuche in Österreich: Präsident Oscar Berger Perdómo und Außenminister Jorge Briz Abularach, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik (Mai); Unterrichtsministerin María del Carmen Aceña (11-16. November).

Am 16. Jänner wurde ein bilaterales Investitionsschutzabkommen unterzeichnet.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 2,2 Millionen Euro erbracht. Die OEZA Aktivitäten in Guatemala wurden in den Prozess der Regionalprogrammierung Zentralamerika übergeführt.

Im Laufe des Schuljahrs wurden 989 SchülerInnen am Instituto Austriaco Guatemalteco von 25 österreichischen und 42 guatemalteckischen LehrerInnen, und am Colegio Viena 752 SchülerInnen von 48 guatemalteckischen LehrerInnen unterrichtet. Das neue Gebäude des Colegio Viena wurde von Bundesministerin Elisabeth Gehr eröffnet (April). Für den Schulbesuch werden Stipendien vergeben. Die Schule betreut insgesamt acht Schulen in ländlichen Regionen.

Im Rahmen des Mozartjahres wurde vom Millennium Orchester in Guatemala Stadt eine Konzertsérie veranstaltet, das Concilium Musicum Wien spielte im Rahmen des Bravisimo-Festivals an der Universität Marroquin. Im Rahmen des Sigmund Freud Jahres wurde eine Veranstaltung an der Universität Marroquin abgehalten (Mai).

Die österreichischen Exporte betragen 13,03 Millionen Euro (69,2%), die Importe 3,88 Millionen Euro (-21,3%).

Anhang

Guinea (Republik Guinea), Conakry

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Lansana Conté

Außenminister
Mamadi Condé
(seit 29. Mai)

ÖB: siehe Senegal; Conakry – **HK; AHSt:** siehe Marokko

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 8.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 13,80 Millionen Euro (91,3%), die Importe 1,34 Millionen Euro (-29,7%).

Guinea-Bissau (Republik Guinea-Bissau), Bissau

Staatsoberhaupt
João Bernardo „Nino“ Viera

Regierungschef
Aristide Gomes

Außenminister
Antonio Isaac Monteiro

ÖB: siehe Senegal; **AHSt:** siehe Marokko

Die österreichischen Exporte betragen 5.000 Euro (-95,1%).

Guyana (Kooperative Republik Guyana), Georgetown

Staatsoberhaupt
Bharrat Jagdeo

Regierungschef
Samuel Archibald
A. Hinds

Außenminister
Samuel Rudolph Insanally

ÖB, AHSt: siehe Venezuela

Besuche in Österreich: Präsident Bharrat Jagdeo und Außenminister Samuel Rudolph Insanally, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik (Mai); Außenminister Samuel Insanally, Teilnahme an einer Gesprächsrunde mit Staatssekretär Hans Winkler (13. Mai).

Die österreichischen Exporte betragen 61.000 Euro (-65,6%), die Importe 550.000 Euro.

Haiti (Republik Haiti), Port-au-Prince

Staatsoberhaupt
René Prével

Regierungschef
Jacques-Edouard Alexis

Außenminister
Jean Rénaud Clérismé

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Port-au-Prince – **HGK**

Besuche in Österreich: Botschafter Raymond Lafontant, Botschafter Haitis bei der EU, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik; Botschafter Raymond Lafontant, Treffen zu einer Gesprächsrunde mit Staatssekretär Hans Winkler (13. Mai).

Die österreichischen Exporte betragen 1,08 Millionen Euro (14,7%), die Importe 147.000 Euro (189,9%).

Länderinformationen

Heiliger Stuhl (Staat der Vatikanstadt), Vatikan

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Sekretär für die Beziehungen mit den Staaten
Papst Benedikt XVI.	Kardinal-Staatssekretär Tarcisio Bertone (seit 15. September)	Erzbischof Dominique Mamberti (seit 15. September)

Rom – ÖB Heiliger Stuhl

Besuche aus Österreich: Diözesanbischof Alois Schwarz und die Kärntner Dechanten (27. Jänner); Nationalratspräsident Andreas Khol gemeinsam mit den Parlamentspräsidenten der Slowakei, Ungarns und Sloweniens, Privataudienz bei Papst Benedikt XVI. (30. Jänner); Diözesanbischof Egon Kapellari und die Medienreferenten der Österreichischen Bischofskonferenz (29. März); Nationalratsabgeordneter Reinhold Lopatka, Gespräch mit Erzbischof Giovanni Lajolo (1. April); Landeshauptmann Josef Pühringer und Landtagspräsidentin Angela Orthner, Zusammentreffen mit Papst Benedikt XVI. bei Generalaudienz (12. April); Landeshauptmann Josef Pühringer und Diözesanbischof Ludwig Schwarz gemeinsam mit den oberösterreichischen Goldhaubenfrauen; Zusammentreffen mit Papst Benedikt XVI. bei Generalaudienz (6. September); Bundespräsident Heinz Fischer, offizieller Besuch bei Papst Benedikt XVI. (5. Oktober); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat und Proponentenkomitee zur Seligsprechung von Hildegard Burjan (18. November); Gottesdienst von Kardinal Christoph Schönborn und Konzert der Wiener Philharmoniker und der Wiener Sängerknaben im Petersdom (19. November); Landeshauptmann Josef Pühringer und Diözesanbischof Ludwig Schwarz, Zusammentreffen mit Papst Benedikt XVI. bei Generalaudienz und Übergabe des Friedenslichts (13. Dezember).

Darüber hinaus wurden von der Botschaft zahlreiche Pilgergruppen aus Österreich betreut.

Die österreichischen Exporte betragen 537.000 Euro (-30,0%), die Importe 29.000 Euro (300,7%).

Honduras (Republik Honduras), Tegucigalpa

Staatsoberhaupt und Regierungschef Manuel Zelaya Rosales (seit 27. Jänner)	Außenminister Milton D. Jiménez Puerto (seit 27. Jänner)
--	--

ÖB: siehe Mexiko; **AHSt:** siehe Mexiko; San Pedro Sula, Tegucigalpa – **HK**

Die Zuständigkeit für Honduras wechselte von der ÖB Guatemala zur ÖB Mexiko.

Besuche aus Österreich: Nationalratspräsident Andreas Khol, Treffen mit Präsident Manuel Zelaya am Rande der Amtseinführung der chilenischen Präsidentin Michelle Bachelet (Santiago de Chile, 10. und 11.März).

Besuche in Österreich: Präsident Manuel Zelaya Rosales und Außenminister Milton D. Jiménez Puerto, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik in Wien (Mai).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 5.219 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 2,94 Millionen Euro (-24,5%), die Importe 4,50 Millionen Euro (-68,4%).

Indien

(Republik Indien), New Delhi

Staatsoberhaupt
A.P.J. Abdul Kalam

Regierungschef
Manmohan Singh

Außenminister
Pranab Mukherjee
(seit 24. Oktober)

New Delhi – **ÖB, AHST, ÖW**; Mumbai – **HGK**; Kalkutta, Chennai, Goa – **HK**

Besuche aus Österreich: Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Leiter der EU-Delegation beim ersten EU-Indien-Sicherheitsdialog (22. Mai) sowie Teilnahme an der vierten Runde der bilateralen außenpolitischen Konsultationen im Anschluss an den Sicherheitsdialog (23. Mai).

Der 10. EU-India Civil Society Round Table fand in Wien (Juni) zu den Themen Energie, soziale Entwicklung und Minderheiten statt. Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten war durch Sektionsleiter Martin Sajdik vertreten.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 268.000 Euro erbracht.

Kultureller Schwerpunkt während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft waren Film, Literatur, Theater und bildnerische Kunst aus Österreich: österreichische Teilnahme am alljährlichen EU-Filmfestival in Indien („Mein Russland“ von Barbara Gräßner) und an den Filmfestivals in Kalkutta (10.–17. November) und Chennai (16.–24. Dezember) mit „A Workingman's Death“ von Michael Glawogger; Dokumentarfilm über eine in Indien aufgewachsene Österreicherin von Wolfgang Rebernik; Lesereise des österreichischen Schriftstellers Andreas Weber in fünf indische Städte (12.–22. Jänner); Robert Menasse folgte mit einer Lesetournee in Indien (Dezember).

Das Amal Theater trat mit seinem nonverbalen Theaterstück für Kinder und Jugendliche im Rahmen einer Welttournee auch in New Delhi und Bangalore auf (Jänner). Ein von Elke Kotschitz, Lektorin an der Jawaharlal Nehru University in New Delhi, verfasstes Theaterstück über österreichische und indische Kultur wurde in New Delhi uraufgeführt (April).

Der Fotograf, Musiker und Maler Werner Dornik nahm am Kultur- und Sozialprojekt Bindu Art School in Bharatapuram (Tamil Nadu) des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten, Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur, dem Land Oberösterreich, Kulturkontakt Austria, der Women's Indian Association und dem Indian Council for Cultural Relations teil, in dessen Rahmen Leprakranke das Malen erlernen und ihre Bilder im Anschluss ausstellen und verkaufen. Das Projekt lief während des gesamten Jahres und brachte österreichische und indische KünstlerInnen zu Workshops in die Leprakolonien in Südindien.

Einzelausstellung von Werken des Malers Rudi Benetik in der Visual Arts Gallery, New Delhi und der Residenz der Botschaft; österreichische Teilnahme am „Carneval of e-Creativity“ mit Hannes Leopoldseders Präsentation des Ars Electronica Centers Linz in New Delhi (27.–29. Jänner).

Musikalischer Mozart-Schwerpunkt im Herbst waren die Tournee des Wiener Kammerorchesters nach Mumbai und Delhi (November), der zweite von der Stadt Wien als Hauptsponsor geförderte Wien-Ball unter der musikalischen Leitung des Wiener Kammerorchesters in New Delhi (25. November), das Gastspiel des Duo Salzburg mit Yvonne Timoiianu und Botschafter Christoph Cornaro in New Delhi und Colombo (Sri Lanka) im Oktober und Konzerte der Gruppe „Zur Wachauerin“, Teilnehmer am Musikaktionsprogramm des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten „The NewAustrian Sound of Music“, in New Delhi und Jaipur.

Auf Initiative des künstlerischen Leiters der Wiener Sängerknaben, Gerald Wirth, wurde ein österreichisch-indisches Kinderchorprojekt in Zusammenarbeit mit dem Ravi Shankar Institute for Music and Performing Arts und dem Indian Council for Cultural Relations ins Leben gerufen.

Länderinformationen

Im Rahmen des Sigmund-Freud-Gedenkjahres organisierte das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten ein Symposium mit den Initiatorinnen Eveline List und Bettina Reiter in New Delhi (17. und 18. November).

Die Kunsthistorikerin Ebba Koch präsentierte ein Buch über den Taj Mahal und Indiens Moghul Architektur in New Delhi (November). Univ.-Doz. Hasso Hohmann vom Internationalen Städteforum Graz, Univ.-Prof. Grigor Doychtinov und Ass.-Prof. Wolfgang Dokonal von der Technischen Universität Graz waren zur Vorbereitung für die Aufnahme des historischen Ensembles der Stadt Varanasi in die Weltkulturerbe-Liste von UNESCO und Ergänzung eines nachhaltigen Konzepts zur Erhaltung des historischen Zentrums in Varanasi. Sie hielten auch Vorträge über die österreichischen Erfahrungen auf diesem Gebiet an der Universität Benares.

Unter Teilnahme zahlreicher europäischer Länder fand in New Delhi die European Higher Education Fair statt (24.–26. November). Österreich war durch die Präsidentin des Eurasia-Pacific Uninet Professor Brigitte Winklehner vertreten, die im Rahmen des Eurasia-Pacific Uninet eine Intensivierung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit Indien vorbereitet. Ein Wissenschaftskooperationsabkommen zwischen Österreich und Indien ist in Ausarbeitung.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und die WKÖ wählten für ihre Internationalisierungsoffensive Indien als Zukunftsdestination für österreichische Direktinvestitionen sowie Schwerpunktland für Aktionen auf den Sektoren Automatisierung, Steuerung und industrielle Erneuerung aus. In Graz, Linz und Wien wurden österreichischen Unternehmen Seminare über Investitionsmöglichkeiten in Indien angeboten (Juni). 200 österreichische Unternehmen nahmen an diesen Veranstaltungen teil. Das große Interesse österreichischer Unternehmen am indischen Markt zeigte sich auch bei der Außenwirtschaftstagung im November, bei der der Handelsdelegierte Einzelgespräche mit mehr als 100 FirmenvertreterInnen führte.

Österreichische Firmen arbeiten derzeit in mehr als 60 Joint Ventures mit indischen Partnern zusammen, rund 100 weitere österreichische Unternehmen schlossen technische Kooperationsabkommen mit indischen Firmen ab. Darüber hinaus sind mehr als 500 österreichische Firmen am bilateralen Handel mit Indien beteiligt. Mit den Bundesstaaten Andhra Pradesh, Chhattisgarh und Uttaranchal wurde eine engere Zusammenarbeit auf den Gebieten Wasserkraft, Bewässerung, Solarenergie, Gesundheitswesen, Fremdenverkehr, Infrastruktur, Umwelt, Wassermanagement und Forstwirtschaft vereinbart.

Das Rekord-Handelsvolumen von 577,29 Millionen Euro im Jahr 2005 wurde erneut gebrochen. Der Anteil von Maschinenbauerzeugnissen und Fahrzeugen an den österreichischen Exporten beträgt 52%. Besonders gute Chancen bestehen in den Bereichen Energie, Transport, städtische Infrastruktur, KFZ-Zulieferindustrie, Umwelttechnik, Elektro und Elektronik, Automatisierung, Mess- und Regeltechnik sowie Medizintechnik.

Die österreichischen Exporte betragen 372,38 Millionen Euro (23,3%), die Importe 310,47 Millionen Euro (12,8%).

Indonesien (Republik Indonesien), Jakarta

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Susilo Bambang Yudhoyono

Außenminister
Hassan Wirajuda

Jakarta – ÖB, AHSt

Besuche aus Österreich: Landeshauptmann Jörg Haider, Eröffnung des Kärntnerdorfs, einer Wohnanlage für Waisenkinder in Aceh (Banda Aceh, 24. und 25. März).

Besuche in Österreich: Außenminister Hassan Wirajuda, Teilnahme an der EU-Außenminister-Troika und bilaterales Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler (27. März); Forschungs- und Technologieminister Kusmayanto Kadiman, offizieller Besuch (29. November); stellvertretender

Anhang

Finanzminister Muhamad Chatib Basri (ASEM-Finanzministertreffen, 8. und 9. April); indonesische Parlamentarierdelegation, inoffizieller Besuch (9.–14. Dezember).

An der AMM, die am 15. Dezember erfolgreich ihre Arbeit beendete, nahmen auch vier ÖsterreicherInnen teil. In der 88-köpfigen EU-Wahlbeobachtungsmission für die Gouverneurs- und Distriktswahlen in Aceh (11. Dezember) war Österreich mit drei Experten vertreten.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 257.801 Euro erbracht.

Österreich unterstützt über wissenschaftlich-universitäre Partnerschaften, etwa ASEA-UNINET und Nord-Süd-Dialog bzw. durch Stipendien vor Ort die Fortbildung von indonesischen StudentInnen und AkademikerInnen in Österreich und an indonesischen Universitäten. Insgesamt wurden 20 Stipendien vergeben.

In Wien kam es zur Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding zwischen dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur der Republik Österreich und dem Staatsministerium für Forschung und Technologie der Republik Indonesien über Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Forschung (29. November).

Im Februar wurde in Jakarta die indonesische Übersetzung von „Die KlavierspielerIn“ von Nobelpreisträgerin Elfriede Jelinek mit anschließender Vorführung des gleichnamigen Films von Michael Haneke präsentiert. Außerdem wurden mit dem Kulturbudget der Botschaft ein Jazzkonzert von Harri Stojka, Seminare über die österreichische Schule der Nationalökonomie (Ass.-Prof. Stephan Böhm von der Karl-Franzens-Universität Graz), die Wanderausstellung „Mozarts Spuren in Wien“ in Bandung und die Teilnahme des preisgekrönten Regisseurs Hubert Sauper beim EU-Filmfestival im Rahmen des Jakarta International Filmfestival finanziert bzw. unterstützt. Bei diesem Festival war Österreich durch Saupers preisgekrönten Streifen „Darwin's Nightmare“ und durch Filme mit Mozart-Bezügen präsent, darunter der vom Wiener Mozartjahr (Peter Marboe/Peter Sellars) in Auftrag gegebene indonesische Musikfilm „Opera Java“ des berühmten indonesischen Regisseurs Garin Nugroho.

Großes Interesse fand ein Vortrag von DI H. Khouja von der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich bei einer internationalen Konferenz in Jakarta über Klischees in den Beziehungen zwischen der islamischen Welt und Europa (November).

Indonesien ist einer der wichtigsten Absatzmärkte für österreichische Waren in Südostasien. Die österreichischen Exporte verzeichneten in den letzten Jahren beachtliche Zuwachsraten. Dadurch konnte das Handelsbilanzdefizit deutlich verringert werden. Zu den offiziell erfassten Ausfuhren kommen noch österreichische Exporte im Wege von Drittländern, die auf zumindest 100 Millionen Euro jährlich geschätzt werden und weder in der österreichischen noch indonesischen Außenhandelsstatistik aufscheinen. Die wichtigsten Ausfuhrprodukte sind elektrische Ausrüstung, Maschinen, organische Chemikalien, Papier und Pappe. Etwa 400 österreichische Unternehmen unterhalten derzeit in Indonesien ständige Büros.

Die österreichischen Exporte betragen 119,74 Millionen Euro (-9,8%), die Importe 167,19 Millionen Euro (5,7%).

Irak (Republik Irak), Bagdad

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Jalal Talabani	Nuri al-Maliki	Hoshyar Zebari
(seit 6. April)	(seit 20. Juni)	

Bagdad – **ÖB** (seit 30. Juni geschlossen), **AHSt** (eingeschränkter Betrieb)

Sondergesandte und Geschäftsträgerin a.i. Gudrun Harrer war während der gesamten österreichischen EU-Ratspräsidentschaft in Bagdad resident. Der Geschäftsträger a.i. der ÖB Amman

Länderinformationen

wurde ab 29. September zusätzlich zum Geschäftsträger a.i. für den Irak notifiziert. Der Leiter der AHSt und ein österreichischer Handelsrat verlegten ihren Aufenthaltsort nach Erbil (Juni).

Besuche aus Österreich: Botschafter Thomas Mayr-Harting, Treffen der EU-Troika auf Ebene der Politischen Direktoren mit Präsident Jalal Talabani, Vizepräsident Tariq al-Hashimi, Premierminister Nuri al-Maliki, Vizepremierminister Barham Salih, Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten Rafi al-Issawi, Ministerin für Menschenrechte Wijdan Mikhail Salim und anderen führenden VertreterInnen der irakischen Regierung und des irakischen Außenministeriums sowie dem Leiter von UNAMI, Botschafter Ashraf Qazi (24. und 25. Juni).

Besuche in Österreich: Besuch des irakischen Gesundheitsministers Ali al-Shammari (November).

Die WKÖ organisierte ein von Beratern des Premierministers der kurdischen Regionalregierung geleitetes Länderseminar.

Die österreichischen Exporte betragen 28,43 Millionen Euro (-27,6%), die Importe 44,09 Millionen Euro.

Iran

(Islamische Republik Iran), Teheran

Revolutionsführer und Geistlicher Führer Ayatollah Seyyed Ali Khamenei	Staats- und Regierungschef Außenminister Mahmoud Ahmadinejad Manouchehr Mottaki
---	--

Teheran – ÖB, AHSt

Besuche in Österreich: Alaeddin Borujerdi, Vorsitzender des Ausschusses für nationale Sicherheit und Außenpolitik der Majles, des Parlaments der Islamischen Republik Iran, Treffen mit dem neu gewählten Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Nationalrates, Caspar Einem, und weiteren Ausschussmitgliedern, den Abgeordneten zum Nationalrat Reinhold Lopatka, Ulrike Lunacek und Ewald Stadler (14. Dezember); Seyyed Ali Naghi Kamushi, Präsident der iranischen Handelskammer, Treffen mit WKÖ-Präsident Christoph Leitl (22.–24. November).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 192.899 Euro erbracht.

Das KF Teheran ist das einzige voll funktionierende westliche Kulturinstitut in Iran und wird von beiden Staaten geschätzt. Neben der Sprachausbildung (mehr als 2.000 KursteilnehmerInnen in etwa 120 Kursen mit 12 Niveaustufen, mehr als 10.000 Unterrichtseinheiten, mehr als 200 internationale Sprachprüfungen im Rahmen des Österreichischen Sprachdiploms, Lehrerfortbildungsveranstaltungen unter anderem auch für iranische DeutschlehrerInnen, Vermittlung von Know-how an andere Sprachinstitute, bestens besuchte Bibliothek und Mediathek), regelmäßigen kulturellen und wissenschaftlichen Veranstaltungen (etwa 70 pro Jahr), welche auf reges iranisches Publikumsinteresse stoßen, wird auch dem Dialog der Zivilisationen besonderes Augenmerk gewidmet. Im Berichtsjahr konnte Österreich wieder höchste musikalische Qualität nach Iran bringen, wobei eine einwöchige Konzertserie (Dezember) aus Anlass des Mozartjahres den Höhepunkt darstellte. Mit Unterstützung des KF organisierte der österreichische Verein „X-CHANGE“ unter dem Titel „Karawane“ eine europäisch-iranische Veranstaltungsreihe für Architekten, Fotografen und Literaten in Teheran, Isfahan, Shiraz und Yazd (November). Die Veranstaltung wurde von der Europäischen Kommission mitfinanziert. Univ.-Prof. Bert Fragner, Vorstand des Institutes für Iranistik der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, veröffentlichte in Teheran ein Buch über iranische Handschriften, die im Besitz der Österreichischen Nationalbibliothek sind.

Anhang

Die österreichischen Exporte betragen 339,15 Millionen Euro (-15,6%), die Importe 141,13 Millionen Euro (-25,5%).

Irland (Irland), Dublin

Staatsoberhaupt Mary McAleese	Regierungschef Bertie Ahern	Außenminister Derмот Ahern
----------------------------------	--------------------------------	-------------------------------

Dublin – ÖB, AHST

Besuche aus Österreich: Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach, Teilnahme an der Conférence Européenne des Ministres des Transports/European Conference of Ministers of Transport (CEMT/ECMT) in Dublin (16. und 17. Mai); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Teilnahme am Treffen der EU-Generalsekretäre in Dublin (30. Juni bis 1. Juli); Bundesministerin Ursula Haubner begleitet von Nationalratsabgeordneter Elke Achleitner, Besuch der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie Arbeitsgespräch mit Sozial- und Familienminister Séamus Brennan (19. und 20. Juli); Verwaltungsdirektor des LKH Bruck an der Mur Nikolaus Koller mit einer Delegation österreichischer Spitalsmanager, Teilnahme am European Association of Hospital Managers' Congress in Dublin sowie Treffen mit Minister of State im Ministerium für Gesundheit und Kinder Brian Lenihan (31. August bis 2. September).

Besuche in Österreich: Justizminister Michael McDowell, Teilnahme am informellen Treffen der Justiz- und InnenministerInnen (12-14. Jänner); Sozial- und Familienminister Séamus Brennan sowie Minister of State im Ministerium für Unternehmen, Handel und Beschäftigung Tony Killeen, Teilnahme am informellen Treffen der MinisterInnen für Beschäftigung und Soziales (Villach, 19.–21. Jänner); Mitglieder des Europapolitischen Parlamentsausschusses Bernard Allen und Michael Mulcahy, Teilnahme am Treffen der COSAC-Troika und der COSAC-Vorsitzenden (20. Februar); Tánaiste (Vize-Premierministerin) und Ministerin für Gesundheit und Kinder Mary Harney, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen (Geflügelpest), (24. Februar); Minister of State im Verkehrsministerium Pat the Cope Gallagher, Teilnahme am informellen Treffen der VerkehrsministerInnen (Bregenz, 2. und 3. März); Generalsekretär im Verteidigungsministerium Michael Howard, Teilnahme am informellen Treffen der VerteidigungsministerInnen (Innsbruck, 6. und 7. März); Außenminister Dermot Ahern, Teilnahme am informellen Treffen der AußenministerInnen („Gymnich“ Treffen), (Salzburg, 10. und 11. März); Stellvertretender Generalsekretär im Ministerium für Kunst, Sport und Tourismus Paul Bates, Teilnahme an der Europäischen Tourismusministerkonferenz „Tourismus – Schlüssel zu Wachstum und Beschäftigung in Europa“, (20. und 21. März); Generalsekretärin des Transportministeriums Julie O'Neill, Treffen mit Sektionschef und Präsidiälchef im Verkehrsministerium Christian Weissenburger (21. März); Minister of State im Ministerium für Gesundheit und Kinder Síle de Valera, Teilnahme am informellen Treffen der JugendministerInnen (Bad Ischl, 29.–31. März); Finanzminister Brian Cowen, Teilnahme am informellen Treffen der Wirtschafts- und FinanzministerInnen (7. und 8. April); Nationalbankgouverneur John Hurley, Teilnahme am ASEM-Finanzministertreffen (8. und 9. April); Minister of State im Außenministerium Noel Treacy, Teilnahme an der Europäischen Subsidiaritätskonferenz 2006 „Europa fängt zu Hause an“ (St. Pölten, 18. und 19. April); Minister of State im Ministerium für Unternehmen, Handel und Beschäftigung Tony Killeen, sowie Nationalbankgouverneur John Hurley, Teilnahme am informellen Treffen der MinisterInnen für Wettbewerbsfähigkeit (Graz, 20.–22. April); Tánaiste und Ministerin für Gesundheit und Kinder Mary Harney, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen (25. und 26. April); Taoiseach (Premierminister) Bertie Ahern sowie Minister of State im Außenministerium Noel Treacy, Teilnahme am IV. EU-LAC-Gipfel (11.–13. Mai); Umweltminister Dick Roche, Teilnahme am informellen Treffen der UmweltministerInnen (Eisenstadt, 19.–21. Mai); Taoiseach Bertie Ahern sowie Minister of State im Außenministerium Noel Treacy, Teilnahme an EU-ECOWAS Troika (22. Mai); Mitglieder des Europapolitischen Parlamentsausschusses Bernard Allen, Michael Mulca-

Länderinformationen

hy und Barry Andrews, Teilnahme an der Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments (XXXV. COSAC) (22. und 23. Mai); Außenminister Dermot Ahern, Teilnahme am Treffen von Klosterneuburg (Stift Klosterneuburg, 27. und 28. Mai); Minister of State im Landwirtschaftsministerium Brendan Smith, Teilnahme am informellen Treffen der LandwirtschaftsministerInnen (Krems, 28.–30. Mai); Staatsbesuch Präsidentin Mary McAleese (begleitet von Minister für Kommunikation, Meeresangelegenheiten und Naturschätze Noel Dempsey) bei Bundespräsident Heinz Fischer und Bundeskanzler Wolfgang Schüssel sowie Teilnahme an einem Business-Breakfast und der offiziellen Eröffnung der Bregenzer Festspiele (17.–20. Juli).

Die kulturellen Aktivitäten umfassten ein breites Spektrum an Lesungen, Konzerten, Tanzvorführungen, Filmpräsentationen und Ausstellungen unter Mitwirkung von unter anderem Lilian Faschinger, Alois Hotschnig, Karin Leitner, dem Haydn Trio Eisenstadt, dem Ensemble Wien und dem Kollektiv Wochenklausur. Aus Anlass des Mozartjahres 2006 richtete die Botschaft die Website www.mozart2006.ie ein, auf der Mozartprojekte in ganz Irland beworben werden konnten und organisierte ein Geburtstagskonzert unter dem Motto „Wunderkind“ in der National Concert Hall in Dublin sowie Konzert-Galaabende mit Klaviermusik und Opern-Arien von Wolfgang Amadeus Mozart in der Free Masons Hall in Dublin.

Im Bereich der wissenschaftlichen Zusammenarbeit gab es Vorträge und Seminare zum 150. Geburtstag von Sigmund Freud, die von der Österreichischen Nationalbibliothek unterstützte jährliche „Schrödinger Lecture Series“ mit Jakob Yngvason sowie die „Austrian History Lecture Series“ mit Valeria Heuberger, die in ihren Vorträgen an fünf irischen Universitäten mit dem Westlichen Balkan eines der Schwerpunktthemen der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft zum Inhalt hatte.

Im Rahmen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen besteht ein großes Interesse an den umfangreichen Infrastrukturprojekten.

Die österreichischen Exporte betragen 340,59 Millionen Euro (54,0%), die Importe 541,68 Millionen Euro (7,2%).

Island (Republik Island), Reykjavik

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ólafur Ragnar Grímsson	Geir H. Haarde	Valgerður Sverrisdóttir

ÖB: siehe Dänemark; **AHSt:** siehe Norwegen; Reykjavik – **HGK**

Kulturell war Österreich im Rahmen des Mozartjahres mit der Aufführung von „Bastien und Bastienne“ in isländischer Sprache präsent.

Die österreichischen Exporte betragen 50,46 Millionen Euro (67,9%), die Importe 3,09 Millionen Euro (9,0%).

Israel (Staat Israel), Jerusalem (West)

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Moshe Katsav	Ehud Olmert	Tzipi Livni

Tel Aviv – **ÖB, KF, HK, AHSt, ÖW;** Jerusalem, Haifa, Eilat – **HK**

Besuche aus Österreich: Volksanwalt Peter Kostelka, Besuche bei israelischem Ombudsman und israelischem Obersten Gerichtshof (21.–23. März); Alfred Gusenbauer, informelle Gespräche (1.–5. Juni); Staatssekretär Franz Morak, Eröffnung der Tanztage in Tel Aviv im Rahmen der Feierlichkeiten zum Jubiläumsjahr 50 Jahre diplomatische Beziehungen Israel-Österreich (16.–

Anhang

18. Oktober); Landeshauptmann Josef Pühringer, Teilnahme an der ORF-Aktion „Friedenslicht“ (28.–30. November); Bundesministerin Ursula Plassnik, Arbeitsgespräche mit Ministerpräsident Ehud Olmert, Vizepremierministerin und Außenministerin Tzipi Livni, Minister für öffentliche Sicherheit Avi Dichter sowie mit der stellvertretenden Präsidentin der Knesset Colette Avital und Eröffnung des Symposiums „Fünfzig Jahre Diplomatische Beziehungen Israel-Österreich“ an der Hebrew University in Jerusalem (1.–4. Dezember).

Besuche in Österreich: Vizepremierministerin und Außenministerin Tzipi Livni, Arbeitsgespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Bundesministerin Ursula Plassnik (1. März).

Im Rahmen des 50-jährigen Jubiläums der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Israel wurden eine Reihe von kulturellen Veranstaltungen durchgeführt. Dabei wurde ein mit dem israelischen Außenministerium vereinbartes Logo „50 years Austria – Israel“ zum Einsatz gebracht. Die EU-Ratspräsidentschaft sowie das Mozartjahr bzw. das Freud-Jahr bildeten den Hintergrund für folgende Veranstaltungen: Den Höhepunkt der 50-Jahr-Feiern bildete die Abhaltung einer internationalen Konferenz an der Hebräischen Universität Jerusalem, welche vom Zentrum für Österreich-Studien organisiert wurde und im Beisein von Bundesministerin Ursula Plassnik und Außenministerin Tzipi Livni stattfand. Die vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten unterstützte Konferenz thematisierte die politischen und kulturellen Beziehungen zwischen Israel und Österreich seit 1956. Am Rande der Konferenz wurde auch ein Implementierungsprogramm zum Memorandum of Understanding zwischen dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und der Hebräischen Universität über die Errichtung eines Zentrums für Österreich-Studien unterzeichnet (3.–4. Dezember). Die jährlich in Österreich erscheinende Publikation „Das Jüdische Echo“ widmete sich ausschließlich dem 50-jährigen Jubiläum.

Ein weiterer Höhepunkt war die Abhaltung der Österreichischen Tanztage (16.–31. Oktober), die vom Bundeskanzleramt und dem KF unterstützt wurden. Staatssekretär Franz Morak eröffnete die Tanztage, bei denen drei österreichische Produktionen in den drei großen Musikstätten von Tel Aviv abgehalten wurden, nämlich „Blame it on Gavrilo“ von Karl Schreiner, „threesecods“, „no credits“ und „mazy“ von Cie. Willi Dorner und D.A.V.E. (Digital Amplified Video Engine) mit Klaus Obermaier und Chris Haring (16.–31. Oktober).

Im Tel Aviv Museum wurde ein Galakonzert des Orchesters „Spirit of Europe“ abgehalten, das auf eine Initiative des Landeshauptmanns Erwin Pröll zurückgeht und vom Land Niederösterreich finanziert wird. Der Erlös aus dem Verkauf der Tickets kam dem Schneider Children Medical Center in Petach Tikwa zugute (30. Oktober). Weiters fand anlässlich der Israelpremiere eine Festaufführung von Richard Strauss, „Der Rosenkavalier“, mit Ausstattung und Kostümierung von Gottfried Helnwein an der Neuen Israelischen Oper statt (17. März).

Der durch Gelder des Nationalfonds und des Versöhnungsfonds erworbene und renovierte Club der Österreicher in Tel Aviv wurde in Anwesenheit der Generalsekretärin des Nationalfonds Hannah Lessing und des Vizebürgermeisters von Tel Aviv vor vollem Haus feierlich neu eröffnet (13. Dezember). Die Räumlichkeiten des Clubs waren in den vergangenen zwei Monaten einer grundlegenden Sanierung unterzogen worden. Auch eine Bibliothek mit österreichischer Literatur und Lesecke wurde eingerichtet. Die Publikation „The Righteous of Austria – Heroes of the Holocaust“, ein englischsprachiges Lexikon aller österreichischen Gerechten unter den Völkern (laut Yad Vashem), wurde mit Unterstützung des Zukunftsfonds herausgegeben.

Die Sigmund Freud Konferenz „Civilization and its Discontents – Psychoanalytic, Historic, Philosophic and Cultural Perspectives“ (11. und 12. Mai) sowie die Konferenz „The Legacy of Sigmund Freud's Work in Israel: Theory and Praxis“, organisiert durch das Österreich-Zentrum an der Hebräischen Universität Jerusalem (27. November) erregten großes Interesse in der Fachwelt sowie in den Medien.

Länderinformationen

Ebenfalls im Rahmen der Veranstaltungsreihe „50 Jahre diplomatische Beziehungen“ wurde der Film „Humus und Strudel“ in der Cinematheque Tel Aviv gezeigt (31. Mai). Der Film wurde von Micha Shagrir produziert, einem der erfolgreichsten israelischen Filmemacher.

Neben den 50-Jahr-Feiern wurden eine Reihe anderer kultureller Veranstaltungen organisiert. Das KF stiftete den „Wolfgang Amadeus Mozart Preis des Österreichischen Kulturforums Tel Aviv“. Zwei israelische Komponisten wurden von einer gemischt israelisch-österreichischen Jury bestimmt, deren Kompositionen am 31. Mai 2007 uraufgeführt werden sollen.

Erich Oskar Hütter und Christina Beck entwarfen in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Hospiz in Jerusalem ein zweiwöchiges Kammermusikfestival „Sounding Jerusalem“ und begleitende Meisterkurse (17. Juni bis 1. Juli). Die Auswahl der Veranstaltungsorte war vor dem Hintergrund des interkulturellen Begegnungscharakters von den Organisatoren auf einige Städte (Jerusalem, Ramallah, Nablus) und auf zahlreiche Religionen und Konfessionen aufgeteilt (Katholisch, Protestantisch, Armenisch, Islamisch, Jüdisch).

Vier ÖsterreicherInnen nahmen an einer Präsentation von israelischen Theaterproduktionen für internationale TheaterdirektorInnen und FestivalveranstalterInnen unter der Bezeichnung „International Exposure“ teil. Das Festival bot eine gute Netzwerkfunktion (3.–6. Dezember).

Folgende Ausstellungen wurden gezeigt: „Mozarts Spuren in Wien“ im Felicija-Blumenthal Center in Tel Aviv (26. Jänner); „Muslims in Austria“ im Österreichischen Hospiz im Beisein des Kurators Dejan Petrovic (4. März); „Journey to Jerusalem: Hospitable Memories“, vergrößerte Reproduktionen von lithographischen Abdrücken aus dem Jahr 1863 im Österreichischen Hospiz (18. Juni); „Bookmark“, Typographie- und Kalligraphieausstellung mit Arbeiten von Font-Designers aus sechs mitteleuropäischen Staaten sowie Israelis in Tel Aviv (25. August bis 7. September).

Wissenschaftliche Konferenzen und Symposien fanden zu folgenden Themen statt: „Liminal Spaces“, ein auf acht Monate angelegtes Künstlerprojekt mit Europäisch-Israelisch-Palästinensischer Beteiligung, Eröffnung mit einem dreitägigen internationalen Symposium im Gebiet des Kalandia Checkpoints zwischen Jerusalem und Ramallah (10.–12. März).

Die österreichisch-kanadische TV-Koproduktion „Beethovens Locke“ wurde im Rahmen des „DocAviv, Internationalen Dokumentationsfestivals“ insgesamt vier Mal gezeigt (30. März bis 8. April). Am 11. Internationalen Studenten Film Festival in Tel Aviv beteiligten sich das Institut für Film und Fernsehen an der Universität für Musik und Darstellende Kunst (3.–10. Juni), und es wurden folgende Filme von StudentInnen gezeigt: „Omid/Hope“, Regie: Stefan Bohun, „Washing Day“, Regie: Stefan Brunner, „Distances“, Regie: Alexander Stecher und „Night Dust“, Regie: Barbara Schärf. Beim Jewish Eye Film Festival war Österreich mit einem Filmbeitrag von Christian Mehofer („Die dritte Minute“) vertreten (November).

Der Opernregisseur Markus Kupferblum hielt am Sommerfestival des Stage Centers, welches SchauspielerInnen, RegisseurInnen, MusikerInnen und SängerInnen die Möglichkeit bietet, an professionellen Weiterbildungsveranstaltungen außerhalb der etablierten Institutionen unter der Leitung internationaler Gäste teilzunehmen, Workshops ab (28. Juni bis 4. Juli).

Das Rites Institut unter der Leitung von Friedemann Derschmidt und Karin Schneider trat in Israel mit einer Präsentation des Films „Komm und sieh' Rudyn – Geschichten eines Tänzers aus Wien“ (14.–22. Februar), des Filmes „Things Places Years“ von Klub Zwei, einer Präsentation von „My underground“, einem Workshop mit Abbé Libansky im Klub der ehemaligen ÖsterreicherInnen in Tel Aviv und im Barbur-Studio in Jerusalem sowie einer Ausstellung von Abbé Libansky im österreichischen Hospiz auf.

Der Collegium Vocale Chor Leoben gaben drei Konzerte: Eines beim „Hacienda Forestview“ in Galiäa, eines im Enav Center, Tel Aviv und eines im Dormition Abbey, Jerusalem (15.–17. Juni).

Darüber hinaus traten folgende österreichische KünstlerInnen auf: Prof. Topsy Küppers (5.–9. Jänner); Monika Valenta (Sopran) und Karl Macourek (Piano) (13. Februar); das Franz Koglmann

Anhang

Trio beim Tel Aviv Jazz Festival (16. Februar); Alexander Kaimbacher (Tenor) und Anna Sushon (Klavierbegleitung) (5. und 8. Mai);

Christina Pluhar und das l'Arpeggiata Ensemble im Rahmen des Felicja Blumental International Music Festivals (23. und 24. Mai); Österreichisch-Finnisches Aequinoctium Konzert im Rahmen der Tel Aviver „Fête de la Musique“ (21. Juni); die Theatergruppe Nesher und Nescher spezialisiert auf Puppen- und Schattentheater (29. August); Teilnahme von Bernhard Fleischmann (b. fleischmann), Eva Jantschitsch (alias gustav) und Sebastian Riedel (alias basteroid) beim Treffpunkt für elektronische Musik und Medienkunst c-sides (29. August bis 1. September); das TENM – Tiroler Ensemble für Neue Musik unter der Leitung von Harald Pröckl bestehend aus Tiroler und israelischen Musikern (10. Dezember); das Herrenterzett "Concordia" unter der Leitung von Prof. Walter Zeh (13. Dezember).

Prof. Kurt Schubert, Emeritus der Judaistik Wien, hielt einen wissenschaftlichen Vortrag im Club der Österreicher (7. Februar); Ruth Steiner präsentierte ihr Buch „Was ich Dich noch fragen wollte...(Eine Christin auf der Suche nach ihrer jüdischen Identität)“ (21.–26. Februar). Claudia Erdheim las aus dem Roman „Längst nicht mehr koscher. Die Geschichte einer Familie“ (26. Dezember).

In Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Hospiz in der Jerusalemer Altstadt organisierte das KF eine große Zahl von Konzerten und Ausstellungen, insbesondere im interreligiösen Bereich. So spielte das israelische Quartett Music Angels nicht nur in der Residenz des Botschafters (anlässlich des Nationalfeiertags) sondern auch im Österreichischen Hospiz in Jerusalem Werke von Mozart und Brahms.

Die österreichischen Exporte betragen 151,30 Millionen Euro (12,5%), die Importe 97,40 Millionen Euro (13,7%).

Italien

(Italienische Republik), Rom

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Giorgio Napolitano	Romano Prodi	Massimo D'Alema
(seit 15. Mai)	(seit 17. Mai)	(seit 17. Mai)

Rom – **ÖB, KF, ÖHL, AHSt/Zweibüro, ÖW**; Mailand – **GK, KF, AHSt, ÖW**; Bari, Bologna, Florenz, Genua, Neapel, Palermo, Triest, Turin, Venedig, Verona – **HK**; Padua – **AHSt**

Besuche aus Österreich: Wiener Vizebürgermeister Sepp Rieder, Wien-Ball in Mailand (20.–22. Jänner); Bundesminister Günther Platter, Eröffnung des Hauptquartiers der Europäischen Gendarmeriekräfte „EUROGENDFOR“ (Vicenza, 23. Jänner); Nationalratspräsident Andreas Khol, Treffen der Parlamentspräsidenten aus Österreich, Polen, der Slowakei, Slowenien und Ungarn mit dem Präsidenten der Abgeordnetenkommer Pier Ferdinando Casini (30. Jänner); Bundesministerin Liese Prokop, Olympische Winterspiele in Turin und Sestriere (10.–13. Februar); Landeshauptmann Gabi Burgstaller, Olympische Winterspiele (10.–13. Februar); Salzburger Bürgermeister Heinz Schaden, Olympische Winterspiele (10.–13. Februar); Bundespräsident Heinz Fischer, Olympische Winterspiele (11. und 12. Februar); Salzburger Landeshauptmann-Stellvertreter Wilfried Haslauer, Olympische Winterspiele (17.–19. Februar); Bundesminister Günther Platter, Olympische Winterspiele (17.–22. Februar); Landeshauptmann Herwig van Staa, Andreas-Hofer-Gedenkfeier (Mantua, 18. Februar); Landeshauptmann Herwig van Staa, Tirol-Abend in der Alfons-Walde-Ausstellung (Turin, 18. Februar); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Olympische Winterspiele (18. und 19. Februar); Staatssekretär Karl Schweitzer, Olympische Winterspiele (22.–27. Februar); Bundesminister Josef Pröll, 59. Landesversammlung des Südtiroler Bauernbundes (Bozen, 25. Februar); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, Paralympics in Turin und Sestriere (10. und 11. März); Staatssekretär Sigisbert Dolinschek, Paralympics (10.–13. März); Staatssekretär Karl Schweitzer, Paralympics (15.–18. März); Präsident der Wirtschaftskammer Österreich Christoph Leitl, Tagung der Europäischen Volkspartei

Länderinformationen

(29. März bis 1. April); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Tagung der Europäischen Volkspartei (30. und 31. März); Präsident des Verfassungsgerichtshofes Karl Korinek, Feiern zum 50-jährigen Bestehen des italienischen Verfassungsgerichtshofes (20.–22. April); Landeshauptmann Josef Pühringer, Besuch beim Südtiroler Landeshauptmann Luis Durnwalder (Bozen, 26. Mai); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Gespräch mit dem Generalsekretär des italienischen Außenministeriums, Paolo Pucci di Benisichi (7. Juni); Landesrätin Christa Kranzl, Gespräche mit dem Staatssekretär im Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung, Paolo Giaretta, dem Generaldirektor für Lebensmittelsicherheit im Gesundheitsministerium, Silvio Borrello, und dem Assessore der Region Latium, Mario Michelangeli (21.–23. Juni); Staatssekretär Eduard Mainoni, Besuch des European Space Research Institute in Frascati (4. und 5. Juli); Bundespräsident Heinz Fischer, Treffen mit Staatspräsident Giorgio Napolitano (Florenz, 13. Juli); Landeshauptmann Herwig van Staa und Landtagspräsident Helmut Mader, 60-Jahr-Feier des Pariser Vertrags (Bozen, 5. September); Landeshauptmann Josef Pühringer, Gespräch mit Regionenministerin Linda Lanzillotta (5. September); Landeshauptmann Josef Pühringer, Tag der österreichischen Wirtschaft bei der Bozener Herbstmesse (Bozen, 20. und 21. September); Bundespräsident Heinz Fischer, Gespräche mit Staatspräsident Giorgio Napolitano, Premierminister Romano Prodi und Vizepremier und Außenminister Massimo D'Alema (5. und 6. Oktober); Staatssekretär Eduard Mainoni, EU-Transportministerkonferenz (Verona, 2.–4. November).

Besuche in Österreich: Justizminister Roberto Castelli und Staatssekretär im Innenministerium Alfredo Mantovano beim informellen Treffen der Justiz- und InnenministerInnen (12.–14. Jänner); Arbeits- und Sozialminister Roberto Maroni beim informellen Treffen der MinisterInnen für Beschäftigung und Soziales (Villach, 19.–21. Jänner); Gesundheitsminister Francesco Storace beim informellen Treffen der GesundheitsministerInnen zur Geflügelpest (Wien, 24. Februar); Verkehrs- und Infrastrukturminister Pietro Lunardi beim informellen Treffen der VerkehrsministerInnen (Bregenz, 2. und 3. März); Südtiroler Kultur-Landesrätin Sabina Kasslatner Mur, Treffen mit Bundesministerin Elisabeth Gehrler (10. März); Staatssekretär im Außenministerium Roberto Antonione beim informellen Treffen der AußenministerInnen (Gymnich-Treffen) (Salzburg, 10. und 11. März); Vizeminister für Bildung, Hochschulbildung und Forschung Guido Possa bei der Konferenz der BildungsministerInnen (16. und 17. März); Generaldirektor im Arbeits- und Sozialministerium Giovanni Daverio beim informellen Treffen der JugendministerInnen (Bad Ischl, 29.–31. März); Notenbank-Gouverneur Mario Draghi und Wirtschafts- und Finanzminister Giulio Tremonti beim informellen Treffen der Wirtschafts- und FinanzministerInnen (7. und 8. April); Minister ohne Portefeuille für EU-Angelegenheiten Girogio la Malfa und Vizeminister für Bildung, Hochschulbildung und Forschung Guido Possa beim informellen Treffen der MinisterInnen für Wettbewerbsfähigkeit (Graz, 21. und 22. April); Südtiroler Landeshauptmann-Stellvertreter Otto Saurer und Kultur-Landesrätin Sabina Kasslatner Mur, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer (28. April); Europaminister Giorgio la Malfa und Vize-Außenminister Giampaolo Bettamio beim EU-LAC-Gipfeltreffen (11.–13. Mai); Generaldirektor im Umweltministerium Corrado Clini beim informellen Treffen der UmweltministerInnen (Eisenstadt, 28.–30. Mai); Außenminister Massimo D'Alema beim Treffen von Klosterneuburg (27. und 28. Mai); Landwirtschaftsminister Paolo de Castro beim informellen Treffen der LandwirtschaftsministerInnen (Krems, 28.–30. Mai); Notenbank-Gouverneur Mario Draghi und Wirtschafts- und Finanzminister Giulio Tremonti beim ASEM-Finanzministertreffen (8. und 9. April); Vorsitzende der Europaausschüsse der Abgeordnetenversammlung und des Senates, Giacomo Stucchi und Mario Greco, beim Treffen der COSAC-Troika und der COSAC-Vorsitzenden (20. Februar); Präsident des Landtages (Consiglio Regionale) der Toskana Riccardo Nencini bei der Europäischen Subsidiaritätskonferenz (St. Pölten, 18. und 19. April); stellvertretende Vorsitzende des Europaausschusses des Senates Antonio Girfatti und Andrea Manzella bei der Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlamentes (XXXV. COSAC, 22. und 23. Mai); Premierminister Romano Prodi, Treffen mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (13. Juni); Präsident der Region Friaul – Julisch Venetien Riccardo Illy und Präsident der Wirtschaftsuniversität Luigi Bocconi Mario Monti bei „The Sound of Europe“ (Salzburg, 26.–28. Jänner); Direktor des italienischen Fremdenverkehrsamtes ENIT Gaetano Manzo bei der Europäischen Tourismusministerkonferenz „Tourismus – Schlüs-

Anhang

sel zu Wachstum und Beschäftigung in Europa“ (20. und 21. März). Südtiroler Landeshauptmann Luis Durnwalder und Trientiner Landeshauptmann Lorenzo Dellai zur Kranzniederlegung am Grab des früheren österreichischen Außenministers Karl Gruber in Innsbruck (4. September); Südtiroler Kultur-Landesrätin Sabina Kasslatner Mur, Besuch im Parlament anlässlich einer Ausstellungseröffnung Südtiroler KünstlerInnen (6. September).

Die Generalsekretäre der beiden Außenministerien, Johannes Kyrle und Paolo Pucci di Benischi, tauschten die Ratifikationsurkunden zu dem bereits am 17. Jänner 1994 abgeschlossenen Vertrag über die Instandhaltung, Vermessung und Vermarkung der Staatsgrenze zwischen Österreich und Italien samt zugehörigem Notenwechsel vom 31. Oktober 2000 aus (7. Juni).

Am 11. Dezember wurde die endredigierte Fassung eines im Grunde von der österreichisch-italienischen Expertenkommission für Gleichwertigkeiten am 8. Februar in Rom vereinbarten Notenwechsels über die gegenseitige Anerkennung akademischer Grade und Titel in Rom paraphiert.

Für das KF Rom stand das Jahr im Zeichen vier markanter Ereignisse: Mozarts 250. Todestag, Freuds 150. Geburtstag, die österreichische EU-Ratspräsidentschaft und das 125-jährige Bestehen der institutionellen kulturellen und wissenschaftlichen Präsenz Österreichs in Rom. Wie schon in den letzten Jahren verfolgte das Kulturforum das Ziel eines Dialogs mit Italien, welches Musik, bildende Kunst, Literatur und Wissenschaft gleichermaßen abdeckt. Im Vordergrund standen Projekte, welche die gemeinsame europäische Identität unterstreichen.

Während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft waren vor allem zwei Großausstellungen von Bedeutung. „Opera Austria – Prospettive frammentate: Arte nel cuore dell'Europa“ im international renommierten Centro per l'Arte Contemporanea Luigi Pecci in Prato dürfte die bisher bedeutendste Präsentation zeitgenössischen österreichischen Kunstschaffens in Italien gewesen sein. Begleitet wurde sie von einer umfangreichen, der österreichischen Fotografie im 20. Jahrhundert gewidmeten Ausstellung und der Präsentation neuester Tendenzen der österreichischen Videokunst. Eine viel beachtete und gut besuchte Ausstellung des Tiroler Künstlers Rudi Wach wurde unter Beteiligung von Landeshauptmann Herwig Van Staa und seines italienischen Gegenübers im Castel dell'Ovo in Neapel eröffnet (Frühjahr). Zum Abschluss der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft fand im KF die Ausstellung „Eco Oltremonte“ junger österreichischer und italienischer KünstlerInnen statt.

Mozart wurde das ganze Jahr hindurch durch Konzerte, Filmvorführungen und Vorträge gebührend gewürdigt. Hervorzuheben sind das Konzert des Aron Quartetts mit dem Soloklarinettenisten der Römischen Oper Calogero Palermo zu Mozarts Geburtstag, die Lightshow „Tableau Vivant – Magic Flute“ von Gabriele Amadori im Theater Eliseo in Rom und, zum Jahresausklang, die Aufführung „Mozart – Il suono della bellezza“ erstellt von Sabine Frantellizzi im Theater Nazionale in Rom.

Wie andere Kulturforen weltweit wurde das KF am 5. und 6. Mai in „Sigmund Freud-Institut“ umbenannt. Der Festakt samt Vortrag und Konzert zum Thema „Liebe“ wurde gemeinsam mit dem tschechischen Kulturinstitut und dem British Council gestaltet. Rund um dieses Datum waren dem großen österreichischen Wissenschaftler und „Vater der Psychoanalyse“ zahlreiche Veranstaltungen und Symposien in Rom und Florenz gewidmet. Unter diesen haben vier Abende, die den Beziehungen von „Freud – Mahler – Sinopoli“ gewidmet waren, besondere Aufmerksamkeit erweckt. Einen weiteren Höhepunkt stellte die Theateraufführung „Io Freud“ von Carlo Ferrucci im KF dar (Oktober).

Den Höhepunkt des 125-Jahr-Jubiläums des KF und des Historischen Instituts bildete ein prominenter besuchter Festakt auf dem römischen Kapitol (Juni). Darüber hinaus setzte das KF Akzente auf zeitgenössische bildende Kunst, Literatur, Architektur und Design – immer darauf bedacht, die kulturelle Präsenz Österreichs auch außerhalb der italienischen Hauptstadt zu fördern. Beispielhaft waren die zum Jahresende in Florenz eröffnete Fotoausstellung „Taboo“ sechs österreichischer Fotografen und die prominent besuchte Dokumentarfilmschau des „Festival Internazionale dei Popoli“, bei der es österreichischen TeilnehmerInnen gelang, mehrere international angesehene Preise zu gewinnen.

Länderinformationen

Das KF Mailand übernahm mit 1. Jänner den Vorsitz der Vereinigung Europäischer Kulturinstitute in Mailand (AICEM: gebildet von British Council, Centre Culturel Français, Cervantes Institut, Goethe-Institut, Schweizerisches Institut und ÖKF Mailand). Ähnliche Netzwerke unter anderem in Turin und Genua wurden unterstützt, wodurch die engagierte Einbindung Österreichs in die europäische und internationale kulturelle Zusammenarbeit vor Ort unterstrichen und diese Kooperationen weiter gestärkt werden sollten.

Die Veranstaltungen waren den Jahresregenten Mozart, Freud und Bachmann, den Olympischen Winterspielen in Turin und dem EU-Vorsitz gewidmet. Im Zeichen Mozarts standen unter anderem die Produktion „Tableau Vivant – Magic Flute“ (Kurator Prof. Gabriele Amadori), eine Licht- und Klanginstallation beim Festival TECHNÉ – Zwischen Kunst und Technologie im Hangar Bicocca der Firma Pirelli (Februar) und das Konzert des Amadeus-Kammerorchesters Salzburg am Nationalfeiertag in der Kirche San Antonio. Sigmund Freud waren die Großausstellung: „Sigmund Freud im Land der Träume – Der Reisende und der Sammler“ im Schloss von Görz (Juni bis Oktober) sowie zahlreiche kleinere Ausstellungen, Konferenzen und Vorträge in Mailand, Görz, Bologna, Lavarone, Piacenza, Udine und Genua gewidmet. Der Spazio Atrium in Turin würdigte Ingeborg Bachmann mit dem Abend: „Die blaue Stunde – Ein Porträt Ingeborg Bachmanns“ (Oktober) im Rahmen des Jahres von „Turin – Welthauptstadt des Buches“.

Weitere Projekte waren die Ausstellung Alfons Walde (Februar) anlässlich der olympischen Winterspiele in Turin und des österreichischen EU-Ratsvorsitzes, die internationale Tagung zur „Rolle der Frau in Mitteleuropa nach der EU-Erweiterung“ (mit Referentinnen aus sieben Ländern) im Rahmen des EU-Ratsvorsitzes und der Plattform „Kultur-Mitteleuropa“ (Ende März) an der Staatlichen Universität Mailand, die Filmfestspiele Venedig mit der Präsentation des neuen Streifens von Barbara Albert: „Fallen“ (September), die Architekturbieniale in Venedig (österreichischer Kurator: Wolf D. Prix) sowie das Festival Zeitgenössischer Musik im Klangforum Wien (September und Oktober).

Das Jahresende stand im Zeichen des Österreichischen Films: Das Filmfestival „Invideo“ ging eine Partnerschaft mit der Sixpack Film Wien mit einer Doppelpresentation in Wien und Mailand ein (Anfang November). Das Festival Filmmaker zeigte eine dem Filmemacher Ulrich Seidl gewidmete Retrospektive in Mailand (November und Dezember).

Italien ist traditionell mit 8-9% der Gesamtexporte der zweitwichtigste Exportmarkt Österreichs. Der Schwerpunkt des Handels liegt mit rund 80-90% der Lieferungen im Norden, wo sich auch der Großteil der etwa 200 von österreichischen Unternehmen in Italien unterhaltenen Niederlassungen und Zweigstellen befindet. Die Lieferungen verteilen sich über fast alle Sektoren, wobei Holzwaren, Eisen und Stahl, Fahrzeuge, Nahrungsmittel, Maschinen und Anlagen, elektrotechnische Geräte und Kunststoffe führen.

Die österreichischen Exporte betragen 9.234,92 Millionen Euro (12,8%), die Importe 7.182,63 Millionen Euro (12,4%).

Jamaika (Jamaika), Kingston

Staatsoberhaupt:
Königin Elisabeth II.

Regierungschef:
Portia L. Simpson Miller
(seit 30. März)

Außenminister:
Anthony Hylton
(seit 30. März)

vertreten durch:
Generalgouverneur
Kenneth Hall
(seit 15. Februar)

ÖB: siehe Kanada; **AHSt:** siehe Venezuela; Kingston/Montego Bay – **HGK**

Anhang

Besuche in Österreich: Außen- und Außenhandelsminister Anthony Hylton, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik (Mai) sowie Treffen zu einer Gesprächsrunde mit Staatssekretär Hans Winkler (13. Mai).

Die österreichischen Exporte betragen 12,79 Millionen Euro (434,9%), die Importe 753.000 Euro (9,1%).

Japan (Japan), Tokio

Staatsoberhaupt Kaiser Akihito	Regierungschef Shinzo Abe (seit 26. September)	Außenminister Taro Aso
-----------------------------------	--	---------------------------

Tokio – **ÖB, AHSt, ÖW, Wien-Büro**; Osaka – **HGK**; Hiroshima, Nagoya, Sapporo – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Wolfgang Schüssel in seiner Eigenschaft als EU-Ratspräsident, Ko-Vorsitz des EU-Japan-Gipfels, bilaterales Treffen mit Premierminister Junichiro Koizumi, Audienz bei Kaiser Akihito, Gespräch mit Parlamentspräsident Yohei Kohn, Ausstellungseröffnung „Iwakura-Mission“ (24. April).

Besuche in Österreich: Staatssekretärin im japanischen Außenministerium Akiko Yamanaka, Arbeitsgespräch mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (17. Jänner); Vizeaußenminister Tsuneo Nishida, Arbeitsgespräch mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (22. Februar); Finanzminister Sadakazu Tanigaki, Teilnahme am ASEM Finanzministertreffen während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft (8. und 9. April); Landwirtschaftsminister Shoichi Nakagawa, Arbeitsgespräch mit Bundesminister Josef Pröll (28. April); Vizeaußenminister Katsutoshi Kaneda, Arbeitsgespräch mit Staatssekretär Hans Winkler (29. August).

Im Rahmen eines Treffens von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel mit Premierminister Junichiro Koizumi (24. April) wurden die Novellierung des Doppelbesteuerungsabkommens sowie der Abschluss eines Sozialversicherungsabkommens in Aussicht gestellt. Darüber hinaus kamen Bundeskanzler Schüssel und Premierminister Koizumi überein, das Jahr 2009 in Japan zum Österreichjahr bzw. in Österreich zum Japanjahr zu erklären. Grundlage dafür stellt die Aufnahme der ersten offiziellen Beziehungen von Österreich-Ungarn mit Japan vor 140 Jahren dar. Im Rahmen dieses Jubiläumsjahres wird es möglich sein, Veranstaltungen im großen Lichte der öffentlichen Wahrnehmung abzuhalten. Durch die Abstimmung unter den Bereichen Kultur, Tourismus und Wirtschaft wird es möglich sein, in besonderem Maße Synergien für Österreich zum tragen zu bringen.

Den Höhepunkt der diesjährigen musikalischen Präsenz Österreichs in Japan bildeten die Wiener Philharmoniker unter Nikolaus Harnoncourt, der nach 26 Jahren wieder nach Japan kam. Rund 500 Auftritte österreichischer MusikerInnen und Ensembles fanden statt, die den Ruf Österreichs als Kulturlation im japanischen Bewusstsein weiter festigten. Mit Unterstützung des KF traten verstärkt junge österreichische MusikerInnen der „Neuen Musik/Improvisationsmusik/ Avantgarde/Computermusik“ auf. Das Projekt „Female Pressure: Pioneering Women in Electronic Music“ brachte DJanas aus Österreich und Japan zusammen; es gab Konzerte in Tokio und Osaka sowie ein Symposium an der Österreichischen Botschaft. Hans Platzgummer (Shinto) präsentierte sein neues Album.

In Zusammenarbeit mit japanischen Museen wurden Ausstellungen österreichischer Museen/Sammlungen im Bereich der traditionellen bildenden Kunst in Japan gezeigt, darunter eine Ausstellung über Maria Theresia und Maria Antoinette, eine Ausstellung der Gemäldegalerie der bildenden Künste Wien, eine Hundertwasser Ausstellung, sowie „Wien – Kunst und Musik Ringstraßenzeit bis zur Jahrhundertwende.“

Länderinformationen

Im KF fanden acht Ausstellungen zeitgenössischer KünstlerInnen wie Andreas Reiter Raabe, Linde Waber, Dieter Buchhart und Natalija Ribovic statt. In Zusammenarbeit mit der Fotogalerie Wien wurden Arbeiten Jörg Burger, Anja Manfredi, Klaus Pamminger, sowie Fiona Rukschcio präsentiert. Das KF etablierte sich als ein wichtiges Zentrum zeitgenössischer Kultur in Tokio. Auch in den Bereichen moderner Tanz, zeitgenössischem Theater (etwa Lalish Theater), Klangbilder (Gabriele Proy) und Film („Silentium“ von Wolfgang Haas als Beitrag zu den EU Filmwochen, das Austria – Japan Silent Film Duo Project) waren österreichische KünstlerInnen in Japan vertreten.

Aktuelle Literaturentwicklungen wurden im Rahmen des Seminars zur österreichischen Gegenwartsliteratur diskutiert, das sich mit den Werken des Schriftstellers Franzobel auseinandersetzte. Rund 35 österreichische Vortragende an Universitäten, vorwiegend in den Fachgebieten Germanistik und Deutsch als Fremdsprache, leisteten einen wichtigen Beitrag zur Verbreitung österreichischer Kultur.

Die japanische Wirtschaft erholt sich seit vier Jahren zunehmend und ist durch moderates, aber stabiles Wirtschaftswachstum gekennzeichnet. Sowohl Österreichs Exporte nach Japan als auch die Importe aus Japan nach Österreich stiegen. Der starke Euro verteuerte zwar Lieferungen aus Österreich, jedoch konnten sich die österreichischen Unternehmen aufgrund der hohen Qualität ihrer Produkte in vielen Bereichen behaupten und weiterhin Marktanteile ausbauen.

Die österreichischen Exporte betragen 1.099,85 Millionen Euro (7,3%), die Importe 1.931,19 Millionen Euro (2,4%).

Jemen (Republik Jemen), Sana'a

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ali Abdullah Saleh	Abdul Qader Bajammal	Abu Bakr Abdullah Al-Qirbi

ÖB: siehe Oman; Sana'a – **HK; AHSt:** siehe Saudi-Arabien

Ein Team österreichischer Ärzte, das in verschiedenen Spitälern Gratisoperationen durchführte (17.–24. Februar), wurde vom stellvertretenden Gesundheitsminister Abbas Al Mutawakkel empfangen. Gesundheitsminister Abdul Karim Rasa'a empfing ein zweites Ärzteteam, das in Sana'a im Einsatz war (25. Oktober bis 4. November).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 2.320 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 12,84 Millionen Euro (2,3%), die Importe 1,18 Millionen Euro (218,3%).

Jordanien (Haschemitisches Königreich Jordanien), Amman

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Abdullah II. bin Al-Hussein	Marouf Bakhit (seit 27. November)	Abdelelah M. Al-Khatib (seit 27. November)

Amman – **ÖB**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Ursula Plassnik und Delegation, Gespräche mit Außenminister Abdelalah M. Al-Khatib und dem Direktor für öffentliche Sicherheit General Dahabi (4. Dezember).

Der Leiter des Büros für interne Angelegenheiten des Bundesministeriums für Inneres führte mit VertreterInnen von OLAF, der Anti-Korruptionsbehörde der EU, an der Royal Police Academy Schulungen durch (5.–11. Juli). Im selben Rahmen wurden von Ermittlern des Bundes-

Anhang

kriminalamtes Österreich zum Thema Kriminalanalyse Schulungen abgehalten (4.–8. September). Das Jordan International Police Training Center Jordanien (JIPTC) wurde zur Ausbildung der irakischen Polizei von drei österreichischen Polizeitrainern des Bundesministeriums für Inneres unterstützt (Juni bis Dezember).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 11.019 Euro erbracht.

Die Außenwirtschaftsorganisation der WKÖ nahm mit 23 Firmen an der Wiederaufbau-Messe „Rebuild Iraq 2006“ in Amman teil (8.–11. Mai) .

Die österreichischen Exporte betragen 35,99 Millionen Euro (12,3%), die Importe 2,50 Millionen Euro (181,9%).

Kambodscha (Königreich Kambodscha), Phnom Penh

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Norodom Sihamoni	Hun Sen	Hor Namhong

ÖB, AHSt: siehe Thailand

Besuche aus Österreich: Eine österreichische Wirtschaftsmission unter Leitung von Botschafter Arno Riedel, Gespräche mit Staatssekretär Kong Vibol im kambodschanischen Wirtschafts- und Finanzministerium sowie mit Staatssekretär Chan Tong Yves im kambodschanischen Landwirtschaftsministerium (27.–29. September).

Besuche in Österreich: Finanzminister Chhon Keat, Teilnahme am ASEM-Finanzministertreffen (8. und 9. April).

Österreich war mit dem Filmbeitrag „Die Gottesanbeterin“ am EU-Filmfestival in Phnom Penh beteiligt (Mai).

Die österreichischen Exporte betragen 488.000 Euro (-30,5%), die Importe 28,51 Millionen Euro (32,8%).

Kamerun (Republik Kamerun), Yaunde

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Paul Biya	Ephraim Inoni	Jean-Marie Antangana Mebara

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 69.082 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 1,58 Millionen Euro (50,0%), die Importe 6,32 Millionen Euro (118,6%).

Kanada (Kanada), Ottawa

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elisabeth II.	Stephen Harper (seit 6. Februar)	Peter G. MacKay (seit 6. Februar)

vertreten durch
Generalgouverneurin
Michaëlle Jean

Länderinformationen

Ottawa – **ÖB**; Toronto – **HGK, AHSt, ÖW**; Montréal – **HGK, AHSt**; Halifax, Vancouver – **HGK**; Calgary, Regina, Winnipeg – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch, Teilnahme am Frankophonie-Ministertreffen (St. Boniface, 10.–14. Mai); Staatssekretär Karl Schweitzer, Teilnahme an der Sitzung des World Anti Doping Agency Foundation Boards (Montreal, 13. und 14. Mai); Bundesminister Martin Bartenstein, Nationalratsabgeordneter Alfred Gusenbauer, Bundesminister a.D. Rudolf Scholten, Teilnahme am Bilderberg-Treffen (9. und 10. Juni); Stadtschulratspräsidentin für Wien Susanne Brandsteidl; Studienreise nach Ontario und British Columbia (7.–16. Juni); Nationalratsabgeordnete Ulrike Lunacek, Teilnahme an den Outgames und der LGBT-Rights-Konferenz (Montreal, 24. Juli bis 2. August); Nationalratsabgeordneter Reinhold Lopatka, Teilnahme am IDU-Treffen; Gespräche mit Foreign Affairs Parliamentary Secretary Peter Van Loan (Toronto, 18.–25. Oktober); Nationalratsabgeordnete Walter Murauer, Reinhard Bösch und Josef Bucher, Teilnahme an der NATO Parlamentarischen Versammlung (Quebec, 14.–17. November); Abgeordnete zum Europäischen Parlament Agnes Schierhuber; Teilnahme am 29. Interparlamentarischen Treffen Kanada-Europäisches Parlament; (Quebec und St. Johns, 21.–26. November).

Besuche in Österreich: Ministerin für Immigration und Multikulturalismus (Provinz Quebec), Lise Thériault, Informationstagung (17. und 18. April); Premier Jean Charest und Ministerin für internationale Beziehungen Monique Gagnon-Tremblay (beide Provinz Quebec), Teilnahme am dritten Gipfel der Partnerregionen sowie Gespräche mit Bundeskanzler Wolfgang Schäussel (Linz, 10.–13. Juli); Minister für Schule, Freizeit und Sport (Provinz Quebec), Jean-Marc Fournier, Zusammentreffen mit Vertretern des Union Cycliste Internationale (Salzburg, 22.–24. September).

Das Honorargeneralkonsulat in Vancouver ist seit Mitte August auf Grund des Rücktritts des Titulärs temporär unbesetzt.

In kultureller Hinsicht stand das Jahr im Zeichen von Wolfgang Amadeus Mozart. Neben der klassischen Präsentation von Werken des berühmten österreichischen Komponisten (Stratford Summer Music Festival, CBC-Konzerte, Violon du Roi), wurde Mozart einem jüngeren Publikum vor allem durch eine Verbindung von klassischer und moderner Musik („Techno-Mozart“) näher gebracht. Einen weiteren Schwerpunkt bildete der 150. Geburtstag von Sigmund Freud, dessen mit einem ganztägigen wissenschaftlichen Symposium – organisiert von der Saint Paul University, Ottawa University, der Ottawa Psychoanalytic Society und dem Österreichischen Kulturforum – gedacht wurde. Weitere Schwerpunkte im Bereich Kultur bildeten die Präsentation aktueller österreichischer Filme im Rahmen mehrerer internationaler und EU-Filmfestivals (etwa in Montreal, Ottawa, Toronto und Vancouver), die Unterstützung von Aufführungen von Werken von Elfriede Jelinek, Peter Handke und Thomas Bernhard, die erneute Teilnahme an der größten frankophonen Buchmesse in Nordamerika, dem Salon du Livre in Montreal sowie die Unterstützung von Künstlern des „NewAustrian Sound of Music“, beispielsweise Bernhard Gál.

Die bestehenden Jugendaustauschprogramme, etwa das Student Work Abroad Program, Joint Study Programs, Young Workers Exchange Program, entwickelten sich weiterhin positiv und tragen in einem wesentlichen Umfang zur Förderung der Jugend-Mobilität zwischen Österreich und Kanada bei.

Mehr als zwei Drittel aller österreichischen Exporte entfallen auf den Bereich Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge. Kanadas Lieferungen nach Österreich verzeichneten bei Flugzeugen, aber auch Fertigwaren, deutliche Anstiege.

Rund 90 österreichische Tochtergesellschaften bzw. Konzernbetriebe haben sich in Kanada angesiedelt, davon 28 Produktionsniederlassungen. Diese sind auch für den Großteil des Handelsaustausches verantwortlich. Andererseits nutzen rund dreißig kanadische Großkonzerne Österreich als Standort für ihre Europaaktivitäten.

Anhang

Die österreichischen Exporte betragen 892,06 Millionen Euro (9,0%), die Importe 374,45 Millionen Euro (-5,2%).

Kap Verde (Republik Kap Verde), Praia

Staatsoberhaupt Pedro Pires	Regierungschef José Maria Pereira das Neves	Außenminister Victor Manuel Borges
--------------------------------	---	---------------------------------------

ÖB: siehe Senegal; **AHSt:** Portugal; Praia – **Koordinationsbüro der OEZA**

Besuche in Österreich: Eine Delegation von neun Bürgermeistern der Insel Santiago sowie Generaldirektoren ausgewählter Sektoren, einwöchiger Aufenthalt in Österreich im Rahmen einer Studienreise (Juni).

Kap Verde ist Schwerpunktland der OEZA. Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 2,4 Millionen Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 156.000 Euro (-60,6%), die Importe 13.000 Euro (-60,6%).

Kasachstan (Republik Kasachstan), Astana

Staatsoberhaupt Nursultan Nasarbajew	Regierungschef Daniel Achmetow	Außenminister Kasymschomart Tokajew
---	-----------------------------------	--

Wien – **ÖB**; Almaty – **HK, Österreichbibliothek**; **AHSt:** siehe Russland; **GK Moskau** teilweise zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler als Leiter des regionalen Dialogs EU-Zentralasien (Almaty, 7. April).

Besuche in Österreich: Privatbesuch von Präsident Nursultan Nasarbajew (Kärnten, 2.–12. Februar); Teilnahme von Gesundheitsminister Yerbolat Dossajew an Senior Officials´ Meeting über die Vogelgrippe (6. und 7. Juni); Außenminister Kasymschomart Tokajew, Teilnahme am Ständigen Rat der OSZE (27. Oktober). Stellvertretender Justizminister Dulat Kustavletow, Teilnahme an der Konferenz über den internationalen Strafgerichtshof (Salzburg, 29. Mai).

Verleihung des Großen Silbernen Ehrenzeichens am Bande für Verdienste um die Republik Österreich an den 1. stellvertretenden Außenminister und ehemaligen Botschafter von Kasachstan in Österreich Rakhmat Aliyev in Wien (16. Oktober).

Das unter der Leitung des Bundesministeriums für Inneres durchgeführte EU- Programm für Grenzverwaltung in Zentralasien (BOMCA) wurde erfolgreich fortgesetzt. Finanzielle Unterstützung gab es für das Projekt „Zerstörung von KLV in Kasachstan“.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 17.228 Euro erbracht.

Den Höhepunkt der österreichischen kulturellen Tätigkeit bildete das Konzert „Mozart im Orient“ an der Staatlichen Oper Almaty unter der Leitung von Nadja Kayali und Martin Kerschbaum, gefolgt von einer Vortragsreihe an verschiedenen Bildungseinrichtungen (14.–16. und 19.–22. Mai). Der künstlerische Leiter des Chors und Orchesters der Universität Wien, Vijay Upadhyaya, hielt am Kasachischen Nationalen Konservatorium in Almaty unter dem Motto „Musik als Brücke zwischen den Kulturen“ einen Workshop für Chor und Vokalmusik ab (31. Oktober bis 6. November). Darüber hinaus wurde im Kultur- und Wissenschaftsbereich die schwerpunktmäßige Zusammenarbeit auf dem Germanistiksektor unter besonderer Einbeziehung der Österreich-Bibliothek in Almaty fortgesetzt. Eine DaF-Praktikantin hielt einen zweiwöchigen Sommersprachkurs an der Ablai Khan Universität für internationale Beziehungen

Länderinformationen

und Weltsprachen in Almaty (5.–16. Juni). Anlässlich des 100. Geburtstages wurde eine Vortragsreihe über Erika Mitterer abgehalten (Almaty, 14.–19. Oktober); Die Tätigkeit der in Wallsee beheimateten österreichisch-zentralasiatischen Sommerakademie für Druckgrafik wurde unter kasachischer Beteiligung in Wallsee und Almaty fortgesetzt. Das Land Niederösterreich vergab an fünf kasachische StudentInnen Stipendien für einen jeweils vierwöchigen Sprachaufenthalt in St. Pölten. Botschafter i.R. Alfred Missong absolvierte eine Vortragsreise nach Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan (21.–31. Mai).

Die österreichischen Exporte betragen 157,0 Millionen Euro (32,8%), die Importe 655,40 Millionen Euro (28,1%).

Katar (Staat Katar), Doha

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Emir Sheikh Hamad Bin Khalifa Al-Thani	Sheikh Abdullah Bin Khalifa Al-Thani	Sheikh Hamad Bin Jassim Bin Jabr Al-Thani

ÖB: siehe Kuwait; **AHSt:** siehe Vereinigte Arabische Emirate

Die österreichischen Exporte betragen 56,69 Millionen Euro (73,9%), die Importe 712.000 Euro (-75,3%).

Kenia (Republik Kenia), Nairobi

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Mwai Kibaki	Raphael Tuju

Nairobi – **ÖB;** Mombasa – **HK;** **AHSt:** siehe Südafrika

Besuche aus Österreich: Abgeordnete zum Nationalrat Werner Fasslabend, Peter Schieder und Gabriela Moser, Teilnahme an der Tagung der Interparlamentarischen Union (Mai); Generalsekretär des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft Werner Wutscher, Teilnahme am Tagungsteil auf hoher Ebene der zwölften Vertragsstaatenkonferenz der Klimaschutzkonvention (14.–16. November). Eine von der WKÖ organisierte Wirtschaftsmission, an der rund 20 VertreterInnen österreichischer Firmen teilnahmen, Besuch in Nairobi (April). Sonderbeauftragter für Afrika Botschafter Georg Lennkh, Gipfel der ‚Große Seen Konferenz‘, Treffen mit zahlreichen Außenministern (Demokratische Republik Kongo, Malawi, Zentralafrikanische Republik, Kenia, Burundi, Rwanda, Südafrika, Tanzania) (11.–16. Dezember).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 1,53 Millionen Euro erbracht.

Im April fand eine Gruppenausstellung junger österreichischer Avantgarde-KünstlerInnen unter dem Titel „Economy Class“ in Nairobi statt. Am 15. Europäischen Filmfestival (Mai) nahm Österreich mit dem Film „Welcome Home“ von Andreas Gruber teil. In Zusammenarbeit mit der österreichischen Hilfsorganisation „Licht für die Welt“ und der Lomographischen Gesellschaft fand eine Buchpräsentation und die erstmalige Aufstellung einer Lomowall in Kenia – zusammengesetzt aus Bildern einer lokalen Augenklinik – statt (September). Zudem kamen zwei österreichische Violinisten und ein Dirigent zu mehreren Konzerten mit dem lokalen Nairobi Orchester und im Zusammenhang mit dem Mozartjahr nach Kenia.

Der kenianische AIDS-Aktivist Muraad Abdulkarim Saad erhielt im Dezember den „UN Vienna Civil Society Award“ für sein Engagement zur Drogenprävention.

Die österreichischen Exporte betragen 17,73 Millionen Euro (162,9%), die Importe 5,60 Millionen Euro (88,9%).

Anhang

Kirgisistan (Kirgisische Republik), Bischkek

Staatsoberhaupt
Kurmanbek Bakijew

Regierungschef
Felix Kulow

Außenminister
Alikbek Dschechschenkulow

Wien – **ÖB**; **AHSt**: siehe Russland; **GK Moskau** teilweise zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche in Österreich: Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses, Karganbek Samakow, Teilnahme an der Konferenz über den Internationalen Strafgerichtshof (Salzburg, 28.–30. Mai); Delegation unter der Leitung des Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission der Kirgisischen Republik, Tuigunaaly Abdraimow, Gespräche im Bundesministerium für Inneres (16.–19. Oktober).

Im Rahmen eines Projekts des Know-How-Transfer Zentrums des Städtebundes wurde ein Seminar über die lokale Selbstverwaltung für eine Gruppe von BürgermeisterInnen aus Kirgisistan abgehalten (19.–24. November). Zwei Vertreterinnen aus Kirgisistan nahmen an der vom Friedenzentrum Stadtschlaining organisierten „Summer Academy on OSCE“ teil (Stadtschlaining, 26. Juni bis 8. Juli).

Außerdem unterstützte das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten unter anderem zwei Polizeiprojekte in Kirgisistan mit insgesamt 213.000 Euro, ein Projekt des Hochkommissars für Nationale Minderheiten mit 100.000 Euro sowie ein Anti-Korruptionsprojekt mit 9.500 Euro.

Die stellvertretende Leiterin der OSZE-Mission in Bischkek ist eine Österreicherin.

Das unter der Leitung des Bundesministeriums für Inneres durchgeführte EU-Programm BOMCA, dessen lokales Büro sich in Bischkek befindet, wurde fortgesetzt.

Acht Vertreter aus Kirgisistan nahmen an dem vom Bundesministerium für Landesverteidigung veranstalteten und vom Generalstab des Schweizerischen Verteidigungsministerium und dem Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF) finanziell unterstützen Workshop zum Thema „Defence Building: The Public Dimension“ teil (Reichenau, 10.–13. November).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 44.022 Euro erbracht.

Die Tätigkeit der in Wallsee beheimateten österreichisch-zentralasiatischen Sommerakademie für Druckgrafik wurde unter kirgisischer Beteiligung in Wallsee und Bischkek fortgesetzt. Im Rahmen eines Zentralasienprojekts hielt die Regisseurin Nadja Kayali einen Vortrag über Mozart an der Arabajew Universität (Bischkek, 18. Mai). Eine DaF-Praktikantin hielt einen Sommerkurs für Deutschlehrer an der Arabajew Universität in Bischkek ab (22. Mai bis 2. Juni). Werke des kirgisischen Künstlers Shailo Djekshenbajew wurden im Rahmen des Projekts „Fotografie des Monats“ in der Galerie basement (Wien, 3.–25. November) sowie in der Ausstellung „Steppen der Stadt“ in der Galerie auf der Pawlatsche gezeigt (Wien, 5. Dezember 2006 bis 7. Jänner 2007).

Die österreichischen Exporte betragen 2,37 Millionen Euro (86,4%), die Importe 161.000 Euro (-49,9%).

Länderinformationen

Kiribati

(Republik Kiribati), Tarawa

Staatsoberhaupt; Regierungschef und Außenminister
Anoté Tong

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Importe betragen 2.000 Euro (-34,8%).

Kolumbien

(Republik Kolumbien), Bogotá

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Álvaro Uribe Vélez

Außenministerin
María Consuelo Araujo
(seit 7. August)

Bogotá – **ÖB**; Barranquilla, Cali, Cartagena, Medellín, San Andrés – **HK**; **AHSt:** siehe Venezuela

Besuche aus Österreich: Nationalratspräsident Andreas Kohl, Treffen mit Vizepräsident Francisco Santos am Rande der Amtseinführung der chilenischen Präsidentin Michelle Bachelet (Santiago de Chile, 10. und 11. März); Delegation des Klimabündnisses Vorarlberg, der auch die Abgeordnete zum Nationalrat Sabine Mandak angehörte, Gespräche mit Vizepräsident Francisco Santos, dem Vorsitzenden der kolumbianischen Bischofskonferenz und VertreterInnen der VN sowie Besuch einer Reihe der vom Klimabündnis unterstützten Projekte in Bogotá und dem Departement Choco (Februar).

Besuche in Österreich: Vizepräsident Francisco Santos Calderón, Außenministerin Carolina Barco Isackson und Handelsminister Jorge Humberto Botero, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik in Wien (Mai).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 357.208 Euro erbracht.

Den kulturellen Höhepunkt stellte das Gastspiel des Burgtheaters mit der Produktion Babel beim iberoamerikanischen Theaterfestival in Bogotá dar (April). In den Alpen in Pereira wurde eine Ausstellung zu moderner Architektur gezeigt (März). An einer Privatuniversität in Barranquilla fand eine Europawoche mit Österreich als Schwerpunktthema mit einem Seminar zu Elfriede Jelinek und Vorträgen von Univ.-Prof. Gerhard Drekonja vom Institut für außereuropäische Geschichte der Universität Wien statt (März). Österreich nahm an dem in Bogotá und anderen größeren Städten Kolumbiens laufenden EU-Filmfestival mit dem Spielfilm „Nordrand“ sowie einem Stummfilmklassiker teil (April und Mai). Die Neuen Wiener Concert Schrammeln gaben drei Konzerte in Bogotá sowie in Tunja (September). Das Kammerquintett Mozart 06 konzertierte zweimal in Bogotá (November). Zum Abschluss des Mozartjahres fanden Konzerte in Bogotá und Medellín mit Werken Mozarts statt, die er für die Freimaurer komponierte (Dezember). Der Zyklus wurde von Juan José Lopera, einem Opersänger österreichisch-kolumbianischer Staatsbürgerschaft, mit kolumbianischen MusikerInnen erarbeitet. Die Ausstellungen „W. A. Mozart“ von Eleonor und Ernst Friedrich sowie „Mozarts Spuren in Wien“ rundeten den Mozartschwerpunkt ab (November und Dezember). Im Rahmen der universitären Kooperation (Jesuitenuniversität Cali/Universität Linz; Technische Universität Wien/Nationaluniversität Bogotá; Fachhochschule Johanneum/Universität Externado Bogotá) fanden Studentenaustauschprogramme statt. sechs ÖsterreicherInnen absolvierten ein Praktikum am internationalen Agrarforschungsinstitut in Cali.

Österreich war mit einem Gruppenstand bei der Internationalen Industriemesse in Bogota vertreten.

Anhang

Die österreichischen Exporte betragen 68,24 Millionen Euro (75,9%), die Importe 22,84 Millionen Euro (41,6%).

Komoren (Union der Komoren), Moroni

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Ahmed Abdallah Sambli

Außenminister
Ahmed Ben Said Jaffar

ÖB: siehe Kenia – **HK; AHSt:** siehe Südafrika

Die österreichischen Exporte betragen 32.000 Euro (100%), die Importe 121.000 Euro (-24,1%).

Kongo (Republik Kongo), Brazzaville

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Denis Sassou-Nguesso

Außenminister
Rodolphe Adada

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Besuche in Österreich: Außenminister Rodolphe Adada, Teilnahme am Dialog-Treffen der AU mit der EU (Mai).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 23.943 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 9,82 Millionen Euro (36,9%), die Importe 536.000 Euro (-51,7%).

Demokratische Republik Kongo (Demokratische Republik Kongo), Kinshasa

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Joseph Kabila

Außenminister
Raymond Ramazani Baya

ÖB: siehe Kenia; Kinshasa – **HK; AHSt:** siehe Nigeria

Unter den etwa 2.000 internationalen Beobachtern, die die im Juli bzw. Oktober abgehaltenen Parlaments- und Präsidentenwahlen begleiteten, befanden sich acht Österreicher.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 9.628 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 2,05 Millionen Euro (118,5%), die Importe 245.000 Euro (-34,8%).

Demokratische Volksrepublik Korea (Demokratische Volksrepublik Korea), Pjöngjang

Staatsoberhaupt (informell) Regierungschef
Kim Jong Il Pak Pong Ju
(in seiner Eigenschaft als
Vorsitzender der Nationalen
Verteidigungskommission)

Außenminister
Paek Nam Sun

ÖB, KF und AHSt: siehe China

Länderinformationen

Vom 19.–25. Juni wurde in der Yunisang Hall in Pjöngjang unter dem Titel „Bridge of Cultures“ – „Image Transfers“ eine Fotoausstellung mit Arbeiten des Wiener Fotografen Luca Faccio gezeigt, die das Ergebnis einer Zusammenarbeit mit nordkoreanischen Studenten in Wien war.

Die Wirtschaftsbeziehungen bewegten sich weiterhin auf sehr niedrigem Niveau. Die österreichischen Exporte betragen 1,92 Millionen Euro (23,0%), die Importe 985.000 Euro (68,0%).

Korea (Republik Korea), Seoul

Staatsoberhaupt Roh Moo-hyun	Regierungschefin Han Myung-sook (seit 20. April)	Außenminister Song Min-soon (seit 1. Dezember)
---------------------------------	--	--

Seoul – ÖB, AHSt; Busan – HK

Besuche aus Österreich: Vorsitzender der Österreichisch-südkoreanischen parlamentarischen Freundschaftsgruppe, Abgeordneter zum Nationalrat Werner Amon (2.–4. Mai), Treffen unter anderem mit Außenminister Ban Ki-moon und dem Minister für Bildung und Menschliche Ressourcen, Vize-Premierminister Kim Yin-pyo. Generaldirektor Wilfried Seipel (21. und 22. Mai) zur Vorbereitung einer Ausstellung des Kunsthistorischen Museum Wien.

Besuche in Österreich: Kwon Tae-shin, Zweiter Vize-Minister für Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten, nahm als Vertreter der Republik Korea am ASEM-Finanzministertreffen teil (8. und 9. April).

In New York fand ein bilaterales Arbeitsgespräch von Bundesministerin Ursula Plassnik mit Außenminister Ban Ki-moon am Rande der VN-GV statt (21. September).

Das „11th International Environment Art Symposium“ der „Nine Dragon Heads Foundation“ wurde unter Teilnahme der österreichischen Künstlern Alois Schild und James Clay durchgeführt (13.–24. April). Dieses internationale Kunstfestival fand zum Teil in der Stadt Cheongju und heuer erstmalig auch in der Demilitarisierten Zone zwischen Nord- und Südkorea sowie am Geumgangsán, einer organisatorisch von der Republik Korea geführte Sonder-Tourismuszone in der Demokratischen Volksrepublik Korea, statt. Unter dem Motto „Change Concept“ sollen zukunftsorientiert neue Bereiche der Kunst erschlossen werden.

Im Rahmen des Mozartjahres wurden Ausstellungen von kalligrafisch übermalten Mozartpartituren in den Städten Yoncheon, Kumsan und Mosan gezeigt (23. September bis 29. Oktober), die Ausstellungseröffnung fand im Beisein des Künstlers Prof. Ernst Friedrich statt, der im Cyan Museum in Yoncheon auch eine Malwerkstatt aufbaute.

Musikalisch war die kulturelle Landschaft stark geprägt von den vielfältigen Feierlichkeiten anlässlich des 250. Geburtstags von Wolfgang Amadeus Mozart; zahllose Veranstaltungen in Korea, wo Mozart einen ganz besonderen Stellenwert genießt, waren ihm gewidmet.

Der „Mozartchor“ der „Wiener Sängerknaben“ sang in den Städten Seoul, Busan, Daegeon, Suwon, Goyang und Cheonan (7.–21. Jänner). Am eigentlichen Geburtstag Mozarts, dem 27. Jänner, fand ein Galakonzert als „offizielles Mozart-Geburtstagskonzert in Korea“ unter der Leitung von Prof. Shin Soojung in der „Mozart Concert Hall“ in Seoul statt.

Ebenfalls mit Schwerpunkt auf das Mozartjahr fand in der KUMHO Cultural Foundation in Seoul die „First Salzburg Week“ (13.–19. Februar) statt. Sie bestand aus insgesamt sieben Konzerten, aus Österreich waren dabei fünf Musiker angereist. Die Veranstaltung soll institutionalisiert von nun an jährlich in Salzburg und Seoul stattfinden.

Unter dem Titel „The Complete Mozart Concertos“ wurde anlässlich des Mozartjahres vom Sejong Center in Seoul eine insgesamt 15 Konzerte umfassende Veranstaltungsreihe organisiert, welche bereits im Jahr 2005 begann und heuer fortgesetzt wurde (14. März, 4. April, 9. Mai, 13. Juni, 5. September, 10. Oktober und 12. Dezember).

Anhang

Die 2002 gegründete Joseph Haydn-Gesellschaft veranstaltete zwei Konzerte mit dem „Seoul Academy Ensemble“ (15. März und 8. Juni), im Rahmen der Feierlichkeiten zum Mozartjahr 2006 wurden beide Konzerte mit Werken von Wolfgang Amadeus Mozart eröffnet.

Ebenfalls aus Anlass des Mozartjahres fanden Konzerte in der Stadt Cheongju (19. April) und in Daejon (20. April) unter der Leitung des österreichischen Dirigenten Gerhard Lessky statt, nämlich mit dem Cheongju Philharmonic Orchestra und Pan Philharmonic Orchestra in Daejon.

Die Schubert-Gesellschaft in der Republik Korea veranstaltete traditionell ein Frühjahrs- und ein Herbstkonzert in Seoul (29. Mai und 25. November).

Das 14-köpfige Ensemble „SoundINNBrass-AUSTRIA“ nahm heuer zum zweiten Mal am Brass („Summer Band“-)Festival auf der Insel Jeju teil. Bei dem Festival (12.–20. August) waren Gruppen aus der ganzen Welt vertreten, die österreichische Künstlergruppe spielte in vier Konzerten, unter anderem Werke von Mozart und Strauss.

Die Wiener Philharmoniker, dirigiert von Valery Gergiev, spielten im Seoul Art Center (21. September) und vor mehr als 30.000 ZuseherInnen im Sang Am World Cup Stadion in Seoul (22. September).

Im Rahmen des Dritten EU-Filmfestivals in Seoul (11.–17. Mai) wurde der österreichische Film „Ikarus“ ausgestrahlt.

Die „Asiatische Germanistentagung 2006“, ein alle drei Jahre stattfindendes, von asiatischen GermanistInnen initiiertes Symposium, wurde heuer in Seoul abgehalten (28.–31. August). Seit der ersten Veranstaltung in Berlin im Jahre 1991 wechseln sich die Austragungsländer Korea, China und Japan ab. Korea war bereits zum zweiten Mal Gastgeber dieser Veranstaltung, davor 1997. Mit dem Kernthema der diesjährigen Veranstaltung „Kulturwissenschaftliche Germanistik in Asien“ befassten sich insgesamt 250 WissenschaftlerInnen aus 23 Staaten, darunter auch die österreichischen TeilnehmerInnen Herbert Arlt und Ruslana Berndl.

Die außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und der Republik Korea entwickelten sich weiterhin dynamisch, die Schwelle von einer Milliarde Euro im beidseitigen Handelsvolumen war bereits erstmals im Jahr 2004 überschritten worden.

Die österreichischen Exporte betragen 554,36 Millionen Euro (17,7%), die Importe 759,68 Millionen Euro (-7,6%).

Kroatien (Republik Kroatien), Agram

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Stjepan Mesić	Ivo Sanader	Kolinda Grabar-Kitarović

Agram – **ÖB, KF, AHSt**; Rijeka – **HK**; Split – **HK**; Dubrovnik – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer, Privatbesuch bei Präsident Stjepan Mesić (Dubrovnik, 24. und 25. November); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Teilnahme an der Eröffnung des 2. Crans-Montana-Forums (5. April); Bundesministerin Ursula Plassnik, Gespräche mit Präsident Stjepan Mesić, Außenminister Kolinda Grabar-Kitarovic und Abgeordneten des Sabor sowie Auszeichnung durch den Kroatisch-Österreichischen Freundschaftsverein (15. November); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, Teilnahme an einer vom kroatischen Ministerium für Gesundheit und Soziales organisierten Konferenz über Telekommunikation im Gesundheitswesen, (Bjelooasica, 1. Februar), Teilnahme an einer Konferenz von Ministerinnen aus Südosteuropa (Dubrovnik, 5. und 6. Juli); Bundesministerin Karin Gastinger, Arbeitsbesuch, (28. März); Bundesminister Günther Platter, Arbeitsbesuch, (10. Mai); Staatssekretär Hans Winkler, Gespräche mit Staatssekretär Hido Bišćević und Abgeordneten des Sabor (19. und 20. Februar), Teilnahme an der SEECF-Konferenz, (Dubrovnik, 6.–8. Juli 2006); Staatssekretär Alfred Finz, Abschluss des unter österreichischer Leitung durchgeführten CARDS-Projekts „Inegriertes

Länderinformationen

Grenzmanagement“ (3. Mai); Staatssekretär Franz Morak, Gespräche mit Kulturminister Božo Biškupić sowie Überreichung des kroatischen „Fürst-Branimir-Orden am Band“ durch Premierminister Ivo Sanader (20. Dezember); Bürgermeister und Landeshauptmann Michael Häupl, Gespräche mit dem Zagreber Bürgermeister Milan Bandić sowie Teilnahme an einer von der WKÖ organisierten Immobilienkonferenz (28. März); Abgeordneter zum Nationalrat Gerald Hauser, Werbeveranstaltung für Osttirol (3. und 4. Dezember); Landtagsabgeordneter und Gemeinderat Andreas Schieder, Vorbereitung von Wien-Tagen (13. Jänner); Stadtrat Rudolf Schicker, Wien-Tage (19.–21. Februar), Verkehrssymposium Rijeka & Wien (Rijeka, 12. und 13. März); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Gespräche mit Staatssekretär Hido Bišćević und Abgeordneten des Sabors (27. September); Generalstabschef General Roland Ertl, informeller Besuch und Gespräche mit dem kroatischen Generalstabschef Josip Lučić (Brioni, 16. bis 23. Juli), Dekan der Fakultät für Philosophie und Bildungswissenschaft der Universität Wien Peter Kampits, Symposium zum Thema „Mitteleuropa – Fragen der kulturellen Identität“ (Dubrovnik, 28. September bis 1. Oktober).

Besuche in Österreich: Parlamentspräsident Vladimir Šeks, Gespräche mit Nationalratspräsident Andreas Khol (20. und 21. Februar); Premierminister Ivo Sanader, Teilnahme am EU-LAC-Gipfel (12. Mai), Treffen der osteuropäischen Regierungschefs (Salzburg, 31. Juli und 1. August); Außenministerin Kolinda Grabar-Kitarović, Teilnahme an der Westbalkan-Konferenz, (Salzburg 10. und 11. März); Finanzminister Ivan Šuker, Privatbesuch anlässlich Davis-Cup (Graz, 10. Februar 2006); Minister für Seewesen, Tourismus und Verkehr Božidar Kalmeta, informelles Treffen der EU-VerkehrsministerInnen (Bregenz, 9. und 10. März), Teilnahme an der von der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft organisierten Luftfahrt-Konferenz (Salzburg, 4. und 5. Mai); Innenminister Ivica Kirin, Teilnahme an der Ministerkonferenz „The Role of Internal Security in Relations between the EU and its Neighbours“ (4. und 5. Mai); Staatssekretär für Seewesen Ivo Bačić, Teilnahme am Europäischen Binnenschiffahrtskongress (13.–15. Februar); Staatssekretär für Verkehr Dražen Breglec, Teilnahme am informellen Treffen der EU-VerkehrsministerInnen, (Bregenz, 9. und 10. März), Teilnahme an der von der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft organisierten Luftfahrt-Konferenz (Salzburg, 4. und 5. Mai).

Bilaterale Konsularkonsultationen (Wien, 27. und 28. Juni) und zwei Verhandlungsrunden über ein bilaterales Polizeiabkommen (Wien, 28. und 29. Juni und Zagreb, 11. und 12. Oktober) fanden statt. Am 1. August trat das bilaterale Katastrophenschutzabkommen in Kraft.

Das nach einer Entscheidung des kroatischen Verfassungsgerichtshofes, dass auch Ausländer grundsätzlich Anspruch auf Entschädigungen für Enteignungen haben, im November 2005 paraphierte bilaterale Entschädigungsabkommen wurde nicht unterzeichnet, da Kroatien nunmehr eine alle Ausländer umfassende generelle gesetzliche Regelung in Aussicht nimmt.

Die vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten finanzierte wirtschaftspolitische Beratung des kroatischen Präsidenten und seines Kabinetts durch das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) wurde fortgesetzt, und ein neuer Vertrag in Höhe von 76.320 Euro für die Jahre 2007 und 2008 unterzeichnet. Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten stellte im Rahmen der Aktivitäten der OSZE 12.300 Euro für den Ankauf von landwirtschaftlichen Maschinen für Dorfgemeinschaften in der Region Gospić zur Verfügung.

Zahlreiche österreichische ExpertInnen waren im Rahmen von EU-Twinning-Projekten im Einsatz.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 96.028 Euro erbracht.

Im Rahmen der traditionellen Zusammenarbeit Österreichs mit Kroatien im Bereich Kultur führte das KF Zagreb sowohl als (Ko-)Veranstalter, als auch als direkter Projektförderer Veranstaltungen in den Bereichen Kultur, Bildung und Wissenschaft durch. Im Mozart- und Freud-Jahr 2006 standen dabei neben der Fortsetzung jährlich wiederkehrender Großereignisse (Neujahrskonzerte, zahlreiche Festivals in allen Kunst- und Kultursparten) sowie einigen besonderen Höhepunkten des österreichischen kulturellen Lebens (Wiener Philharmoniker, Wiener Burgtheater, Wiener Sängerknaben) vor allem den beiden großen Jubilaren gewidmete Kulturveranstaltungen im Vordergrund. Mitte des Jahres wurde die Modernisierung des KF (verstärkte

Anhang

Öffentlichkeitsarbeit mit unter anderem einer neuen Website www.kulturforum-zagreb.org begonnen. Mediale Resonanz erfuhren unter anderem ein Mozart-Vortrag in der größten staatlichen Justizanstalt in Kroatien (Lepoglava), die Aufführung des Mozart-Requiems in der Kirche in Vukovar anlässlich des 15. Jahrestages der Belagerung der Stadt, Ausstellungen bzw. Kongresse im Bereich der Architektur sowie Darbietungen prominenter zeitgenössischer österreichischer Kulturschaffender, etwa des Jazzmusikers Karlheinz Miklin. In Kroatien sind derzeit vier österreichische Lektoren (Zagreb, Rijeka, Osijek, Zadar), die neben ihrer Lehrtätigkeit mitunter aktive kulturelle Tätigkeiten entfalten, und eine österreichische Bildungsbeauftragte tätig.

Die 1. Tagung der Gemischten Kommission in Durchführung des bilateralen Abkommens über kulturelle Beziehungen zwischen der Republik Österreich und der Regierung der Republik Kroatien wurde abgehalten (Zagreb, 10. und 11. Oktober).

Eine Wirtschaftsmission fand unter der Leitung der Präsidentin der WKÖ Wien, Brigitte Jank, statt (9. und 10. Oktober).

Österreich ist größter Auslandsinvestor in Kroatien. Die österreichischen Exporte betragen 1.320,21 Millionen Euro (7,9%), die Importe 633,28 Millionen Euro (21,6%).

Kuba (Republik Kuba), Havanna

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Fidel Castro Ruz

Außenminister
Felipe Pérez Roque

Havanna – **ÖB, AHSt:** siehe Mexiko

Besuche aus Österreich: Sonderemissär Peter Jankowitsch, Teilnahme am 14. Blockfreiengipfel (8.–16. September) und Gespräch mit Parlamentspräsident Ricardo Alarcón de Quesada.

Besuche in Österreich: Justizminister Roberto Díaz Sotolongo, Teilnahme am VIII. hochrangigen Treffen des Koordinations- und Kooperationsmechanismus in Drogenfragen zwischen der EU und den Ländern Lateinamerikas und der Karibik (6. und 8. März) sowie Arbeitsgespräch mit Bundesministerin Karin Gastinger.

Beim IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik in Wien im Mai war Kuba durch Vizepräsident Carlos Lage Dávila und Außenminister Felipe Pérez Roque vertreten.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 21.900 Euro erbracht.

Im Kulturbereich wurden die Wanderausstellungen „Wolfgang A. Mozart“ von Eleonor und Ernst Friedrich und Andrew Stewart und „Mozarts Spuren in Wien“, die Fotoausstellung „Hombre y Mujer“ von Wolfgang Bogner und die Richard Neutra-Ausstellung „Modernidad Tropical, La Casa Schulthess“ erfolgreich präsentiert. Ruth Aspöck, Irene Wondratsch und Monika Schwarz nahmen an der XV. Internationalen Buchmesse Havanna teil. Eva Schmidt und Josef Bucek hielten an der Universität Havanna ein Seminar zum Thema „Österreichische Literatur nach 1945“.

Eine Delegation des Österreichischen Instituts für Raumplanung und der Stadt Wien unternahm eine Studienreise nach Havanna (26. Oktober bis 2. November).

Ein Doppelbesteuerungsabkommen trat am 12. September in Kraft.

Die österreichischen Exporte betragen 4,22 Millionen Euro (46,1%), die Importe 2,39 Millionen Euro (-14,4%).

Länderinformationen

Kuwait

(Staat Kuwait), Kuwait

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Emir Sheikh Sabah	Sheikh Nasser	Sheikh Mohammed
Al-Ahmed Al-Jaber	Al-Mohammed Al-Ahmed	Al-Sabah Al-Salem
Al-Sabah	Al-Sabah	Al-Sabah

Kuwait – **ÖB, AHSt:** siehe Vereinigte Arabische Emirate

Die österreichischen Exporte betragen 85,22 Millionen Euro (31,4%), die Importe 293.000 Euro (-17,6%).

Laos

(Demokratische Volksrepublik Laos), Vientiane

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Choummaly Sayasone	Bouasone Bouphavanh	Thongloun Sisoulith
(seit 8. Juni)	(seit 8. Juni)	(seit 8. Juni)

ÖB, AHSt: siehe Thailand

Besuche aus Österreich: Eine österreichische Wirtschaftsmission unter Leitung von Botschafter Arno Riedel, Gespräche mit Landwirtschaftsminister Sitaheng Rasphon, Transportminister Sommath Pholsena, Vize-Gesundheitsminister Vongvichit und dem Gouverneur der Zentralbank Phouphet Khamphouvong (25.–27. September).

Im Rahmen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit standen Stipendien für WissenschaftlerInnen und ForscherInnen aus Laos zur Verfügung.

Die österreichischen Exporte betragen 18.000 Euro (-35,1%), die Importe 3,76 Millionen Euro (7,8%).

Lesotho

(Königreich Lesotho), Maseru

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Letsie III.	Bethuel Pakalitha Mosisili	Monyane Moleleki

ÖB, AHSt: siehe Südafrika

Besuche in Österreich: Stellvertretender Minister für Justiz, Menschenrechte und Verfassungsfragen Mothetjoa Metsing, Teilnahme an der Gemeinsamen Parlamentarischen Versammlung der EU und AKP-Staaten (Juni).

Die ÖB unterstützte die Vergrößerung der Bühne für das seit 1999 bestehende Morija Festival. Das Festival fördert junge KünstlerInnen und dient der Armutsbekämpfung durch verstärkten Tourismus.

Die österreichischen Exporte betragen 16.000 Euro (100%).

Lettland

(Republik Lettland), Riga

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Vaira Vike-Freiberga	Aigars Kalvitis	Artis Pabriks

Anhang

Riga – **ÖB, HK, Außenstelle der AHSt Helsinki (AHSt: siehe Finnland)**

Besuche aus Österreich: Delegation aus Vorarlberg unter Leitung von Landtagspräsident Gebhard Halder (Mai); Landeshauptmann Josef Pühringer mit Delegation (Mai); FPÖ Delegation (Juni); Besuch von 50 RichteramtswärterInnen (30. September bis 7. Oktober); Bundesminister a.D. Alois Mock und Delegation, Besuch zwecks Überreichung des Coudenhove-Kalergi-Preises an Staatspräsidentin Vaira Vike-Freiberga (19. Oktober).

Besuche in Österreich: Im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft hielten sich einerseits fast alle Regierungsmitglieder in Österreich auf, andererseits auch Staatspräsidentin Vaira Vike-Freiberga bei „Sound of Europe“ (Salzburg, 26. Jänner), beim EU-LAC-Gipfel (Mai) und anlässlich der Entgegennahme des „Kleinstaatenspreises“ (Salzburg, Juni); Dagnija Stake, Teilnahme am informellen Treffen der Beschäftigungs- und SozialministerInnen (Villach, 19.–21. Jänner); Stellvertretender Staatssekretär Rinalds Mucins, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen (24. Februar); Verkehrsminister Ainars Slesers, Teilnahme am informellen Treffen der VerkehrsministerInnen (2. und 3. März); Verteidigungsministerin Linda Mürniece, Teilnahme am informellen Treffen der VerteidigungsministerInnen (6. und 7. März); Außenminister Artis Pabriks, Teilnahme am informellen Treffen der AußenministerInnen (10. und 11. März); Bildungsministerin Ina Druviete und Staatssekretärin Kristine Jarinovska, Teilnahme an der Konferenz der BildungsministerInnen (16. und 17. März), Stellvertretende Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium Ilga Preimate und Leiterin der Tourismusabteilung im Wirtschaftsministerium Aira Andriksone, Teilnahme an der Europäischen Tourismuskonferenz (20. und 21. März); Ainars Bastiks, Teilnahme am informellen Treffen der JugendministerInnen (Bad Ischl, 29.–31. März); Finanzminister Oskars Spurdzins, Staatssekretärin Irena Krumane und Landeshauptmann Ilmars Rimsevics, Teilnahme am informellen Treffen der Wirtschafts- und FinanzministerInnen (7. und 8. April) und Teilnahme am ASEM Finanzministertreffen (8. und 9. April); Stellvertretende Parlamentssprecherin Vineta Muizniece, stellvertretende Staatssekretärin Agrita Groza und stellvertretender Vorsitzender des Komitees für Europäische Angelegenheiten Dzintars Rasnacs, Teilnahme an der Konferenz „Soziale Dienstleistungen“ (20. April); Wirtschaftsminister Aigars Stokenbergs, Stellvertretende Staatssekretärin für EU und Internationale Angelegenheiten Zaiga Liepina, Stellvertretende Staatssekretärin Astrida Burka, Ministerin für Bildung und Wissenschaft Baiba Rivza, Teilnahme am informellen Treffen der MinisterInnen für Wettbewerbsfähigkeit (20.–22. April); Gesundheitsminister Gundars Berzins, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen (25. und 26. April); Staatspräsidentin Vaira Vike-Freiberga, Stellvertretender Staatssekretär Edgars Skuja und Ministerin für Sonderangelegenheiten in Fragen der E-Verwaltung Ina Gudele, Teilnahme am IV. EU-LAC-Gipfel (11.–13. Mai); Minister für Umwelt Raimonds Vejonis, Teilnahme am informellen Treffen der UmweltsministerInnen (19.–21. Mai); Außenminister Artis Pabriks, Teilnahme am Treffen von Klosterneuburg (27. und 28. Mai); Landwirtschaftsminister Martins Roze, Teilnahme am informellen Treffen der LandwirtschaftsministerInnen (28.–30. Mai).

Im Rahmen der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft wurden Essen mit Außenminister Artis Pabriks, Wirtschaftsminister Aigars Stokenbergs, Ministerpräsident Aigars Kalvitis, Staatspräsidentin Vaira Vike-Freiberga und EU Kommissar Andris Piebalgs gegeben. Weitere Veranstaltungen: Café d'Europe und Vorträge in der Vertretung der Europäischen Kommission, an der Universität Riga und vor Schülerdelegationen.

Folgende Kulturveranstaltungen wurden durchgeführt: Symposium „Widerstand gegen die Sowjetherrschaft“ (vom 9.–13. Jänner); Konzert des österreichischen Ensembles „Armonico Tributo“ im Rahmen des Bachfestivals (31. März); Sonderprojekt „Trajectories“ (März bis Juni); Chorvereingung „Jung Wien“ (17. Mai); Medienkunstsymposium „Artists against Technology Standards“ (5.–11. Juni); 7. Internationale Nordische Germanistentagung (7.–11. Juni); Flötenkonzert Dieter Flury, Wiener Philharmoniker (14. Juni); Avantgardemusik und -filmfestival „Klangwald“ (8. und 9. September); Internationale Konferenz österreichischer Literatur (28.–30. September); Internationale Konferenz 150 Jahre Freud (29. und 30. September); Ausstellung 150 Jahre Freud (September bis November); Tagung der baltischen Deutschlehrer (12.–14. Oktober);

Länderinformationen

Benefizkonzert Anne-Sophie Mutter (19. Oktober); Konzert des Lettischen Nationalen Sinfonieorchesters mit einem Mozart-Programm, dirigiert von Ernst Theis, die Geige spielte Xi Chao Chen (26. Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 159,75 Millionen Euro (48,1%), die Importe 22,20 Millionen Euro (5,3%).

Libanon (Libanesische Republik), Beirut

Staatsoberhaupt
Emile Lahoud

Regierungschef
Fouad Siniora
(seit 20. Juli)

Außenminister
Fawzi Salloukh
(reichte am
11. November den
Rücktritt ein, der von
Ministerpräsident Siniora
nicht akzeptiert wurde;
seitdem keine Ausübung der
Funktion als Außenminister)

Beirut – **ÖB**; **AHSt**: siehe Syrien; Saida – **HK**

Besuche in Österreich: Amtierender libanesischer Innenminister Ahmad Fatfat, Teilnahme an einer über Initiative der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft einberufenen Innenministerkonferenz zu den Themenbereichen Asyl und Migration, organisierte Kriminalität und Korruption sowie Terrorismusbekämpfung (4. und 5. Mai).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 425.799 Euro erbracht.

Unter dem Ehrenschutz des libanesischen Ministerpräsidenten Siniora veranstaltete die Österreichische Botschaft Beirut im Festsaal des „Grand Serail“ (Amtssitz des Ministerpräsidenten) ein dem Wiener Neujahrskonzert nachempfundenes Konzert des libanesischen Sinfonieorchesters unter Leitung des österreichischen Dirigenten Robert Lehrbaumer mit Werken der Strauss-Dynastie (13. Jänner). An der Veranstaltung nahmen rund 750 geladene Gäste, darunter Ministerpräsident Siniora, zahlreiche Regierungsmitglieder, Abgeordnete, Botschafter und Persönlichkeiten des libanesischen Wirtschafts-, Kultur- und Gesellschaftslebens teil.

Im Rahmen des dem Mozartjahr gewidmeten Al Bustan Festivals wurde den Wiener Kammersolisten und dem Mozarteumsquartett Reisekostenunterstützungen gewährt sowie ein Vortrag von Nadja Khayali mit Musikbeispielen über „Mozart und der Orient“ und eine Ausstellung über „Mozarts Spuren in Wien“ veranstaltet. Ebenfalls im Rahmen des Mozartjahrs erhielten das Salzburger Duo „Nota Bene“ und zwei österreichische Gesangssolistinnen Reisekostenunterstützungen für Konzertabende vom 8.–26. Mai.

Eine weitere Reisekostenunterstützung erfolgte für das österreichische Ensemble Marwan Abado, welches im Rahmen des IRAB-Festivals für arabische Musik auftrat (5. und 6. April).

Wegen des Kriegsausbruchs im Sommer musste das vorgesehene Kulturprogramm für die zweite Jahreshälfte storniert werden.

Die österreichischen Exporte betragen 32,12 Millionen Euro (24,4%), die Importe 2,46 Millionen Euro (94,9%).

Anhang

Liberia

(Republik Liberia), Monrovia

Staatsoberhaupt und Regierungschefin
Ellen Johnson-Sirleaf

Außenminister
George Wallace, Jr.
(seit 16. Jänner)

ÖB: siehe Senegal; **AHSt:** siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betragen 1,24 Millionen Euro (-30,8%), die Importe 19.000 Euro (-81,4%).

Libyen

(Große Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija), Tripolis

Staatsoberhaupt
Oberst Muammar
Al Gaddafi

Regierungschef
Al-Baghdadi
Ali al-Mahmudi
(seit 6. März)

Außenminister
Abderrahman Mohamed
Chalgham

Tripolis – **ÖB, AHSt**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Teilnahme an der EU-Afrikanischen Konferenz über Migration und Entwicklung (22. und 23. November). Wirtschaftsdelegation der WKÖ (8.–11. April). Sonderbeauftragter für Afrika Botschafter Georg Lennkh, AU-Migrationskonferenz (20. -24. November).

Besuche in Österreich: Innenminister Salih Rajab Al-Mismari: Teilnahme an der Ministerkonferenz „Die Innere Sicherheit als Element in den Beziehungen der EU mit ihren Nachbarn“, Treffen mit Bundesministerin Liese Prokop, Expertengespräche über den Entwurf eines Polizeikooperationsabkommens zwischen Österreich und Libyen (7. und 8. November).

Österreich war auf der Internationalen Messe Tripolis mit einem eigenen Pavillon sowie Firmen vertreten (2.–12. April).

Aus Anlass des Mozartjahres und des EU-Ratsvorsitzes veranstaltete die Botschaft das Konzert Audience with Mozart (23. Mai) und einen Workshop mit dem Concilium Musicum (24. Mai).

Die österreichischen Exporte betragen 59,82 Millionen Euro (-2,6%), die Importe 467,01 Millionen Euro (316,9%).

Liechtenstein

(Fürstentum Liechtenstein), Vaduz

Staatsoberhaupt
Fürst Hans-Adam II.

Regierungschef
Otmar Hasler

Außenministerin
Rita Kieber-Beck

(Führung der Regierungsgeschäfte seit 15. August 2004 durch Erbprinzen Alois)

Wien – **ÖB, AHSt:** siehe Schweiz; Schaan – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer, Teilnahme an den Feierlichkeiten zum 200-Jahr-Jubiläum der liechtensteinischen Souveränität in Vaduz (12. Juli); Bundesministerin Ursula Plassnik, Arbeitsgespräch mit Außenministerin Rita Kieber-Beck anlässlich des Treffens der Außenministerinnen Österreichs, der Schweiz und Liechtensteins (19. Juli); Bundesministerin Liese Prokop, Treffen der deutschsprachigen InnenministerInnen (24. August); Vizekanzler

Länderinformationen

Hubert Gorbach anlässlich der Unterzeichnung eines trilateralen Vertrags zur Zusammenarbeit bei der weiteren Entwicklung des Eisenbahnwesens (28. August); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Arbeitsgespräch mit dem Amtsleiter des liechtensteinischen Außenministeriums Roland Marxer (13. Dezember).

Besuche in Österreich: Erbprinz Alois, Teilnahme an der Konferenz „Sound of Europe“ in Salzburg (27. und 28. Jänner); Außenministerin Rita Kieber-Beck, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik anlässlich der 200-Jahr-Feier der Souveränität Liechtensteins im Liechtenstein-Museum in Wien (13. Oktober); Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher, Arbeitsgespräch mit Bundesministerin Karin Gastinger (23.–25. Februar) und Teilnahme am informellen Rat der EU-TourismusministerInnen (20. und 21. März); Regierungsrat Martin Meyer, Teilnahme am informellen EU-Verkehrsmisterrat in Bregenz (2. und 3. März) und Arbeitsgespräch mit Vizekanzler Hubert Gorbach, Bundesministerin Maria Rauch-Kallat und Landeshauptmann Herwig van Staa (29. und 30. März); Regierungsrat Martin Meyer, Teilnahme am informellen Rat der EU-InnenministerInnen unter österreichischer EU-Ratspräsidentschaft (5. Mai); Regierungsrat Hugo Quaderer, Teilnahme am informellen Rat der EU-Beschäftigungs- und SozialministerInnen (19.–21. Jänner) und am informellen Rat der EU-BildungsministerInnen (17. März).

Die österreichischen Exporte betragen 459,79 Millionen Euro (22,6%), die Importe 138,30 Millionen Euro (6,7%).

Litauen (Republik Litauen), Wilna

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Valdas Adamkus	Gediminas Kirkilas (seit 18. Juli)	Petras Vaitiekūnas (seit 18. Juli)

Wilna – **ÖB; AHSt:** siehe Finnland; **ÖW:** siehe Schweden

Besuche aus Österreich: Vizepräsidentin des Bundesrates Anna Elisabeth Haselbach (1.–5. Mai); Landeshauptmann Josef Pühringer (29.–31. Mai); Generalsekretärin des Verfassungsgerichtshofes Britta Wagner (7. und 8. September). Die WKÖ veranstaltete österreichische Wirtschaftsmissionen nach Litauen (März und Oktober).

Besuche in Österreich: Innenminister Gintaras Furmanavičius und Justizminister Gintautas Bužinskas, informelles Treffen der Justiz- und InnenministerInnen (12.–14. Jänner); Sozialministerin Vilija Blinkevičiute, informelles Treffen der MinisterInnen für Beschäftigung und Soziales (Villach, 19.–21. Jänner) und informelles Treffen der JugendministerInnen (Bad Ischl, 29.–31. März); Vorsitzender des Europaausschusses Seimas Vydas Gedvilas, Teilnahme am Treffen der COSAC-Troika und der COSAC-Vorsitzenden (19. und 20. Februar); Vize-Gesundheitsminister Rimantas Sadzius, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen zum Thema Geflügelpest (24. Februar); Verkehrsminister Petras Cesna, Teilnahme am informellen Treffen der VerkehrsministerInnen (Bregenz, 2. und 3. März); Verteidigungsminister Gediminas Kirkilas, Teilnahme am informellen Treffen der VerteidigungsministerInnen (Innsbruck, 6. und 7. März); Außenminister Antanas Valionis, Teilnahme am informellen EU/Westbalkan- und EU-Außenministertreffen (Salzburg, 11. März), Lateinamerika-Außenministertreffen (11. Mai) und Außenministertreffen zur Zukunftsdebatte (Klosterneuburg, 27. Mai); Vizeminister für Bildung und Wissenschaft Raimundas Mockeliunas, Teilnahme an der Konferenz der BildungsministerInnen (16. und 17. März) und am informellen Wettbewerbsrat (Graz, 20.–23. April); Finanzminister Zigmantas Balcytis, Teilnahme am informellen Treffen der Wirtschafts- und FinanzministerInnen und ASEM-Finanzministertreffen (7.–9. April); Wirtschaftsminister Kestutis Dauksys, Teilnahme an der Europäischen Subsidiaritätskonferenz (St. Pölten, 18. und 19. April) und am informellen Wettbewerbsrat (Graz, 20.–23. April); Gesundheitsminister Padaiga Žilvinas, informelles Treffen der GesundheitsministerInnen (25. und 26. April); Innenminister Gintaras Furmanavičius, Teilnahme an der Ministerkonferenz „Die innere Sicherheit als Element in den Beziehungen der EU mit ihren Nachbarn“ (4. und 5. Mai); Präsi-

Anhang

dent Valdas Adamkus, EU-LAC-Gipfel (11. und 12. Mai); Umweltminister Arunas Kundrotas, Teilnahme am informellen Treffen der UmweltministerInnen (Eisenstadt, 19.–21. Mai); Landwirtschaftsministerin Kazimira Prunskiene, Teilnahme am informellen Treffen der LandwirtschaftsministerInnen (Krems, 28.–30. Mai).

Folgende Veranstaltungen wurden anlässlich des Mozartjahres durchgeführt: Festkonzert des litauischen staatlichen Kammerorchesters mit dem Dirigenten Georg Mais (Kaunas, 18. Jänner); Aufführung der Oper „Die Zauberflöte“ (4. Februar); „MozArt – Musik und Kindermalerei“ (27. Februar); Wanderausstellung „Mozartspuren in Wien“ (7. August bis 2. Oktober); Schülerwettbewerb „Wir malen W.A.Mozart“ (landesweit, September bis Dezember).

Weitere Veranstaltungen: Architekturausstellung des Magistrates Wien (16. Jänner bis 26. Februar); Teilnahme des Schriftstellers Arno Geiger an der Buchmesse Wilna (23.–27. Februar); Wien-Ball (25. Februar); Ausstellung Günther Edlinger (24. Februar bis 23. März); Ausstellung der Lithographien von Dieter Joseph (12. April bis 6. Mai); Holocaust, Antisemitismus und Toleranz: Vortragsreihe für höhere Schulklassen in Litauen (landesweit, Jänner bis Mai); Österreichische Landeskunde für DeutschlehrerInnen: Herausgabe einer Sonderausgabe der Zeitschrift für DeutschlehrerInnen „Miteinander“ (April); Projekt „Europakreuz“ der HTL Wels (März bis Juni); Workshop zum Thema „European Memory Patterns“ (28.–30. April); Seminar zum Sigmund Freud-Jubiläumjahr 2006 (5. Mai); Zum Europa-Tag: „Café d'Europe“ (Wilna, 9. Mai); „Trio Otto Probst beim Pazaislis-Festival“ (Kaunas; 24. Juni); Konzert der Organistin Natascha Reich beim Orgelfestival (Nidden, 6. Juli); Aufsatzwettbewerb zum Thema „Meine Straße: Hier wohne ich“; Siegerauszeichnung (21. Juni); Tournee des Salzburger Gesangskreises (landesweit, 7.–14. Juli); Ausstellung der Lithographien von Dieter Josef (11. April bis 6. Mai); Anbringung einer Gedenktafel am ehemaligen österreichischen Honorargeneralkonsulat in Kaunas (26. September); Germanistentag an der Universität Vilnius (3. Oktober); Tag der europäischen Sprachen (26.–29. September); Vortrag zum Thema „Wiener Kaffeehaus-Kultur und Kaffeehaus-Literatur“; Journalistin Judith Lewonig (12. Oktober); Internationale wissenschaftliche Konferenz zum Thema „Museen und die Mannigfaltigkeit der Kunstgeschichte“ (20. und 21. Oktober); Autorenlesung: Ulrike Hutter (26. Oktober); Internationales Symposium „10 Jahre österreichischer Gedenkdienst in Litauen“ (13. und 14. September); Ausstellung „Architektur Land Salzburg. Prämierte Bauten der letzten 5 Jahre“ (2.–31. Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 148,19 Millionen Euro (-2,5%), die Importe 43,63 Millionen Euro (19,8%).

Luxemburg (Großherzogtum Luxemburg), Luxemburg

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Großherzog Henri	Jean-Claude Juncker	Jean Asselborn

Luxemburg – **ÖB; AHSt; ÖW:** siehe Belgien

Besuche aus Österreich: Erzbischof Christoph Kardinal Schönborn, Zusammentreffen mit Großherzog Henri (19. Mai); Bundespräsident Heinz Fischer, Arbeitsbesuch bei Großherzog Henri und Großherzogin Maria Teresa, Zusammentreffen mit Premierminister Jean-Claude Juncker und der gesamten Staatsspitze, Eröffnung der Ausstellung „Das Zeitalter Maria Theresias – Meisterwerke des Barock“ (16. und 17. November).

Besuche in Österreich: Wissenschaftsminister Francois Biltgen, Zusammentreffen mit Bundesminister Martin Bartenstein, Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg über Beziehungen im audiovisuellen Bereich (21. Januar); Premierminister Jean-Claude Juncker, Besuch bei Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (15. Februar); Außenminister Jean Asselborn, Zusammentreffen mit Bundespräsident Heinz Fischer (11. Mai); Premierminister Jean-Claude Juncker und Außenminister Jean Asselborn, Teilnahme am EU-LAC-Gipfel (12. Mai); Beigeordneter Minister für

Länderinformationen

auswärtige Angelegenheiten und Immigration Nicolas Schmit sowie Minister für Justiz und Schatzminister Luc Frieden, Teilnahme am Informellen Treffen der Justiz- und InnenministerInnen (12.–14. Jänner); Minister für Arbeit und Beschäftigung und Minister für Kultur, höhere Bildung und Forschung sowie Kultusminister François Biltgen, Teilnahme am Informellen Treffen der MinisterInnen für Beschäftigung und Soziales (Villach, 19.–21. Jänner); Minister für Gesundheit und Soziale Sicherheit Mars Di Bartolomeo, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen (Geflügelpest) (24. Februar); Minister für Verkehr und Umwelt Lucien Lux, Teilnahme am informellen Treffen der VerkehrsministerInnen (Bregenz, 2. und 3. März); Minister für Entwicklungshilfe und Verteidigungsminister sowie beigeordneter Minister für Kommunikation Jean-Louis Schiltz, Teilnahme am informellen Treffen der VerteidigungsministerInnen (Innsbruck, 6. und 7. März); Vize-Premier Minister und Minister für auswärtige Angelegenheiten und Immigration Jean Asselborn, Teilnahme am informellen Treffen der AußenministerInnen („Gymnich“ Treffen), (Salzburg, 10. und 11. März); Minister für Arbeit und Beschäftigung und Minister für Kultur, höhere Bildung und Forschung sowie Kultusminister François Biltgen, Teilnahme an der Konferenz der BildungsministerInnen (16. und 17. März); Minister für Arbeit und Beschäftigung und Minister für Kultur, höhere Bildung und Forschung sowie Kultusminister François Biltgen, Teilnahme am informellen Treffen der JugendministerInnen (Bad Ischl, 29.–31. März); Premier- und Staats- sowie Finanzminister Jean Claude Juncker und Minister für Wirtschaft und Außenhandel sowie Minister für Sport Jeannot Krecké, Teilnahme am informellen Treffen der Wirtschafts- und FinanzministerInnen (7. und 8. April); Minister für Arbeit und Beschäftigung und Minister für Kultur, höhere Bildung und Forschung sowie Kultusminister François Biltgen, Regierungsrat im Ministerium für Kultur, höhere Bildung und Forschung Léon Diederich, Minister für Wirtschaft und Außenhandel sowie Minister für Sport Jeannot Krecké, Regierungsrat im Ministerium für Wirtschaft (Unternehmenspolitik) Tom Theves, Teilnahme am informellen Treffen der MinisterInnen für Wettbewerbsfähigkeit (Graz, 21. und 22. April); Minister für Gesundheit und Soziale Sicherheit Mars Di Bartolomeo, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen (25. und 26. April); Vize-Premier Minister und Minister für auswärtige Angelegenheiten und Immigration Jean Asselborn, Teilnahme am Treffen von Kosterneuburg (Stift Klosterneuburg, 27. und 28. Mai); Minister für Landwirtschaft, Weinbau und ländliche Entwicklung sowie Minister für den Mittelstand, Tourismus und Wohnungsbau Fernand Boden und Staatssekretärin für Kultur, höhere Bildung und Octavie Modert, Teilnahme am informellen Treffen der LandwirtschaftsministerInnen (Krems, 28.–30. Mai). Premier- und Staats- sowie Finanzminister, Jean-Claude Juncker und Minister für Wirtschaft und Außenhandel sowie Minister für Sport, Jeannot Krecké, Teilnahme am ASEM-Finanzministertreffen (8. und 9. April); Premier- und Staats- sowie Finanzminister (Staatsministerium), Jean-Claude Juncker und Vize-Premier Minister sowie Minister für auswärtige Angelegenheiten und Immigration Jean Asselborn, Teilnahme am IV. EU-LAC-Gipfel (11.–13. Mai). Vize-Präsident der Abgeordnetenkommission (Leiter der COSAC-Delegation) Laurent Mosar, Teilnahme am Treffen der COSAC-Troika und der COSAC-Vorsitzenden (20. Februar); Vize-Präsident der Abgeordnetenkommission (Leiter der COSAC-Delegation) Laurent Mosar, Präsident der Sozialistischen Fraktion (LSAP) Ben Fayot, Präsident der Fraktion „Dei Greng“ François Bausch, Abgeordneter der ADR (Alternativ Demokratische Reformpartei) Gast Giberyen, Teilnahme an der Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlamentes (XXXV. COSAC) (22. und 23. Mai). Minister für Landwirtschaft, Weinbau und ländliche Entwicklung sowie Minister für den Mittelstand, Tourismus und Wohnungsbau Fernand Boden, Teilnahme an der Europäischen Tourismusministerkonferenz „Tourismus – Schlüssel zu Wachstum und Beschäftigung in Europa“ (20. und 21. März); Beigeordneter Minister für auswärtige Angelegenheiten und Immigration (Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Immigration) Nicolas Schmit, Teilnahme an Europa fängt zu Hause an, Europäische Subsidiaritätskonferenz 2006 (St. Pölten 18. und 19. April); Minister für Justiz und Schatzminister Luc Frieden, Teilnahme an der Internationalen Konferenz zur inneren Sicherheit (4. und 5. Mai).

Die Botschaft organisierte bzw. unterstützte neben einer Reihe von Konzerten und Vortrageneine Lesung mit der BurgschauspielerIn Lotte Tobisch aus deren privatem Briefwechsel mit Theodor Adorno. Die Botschaft unterstützte konzeptuell, organisatorisch und finanziell die von Bundespräsident Heinz Fischer und Großherzog Henri eröffnete Groß-

Anhang

Bundespräsident Heinz Fischer und Großherzog Henri eröffnete Großausstellung „Das Zeitalter Maria Therasias – Meisterwerke des Barock“ im Musée national d'histoire et d'art Luxembourg. eröffnet wurde, maßgeblich konzeptuell, organisatorisch und finanziell unterstützt. Die Ausstellung zeigte erstmals in Luxemburg bedeutende Exponate aus den Sammlungen der Österreichischen Galerie Belvedere und des Kupferstichkabinetts der Akademie der Bildenden Künste Wien.

Die österreichischen Exporte betragen 167,09 Millionen Euro (-4,1%), die Importe 208,66 Millionen Euro (3,3%).

Madagaskar (Republik Madagaskar), Atananarivo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Marc Ravalomanana	Jaques Sylla	Marcel Ranjeva

ÖB, AHSt: siehe Südafrika; Antananarivo – **HK**

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 5.219 Euro erbracht.

Das HK Antananarivo beging den Nationalfeiertag mit einem Konzert zum Mozartjahr. Österreich war Teil der Gruppe der europäischen WahlbeobachterInnen für die Präsidentschaftswahl am 3. Dezember.

Die österreichischen Exporte betragen 806.000 Euro (3,2%), die Importe 3,42 Millionen Euro (7,4%).

Malawi (Republik Malawi), Lilongwe

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenministerin
Bingu wa Mutharika	Joyce Banda (1. Juni)

ÖB: siehe Simbabwe; **AHSt:** siehe Südafrika; Blantyre – **HK**

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 28.448 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 488.000 Euro (302,0%), die Importe 2,23 Millionen Euro (-25,3%).

Malaysia (Malaysia), Kuala Lumpur

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Yang di-Pertuan Agong XIII	Dato' Seri Abdullah bin	Datuk Seri Syed Hamid
TuanKu Mizan Zainal	Haji Ahmad Badawi	bin Syed Jaafar Albar
Abidin ibni Al-Marhum		
Sultan Mahmud Al-Muktafi		
Billah Shah		
(seit 13. Dezember)		

Kuala Lumpur – **ÖB, AHSt**

Besuche in Österreich: Infrastrukturminister Samy Vellu (17. und 18. Juli); Finanzminister (II) Nor Mohamed bin Yacop, Teilnahme am ASEM- Finanzministertreffen (8. und 9. April); Pri-

Länderinformationen

vatbesuch des Sultans von Kedah in Begleitung des Chief Ministers von Kedah und Treffen mit dem Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider (September).

Unter dem Titel „EUPhoriA“ fand in Kuala Lumpur anlässlich des Mozart-Jahres ein Kulturfestival statt (26. Mai). Im Rahmen von „EUPhoria“ wurde auch die zeitgenössische Architektur Ausstellung „Werke österreichischer Architekten im Ausland, ausländische Architekten in Österreich“ gezeigt.

Der österreichische Märchendichter und Geschichtenerzähler Folke Tegetthoff hielt in Penang und Kuala Lumpur Lesungen (Februar). Der österreichische Pianist Albert Sassmann gab mehrere Konzerte (Juli). Österreich beteiligte sich mit zwei Filmen am 7. EU-Filmfestival in Kuala Lumpur und Penang (November).

Das österreichische Bundesforschungs- und Ausbildungszentrum für Wald, Naturgefahren und Landschaft (BFW) führte in Kooperation mit dem Internationalen Plant Genetic Resources Institute (IPGRI), der Asia Pacific Association of Forestry Research Institutions (APAFRI) und dem Forest Research Institute Malaysia (FRIM) ein vom Bundesministerium für Finanzen finanziertes Trainingsworkshop im Bereich Biodiversität in Kuala Lumpur durch (5.–16. Juni).

Die österreichischen Exporte betragen 236,08 Millionen Euro (16,1%), die Importe 377,14 Millionen Euro (47,3%).

Malediven (Republik Malediven), Malé

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Maumoon Abdul Gayoom

Außenminister
Ahmed Shaheed

ÖB, AHSt: siehe Indien, Malé – **HK**

Österreich ist für die Malediven eines der wichtigsten Herkunftsländer von TouristInnen. Eine Reihe österreichischer StaatsbürgerInnen arbeitet in fremdenverkehrsnahen Sektoren.

Österreich unterstützt die Malediven durch gelegentliche Vergabe von Stipendien, insbesondere für den Lehrgang Hotel- und Tourismusmanagement in Schloss Klesheim.

Die österreichischen Exporte betragen 1,53 Millionen Euro (103,7%), die Importe 20.000 Euro (-25,7%).

Mali (Republik Mali), Bamako

Staatsoberhaupt
Amadou Toumani Touré

Regierungschef
Ousmane Issoufi Maïga

Außenminister
Moctar Ouane

ÖB: siehe Senegal, Bamako – **HK; AHSt:** siehe Marokko

Die österreichischen Exporte betragen 8,66 Millionen Euro (54,2%), die Importe 1,52 Millionen Euro (-7,5%).

Malta (Republik Malta), Valletta

Staatsoberhaupt
Edward Fenech Adami

Regierungschef
Lawrence Gonzi

Außenminister
Michael Frendo

Valletta – **ÖB, HGK; AHSt:** AHSt Mailand

Anhang

Besuche aus Österreich: Abgeordnete zum Nationalrat Albrecht Konecny (Delegationsleiter), Wolfgang Großruck und Ewald Stadler sowie Bundesrat Stefan Schennach, Teilnahme an der Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (St. Julians, 17.–20. November).

Besuche in Österreich: Premierminister und Finanzminister Lawrence Gonzi, Teilnahme am informellen Treffen der Wirtschafts- und FinanzministerInnen und am ASEM-Finanzministertreffen, jeweils in Begleitung des Parlamentarischen Staatssekretärs Tonio Fenech und des Zentralbankgouverneurs Michael Bonello (7.–9. April), Teilnahme am IV. EU-LAC-Gipfel in Begleitung von Außenminister Michael Frendo (11.–13. Mai); Vizepremierminister und Justiz- und Innenminister Tonio Borg, Teilnahme am informellen Treffen der Justiz- und InnenministerInnen (12.–14. Jänner), Teilnahme an der Subsidiaritätskonferenz „Europa fängt zu Hause an“ (St. Pölten 18. und 19. April); Ministerin für Familie und Soziales Dolores Cristina, Teilnahme am informellen Treffen der MinisterInnen für Beschäftigung und Soziales (Villach, 19.–21. Jänner); Abgeordneter und Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige und europäische Angelegenheiten Jason Azzopardi, Teilnahme am Treffen der COSAC-Troika und der COSAC Vorsitzenden (20. Februar); Minister für Gesundheit, Senioren und Gemeindepflege Charles Deguara, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen – Geflügelpest (24. Februar), Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen (25. und 26. April); Parlamentarischer Staatssekretär Anthony Abela, Teilnahme am informellen Treffen der VerteidigungsministerInnen (Innsbruck, 6. und 7. März); Außenminister Michael Frendo, Teilnahme am informellen Treffen der AußenministerInnen (Salzburg, 10. und 11. März), Teilnahme am Treffen der AußenministerInnen (Klosterneuburg, 27. und 28. Mai); Minister für Tourismus und Kultur Francis Zammit Dimech, Teilnahme an der Europäischen Tourismusministerkonferenz „Tourismus – Schlüssel zu Wachstum und Beschäftigung in Europa“ (20. und 21. März); Minister für Wettbewerbsfähigkeit und Kommunikation Censu Galea, Teilnahme am informellen Treffen der MinisterInnen für Wettbewerbsfähigkeit (Graz, 21. und 22. April); Parlamentarischer Staatssekretär Carmelo Mifsud Bonnici, Teilnahme am Treffen der InnenministerInnen EU – Russische Föderation – USA und an der Internationalen Konferenz zur inneren Sicherheit (4. und 5. Mai); Minister für ländliche Angelegenheiten und Umwelt George Pullicino, Teilnahme am informellen Treffen der UmweltministerInnen (Eisenstadt, 19.–21. Mai); Abgeordneter Clyde Puli und Abgeordneter George Vella, Teilnahme an der Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments (XXXV. COSAC) (22. und 23. Mai); Parlamentarischer Staatssekretär für Landwirtschaft und Fischerei Francis Agius, Teilnahme am informellen Treffen der LandwirtschaftsministerInnen (Krems, 28.–30. Mai). Premierminister Lawrence Gonzi, Gespräch mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (7. April); Armeekommandant Brigadier Carmel Vassallo, Besuch in Österreich auf Einladung von Generalstabschef General Roland Ertl (Wien, Tirol, Salzburg, 5.–7. April).

Das Abkommen zwischen Österreich und Malta über die Zusammenarbeit im konsularischen Bereich wird seit 1. August implementiert. Von 29 österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland werden Sichtvermerke für Malta für Flugverkehr, Transit und kurzfristigen Aufenthalt ausgestellt. Österreich führt ferner mehrere von der EU finanzierte Twinning-Projekte mit Malta durch. Diese erfassen die Bereiche Schengenvorbereitung (Sichtvermerke), Datenschutz, Sicherheit am Arbeitsplatz, Marktforschung und Konsumentenschutz sowie Abfallentsorgung.

Zur Feier des Europatags am 9. Mai organisierte die österreichische EU-Ratspräsidentschaft gemeinsam mit den Vertretungen der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments in Malta zahlreiche Veranstaltungen in der Fußgängerzone Valletta. Informationsmaterial zur EU wurde ebenso verteilt wie Essensspezialitäten aus EU-Ländern, der Schriftsteller und Karikaturist Gorg Mallia las im Café d'Europe eine Kurzgeschichte, Schüler hissten Flaggen der Mitgliedsländer der Union und verlasen die Erklärung von Robert Schuman und die maltesische Polizeikapelle spielte europäische Marschmusik und die Hymne der EU. Höhepunkt war eine Podiumsdiskussion mit 450 SchülerInnen, die mit PolitikerInnen und DiplomatenInnen ihre Vorstellungen über das Europa der Zukunft diskutierten.

Österreich stellte mit „Komm, Süßer Tod“ den Eröffnungsfilm des 8. Europäischen Film Festivals, das in Malta stattfand (Februar). Das Mozartjahr wurde in Malta mit zahlreichen festlichen

Länderinformationen

Aufführungen seiner Werke begangen, Werkstadt Graz zeigte im St. James Cavalier Center of Creativity, dem wichtigsten Kulturzentrum Maltas, verschiedene Objekte junger österreichischer KünstlerInnen zum Thema „Mozart und Vermarktung“ (im Oktober). Um auch die zweite Wiener Schule in Malta bekannter zu machen, gestaltete das Salzburger Duo nota bene gemeinsam mit dem maltesischen Komponisten Charles Camilleri einen Vortrags- und Konzertabend zu „Arnold Schönberg und die 2. Wiener Schule: Ihr Einfluss auf die zeitgenössische Musik“ (18. April). Die beiden jungen Künstler gaben anschließend Meisterklassen für Klavier und Violine an der Johann-Strauß-Musikschule in Valletta. Beim Victoria International Arts Festival in Gozo konzertierte das Oberösterreichische Jugendorchester, dirigiert von Maestro Joseph Vella, in der St. George's Basilica. Die Historiker Robert Dauber und Michael Galea verfassten ein Buch zum Thema „Austrian Knights of Malta, Relations Malta-Austria 1530-1798“, welches feierlich präsentiert wurde (15. November). Die gemeinsame europäische Erzähltradition wurde bei einem Symposium und internationalen Erzählerfestival erforscht, an dem die österreichische Märchenerzählerin Claudia Edermayer teilnahm (Anfang Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 215,25 Millionen Euro (578,7%), die Importe 11,07 Millionen Euro (-4,5%).

Souveräner Malteser Ritterorden

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Außenminister
Frà Andrew Bertie	Jean-Pierre Mazery

ÖB: siehe Heiliger Stuhl

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer, Staatsbesuch (6. Oktober).

Besuche in Österreich: Großkanzler Jean-Pierre Mazery (5. Juli); Großmeister Frà Andrew Bertie, Besuch bei Bundespräsident Heinz Fischer (1. Dezember).

Marokko (Königreich Marokko), Rabat

Staatsoberhaupt	Premierminister	Außenminister
König Mohammed VI.	Driss Jettou	Mohamed Benaissa

Rabat – **ÖB**; Casablanca – **AHSt**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Martin Bartenstein, Teilnahme an der 5. Euromediterranean Handelsministerkonferenz (Marrakesch, 24. März); Vizekanzler Hubert Gorbach als Leiter der österreichischen Delegation, Teilnahme an der euro-afrikanischen Konferenz über Migration und Entwicklung (10. und 11. Juli); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle traf im Rahmen dieser Tagung den Generalsekretär des marokkanischen Außenministeriums Omar Hilale. Eine Wirtschaftsmission der WKÖ reiste zur Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen nach Casablanca und Rabat (November). Sonderbeauftragter für Afrika Botschafter Georg Lennkh, Migrationskonferenz, Treffen mit Außenministern Aichatou Mindaoudou von Niger und Mohamed Benaissa von Marokko (8.–12. Juli).

Besuche in Österreich: Außenminister Mohamed Benaissa, (7. April und 10. November); Generalsekretär des marokkanischen Außenministeriums Omar Hilale, Gespräche mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (19. Jänner).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 113.799 Euro erbracht.

Österreichische MusikerInnen traten bei folgenden Veranstaltungen auf: Cornelia Löscher, Violine, als Solistin des Mozart-Konzertes des königlichen Gendarmierorchesters (Jänner); Ensemble «Echo du Danube» – Printemps des Alizés (Essaouira, April); Fritz Pauer Trio beim EU-Jazzfestival (Juni); Prof. Jiracek als Juror und Solist im Rahmen des 7. Internationalen Kla-

Anhang

vierwettbewerbliches Lalla Meriem (Juli); Susanne Koller, Klavier, Festival von Asilah (August); Wolfgang Seligo, (Jazz) Klavier (Dezember) und Wiener Mozart-Trio und Sabine Fellner gemeinsam mit der marokkanischen Pianistin Ghizlane Hamadi (Dezember).

An verschiedenen Universitäten des Landes fanden Österreichtage und Fortbildungsveranstaltungen für DeutschlehrerInnen statt, die vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und dem Österreichischen Informationszentrum Rabat gemeinsam mit der Botschaft organisiert wurden (März). Das Österreichische Informationszentrum Rabat fand durch die Organisation von 5 Avant Garde-Ausstellungen junger marokkanischer Künstler große Anerkennung in der kulturellen Szene.

Der Dekan der Philosophischen Fakultät Wien, Univ.-Prof. Kampits, hielt Vorträge an der Universität Kenitra (November).

Die österreichischen Exporte betragen 78,19 Millionen Euro (54,8%), die Importe 59,01 Millionen Euro (1,6%).

Marshall Inseln (Republik Marshallinseln), Majuro

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Kessai Note

Außenminister
Gerald M. Zackios

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Importe betragen 4.000 Euro (100%).

Mauretanien (Islamische Republik Mauretanien), Nouakchott

Staatsoberhaupt
Colonel Ely Ould
Mohammed Vall

Premierminister
Sidi Mohammed
Ould Boubakr

Außenminister
Ahmed Ould Sid'Ahmed

ÖB, AHSt: siehe Marokko

Die österreichischen Exporte betragen 2,17 Millionen Euro (4,6%), die Importe 46.000 Euro (171,1%).

Mauritius (Republik Mauritius), Port Louis

Staatsoberhaupt
Sir Anerood Jugnauth

Regierungschef
Navinchandra
Ramgoolam

Außenminister
Madan Murlidhar Dooloo

ÖB, AHSt: siehe Südafrika; Port Louis – HK

Im Februar fanden auf Mauritius bilaterale Luftverkehrsverhandlungen statt.

Die österreichischen Exporte betragen 4,49 Millionen Euro (-4,9%), die Importe 6,71 Millionen Euro (42,2%).

Mazedonien

(Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien), Skopje

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Branko Crvenkovski	Nikola Gruevski (seit 26. August)	Antonio Milošoski (seit 26. August)

Skopje – ÖB, HGK, Koordinationsbüro der OEZA, Bildungsbeauftragte, Lektor für deutsche Sprache und österreichische Literatur, AHSt (Leiter in Belgrad)

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Karin Gastinger, Arbeitsgespräch mit Justizministerin Meri Mladenovska-Gjorgjievka (27. März); Delegation der österreichisch-mazedonischen parlamentarischen Freundschaftsgruppe unter Leitung von Abgeordneter zum Nationalrat Ulrike Lunacek (3.–5. April); Bundesminister Günther Platter, Arbeitsgespräche mit Verteidigungsminister Jovan Manasievski, Premierminister Vlado Bučkovski und Präsidenten Branko Crvenkovski (9. und 10. Mai); Landeshauptmann Erwin Pröll, Gespräche mit Premierminister Nikola Gruevski, Stellvertretendem Premierminister Zoran Stavreski und Wirtschaftsministerin Vera Rafailovska (9. September).

Besuche in Österreich: Umweltminister Zoran Šapurić, Gespräch mit Bundesminister Josef Pröll (11. Jänner); Innenminister Ljubomir Mihailovski und Justizministerin Meri Mladenovska-Gjorgjievka, Teilnahme am informellen Treffen der EU-Justiz- und InnenministerInnen (13. und 14. Jänner); Stellvertretender Premierminister Musa Xhaferi, zuständig für die Implementierung des Ohrid-Rahmenabkommens, Gespräche mit Staatssekretär Hans Winkler; mit dem Präsidenten des Nationalrats, Andreas Khol, und dem Obmann des Außenpolitischen Ausschusses, Abgeordneten zum Nationalrat Peter Schieder, Vortrag in der Diplomatischen Akademie über das Thema „Konfliktlösungen am Balkan – das Ohrid-Rahmenabkommen als Beispiel für die Lösung von Konflikten in der Region“ (19.–21. Februar); Gesundheitsminister Vladimir Dimov, Teilnahme am informellen Treffen der EU-GesundheitsministerInnen (24. Februar); Verkehrsminister Xhemali Mehazi, Teilnahme am informellen Treffen der EU-VerkehrsministerInnen (Bregenz, 2. und 3. März); Stellvertretender Verteidigungsminister Talat Xhaferi, Teilnahme am informellen Treffen der EU-VerteidigungsministerInnen (Innsbruck, 6. und 7. März); Außenministerin Ilinka Mitreva, Teilnahme am informellen Treffen der EU-AußenministerInnen (Gymnich-Treffen) (Salzburg, 11. März); Bildungsminister Azis Pollozhani, Teilnahme am informellen Treffen der EU-BildungsministerInnen (16. und 17. März); Stellvertretender Wirtschaftsminister Saša Andonovski, Teilnahme an der Europäischen Tourismusministerkonferenz (20. und 21. März); Vorsitzende des Außenpolitischen Parlamentsausschusses Teuta Arifi, Teilnahme an der Konferenz der Vorsitzenden der Außenpolitischen Ausschüsse der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten (27. und 28. März); Außenministerin Ilinka Mitreva, Teilnahme an öffentlicher Diskussionsveranstaltung über „Friedensaufbau und die Rolle der Frauen“, welche sich mit der Implementierung der Resolution 1325 (2000) des VN-SR beschäftigte, Gespräch mit Bundesministerin Ursula Plassnik (6. April); Gesundheitsminister Vladimir Dimov, Teilnahme am informellen Treffen der EU-GesundheitsministerInnen (25. und 26. April); Innenminister Ljubomir Mihailovski, Teilnahme an der Internationalen Konferenz zur inneren Sicherheit, Gespräch mit Bundesministerin Liese Prokop (4. und 5. Mai); Außenministerin Ilinka Mitreva, Vortrag in der Bank Austria über das Thema: „Mazedonien auf dem Weg in die EU“, Gespräch mit Bundespräsidenten Heinz Fischer (8. Mai); Umweltminister Zoran Šapurić, Teilnahme am informellen Treffen der EU-UmweltministerInnen (Eisenstadt, 19.–21. Mai); Vorsitzende des parlamentarischen Europaausschusses Karolina Ristova, Teilnahme an der Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments (22. und 23. Mai); Landwirtschaftsminister Sadula Duraku, Teilnahme am informellen Treffen der EU-LandwirtschaftsministerInnen (Krems, 28.–30. Mai); Gesundheitsminister Vladimir Dimov, Teilnahme am internationalen Treffen über die Vogelgrippe (6. und 7. Juni); Premierminister Vlado Bučkovski, Gespräch mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (8. Juni); stellvertretender Wirtschaftsminister Saša Andonovski, Teilnahme am „Investment Compact“ für Südosteuropa (26. und 27. Juni); neuer Premierminister Nikola Gruevski, Finanzminis-

Anhang

ter Trajko Slaveski und Auslandsinvestitionsminister Gligor Tashkovich, Teilnahme am „Vienna Economic Forum“, Gespräche mit Bundespräsidenten Heinz Fischer und Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (6. und 7. November); stellvertretende Premierministerin Gabriela Konevskaja-Trajkovska, zuständig für die EU-Integration; Teilnahme an Dialog mit den EU-Beitrittskandidatenstaaten, organisiert von der Europäischen Kommission, Gespräch mit Bundesministerin Ursula Plassnik (20. November).

In Skopje fand eine zweite Verhandlungsrunde über den Abschluss eines bilateralen Rückübernahmeabkommens statt (24. und 25. April), welches am 5. Mai in Wien von Bundesministerin Liese Prokop und Innenminister Ljubomir Mihailovski unterfertigt wurde. Ein Abkommen über die Aufhebung der Sichtvermerkpflcht für Dienst- und Diplomatenpässe wurde am 28. Dezember in Wien unterzeichnet.

Mazedonien ist Schwerpunktland der OEZA. Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 2,27 Millionen Euro erbracht.

StudentInnen der Theater-Fakultät der Universität Skopje organisierten eine Aufführung des Schnitzler-Theaterstückes „Fink und Fliederbusch“ (2. April). Übersetzt wurde das Stück von StudentInnen des Dolmetscherlehrstuhles der Universität Skopje. Der Jazzgeiger Rudi Berger nahm mit seiner Band am Jazzfestival in Skopje teil (22. Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 67,20 Millionen Euro (2,9%), die Importe 21,99 Millionen Euro (23,3%).

Mexiko

(Vereinigte Mexikanische Staaten), Mexiko-Stadt

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Felipe Calderón Hinojosa
(seit 1. Dezember)

Außenministerin
Patricia Espinosa Cantellano
(seit 1. Dezember)

Mexiko-Stadt – **ÖB, KF, AHSt**; Acapulco (geschlossen), Cancún, Guadalajara, Mérida, Monterrey, Tijuana – **HK**

Das Honorarkonsulat Acapulco wurde mit Juni geschlossen.

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Teilnahme an der Amtseinführung des mexikanischen Präsidenten Felipe Calderón Hinojosa sowie Arbeitsgespräche mit der neuen Außenministerin und bisherigen Botschafterin in Wien, Patricia Espinosa Cantellano und Vizeaußenminister Jorge Chen (1. Dezember).

Besuche in Österreich: Präsident Vicente Fox Quesada und Außenminister Luis Ernesto Derbez, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik (Mai); Präsident Vicente Fox Quesada, begleitet von Außenminister Luis Ernesto Derbez und Wirtschaftsminister Sergio Alejandro García de Alba Arbeitsgespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Nationalratspräsident Andreas Khol und dem Präsidenten der WKÖ, Christoph Leitl, im Vorfeld des EU-LAC-Gipfels (11. Mai).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 5.799 Euro erbracht.

Im Vordergrund der Aktivitäten des KF stand zunächst die österreichische EU-Ratspräsidentschaft, die mit einem Konzert des Duos Nota Bene aus Salzburg eröffnet wurde. In Zusammenarbeit mit anderen EU-Partnern wurden das EU-Jazzfestival und das EU-DJ Festival sowie die europäische Bildungsmesse „Europrogrados“ organisiert. An dem vom KF organisierten EU-Seminar über die „Rolle der EU auf der internationalen Bühne“ an dem Instituto Tecnológico Autónomo de México nahm aus Österreich Prof. Hanspeter Neuhold mit einem Vortrag über die ESVP teil.

Zum Mozart-Jahr wurden die Ausstellung „Mozarts Spuren in Wien“ eröffnet und drei Kammerorchester – die „Salzburg Chamber Soloists“, das Orchester „Allegro Vivo“ und „Concilium

Länderinformationen

Musicum“ – zu Konzerten nach Mexiko eingeladen. In der Veranstaltungsreihe „No more Mozart“ des Festivals Cervantino setzten sich die österreichischen elektronischen Musiker „Waxolutionists“ und DJ Christopher Just gemeinsam mit dem mexikanischen Kollektiv „Nortec“ mit Mozart auseinander. Ganz im Zeichen Mozarts standen auch die Konzerte der Wiener Philharmoniker unter Riccardo Muti (März). Bei einem Empfang für das Orchester und den Dirigenten wurde die Mozart-Medaille mehreren prominenten Persönlichkeiten des mexikanischen Musiklebens überreicht.

Zum Freud-Jahr wurde gemeinsam mit der Philosophischen Fakultät der Universidad Nacional Autónoma de México ein Freud-Symposium mit einem Vortrag von Prof. Konrad Paul Liessmann aus Österreich organisiert. Elfriede Jelineks „Bambiland“ wurde in Mexiko erfolgreich aufgeführt. Die zweisprachigen Lesungen österreichischer Literatur aus der Reihe „Österreich zwischen den Zeilen“ wurden unter anderem mit einer Lesung Kurt Palms zu seinem Film „Der Wadenmesser“ fortgesetzt. Im Filmbereich nahmen österreichische Dokumentarfilmer an den neuen internationalen Festivals FICCO in Mexiko Stadt und in Morelia teil. Im Bereich der bildenden Kunst wurde eine Arnulf-Rainer-Ausstellung im Museum MUCA Roma gezeigt. Eine auf dem Gelände der ÖB eingerichtete Künstlerwohnung wurde laufend von österreichischen KünstlerInnen benutzt.

Die österreichischen Exporte betragen 278,55 Millionen Euro (28,6%), die Importe 171,50 Millionen Euro (8,2%).

Mikronesien (Föderierte Staaten von Mikronesien), Palikir

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Joseph Urusemal

Außenminister
Sebastian L. Anefal

ÖB, AHS: siehe Australien

Moldau (Republik Moldau), Chişinău

Staatsoberhaupt
Vladimir Voronin

Regierungschef
Vasile Tarlev

Außenminister
Andrei Stratan

ÖB, AHS: siehe Rumänien; Chişinău – **Koordinationsbüro der OEZA**

Besuche in Österreich: Minister für Ökologie und natürliche Ressourcen Constantin Mihăilescu (16.–18. Jänner), Vizeminister für auswärtige Angelegenheiten und europäische Integration Valeriu Ostalep (5.–7. März), Finanzminister Mihail Pop (15.–17. März), Innenminister Gheorghe Papuc (4. und 5. Mai), Vizepremierminister und Außenminister Andrei Stratan (24. Oktober), Finanzminister Mihail Pop (6. und 7. November), Minister für Ökologie und natürliche Ressourcen Constantin Mihăilescu (11. und 12. Dezember).

Moldau wurde als Schwerpunktland der österreichischen OEZA, in Chişinău wurde ein OEZA-Büro eingerichtet. Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 755.433 Euro erbracht.

In kultureller Hinsicht kann die Zusammenarbeit mit der Österreich-Bibliothek Chişinău und dem Orgelsaal hervorgehoben werden, in dem die österreichischen Künstler Wolfgang Panhofer (Cello) und Margarete Babinsky (Klavier) konzertierten (Mai). Im Rahmen der Österreich-Bibliothek fand ein mehrtägiges Symposium zur österreichischen Nachkriegsliteratur statt (Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 25,29 Millionen Euro (9,5%), die Importe 18,63 Millionen Euro (25,7%).

Anhang

Monaco **(Fürstentum Monaco), Monaco-Ville**

Staatsoberhaupt Fürst Albert II. Grimaldi	Regierungschef Jean-Paul Proust	Außenminister Henri Fissore
--	------------------------------------	--------------------------------

Monte Carlo – **HGK**

Zwischen Österreich und dem Fürstentum Monaco bestehen konsularische Beziehungen.

Mongolei **(Mongolei), Ulan Bator**

Staatsoberhaupt Nambar Enkhbayar	Regierungschef Miyegombo Enkhbold	Außenminister Nyamaa Enkhbold
-------------------------------------	--------------------------------------	----------------------------------

Ulan Bator – **HK; ÖB, KF** und **AHSt**: siehe China

Besuche in Österreich: Vizepremier Mendsaikhan Enkhsaikhan in Begleitung von Fachministern (31. März bis 2. April); Dorj Odbayar, Justizminister (27. und 28. Juni).

Mit der auf österreichische Initiative zustande gekommenen EU-Troika-Mission in die Mongolei (8. und 9. Juni), die zeitgleich mit der Tagung der Gemischten Kommission zwischen der Europäischen Kommission und der Mongolei und der Errichtung eines technischen Büros der Europäischen Kommission in Ulan Bator stattfand, wurden wichtige Impulse für die Beziehungen EU-Mongolei aber auch Österreich-Mongolei gesetzt.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 47.202 Euro erbracht.

Mittlerweile wurden neben der Mongolian Academy of Science weitere mongolische akademische Einrichtungen in das Universitätsnetzwerk Eurasia-Pacific Uninet eingebunden, in dessen Rahmen die wissenschaftliche und universitäre Kooperation intensiviert werden soll.

In Österreich fanden die mongolischen Kulturtagung statt (31. März bis 2. April), in deren Rahmen auch der mongolische Vizepremier Österreich besuchte. Die Ausstellung „Dshingis-Khan und seine Erben – das Weltreich der Mongolen“, welche zum ersten Mal auf Schloss Schallaburg gezeigt wurde (31. März bis 1. November), stellte das größte kulturelle Ereignis im Rahmen der 800-Jahr-Feier der Staatsgründung der Mongolei dar. Bei der offiziellen Veranstaltung im Juli in Ulan Bator war Österreich durch Botschafter Hans Dietmar Schweisgut vertreten.

Die österreichisch-mongolischen Wirtschaftsbeziehungen entwickelten sich zwar weiter positiv, allerdings noch auf sehr niedrigem Niveau. Die österreichischen Exporte betragen 3,94 Millionen Euro (52,3%), die Importe 339.000 Euro (45,1%).

Montenegro **(Republik Montenegro), Podgorica**

Staatsoberhaupt Filip Vujanović	Regierungschef Željko Šturanović (seit 10. November)	Außenminister Milan Roćen (seit 10. November)
------------------------------------	--	---

Podgorica – **ÖB, AHSt** mit Sitz in Belgrad, **Koordinationsbüro der OEZA, Bildungsbeauftragter**; Budva – **HK**

Besuche aus Österreich: Abgeordneter zum Nationalrat Wolfgang Großruck, Arbeitsbesuch als Berichterstatter des Politischen Komitees der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (10. Februar); Bundesministerin Karin Gastinger, Arbeitsbesuch bei Justizminister Željko Šturanović

Länderinformationen

(28. März); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Aufnahme diplomatischer Beziehungen und Eröffnung der österreichischen Botschaft (12. Juli).

Besuche in Österreich: Außenminister Miodrag Vlahović, Arbeitsbesuch beim Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Hans Winkler (13. Februar) und an der Diplomatischen Akademie (23. Oktober); Innenminister Jusuf Kalamperović, Teilnahme an der Internationalen Konferenz zur inneren Sicherheit (4. und 5. Mai); Staatspräsident Filip Vujanović, Arbeitsbesuch bei Bundespräsident Heinz Fischer (27. November); Tourismusminister Predrag Nenezić, Arbeitsbesuch bei Bundespräsident Heinz Fischer (5. Dezember).

Am 12. Juli nahm Österreich mit dem auf Grund eines am 21. Mai durchgeführten Referendums unabhängig gewordenen Montenegro diplomatische Beziehungen auf. Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle eröffnete am selben Tag die in Bürogemeinschaft mit Ungarn eingerichtete, bisherige Außenstelle der ÖB Belgrad in Podgorica als eigenständige Botschaft. Österreichische und ungarische Botschaft werden weiterhin als Bürogemeinschaft geführt.

Zwischen dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und dem montenegrinischen Außenministerium wurde ein Protokoll über die Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Kunst, zwischen dem montenegrinischen Außenministerium und der DAK ein Kooperationsabkommen geschlossen. Erstes Ergebnis dieses Abkommens ist die von der ADA finanzierte und von der DAK durchgeführte Ausbildung montenegrinischer Administrationskräfte im Hinblick auf die Erfordernisse der EU-Integration des Landes.

Zwischen dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie und dem montenegrinischen Ministerium für Verkehr und maritime Angelegenheiten wurde ein Memorandum der Zusammenarbeit auf technischem und wissenschaftlichem Gebiet abgeschlossen. Erstes Ergebnis dieser Kooperation ist das gemeinsame Projekt der Sicherung der Schifffahrt an der montenegrinischen Küste.

Der Besuch von Tourismusminister Predrag Nenezić bei Bundespräsident Heinz Fischer erfolgte aus Anlass des im Mai unterzeichneten Abkommens mit dem Pensionistenverband Österreichs (PVÖ). Demnach sollen die Frühjahrstreffen 2007 und 2008 des PVÖ in Montenegro abgehalten werden.

Montenegro ist Schwerpunktland der OEZA. Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 1,83 Millionen Euro erbracht.

Der Bildungsbeauftragte des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kunst, der auch Agenden von KulturKontakt Austria in Montenegro wahrnimmt, setzte seine Tätigkeit fort, vor allem die Durchführung der Projekte der Ostzusammenarbeit. Weiterhin ist eine Lektorin für Germanistik an der sprachwissenschaftlichen Fakultät der Universität Montenegro in Nikšić tätig.

Die WKÖ führte eine Sondierungsreise für österreichische Unternehmen zur Orientierung hinsichtlich potenzieller Investitionen in Montenegro durch (September). Österreichische Unternehmen sind in Montenegro vor allem im Tourismusbereich (Hotelgewerbe), in der Bauwirtschaft und im Bankenbereich tätig.

Die österreichischen Exporte betragen 44,09 Millionen Euro (127,8%), die Importe 2,01 Millionen Euro (191,1%).

Mosambik (Republik Mosambik), Maputo

Staatsoberhaupt
Armando Guebuza

Regierungschefin
Luisa Dias Diogo

Außenministerin
Alicinda Abreu

Anhang

ÖB: siehe Simbabwe; **AHSt:** siehe Südafrika; Maputo – **HK, Koordinationsbüro der OEZA;** Beira – **Liaisonsbüro der OEZA**

Besuche aus Österreich: Österreichische Wirtschaftsdelegation unter Teilnahme des österreichischen Handelsdelegierten in Johannesburg, Stefan Pistauer, Marktsondierungsreise (16.–26. Oktober).

Mosambik ist Schwerpunktland der OEZA. Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 5,14 Millionen Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 1,62 Millionen Euro (63,6%), die Importe 13,05 Millionen Euro.

Myanmar (Union Myanmar), Yangon

Staatsoberhaupt Than Shwe	Regierungschef Soe Win	Außenminister Nyan Win
------------------------------	---------------------------	---------------------------

ÖB, AHSt: siehe Thailand

Besuche in Österreich: Vizefinanzminister Hla Tein Swe, Teilnahme am ASEM-Finanzministertreffen (8. und 9. April).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 21.629 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 5,38 Millionen Euro (8,6%), die Importe 10,43 Millionen Euro (6,7%).

Namibia (Republik Namibia), Windhoek

Staatsoberhaupt Hifikepunge Pohamba	Regierungschef Nahas Angula	Außenminister Marco Hausiku
--	--------------------------------	--------------------------------

ÖB, AHSt: siehe Südafrika; Windhoek – **HGK**

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 258.061 Euro erbracht.

Der bilaterale Handel wird hauptsächlich über Südafrika abgewickelt. Die österreichischen Exporte betragen 3,56 Millionen Euro (375,6%), die Importe 9,64 Millionen Euro (417,3%).

Nauru (Republik Nauru), Yaren District

Staatsoberhaupt und Regierungschef Ludwig Scotty	Außenminister David Adeang
---	-------------------------------

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 3.000 Euro (100,0%), die Importe 196.000 Euro.

Länderinformationen

Nepal (Nepal), Kathmandu

Staatsoberhaupt
König Gyanendra
Bir Bikram Shah Dev

Regierungschef
Girija Prasad Koirala

Außenminister
K.P. Sharma Oli

ÖB, AHSt: siehe Indien; Kathmandu – **HK** (vorübergehend geschlossen)

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 1,59 Millionen Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 1,02 Millionen Euro (-24,0%), die Importe 1,80 Millionen Euro (-1,8%).

Neuseeland (Neuseeland), Wellington

Staatsoberhaupt
Königin Elizabeth II.

Regierungschef
Helen Clark

Außenminister
Winston Peters

vertreten durch:
Generalgouverneur
Anand Satyanand
(seit August)

ÖB, AHSt und ÖW: siehe Australien; Wellington – **HGK**; Auckland – **HK**

Besuche in Österreich: Außenminister Winston Peters, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik anlässlich des EU-Troika Außenministertreffens in Wien (18. April).

Pianist Albert Sassmann begab sich auf eine Solo-Konzertreise (7.–19. Juli).

Die österreichischen Exporte betragen 86,50 Millionen Euro (2,9%), die Importe 41,35 Millionen Euro (10,6%).

Cook Inseln

Selbstverwaltetes Gebiet in freier Verbindung zu Neuseeland.

Niue

Selbstverwaltetes Gebiet in freier Verbindung zu Neuseeland.

Nicaragua (Republik Nicaragua), Managua

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Enrique Bolaños Geyer

Außenminister
Norman Caldera Cardenal

ÖB, AHSt: siehe Mexiko; Managua – **Koordinationsbüro OEZA**

Die Zuständigkeit für Nicaragua wechselte von der ÖB Guatemala zur ÖB Mexiko am 1. November.

Besuche in Österreich: Präsident Enrique Bolaños Geyer und Außenminister Norman Caldera Cardenal, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik (Mai); Präsident Enrique Bolaños, Arbeitsgespräch mit Bundespräsident Heinz Fischer

Anhang

(11. Mai); Außenminister Norman Caldera, Arbeitsgespräch mit Bundesministerin Ursula Plassnik (11. Mai).

Im Vorfeld des Wiener EU-LAC-Gipfeltreffens war Österreich Gastgeber des zentralamerikanischen Forums zur EZA-Harmonisierung und Anpassung in der Region (11. Mai). An dem Treffen nahmen regionale Institutionen und VertreterInnen aller zentralamerikanischen Staaten teil. Das Forum stellt einen wichtigen ersten Schritt zur Verbesserung von Harmonisierung und Anpassung aller Aktivitäten der internationalen Entwicklungszusammenarbeit auf regionaler Ebene dar.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 5,87 Millionen Euro erbracht. Nicaragua ist das einzige Schwerkpunktländ der OEZA in Lateinamerika.

Die österreichischen Exporte betragen 1,23 Millionen Euro (-20,6%), die Importe 2,43 Millionen Euro (-38,0%).

Niederlande (Königreich der Niederlande), Amsterdam

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Beatrix	Jan Peter Balkenende	Bernard Bot

Den Haag – **ÖB, AHSt**; Amsterdam – **HGK, ÖW**; Rotterdam – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Ursula Plassnik, Treffen mit Außenminister Bernard Bot (Den Haag, 11. Jänner); Staatssekretär Helmut Kukacka, Treffen mit Verkehrsministerin Karla Peijs (Den Haag, 16. Jänner); Staatssekretär Hans Winkler, Treffen mit Europaminister Atzo Nicolai und ICTY-Chefanklägerin Carla del Ponte (Den Haag, 13. und 14. März).

Besuche in Österreich: Innenminister Johan Remkes, Immigrations- und Integrationsministerin Rita Verdonk und Justizminister Piet Hein Donner sowie Eurojust-Präsident Michael Kennedy und Europol-Direktor Max-Peter Ratzel, Teilnahme am informellen Treffen der EU-Justiz- und InnenministerInnen (12.–14. Jänner); Beschäftigungs- und Sozialminister Aart Jan de Geus, Teilnahme am informellen Treffen der EU-Beschäftigungs- und SozialministerInnen (Villach, 19.–21. Jänner); Ministerpräsident Jan Peter Balkenende, Teilnahme an der Konferenz „The Sound of Europe“ (Salzburg, 26.–28. Jänner); Verkehrsministerin Karla Peijs, Teilnahme am informellen Treffen der EU-VerkehrsministerInnen (Bregenz, 2 und 3. März); Verteidigungsminister Henk Kamp, Teilnahme am informellen Treffen der EU-VerteidigungsministerInnen (Innsbruck, 6. und 7. März); Außenminister Bernard Bot, Teilnahme am informellen Treffen der EU-AußenministerInnen (Salzburg, 10. und 11. März); Bildungsministerin Maria van der Hoeven, Teilnahme an der Konferenz der EU-BildungsministerInnen (16. und 17. März); Finanzminister Gerrit Zalm und Nationalbankpräsident Nout Wellink, Teilnahme am informellen Treffen der EU-Wirtschafts- und FinanzministerInnen und am Treffen der ASEM-FinanzministerInnen (7.–9. April); Außenminister Bernard Bot und Europaminister Atzo Nicolai, Teilnahme an der Subsidiaritätskonferenz „Europa fängt zu Hause an“ (St. Pölten, 18. und 19. April); Wirtschaftsminister Laurens Jan Brinkhorst, Teilnahme am informellen Treffen der EU-WettbewerbsfähigkeitsministerInnen (Graz, 21. und 22. April); Gesundheitsminister Hans Hoogervorst, Teilnahme am informellen Treffen der EU-GesundheitsministerInnen (25. und 26. April); Eurojust-Präsident Michael Kennedy und Europol-Direktor Max-Peter Ratzel, Teilnahme am EU-USA-Troikatreffen der Justiz- und InnenministerInnen (3. Mai); Justizminister Piet Hein Donner, Eurojust-Präsident Michael Kennedy und Europol-Direktor Max-Peter Ratzel, Teilnahme am Treffen der InnenministerInnen EU-Russische Föderation-USA und an der Internationalen Konferenz zur Inneren Sicherheit (4. und 5. Mai); Außenminister Bernard Bot, Teilnahme am IV. EU-LAC-Gipfel (11.–13. Mai); Umweltstaatssekretär Pieter van Geel, Teilnahme am informellen Treffen der EU-UmweltministerInnen (Eisenstadt, 19.–21. Mai); Außenminister Bernard Bot, Teilnahme am informellen Treffen der EU-AußenministerInnen (Klosterneuburg, 27. und 28. Mai); Landwirtschaftsminister Cees Veerman, Teilnahme am Informellen Treffen

Länderinformationen

der EU-LandwirtschaftsministerInnen (Krems, 28.–30. Mai); ICTY-Chefanklägerin Carla del Ponte, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler (7. September); Justizminister Ernst Hirsch Ballin, Treffen mit Bundesministerin Liese Prokop (16. November).

Am 18. September nahm Rechtsanwalt Peter Fresacher seine Tätigkeit als neuer österreichischer Honorargeneralkonsul in Amsterdam auf.

Auch in den Niederlanden wurde das Mozart-Jubiläumsjahr mit zahlreichen Konzerten, Ausstellungen, Vorträgen und Lesungen begangen. Das internationale Kultur- und Wissenschaftsfestival EURIADE fand unter dem Generalthema „Don Juan und das Dämonische“ statt. Mozart stand auch im Zentrum des vielbesuchten jährlichen Sandskulpturenfestivals im Seebad Scheveningen. Der niederländische Blumenzüchterverband kreierte eine Narzisse mit dem Namen „Amadeus Mozart“, die im Mirabellgarten in Salzburg angepflanzt wurde (16. Oktober).

In den Niederlanden wurde das Lebenswerk von Sigmund Freud anlässlich dessen 150. Geburtstags ausgiebig gewürdigt. Organisiert vom Niederländischen Psychoanalytischen Institut fanden zahlreiche Vorträge, Lesungen, Theatervorstellungen und Filmvorführungen statt. Daneben gab es einen Zeichenwettbewerb für Grundschulen und einen Essay-Wettbewerb für Oberschulen sowie einen Rundgang durch die Stadt Leiden auf den Spuren von Freud und Mahler.

Neben den Mozart- und Freud-Schwerpunkten fanden zahlreiche weitere Veranstaltungen statt, unter anderem mit den Schriftstellern Arno Geiger und Elfriede Hammerl oder in Form von Konzerten des Gustav Mahler-Ensembles und des Klaus Paier-Trios. Klaus Maria Brandauer erhielt von der Kulturstiftung EURIADE die Martin Buber-Plakette (November), insbesondere für seine völkerverbindenden Verdienste um die Universität Tel Aviv.

Im Rahmen von Deutschlehrerkongressen (März und November) wurden unter anderem die „Österreichkisten“ vorgestellt. Diese können von Schulen für Unterrichtszwecke ausgeliehen werden. In Zusammenarbeit mit einigen DeutschlehrerInnen wurde ein fachübergreifendes Mozart-Programm entwickelt.

Die österreichischen Exporte betragen 1.861,89 Millionen Euro (9,5%), die Importe 3.048,56 Millionen Euro (12,6%).

Niger (Republik Niger), Niamey

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Mamadou Tandja	Hama Amadou	Aichatou Mindaoudou

ÖB: siehe Senegal; Niamey – **HK, AHSt:** siehe Marokko

Besuche in Österreich: Außenministerin und ECOWAS-Vorsitzende Aichatou Mindaoudou, Teilnahme am Treffen der EU-Troika mit ECOWAS (22. Mai).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 5.219 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 449.000 Euro (215,4%), die Importe 7.000 Euro (112,1%).

Nigeria (Bundesrepublik Nigeria), Abuja

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenministerin
Olusegun Obasanjo	Joy Angela Uche Ogwu

Abuja – **ÖB;** Lagos – **AHSt**

Anhang

Besuche aus Österreich: Sonderbeauftragter für Afrika Botschafter Georg Lennkh, Besuch bei ECOWAS-Sekretariat, Treffen mit Generalsekretär Mohamed Ibn Chambas, Treffen im nigerianischen Außenministerium (17.-20. März).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 17.919 Euro erbracht.

Während der EU-Ratspräsidentschaft ist es neben offiziellen Besuchen auch gelungen, die Künstlergruppe AMAL einzuladen, die in zehn Aufführungen vor etwa 3.000 Kindern „Das größte Rätsel der Welt“ spielte.

Der Besuchs austausch auf wirtschaftlichem Gebiet führte zu einer Reihe von Geschäftsabschlüssen. Zwei von einem österreichischen Unternehmen revitalisierte Ausbildungsspitäler wurden eröffnet.

Die österreichischen Exporte betragen 93,43 Millionen Euro (-6,1%), die Importe 517,56 Millionen Euro (18,0%).

Norwegen (Königreich Norwegen), Oslo

Staatsoberhaupt König Harald V.	Regierungschef Jens Stoltenberg	Außenminister Jonas Gahr Støre
------------------------------------	------------------------------------	-----------------------------------

Oslo – **ÖB, HGK, AHSt**; Bergen, Stavanger, Ålesund, Kristiansand, Trondheim, Tromsø – **HK; ÖW**: siehe Kopenhagen

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Ursula Haubner, Arbeitsgespräch mit Ministerin für Familie, Gleichstellung und Konsumentenschutz Karita Bekkemellem (6. Juli) Abgeordneter zum Europäischen Parlament Paul Rübzig, Teilnahme am Treffen des EWR-Gemeinsamen Parlamentarischen Ausschusses (Tromsø, 23. Mai).

Besuche in Österreich: Staatssekretär im Verteidigungsministerium Espen Barth Eide, Teilnahme am Seminar „International Security and the Rule of Law“ (13. Jänner); Außenminister Jonas Gahr Støre, Arbeitsgespräch mit Bundesministerin Ursula Plassnik (17. Jänner); Minister für Soziales, Bjarne Hakon Hanssen, Teilnahme am informellen Treffen der Beschäftigungs- und SozialministerInnen (Villach, 19.–21. Jänner); Finanzministerin Kristin Halvorsen, Arbeitsgespräch mit Bundesminister Karlheinz Grasser (28. Februar); Ministerin für Verkehr und Kommunikation, Liv Signe Navarsete, Teilnahme am informellen Verkehrsministertreffen (Bregenz, 2. und 3. März); Ministerin für Verteidigung, Anne-Grete Strøm Erichsen, Teilnahme am informellen Treffen der VerteidigungsministerInnen (Innsbruck, 6. und 7. März); Minister für Bildung, Østein K. Djupedal, Teilnahme am informellen Treffen der BildungsministerInnen (16. und 17. März); Staatssekretärin für Kinder und Gleichstellung Krishna Chudasama, Teilnahme am informellen Treffen der JugendministerInnen (Bad Ischl, 29.–31. März); Staatssekretär Terje Moland Pedersen, Teilnahme an der Internationalen Konferenz zur Inneren Sicherheit (4. und 5. Mai); Premierminister Jens Stoltenberg, Arbeitsbesuch bei Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (5. Mai); Besuch des Außenpolitischen Ausschusses des Norwegischen Parlaments (22. und 23. März).

Die Wanderausstellung „Bertha von Suttner. Ein Leben für den Frieden“ wurde im Museum des Erzbischöflichen Hofes in Trondheim präsentiert (15. Juni bis 6. August), die Wanderausstellung „Wolfgang A. Mozart“ in den Konzert- und Kulturhäusern von Stavanger, Drammen, Sola, Sandefjord (18. September bis 20. Dezember) und die Wanderausstellung „Ingeborg Bachmann – Schreiben gegen den Krieg“ in der Bibliothek des Nationalen Zentrums für moderne Fremdsprachen in Halden (20. Februar bis 15. März).

Die österreichische Teilnahme am EU-Dokumentarfilmfestival am Norwegischen Filminstitut in Oslo war durch den Film von Nikolaus Geyrhalter: „Our Daily Bread“ gesichert (23.– 29. März).

Länderinformationen

Die Internationale Konferenz für Programmierer und Künstler Píksel06 in Bergen hatte aus Wien Richard Spindler, Christian Faubel und die Gruppe Gullibloom (Andreas Pieper, Oswald Berthold, Werner Lackner) eingeladen (12.–15. Oktober). LIA (Ulrike Schitter) nahm mit ihrer Musik- und Video-Performance am grenzüberschreitenden Festival „Barents Spektakel“ in Kirkenes und Murmansk (Russland) teil.

Veranstaltungen im Rahmen des „Literarischen Salons“ waren ein Vortrag von Univ.-Prof. Allan S. Janik (Innsbruck) zum Thema „Neues zur Ibsen Rezeption in Wien 1900“ in Oslo und „Henrik Ibsen: Why We Need Him More Than Ever“ an der Universität Bergen, sowie eine Lesung von Autor Thomas Glavinic aus dem Erfolgsroman „Die Arbeit der Nacht“. Die Universität Tromsø veranstaltete eine Internationale Elfriede Jelinek – Konferenz mit Mitwirkung österreichischer WissenschaftlerInnen (1.–3. Juni).

Auftakt zum Mozartjahr war ein Gastspiel des Hagen Quartetts im Osloer Konzerthaus (29. Jänner). Beim Bergenser Festival für zeitgenössische Musik „BOREALIS“ gastierten die Komponisten Georg Friedrich Haas und Prof. Bernhard Lang, Mitglieder des Klangforums Wien, die Elektronik-Band Bulbul sowie Radian Martin Brandlmayr, Stefan Nemeth und John Norman.

Aus Anlass der Eröffnung der Architekturausstellungen „Konstruktive Provokation“ und „Baumschlagler und Eberle“ hielt Prof. Dietmar Eberle (Vorarlberg) im Osloer Architektenverband und an der Osloer Architektenhochschule den Vortrag „Von Regionalem und Internationalem, Bauten – Projekte 1996–2006“ und „Konstruktive Provokation Neues Bauen in Vorarlberg“ (2. und 3. Februar).

Die österreichischen Exporte betragen 405,24 Millionen Euro (24,5%), die Importe 563,45 Millionen Euro (54,7%).

Oman (Sultanat Oman), Maskat

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
S.M. Sultan Qaboos bin Said Al Said	S.H. Sayyid Fahd bin Mahmoud bin Mohamed Al Said	S.E. Yussuf bin Alawi bin Abdullah

Maskat – **ÖB; AHSt:** siehe Vereinigte Arabische Emirate

Besuche aus Österreich: Bundesminister a.D. Klubobmann Herbert Scheibner, Gespräche mit Unterstaatssekretär Sayyid Badr Al Busaidi im Außenministerium sowie mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des omanischen Schurats Fahd Al Ma'amari (5. Februar); Bundesminister Karl-Heinz Grasser, Treffen mit Wirtschaftsminister Ahmed Macki, Erdölminister Mohammed Al Rumhy und Tourismusministerin Rajiha bin Ali (17. Juni); Wirtschaftsmission der WKÖ unter Leitung der AHSt Abu Dhabi (10.–12. Mai).

Besuche in Österreich: Außenminister Yussuf bin Alawi bin Abdullah, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik für Konsultationen, (2. Mai); Tourismusministerin Rajiha bin Ali, Besuch auf Einladung von Bundesminister Martin Bartenstein (7.–12. Mai); Arbeitsminister Juma'a bin Ali Juma'a, Treffen mit Landeshauptmann Erwin Pröll und Besichtigung berufsbildender Ausbildungseinrichtungen.

Am Maskat Festival war Österreich mit dem Saxophonquartett 4Saxess vertreten, der Pianist Robert Lehrbaumer konzertierte mit dem Königlichen Symphonieorchester.

Die österreichischen Exporte betragen 48,22 Millionen Euro (14,2%), die Importe 283.000 Euro (-40,5%).

Pakistan
(Islamische Republik Pakistan), Islamabad

Staatsoberhaupt Pervez Musharraf	Regierungschef Shaukat Aziz	Außenminister Mian Khurshid Mehmood Kasuri
-------------------------------------	--------------------------------	--

Islamabad – **ÖB**; Karachi, Lahore – **HK**; **AHSt**: siehe Vereinigte Arabische Emirate

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Elisabeth Gehr, Gespräche mit Premierminister Shaukat Aziz und dem Vorsitzenden der Kommission für Hochschulwesen (Hochschulminister) Atta-ur-Rahman (Karachi und Islamabad, 1.–5. Jänner); Delegation des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur unter Leitung von Univ.-Prof. Hartmut Kahlert von der Technischen Universität Graz, Gespräche mit Hochschulminister Atta-ur-Rahman und hochrangigen Funktionären des Hochschulministeriums (29. Juli bis 2. August); Delegation für Luftverkehrsverhandlungen unter Leitung des amtsführenden Abteilungsleiters für Luftfahrtbeziehungen im Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Dieter Gaupmann, Gespräche mit dem für Zivilluftfahrt zuständigen Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium, Muhammad Ashraf Chaudhry (Rawalpindi, 26. und 27. September); Bundesministerin Gehr in Lahore, Teilnahme an der Grundsteinlegung für die pakistanisch-österreichische Technische Universität, Gespräche mit Präsident Musharraf und Hochschulminister Atta-ur-Rahman (18. und 19. November); österreichische Wirtschaftsdelegation unter Leitung des Vizepräsidenten der WKÖ, Richard Schenz, Gespräche mit dem Präsidenten der Industrie- und Handelskammer von Karachi, Majyd Aziz, dem Bürgermeister von Karachi, Syed Mustafa Kamal, und anderen staatlichen Funktionären und Wirtschaftsvertretern (Karachi, 6.–8. Dezember).

Die WKÖ eröffnete angesichts der stark verbesserten Wirtschaftsbeziehungen in Karachi Ende des Jahres ein vorerst mit lokalem Personal besetztes Korrespondenzbüro (Marketing Office) der für Pakistan mitzuständigen AHSt Abu Dhabi.

Bundesministerin Gehr und Hochschulminister Atta-ur-Rahman unterzeichneten ein Memorandum of Understanding über wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der pakistanischen Kommission für Hochschulwesen (Hochschulministerium) und dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Jänner). Der österreichische Botschafter in Pakistan und der für Zivilluftfahrt zuständige Unterstaatssekretär im pakistanischen Verteidigungsministerium schlossen ein Memorandum of Understanding zur Ergänzung des Luftverkehrsabkommens zwischen Österreich und Pakistan aus 1971 (27. September). Bundesministerin Gehr und ihr pakistanischer Amtskollege unterzeichneten eine Absichtserklärung (Letter of Intent) zur Errichtung einer pakistanisch-österreichischen Technischen Universität in Lahore (18. November).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 439.840 Euro erbracht.

Zwischen Österreich und Pakistan besteht seit mehreren Jahren eine intensive Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem Gebiet, in deren Rahmen derzeit mehr als hundert AbsolventInnen pakistanischer technischer und naturwissenschaftlicher Studienrichtungen in Österreich ihr Doktoratsstudium absolvieren. Bisheriger Höhepunkt dieser Kooperation ist das Projekt einer gemeinsamen Technischen Universität in Lahore, die die Bezeichnung „Pakistan-Austrian University (PAU)“ tragen wird und 2008 ihren Betrieb aufnehmen soll.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und Pakistan nahmen an Intensität zu, insbesondere im Energiebereich.

Die österreichischen Exporte betragen 120,68 Millionen Euro (34,7%), die Importe 61,89 Millionen Euro (9,9%).

Länderinformationen

Palästinensische Autonomiegebiete (Palästinensische Behörde für das Westjordanland und den Gazastreifen)

Vorsitzender der Palästinensischen Autonomiebehörde Mahmoud Abbas	Regierungschef Ismail Haniyeh (seit 29. März)	Außenminister Mahmoud Zahhar (seit 29. März)
--	---	--

Ramallah – Österreichisches Vertretungsbüro bei der Palästinensischen Autonomiebehörde

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Ursula Plassnik, Besuch bei Präsident Mahmoud Abbas, den unabhängigen Abgeordneten des Palestinian Legislative Council Ziad Abu-Amr, Hanan Ashrawi und Mustafa Barghuoti sowie Roundtable mit Frauenvertreterinnen in Gaza-Stadt und Ramallah (2. Dezember).

Die Rahmenbedingungen beeinträchtigten die Fortführung laufender und die Formulierung neuer Projekte. Die österreichische Zusammenarbeit konzentriert sich vor allem auf die Bereiche gute Regierungsführung/Demokratie, Soziales/Gesundheit, Wasser/Umwelt und humanitäre Hilfe. Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen in der Höhe von 4,69 Millionen Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 745.000 Euro (-26,0%), die Importe 171.000 Euro (-1,7%).

Palau (Republik Palau), Koror

Staatsoberhaupt und Regierungschef Tommy Remengesau Jr.	Außenminister Temmy L. Shmull
--	----------------------------------

ÖB: siehe Philippinen; **AHSt:** siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 9.000 Euro (147,2%).

Panama (Republik Panama), Ciudad de Panama

Staatsoberhaupt und Regierungschef Martín Torrijos Espino	Außenminister Samuel Lewis Navarro
--	---------------------------------------

ÖB: siehe Kolumbien; Ciudad de Panama – **HGK; AHSt:** siehe Mexiko

Besuche aus Österreich: Nationalratspräsident Andreas Khol, Treffen mit Vizepräsident und Außenminister Samuel Lewis am Rande der Amtseinführung der chilenischen Präsidentin Michelle Bachelet (Santiago de Chile, 10. und 11. März).

Besuche in Österreich: Vizepräsident und Außenminister Samuel Lewis sowie Außenhandelsminister Alejandro Ferrer, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik (Mai); Staatssekretär Hans Winkler, Arbeitsgespräch mit Vizepräsident und Außenminister Samuel Lewis am Rande der Amtseinführung des mexikanischen Präsidenten Felipe Calderón (1. Dezember); Vizeaußenminister Ricardo José Duran, Arbeitsgespräch mit dem Leiter der wirtschafts- und integrationspolitischen Sektion des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten Martin Sajdik im Rahmen der EU-LAC-Konferenz über „Erneuerbare Energien“ (9.–11. Oktober).

Honorarykonsulin Reinhilde Hauser-Monsberger organisierte ein Benefizkonzert mit den Wiener Sängerknaben (September).

Anhang

Im Rahmen einer von der AHSt Mexiko organisierten Wirtschaftsmission Zentralamerika mit österreichischen Firmen wurde auch Panama besucht (19.–21. November).

Die österreichischen Exporte betragen 10,68 Millionen Euro (-65,8%), die Importe 11,63 Millionen Euro (-24,7%).

Papua-Neuguinea (Unabhängiger Staat Papua-Neuguinea), Port Moresby

Staatsoberhaupt Königin Elizabeth II.	Regierungschef Sir Michael Somare	Außenminister Paul Tiensten (seit November)
--	--------------------------------------	---

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Paulias Matane

ÖB, AHSt: siehe Australien; Port Moresby – **HK**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler und Delegation, Teilnahme am Ministerrat EG-AKP (29. Mai bis 3. Juni).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 713.874 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 144.000 Euro (88,1%), die Importe 1,10 Millionen Euro (19,6%).

Paraguay (Republik Paraguay), Asunción

Staatsoberhaupt und Regierungschef Nicanor Duarte Frutos	Außenminister Rubén Darío Ramírez Lezcano Wles (seit 22. August)
---	---

ÖB und **AHSt:** siehe Argentinien; Asunción – **HGK**

Besuche in Österreich: Präsident Duarte Frutos und Außenministerin Rachid de Cowles, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik (Mai).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 2.312 Euro erbracht.

Der Handel zwischen Österreich und Paraguay ist für beide Länder von geringer Bedeutung und wird stark von Einzelgeschäften beeinflusst.

Die österreichischen Exporte betragen 3,37 Millionen Euro (-34,4%), die Importe 671.000 Euro (26,4%).

Peru (Republik Peru), Lima

Staatsoberhaupt Alan García (seit 28. Juli)	Regierungschef Jorge Del Castillo (seit 28. Juli)	Außenminister José Antonio García Belaúnde (seit 28. Juli)
---	---	--

Lima – **ÖB; AHSt:** siehe Chile; Arequipa (vorübergehend geschlossen), Cusco, Iquitos (vorübergehend geschlossen), Trujillo – **HK**

Länderinformationen

Besuche in Österreich: Generalsekretär der Andengemeinschaft Allan Wagner, Gespräch mit Staatssekretär Winkler (13. Februar); Präsident Alejandro Toledo und Außenminister Oscar Maúrtua, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik (11.–13. Mai); Präsident Alejandro Toledo, Treffen mit Bundeskanzler Schüssel (11. Mai); Generalsekretär der Andengemeinschaft Allan Wagner und José Antonio García Belaúnde, Teilnahme als Sondergäste am EU-LAC-Gipfel (11.–13. Mai).

Außenminister Oscar Maúrtua, Treffen mit Staatssekretär Winkler, Brüssel (22. März).

Das im März 2002 auf Ebene der Innenminister unterzeichnete Abkommen über polizeiliche Zusammenarbeit wurde am 23. Oktober dem peruanischen Kongress zur parlamentarischen Genehmigung übermittelt.

Als Beitrag zum Kampf gegen den illegalen Drogenhandel leistete das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten im Wege von UNODCP 50.000 Euro zur Förderung von Alternativanbauprogrammen in den Flussbecken von Pichis, Palcazu, Aguaytia und Huallaga.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 119.600 Euro erbracht.

Aus Anlass des Mozart Gedenkjahres wurde im Rahmen der Jubiläumsfeiern für das 60-jährige Bestehen des Nationalen Musikkonservatoriums eine Wanderausstellung über das Leben und Werk von Wolfgang Amadeus Mozart in Lima gezeigt (15. Mai bis 15. Juni). Der österreichische Pianist Robert Lehrbaumer wurde zu einem Klavierabend aus Anlass des Mozart-Gedenkjahres im Kloster San Pedro in Lima eingeladen (26. Jänner). Besonderes Interesse erweckte der vom Nationalen Musikkonservatorium in Lima organisierte Mozart Musikwettbewerb für junge InstrumentalistInnen, an dem Ingomar Rainer und Jocelyne Rainer-Gibert als Juroren mitwirkten. Beide Künstler gaben auch eine Reihe von Auftritten im Rahmen des vom Nationalen Musikkonservatorium mit dem Nordamerikanischen Kulturinstitut veranstalteten Barockmusikfestivals von Lima (15.–18. Mai). Das Oktett von TeilnehmerInnen aus der Perfektionsklasse des früheren Oboisten des Mozarteum-Orchesters Salzburg, Wolfgang Schlachter, trat am Nationalen Musikkonservatorium in Lima auf. Die MusikerInnen absolvierten öffentliche Konzertauftritte in Lima und Trujillo. Gemeinsam mit der Hochschule für künstlerische Erziehung in Puno veranstaltete Erika Santeck-Pircher vom Musikkonservatorium Innsbruck mit österreichischen MusikerInnen und InterpretInnen im Juli den III. Tanz- und Musikworkshop über Musik der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts (Juli).

Im Kulturinstitut des peruanischen Außenministeriums Inca Garcilaso fand im eine Reihe von vier Vorträgen zu Sigmund Freud und seine Zeit statt (März und April).

Die in Lima am Nordamerikanischen Kulturinstitut gezeigte Wanderausstellung „Ich baue – Österreichische Architekten in Lateinamerika“ (15. Juli bis 15. August) erweckte großes Interesse beim Publikum und der Fachpresse. Aus Anlass des 100. Geburtstages von Adolfo Winteritz ermöglichte die Zusammenarbeit mit dem Leopold Museum und dem Nordamerikanischen Kulturinstitut sowie der Katholischen Universität die Präsentation einer Retrospektive der Werke dieses in Österreich geborenen Malers sowohl in Lima als auch in Wien.

Mit der Ausstellung über die Chachapoyas – „Wolkenmenschen Perus“ mit wichtigen Stücken des Museums von Leymebamba, die das Technische Museum Wien in Zusammenarbeit mit dem Institut für Anthropologie der Universität Wien und dem Forschungszentrum Mallqui zeigte (Mai bis Juli), wurde die wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit dokumentiert. Im Rahmen der universitären Zusammenarbeit findet ein regelmäßiger gegenseitiger Austausch von StudentInnen und WissenschaftlerInnen zwischen der Universität für Bodenkultur Wien mit der Universidad Nacional Agraria La Molina Lima und der Johannes-Keppler Universität Linz mit der Katholischen Universität von Lima, der Universität San Martín de Porres in Lima, der Universität Privada del Norte von Trujillo, der Universität Ricardo Palma in Lima und der Universität von Piura statt. Ein Peruaner erhielt für das Studienjahr 2005/2006 ein Teilstipendium für eine Ausbildung im Tourismus- und Fremdenverkehrsbereich zuerkannt.

Die österreichischen Exporte betragen 27,62 Millionen Euro (56,8%), die Importe 16,48 Millionen Euro (251,8%).

Anhang

Philippinen (Republik der Philippinen), Manila

Staatsoberhaupt und Regierungschefin
Gloria Macapagal Arroyo

Außenminister
Alberto G. Romulo

Manila – **ÖB, HGK, AHSt**; Cebu – **HGK**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Eduard Mainoni, Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding über Zusammenarbeit im Eisenbahnbereich mit Transportminister Leandro Mendoza; weiters Gespräche mit philippinischen Fachministern über österreichische Wirtschafts- und Technologietransferprojekte in den Philippinen (17.–21. Juli).

Besuche in Österreich: Unterstaatssekretär Juan Roberto Tan, Abteilung für Finanzen, Teilnahme am ASEM-Finanzministertreffen (8. und 9. April); Unterstaatssekretär für Verkehr und Kommunikation Guiling Mamondiong, Gespräch mit Staatssekretär Eduard Mainoni über Zusammenarbeit im Eisenbahnsektor (3. April).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 145.500 Euro erbracht.

Österreichische kulturelle Aktivitäten: „An Evening with Mozart“ mit dem Philippine Philharmonic Orchestra unter dem österreichischen Dirigenten Ernest Hötzl mit Solistin Marianne Hötzl, Flöte (29. Mai); „Mozart's Magic Fantasy“, eine Adaptierung der Zauberflöte für Kinder von Susan Hammond, aufgeführt vom Iloilo Youth Orchestra und Iloilo Children's Choir (Iloilo City, 25. November bis 1. Dezember); österreichische Beteiligung am EU-Filmfestival in Manila, Cebu und Davao mit dem Film „Karo und der liebe Gott“ von Danielle Proskar.

Im Rahmen des ASEA-UNINET nahmen 20 österreichische StudentInnen verschiedener österreichischer Universitäten an dem von der Universität Innsbruck organisierten Asian Studies Program an der University of the Philippines in Manila und der University San Carlos in Cebu teil (Februar).

Die österreichischen Exporte betragen 70,54 Millionen Euro (29,6%), die Importe 112,32 Millionen Euro (56,4%).

Polen (Republik Polen), Warschau

Staatsoberhaupt
Lech Kaczyński

Regierungschef
Jarosław Kaczyński
(seit 14. Juli)

Außenministerin
Anna Fotyga
(seit 9. Mai)

Warschau – **ÖB, KF, AHSt, ÖW, ÖI**; Krakau – **GK, KF, ÖI, Marketingbüro der WKÖ**;
Wrocław (Breslau) – **HK, ÖI**, Gdańsk (Danzig), Łódź – **HK**

Besuche aus Österreich: Nationalratspräsident Andreas Khol und Bundesratspräsidentin Sissy Roth-Halvax, Teilnahme am Treffen der ParlamentspräsidentInnen der Regionalen Partnerschaft (23. Juni); Staatssekretär Hans Winkler, Arbeitsgespräch mit Unterstaatssekretär Witold Sobków und Teilnahme an der Konferenz „Scenarios For Solving the Constitutional Crisis in the European Union“ bzw. Teilnahme an einem Expertengespräch zum Stand der EU-Verfassungsdebatte (Warschau bzw. Krakau, 30. und 31. Oktober); Präsident des Obersten Gerichtshofes Johann Rzeszut und Generalprokurator Walter Presslauer, Teilnahme an der Jahrestagung der PräsidentInnen der Höchstgerichte und GeneralstaatsanwältInnen der EU-Mitgliedstaaten (12. und 13. Juni); Vizebürgermeister der Stadt Innsbruck Eugen Sprenger, Gespräche mit dem Bürgermeister von Krakau Jacek Majchrowski (Krakau, 7. Juli).

Besuche in Österreich: Sejm-Marschall Marek Jurek, Arbeitsgespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer, Nationalratspräsident Andreas Khol, Bundesratspräsidentin Sissy Roth-Halvax und Bundesministerin Ursula Plassnik (4. und 5. Mai); Premierminister Kazimierz Marcinkie-

Länderinformationen

wicz, Teilnahme am EU-LAC-Gipfel (11. und 12. Mai); Vizepremierministerin und Finanzministerin Zyta Gilowska, Arbeitsgespräch mit Bundesminister Karl-Heinz Grasser (27. Jänner); Vizepremierminister und Landwirtschaftsminister Andrzej Lepper, Teilnahme am informellen Rat der EU-LandwirtschaftsministerInnen (Krems, 28.–31. Mai); Außenminister Stefan Meller, Arbeitsgespräch mit Bundesminister Ursula Plassnik und Überreichung des Großkreuzes des Verdienstordens der Republik Polen an Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (19. und 20. Jänner); Außenministerin Anna Fotyga, Teilnahme am EU-LAC-Gipfel (11. und 12. Mai) und am informellen Treffen der AußenministerInnen der EU-Mitgliedstaaten, Rumäniens und Bulgariens (Klosterneuburg, 27. und 28. Mai); Sozial- und Arbeitsminister Krzysztof Michałkiewicz, Teilnahme am informellen Rat der EU-MinisterInnen für Beschäftigung und Soziales (Villach, 21. Jänner); Gesundheitsminister Zbigniew Religa, Teilnahme am Sondertreffen der EU-GesundheitsministerInnen zur Geflügelpest (24. Februar); Verkehrs- und Bauenminister Jerzy Polaczek, Teilnahme am informellen Rat der EU-VerkehrsministerInnen (Bregenz, 2. und 3. März); Verteidigungsminister Radosław Sikorski, Teilnahme am informellen Treffen der EU-VerteidigungsministerInnen (Innsbruck, 6. und 7. März); Bildungs- und Wissenschaftsminister Michał Seweryński, Teilnahme an der Konferenz der Europäischen BildungsministerInnen (16. und 17. März); Wirtschaftsminister Piotr Woźniak, Teilnahme am informellen Rat der EU-MinisterInnen für Wettbewerbsfähigkeit (Graz, 21. und 22. April); Umweltminister Jan Szyszko, Teilnahme am informellen Rat der EU-UmweltministerInnen (Rust und Eisenstadt, 19. und 20. Mai) und Enttüllung eines Dioramas des Nationalparks Białowieża im Naturhistorischen Museum (21. Mai); Vize-Senatsmarschall Maciej Płażyński, Teilnahme am Treffen der ParlamentspräsidentInnen der Regionalen Partnerschaft (23. und 24. November); Staatssekretärin im Außenministerium Krystyna Tuż-Erecińska, Teilnahme am Treffen der AußenministerInnen der Regionalen Partnerschaft (Wien, 14. September); Staatssekretär im Finanzministerium Jarosław Pietras, Teilnahme am informellen Rat der EU-FinanzministerInnen und am Treffen der ASEM-Wirtschafts- und FinanzministerInnen (7.–9. Mai); Unterstaatssekretär im Außenministerium Stanisław Komorowski, Teilnahme am informellen Rat der EU-AußenministerInnen und am Treffen der EU-AußenministerInnen mit den AußenministerInnen der Staaten des Westlichen Balkans (Salzburg, 10. und 11. März), Arbeitsgespräch mit Staatssekretär Hans Winkler und Teilnahme an der EU-Subsidiaritätskonferenz „Europa fängt zu Hause an“ (St. Pölten, 18. und 19. April); Unterstaatssekretär im Innenministerium Wiesław Tarka, Teilnahme am informellen Rat der EU-Innen- und JustizministerInnen (12.–14. Jänner), an der internationalen Konferenz „Die innere Sicherheit als Element der Beziehungen der EU mit ihren Nachbarn“ (4. und 5. Mai) und am Forum Salzburg (Stift Göttweig, 27. und 28. Juli); Unterstaatssekretär im Justizministerium Andrzej Grzelak, Teilnahme am informellen Rat der EU-Innen- und JustizministerInnen (12.–14. Jänner); Unterstaatssekretär im Wirtschaftsministerium Tomasz Wilczak, Teilnahme an der Europäischen Tourismusministerkonferenz (20. und 21. März); Unterstaatssekretär im Bildungsministerium Stanisław Stawiński, Teilnahme am informellen Rat der EU-JugendministerInnen (Bad Ischl, 29.–31. März); Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des Sejm Paweł Zalewski, Teilnahme am Treffen der Vorsitzenden der außenpolitischen Ausschüsse der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments (27. und 28. März); Vorsitzender des EU-Ausschusses des Sejm Karol Karski, Teilnahme an der EU-Subsidiaritätskonferenz „Europa fängt zu Hause an“ (St. Pölten, 18. und 19. April) und am Treffen der Europausschüsse der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten (COSAC) (22. und 23. Mai); Vorsitzender des EU-Ausschusses des Senats Edmund Wittbrodt, Teilnahme an der EU-Subsidiaritätskonferenz „Europa fängt zu Hause an“ (St. Pölten, 18. und 19. April) und am Treffen der Europausschüsse der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten (COSAC) (22. und 23. Mai); Ombudsmann Janusz Kochanowski, Teilnahme an der Europäischen Ombudsleute-Konferenz (11.–13. Juni); Präsident des Obersten Gerichtshofes Lech Gardocki, Arbeitsgespräche mit den Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, des Verfassungsgerichtshofes und des Verwaltungsgesichtshofes (27.–29. Juni); Bürgermeister von Katowice Piotr Uszok im Rahmen des Projektes „Arbeitsstiftungen nach österreichischem Muster in Katowice“ (Linz, 18.–20. April).

Das österreichische KF Warschau unterstützte die österreichische EU-Ratspräsidentschaft und setzte mit der Konferenz „Kulturelle Identität Europas – Ex oriente lux“ (Mai) einen viel beachteten Höhepunkt. Gemeinsam mit den Kulturbüros der europäischen Staaten, der Vertretung der

Anhang

Europäischen Kommission, der Stadt Warschau, dem Außen- und dem Kulturministerium konnte unter der Schirmherrschaft der beiden Präsidenten der österreichische EU-Ratsvorsitz öffentlichkeitswirksam ins Rampenlicht gestellt werden.

Die seit 2005 vom KF Warschau herausgegebene Zeitschrift für Kunst, Kultur und Gegenwart SECESJA konnte mit der mit der im Juni erschienen Nummer 4 unter dem Titel „Vielfalt in der Einheit“ erstmalig eine dauerhafte Kooperation mit Deutschland, Österreich und der Schweiz beginnen und wird auch im freien Handel in Polen erhältlich sein. Nummer 5 mit dem Titel „Revolution 1956“ wurde mit Interesse aufgenommen. Das Redaktionsteam erweitert sich laufend durch polnische Intellektuelle.

Ein besonderes Anliegen ist es, den Standort des KF Warschau in der Prozna 8 als Teil des ehemaligen jüdischen Ghettos und der jüdischen Gegenwartskultur sichtbar zu machen. Im Rahmen des „Singer Warschau Festivals“ war Anfang September das KF Warschau wieder mit einer Ausstellung vertreten. Buchpräsentationen und eine Vortragsreihe über „die jüdische Frau“ ergänzten dieses laufende Angebot zum Dialog.

Das Mozart- und Freud-Jahr 2006 wurden in Polen aufmerksam registriert, wobei die Regie von Krystian Lupa der „Zauberflöte“ in Wien der mediale Höhepunkt war. Die Vertiefung und Erweiterung der Kontakte standen für das KF Warschau im Vordergrund, wobei sich die mobile Bachmann-Lesung „Reise in Moll“ in 17 Orten, darunter Sierpc, Gniezno und Zielona Gora, als sehr erfolgreiches Konzept erwies. Die Österreich-Galerie im KF Warschau hat sich durch die Einladung an polnische Galerier, außerhalb Warschaws in der Hauptstadt auszustellen, einen medial beachteten Namen aufgebaut. Die seit 2001 erfolgreiche Kooperation mit dem Jungen Musikforum, einer vom Direktor des KF Warschau ins Leben gerufenen Gruppe junger Studentinnen und AbsolventInnen der Frederic Chopin Akademie Warschau, konnte mit Konzerten zu Berg, Cerha, Krenek, Schönberg, Webern und Zeisel die zeitgenössische Musik Österreichs vermitteln. Die kulturelle Zusammenarbeit mit den KollegInnen aus den EU-Partnerländern hatte unter finnischer Präsidenschaft keine Fortsetzung erfahren, sodass bilaterale Projekte mit Belarus, Deutschland, Estland, Litauen, Russland, der Ukraine und Ungarn durch das KF Warschau initiiert und umgesetzt wurden.

Die Kinderbibliothek in den Räumlichkeiten des KF Warschau erfreut sich steigender Beliebtheit. AutorInnen, wie Karl Markus Gauß, Erich Hackl, Lisa Mayer, Martin Pollack, Robert Schindel und Erika Wimmer konnten im Original und in Übersetzung präsentiert werden.

Mit den vier Lektoren (Warschau, Poznan, Lodz und Torun) und den beiden Österreich-Bibliotheken (Warschau, Poznan) im Amtsbereich bestehen regelmäßige Kontakte und gemeinsame Projekte.

Das GK Krakau unterstützt die Zusammenarbeit österreichischer Bundesländer mit den fünf südlichsten Wojwodschaften Polens. Einige Beamten- und Wirtschaftsdelegationen aus der Steiermark führten Gespräche in den Kooperationsregionen Vorkarpaten, Schlesien und Niederschlesien. Die niederösterreichische Wirtschaftsagentur Ecoplus veranstaltete im GK Krakau ein Treffen niederösterreichischer WirtschaftsvertreterInnen mit kleinpolnischen WirtschaftsvertreterInnen (21. Juni). Eine Bürgermeisterdelegation aus dem Bezirk Bruck an der Leitha unter Führung des Bezirkshauptmannes Steinhauser traf zu Gesprächen mit kleinpolnischen BürgermeisterInnen unter Leitung des kleinpolnischen Städte- und Gemeindebundpräsidenten Kasimierz Barczik im GK Krakau zusammen (September). Das 2005 initiierte ESF-unterstützte Projekt der Zusammenarbeit zwischen dem FAB Linz und dem Bergbauinstitut sowie dem AMS in Katowice auf dem Gebiete des Arbeitsmarkts wurde mit der Einrichtung eines Modells der Arbeitsstiftung verfestigt.

Anlässlich eines Besuchs in Krakau wurde der Vizebürgermeister der Stadt Innsbruck, Eugen Sprenger, für seine Verdienste um die Partnerschaft zwischen der Stadt Innsbruck und Krakau mit der Auszeichnung „Philantroph von Krakau“ geehrt (am 7. Juli).

VertreterInnen der niederschlesischen und Oppelner Landwirtschaftskammern sowie der jeweiligen Landesregierungen führten Exkursionen in die Steiermark, nach Tirol und Oberösterreich

Länderinformationen

durch, um dort LEADER-Projekte, Projekte der Dorferneuerung sowie der Biokompostierung zu besichtigen.

Das Mozartjahr 2006 wurde mit zahlreichen Konzerten auch in Südpolen gefeiert, begonnen mit einem Mozartjubiläumskonzert im Slowacki-Theater in Krakau (27. Jänner), das gemeinsam vom GK Krakau und der Österreich-Werbung Warschau veranstaltet wurde. Weitere Konzerte fanden im Schloss Pszczyna in Schlesien (Pandolfis Consort), in Wrocław und in Krakau statt, wo vor allem lokale Musikschulen zur Präsentation von Mozart-Musik eingeladen wurden. Das GK und KF Krakau unterstützten auch zahlreiche lokale Initiativen von Musikschulen, Mozart der jungen Generation näher zu bringen. An der Universität Wrocław wurde eine Konferenz zum Thema „Mozarts literarische Spuren“ unter Beteiligung zahlreicher österreichischer Referenten durchgeführt (November).

Einer der Musik-Höhepunkte war die Uraufführung der Holocaust-Symphonie „Der Zug“ des 2005 verstorbenen österreichischen Komponisten Richard Edlinger in der Krakauer Philharmonie am 24. April, dem Vorabend des alljährlich in Auschwitz stattfindenden „March of the Living“.

Der österreichische Künstler Otto Zitko produzierte in einer Aktion in der größten Krakauer Galerie „Bunkier Sztuki“ seine „Monumentalen Zeichnungen“ auf den Wänden der Galerie, wo sie nach zwei Wochen als Teil des Projektes wieder übermalt wurden.

Die Landschafts- und Gartenarchitekten Maria Auböck und Janos Karasz zeigten im Rahmen des Ersten Krakauer Festivals der Gärten einige ihrer Projekte. Die Ausstellung wurde auch anlässlich einer Konferenz über Stadterneuerung im September in Zabrze (Schlesien) gezeigt.

Werke des 1915 in Galizien gefallenen und dort begrabenen österreichischen Malers und Graphikers Franz Hofer wurden in Katowice, Krakau, Tarnów und Wrocław ausgestellt.

Am mitteleuropäischen Skulpturenprojekt „Czernowitzer Austria“ war auch eine Galerie in Krakau mit Skulpturen und Installationen junger polnischer KünstlerInnen zum Torso der kürzlich in Czernowitz wieder entdeckten Statue der „Austria“ beteiligt.

Junge österreichische MalerInnen wie Renate Huber, Ruth Patzelt, Edith Platzl, Fritz Rupprecher, Wolfgang Seierl und StudentInnen der Wiener Kunstschule (als Beitrag zur Graphik-Biennale) stellten in der Galerie des GK Krakau sowie in Opole und Wrocław ihre Werke aus. In einer Fotoausstellung präsentierte Heinz Cibulka einen repräsentativen Querschnitt über den Wiener Aktionismus.

Die österreichische Performancegruppe Klaus Obermeier/Chris Haring erhielt mit ihrer Performance „Vivisektor“ am internationalen Festival für Puppenkunst in Bielsko-Biala den Großen Preis sowie den Preis der jungen Kritiker.

Die Österreich-Bibliotheken in Wrocław, Opole, Przemyśl und Krakau sind ein bedeutendes Instrument der österreichischen Kulturarbeit in Südpolen. In Zusammenarbeit mit diesen Österreich-Bibliotheken fanden Lesungen von Erich Hackl in Krakau, von Margit Schreiner und Eugenie Kain in Krakau, Opole und Wrocław, Karl Markus Gauß in Krakau, Martin Pollack in Krakau und Peter Hodina in Wrocław statt.

Mit einer Wanderausstellung in zahlreichen Schulen Südpolens sowie einer szenischen Lesung des Werkes „Die Waffen nieder“ von Erika Mottl und Gottfried Riedel in der Galerie des GK Krakau wurde die österreichische Friedensnobelpreisträgerin Berta von Suttner besonders einem jungen polnischen Publikum näher gebracht.

Unter dem Motto „Literatur und Wein“ präsentierte der österreichische Schriftsteller Radek Knapp in Katowice und in Krakau Auszüge aus seinen Werken und auch die Weinkultur in Österreich, unterstützt vom Winzer Ludwig Ehn aus der Wachau.

In Zusammenarbeit mit der Landesverteidigungsakademie Wien und dem Institut für Strategische Studien in Krakau wurde ein Workshop zum Thema „Strategic Cultures – Implications for a new transatlantic Security Strategie“ abgehalten (20. und 21. März). Gemeinsam mit der Jagiel-

Anhang

lonen-Universität in Krakau wurde ein Expertengespräch zum Stand der Europäischen Verfassungsdebatte organisiert (31. Oktober), an dem auch Staatssekretär Hans Winkler teilnahm.

Das ÖGK beteiligte sich an den „Tagen der Wissenschaft“ in Krakau mit der Präsentation der Forschungsergebnisse der österreichischen Wissenschaftlerin Heike Frühwirth im Bereich „Medical Foams“.

Im Wissenschaftsbereich wurde ein Kooperationsabkommen der Europäischen Akademie für Lebensforschung, Integration und Zivilgesellschaft (EALIZ) mit der Schlesischen Akademie in Katowice unterzeichnet.

Die österreichischen Exporte betragen 2.392,52 Millionen Euro (26,5%), die Importe 1.616,83 Millionen Euro (8,6%).

Portugal (Portugiesische Republik), Lissabon

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Aníbal António Cavaco Silva (seit 9. März)	José Sócrates Carvalho Pinto de Sousa	Luis Filipe Marques Amado (seit 3. Juli)

Lissabon – **ÖB, AHS**; Porto, Albufeira, Funchal – **HK**

Besuche aus Österreich: Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Teilnahme am Kongress der Sozialdemokratischen Partei Europas in Porto (7.–9. Dezember); Staatssekretär Albert Finz, Teilnahme an der Ministerkonferenz des Europarates für Raumordnung (26. und 27. Oktober); Bundesminister Martin Bartenstein, Teilnahme an einer Konferenz der KoordinatorInnen der Lissabon-Strategie (4. und 5. Oktober); Bundesministerin Ursula Haubner, Teilnahme an der XVII. Konferenz des Europarates der für Familienangelegenheiten zuständigen MinisterInnen (16. Mai); Staatssekretär Albert Finz, Teilnahme am IV. Ministerforum der EU und Lateinamerikas und der Karibik über die Informationsgesellschaft (27.–29. April); Bundesratspräsidentin Sissy Roth-Halvax zu der Angelobung des portugiesischen Staatspräsidenten (9. März); Staatssekretär Franz Morak, Teilnahme am „Microsoft Government Leaders Forum-Europe“ (1. und 2. Februar).

Besuche in Österreich: Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten und Entwicklungszusammenarbeit João Gomes Cravinho, Arbeitsgespräch mit Staatssekretär Hans Winkler (8. Februar); Innenminister António Luis Santos Costa und Justizminister Alberto Bernardes Costa, Teilnahme am informellen Treffen der Justiz- und InnenministerInnen (12.–14. Jänner); Arbeitsminister José António Vieira da Silva, Teilnahme am informellen Treffen der MinisterInnen für Beschäftigung und Soziales (Villach, 19.–21. Jänner); Gesundheitsminister António Correia de Campos, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen (24. Februar); Verteidigungsminister Luis Filipe Amado, Teilnahme am informellen Treffen der VerteidigungsministerInnen (Innsbruck, 6. und 7. März); Außenminister Diogo Freitas do Amaral, Teilnahme am informellen Treffen der AußenministerInnen (Salzburg, 10. und 11. März); Vizeminister für Bildung Jorge Pedreira, Teilnahme an der Konferenz der BildungsministerInnen (16. und 17. März); Finanzminister Fernando Teixeira dos Santos und Nationalbankgouverneur Vítor Cónstancio, Teilnahme am informellen Treffen der Wirtschafts- und FinanzministerInnen (7. und 8. April); Wirtschaftsminister Manuel Pinho, Teilnahme am informellen Treffen der MinisterInnen für Wettbewerbsfähigkeit (Graz, 21. und 22. April); Gesundheitsstaatssekretär Francisco Ventura Ramos, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen (25. und 26. April); Umweltminister Francisco Nunes Correia, Teilnahme am informellen Treffen der UmweltministerInnen (Eisenstadt, 19.–21. Mai); Außenminister Diogo Freitas do Amaral, Teilnahme am Treffen von Klosterneuburg (27. und 28. Mai); Landwirtschaftsminister Jaime Silva und Staatssekretär Luis Medeiros Vieira, Teilnahme am informellen Treffen der LandwirtschaftsministerInnen (Krems, 28.–30. Mai); Innenminister António Luis Santos Costa, Teilnah-

Länderinformationen

me am Treffen der InnenministerInnen EU-Russische Föderation, sowie an der internationalen Konferenz zur inneren Sicherheit (4. und 5. Mai); Premierminister José Sócrates und Außenminister Diogo Freitas do Amaral, Teilnahme am IV. EU-LAC-Gipfel (11.–13. Mai).

Im Rahmen des Kulturprogramms der Botschaft wurde ein Konzert des Klaviertrios Stroissnig im Opernhaus (April) und ein Konzert der Pianistin Marialena Fernandes im Palacio Foz in Lissabon aufgeführt (Dezember).

Die Ausstellung „Anos 80“ über die Kunst der 80er-Jahre im Museu Serralves in Porto enthielt auch Arbeiten von Herbert Brandl, Ernst Caramelle, Franz West und Heimo Zobernig. Im Wassermuseum in Lissabon wurden „Ferrogramme“ von Christoph Feichtinger gezeigt (September).

Vorträge des Germanisten Georg Gimpl über Robert Musil und über Poesie in Österreich an den Universitäten Porto, Minho und im Goethe-Institut in Lissabon (Oktober) konnten einen österreichspezifischen Akzent des literarischen Angebots der jeweiligen Institute setzen.

Eine Auswahl von Briefen von Wolfgang Amadeus Mozart erschien im Verlag Cavallo de Ferro in portugiesischer Sprache.

Das Filmfestival „IndieLisboa“ zeigte eine Retrospektive der Arbeiten von Michael Glawogger mit insgesamt 15 Filmen. Am Kurzfilmfestival in Vila do Conde (Juli) nahmen Arbeiten von Peter Tscherkassky und der Künstlerin Lia teil. In Zusammenarbeit mit diesem Festival wurden Video-Installationen von Gustav Deutsch in der Galerie Solar in Vila do Conde, sowie in der Filmothek in Lissabon gezeigt (November). Der Film „Unser täglich Brot“ von Nikolaus Geyeralter stellte einen der Höhepunkte des Dokumentarfilmfestivals „Doclisboa“ dar.

Die österreichischen Exporte betragen 430,53 Millionen Euro (23,1%), die Importe 402,80 Millionen Euro (3,5%).

Ruanda (Republik Ruanda), Kigali

Staatsoberhaupt
Paul Kagame

Regierungschef
Bernard Makuza

Außenminister
Charles Murigande

ÖB: siehe Kenia; **AHSt:** siehe Südafrika

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 200.768 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 1,08 Millionen Euro (491,7%), die Importe 4,01 Millionen Euro (90,5%).

Rumänien (Rumänien), Bukarest

Staatsoberhaupt
Traian Băsescu

Regierungschef
Călin Popescu-Tăriceanu

Außenminister
Mihai-Răzvan Ungureanu

Bukarest – **ÖB, KF, AHSt, ÖBTZ, Verbindungsbeamter des Bundesministeriums für Inneres;** Temeswar – **HK**

Besuche aus Österreich: Landeshauptmann Josef Pühringer, begleitet von einer Wirtschaftsdelegation (14.–16. März), offizielle Arbeitsbesuche von Herrn Bundespräsident Heinz Fischer, Bundesministerin Karin Gastingner, dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofs, Johann Rzeszut, des Landeshauptmannes von Burgenland Hans Niessl, des Präsidenten der Wirtschaftskammer Österreich, Christoph Leitl, sowie einer Delegation von VertreterInnen der österreichischen Wirtschaft, einer Wissenschaftsdelegation und MedienvertreterInnen (2. und 3. Mai); Staatssekretär Alfred Finz (8. und 9. Mai); Erste Bundesratspräsidentin Sissy Roth-Halvax, (18. und 19. Mai); Staatssekretär Sigisbert Dolinschek (13. und 14. Juli); Vizekanzler Hubert Gorbach (4.

Anhang

Oktober); Bundesministerin Ursula Plassnik anlässlich des Beitritts Rumäniens zur EU (Bukarest, 31. Dezember).

Besuche in Österreich: Außenminister Mihai-Răzvan Ungureanu (12. Jänner, 3. März sowie 29. November bis 3. Dezember), Premierminister Călin Popescu-Tăriceanu (30. Jänner), Wirtschaftsminister Ioan-Codruș Șereș (2. und 3. Februar), Beigeordneter Handelsminister Iulius Winkler (Linz, 13. Februar), Außenminister Mihai-Răzvan Ungureanu, Justizministerin Monica Macovei, Innenminister Vasile Blaga, Konferenz mit dem Titel „Rumänien-Österreich-Europa“, unter der Schirmherrschaft des Europäischen Forums Alpbach (5.–7. März), Landwirtschaftsminister Gheorghe Flutur (18. April), Beigeordneter Handelsminister Iulius Winkler (26. und 27. Juni), Staatssekretär Constantin Dascălu, informelles Treffen der VerkehrsministerInnen (Bregenz Festspielhaus, 2. und 3. März), Verteidigungsminister Teodor Atanasiu, informelles Treffen der VerteidigungsministerInnen (Innsbruck, 6. und 7. März), Außenminister Mihai-Răzvan Ungureanu, informelles Treffen der AußenministerInnen (Salzburg, 10. und 11. März), Bildungsminister Mihail Hărdău, informelles Treffen der BildungsministerInnen (16. und 17. März), Staatssekretär und Präsident der Nationalen Jugendbehörde Karoly Borbely, informelles Treffen der JugendministerInnen (Bad Ischl, 29.–31. März), Finanzminister Sebastian Vlădescu und Staatssekretärin Alice Bîtu, informelles Treffen der Wirtschafts- und FinanzministerInnen (7. und 8. April), Beigeordneter Minister Cristian David, Europäische Konferenz betreffend Subsidiarität (St. Pölten, 18. und 19. April), Staatssekretär Alexandros Galiatatos, European Aviation Summit (Salzburg, 4. und 5. Mai), Premierminister Călin Popescu-Tăriceanu, Außenminister Mihai-Răzvan Ungureanu, der 4. EU-LAC-Gipfel (11.–13. Mai), Umweltministerin Sulфина Barbu, informelles Treffen der UmweltministerInnen (Eisenstadt, 19.–21. Mai), Staatssekretär und Präsident der Nationalen Jugendbehörde Karloy Borbely, Treffen der GeneraldirektorInnen für Jugendangelegenheiten.

Wegen des neuerlichen Hochwassers im April entlang der Donau startete die ÖB eine weitere große Wiederaufbauaktion, durch die 70 winterfeste Holzhäuser in Stancea/Șpanțov Jud. Călărași errichtet und schon im September von den Betroffenen bezogen werden konnten. Diese Wiederaufbauhilfe wurde durch österreichische, in Rumänien aktive Unternehmen und durch private Spender finanziert und von ehrenamtlichen HelferInnen gemeinsam mit den Betroffenen umgesetzt. Weitere Schwerpunkte waren „Best Practice Projekte“ im Bereich der Armutsbekämpfung, der Arbeitslosigkeit, der Sozialarbeiterfortbildung und der Seniorenbetreuung. Gespräche mit den Regierungsverantwortlichen und der kommunalen Verwaltungen ergänzten die Beratung, soziale Arbeit und die Gesetzwerdung im Sozialbereich. Das soziale Engagement wurde durch die Verleihung des TVR International Preises an die ÖB Bukarest (Dezember) gewürdigt.

Die intensive Zusammenarbeit auf den Gebieten Justiz und Inneres, die an der ÖB von einem residenten Verbindungsbeamten des Innenministeriums koordiniert wird, führte zur Teilnahme Rumäniens an der Ministerkonferenz „The role of internal security in relations between the EU and its neighbours“ in Wien (4. und 5. Mai) im Rahmen der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft, beim „Salzburg-Forum“ in Krems (27. und 28. Juli) als Vollmitglied sowie bei weiteren hochrangigen Treffen der beiden Ministerien zur Evaluierung der Zusammenarbeit und bei Expertentreffen mit dem Ziel der Heranführung Rumäniens an die EU-Standards. Der seit 2003 bestehende bilaterale Aktionsplan wurde erfolgreich abgeschlossen und wird durch ein bereits entworfenes Memorandum of Understanding ersetzt werden. Fortgesetzt wurden auch laufende Ausbildungsprogramme für die rumänische Polizei und Grenzpolizei durch österreichische ExpertInnen des Bundesministeriums für Inneres und auch bereits zielgerichtete Unterstützung hinsichtlich Vorbereitungen Rumäniens für den Schengenbeitritt. Das durch Österreich durchgeführte PHARE-Projekt „Resource Center on Countering Trafficking in Human Beings“ wurde finalisiert. Auf operativer Ebene konnten aufgrund der weiter verbesserten Zusammenarbeit vor allem im Bereich Schleppereibekämpfung Erfolge gegen international agierende Netzwerke erzielt sowie die Anzahl der rumänischen StraftäterInnen in Österreich weiter gesenkt werden.

Länderinformationen

In kultureller Hinsicht stand das Jahr im Zeichen der Jubiläen für Wolfgang Amadeus Mozart, Sigmund Freud und Stefan Zweig. Zu Mozart fanden eine Reihe von Konzerten mit österreichischen MusikerInnen statt. Hervorzuheben sind die Mozart-Veranstaltungen mit Life- und Film-darbietungen auf einem der zentralen Plätze in Bukarest (Juli). Es erschienen eine rumänische Mozart-Biographie, ebenso wie zwei Mozart-Kinderbücher der österreichischen AutorInnen Ernst A. Ekker und Edith Schreiber-Wicke. Dem zweiten österreichischen Jubilar Sigmund Freud war eine Podiumsdiskussion an der Botschaft sowie eine Aufführung des Wiener Pygmalion-Theaters „Die fabelhafte Welt des Sigmund Freud“ im Nottara-Theater in Bukarest gewidmet. Zum Jubiläum von Stefan Zweig wurden am Bukarester Schillerhaus eine Lesung mit verteilten Rollen und die berühmte Verfilmung der „Schachnovelle“ mit Curd Jürgens dargeboten. Darüber hinaus fand ein Konzert mit Georg Danzer und ein Marimba-Konzert mit dem aus Rumänien stammenden Salzburger Bogdan Bacanu in Bukarest statt.

Die Österreich-Bibliotheken Bukarest, Klausenburg und Temeswar waren in die kulturellen Veranstaltungen eingebunden. Auf dem Bildungs- und Schulsektor wurden die von Kulturkontakt geförderten traditionellen Projekte weitergeführt, etwa das Tourismusschulprojekt TOUR-REG mit vier Pilotschulen (Alba Iulia, Mangalia, Ploesti, Timișoara,), das Projekt ECONET, welches mehrere Wirtschaftsschulen mit Übungsfirmennetzwerken unterstützt, unter anderem in Turnu Severin, Brăila und Timișoara, sowie ein Umweltprojekt in der Nähe von Călărași.

Die österreichischen Direktinvestitionen erreichten rund 9 Milliarden Euro, womit Österreich mit Abstand der größte ausländische Investor in Rumänien ist.

Die österreichischen Exporte betragen 1.803,99 Millionen Euro (25,5%), die Importe 751,62 Millionen Euro (2,1%).

Russische Föderation (Russische Föderation), Moskau

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Wladimir Putin	Michail Fradkow	Sergej Lawrow

Moskau – **ÖB, AHSt, ÖW**; St. Petersburg – **HGK**; Jekaterinenburg – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Karl-Heinz Grasser, Teilnahme am G-8-Finanzministertreffen (11. und 12. Februar); Bundesminister Martin Bartenstein, Teilnahme am G-8-Energieministertreffen (15. und 16. März); Bundesministerin Liese Prokop und Bundesministerin Karin Gastinger, Teilnahme am EU-Russland-Ministertreffen für Justiz und Inneres (21. und 22. März); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, Teilnahme am G-8-Gesundheitsministertreffen (27. und 28. April); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Vizekanzler Hubert Gorbach, Teilnahme am EU-Russland-Gipfel in Sotschi (24. und 25. Mai); Landeshauptmann Bürgermeister Michael Häupl, Eröffnung der Wientage (7. und 8. Juni); Bundesminister Karl-Heinz Grasser, Teilnahme am G-8-Finanzministertreffen in St. Petersburg (10. und 11. Juni); Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme am G-8-Außenministertreffen (28. und 29. Juni); Rechnungshofpräsident Josef Moser, Arbeitsgespräche mit dem Rechnungshofvorsitzenden Sergej Stepaschin (27. September bis 1. Oktober); Bundesminister Martin Bartenstein, Teilnahme an der österreichisch-russischen Gemischten Wirtschaftskommission in Kaluga (26. und 27. Oktober); Landeshauptmann Erwin Pröll, Eröffnung einer Wasseraufbereitungsanlage für Moskau (8. November); Bundesministerin Karin Gastinger, Teilnahme an einer Konferenz der JustizministerInnen der Europaratstaaten (8.–10. November); Landeshauptmann Herwig van Staa, Teilnahme an einer Europaratstagung und Ordensübergabe an den Präsidenten des Nationalen Olympischen Komitees Russlands, Leonid Tjagatschow (12.–15. November).

Besuche in Österreich: Außenminister Sergej Lawrow, Teilnahme am Treffen der EU-AußenministerInnen mit Russland (15. Februar).

Am 7. Dezember erfolgte die Eröffnung des Honorarkonsulats ohne Pass- und Sichtervermerksbefugnis in Jekaterinenburg (Honorarkonsul Andrey Kozitsyn).

Anhang

Anfang Oktober wurde in Moskau zur Bearbeitung russischer Touristenvisa ein ausgelagerter Teil der Konsularabteilung der Botschaft eröffnet.

Auf kulturellem Gebiet stand das Jahr im Zeichen der beiden Jubiläen, 250. Geburtstag von Wolfgang Amadeus Mozart und 150. Geburtstag von Sigmund Freud, die sich in rund zwanzig Kulturprojekten widerspiegelten. Der erste Auftritt der Wiener Sängerknaben in Russland (Jänner) war Auftaktveranstaltung des lokalen österreichischen EU-Ratsvorsitzes. Insgesamt führte das KF Moskau rund 70 Kulturprojekte in insgesamt 14 Städten Russlands in den Bereichen Musik, Bildende Kunst, Film, Theater, Tanz, Literatur und Wissenschaft durch.

Die österreichischen Direktinvestitionen nahmen weiter zu und betragen insgesamt rund 1,7 Milliarden Euro. Im russischen Österreich-Tourismus gab es neuerlich einen Rekord. Rund 131.000 russische TouristInnen besuchten Österreich, was einem Plus von 19% entspricht.

Die österreichischen Exporte betragen 2.254,18 Millionen Euro (32,5%), die Importe 2.398,62 Millionen Euro (6,0%).

Salomonen (Salomonen), Honiara

Staatsoberhaupt
Königin Elizabeth II.

Regierungschef
Mannasseh Sogavare
(seit Mai)

Außenminister
Patteson Oti
(seit Mai)

vertreten durch:
Generalgouverneur
H.E. Nathaniel Waena

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 5.000 Euro (-43,0%), die Importe 24.000 Euro.

Sambia (Republik Sambia), Lusaka

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Levi Mwanawasa

Außenminister
Mundia Sikatana
(seit 11. Oktober)

ÖB: siehe Simbabwe; **AHSt:** siehe Südafrika; Lusaka – **HK**

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 45.445 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 3,18 Millionen Euro (101,0%), die Importe 3,23 Millionen Euro (387,2%).

Samoa (Unabhängiger Staat Samoa), Apia

Staatsoberhaupt
Malietoa Tanumafili II

Regierungschef und Außenminister
Tuilaepa Aiono Sailele Malielegaoi

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 241.000 Euro.

Länderinformationen

San Marino **(Republik San Marino), San Marino**

Staatsoberhaupt		Regierungschef und
Zwei Kapitänregenten mit 6-monatiger Amtszeit		Außenminister
Antonio Carrattoni I	Roberto Giorgetti I	Fiorenzo Stolfi
(seit 1. Oktober)	(seit 1. Oktober)	(seit 27. Juli)

ÖB: siehe Heiliger Stuhl; **AHSt:** siehe Italien (Padua); San Marino – **HK**

Im Bereich des bilateralen Güter- und Personenverkehrs hat Österreich der Republik San Marino entsprechende Genehmigungen eingeräumt. Zwecks Erleichterung der Organisation und Durchführung von Güter- bzw. Personenbeförderungen zwischen den beiden Staaten ist ein Entwurf der Republik San Marino für ein bilaterales Güter- und Personenverkehrsabkommen in Prüfung.

Die österreichischen Exporte betragen 9,39 Millionen Euro (77,5%), die Importe 1,27 Millionen Euro (5,5%).

São Tomé und Príncipe **(Demokratische Republik São Tomé und Príncipe); São Tomé**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Fradique de Menezes	Tomé Soares da Vera Cruz	Carlos Gustavo

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betragen 142.000 Euro, die Importe 236.000 Euro (599,8%).

Saudi-Arabien **(Königreich Saudi-Arabien), Riyadh**

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
König Abdullah Bin Abdul Aziz Al Saud	Prinz Saud Al Faisal

Riyadh – **ÖB, AHSt**

Besuche aus Österreich: Präsident des Österreichischen Rechnungshofes Josef Moser im Rahmen seiner Funktion als INTOSAI-Generalsekretär (20.–23. Februar); Bundespräsident Heinz Fischer in Begleitung von Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, Bundesminister Günther Platter sowie eine Wirtschaftsdelegation (18.–20. März).

Besuche in Österreich: Minister für Höhere Erziehung Khaled Al Anqari, Eröffnung der saudiarabischen Kulturtage mit Bundesministerin Elisabeth Gehrner an der TU Wien (24. April); Minister für Wasser- und Elektrizitätswesen, Abdullah Al Husseyen, Gespräch mit Bundesminister Martin Bartenstein und Besichtigung von biologischen Wasseraufbereitungsanlagen und Müllverbrennungsanlagen (28.–30. August); Vizeminister für Wirtschaft und Planung, Ahmed Al Hakami, Vorsitzführung der 3. Tagung der Gemischten Saudisch-Österreichischen Wirtschaftskommission (5.–7. September).

Ein bilaterales Doppelbesteuerungsabkommen wurde anlässlich des Staatsbesuchs von Bundespräsident Heinz Fischer durch Bundesminister Günther Platter und Finanzminister Ibrahim Al-Assaf in Riyadh unterzeichnet (19. März).

An österreichischen Universitäten fanden die „Saudi Arabischen Wissenschafts- und Kulturtage“ statt (24.–28. April).

Anhang

Anlässlich des 250. Todestages von Wolfgang Amadeus Mozart konzertierten Prof. Roland Horvath (Horn) und Werner Pelinka (Piano) in Riyadh (5.–7. Juni).

In der 2. Dezemberhälfte führte der österreichische Filmproduzent Georg Misch („Mischief Films KEG“) Dreharbeiten für einen Dokumentarfilm über den Auslandsösterreicher Muhammad Asad (1900-1992) durch. Dieser lebte von 1927-1932 als Berater von König Abdulaziz in Saudi-Arabien.

An der Fachmesse Saudi Build 2006 in Riyadh nahmen österreichische Firmen als Aussteller teil (9.–13. Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 444,25 Millionen Euro (47,3%), die Importe 303,28 Millionen Euro (-10,6%).

Schweden (Königreich Schweden), Stockholm

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Carl XVI. Gustaf	Fredrik Reinfeldt (seit 6. Oktober)	Carl Bildt (seit 6. Oktober)

Stockholm – **ÖB, HGK, AHSt, ÖW**; Göteborg – **HGK**; Luleå – **HK**; Malmö – **HK**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Eduard Mainoni, Arbeitsgespräch mit Staatssekretär Jonas Hjelm (2. Februar); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle Teilnahme an den Geberkonferenzen für den Libanon und die Palästinensischen Gebiete (31. August bis 1. September); Parlamentsdirektor Georg Posch, Arbeitsgespräche im schwedischen Reichstag (9.–11. November).

Besuche in Österreich: Migrationsministerin Barbro Holmberg und Staatssekretär im Justizministerium Dan Eliasson, Teilnahme am informellen Ministerrat Justiz und Migration (12.–14. Jänner); Arbeitsminister Hans Karlsson und Sozialministerin Berit Andnor, Teilnahme am informellen Arbeits- und Sozialministerrat (Villach, 19. und 20. Jänner); Vorsitzender der 60. VN-GV Jan Eliasson, Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer, Nationalratspräsident Andreas Khol, Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Außenministerin Ursula Plassnik (23.–25. Jänner); Direktorin des Schwedischen Instituts für Europäische Studien, Annika Ström Melin, Teilnahme an der Konferenz „Sound of Europe“ (26.–28. Jänner); Jugendministerin Lena Hallengren, Teilnahme an der Konferenz „Demografische Herausforderungen – Familie braucht Partnerschaft“ des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Arbeitsgespräch mit Bundesministerin Haubner (2. und 3. Februar); Staatssekretärin im Finanzministerium Magdalena Andersson, Arbeitsgespräche im Bundesministerium für Finanzen (6. und 7. Februar); Vorsitzender des EU-Ausschusses im Reichstag Tommy Waidelich, Stellvertretender Vorsitzender des EU-Ausschusses Carl B. Hamilton und Leiterin des Sekretariats des EU-Ausschusses Ingrid Laren Marklund, Treffen der COSAC-Troika und der COSAC-Vorsitzenden (20. Februar); Gesundheitsminister Morgan Johansson, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen (24. Februar); Infrastrukturministerin Ulrica Messing, Teilnahme am informellen Verkehrsministerrat (Bregenz, 2. und 3. März); Verteidigungsministerin Leni Björklund, Teilnahme am informellen Treffen der VerteidigungsministerInnen (6. und 7. März); Außenministerin Laila Freivalds, Teilnahme am informellen Außenministerrat (Salzburg, 9.–11. März); Staatssekretärin im Bildungsministerium Kerstin Eliasson, Teilnahme am informellen Bildungsministerrat (16. und 17. März); Stellvertretende Direktorin im Industrie-, Beschäftigungs-, und Kommunikationsministerium Ann-Charlotte Bernhard und Vertreterin der EU Repräsentation in Schweden, Anna Carlsson, Teilnahme an der Europäischen Tourismuskonferenz „Tourismus – Schlüssel zu Wachstum und Beschäftigung in Europa“ (20. und 21. März); Reichstagsdelegation bestehend aus den Abgeordneten Tommy Waidelich, Carl Hamilton, Christina Axelsson, Agneta Lundberg, Börje Vestlund, Hillevi Engström, Sven-Erik Sjöstrand, Agne Hansson und Ulf Holm, Fachgespräche mit Mitgliedern des Unterausschusses

Länderinformationen

für EU-Fragen des Nationalrats und Gespräche mit Staatssekretär Hans Winkler und dem Präsidenten der WKÖ Christoph Leitl (27. und 28. März); Jugendministerin Lena Hallengren, Teilnahme am informellen Treffen der JugendministerInnen (Bad Ischl, 29.–31. März); Finanzminister Pär Nuder und die Staatssekretäre im Finanzministerium Magdalena Andersson und Jens Henriksson und Reichsbank-Gouverneur Stefan Ingvers, Teilnahme am informellen Finanzministerrat und am Treffen der ASEM-FinanzministerInnen (7.–9. April); Botschafter Magnus Robach, Leiter der EU-Einheit im Büro des schwedischen Premierministers und Mitglied des Verfassungsausschusses in Parlament, Billy Gustafsson, Teilnahme an der EU-Subsidiaritätskonferenz (St. Pölten, 17.–19. April); Wirtschaftsminister Thomas Östros, Teilnahme am informellen Rat der für den Wettbewerb zuständigen EU-MinisterInnen (Graz, 20.–22. April); Pflegeministerin Ylva Johansson und Gesundheitsminister Morgan Johansson, Teilnahme am informellen Gesundheitsministerrat (25. und 26. April); stellvertretende Außenministerin Carin Jämtin, Teilnahme am EU-LAC-Gipfel (11. und 12. Mai); Staatssekretär im Umweltministerium Krister Nilsson, Teilnahme am informellen Umweltministerrat (Rust und Eisenstadt, 18. und 19. Mai); Staatssekretär im Außenministerium Hans Dahlgren, Teilnahme am ECOWAS-Treffen (21.–23. Mai); Reichstagabgeordnete Billy Gustafsson, Lennart Fremling, Hillevi Larsson, Lars Lilja, Lennart Hedquist, Karin Thorborg, Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments (22. und 23. Mai); Außenminister Jan Eliasson, Teilnahme am informellen Außenministerrat (Klosterneuburg, 27. und 28. Mai); Landwirtschaftsministerin Ann-Christin Nykvist und Staatssekretärin im Landwirtschaftsministerium Ingrid Petersson, Teilnahme am informellen Treffen der LandwirtschaftsministerInnen (28.–30. Mai); Botschafter Hans Blix, Gespräche am VN-Sitz Wien und Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik (29. und 30. Mai); Generaldirektorin für Entwicklungszusammenarbeit im schwedischen Außenministerium Ruth Jacoby, Teilnahme am Treffen der EU-EntwicklungshilfeministerInnen (9. Juni).

Am 21. August wurde ein Änderungsabkommen zum österreichisch-schwedischen Doppelbestuerungsabkommen unterzeichnet.

Im Kulturbereich ist das Österreich-Image in Schweden vom Bild Wiens, von der klassischen Musik und vom Fremdenverkehr geprägt. Durch Präsentation zeitgenössischer Themen wie „neue Kunstmusik“, darstellende Kunst und moderne österreichische Filme hob die Botschaft die österreichische Gegenwartskultur hervor, wobei ein besonderes Schwergewicht auf literarische und wissenschaftliche Veranstaltungen gesetzt wurde. Seit der Verleihung des Nobelpreises an Elfriede Jelinek stößt die österreichische Literatur auf großes Interesse in Schweden.

Beim Café d'Europe am 9. Mai gelang es, sowohl europapolitische Anliegen als auch die typische Wiener Kaffeehauskultur zu vermitteln. Am 22. Mai organisierte die Botschaft aus Anlaß des Abschlusses des 7. Forschungsrahmenprogramms ein Wissenschafts- und Forschungsseminar. Am 7. Oktober fand im Rahmen des schwedischen Freud-Symposiums ein von der Botschaft organisierter Vortrag von Michael Freund („Der Standard“ und Webster University Wien) statt.

Das Mozartjahr 2006 wurde durch mehrere Konzertveranstaltungen und die Einrichtung eines eigenen Mozartkanals des Schwedischen Rundfunks gefeiert. Am 5. Dezember, dem Todestag Mozarts, hielt die Botschaft zum Abschluss des Mozartjahres eine Sonderveranstaltung ab, an der VertreterInnen des schwedischen Musiklebens teilnahmen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Übergabe der Mozartsammlung der schwedischen Mozartgesellschaft an die Republik Österreich. Die Sammlung dokumentiert die Aufnahme Mozarts in Schweden. Bei diesem Anlass wurde ein Konzert mit MozartinterpretInnen Schwedens veranstaltet.

Das Zentrum für Österreichstudien an der Hochschule in Skövde, Mittelschweden, wird als Gemeinschaftsprojekt mit dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und dem schwedischen Bildungsministerium betrieben. Das Zentrum versteht sich in erster Linie als Servicestelle für schwedische DeutschlehrerInnen, und bietet österreichbezogene Unterrichtsinformationen und Fortbildungsmöglichkeiten an. Am Zentrum arbeiten zwei aus Österreich entsandene Sprachberater. Darüber hinaus gibt es eine Anzahl von AustauschstudentInnen aus Österreich und aus Schweden sowie zahlreiche Projekte wissenschaftlicher Zusammenar-

Anhang

beit auf universitärer Ebene. Das Studienprogramm „Ein Jahr in Österreich“ für schwedische SchülerInnen der 10. und 11. Klasse, in dessen Rahmen einige schwedische MittelschülerInnen für ein Jahr eine Schule in Österreich besuchten, wurde zum dritten Mal durchgeführt. Über das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur finanzierte Österreich zwei Professoren an der Deutschen Schule Stockholm.

Die österreichischen Exporte betragen 1.082,96 Millionen Euro (8,7%), die Importe 1.250,97 Millionen Euro (6,3%).

Schweiz (Schweizerische Eidgenossenschaft), Bern

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Der Bundesrat (siebenköpfiges Kollegialorgan),
Vertreten nach außen durch seinen jährlich neu
gewählten Vorsitzenden mit dem
Titel „Bundespräsident“

2006: Moritz Leuenberger
(Vorsther des Departements für Umwelt, Verkehr,
Energie und Kommunikation)

Außenministerin
Micheline Calmy-Rey

Bern – **ÖB, KF**; Zürich – **GK, AHSt, ÖW**; Genf – **HGK, ÖV**; Basel – **HGK**, Chur, Lausanne,
Lugano, Luzern, St. Gallen – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer, Staatsbesuch, (7. und 8. September); Bundesministerin Liese Prokop und Landeshauptmann Jörg Haider, EURO 2008 Auslosung (Montreux, 27. Jänner); Bundesminister Martin Bartenstein, Treffen mit Wirtschaftsminister Joseph Deiss, World Economic Forum (Davos, 27.–29. Jänner); Bundesminister Karl-Heinz Grasser, European Financial Round, (Zürich, 6. und 7. Februar); Bundesratspräsidentin Sissy Roth-Halvax; Teilnahme an Senat-Europe (20.–22. April); Vizekanzler Hubert Gorbach, EU-Rahmen, Treffen mit Bundespräsident und Verkehrsminister Moritz Leuenberger und Kommissar Jacques Barrot (Sedrun, 8. Mai); Bundesminister Martin Bartenstein, Treffen mit Wirtschaftsministerin Doris Leuthard, (Zürich, 20. September); Generalstabschef General Roland Ertl, Teilnahme am Treffen der Armeechefs Österreichs, der Schweiz und Deutschlands (Neuenburg, 16. und 17. Oktober); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Treffen mit Staatssekretär Michael Ambühl (12. Dezember).

Besuche in Österreich: Bundespräsident Moritz Leuenberger bei Bundespräsident Heinz Fischer und Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Bilateraler und EU-Termin (19. Jänner); Außenministerin Micheline Calmy-Rey bei Bundesministerin Ursula Plassnik, bilateraler und EU-Termin (23. Jänner); Leiterin der parlamentarischen Delegation, Nationalrätin Brigitta Gadiant, Treffen mit Bundesrat Jürgen Weiss, Obmann der parlamentarischen Freundschaftsgruppe für die Schweiz, samt Delegationen (16. und 17. Februar); Wirtschaftsminister Joseph Deiss, Treffen mit Bundesminister Martin Bartenstein (23. und 24. Februar); Bundespräsident Moritz Leuenberger, Teilnahme am informellen Treffen der VerkehrsministerInnen (Bregenz, 2. und 3. März); Hans Ulrich Stöckling, Präsident der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, Teilnahme an der Konferenz der BildungsministerInnen (16. und 17. März); Fedpol-Direktor Jean-Luc Vez, Teilnahme an Internationaler Konferenz zur inneren Sicherheit (4. und 5. Mai); Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister Joseph Deiss, Treffen mit Bundesminister Josef Pröll und Martin Bartenstein (8. Mai); Verteidigungsminister Samuel Schmid, Treffen mit Bundesminister Günther Platter (Innsbruck, 11. und 12. Oktober); BASPO-Direktor Matthias Remund, Treffen mit EURO 2008 Sonderbeauftragten Heinz Palme (Innsbruck, 11. und 12. Oktober); Bundespräsident Moritz Leuenberger, Teilnahme an 9. Alpenkonferenz (Alpbach, 9. November).

Länderinformationen

Ein Abkommen über die Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung im Rahmen der KFOR wurde unterzeichnet (11. Oktober). Im Rahmen des österreichisch-schweizerischen Nuklearinformationsabkommens fand das 6. bilaterale Nuklearexpertentreffen in Bern statt (23. Oktober). Weiters wurden in Bern bilaterale Kulturgespräche geführt (23. und 24. Oktober).

Im Zusammenhang mit der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft wurden informationsorientierte Veranstaltungen durchgeführt, etwa ein Panel „Wachstum und Beschäftigung – Politik in der EU Stand und aktuelle Strategien – Auswirkungen auf die Schweiz“ gemeinsam mit dem Institut für Europa- und Wirtschaftsvölkerrecht, Bern, sowie Vorträge über aktuelle Fragen der EU.

Im kulturellen Bereich war das Jahr durch die Gedenkfeiern zum 250. Geburtstag von Wolfgang Amadeus Mozart und dem 100. Geburtstag von Sigmund Freud geprägt. Mozart war durch eine tägliche Lesung aus seinen Briefen im Radio DRS 2 präsent. Daneben fanden Konzerte und Operaufführungen an allen Schweizer Opernhäusern und Konzertsälen sowie Ausstellungen in Bern und Lausanne statt. Rund um Sigmund Freud wurden eine wissenschaftliche Diskussion zu Sigmund Freud und C. G. Jung mit dem C. G. Jung-Institut in Küsnacht und dem Institut für Klinische Psychologie der Universität Zürich und die Präsentation des Filmes „Freud Euch“ von Otto Brusatti in Zusammenarbeit mit dem Historischen Museum und dem Sigmund-Freud-Zentrum Bern durchgeführt. Im Bereich der bildenden Kunst gab es eine Personalausstellung über Hans Schabus in der Galerie attitudes – espace d'art contemporains in Genf sowie die Ausstellung „Harmonie und Dissonanz. Gerstl – Schönberg – Kandinsky. Malerei und Musik im Aufbruch“ im Kunsthaus Zug. Im Literaturbereich lag der Schwerpunkt bei Autorenlesungen (unter anderem Barbara Frischmuth, Josef Haslinger, Arno Geiger, Wolf Haas, Christoph Ransmayr).

Ein Abkommen über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen dem Kanton Aargau und dem Land Niederösterreich wurde abgeschlossen.

Die österreichischen Exporte betragen 4.394,43 Millionen Euro (2,9%), die Importe 3.495,10 Millionen Euro (8,7%).

Senegal (Republik Senegal), Dakar

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Abdoulaye Wade	Macky Sall	Cheikh Tidiane Gadio

Dakar – **ÖB, Koordinationsbüro der OEZA; AHSt:** siehe Marokko

Besuche aus Österreich: Sonderbeauftragter für Afrika Botschafter Georg Lennkh, Treffen mit Präsident Idriss Déby Itno und Außenminister Ahmat Allam-Mi sowie Besuch in Flüchtlingslager im Ostschad (27.–30. April).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 2,94 Millionen Euro erbracht.

Die Kulturarbeit der Botschaft Dakar ist um einen ausgewogenen Überblick über österreichische Kultur bestrebt. Beim Besuch des Duos Giocoso (Alexander Burggasser, Violine; Susanna Koller, Klavier) standen Werke von Wolfgang Amadeus Mozart, Ludwig van Beethoven, Jean Sibelius und Camille Saint-Saëns auf dem Programm (März).

Die Botschaft unterstützte eine europäisch-senegalesische Koproduktion der schweizerischen Compagnie des cris und der senegalesischen Theatergruppe Baobab&Compagnie, „24 Stunden aus dem Leben einer Frau“, im Nationaltheater von Dakar (Mai). Die Biennale afrikanischer Kunst, Dak'art 2006, nahm die österreichische Fotografin Anne Beck zum Anlass, ihr Projekt zum Thema Zwischenbilanz: „Frauen in der Lebensmitte“ im Nationaltheater Daniel Sorano vorzustellen.

Anhang

Auch in Senegal wurde das Mozartjahr begangen. Die von Christian Vranek zusammengestellte und kommentierte Ausstellung über das Leben Mozarts sollte durch die Verbindung von Bild und Text dem senegalesischen Publikum das Genie Mozart als Mensch näher bringen. Die Ausstellung diente der Einleitung des „Festival des Choeurs Dakar 2006“, dem ersten Festival klassischer Musik im Senegal seit 15 Jahren, dessen Schwerpunkt der Musik Mozarts gewidmet war. Die ÖB unterstützte dieses Projekt und war in die Planungen der senegalesischen Veranstalter eingebunden.

Die österreichischen Exporte betragen 5,46 Millionen Euro (5,2%), die Importe 480.000 Euro (146,9%).

Serbien (Republik Serbien), Belgrad

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Boris Tadić	Vojislav Koštunica	Vuk Drašković
(seit 5. Juni)	(seit 5. Juni)	(seit 5. Juni)

Belgrad – **ÖB, KF, AHSt, Verteidigungsattaché, Polizeiattaché, Koordinationsbüro der OEZA, Beauftragte für Bildungskooperation**; Pristina – Außenstelle der ÖB, Außenstelle der AHSt, Koordinationsbüro der ADA; bis 12. Juli: Podgorica – **Außenstelle der ÖB, Koordinationsbüro der OEZA**

Besuche aus Österreich: Vizekanzler Hubert Gorbach, Gespräch mit Premierminister Vojislav Koštunica, Finanzminister Mladjan Dinkić und Wirtschaftsminister Predrag Bubalo (17. Jänner); Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme an der Beerdigung des kosovarischen Präsidenten Ibrahim Rugova (Pristina, 26. Jänner); Vizekanzler Hubert Gorbach, Gespräch mit Premierminister Vojislav Koštunica und Finanzminister Mladjan Dinkić (27. Jänner); Abgeordneter zum Nationalrat Wolfgang Grobbruck, Tagung der parlamentarischen Versammlung der OSZE (8.–10. Februar); Mitglied des Bundesrates Albrecht Konecny, Teilnahme am Parteitag der Demokratischen Partei (18. Februar); Vizekanzler Hubert Gorbach, Gespräche mit Vizepremierminister Miroljub Labus und Finanzminister Mladjan Dinkić (28. Februar); Bundesministerin Karin Gastinger, Arbeitsgespräche mit dem serbischen Justizminister Zoran Stojković und dem montenegrinischen Justizminister Željko Šturanovac, Unterzeichnung zweier Memoranda of Understanding (Belgrad, Podgorica, 27. und 28. März); Bundesminister Günther Platter, Gespräch mit Verteidigungsminister Zoran Stanković, Unterzeichnung der Vereinbarung über die Zusammenarbeit in militärischen Angelegenheiten (28. und 29. März); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Gespräch mit Außenminister Vuk Drašković (12. April); Bundesminister Josef Pröll, Besuch der Landwirtschaftsmesse (Novi Sad 15. Mai); Mitglied des Bundesrates Stefan Schennach, Gespräche mit Parlamentariern, Kulturprojekte (31. Mai bis 1. Juni); Bundesministerin Liese Prokop, Treffen der EU-Verbindungsbeamten (7. und 8. Juni); Generalstabschef General Roland Ertl, Treffen mit Verteidigungsminister Zoran Stanković (12.–14. Juni); Abgeordneter zum Nationalrat Wolfgang Grobbruck, Besuch im Kosovo (Pristina, 12. und 13. Juni); Bundesministerin Ursula Plassnik, Arbeitsgespräche mit Präsident Boris Tadić, Premierminister Vojislav Koštunica, Vizepremierministerin Ivana Dulić-Marković und Außenminister Vuk Drašković (29. und 30. Juni); Bundesminister Günther Platter, Truppenbesuch (Pristina, Suha Reka, 29. August); Mitglied des Bundesrates Stefan Schennach, Gespräche mit ParlamentarierInnen, Kulturprojekte (5. und 6. Oktober); Kärntner Landtagsdelegation unter Landtagspräsident Jörg Freunschlag (Belgrad, Novi Sad, 27.–29. November); Generalstabschef General Roland Ertl, Truppenbesuch (Pristina, Suha Reka, 20. Dezember); Bundesminister Günther Platter, Truppenbesuch (Pristina, Suha Reka, 22. Dezember).

Besuche in Österreich: Finanzminister Mladjan Dinkić, Teilnahme am 11th Economic Forum (17. und 18. Jänner); montenegrinischer Außenminister Miodrag Vlahović und montenegrinischer Parlamentspräsident Ranko Krivokapić, Treffen mit Nationalratspräsident Andreas Khol (10.–12. Februar); Außenwirtschaftsminister Milan Parivodić, Treffen mit Bundesminister

Länderinformationen

Martin Bartenstein, Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding (27. und 28. Februar); Präsident Boris Tadić, Besuch bei Landeshauptmann Franz Voves (Graz, 9. März); Präsident Boris Tadić, Besuch bei WKÖ und Präsentation des Djindjić-Buchs (10. und 11. März); Außenminister Vuk Drašković, informelles EU-Ministertreffen (Salzburg, 10. und 11. März); Bildungsminister Slobodan Vuksanović, EU-Bildungskonferenz (16. und 17. März); Finanzminister Mladjan Dinkić, Gespräche mit Vizekanzler Hubert Gorbach (3. April); Präsident Boris Tadić, Gespräche mit Bundeskanzler Wolfgang Schäussel und Nationalratspräsident Andreas Khol (7. April); Außenwirtschaftsminister Milan Parivodić, Besuch bei der WKÖ (3. Mai); Innenminister Dragan Jočić, Teilnahme an der internationalen Konferenz zur Inneren Sicherheit (4. und 5. Mai); Landwirtschaftsminister Goran Živkov, Treffen mit BIO-Austria und Bundesminister Josef Pröll (10. und 11. Juli); Außenminister Vuk Drašković, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik (10. Mai); Präsident Boris Tadić, Premierminister Vojislav Koštunica, kosovarischer Präsident Fatmir Sejdiu und kosovarischer Premierminister Agim Ceku, Kosovo-Status-Verhandlungen (24. Juli); Außenwirtschaftsminister Milan Parivodić, Treffen mit ADA-Geschäftsführer Michael Linhart (11.–13. September); Vizepremierministerin Ivana Dulić-Marković, Forum Alpbach (3. und 4. Oktober); serbischer Generalstabschef Zdravko Ponoš, Arbeitsgespräch mit Generalstabschef General Roland Ertl (14. und 15. Dezember).

Mit 1. Jänner trat das Abkommen über die Sichtvermerksfreiheit für Diplomaten- und Dienstpässe in Kraft. Am 27. Februar wurde das Memorandum of Understanding über eine Intensivierung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, vor allem im Außenhandels- und Investitionssektor, zwischen Österreich und Serbien unterzeichnet und trat am 1. März in Kraft. Am 28. März wurde eine Vereinbarung zwischen der österreichischen Regierung und dem Ministerrat Serbien und Montenegro über die Zusammenarbeit in militärischen Angelegenheiten und am 1. Juni eine Pauschalierungsvereinbarung zum Sozialversicherungsabkommen zwischen Österreich und Serbien und Montenegro unterzeichnet.

Am 12. Juli wurde die bisherige Außenstelle Podgorica der Österreichischen Botschaft Belgrad in die Österreichische Botschaft Podgorica im unabhängig gewordenen Montenegro umgewandelt. Die Republik Serbien beschloss mit Parlamentsentscheid vom 5. Juni, die Völkerrechtssubjektivität der bisherigen Staatenunion fortzusetzen; sie wurde von Österreich am 26. Juni als völkerrechtlich identisch mit der bisherigen Staatenunion Serbien und Montenegro anerkannt.

Die österreichische Präsenz im Kosovo, größtes österreichische Kontingent mit rund 600 Soldatinnen, im militärischen, zivilen und humanitären Bereich wurde fortgesetzt.

Seit Februar fanden in Wien die von den VN beauftragten Verhandlungen über den endgültigen Status des Kosovo unter SRSG Martti Ahtisaari und dem früheren österreichischen Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Albert Rohan, statt. Wien ist auch Sitz des diese Verhandlungen ausrichtenden United Nations Office of the Special Envoy for Kosovo (UNOSEK). Es wurden rund ein Dutzend Verhandlungsrunden zu den Themen Dezentralisierung, Minderheiten- und Volksgruppenrechte, religiöses und kulturelles Erbe, sowie Wirtschaft abgehalten. Am 24. Juli erfolgte ein Treffen zur eigentlichen Kosovo-Statusfrage, an dem der serbische Präsident Boris Tadić und Premierminister Vojislav Koštunica sowie Kosovo-Präsident Fatmir Sejdiu und Premierminister Agim Ceku teilnahmen.

Serbien ist ein Schwerpunktland der OEZA. Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 6,79 Millionen Euro erbracht.

Im Rahmen des Projekts „Travelling to Europe“ wurde 300 Studierenden die Reise in EU-Staaten mittels Ausstellung von Gratis-Visa und teilweise von den ÖBB zur Verfügung gestellten Interrail-Tickets ermöglicht.

Kultur, Bildung und Medien befinden sich in einer Phase der grundlegenden Restrukturierung und Modernisierung. Trotz fehlender finanzieller Mittel findet man ein vitales und vielfältiges Kulturleben vor. Im Besonderen unterstrichen zahlreiche Veranstaltungen zum Mozart-Jahr, die internationale Konferenz „Drei Jahrhunderte Psychoanalyse“ anlässlich des 150. Geburtstags von Sigmund Freud, sowie eine Vortragsreihe zur Österreichischen Schule der Nationalökono-

Anhang

mie die engen kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Serbien.

Österreich ist mit einem Investitionsvolumen von bislang rund 1,6 Milliarden Euro einer der führenden ausländischen Investoren in Serbien.

Die österreichischen Exporte betragen 452,24 Millionen Euro (74,0%), die Importe 149,94 Millionen Euro (119,9%).

Kosovo

Bis zur Klärung seines endgültigen Status ist Kosovo völkerrechtlich weiterhin als Teil des Staates Serbien (frühere Namen: „Bundesrepublik Jugoslawien“ bzw. „Serbien und Montenegro“) anzusehen. Mit der Resolution 1244 des VN-SR vom 10. Juni 1999, in der die Souveränität und territoriale Integrität der „Bundesrepublik Jugoslawien“ bestätigt wird, wurde Kosovo unter internationale Verwaltung gestellt (UNMIK). Auf Grundlage eines von UNMIK im Mai 2001 verabschiedeten Verfassungsrahmens (A Constitutional Framework for Provisional Self-Government in Kosovo) bestehen seit Juni 2002 provisorische Selbstverwaltungsstrukturen (PISG). Unter der Leitung von SRSG Martti Ahtisaari haben in Wien seit November 2005 Statusverhandlungen stattgefunden.

Präsident (PISG)	Regierungschef (PISG)
Fatmir Sejdiu	Agim Ceku

Besuche aus Österreich: Abgeordneter zum Nationalrat Wolfgang Grobbruck (12. und 13. Juni); Bundesminister Günther Platter, Truppenbesuch (29. August); Generalstabschef General Roland Ertl, Truppenbesuch (20. Dezember); Bundesminister Günther Platter, Truppenbesuch (22. Dezember).

Besuche in Österreich: Premierminister Agim Ceku (21. März); Bildungsminister Agim Veliu, Teilnahme an der Konferenz der BildungsministerInnen (16. und 27. März); Minister Qemail Ahmeti, Teilnahme am EU-Kongress für Luftfahrt (Salzburg, 4. und 5. Mai); Premierminister Agim Ceku, UNOSEK (24. Juli); Premierminister Agim CEKU, Teilnahme am Forum Alpbach (August); Wirtschaftsminister Bujar Dugolli, Eröffnung eines Wirtschaftsbüros der Handelskammer (November).

Seychellen (Republik Seychellen), Victoria

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
James Alix Michel	Patrick Pillay

ÖB: siehe Kenia; Victoria – **HK; AHSt:** siehe Südafrika

Die österreichischen Exporte betragen 834.000 Euro (3,5%), die Importe 4,70 Millionen Euro (-3,8%).

Sierra Leone (Republik Sierra Leone), Freetown

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Ahmed Tejan Kabbah	Momodu Koroma

ÖB: siehe Senegal; Freetown – **HK; AHSt:** siehe Nigeria

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 5.219 Euro erbracht.

Länderinformationen

Die österreichischen Exporte betragen 313.000 Euro (8,0%), die Importe 70.000 Euro (640,4%).

Simbabwe (Republik Simbabwe), Harare

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Robert Gabriel Mugabe

Außenminister
Simbarashe Mumbengegwi

Harare – **ÖB, AHSt:** siehe Südafrika

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 861.940 Euro erbracht.

Das herausragende kulturelle Ereignis waren die Konzerte des österreichischen Quartetts der „Louis Spohr Sinfonietta“ im Rahmen des jährlich stattfindenden „Harare International Festival of the Arts“.

Die österreichischen Exporte betragen 1,28 Millionen Euro (-28,5%), die Importe 2,36 Millionen Euro (20,3%).

Singapur (Republik Singapur), Singapur

Staatsoberhaupt
Sellapan Ramanathan

Regierungschef
Lee Hsien Loong

Außenminister
George Yong-Boon Yeo

Singapur – **ÖB** (Büro des Handelsrates; Botschafter residiert in Jakarta), **AHSt**

Besuche aus Singapur: Senior Minister Goh Chok Tong, Gespräch mit Bundespräsident Heinz Fischer (28. November); Zweiter Finanzminister Raymond Lim Siang Keat, Teilnahme am ASEAN-Finanzministertreffen (8. und 9. April).

Die von der ÖB Jakarta durchgeführten, geförderten bzw. mitunterstützten österreichischen Kulturprojekte trugen wesentlich zur Visibilität Österreichs in Singapur bei. Folgende Veranstaltungen konnten realisiert werden: Ausstellung „Maria Theresia, Mother Empress of Habsburg Austria“ im Rahmen der Wiedereröffnung des renovierten Nationalmuseums von Singapur, wobei auf österreichischer Seite das Kunsthistorische Museum und das Schloss Schönbrunn als wichtige Leihgeber und Kooperationspartner auftraten; Teilnahme des Wiener Schauspielhauses, der Camerata Salzburg und des „Gemüseorchesters“ beim Singapore Arts Festival 2006 (Juni); „Singapore International Storytelling Festival 2006“ mit Folke Tegetthoff (September); Koproduktion zwischen Esplanade Theatre Studio und Schauspielhaus/Theater ohne Grenzen (Dezember). Beim EU-Filmfestival (Oktober) war Österreich mit den Filmen „Klimt“ (Raoul Ruiz, 2005) und „Taxi für eine Leiche“ (Wolfgang Mumberger, 2002) vertreten. Im Oktober gab es Konzerte der Wiener Sängerknaben.

Singapur ist der bedeutendste Exportmarkt Österreichs in Südost-Asien und als größter Hafen der Welt für die rund 60 niedergelassenen österreichischen Firmen wegen seiner hervorragenden Infrastruktur, großzügigen Steuerbestimmungen, Korruptionsfreiheit der Behörden und der guten Englischkenntnisse des lokalen Personals eine wichtige Drehscheibe. Österreich exportiert hauptsächlich Glaswaren, Maschinen und elektrische und elektronische Komponenten. Österreichische Firmen sind auch an Projekten wie Tunnelbau, Wasseraufarbeitung, Mülldeponierung, dem Ausbau von U-Bahnlinien, der Errichtung von Straßentunnels und Kanalisationen, der Biomüllverarbeitung und der Flughafenkommunikation beteiligt, und haben großes Interesse, sich verstärkt im Umwelt- und Transportbereich zu engagieren, beispielsweise an der geplanten Schnellzugverbindung zwischen Singapur und Kuala Lumpur.

Die österreichischen Exporte betragen 283,61 Millionen Euro (51,6%), die Importe 128,53 Millionen Euro (2,9%).

**Slowakei
(Slowakische Republik), Pressburg**

Staatsoberhaupt
Ivan Gašparovič

Regierungschef
Robert Fico

Außenminister
Ján Kubiš

Pressburg – **ÖB, AHSt, ÖW, ÖI, OSI**

Besuche aus Österreich: Generalstabschef General Roland Ertl, Teilnahme an den Trauerfeierlichkeiten für die bei dem Absturz eines slowakischen Militärflugzeuges ums Leben gekommenen Soldaten (Prešov, 25. Jänner); Präsident des Rechnungshofes Josef Moser bei Rechnungshofpräsident Jan Jasovsky (6. März); Nationalratspräsident Andreas Khol bei stellvertretendem Parlamentspräsidenten Bela Bugar (22. und 23. März); Staatssekretär Eduard Mainoni, Teilnahme am Diskussionsforum der Slowakisch-Österreichischen Handelskammer (12. April); Bundesministerin Liese Prokop, Teilnahme an einem Treffen der InnenministerInnen des „Forums Salzburg“ (23. Mai); Bürgermeister der Stadt Wien Michael Häupl, Treffen mit Bürgermeister von Bratislava Andrej Durkovsky (14. Juni); Generalstabschef General Roland Ertl, Treffen mit dem Generalstabschef der Streitkräfte der Slowakischen Republik Generalleutnant L'ubomír Bulík (11. Oktober).

Besuche in Österreich: Innenminister Vladimír Palko und Justizminister Daniel Lipšic, Teilnahme am informellen Treffen der Justiz- und InnenministerInnen (12.–14. Jänner); Ministerin für Arbeit, soziale Angelegenheiten und Familie Iveta Radičová, Teilnahme am informellen Treffen der Minister für Beschäftigung und Soziales (Villach, 19.–21. Jänner); Staatssekretärin Magdalena Vášáryová, Teilnahme an der Konferenz „The Sound of Europe“ (Salzburg, 26.–28. Jänner); Beraterin des Ausschusses für Europa-Angelegenheiten Mária Krosáľková, Teilnahme am Treffen der COSAC-Troika und der COSAC Vorsitzenden (20. Februar); Staatssekretär Peter Ottinger, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen (Geflügelpest) (24. Februar); Transportminister Pavol Prokopovič, Teilnahme am informellen Treffen der VerkehrsministerInnen (Bregenz, 2. und 3. März); Außenminister Eduard Kukan, Teilnahme am informellen Treffen der AußenministerInnen („Gymnich“ Treffen) (Salzburg, 10. und 11. März); Schulminister László Szigeti, Teilnahme am informellen Treffen der BildungsministerInnen (16. und 17. März); Wirtschaftsminister Jirko Malcharek, Teilnahme an der europäischen Tourismusministerkonferenz „Tourismus – Schlüssel zu Wachstum und Beschäftigung in Europa“ (20. und 21. März); Finanzminister Ivan Mikloš und Gouverneur der Nationalbank Ivan Šramko, Teilnahme am informellen Treffen der Wirtschafts- und FinanzministerInnen (7. und 8. April) und beim ASEM-Finanzministertreffen (8. und 9. April); Vize-Premierminister Pál Csáky, Abgeordneter zum Nationalrat Miroslav Čič, Abgeordnete zum Nationalrat Mária Demeterová und Abgeordneter zum Nationalrat Tibor Mikuš, Teilnahme an der Konferenz „Europa fängt zu Hause an; Europäische Subsidiaritätskonferenz 2006“ (St. Pölten, 18. und 19. April); Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Laszlo Pomothy, Teilnahme am informellen Treffen der MinisterInnen für Wettbewerbsfähigkeit (Graz, 21. und 22. April); Gesundheitsminister Rudolf Zajac und Staatssekretär Peter Ottinger, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen (25. und 26. April); Leiterin des Kabinetts des Innenministers Viera Cernanska und Polizeipräsident Anton Kulich, Teilnahme an der internationalen Konferenz zur inneren Sicherheit (4. und 5. Mai); Premierminister Mikuláš Dzurinda und Außenminister Eduard Kukan, Teilnahme am IV. EU-LAC-Gipfel (11. und 13. Mai); Minister für Umwelt László Miklós, Teilnahme am informellen Treffen der UmweltministerInnen (Eisenstadt, 19.–21. Mai); Abgeordnete zum Nationalrat Mária Demeterová und Abgeordneter zum Nationalrat Jozef Heriban, Teilnahme an Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlamentes (22. und 23. Mai); Außenminister Eduard Kukan, Teilnahme am Treffen von Klosterneuburg (27. und 28. Mai); Landwirtschaftsminister Simon Zsolt, Teilnahme am informellen Treffen der LandwirtschaftsministerInnen (Krems, 28.–30. Mai); Außenminister Ján Kubiš, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik (21. Juli); Staatssekretär im Innenministerium Jozef Buček, Teilnahme am Treffen der InnenministerInnen des „Forum Salzburg“ (Göttweig, 27.

Länderinformationen

und 28. Juli); Staatspräsident Ivan Gašparovič bei Bundespräsident Heinz Fischer (22. November).

Zur Vorstellung des Programms der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft führte die Botschaft mehrere Informationsveranstaltungen für slowakische BeamtenInnen und JournalistInnen sowie VertreterInnen des Diplomatischen Corps durch.

Auch die bilateralen Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen standen schwerpunktmäßig im Zeichen der Österreichischen EU-Ratspräsidentschaft, aber ebenso im Gedenken an den 250. Geburtstag von Wolfgang Amadeus Mozart und den 150. Geburtstag von Sigmund Freud.

Das KF veranstaltete eine Pressekonferenz zur Bekanntmachung der geplanten Veranstaltungen mit dem Ziel, eine Information zu den Eckdaten und zum Ablauf dieses komplexen Jubiläumsjahres anzubieten sowie die Medien vor Ort zur aktiven Mitarbeit anzuregen. Neben Projekten und Veranstaltungen in der Slowakei setzte das KF auch eine Reihe grenzüberschreitender Initiativen.

Das Mozartgedenkjahr wurde mit der Eröffnung der Ausstellung „Mozarts Spuren in Wien“ vom Wiener Stadt- und Landesarchiv eingeläutet (Jänner) und mit einem reichhaltigen Jahresprogramm begangen. Die Neue Oper Wien gastierte mit der Zauberflöte 06 in der Oper Bratislava, weiters gaben unter anderem die Wiener Kammerphilharmonie, das Radio-Symphonieorchester Wien, Nouvelle Cuisine mit „Mozart revisited“ und das Aron Quartett Gastspele in der Slowakei. Das KF präsentierte unter Anwesenheit von Prof. Martin Kubacek und Timofij Havrilyv (Lemberg) die Anthologie „Mozarts Zauberkutsche“, in der sich 25 AutorInnen aus Kroatien, Österreich, Polen, Russland, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn zu Wort meldeten.

Am 5. und 6. Mai wurden die österreichischen Kulturforen zu „Freud-Instituten“, und das KF realisierte die Gedenkinitiative „Programm zur Enthüllung des 21. Jahrhunderts“ unter Plakatierung des Sigmund Freud Manifestes von Univ.-Prof. Peter Kampits gemeinsam mit der Slowakischen Freud-Gesellschaft. Abschließend fand eine wissenschaftliche Freud-Konferenz in der Comenius-Universität in Bratislava statt, an der namhafte WissenschaftlerInnen, etwa Adam Bzoch, teilnahmen (Oktober). Das Österreich-Institut Bratislava veranstaltete einen Freud-Wettbewerb und wurde am 4. Mai zur Freudschule.

Im Rahmen der Österreichischen EU-Ratspräsidentschaft organisierte das KF gemeinsam mit der Slowakisch-Österreichischen Handelskammer ein Festkonzert mit den Wiener Sängerknaben unter dem Motto: „Jeder Mensch hat Musik in sich. Wir alle sind Teil der Kultur und haben die Verpflichtung, zu unserer Kultur auch aktiv beizutragen“. Das Konzert fand unter Anwesenheit des Slowakischen Kulturministers Rudolf Chmel in den Räumlichkeiten der Slowakischen Philharmonie in Bratislava statt (24. Mai). Es handelte sich um den ersten Auftritt der Wiener Sängerknaben in der Slowakischen Republik.

Wie in 26 europäischen Hauptstädten wurde auch in Bratislava am 9. Mai unter Teilnahme des slowakischen Vizepremierministers Pál Csáky, Ján Figel's (EU-Kommissar), Rudolf Chmels (Kulturminister) und Magda Vášáryová's (Außenministerium-Staatssekretärin) das Café d'Europe eröffnet, das sich überaus regen Besuchs erfreute.

Die Ausstellung „Austrian Art – Austrian Contemporary Artists im Museum Danubiana“ markierte das Ende der Österreichischen EU-Ratspräsidentschaft. Die umfassende Schau präsentierte Bilder, Zeichnungen und Skulpturen von 29 der bedeutendsten österreichischen bildenden KünstlerInnen seit 1960 wie unter anderem von Christian Ludwig Attersee (1940 in Bratislava geboren), der auch persönlich an der Eröffnung teilnahm, Arnulf Rainer, Hermann Nitsch und Jürgen Messensee. Es handelte sich um die bislang größte Ausstellung dieser Art in der Slowakei, die einen Überblick von den frühen 1950er Jahren über Arbeiten des Wiener Aktionismus bis hin zur Gruppe der „Neuen Wilden“ bot. Mit KünstlerInnen der jungen Generation zeigte die Ausstellung auch die aktuellen Tendenzen der zeitgenössischen Malerei in Österreich. Für eine musikalische Umrahmung sorgte die Gruppe „Saint Privat“ (Preisträger des Amadeus Award 2005).

Anhang

Das Tempo des Wirtschaftswachstums der slowakischen Wirtschaft beschleunigte sich und lag bei rund 7%. Gründe für das höchste Wachstum in der EU liegen neben den guten Export- als auch Produktionszahlen und der Nachfrage durch Fremdinvestoren vor allem im stärker werdenden Verbrauch der privaten Haushalte.

Österreich bleibt drittgrößter Investor in der Slowakei, wobei sich Österreichs Investitionen im Gegensatz zu anderen führenden Investoren aus einer Vielzahl von Kooperationen österreichischer Klein- und Mittelbetrieben zusammensetzen und mit einer enormen wirtschaftlichen Verflechtung beider Nachbarstaaten einhergeht.

Die österreichischen Exporte betragen 1.767,70 Millionen Euro (7,8%), die Importe 1.788,22 Millionen Euro (5,4%).

Slowenien (Republik Slowenien), Laibach

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Janez Drnovšek	Janez Janša	Dimitrij Rupel

Laibach – **ÖB, KF, AHSt, ÖW, OSI, ÖI**; Marburg – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Ursula Plassnik, Botschaftertreffen (Brdo pri Kranju, 4. Januar); Treffen mit Außenminister Dimitrij Rupel (Portoroz, 9. September); Staatssekretär Helmut Kukacka, Verkehrsministertreffen (Brdo pri Kranju, 23. und 24. Januar); Bundesminister Hubert Gorbach, Verkehrsministertreffen (Brdo pri Kranju 24. Januar); Generalsekretär des österreichisch-französischen Zentrums Peter Jankowitsch, Internationale Konferenz Kosovo (27. Januar); Delegationsleiter Abgeordneter zum Nationalrat Norbert Kapeller, Abgeordneter zum Nationalrat Werner Kummerer, Abgeordnete zum Nationalrat Terezija Stoisits und Abgeordneter zum Nationalrat Anton Wattaul (Maribor, Gottschee, Ljubljana, 20. und 21. Februar); Staatssekretär Franz Morak, Eröffnung der Ausstellung Wonderland (10. März); Gemeinderat Andreas Schieder, 3. Forum der BürgermeisterInnen der slowenischen Sozialdemokraten (Lasko, 10. und 11. März); Leiter Kultur der Stadt Graz Josef Marko, Ausstellungseröffnung Rathaus Ljubljana (28. März); Verwaltungsgerichtshofpräsident Clemens Jabloner, Internationale Konferenz (10. April); Kärntner Landtagspräsident Jörg Freunschlag (18. April); Landwirtschaftsminister Josef Pröll (Strunjan, 15. und 16. Mai); Bundesminister a.D. Willibald Pahr, ICMFD Konferenz (Bled, 7. Juni); Rechnungshofpräsident Josef Moser, Rechnungshof Konferenz (8. Juni); Landeshauptmann Franz Voves (13. Juni); ehemaliger Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Albert Rohan, Kosovokonferenz (19. Juni); Sonderkoordinator Erhard Busek, Caspian Outlook Konferenz (Bled, 27. und 28. August); Staatssekretär Helmut Kukacka, Unterzeichnung eines Abkommens Österreich/Tschechien/Slowenien (Koper, 29. und 30. August); Innenministerin Liese Prokop, Salzburg Forum (Brdo pri Kranju, 25. und 26. Oktober), Regionale Konferenz über illegale Migrationen (27. Oktober); Bundesratspräsident Gottfried Kneifel, Symposium Zweikammernsystem (19. Oktober); Bundesministerin Karin Gastinger, offizieller Besuch bei Justizminister Lovro Sturm (23. und 24. November).

Besuche in Österreich: Außenminister Dimitrij Rupel, OSZE-Treffen (12. und 13. Januar), Eröffnung Europabrücke (Bad Radkersburg, 1. Mai); Justizminister Lovro Šturm, Treffen der JustizministerInnen (30. Januar); Staatssekretär Zorko Pelikan, slowenische Minderheit (Klagenfurt, 26. Januar); Innenminister Dragutin Mate, Treffen der InnenministerInnen (30. Januar); Generalmajor Ladislav Lipič, OSZE-Seminar (14. Februar); Vorsitzender des Parlamentarischen Ausschusses für Außenpolitik Jožef Jerovšek, Konferenz der Vorsitzenden der außenpolitischen Ausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments (27. März); Kulturminister Vasko Simoniti, informelles Treffen mit Staatssekretär Franz Morak, Eröffnung der Ausstellung Andrej Jemec (4. April); Staatssekretär im Verkehrsministerium Peter Verlič, Treffen der StaatssekretärInnen der Verkehrsministerien von Österreich, Slowenien und der Tschechien (24. April); Staatssekretär Justiz Robert Marolt (25. und 26. April); Innenminister Dragutin Mate, Treffen Salzburg Forum (Krems, Göttweig, 27. und 28. Juli); Außenminister Dimitrij Rupel,

Länderinformationen

Sitzung der AußenministerInnen der Regionalen Partnerschaft (14. September); Justizminister Lovro Šturm, österreichischer Juristentag (Graz, 18. Oktober); Außenminister Dimitrij Rupel, Internationales Symposium (Tainach, 5. Oktober); Staatspräsident Janez Drnovšek, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer (14. November); ehemaliger Staatspräsident Milan Kučan, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer (Mürzsteg in der Steiermark, 18. November); Parlamentspräsident France Cukjati, 7. Treffen der Parlamentspräsidenten der Staaten der Regionalen Partnerschaft (23. November); Staatsratsvorsitzende Janez Sušnik, 7. Treffen der Parlamentspräsidenten der Staaten der Regionalen Partnerschaft (23. November); Innenminister Dragutin Mate bei Bundesministerin Liese Prokop (1. Dezember), Ministerpräsident Janez Janša bei Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Auftakt der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft (1. Januar), IV. EU-LAC-Gipfel (11. und 13. Mai); informelles Treffen der MinisterInnen für Wettbewerbsfähigkeit (Graz, 20. und 22. April); Justizminister Lovro Šturm, informelles Treffen der Innen- und JustizministerInnen (12. und 14. Januar); Innenminister Dragutin Mate, informelles Treffen der Innen- und JustizministerInnen (12. und 14. Januar), Treffen der InnenministerInnen EU-Russland-USA (4. Mai), Internationale Konferenz zur inneren Sicherheit (4. und 5. Mai); Minister für Arbeit, Familie und soziale Angelegenheiten Janez Drobnič, informelles Treffen der MinisterInnen für Beschäftigung und Soziales (Villach, 19.–21. Januar); Vorsitzender des Parlamentarischen Ausschusses für EU Anton Kokalj, Treffen der COSAC-Troika und der COSAC-Vorsitzenden (20. Februar), Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlamentes (XXXV. COSAC) (22. und 23. Mai); Vorsitzender des Staatsratsausschusses für internationale Beziehungen und EU Jožef Jeraj, Treffen der COSAC-Troika und der COSAC-Vorsitzenden (20. Februar); Gesundheitsminister Andrej Bručan, informelles Treffen der GesundheitsministerInnen (24. Februar), informelles Treffen der GesundheitsministerInnen (25. und 26. April); Verkehrsminister Janez Božič, informelles Treffen der VerkehrsministerInnen (Bregenz, 2. und 3. März); Verteidigungsminister Karl Erjavec, informelles Treffen der VerteidigungsministerInnen (Innsbruck, 6. und 7. März); Außenminister Dimitrij Rupel, informelles Treffen der AußenministerInnen „Gymnich“ (Salzburg, 10. und 11. März), Subsidiaritätskonferenz (St. Pölten, 18. und 19. April), IV. EU-LAC-Gipfel (11. und 13. Mai), Treffen von Klosterneuburg (Stift Klosterneuburg, 27. und 28. Mai); Bildungsminister Milan Zver, Konferenz der BildungsministerInnen (16. und 17. März); Wissenschaftsminister Jure Zupan, Konferenz der BildungsministerInnen (16. und 17. März), informelles Treffen der MinisterInnen für Wettbewerbsfähigkeit (Graz, 20. und 22. April); Entwicklungsminister Jože P. Damijan, Teilnahme am Euro-Mittelmeer Investitions- und Partnerschaftsfazilität (FEMIP) (20. und 21. März); Staatssekretärin Andrijana Starina-Kosem, Tourismusministerkonferenz (20. und 21. März), informelles Treffen der MinisterInnen für Wettbewerbsfähigkeit (Graz, 20. und 22. April); Staatssekretärin Magdalena Alenka Šverc, informelles Treffen der JugendministerInnen (Bad Ischl, 29.–31. März); Finanzminister Andrej Bajuk, informelles Treffen der Wirtschafts- und FinanzministerInnen ECOFIN (7. und 8. April), ASEM-Treffen, (8. und 9. April); Staatssekretär im Finanzministerium Žiga Lavrič, informelles Treffen der Wirtschafts- und FinanzministerInnen ECOFIN (7. und 8. April), ASEM-Treffen, (8. und 9. April); Parlamentspräsident France Cukjati, Subsidiaritätskonferenz (St. Pölten, 18. und 19. April); Umweltminister Janez Podobnik, informelles Treffen der UmweltministerInnen (Eisenstadt, 19.–21. Mai); Stellvertretender Vorsitzender des Parlamentarischen Ausschusses für EU Bodgan Barovič, Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlamentes (XXXV. COSAC) (22. und 23. Mai); Staatssekretär Landwirtschaft Franc But, informelles Treffen der LandwirtschaftsministerInnen (Krems, 28. und 30. Mai).

Während des österreichischen EU-Ratsvorsitzes wurde in Laibach ein von der Botschaft und dem Bundesministerium für Inneres organisierter Dokumentenerkennungs-Workshop veranstaltet, an dem 50 slowenische KonsulInnen im Rahmen ihrer Konsularkonferenz teilnehmen. Diese Veranstaltung wird als lokale Initiative weitergeführt, und die angehenden slowenischen KonsulInnen werden als Teil ihrer Grundausbildung an der österreichischen Botschaft in der Konsularabteilung einer praxisnahen Schulung unterzogen. Weiters besteht ein Abkommen über die wechselseitige Vertretung beider Staaten hinsichtlich der Visaerteilung. Österreich vertritt Slowenien in Algier, Amman, Bogota, Caracas, Dakar, Damaskus, Jakarta, Los Angeles, Nairobi, Riad, Tripolis und Tunis. Slowenien vertritt Österreich in Cleveland und Podgorica.

Anhang

Folgende bilaterale Verträge wurden zwischen Slowenien und Österreich abgeschlossen: Abänderung des Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung; Genehmigung einer Änderung des österreichisch-slowenischen Abkommens über Touristenverkehr im Grenzgebiet durch den österreichischen Ministerrat (5. September); Trilaterale Absichtserklärung betreffend die Eisenbahnachse zwischen Tschechien, Österreich und Slowenien (30. August).

Gemeinsam mit Slowenien beteiligt sich Österreich an einem Projekt der Organisation SKUPAJ, welches dem Aufbau der sozialen Stabilität im Irak in den Provinzen Babil und Kerbala gewidmet ist.

Die Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen zwischen Slowenien und Österreich haben sich nach dem EU-Beitritt weiterhin verbessert, fast täglich finden mehrere bilaterale Projekte statt. Während der EU-Ratspräsidentschaft wurden verstärkt Kulturprojekte placiert: Neben zahlreichen Konzerten, vor allem in den kleineren Städten Sloweniens, sind große Events, wie das Konzert der Wiener Symphoniker mit Lang Lang, die Konzerte der Slowenischen Philharmonie (eines mit Jasminka Stancul, zwei mit Schwerpunkt Gustav Mahler), jenes des Concert-Vereins sowie das Österreich-Finnland-Übergabe Konzert Ende Juni zu erwähnen. Das Mozart-Jubiläum wurde mit zahlreichen Konzerten, Filmtagen, der slowenischen Uraufführung des Singspiels „Der Schauspielregisseur“ und anderen Veranstaltungen begangen. Weitere Akzente wurden durch die Teilnahme am Festival von Bled, dem Trentaforum und der Vier-Länder-Tour des Drauensembles gesetzt.

Neben zahlreichen Ausstellungen ist vor allem die Wanderausstellung „Wonderland“ mit Exponaten junger ArchitektInnen aus neun EU-Staaten zu erwähnen, welche durch Staatssekretär Franz Morak eröffnet wurde.

Zum Freud-Jubiläum fanden zahlreiche Veranstaltungen in Maribor (Ausstellung, Symposium), Ljubljana (Vortrag und Videoinstallation von Constanze Ruhm (März), Filmvorführung und Vortrag mit Mladen Dolar (Juni), Vorträge an den Universitäten und anderes mehr statt. Darüber hinaus wurde die Herausgabe von zwei Freud-Büchern unterstützt. Acht Schulen in Slowenien und Kärnten nahmen an Arbeitstagen, Seminaren und Ausstellungen über die aktuelle Frage von Zusammenleben und Toleranz an den Grenzen im Rahmen eines Anne-Frank-Projekts teil.

Zahlreiche Vorträge an den Universitäten sowie das Stefan-Zweig-Symposium an der Österreich-Bibliothek in Maribor bereicherten die Kooperationen auf dem Gebiet der Literatur.

Die österreichischen Exporte betragen 1.873,26 Millionen Euro (9,5%), die Importe 1.019,67 Millionen Euro (13,4%).

Somalia (Republik Somalia), Mogadischu

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Abdullahi Yussuf Ahmed	Ali Mohamed Gedi	Abdullahi Sheik Ismael

ÖB: siehe Äthiopien; **AHSt:** siehe Ägypten

Die österreichischen Exporte betragen 305.000 Euro (-36,7%), die Importe 206.000 Euro (714,0%).

Spanien (Königreich Spanien), Madrid

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Juan Carlos I.	José Luis Rodríguez Zapatero	Miguel Ángel Moratinos

Länderinformationen

Madrid – **ÖB**; **AHSt**, **ÖW**, **ÖHI**; Barcelona – **HGK**, **AHSt** (zuständig auch für Andorra), **ÖW**; Bilbao, Málaga, Las Palmas de Gran Canaria, Palma de Mallorca; Santa Cruz de Tenerife (vorübergehend geschlossen), Sevilla, Valencia – **HK**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Franz Morak, Gastland Österreich auf Kunstmesse ARCO (6.–9. Februar); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, Hochrangige Konferenz eHealth 2006 (Málaga, 9. und 10. Mai); Generalsekretär für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft Werner Wutscher, FAO-Konferenz über pflanzliche genetische Ressourcen (13. Juni); Regierungskommissarin für die Weltausstellung EXPOAGUA ZARAGOZA 2008 Mares Rossmann (Madrid, 5. Juli; Zaragoza, 8. und 9. November).

Besuche in Österreich: Außenminister Miguel Ángel Moratinos, Arbeitsgespräche mit Bundesministerin Ursula Plassnik (12. Jänner); Staatssekretär für die Europäische Union Alberto Navarro, Arbeitsgespräche mit Staatssekretär Hans Winkler (22. Februar); Volksanwalt Enrique Múgica Herzog, Europäische Ombudsmann-Konferenz (11.–13. Juni); Justizminister Juan Fernando López Aguilar und Innenminister José Antonio Alonso, informelles Treffen der Justiz- und InnenministerInnen (12.–14. Jänner); Arbeits- und Sozialminister Jesús Caldera, informelles Treffen der MinisterInnen für Beschäftigung und Soziales (Villach, 19.–21. Jänner); Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses für EU-Angelegenheiten im Abgeordnetenkongress Abgeordnete Ana Palacio Vallelersundi, Treffen der COSAC-Troika und der COSAC-Vorsitzenden (20. Februar); Gesundheitsministerin Elena Salgado, informelles Treffen der GesundheitsministerInnen (24. Februar); Staatssekretär für Verteidigung Francisco Pardo Piqueras, informelles Treffen der VerteidigungsministerInnen (Innsbruck, 6. und 7. März); Außenminister Miguel Ángel Moratinos, Gymnich (Salzburg, 10. und 11. März); Bildungsministerin María Jesús San Segundo, informelles Treffen der BildungsministerInnen (16. und 17. März); II. Vize-Ministerpräsident und Finanz- und Wirtschaftsminister Pedro Solbes, informelles Treffen der Wirtschafts- und FinanzministerInnen ECOFIN (7. und 8. April) und ASEM-Finanzministertreffen (8. und 9. April); Vorsitzender des Innenpolitischen Ausschusses des Senats Miguel Martín Hernández, Parlamentarierkonferenz „Asylpolitik und/oder Migrationspolitik als neue Aufgaben der EU“ (10. April); Senator Juan A. Alvarez Fernández, Abgeordneter Meritxell Batet Lamaña, Abgeordneter Roberto Soravilla Fernández und Abgeordneter Jordi Xuclá Costa, Subsidiaritätskonferenz (St. Pölten, 18. und 19. April); Gesundheitsministerin Elena Salgado, informelles Treffen der GesundheitsministerInnen (25. und 26. April); Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero mit Außenminister Miguel Ángel Moratinos und mehreren StaatssekretärInnen, EU-LAC-Gipfel (11.–13. Mai); Senator Juan A. Alvarez Fernández, Abgeordnete Roberto Soravilla Fernández, Meritxell Batet Lamaña, Carles Gasòliba Böhm und Iñaki Anasagasti, XXXV COSAC (22. und 23. Mai); Außenminister Miguel Ángel Moratinos; informelles Außenministertreffen (Klosterneuburg, 27. und 28. Mai); Senator Rogelio Pardo Gabaldón, Konferenz der Vorsitzenden der Finanzausschüsse (29. Mai).

Den kulturellen Schwerpunkt bildete die Einladung Österreichs als Gastland zur internationalen Messe zeitgenössischer Kunst ARCO in Madrid, an der 24 Galerien aus Österreich teilnahmen. In diesem Rahmen fanden in Madrid insgesamt acht Ausstellungen statt (Februar): Arnulf Rainer/Dieter Roth, Erwin Wurm, Postmediale Konditionen (eine Übernahme der Ausstellung der Neuen Galerie Graz), Digital Transit (eine Ausstellung des Ars Electronica Center Linz), On Site – On Screen/Prinzgau/Podgorschek, Neues Design aus Österreich (eine Ausstellung von Eichinger oder Knechtl), Atlas Austria (Architekturfotografie von Margarita Spiluttini), eine Fotoausstellung von Sabitte Bitter und Helmut Weber mit dem Titel „Leben um zu sehen“; weiters ein Filmfestival (Kurator: Alexander Horvath) mit 20 abendfüllenden Filmprogrammen, das in den Filmotheken von Madrid, Barcelona, Valencia und La Coruña jeweils einen Monat lang gezeigt wurde; überdies Veranstaltungen mit zeitgenössischem Tanz (Milli Bitterl und Saskia Hölbing) sowie Musik von Fennesz, Trilogy, Patrick Pulsinger, Attwenger und dem Trio Exklusiv. Die Wanderausstellung „Ingeborg Bachmann – Schreiben gegen den Krieg“ und Begleitprogramme mit Vorträgen, Filmvorführungen und Lesungen wurden in Valencia und Zaragoza gezeigt. Dem österreichische Fotokünstler Manfred Willmann wurde bei dem internationalen Fotofestival Photoespaña eine große Retrospektive gewidmet. Bildende Kunst aus Österreich

Anhang

war zudem mit zwei wichtigen Ausstellungen im MACBA von Barcelona vertreten: Günther Brus wurde seine erste große Retrospektive in Spanien gewidmet und gegen Jahresmitte veranstaltete das Museum eine Einzelausstellung mit Werken von Peter Friedl. Thomas Bernhards Werk „Ritter, Dene, Voss“ hatte mit Unterstützung des KF seine Uraufführung in spanischer Sprache. Muntean/Rosenblum zeigten im MUSAC, dem neuen Museum zeitgenössischer Kunst in León, bis Jahresbeginn 2007 ihre erste große Ausstellung in Spanien.

Die österreichischen Exporte betragen 2.896,41 Millionen Euro (10,8%), die Importe 1.548,73 Millionen Euro (11,6%).

Sri Lanka

(Demokratische Sozialistische Republik Sri Lanka), Colombo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Mahinda Rajapakse	Ratnasiri Wickremanayake	Mangala Samaraweera

ÖB, AHSt: siehe Indien; Colombo – **HK**

Die nach der Seebebenkatastrophe vom 26. Dezember 2004 begonnenen österreichischen Wiederaufbauprojekte wurden weitergeführt.

Österreichische Firmen setzten mehrere durch Soft Loan-Kredite finanzierte Projekte im Infrastrukturbereich um, beispielsweise ein Kinderspital in Kandy. Kooperationsmöglichkeiten werden in den Bereichen Energie, Umwelt und Tourismus geprüft.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 490.556 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 21,19 Millionen Euro (-24,0%), die Importe 25,86 Millionen Euro (34,5%).

St. Kitts und Nevis

(St. Kitts und Nevis), Basseterre

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Denzil Llewellyn Douglas	Timothy Sylvester Harris

vertreten durch:

Generalgouverneur

Sir Cuthbert Montraville Sebastian

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Basseterre – **HK**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Arbeitsgespräche mit Premierminister Denzil Llewellyn Douglas und Außenminister Timothy Harris (November).

Besuche in Österreich: Premierminister Denzil Llewellyn Douglas, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik (Mai); Botschafter George Bullen, Vertreter von St. Kitts und Nevis in Brüssel, Teilnahme an einer Gesprächsrunde mit Staatssekretär Hans Winkler (13. Mai).

Die österreichischen Exporte betragen 115.000 Euro (-35,3%), die Importe 65.000 Euro (-46,1%).

St. Lucia

(St. Lucia), Castries

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Kenneth Davis Anthony	Senator Petrus Compton

Länderinformationen

vertreten durch:
Generalgouverneurin
Calliopa Pearlette Louisy

ÖB, AHSt: siehe Venezuela

Besuche in Österreich: Premierminister Kenneth Davis Anthony, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik (Mai).

Die österreichischen Exporte betragen 440.000 Euro (615,6%).

St. Vincent und die Grenadinen (St. Vincent und die Grenadinen), Kingstown

Staatsoberhaupt Königin Elizabeth II.	Regierungschef Ralph E. Gonsalves	Außenminister Louis Hilton Straker
--	--------------------------------------	---------------------------------------

vertreten durch:
Generalgouverneur
Frederick Nathaniel Ballantyne

ÖB, AHSt: siehe Venezuela

Besuche aus Österreich Staatssekretär Hans Winkler, Arbeitsgespräch mit Außenminister Louis Hilton Straker (November).

Besuche in Österreich: Premierminister Ralph E. Gonsalves und Glen Beache, Minister für Tourismus, Jugend und Sport, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik (Mai); Premierminister Ralph E. Gonsalves und Glen Beache, Minister für Tourismus, Jugend und Sport, Teilnahme an einer Gesprächsrunde mit Staatssekretär Hans Winkler (13. Mai).

Die österreichischen Exporte betragen 72.000 Euro (-83,2%), die Importe 6.000 Euro (6,9%).

Südafrika (Republik Südafrika), Pretoria

Staatsoberhaupt und Regierungschef Thabo Mbeki	Außenministerin Nkosazana Dlamini-Zuma
---	---

Pretoria – **ÖB**; Kapstadt – **GK**; Johannesburg – **HGK, AHSt**; Durban – **HK**; Port Elizabeth – **HK**

Besuche aus Österreich: Delegation des österreichischen Nationalrates unter Leitung des Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses, Peter Schieder, Teilnahme an einer Konferenz der Association of European Parliamentarians for Africa (AWEPA) in Kapstadt (Mai); Wiener Stadträtin Renate Brauner, Eröffnung des Wiener Balls in Johannesburg und Besuch von Hilfsprojekten der Stadt Wien. Generalsekretär im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasser Werner Wutscher, Teilnahme an einem Klimaseminar (Juni).

Besuche in Österreich: Anti-Apartheid-Aktivistinnen Gertrude Shope und Ruth Mompati, Besuch bei Bundesministerin Ursula Plassnik (September); Ministerin für Bergbau und Energie Bujelwa Sonjica, Teilnahme an der 50. Generalkonferenz der IAEO (September); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Treffen mit dem Generalsekretär des südafrikanischen Außenministeriums Ayanda Ntsaluba (November).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 405.199 Euro erbracht.

Anhang

Aus Anlass der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft und zum Auftakt des Mozartjahres fand eine Mozart Anniversary Gala (Jänner) und ein Freiluftkonzert der Kapstädter Philharmoniker im Botanischen Garten von Kirstenbosch (Februar) statt. Die ÖB unterstützte den traditionellen Internationalen Gesangswettbewerb von UNISA mit dem Preis für die beste Mozartarie. Das Multimedia-Musikprojekt Movin'Mozart, ein Gemeinschaftsprojekt mit den deutschen und tschechischen Generalkonsulaten, zeigte einmal mehr den hohen Stellenwert von Partnerschaften und deren Potenzial. Der Erfolg dieser Musikproduktion liegt darin, dass mit lokalen professionellen KünstlerInnen und jungen Talenten europäische Musiktraditionen und afrikanische Einflüsse zusammengeführt werden. Die Produktion von Peter Shaffers Musikerduells zwischen Wolfgang Amadeus Mozart und Antonio Salieri „Amadeus“ fand mit lokaler Starbesetzung statt. Das internationale Festival klassischer Musik „Music is a Great Investment“ (MIAGI) fand zum sechsten Mal in Johannesburg, Kapstadt, Port Elizabeth und Bloemfontein statt (Juni). Der Initiator und Leiter des Festivals, der österreichische Baritonsänger südafrikanischer Herkunft Robert Brooks, strebt die Zusammenarbeit von MusikerInnen aus verschiedenen Kulturkreisen sowie die Verschmelzung verschiedener Musikrichtungen an. Lukas Ligeti arbeitete mehrere Monate als Gastkomponist an der WITS Universität Johannesburg. Er hielt Seminare in den Bereichen Komposition, Musiktheorie und Improvisation. Gemeinsam mit den anderen EU-Botschaften und der Vertretung der EU-Kommission wurden die EU-Filmwochen veranstaltet (September). In diesem Rahmen wurde der österreichische Beitrag „Welcome Home“ in Pretoria, Johannesburg, Kapstadt und Durban gezeigt. Beim jährlich in Kapstadt stattfindenden Puppenfestival „Out the Box“ (September) war Österreich heuer erstmalig mit der Produktion „Schattentanz“ des Theaters ohne Grenzen vertreten. Mit einem Vortrag des international bekannten Psychoanalytikers und Konfliktforschers Vamik Volkan wurde im Rahmen einer Sonderveranstaltung im Kapstädter Holocaustzentrum der kulturpolitischen Bedeutung Sigmund Freuds gedacht. Den Rahmen dazu bildete die gleichzeitig stattfindende Eröffnung der Freud-Ausstellung. Die Botschaft unterstützte die erfolgreiche Konzerttournee des Violinisten Benjamin Schmid, der mit allen großen Orchestern des Landes auftrat. Sopranistin Lydia Rathkolb sang, begleitet vom Chamber Orchestra of South Africa zum Abschluss des Mozartjahres Koloraturarien in Pretoria. Professor Oliver Rathkolb hielt einen Vortrag an der University of Johannesburg über die Komplexität der Schaffung einer europäischen Identität. In diesem Zusammenhang soll eine weitergehende Kooperation über einen Vergleich der Identitätsbildung in Europa und in Südafrika entstehen.

Die österreichischen Exporte betragen 554,32 Millionen Euro (17,1%), die Importe 348,24 Millionen Euro (11,5%).

Sudan (Republik Sudan), Khartoum

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Omar Hassan Ahmed el-Bashir

Außenminister
Lam Akol

ÖB, AHSt: siehe Ägypten; Khartoum – HK

Besuche aus Österreich: Sonderbeauftragter für Afrika Botschafter Georg Lennkh, Teilnahme am AU-Gipfel, Treffen mit AU-Kommissaren und afrikanischen AußenministerInnen, Treffen mit äthiopischem Premier Minister Meles Zenawi (21. -25. Jänner).

Besuche in Österreich: Außenminister Lam Akol, Teilnahme an der Troika EU-Afrika (8. Mai).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 635.299 Euro erbracht.

Im Zusammenhang mit der Öffnung des Landes, stark gestiegener Exporterlöse aus dem Erdölsektor und einem Wirtschaftswachstum von über 10% wurden die traditionell guten Kontakte mit dem Sudan vor allem im wirtschaftlichen Bereich durch Förderung von Firmenkontakten weiter verstärkt, insbesondere im Zusammenhang mit Infrastrukturprojekten.

Länderinformationen

Die österreichischen Exporte betragen 90,12 Millionen Euro (279,7%), die Importe 487.000 Euro (-16,3%).

Suriname (Republik Suriname), Paramaribo

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Vizepräsident	Außenminister
Rinaldo Roland Venetiaan	Ramdien Sardjoe	Lygia Louise Irene Kraag-Keteldijk

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Paramaribo – **HK**

Die Zuständigkeit für Suriname wechselte von der ÖB Caracas zur ÖB Brasilia im September.

Besuche in Österreich: Vizepräsident Ramdien Sardjoe sowie Außenministerin Lygia Louise Irene Kraag-Keteldijk, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik (Mai); Außenministerin Lygia Kraag-Keteldijk, Teilnahme an einer Gesprächsrunde mit Staatssekretär Hans Winkler (13. Mai);

Staatssekretär Hans Winkler, Arbeitsgespräch mit dem Permanent Secretary im Außenministerium von Suriname Frederik Boekstaaf (Mexiko-Stadt, 30. November).

Die österreichischen Exporte betragen 786.000 Euro (-35,0%), die Importe 208.000 Euro (251,9%).

Swasiland (Königreich Swasiland), Mbabane

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Mswati III.	Absalom Themba Dlamini	Mabili Dlamini

ÖB, AHSt: siehe Südafrika

Da der bilaterale Handel fast ausschließlich über Südafrika abgewickelt wird, ist keine verlässliche Statistik verfügbar. Die statistisch erfassten österreichischen Exporte betragen 25.000 Euro (-34,6%), die Importe 28.000 Euro.

Syrien (Syrisch Arabische Republik), Damaskus

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Bashar al Assad	Mohammad Naji Otri	Walid al-Muallem

Damaskus – **ÖB, AHSt;** Aleppo – **HK**

Besuche aus Österreich: Abgeordneter zum Nationalrat und Bundesminister a.D. Klubobmann Herbert Scheibner und Abgeordneter zum Nationalrat Wolfgang Großruck und Stefan Prähauser (7.–10. April); Professor Helmut Konrad anlässlich des Workshops „Accreditation & Quality Assurance in Private Higher Education“, Treffen mit dem syrischen Bildungsminister Ghias Barakat (25.–28. Mai); Besuch von Kulturreferent Landeshauptmannstellvertreter Kurt Flecker und Delegation, Treffen mit Muhsen Bilal, syrischer Informationsminister (27. und 28. Juni); Besuch von Anas Schakfeh, Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (15.–22. Juni); Besuch der Bundesheerbeschwerdekommision bei UNDOF/AUSBATT (5.–7. November), Generalleutnant Günter Höfler, Major des Generalstabdienstes Horst Hofer sowie Abgeordnete zum Nationalrat Paul Kiss, Marianne Hagenhofer und Stefan Prähauser; Weih-

Anhang

nachtstruppenbesuch von Bundesminister Günther Platter beim AUSBATT/UNDOF sowie Treffen mit dem Verteidigungsminister Syriens Generalleutnant Hassan Turkmani (15.–17. Dezember).

Besuche in Österreich: Der Großmufti von Syrien, Scheich Ahmad Badreddine Hassoun, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik, dem dänischen Außenminister Per Stig Møller und Großmufti von Bosien, Mustafa Ceric im Rahmen einer Initiative der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft zur Deeskalation des Karikaturenstreits (16. Februar); Ryadh Na'san Agha, syrischer Kulturminister, besuchte die Ausstellungseröffnung „Die Welt des Orients – Kunst und Kultur im Islam“ (Leoben, 1. April). Innenminister Bassam Abdel Majeed, Teilnahme an der Konferenz „Innere Sicherheit und die Beziehungen der EU und ihrer Nachbarländer“ (4. und 5. Mai).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 25.020 Euro erbracht.

Aus Anlass der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft und des 250. Geburtstags von Wolfgang Amadeus Mozart fand der Konzertabend „From Mozart to Strauss – An evening with Austrian Classical Music“ in der Oper Dar al Assad statt (21. Juni); Direktor der Kunsthalle Wien Gerald Matt nahm am Internationalen Fotofestival in Aleppo teil. Der österreichische Fotograf Hermann Huber beteiligte sich an der Ausstellung der Le Pont Galerie in Aleppo, (9th International Photography Gathering Aleppo); ORF Steiermark erstellte in Zusammenhang mit der Ausstellung „Die Welt des Orients – Kunst und Kultur im Islam“ eine Kulturdokumentation über Syrien.

Die österreichischen Exporte betragen 35,16 Millionen Euro (-43,7%), die Importe 222,54 Millionen Euro (343,1%).

Tadschikistan (Republik Tadschikistan), Duschanbe

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Emomali Rachmonow	Akil Akilow	Hamrokhon Zaripow (seit 1. Dezember)

Wien – **ÖB**; **AHSt**: siehe Russland; **GK Moskau** teilweise zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche in Österreich: Ein Vertreter des tadschikischen Außenministeriums, Teilnahme an der Konferenz über den internationalen Strafgerichtshof (Salzburg, 28.–30. Mai).

Österreich notifizierte dem Ratssekretariat den Abschluss des innerstaatlichen Genehmigungsverfahren des PKA EU-Tadschikistan am 12. Dezember.

Der Präsident der Tadschikischen Akademie der Wissenschaften, Prof. Mamadscho Iolow, nahm an der „Feierlichen Sitzung“ der Österreichischen Akademie der Wissenschaften teil (17. Mai).

Fünf tadschikische Zollbeamte absolvierten einen Studienaufenthalt im Rahmen von EURO-CUSTOMS (Wien, 13.–19. Oktober). Acht Vertreter aus Tadschikistan nahmen an dem vom Bundesministerium für Landesverteidigung veranstalteten und vom Generalstab des Schweizerischen Verteidigungsministerium und dem Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF) finanziell unterstützten Workshop zum Thema „Defence Building: The Public Dimension“ teil (Reichenau, 10.–13. November).

Österreich entsandte fünf Kurzzeitwahlbeobachter zu den Präsidentenwahlen (6. November). Das unter der Leitung des Bundesministeriums für Inneres durchgeführte EU-Programm BOM-CA wurde fortgesetzt.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 3.480 Euro erbracht.

Länderinformationen

Die Tätigkeit der in Wallsee beheimateten österreichisch-zentralasiatischen Sommerakademie für Druckgrafik wurde unter tadschikischer Beteiligung in Wallsee und Duschanbe fortgesetzt. Im Rahmen des Projekts „Fotografie des Monats“ wurden in der Galerie „basement“ Werke des tadschikischen Künstlers Gennadij Rautschenko ausgestellt (Wien, 3.–25. November). Eine DaF-Praktikantin hielt einen zweiwöchigen Sprachkurs an der Pädagogischen Universität in Duschanbe (27. April bis 11. Mai). Botschafter i.R. Alfred Missong absolvierte eine Vortragsreise nach Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan (21.–31. Mai).

Die österreichischen Exporte betragen 1,47 Millionen Euro (175,5%), die Importe 9,91 Millionen Euro (15,7%).

Tansania (Vereinigte Republik Tansania), Dodoma

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Jakaya Mrisho Kikwete	Edward Lowassa	Asha-Rose Migiro

ÖB: siehe Kenia; Dar es Salam – **HGK; AHSt:** siehe Südafrika

Tansania ist Kooperationsland der OEZA und wird vom EZA-Koordinationsbüro in Kampala betreut. Der Sektor der Zusammenarbeit ist Dezentralisierung. Die Dezentralisierung wurde über Distriktentwicklungsprogramme der Distrikte Kasulu und Ngorogoro unterstützt. Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 966.222 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 8,59 Millionen Euro (150,0%), die Importe 1,18 Millionen Euro (-9,6%).

Thailand (Königreich Thailand), Bangkok

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Bhumibol Adulyadej	Surayud Chulanont (seit 1. Oktober)	Nitya Pibulsonggram (seit 8. Oktober)

Bangkok – **ÖB, AHSt;** Chiang Mai, Pattaya, Phuket – **HK**

Besuche aus Österreich: Gruppenleiter Botschafter Ferdinand Trauttmansdorff in Vertretung von Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme am Ministertreffen des Netzwerks für menschliche Sicherheit (31. Mai bis 2. Juni); Österreichische Wirtschaftsmission unter Leitung von Gernot Grimm vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Besuch in Bangkok und Gespräche mit Verkehrsminister Pongsak Raktapongpaisal und Vizegesundheitsminister Vachara Phanchet (27.–28. Februar).

Besuche in Österreich: Senatspräsident Suchon Chaleekure, (18. Jänner); Finanzminister Bidaya Thanong, Teilnahme am ASEM-Finanzministertreffen (8. und 9. April).

Im Rahmen eines Meinungsaustausches zwischen österreichischen und thailändischen RichterInnen und StaatsanwältInnen besuchten zwei Delegationen thailändischer RichterInnen unter der Leitung des Präsidenten des thailändischen Höchstgerichts das Oberlandesgericht Wien (Juli und November). Thema der Gespräche waren die österreichische Gerichtsorganisation, Fragen der Richterausbildung und der Geschworenen- und Jugendgerichtsbarkeit. Eine Delegation österreichischer RichterInnen und StaatsanwältInnen unter der Leitung des Vizepräsidenten des Oberlandesgerichts Wien Wolfgang Pöschl besuchte verschiedene thailändische (Höchst-)Gerichte (24.–26. Oktober).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 84.258 Euro erbracht.

Anhang

Der Austausch von WissenschaftlerInnen und StipendiatInnen (vor allem Nord-Süd-Dialogstipendien und Technologiestipendien Südost-Asien im Rahmen des ASEAN-UNINET-Programms) wurde fortgesetzt. Im Rahmen des ASEAN-UNINET nahmen im Februar 20 österreichische StudentInnen verschiedener österreichischer Universitäten an dem von der Universität Innsbruck organisierten Asian Studies Program an der Chulalongkorn University in Bangkok und der Chiang Mai University teil.

An der Chulalongkorn-Universität in Bangkok besteht seit 1990 das Austrian-Thai Centre for Computer-Assisted Chemical Education and Research (ATC). Österreich unterstützt das Asian Institute of Technology (AIT) seit 1990 durch die Finanzierung von Stipendien für Studierende.

Folgende Veranstaltungen wurden durchgeführt: Konzerte von Professor Albert Fischer und Gösta Müller anlässlich der Österreich-Woche im Siam Paragon und an der Chulalongkorn Universität (26.–31. Jänner); Konzertveranstaltung mit DVD-Vorführung „Mozart Interactive“ durch das Bangkok Symphony Orchestra und Medienkünstler Titus Leber anlässlich des Mozartjahrs sowie des österreichischen EU-Ratsvorsitzes (30. Jänner); Ausstellung „Mozarts Spuren in Wien“ (30. Jänner, 26. Oktober); Filmbeitrag „Am anderen Ende der Brücke“ beim Open Air Film Festival des Goethe Instituts in Bangkok (1. Februar); Josef Polleross Fotoausstellung zu Bhutan (Galerie F-Stop 1.–30. September, Asian Institute of Technology 9.–23. November); Filmbeitrag „Blue Moon“ beim EU-Filmfestival in Bangkok und Chiang Mai (2.–26. November); Filmbeiträge „Ameisen“, „Hundred Hot Days“, „Magic Trees of Assam“ beim 2. Wissenschaftsfilmfestival (20.–26. November); Ausstellung „Gödels Jahrhundert“ am Science Center of Education Ekkamai (20. November bis 20. Dezember); Konzerte Kammerorchester der Universität für Musik und Darstellende Kunst Wien anlässlich des 60. Thronjubiläums des thailändischen Königs (23. und 26. November); Meisterklasse und Liederabend Professor Franz Lukasovsky (29. und 30. November).

Die österreichischen Exporte betragen 153,05 Millionen Euro (22,8%), die Importe 328,86 Millionen Euro (15,1%).

Timor-Leste (Demokratische Republik Timor-Leste), Dili

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
José Alexandre (Xanana) Gusmão	José Ramos-Horta	José Luis Guterres

ÖB, AHSt: siehe Indonesien

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 45.102 Euro erbracht.

Die österreichischen Importe betragen 45.000 Euro (100,0%).

Togo (Republik Togo), Lomé

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Faure Essozima Gnassingbé	Maître Yawowi Madji Agboyibo	Zarifou Ayeva

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 23.398 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 3,88 Millionen Euro (94,0%), die Importe 209.000 Euro (-63,6%).

Länderinformationen

Tonga **(Königreich Tonga), Nuku'alofa**

Staatsoberhaupt König George Tupou V (seit September 2006)	Regierungschef Feleti (Fred) Sevele (seit März 2006)	Außenminister Sonatane Tu'akinamolahi Taumoepeau-Tupou
--	--	---

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 156.000 Euro (100,0%), die Importe 8.000 Euro (100,0%).

Trinidad und Tobago **(Republik Trinidad und Tobago), Port of Spain**

Staatsoberhaupt George Maxwell Richards	Regierungschef Patrick Manning	Außenminister Arnold Piggot (seit 29. September)
--	-----------------------------------	--

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Port of Spain – **HK**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Arbeitsgespräch mit Außenminister Arnold Piggot und mit dem Generalsekretär des CARICOM, Wilbur Carrington (November).

Besuche in Österreich: Außenminister Knowlson Gift, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik (Mai) sowie Teilnahme an einer Gesprächsrunde mit Staatssekretär Hans Winkler (13. Mai);

Trinidad und Tobago ist für Österreich der wichtigste Wirtschaftspartner in der Karibik.

Die österreichischen Exporte betragen 6,86 Millionen Euro (-20,1%), die Importe 470.000 Euro (127,2%).

Tschad **(Republik Tschad), N'djamena**

Staatsoberhaupt Idriss Déby Itno	Regierungschef Pascal Yoadimnadj	Außenminister Ahmat Allam-Mi
-------------------------------------	-------------------------------------	---------------------------------

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Besuche aus Österreich: Sonderbeauftragter für Afrika Botschafter Georg Lennkh, Treffen mit Präsident Idriss Déby Itno und Außenminister Ahmat Allam-Mi sowie Besuch im Flüchtlingslager im Ostschad (27.–30. April).

Die österreichischen Exporte betragen 4,68 Millionen Euro (-14,2%), die Importe 10.000 Euro (235,7%).

Tschechien **(Tschechische Republik), Prag**

Staatsoberhaupt Václav Klaus	Regierungschef Mirek Topolánek (seit 4. September)	Außenminister Alexandr Vondra (seit 4. September)
---------------------------------	--	---

Prag – **ÖB, KF, AHSt, ÖW**; Brünn – **HK, ASO, ÖI**; Budweis – **HK**

Anhang

Besuche aus Österreich: Abgeordnete zum Nationalrat unter Leitung von Norbert Kapeller, Gedenkreise nach Lidice, Aussig, Prag; Gespräche mit Mitgliedern des Menschenrechtsausschusses in Senat und Abgeordnetenkammer (13. März); Treffen der EU-Ausschüsse des Bundesrates und des Senats (25. April); Bundesministerin Liese Prokop und Innenminister František Bublan, Eröffnung des Grenzübergangs Mittertezbach/Hnanice (9. Mai); Staatssekretär Franz Morak, Teilnahme am Gastspiel der Wiener Philharmoniker beim 60. internationalen Musikfestival „Prager Frühling“, Gespräch mit Kulturminister Vítězslav Jandák (Prag, 13. Mai); Vizepräsidentin des Bundesrates Anna Elisabeth Haselbach, Landesrätin Petra Bohuslav, Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny, Teilnahme am grenzüberschreitenden Treffen „Seite an Seite – tschechische und österreichische Politik im 19. und 20. Jahrhundert“ im Kloster Louka (Znaim, 18. Mai); Landeshauptmann Josef Pühringer, Arbeitsgespräche mit Präsident Václav Klaus, Senatspräsident Přemysl Sobotka, Ministerpräsident Jiří Paroubek, Außenminister Cyril Svoboda (14. Juni); Landeshauptmann-Stellvertreter Ernest Gabmann, Unterzeichnung des Vertrags zur grenzüberschreitenden Landesausstellung 2009 (Telč, 22. November); Bundesministerin Ursula Haubner, Gespräch mit Arbeits- und Sozialminister Petr Nečas (6. und 7. Dezember).

Besuche in Österreich: Außenminister Cyril Svoboda, Arbeitsgespräch mit Bundesministerin Ursula Plassnik (23. Februar); Vize-Außenminister Vladimír Müller, Arbeitsgespräch mit Staatssekretär Hans Winkler (28. März); Landwirtschaftsminister Jan Mládek, Arbeitsgespräch mit Bundesminister Josef Pröll (21. April); Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit Vladimír Špidla, Teilnahme am Treffen der Bundesregierung mit der Europäischen Kommission (9. Jänner); Innenminister František Bublan und stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Justiz Pavel Némec, Teilnahme am informellen Treffen der Justiz- und InnenministerInnen (12. und 14. Jänner); Minister für Arbeit und soziale Angelegenheiten Zdeněk Škromach, Teilnahme am informellen Treffen der MinisterInnen für Beschäftigung und Soziales (19.–21. Jänner); Vize-Vorsitzender des Europaausschusses des Abgeordnetenhauses Petr Lachnit und Vorsitzender des Europaausschusses des Senats Luděk Seřizig, Teilnahme am Treffen der COSAC-Troika und der COSAC-Vorsitzenden (19. und 20. Februar); Vize-Gesundheitsminister Michael Vít, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen zur Geflügelpest (24. Februar); Verkehrsminister Milan Šimonovský, Teilnahme am informellen Treffen der VerkehrsministerInnen (Bregenz, 2. und 3. März); VerteidigungsministerInnen Karel Kühn, Teilnahme am informellen Treffen der Verteidigungsminister (Innsbruck, 6. und 7. März); Außenminister Cyril Svoboda, Teilnahme am informellen Treffen der AußenministerInnen (Salzburg, 10. und 11. März); Vizeminister für Bildung, Jugend und Sport Jaroslav Müllner, Teilnahme an der Konferenz der BildungsministerInnen (16. und 17. März); Vize-Regionalminister Jaroslav Král, Teilnahme an der Europäischen Tourismusministerkonferenz (20. und 21. März); tschechischer Ständiger Vertreter bei der EU Jan Kohout und stellvertretende Finanzministerin Dana Trezziová, Teilnahme am informellen Treffen der Wirtschafts- und FinanzministerInnen (7. und 8. April) und ASEM-Finanzministertreffen (8. und 9. April); Stellvertretender Minister für Bildung, Jugend und Sport Petr Kolář, Teilnahme am informellen Treffen der MinisterInnen für Wettbewerbsfähigkeit (Graz, 21. und 22. April); Minister für Gesundheit David Rath, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen (25. und 26. April); Erster Stellvertreter des Ministers des Inneren Miloslav Koudelný, Teilnahme am Treffen der InnenministerInnen EU-Russische Föderation – USA sowie an der Internationalen Konferenz zur Inneren Sicherheit (4. und 5. Mai); Ministerpräsident Jiří Paroubek und Vize-Außenminister Vladimír Müller, Teilnahme am EU-LAC-Gipfel (11. und 13. Mai); Minister für Umwelt Libor Ambrozek, Teilnahme am informellen Treffen der UmweltministerInnen (Eisenstadt/Rust, 19.–21. Mai); Außenminister Cyril Svoboda, Teilnahme am Treffen von Klosterneuburg (27. und 28. Mai); Minister für Landwirtschaft Jan Mládek, Teilnahme am informellen Treffen der LandwirtschaftsministerInnen (Krems, vom 28.–30. Mai); Vorsitzender und Vize-Vorsitzender des Europaausschusses des Abgeordnetenhauses Pavel Svoboda und Petr Lachnit, Vorsitzender und Vize-Vorsitzender des Europaausschusses des Senats Luděk Seřizig und Alena Gajdušková, Teilnahme an der Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments (22. und 23. Mai).

Länderinformationen

Am 1. Juli trat der Staatsvertrag über die Polizeikooperation in Kraft. Am gleichen Tag wurde auf der Basis dieses Staatsvertrags der provisorische Betrieb des Polizeikontaktzentrums (PKZ) in Drasenhofen aufgenommen. Die Vereinbarung über den Betrieb des PKZ steht noch aus. Der Entwurf wurde dem tschechischen Innenministerium übermittelt. Am 23. Oktober nahmen aufgrund des Staatsvertrags über die Polizeikooperation die ersten „Gemeinsame Streifen“ ihre Tätigkeit auf.

Am 7. Mai trat der Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik über den Grenzübergang auf touristischen Wegen und den Grenzübergang in besonderen Fällen in Kraft, ebenso die Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Tschechischen Republik über die Errichtung von festgelegten Stellen auf touristischen Wegen.

Mit der Vereinbarung wurden insgesamt 27 Stellen festgelegt, die mit ihrem Inkrafttreten eröffnet wurden, wobei sieben Stellen vorerst ausgenommen waren, da die Eröffnung erst nach Beendigung der jeweils erforderlichen Vorarbeiten erfolgt ist (Rading – Radvanov und Eisenhut – Horni Dvoriste).

Am 18. Mai wurde die Gründung des österreichisch-mährischen Zentrums in Znam, präsentiert, eine Initiative der Botschaft gemeinsam mit dem Senat Tschechiens und dem Bürgermeister von Znam.

Am 26. Juni fand das erste Treffen von BürgermeisterInnen österreichischer und tschechischer Partnerstädte und Gemeinden bei der ersten bilateralen Bürgermeisterkonferenz in Budweis statt, das sowohl Gemeinde- als auch WirtschaftsvertreterInnen zu einem Erfahrungsaustausch zusammenbrachte.

Die gegenseitige Wahrnehmung der Jubiläen von Wolfgang Amadeus Mozarts 250. und Sigmund Freuds 150. Geburtstag gab der tschechisch-österreichischen Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet wichtige Impulse. Unter zahlreichen Musikveranstaltungen in ganz Tschechien kam es unter anderem zum ersten Gastspiel der Wiener Philharmoniker seit 1967 beim internationalen Festival Prager Frühling (13. Mai). Weiters gastierten zum Ende der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft Joe Zawinul & the Joe Zawinul Syndicate im Rahmen der von Staatspräsident Vaclav Klaus ins Leben gerufenen Reihe „Jazz auf der Burg“ (28. Mai).

Beim Festakt des Österreichischen KF anlässlich seines zehnjährigen Jubiläums im eigenen Haus am Jungmannplatz trat unter anderem Tschechiens Kulturminister Martin Štěpánek als Festredner auf (20. Oktober).

In Zusammenarbeit mit dem Mozart-Wien-Büro wurden beim „Vienna Mozart Music Film Festival“ in Brünn (Juni) und in Prag (August) Filmvorführungen klassischer Musik bei freiem Eintritt veranstaltet, die Ausstellung „Mozart in Wien“ gastierte in mehreren Orten Tschechiens.

Im Rahmen des Freud-Jahres fand in Prag unter Mitwirkung des KF ein internationales Freud-Symposium über Deck-Erinnerungen statt (4.–6. Mai). Neben den in der Galerie des KF Prag erstmals gezeigten Übermalungen von Freud-Porträts durch Arnulf Rainer, „Rainer über Freud“, riefen die Ausstellung von Werken internationaler Künstler „Traumerreger. Hommage à Sigmund Freud“, die Ausstellungen „Spaß mit Freud. Karikaturen von Vladimír Jiránek“, „On the Couch. Karikaturen aus The New Yorker“, sowie die vom KF und dem Tschechischen Design Zentrum in Auftrag gegebene, auch im Wiener Loos-Haus gezeigte Ausstellung „Sinnvolle Couchen für Sigmund Freud“ den Begründer der Psychoanalyse ins kollektive Gedächtnis. Vier der Ausstellungen wurden anlässlich eines Freud-Schwerpunkts auch in Brünn gezeigt (November), die Ausstellung „Sigmund Freud – Die Enthüllung des 21. Jahrhunderts“ war in zahlreichen Orten Tschechiens, unter anderem im Österreichisch-Mährischen Zentrum Znam zu sehen.

Zeichnungen des Tirolers Paul Flora wurden gemeinsam mit Adolf Born in der Galerie Klementinum der Tschechischen Nationalbibliothek ausgestellt. Wie bereits in den Vorjahren wurden namhafte österreichische SchriftstellerInnen wie Peter Henisch, Martin Pollack, Arno Geiger, Karl-Markus Gauß, Martin Prinz, Vladimir Vertlib und Olga Flor zu Lesereisen nach Tschechien

Anhang

eingeladen. Von österreichischen Beiträgen bei Filmfestivals sind besonders Dokumentarfilme wie „Jesus, du weißt“ von Ulrich Seidl, „Working Man's Death“ von Michael Glawogger und „Darwin's Nightmare“ von Hupert Sauper hervorzuheben.

Im KF trafen einander Germanisten aus Tschechien, Deutschland und Österreich, um inhaltliche und methodologische Fragen zur deutschböhmisches/sudetendeutschen Literatur in Vorbereitung eines Handbuchs der deutschsprachigen Literatur aus Böhmen zu diskutieren. Die Leugnung des Holocausts und deren Gefahr war Thema einer Diskussion der Autoren des Buchs „Auschwitz, von 1270 bis zur Gegenwart“, Jan Van Pelt und Deborah Dworak mit Fachleuten aus Tschechien. Die Veranstaltung im KF fand in Zusammenarbeit mit den Botschaften der Niederlande und der USA, der Menschenrechts-NGO Agora und der politischen Wochenzeitschrift RESPEKT statt. An einer internationalen Konferenz über Phänomenologie als erste Philosophie wirkten als österreichische TeilnehmerInnen Jürgen Trinks, Maria Fürst und Michael Staudigl mit.

Der Warenaustausch mit Tschechien ist seit 1993 in beiden Richtungen ohne Unterbrechung gewachsen. Österreich behauptet weiterhin seine Position als drittgrößter Auslandsdirektinvestor in Tschechien (nach den Niederlanden und Deutschland): Neben Investitionen im Finanz- und Immobilienbereich werden Investitionen im industriellen und gewerblichen Bereich immer wichtiger. Dabei geht es um Erweiterungsinvestitionen, aber auch um KMU, die im nahen und noch immer relativ kostengünstigen Markt Tschechien einen Produktionsbetrieb aufbauen oder in diesem Wachstumsmarkt ihre Dienstleistungen anbieten möchten. Das seit 1993 bestehende Handelsbilanzdefizit mit Tschechien konnte deutlich verringert werden.

Die österreichischen Exporte betragen 3.384,22 Millionen Euro (15,7%), die Importe 3.354,32 Millionen Euro (5,2%).

Tunesien

(Tunesische Republik), Tunis

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Zine El Abidine Ben Ali	Mohamed Ghannouchi	Abdelwaheb Abdallah

Tunis – ÖB

Besuche aus Österreich: Vierte Tagung des wirtschaftlichen „Ad-Hoc-Komitees“ am auf Ebene hoher Beamter zur Intensivierung der bilateralen Kooperation (16. November).

Besuche in Österreich: Außenminister Abdelwaheb Abdallah, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundesministerin Ursula Plassnik und mit dem Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses im Nationalrat, Abgeordneten zum Nationalrat Peter Schieder sowie Unterzeichnung eines bilateralen Finanzabkommens (4.–6. April); Forschungsminister Taieb Hadri, Treffen mit Staatssekretär Mainoni zur Vertiefung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit (19. September); Staatssekretär Mohamed Ali Ganzoui, Teilnahme an der Internationalen Konferenz zur inneren Sicherheit (4. und 5. Mai); Staatssekretär Khelil Lajimi, Arbeitsbesuch zur Intensivierung der wirtschaftlichen Kooperation und der Investitionen in Tunesien auf Einladung der WKÖ (22. Juni).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 5.799 Euro erbracht.

Mozarts 250. Geburtstag wurde durch ein spezielles Konzert des Tunesischen Symphonieorchesters unter Mitwirkung der Sopranistin Lydia Rathkolb, im ausverkauften „Théâtre Municipal“ in Tunis gewürdigt (Mai).

Zu Pfingsten gab es ein Orgelkonzert in der Kathedrale von Tunis, wobei Rainer Strambach Improvisationen klassischer Stücke und eigene Kompositionen spielte. Das Hauptereignis – das „österreichische Konzert“, das seit über einem Jahrzehnt – dank österreichischer und tunesischer Sponsoren – vor tausenden ZuschauerInnen und mit Fernsehübertragung bei den Sommerfestspielen im römischen Amphitheater von El Jem stattfindet, wurde vom Wiener Opern-

Länderinformationen

ballorchester unter der Direktion von Uwe Theimer unter Mitwirkung von SolistInnen der Volksoper gestaltet.

Ein experimentelles Konzert, in dem das Wiener Opernballorchester unter Uwe Theimer und unter Begleitung tunesischer und internationaler MusikerInnen Kompositionen von Fehri Riyadh auf nationalen Instrumenten spielte fand unter dem Titel „Vents 440“ im römischen Theater von Karthago statt (Juli).

Am Jazz-Festival in Tabarka trat die Gruppe „Tiefeland“ auf, deren persönliche und musikalische Wurzeln im Burgenland liegen und der es gelang, dem Festival eine „pannonische Klangwolke“ hinzuzufügen (Juli). Das Duo Hammerling lieferte – mit einer Vielzahl ausgefallener Instrumente unter Begleitung der Akkordeonspielerin und Sängerin Michaela Dietl den österreichischen Beitrag zum Festival „Octobre Musical“ im Acropolium in Karthago. Mozart war ein weiterer Abend im Palais Erlanger in Sidi Bou Said gewidmet, an dem Paula Kraft – untermalt von Klaviermusik und Diaprojektionen aus Mozarts Leben – Briefe in französischer Sprache las, die Mozart geschrieben oder erhalten hatte. Im „Théâtre Municipal“ in Tunis fanden mehrere Benefizkonzerte zum Welt-AIDS-Tag statt, wobei Österreich mit der jungen, aber professionellen Rockband Matt Boroff (NewAustrian Sound of Music), vertreten war (Dezember).

Eine Delegation der WKÖ mit VertreterInnen von Firmen besuchte Tunesien (30. November), wobei es zu über 100 Kontaktgesprächen mit tunesischen WirtschaftsvertreterInnen kam.

Die österreichischen Exporte betragen 50,94 Millionen Euro (28,9%), die Importe 98,87 Millionen Euro (20,8%).

Türkei (Republik Türkei), Ankara

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ahmet Necdet Sezer	Recep Tayyip Erdogan	Abdullah Gül

Ankara – **ÖB, AHSt**; Istanbul – **GK, KF, ÖI, AHSt**; Antalya, Bursa, Bodrum, Mersin – **HK**

Besuche aus Österreich: WKÖ-Vizepräsident Richard Schenz, Eröffnung des neuen Büros der AHSt Ankara (23. Jänner); Botschafter Thomas Mayr-Harting, Treffen der EU-Troika auf Ebene der Politischen Direktoren mit dem Stellvertretenden Untersekretär im Außenministerium, Botschafter Ahmet Acet (22. Februar); Bundesministerin a.D. Marilies Flemming als Vertreterin der EU-Ratspräsidentschaft, Teilnahme an der Konferenz „Empowering Women in Public Life“ im Rahmen der Broader Middle East and North Africa Initiative (22. und 23. Mai); Generalstabschef General Roland Ertl (10.–12. Juli).

Besuche in Österreich: Justizminister Cemil Cicek und Innenminister Abdulkadir Aksu, Teilnahme am informellen EU-Treffen der Justiz- und InnenministerInnen (12.–14. Jänner); Minister für Arbeit und soziale Sicherheit Murat Basesgioglu, Teilnahme am informellen EU-Treffen der MinisterInnen für Beschäftigung und Soziales (Villach, 19.–21. Jänner); Minister für Arbeit und soziale Sicherheit Murat Basesgioglu, Teilnahme an der Konferenz „Demografische Herausforderungen – Familie braucht Partnerschaft“ (2.–4. Februar); Gesundheitsminister Recep Akgad, Teilnahme am informellen EU-Treffen der GesundheitsministerInnen (24. Februar); Minister für Nationale Verteidigung Vecdi Gönül, Teilnahme am informellen EU-Treffen der VerteidigungsministerInnen (Innsbruck, 6. und 7. März); stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister Abdullah Gül, EU-Außenministertroika sowie Gespräche mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme am informellen EU-Treffen der AußenministerInnen (Wien, Salzburg, vom 8.–11. März); Minister für Nationale Bildung Hüseyin Celik, Teilnahme am informellen EU-Treffen der BildungsministerInnen (16. und 17. März); Staatsminister Ali Babacan, Teilnahme an WKÖ-Investorenkonferenz, Gespräche mit Bundesminister Martin Bartenstein und Bundesminister Karl-Heinz Grasser (22. März); stellvertretender Ministerpräsident und Staatsminister Mehmet Ali Sahin, Teilnahme am informellen EU-Treffen der JugendministerInnen (Bad Ischl, vom 29.–31. März); Innenminister Abdulkadir

Anhang

Aksu, Internationale Konferenz zur Inneren Sicherheit (4. und 5. Mai); Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan in Begleitung von stellvertretendem Ministerpräsident und Staatsminister Mehmet Ali Sahin sowie Staatsminister Ali Babacan, Teilnahme am EU-LAC-Gipfel, Gespräch mit Bundeskanzler Wolfgang Schäussel, gemeinsames Fußballspiel mit EU-Amtskollegen (11.–13. Mai); Minister für Umwelt und Forstwirtschaft Osman Pepe, Teilnahme am informellen EU-Treffen der UmweltministerInnen (Eisenstadt/Rust, 19.–21. Mai); Minister für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung Mehmet Mehdi Eker, Teilnahme am informellen EU-Treffen der LandwirtschaftsministerInnen (Krems, 28.–30. Mai); Energieminister Hilmi Güler, Teilnahme an Nabucco-Pipeline-Konferenz (27. Juni).

Eröffnung eines Österreich Instituts in Istanbul (9. Juni).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 121.129 Euro erbracht.

Konzerte, Symposien und Ausstellungen zu Wolfgang Amadeus Mozart und Sigmund Freud bestimmten das Spektrum kultureller Aktivitäten. Aus Anlass der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft fand ein Festkonzert mit den Vienna Classical Players unter der Leitung von Martin Kerschbaumer und dem Solisten Roland Batik zum Europatag am 9. Mai in der Irenen-Kirche in Istanbul statt. Mozarts Geburtstag wurde mit einer Jazz-Version von „Figaros Hochzeit“ begangen. „Camerata Salzburg“ konzertierte im Rahmen des Is-Sanat-Musikfestivals. Vorträge und Ausstellungen fanden unter anderem zu den Themen EU und Integrationspolitik, Literatur, Musikpädagogik, Sprachpolitik, Deutsch als Fremdsprache, Archäologie, Architekturgeschichte und Komparatistik statt. Dem 150. Todestag von Josef von Hammer-Purgstall wurde im Rahmen eines Symposiums in Ankara gedacht. Mit dem Projekt „BulFiction – Istanbul 2056“ wurde in österreichisch-türkischer Zusammenarbeit eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die ihre Visionen im Rahmen des Programms „Istanbul – Kulturhauptstadt 2010“ in Form einer medialen Installation präsentieren soll. Kulturelle Veranstaltungen fanden neben Istanbul und Ankara auch in zahlreichen Provinzhauptstädten des Landes statt, wobei auch der österreichische Film in unterschiedlichen Sparten bei den wichtigsten Festivals repräsentativ vertreten war.

In Izmir fand der achte Wienball statt (17. März).

Die österreichischen Exporte betragen 844,47 Millionen Euro (14,4%), die Importe 799,29 Millionen Euro (-1,2%).

Turkmenistan (Turkmenistan), Aschgabat

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Saparmurat Nijasow
Staatsoberhaupt und Regierungschef a.i.
Gurbanguly Berdymuchammedow
(seit 21. Dezember)

Außenminister
Raschid Meredow

Wien – **ÖB**; **AHSt**: siehe Russland; **GK Moskau** teilweise zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche in Österreich: Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses und stellvertretende Parlamentspräsidentin Aktscha Nurberdjewa, Teilnahme an der Konferenz über den internationalen Strafgerichtshof (Salzburg, 28.–30. Mai). Teilnahme von zwei turkmenischen Vertretern an der im Friedenzentrum Stadtschlaining abgehaltenen „Summer Academy on OSCE“ (26. Juni bis 8. Juli).

Das unter der Leitung des Bundesministeriums für Inneres durchgeführte EU-Programm BOM-CA wurde fortgesetzt.

Zwei turkmenische DeutschlehrerInnen nahmen an einem dreiwöchigen Fortbildungsseminar für GermanistInnen aus Südkasien und Zentralasien in Österreich teil (Juli und August).

Länderinformationen

Eine von der WKÖ organisierte österreichische Wirtschaftsmission besuchte Aschgabat, Baku, Tbilisi und Jerewan (29. November bis 9. Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 6,36 Millionen Euro (-80,6%), die Importe 307.000 Euro (-36,1%).

Tuvalu (Tuvalu), Funafuti

Staatsoberhaupt
Königin Elizabeth II.

Regierungschef und Außenminister
Apisai Ielemia
(seit August)

vertreten durch:
Generalgouverneur
Reverend Filomea Telito

ÖB, AHSt: siehe Australien

Am 23. März nahmen Österreich und Tuvalu diplomatische Beziehungen auf.

Die österreichischen Exporte betragen 43.000 Euro (100,0%).

Uganda (Republik Uganda), Kampala

Staatsoberhaupt
Yoweri Kaguta Museveni

Regierungschef
Apolo Nsibambi

Außenminister
Sam Kutesa

ÖB: siehe Kenia; Kampala – **HK; Koordinationsbüro der OEZA, AHSt:** siehe Südafrika

Besuche aus Österreich: Sonderbeauftragter für Afrika Botschafter Georg Lennkh, Treffen mit Staatssekretär für Wiederaufbau Tarsis Kabwegyere in Nordregion (12. Dezember).

Uganda ist Schwerpunktland der OEZA. Das Büro für Entwicklungszusammenarbeit in Kampala koordiniert die Programme und Projekte für die Länder Burundi, Kenia, Ruanda, Tansania und Uganda und führt den entwicklungspolitischen Dialog mit den nationalen Partnern und den anderen Geberländern. Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 8,04 Millionen Euro erbracht.

Eine von der WKÖ organisierte Wirtschaftsmission mit VertreterInnen österreichischer Firmen besuchte Kampala (April).

Die österreichischen Exporte betragen 3,32 Millionen Euro (218,7%), die Importe 1,04 Millionen Euro (32,6%).

Ukraine (Ukraine), Kiew

Staatsoberhaupt
Viktor Juschtschenko

Regierungschef
Viktor Janukowytsch
(seit 4. August)

Außenminister
Borys Tarasjuk

Kiew – **ÖB, KF, AHSt, ÖW;** Lemberg – **HK, Marketingbüro der AHSt, Kooperationsbüro für Wissenschaft, Bildung und Kultur;** Charkiw – **HK;** Donezk – **Marketingbüro der AHSt;** Odessa – **Bildungsbeauftragte**

Anhang

Besuche aus Österreich: Generalstabschef General Roland Ertl (17.–19. Jänner); Bundesministerin Ursula Plassnik im Rahmen der EU-Ukraine Außenminister-Troika (6. März); Bundesminister Josef Pröll, Teilnahme als EU-Ratsvorsitzender an der Eröffnungsveranstaltung der 20 Jahre-Tschernobyl-Gedenkkonferenz (24. April).

Besuche in Österreich: Außenminister Borys Tarasjuk, Gespräch mit Bundesministerin Ursula Plassnik (5. September); Kultur- und Tourismusminister Ihor Lihowoj, Eröffnung der Ukrainischen Kulturwochen in Österreich und Treffen mit Staatssekretär Franz Morak (19. Oktober).

In Lemberg wurde ein Marketingbüro der Außenhandelsstelle Kiew eröffnet (18. September). Am 30. November wurde ein Honorarkonsulat in Charkiw (Honorarkonsul Oleksandr Dawtjan) eröffnet. Das Büro der vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur entsandten Bildungsbeauftragten in Odessa wurde eröffnet (11. Dezember).

Die Gemischte Kommission für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit traf sich in Kiew zu ihrer zweiten Sitzung (16. und 17. November), bei der die Bewerbungen der ersten Ausschreibung im Rahmen des neuen bilateralen Programms ausgewertet und neun eingereichte Projekte als unterstützenswert ausgewählt wurden.

Über die bereits abgeschlossenen Auszahlungen von Leistungen an ehemalige ZwangsarbeiterInnen des NS-Regimes durch den Österreichischen Versöhnungsfonds hinaus erhielt die ukrainische Partnerorganisation 12,5 Millionen Euro für humanitäre Projekte, wovon die eine Hälfte als einmalige finanzielle Hilfe (200 Euro pro Person) und die andere als finanzielle Zuschüsse für Operationen, Kuraufenthalte, Brillen, Medikamente sowie medizinische Geräte ausbezahlt wurden.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 94.000 Euro erbracht.

Das KF Kiew führte kulturelle und wissenschaftliche Veranstaltungen bzw. Projekte durch und wirkte darüber hinaus an einer Vielzahl von Kooperationen unterstützend mit. Wichtige Partner der kulturellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit, insbesondere auf dem Gebiet der Literatur, sind das Kooperationsbüro in Lemberg sowie die Österreich-Bibliotheken in Charkiw, Czernowitz, Kiew und Lemberg. Zwei Projekte waren dem Mozartjubiläum gewidmet: ein Klavierkonzert von Paul Gulda in der Kiewer Philharmonie sowie die ukrainische Uraufführung der schwarzen Komödie „Die Weberischen“ von Felix Mitterer im Kiewer Kammertheater „Koleso“.

Österreich zählt zu den größten ausländischen Investoren. Die österreichischen Exporte betragen 653,81 Millionen Euro (39,3%), die Importe 419,56 Millionen Euro (-0,8%).

Ungarn

(Republik Ungarn), Budapest

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
László Sólyom	Ferenc Gyurcsány	Kinga Göncz (seit 9. Juni)

Budapest – **ÖB, KF, ÖI, AHSt, ÖW**; Fünfkirchen (Pécs), Raab (Győr), Steinamanger (Szombathely), Szeged, Stuhlweißenburg (Székesfehérvár), Nyiregyháza, Veszprém – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer, Eröffnungsrede beim Ungarischen Juristentag (Balatonfüred, 15. Juni) und Teilnahme an den Feierlichkeiten anlässlich des 50. Jahrestags der Ungarischen Revolution von 1956 (22. und 23. Oktober); Nationalratspräsident Andreas Khol, Teilnahme am Festakt der Ungarischen Nationalversammlung aus Anlass des 50. Jahrestags der Ungarischen Revolution von 1956 (11. Oktober); Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach, Teilnahme an den Feierlichkeiten anlässlich des 50. Jahrestages der Ungarischen Revolution von 1956 (23. Oktober); Bundesministerin Elisabeth Gehrler, Eröffnungsansprache bei Konferenz „European Qualification Framework“ in Anwesenheit von EU-Bildungskommissar Jan Figel' (27. Februar); Staatssekretär Alfred Finz, Teilnahme an Konferenz

Länderinformationen

„The Lisbon Strategy: Is organised civil society sufficiently involved?“ (9. März); Staatssekretär Helmut Kukacka, Teilnahme am 3. Danube Summit (18. Oktober); Staatssekretär Hans Winkler, Teilnahme an den Feierlichkeiten zum 150-Jahr-Jubiläum der Gründung der ersten Internationalen Kommission für die Donauschifffahrt (3. Juli); Landeshauptmann Hans Niessl, Arbeitsgespräche mit VertreterInnen des Nationalen Büros für Regionale Entwicklung sowie des ungarischen Innenministeriums (8. März); Landeshauptmann und Bürgermeister von Wien Michael Häupl, Arbeitsbesuch beim Budapester Oberbürgermeister Gábor Demszky (5. September); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Arbeitsgespräche mit Staatssekretärin Martá Fekszti-Horváth (28. Juni); Präsident der WKÖ Christoph Leitl, Teilnahme an Konferenz der SME-Union (27. Jänner) sowie Teilnahme am Budapester Opernball (25. Februar); Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich Rudolf Schwarzböck, Arbeitsgespräche (26.–28. Februar); Generalstabschef General Roland Ertl, offizieller Besuch (26. Juni).

Besuche in Österreich: Staatspräsident László Sólyom, Teilnahme an der 1956-Festveranstaltung im Austria Center Vienna (17. Oktober); Parlamentspräsidentin Katalin Szili, Teilnahme an der 1956-Festveranstaltung im Austria Center Vienna (17. Oktober) und am 7. Treffen der ParlamentspräsidentInnen der Regionalen Partnerschaft (23. und 24. November); Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány; Teilnahme am IV. EU-LAC-Gipfel (12. Mai), Antrittsbesuch nach Wiederwahl (11. Juli) sowie Teilnahme an der 1956-Festveranstaltung im Austria Center Vienna (17. Oktober); Verteidigungsminister Imre Szekeres; Arbeitsgespräche mit Bundesminister Günther Platter und Teilnahme an der 1956-Festveranstaltung im Austria Center Vienna (17. Oktober); Innenministerin Mónika Lamperth; Teilnahme am informellen Treffen der EU-Justiz- und InnenministerInnen (12.–14. Jänner) sowie am Treffen der InnenministerInnen EU-Russland-USA (4. Mai) in Verbindung mit einer Internationalen Konferenz zur Inneren Sicherheit (4. und 5. Mai); Justizminister József Petrétai, Teilnahme am informellen Treffen der EU-Justiz- und InnenministerInnen (12.–14. Jänner); Außenminister Ferenc Somogyi, Teilnahme am informellen Treffen (Gymnich) der EU-AußenministerInnen (Salzburg, 10. und 11. März), am Treffen der AußenministerInnen im Rahmen des IV. EU-LAC-Gipfels (11. Mai) sowie am Treffen zum Thema „Zukunft Europas“ (Klosterneuburg, 27. und 28. Mai); Außenministerin Kinga Göncz, Antrittsbesuch (6. Juli), Teilnahme am Treffen der AußenministerInnen der Regionalen Partnerschaft (14. September) sowie Teilnahme an der 1956-Festveranstaltung im Austria Center Vienna (17. Oktober); Kulturminister András Bozóki, Teilnahme an der Konferenz „The Sound of Europe“ (Salzburg, 26.–28. Jänner); Minister für Soziales und Arbeit Gábor Cizmár, Teilnahme am informellen Treffen der EU-MinisterInnen für Beschäftigung und Soziales (Villach, 19.–21. Jänner); Gesundheitsminister Jenő Racz, Teilnahme am informellen Treffen der EU-GesundheitsministerInnen (Geflügelpest) (24. Februar); Bildungsminister Bálint Magyar, Teilnahme an der Konferenz der EU-BildungsministerInnen (16. und 17. März) sowie an der vom Internationalen Komitee des Rotes Kreuzes veranstalteten Konferenz „European Education Leadership Conference on Exploring Humanitarian Law“ (9. und 10. Mai); Finanzminister János Veres, Teilnahme am informellen Treffen der EU-Wirtschafts- und FinanzministerInnen (7. und 8. April) und am ASEM-Finanzministertreffen (8. und 9. April); Umweltminister Miklós Persány, Teilnahme am informellen Treffen der EU-UmweltministerInnen (Eisenstadt, 19. und 20. Mai); Landwirtschaftsminister József Gráf, Teilnahme am informellen Treffen der EU-LandwirtschaftsministerInnen (Krems, 28.–30. Mai); Staatssekretär im Amt für Europäische Angelegenheiten Péter Gottfried, Teilnahme an der Konferenz „The Sound of Europe“ (Salzburg, 26.–28. Jänner); Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr Tibor Szányi, Teilnahme an „Euromoney“-Konferenz (17. Jänner); Staatssekretär im Ministerium für Umweltschutz und Wasserwesen István Öri, Arbeitsbesuch (17. Jänner) und Teilnahme am zweiten Treffen des Regionalen Koordinationsforums für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (Eisenstadt, 5. April); Staatssekretär im Außenministerium András Bársony, Teilnahme an der Europäischen Subsidiaritätskonferenz (St. Pölten, 18. und 19. April); Staatssekretär im Gesundheitsministerium Gábor Kápcos, Teilnahme am informellen Treffen der EU-GesundheitsministerInnen (24. Februar); Staatssekretär im Finanzministerium Tamás Katona, Teilnahme am informellen Treffen der EU-Wirtschafts- und FinanzministerInnen (7. und 8. April) und am ASEM-Finanzministertreffen (8. und 9. April); Stellvertretender Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr Zsolt Csaba Horváth, Teilnahme am II. Symposium zu angewandter

Anhang

regionaler Partnerschaft (Schloss Hof bei Wien, 27. Jänner), am Europäischen Binnenschiffahrtkongress (13.–15. Februar) sowie am informellen Treffen der VerkehrsministerInnen (Bregenz, 2. und 3. März); Präsident des Nationalen Büros für Forschung und Technologie Miklos Boda, Teilnahme am informellen Treffen der EU-WettbewerbsministerInnen (Graz, 21. und 22. April); Nationalbankpräsident Zsigmond Járai, Teilnahme am informellen Treffen der EU Wirtschafts- und FinanzministerInnen (7. und 8. April) und am ASEM-Finanzminister-treffen (8. und 9. April).

Am 10. Jänner wurde das österreichische Honorarkonsulat in Veszprém offiziell eröffnet.

Minister für Justiz und Polizeiwesen József Petrétai (seit 9. Juni in dieser Doppelfunktion) unterzeichnete gemeinsam mit Bundesministerin Liese Prokop in St. Margarethen (Burgenland) das bilaterale „Abkommen über den Grenzübertritt auf grenzüberschreitenden touristischen Wegen an der gemeinsamen Staatsgrenze“ (2. November). Das Abkommen trat am 1. Dezember in Kraft.

Aus dem Tätigkeitsbereich des KF sind folgende Schwerpunkte hervorzuheben: Mozart, Freud, Bachmann und das Gedenken an den Ungarnaufstand 1956. Den Auftakt des Mozartjahres bildete ein Konzert des „aron quartetts“ (Jänner), das zugleich die „Launchveranstaltung“ der Botschaft anlässlich der EU-Ratspräsidentschaft war. „Mozart und die Folgen“, ein Konzert der Neuen Wiener Concert Schrammeln mit Texten und Kommentaren von Otto Brusatti sowie ein Klavierkonzert mit dem preisgekrönten Pianisten Florian Krumpöck fanden im Mai statt. Im Barocktheater des Königlichen Schlosses Gödöllő wurde „Der Schauspielregisseur“ KV 486 von Mozart gezeigt (Juni). Mit Sigrid Trummers Veranstaltung „Mozart und die Frauen“ wurde dem Publikum Mozarts ZeitgenossInnen vorgestellt (Oktober). In Zusammenarbeit mit dem Pécs-er Domorganisten Szabolcs Szamosi gelangten übers Jahr verteilt alle Mozart Messen zur Aufführung.

Am 150. Geburtstag von Sigmund Freud, dem 6. Mai, fand die Enthüllung eines Modells einer von einer unabhängigen Fachjury gekürten „Freud Installation“ an der Residenz des KF Budapest unter dem Motto: „Die Enthüllung des 21. Jahrhunderts. Eine Installation für Freud“ statt. Einer der Höhepunkte des Jahres war „Freud im Bad. Eine psychoanalytische Wassertaufe in drei Akten“, eine sechssprachige Lesung der „Seelentaucher“ aus relevanten Texten Freuds, die in drei Budapester Bädern stattfand. Die Schauspieler (Seelentaucher), die in historischen Kostümen auftraten, wurden von einem Filmteam begleitet, sodass die Veranstaltung auch im Rahmen der später in Zusammenarbeit mit dem Ungarischen Filmarchiv im Budapester Örökmozgó Filmmuseum veranstalteten Freud-Filmwoche (September) nochmals zur Aufführung gelangte. Zum Ausklang des Freud-Jahres fand auf dem Veranstaltungsschiff A 38, einem ehemaligen ukrainischen Urantransporter, ein vom Generalsekretär der Österreichischen Gastro-sophischen Gesellschaft kreiertes, themenbezogenes „Dinner for Freud“ statt.

Der 80. Geburtstag von Ingeborg Bachmann wurde am Collegium Budapest mit einer zweisprachigen Lesung (deutsch-ungarisch) eingeläutet, begleitet vom Ingeborg Bachmann Quintett. Das KF organisierte eine Photoausstellung mit dem Titel „Ein Spiegel will uns die Gründe zeigen“ im Budapester Petöfi Literaturmuseum (20. September bis 20. Oktober), in dessen Rahmen in Zusammenarbeit mit dem Italienischen Kulturinstitut ein Internationales Bachmann Symposium unter dem gleichen Titel durchgeführt wurde.

Zum Gedenken an den Ungarnaufstand 1956 fand in Zusammenarbeit mit dem Ungarischen Filmarchiv sowie der Schweizer Botschaft eine Filmwoche statt. In Kooperation mit dem British Council wurde eine Lesung mit Zsuzsanna Gahse, (1946 in Budapest geboren) und dem (1959 bereits in London geborenen) Tibor Fischer durchgeführt (Oktober). So wurden die (Flucht-) Erinnerungen der ersten Generation jenen der zweiten Generation gegenübergestellt.

Der Lehrstuhl für Mitteleuropastudien an der Andrassy Gyula Deutschsprachigen Universität in Budapest wird vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur mit einem jährlichen Betrag von 250.000 Euro unterstützt. Zusätzlich trägt Österreich, das bei der Universitätsgründung im Jahre 2002 die gesamte Softwareausstattung zur Verfügung gestellt hatte, die laufenden Softwareadaptierungen des verwendeten Bibliotheksprogramms ALEPH, finanziert

Länderinformationen

einen Bibliothekar und leistete bislang Bücherspenden bzw. Buchankäufe in der Höhe von 100.000 Euro. Wesentliche Bedeutung für die weitere positive Entwicklung der Universität wird die Genehmigung der „Doktorschule“ haben. Die Doktorschule entspricht einer Universitätsausbildung mit Vorlesungen und Seminaren und dauert drei Jahre. Die Zusammenarbeit und der Austausch mit den vier Österreich-Bibliotheken in Debrecen, Pécs, Szeged und Szombathely wurden intensiviert.

Österreich behielt unter den größten ausländischen Investoren mit einem Volumen von rund 5 Milliarden Euro den dritten Platz hinter Deutschland und den Niederlanden und war unter den Außenhandelspartnern Ungarns im Export an zweiter und Import an dritter Stelle. Bei den neuen Investitionen aus Österreich handelte es sich zumeist um die Erweiterung oder Modernisierung bereits bestehender Produktionsanlagen bzw. Vergrößerung der Filialnetze bei Händlern und (Finanz)Dienstleistern. Die österreichischen Exporte und Importe veränderten sich gegenüber dem Vorjahr wenig. Sie stagnierten auf dem seit Jahren hohem Niveau und erbrachten wiederum einen deutlichen Außenhandelsüberschuss für Österreich.

Die österreichischen Exporte betragen 3.507,97 Millionen Euro (8,8%), die Importe 2.587,36 Millionen Euro (5,0%).

Uruguay (Republik Uruguay), Montevideo

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Tabaré Ramón Vázquez Rosas

Außenminister
Reinaldo Gargano

ÖB, AHSt: siehe Argentinien; Montevideo – HGK

Besuche in Österreich: Präsident Tabaré Ramón Vázquez und Außenminister Reinaldo Gargano, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik (Mai); Präsident Tabaré Ramón Vázquez, Arbeitsgespräch mit Bundespräsident Heinz Fischer (12. Mai).

Die österreichischen Exporte betragen 58,79 Millionen Euro (473,7%), die Importe 2,26 Millionen Euro (78,2%).

Usbekistan (Republik Usbekistan), Taschkent

Staatsoberhaupt
Islam Karimov

Regierungschef
Shavkat Mirziyayev

Außenminister
Wladimir Norow
(seit 12. Juli)

Wien – **ÖB, AHSt:** siehe Russland, GK Moskau teilweise zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche in Österreich: Parlamentarierdelegation unter der Leitung der stellvertretenden Parlamentspräsidentin, Maschkura Safajewa, Arbeitsgespräche im Nationalrat und im Niederösterreichischen Landtag im Rahmen einer Studienreise (Wien, St. Pölten, 28.–30. Juni). Besuch einer usbekischen Wirtschaftsdelegation unter der Leitung des stellvertretenden Ministers für Außenhandel, Investitionen und Handel, Ahktam Dalijew, Abhaltung eines österreichisch-usbekischen Business Forums in der WKÖ (13.–16. November); Delegation der usbekischen Volksanwaltschaft unter der Leitung von Senator Mamazoir Khujamberdiev, Erfahrungs- und Meinungsaustausch mit Volksanwalt Ewald Stadler und Mitgliedern des Volksanwaltschaftsausschusses des Nationalrates, Arbeitsgespräche unter anderem mit VertreterInnen der Bundesministerien für Justiz und Inneres sowie des Verwaltungsgerichtshofes (11.–14. Dezember). Zwei usbekische Vertreter nahmen an der 4. Plenartagung des „Vienna International Christian-Islamic Round Table“ teil (29. Juni bis 2. Juli).

Anhang

Das unter der Leitung des Bundesministeriums für Inneres durchgeführte EU-Programm „Grenzverwaltung in Zentralasien“ (BOMCA) wurde fortgesetzt.

Zwei usbekische Vertreter nahmen an dem vom Bundesministerium für Landesverteidigung veranstalteten und vom Generalstab des Schweizerischen Verteidigungsministerium und dem Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF) finanziell unterstützten Workshop zum Thema „Defence Building: The Public Dimension“ teil (Reichenau, 10.–13. November).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 196.197 Euro erbracht.

Im Rahmen von TEMPUS absolvierte der Rektor der Staatlichen Universität für Landwirtschaft in Taschkent, Professor Khudjamurat Kimsanbajew, einen Studienaufenthalt an der Universität für Bodenkultur und Lebensmitteltechnik (26. März bis 3. April). Eine Gruppe usbekischer Fachärzte für Geburtshilfe absolvierte einen einwöchigen Erfahrungsaustausch in Österreich (Wien, St. Pölten, Hainburg, 24.–29. April).

Im Kultur- und Wissenschaftsbereich wurde die schwerpunktmäßige Zusammenarbeit auf dem Germanistiksektor durch Entsendung einer DaF-Praktikantin fortgesetzt (Taschkent, Samarkand, Nukus, 18. April bis 6. Mai). Die Tätigkeit der in Wallsee beheimateten österreichisch-zentralasiatischen Sommerakademie für Druckgrafik wurde unter usbekischer Beteiligung fortgesetzt. Gesandter Helmut Tichy hielt eine Lehrveranstaltung im Rahmen eines von der UNDP finanzierten Projektes mit dem Titel „Enhancing the Capacity of support to the Foreign Policy of Uzbekistan“ an der Universität für Weltwirtschaft und Diplomatie (Taschkent, 13.–16. November).

Die österreichischen Exporte betragen 32,10 Millionen Euro (48,2%), die Importe 5,68 Millionen Euro (-94,5%).

Vanuatu (Republik Vanuatu), Port Vila

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Kalkot Mataskelekele	Ham Lini	Sato Kilman

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Importe betragen 16.000 Euro (640,3%).

Venezuela (Bolivarische Republik Venezuela), Caracas

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Hugo Rafael Chávez Frías	Nicolás Maduro

Caracas – **ÖB, AHSt**

Besuche in Österreich: Präsident Hugo Chávez und Vizeaußenministerin für Europa Jenny Figueredo, Teilnahme am IV. Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Lateinamerika und der Karibik (11.–13. Mai); Präsident Hugo Chávez, Arbeitsgespräch mit Bundespräsident Heinz Fischer (13. Mai).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 24.700 Euro erbracht.

Österreich nahm mit dem Film „Hotel“ am europäischen Filmfestival Euroscopio teil (April). Im Mozartjahr 2006 konzertierten eine Reihe österreichischer KünstlerInnen in Caracas. Der Cellist Adalbert Skocic gab Kammer- und Solokonzerte (März). Der österreichische Geiger Alexander Gheorghiu gab ein Solokonzert mit dem Orchester Simón Bolívar (Mai). Über die Initiative der Österreichischen Botschaft Caracas fand eine konzertante Aufführung der Oper

Länderinformationen

„Don Giovanni“ mit österreichischen und venezolanischen KünstlerInnen, unter der Leitung von Gustavo Dudamel statt (August). Das Mozart 06 Quintett trat im November auf. In der Residenz der Botschaft wurde eine Reihe von Kammermusikkonzerten veranstaltet, darunter mit Adalbert Skocic (Cello), Alexander Gheorghiu (Violine) und Johannes Flieder (Viola). Die in Venezuela und Brasilien wohnhaften Wiener Jazzkünstler Gerry Weil (Klavier) und Rudi Berger (Violine) traten gemeinsam in Caracas auf (Dezember). Die intensive Kooperation zwischen der venezolanischen Jugendorchesterbewegung (FESNOJIV) mit dem Konservatorium Wien hat seit November mit der Unterzeichnung eines Abkommens zwischen beiden Institutionen einen offiziellen Rahmen. Der Gründer der Jugendorchesterbewegung, Maestro José Antonio Abreu, erhielt in Wien den GlobArt Award. In der Universidad Central in Caracas wurden die Ausstellungen „Neues Bauen in den Alpen“ sowie „Adolf Loos“ gezeigt.

Mit Venezuela wurde ein Doppelbesteuerungsabkommen sowie ein Abkommen über wirtschaftliche, wissenschaftliche, technologische und kommerzielle Zusammenarbeit abgeschlossen.

Die österreichischen Exporte betragen 74,34 Millionen Euro (35,6%), die Importe 2,79 Millionen Euro (114,8%).

Vereinigte Arabische Emirate (Vereinigte Arabische Emirate), Abu Dhabi

Staatsoberhaupt: Sheikh Khalifa bin Zayed Al Nahyan	Regierungschef Sheikh Mohammad bin Rashid Al Maktoum (seit 5. Jänner)	Außenminister: Sheikh Abdullah bin Zayed Al Nahyan (seit 9. Februar)
---	--	---

Abu Dhabi – ÖB, AHSt; Dubai – ÖW, AWO Marketingagentur

Besuche aus Österreich: Landwirtschaftsminister Josef Pröll, Delegationsleiter bei der „International Conference on Chemicals Management“, Arbeitsgespräche mit Landwirtschaftsminister Saeed Mohammed Al Raqbani (Dubai, 5.–8. Februar); Delegation der Tiroler Fremdenverkehrswirtschaft unter Leitung von Klaus Ennemoser, Arbeitsgespräche mit dem Erziehungsminister Sheikh Nahyan bin Mubarak Al Nahyan (3.–6. März); Bundesminister a.D. Klubobmann Herbert Scheibner, Präsentation der österreichischen Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im VN-SR für den Zeitraum 2009-2010, Besuche im Sheikh Zayed Military Hospital bzw. bei den VAE-Armed Forces (18. und 19. März); Bundespräsident Heinz Fischer in Begleitung von Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, Bundesminister Günther Platter, dem Präsidenten der WKÖ, Christoph Leitl, sowie Landtagsabgeordneten Omar Al-Rawi (20.–22. März). Bundespräsident Heinz Fischer, Treffen mit dem Präsidenten und Herrscher von Abu Dhabi, Sheikh Khalifa bin Zayed Al Nahyan, Kronprinz Sheikh Mohammad bin Zayed Al Nahyan, Innenminister Sheikh Saif bin Zayed Al Nahyan, Erziehungsminister Sheikh Nahyan bin Mubarak Al Nahyan und dem Staatssekretär im Außenministerium, Mohammed Hussein Al Shouali. In Dubai kam es zu Begegnungen mit dem Ministerpräsidenten Sheikh Mohammad bin Rashid Al Maktoum (Sheikh Mohammad ist zudem Vizepräsident, Verteidigungsminister und Herrscher von Dubai) und dem Kronprinzen des Emirats Ras Al Khaimah, Sheikh Saud bin Saqr Al Qasimi; Bundesministerin Maria Rauch-Kallat führte mit ihrem Amtskollegen, Gesundheitsminister Humaid Mohammad Al Qutami und dem Generalsekretär des VAE-Städtebundes, Jassim bin Darwish, Arbeitsgespräche; Verteidigungsminister Günther Platter, Treffen mit dem Generalstabschef.

Während des Besuches des Bundespräsidenten wurden zwei Abkommen unterzeichnet, ein Memorandum of Understanding zwischen der DAK und dem Emirat Institute of Diplomacy sowie ein Kooperationsabkommen zwischen der WKÖ und der Chamber of Commerce and Industry Dubai.

Arthur Oberascher, Leiter der Österreich-Werbung, Vorbereitung der Etablierung einer Außenstelle der ÖW in Dubai (3. und 4. Mai), die im Oktober eröffnet wurde; Wirtschaftsmission der WKÖ unter Leitung von WKÖ-Vizepräsident Richard Schenz (5.–8. Mai); Oberösterreichische

Anhang

Wirtschaftsdelegation unter Leitung von Landeshauptmann Josef Pühringer, Arbeitsgespräche mit Wirtschaftsministerin Sheikha Lubna bint Khalid Al Qasimi sowie dem Kronprinzen des Emirats Ras Al Khaimah und dem Gouverneur der VAE-Notenbank (31. Oktober bis 3. November); erster offizieller Besuch eines Landeshauptmanns in den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Landeshauptmann Jörg Haider in Begleitung von Kärntner UnternehmerInnen sowie VertreterInnen der Entwicklungsagentur Kärnten und von Kärntner Fremdenverkehrseinrichtungen, Arbeitsgespräche mit Energieminister Mohammed bin Dha'en Al Hamli (der VAE-Energieminister übernimmt 2007 für ein Jahr die OPEC-Präsidentschaft) und dem Minister of State for Federal Council Affairs, Anwar Mohammad Gargash, sowie dem Präsidium der Handelskammer Dubai (24.–28. November); Edit Schlaffer von „Frauen ohne Grenzen“, Arbeitsbesuche bei Prinzessin Haya (Dubai, 15. März) und bei Erziehungsminister Sheikh Nahyan bin Mubarak Al Nahyan (27.–29. Mai); Präsentation der Spanischen Hofreitschule (Direktor Armin Aigner, Dubai und Abu Dhabi, 9.–15. Dezember).

Besuche in Österreich: Delegation des Innenministeriums unter Leitung von Brigadier Matar Salem bin Mesayed Al Niadi, Kooperationsgespräche mit dem Bundesministerium für Inneres (3.–10. Juli); Generaldirektor Abdullah Al Owais, Leiter der Kulturagenden des Emirats Sharjah, Arbeitsgespräche mit dem Präsidium der Bregenzer Festspiele (18.–20. August); Erstmalige Entsendung eines Kontingents von 17 Soldaten der Vereinigten Arabischen Emirate zum Training nach Österreich (27. August bis 24. September); Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Abdullah Al Saleh bei WKÖ (21.–23. November).

Herausgabe der Broschüre „Art in the Austrian Residence Abu Dhabi“ (10. Jänner), Ausrichtung eines Mozart-Festivals in der Oase Al Ain in Zusammenarbeit mit dem Abu Dhabi Concert Committee und dem Wiener Kammerorchester unter Leitung des Dirigenten Joji Hattori im Beisein von Außenminister Sheikh Abdullah bin Zayed Al Nahyan und Wirtschaftsministerin Sheikha Lubna bint Khalid Al Qasimi (8.–10. März), „Austrian Ski Week“ in Dubai in Zusammenarbeit mit der Außenhandelsstelle und Österreich-Werbung (8.–12. März), Dubai Opera Ball (16. März), Filmfestival Abu Dhabi (Beitrag Hanekes „Funny Games“, 26. März), Ausrichtung einer Österreich-Woche in Dubai (Dubai 28. Oktober bis 10. November), Weihnachtskonzerte in der Abu Dhabi Cultural Foundation (Katharina Teufel, Harfe, Gabor Lieli, Klarinette und ein lokaler Kinderchor aus Dubai, 19.–21. Dezember), Vorbereitung der Abu Dhabi Oldtimer Rallye in Zusammenarbeit mit der Fédération Internationale de l'Automobile (FIA) und den nationalen Tourismusbehörden Abu Dhabis für den Rallyestart am 8. Jänner 2007.

Österreichische Firmen beteiligten sich an neun Messen bzw. Gruppenausstellungen in Dubai und Abu Dhabi.

Beim Handelsbilanzüberschuss halten die Emirate die Spitze von allen Ländern im Nahen Osten. Die Zahl österreichischer Unternehmen mit einer eigenen Niederlassung stieg infolge des Doppelbesteuerungsabkommens bedeutend.

Die österreichischen Exporte betragen 403,44 Millionen Euro (48,5%), die Importe 53,10 Millionen Euro (109,9%).

Vereinigte Staaten von Amerika (Vereinigte Staaten von Amerika), Washington, D.C.

Staatsoberhaupt und Regierungschef
George Walker Bush

Außenministerin
Condoleezza Rice

Washington, D.C. – **ÖB, KF, AHSt**; Chicago – **GK, AHSt**; Denver – **HGK**; Los Angeles – **GK, AHSt, ÖW**; New York – **ÖV, GK, KF, AHSt, ÖW, Nationalbank, Austrian Business Agency**; Anchorage, Atlanta, Boston, Buffalo, Charlotte, Columbus, Detroit, Hamilton (Wiedereröffnung), Honolulu, Houston, Kansas City, Las Vegas, Miami, Milwaukee, New Orleans, Orlando (Neueröffnung), Philadelphia (vorübergehend geschlossen), Pittsburgh,

Länderinformationen

Portland, Richmond, Saint Louis, Salt Lake City, San Francisco, San Juan, Scottsdale, Seattle (LaConnor), St. Paul, St. Thomas – **HK**

Das HK Hamilton (Bermudas) wurde im September wiedereröffnet. Das HK Orlando wurde im Oktober neu eröffnet. Das HK Philadelphia wurde im Juli bis auf Weiteres geschlossen. Die HK Buffalo und Milwaukee sind ab 1. Jänner 2007 geschlossen.

Besuche aus Österreich: Bundesminister Karl-Heinz Grasser, Gouverneur der Nationalbank Klaus Liebscher, Teilnahme an Tagungen der Weltbank und des IWF (21.–23. April); Wiener Stadtrat Andreas Mailath-Pokorny, Überreichung eines Torah-Mantels an ursprüngliche jüdische Eigentümer, New York (24.–27. März); Staatssekretär Hans Winkler, Überreichung des Silbernen Ehrenzeichens an Henry Wegner, New York (25. und 26. Juni); Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach, Treffen mit Verkehrsminister Norman Mineta und Stellvertretendem Minister für Heimatschutz, Michael Jackson (28. und 29. Juni); Vorsitzender des Kongresses der lokalen und regionalen Behörden Europas, Landeshauptmann Herwig Van Staa, Termine bei VN, Gespräche mit VertreterInnen der Stadt New York, WirtschaftsvertreterInnen und jüdischen Organisationen, New York (22.–25. Juli); Treffen mit VertreterInnen der National Governors Association, der US-Bürgermeisterkonferenz (26. und 27. Juli); Bundesministerin Ursula Plassnik, 61. VN-GV, Treffen mit AuslandsösterreicherInnen, New York (18.–22. September).

Besuche in Österreich: Gesundheitsminister Michael O. Leavitt, inoffizielles Treffen der GesundheitsministerInnen (25. und 26. April); Justizminister Alberto R. Gonzalez, Stellvertretender Heimatschutzminister Michael P. Jackson, Teilnahme am EU-US Troika-Treffen der Innen- und JustizministerInnen und an der Internationalen Konferenz zur inneren Sicherheit (3.–5. Mai); Präsident George W. Bush und First Lady Laura Bush, Aussenministerin Condoleezza Rice, Nationaler Sicherheitsberater Stephen Hadley, Teilnahme am EU-USA-Gipfel (21. Juni); Assistant Secretary für Europa und Eurasien im State Department, Dan Fried, Teilnahme an der Islam-Konferenz (März) und am EU-USA-Gipfel (Juni).

Der EU-Ratsvorsitz Österreichs bot Gelegenheit für verstärkte Public Diplomacy-Initiativen der Botschaft. Die Botschaft veranstaltete im US Kongress eine Konferenz zum Thema „Immigration, Integration, Identität“ unter Teilnahme international bekannter ExpertInnen aus Europa (EUMC, Europäische Kommission, MigrationsforscherInnen) und den USA sowie eine an der George Washington Universität organisierte Konferenz zu Umweltthemen.

Informationen von und über Österreich bringt die alle zwei Monate erscheinende Publikation „Austrian Information“, welche seit fast 60 Jahren vom Presse- und Informationsdienst herausgegeben wird (Auflage derzeit 11.000 Exemplare). Neben rezenten Informationen aus Politik, Wirtschaft und Kultur wird auch über die österreichisch-amerikanischen Beziehungen und über den Werdegang von ÖsterreicherInnen, die in den USA in Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft erfolgreich tätig sind, berichtet. Mit dem englischsprachigen Online-Newsletter „Jewish News from Austria“ erhalten interessierte Personen und Organisationen regelmäßig Informationen über die Aktivitäten der Jüdischen Gemeinde in Österreich, Holocaust-Gedenkveranstaltungen und zeitgeschichtliche Symposien und Publikationen sowie über aktuelle Fragen der Restitution. Der Newsletter enthält eine Auswahl von in österreichischen Medien erschienen Artikeln und Meldungen in englischer Übersetzung.

Die Entscheidung der Republik Österreich, die von den Bloch-Bauer-Erben um Maria Altmann beanspruchten fünf Klimt-Gemälde der Österreichischen Galerie zu restituieren, wurde in den USA mit großem Interesse aufgenommen. Nach einem jahrelangen Rechtsstreit hatten sich beide Parteien im Mai 2005 darauf geeinigt, sich einem verbindlichen Schiedsverfahren in Österreich zu unterwerfen. Am 15. Jänner entschied das Schiedsgericht zugunsten einer Rückgabe an die Erben. Die Bilder wurden im März in die USA gebracht. Das als „Goldene Adele“ bekannte Klimt-Gemälde wurde für die „Neue Galerie“ in New York erworben, die es dauerhaft ausstellen wird.

Der Auf- und Ausbau positiver und zukunftsorientierter Beziehungen zu den verschiedensten Teilen der jüdischen Gemeinschaft im Großraum New York war weiterhin ein Arbeitsschwer-

Anhang

punkt des GK New York. Dieses unterhält enge Beziehungen mit den in New York ansässigen politischen Organisationen wie dem American Jewish Committee und B'nai B'rith, aber auch mit diversen religiösen und kulturellen Gruppierungen und der breiteren jüdischen Zivilgesellschaft. Die soziale und rechtliche Betreuung der aus Österreich stammenden Flüchtlinge, die in Folge des Jahres 1938 in die Vereinigten Staaten emigrieren mussten, ist eine weitere wichtige Aufgabe für das GK New York.

Während des österreichischen EU-Ratsvorsitzes wurde die gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit zwischen den konsularischen Vertretungen der EU in New York verstärkt und eine Reihe von mittel- und langfristigen Projekten initiiert.

Auch in Kalifornien wurde die Zusammenarbeit mit führenden jüdischen Organisationen und Institutionen vom GK Los Angeles erfolgreich fortgesetzt. Dies gilt im besonderen für das Simon Wiesenthal Center. Am Skirball Center in Sacramento wurde mit österreichischer Förderung die Ausstellung „European Jewish Emigrés“ gezeigt.

Österreichische Gedenkdiener arbeiten weiterhin in Washington, D. C. (Holocaust Memorial Museum), New York (Leo Baeck Institut) und Los Angeles (Simon Wiesenthal Center).

In den großen Kulturinstitutionen der USA sind Kunst bzw. KünstlerInnen aus Österreich ständig präsent, wobei das hauptsächliche Interesse der Interpretation klassischer Musik sowie der bildenden Kunst gilt. Weiters sind die KF in New York und Washington, D.C. mit ihren eigenen Veranstaltungsräumlichkeiten Zentren für eine kontinuierliche Präsentation österreichischer Kultur, insbesondere moderner und zeitgenössischer Ausrichtung.

Der Jahresschwerpunkt des KF Washington galt anlässlich den Geburtstagen von Mozart und Freud, wobei insbesondere auf deren Bedeutung für das 21. Jahrhundert eingegangen wurde. In Zusammenarbeit mit den vier größten psychoanalytischen Vereinigungen der USA wurde das Symposium „Freud's Place in Our Minds: A Day of Reflection on Freud's Significance in the 21st Century“ am 15. September durchgeführt. Das KF Washington veranstaltete das Tanzfestival „Beyond the Waltz: Austrodance 2006“, die erste signifikante Präsentation von Tanz aus Österreich in den USA seit mehr als 30 Jahren (31. Oktober bis 8. November). Gezeigt wurden Produktionen von Bernd Bienert, Cie. Willi Dorner, das von Andrea Amort in Kooperation mit fünf ChoreographInnen erarbeitete Projekt „Hanna Berger: Retouchings“ sowie zwei Washingtoner Produktionen (Nejla Yarkin und Dana Tai Soon Burgess). Post Performance Diskussionen, ein Filmabend mit Roundtable und eine Ausstellung mit Tanz-Fotos von Laurent Ziegler rundeten das Festival ab. Aus Anlass der EU-Ratspräsidentschaft zeigte das KF die Fotoausstellung „The Unknown Europeans“ von Kurt Kaindl über Minderheiten in Europa, eine weitere Ausstellung galt „Freud's World in Photos“ mit Fotos von Edmund Engelman, Trude Fleischmann und Ferdinand Schmutzer. Im Rahmen des Konzertprogramms wurden rund 30 verschiedene MusikerInnen und Ensembles präsentiert. Neben zahlreichen Filmvorführungen an der Botschaft nahm das KF am Festival „New Films from Germany, Switzerland and Austria“ („Welcome Home“), dem Environmental Film Festival („Darwin's Nightmare“) und dem EU Film Showcase („You Bet Your Life“, „Silentium“) teil. Schließlich unterstützte das KF ein Österreich-Festival der Smithsonian Associates, das einen Bogen von Konzertserien, Vorträgen bis kulinarischen Veranstaltungen umfasste (Februar bis Mai).

Das Austrian Cultural Forum (ACF) in Midtown Manhattan hat sich seit seiner Eröffnung 2002 zu einem angesehenen Kulturzentrum an der Schnittstelle zwischen Österreich und den USA entwickelt. Es wird weithin als Symbol und Fokus moderner und zeitgenössischer österreichischer Kunst geschätzt und findet mit seinen Programmen Anerkennung bei Medien und Publikum. Das Ausstellungsprogramm des ACF verbindet Architektur mit dem qualitativen Anspruch einer Kunsthalle. In Gruppenausstellungen werden die vielfältigen Beziehungen zwischen Individuum, Gesellschaft, Wirtschaft, Umwelt, Lifestyle und Medien im digitalen Zeitalter analysiert, einschließlich des Potenzials kultureller Traditionen für zeitgenössische Kreativität. Zugleich fungiert das ACF immer wieder als Plattform und „Schaufenster“ für renommierte österreichische Kunstinstitutionen, die sich in seinen Räumlichkeiten präsentieren. Vom Direktor des ACF erstellte Ausstellungen thematisierten Fragen der transatlantischen

Länderinformationen

Identität mittels Arbeiten von in New York lebenden österreichischen KünstlerInnen in „Switching Worlds: Desires and Identities“ sowie die aktuelle Auseinandersetzung mit dem Thema Landschaft in Malerei und Kunstfotografie in „Landscape in Your Mind“. Mit den Ausstellungen „Home Stories: An Inside Look at Single Family Houses in Austria“ sowie „COOP HIMMELB(L)AU: Vertical City – The New Premises of the European Central Bank“ wurde die österreichische Architekturszene beleuchtet. Dem Freud-Anniversarium wurde mit der Präsentation von „Freud and Contemporary Art: The Collection of the Sigmund Freud Museum Vienna“ in der KF-Galerie sowie mit „On the Couch: Cartoons from the New Yorker“ im Museum of the City of New York und „Freud and Vienna: A Photographic Celebration of the 150th Anniversary of Sigmund Freud's Birth“ in der Leica Gallery in New York Rechnung getragen. Mit dem New Yorker Museum of Modern Art wurde bei der mit maßgeblicher österreichischer Beteiligung stattgefundenen Ausstellung „Eye on Europe – Prints, Books & Multiples, 1960 to Now“ zusammengearbeitet.

Zwei thematisch definierte Serien bestimmten das Klassische/Neue-Musik-Angebot im Auditorium des KF New York mit speziellen Programmen aus Anlass der Mozart- und Freud-Anniversarien.

Autorenlesungen gab es mit Anna Mitgutsch, Josef Haslinger, Peter Rosei und Egon Schwarz. Das zeitgenössische Filmschaffen wurde in einer Serie neuer österreichischer Spielfilme im KF-Auditorium sowie mit einem Vortrag Robert Dassanowskys präsentiert. Mitveranstaltet wurden die Symposien „Illness, Madness and Criminality in Austrian Literature and Culture: Borders of a Different Sort“ (Wake Forest University in Winston-Salem, North Carolina) und „Europe in Translation. The rearticulation of European civilization in a global age“ (The University of Iowa).

Österreichische Vortragende wirkten unter anderem bei den Jahrestagungen der German Studies Association, der American Association of Teachers of German und der International Studies Association mit.

Die österreichischen Studienzentren (University of Minnesota, University of New Orleans, Stanford University), das Schumpeter-Programm (Harvard University), die Joint-Study-Programme österreichischer und US-Universitäten, das Austrian Fulbright Program, die Stipendienaktionen des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur und der Kunstsektion des Bundeskanzleramts sowie die Modern Austrian Literature and Culture Association (MALCA) setzten ihre Aktivitäten fort. Die langjährige Zusammenarbeit zwischen den Schulbehörden der Stadt New York und Österreichs in der Form der temporären Entsendung österreichischer LehrerInnen an New Yorker Schulen wurde weitergeführt.

Beim 9. EU-Filmfestival in Chicago, bei dem Filme aus 23 EU-Mitgliedstaaten gezeigt wurden, kam Österreich aufgrund der EU-Ratspräsidentschaft eine zentrale Rolle zu. Neben dem Eröffnungsfilm „Crash Test Dummies“ von Jörg Kalt wurden die Filme „ Sleeper“ von Benjamin Heisenberg und „Silentium“ von Wolfgang Murnberger präsentiert. Das Gene Siskel Film Center präsentierte außerdem einen Rückblick auf das Werk Michael Hanekes. Im Rahmen der „International Summer Screenings“ in Chicago wurde der Dokumentarfilm „Neue Welt“ von Paul Rosdy vorgeführt (August).

Am Internationalen Film-Festival Chicago war Österreich mit den Filmen „Slumming“ von Michael Glawogger und „Exile Family Movie“ von Arash vertreten (Oktober). Letzterer erhielt in der Kategorie „Bester Dokumentarfilm“ den „Silver Hugo“ Preis.

Im Mittelpunkt des vom österreichischen GK Chicago organisierten „Europe Day“ stand eine Aufführung der Mozart-Oper „Die Entführung aus dem Serail“. Die Ausstellung „Biedermeier: The Invention of Simplicity“ wurde im Milwaukee Art Museum, Wisconsin in enger Zusammenarbeit mit der Albertina erstellt (16. September bis 1. Jänner 2007).

Österreich ist seit der Wahl Arnold Schwarzeneggers zum Gouverneur im Jahr 2004 und durch seine Wiederwahl am 7. November im Bewusstsein der KalifornierInnen tiefer verankert als zuvor. Nicht zuletzt aufgrund des Mozartjahres wurde in den kalifornischen Medien auch

Anhang

stärker als in den Vorjahren über kulturelle Belange Österreichs berichtet. Österreich war auch in diesem Jahr mit einer beachtlichen Zahl von Veranstaltungen, insbesondere in den Bereichen bildende Kunst, Musik und Film an der Westküste präsent.

Anlässlich der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft fand am Europatag (9. Mai), in Zusammenarbeit mit Ars Electronica die Großveranstaltung „The Sound of Europe“ mit aufwändigen Multimedia-Installationen im historischen Schindler Haus in West Hollywood statt. Bei dieser Gelegenheit wurde eine gemeinsame Homepage der Generalkonsulate der EU-Mitgliedstaaten in Los Angeles lanciert. Ein weiterer Höhepunkt der Präsidentschaft war die Gala des Los Angeles Chamber Orchestra unter dem Motto „Mozart And All That Jazz“ (28. Jänner).

Zu den kulturellen Highlights gehörten die Ausstellung der an die Bloch-Bauer-ErbInnen restituierten Klimt-Gemälde im Los Angeles County Museum of Art (4. April bis 30. Juni), ferner die anlässlich des Freud-Jahres produzierte Ausstellung „On the Couch“, die im Skirball Center gezeigt wurde (14. September bis 31. Dezember). Die Architekturausstellung „Wolf D. Prix/CoopHimmelb(l)au at Sky Arc“ fand im Southern California Institute of Architecture statt.

Unter dem Schlagwort „A Tear in the Iron Curtain: The Hungarian Uprising 1956“ waren an der Universität Stanford und an der University of Southern California zwei Ausstellungen mit Fotografien von Erich Lessing zu sehen (September bis Dezember). Neue Werke von Erwin Wurm unter dem Titel „I Love My Time; I Don't Like My Time“ zeigte das Frye Museum in Seattle (18. November bis 28. Jänner 2007). Dem österreichischstämmigen Keramikmeister Otto Natzler war im Herbst eine Retrospektive in Los Angeles gewidmet.

Das gestiegene Interesse am österreichischen Film, vor allem am Dokumentarfilm, zeigte sich unter anderem in der Oscar-Nominierung für den Dokumentarfilm „Darwin's Nightmare“ von Hubert Sauper und dem Golden Gate Award des San Francisco International Film Festival für Regisseur Michael Glawogger („Workingman's Death“) sowie an der Dokumentarfilmserie „Made in Austria“ (November und Dezember). Von Hollywood besonders gewürdigt wurden Otto Preminger zu seinem hundertsten Geburtstag sowie Billy Wilder anlässlich der Eröffnung eines nach ihm benannten Lichtspielhauses des Hammer Museums in Los Angeles.

Der Auftritt des Mozarteum Orchesters Salzburg anlässlich der Eröffnung des neuen Konzertsaals des Orange County Performing Arts Center war einer der kulturellen Höhepunkte der musikalischen Saison. Die erstmaligen Westküsten-Auftritte der Mezzosopranistin Angelika Kirchschlager (Dezember), des Entertainers Alfons Haider (November) und des Wiener DJs Rodney Hunt (Oktober) zeugen von der Vielfalt der musikalischen Präsenz Österreichs. Ein Konzert der österreichischen Pianistin Aima Maria Labra Makk mit Werken von Tákacs und Haydn (Oktober) im Bing Auditorium des Los Angeles County Museum of Art wurde live im Radio übertragen. Das Scripps College in Claremont CA veranstaltete die musikwissenschaftliche Tagung „Conference to Commemorate Mozart's 250th Birthday“ (24.–26. März).

Das Office of Science & Technology (OST) betreute während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft die Bereiche Wissenschaft, Technologie, Bildung, Gesundheit, Umwelt und Energie sowie Arbeitsgruppentreffen zu den Themen „Climate Change“, „Obesity as a Challenge for Public Health“, „Innovative Approaches to Science Education“ und „Internationalization of Higher Education“. Zum Abschluss des Ratsvorsitzes fand ein großes Symposium zum Thema „The Building of Tomorrow“ statt, das mit einer Projektpräsentation des Bundesministeriums für Verkehr, Technologie und Innovation verbunden wurde. Das vom OST aufgebaute interdisziplinäre Netzwerk der österreichischen WissenschaftlerInnen in den USA und Kanada umfasst mittlerweile rund 1.100 Personen.

Das vom OST vierteljährlich in englischer Sprache publizierte Online-Magazin „bridges“ informiert mehr als 4.500 AbonnentInnen regelmäßig über aktuelle Entwicklungen der Wissenschaftspolitik in Österreich, den USA und Kanada. Das Magazin und die OST-Website entwickelten sich zu einer ersten Anlauf- und Informationsquelle für österreichische Wissenschaft und Wissenschaftspolitik im englischsprachigen Raum. Für das Magazin „bridges“ konnten prominente Persönlichkeiten aus der Wissenschaft und Wissenschaftspolitik als GastautorInnen und Interviewpartner gewonnen werden. Das neue Weblayout von „bridges“ wurde der Öffent-

Länderinformationen

lichkeit vorgestellt (April), dessen größte Innovation der neu geschaffene „bridges“ Podcast darstellt, durch den BesucherInnen der Webseite und „bridges“ AbonnentInnen ausgewählte Artikel entweder direkt auf der Webseite anhören oder auf einen mp3-Player laden können.

Das OST organisierte zahlreiche Zusammenreffen mit österreichischen ForscherInnen in den USA und Kanada, unter anderem auch anlässlich eines Besuches von Henrietta Egerth (Direktorin, Forschungsförderungsgesellschaft) am Institut von Prof. Martin Nowak in Harvard (Oktober). Auf Initiative von Prof. Peter Nagele von der Universitätsklinik für Anästhesiologie der Washington University in St. Louis wurde in Chicago ein erstes Treffen österreichischer WissenschaftlerInnen im Mittleren Westen organisiert und damit der Grundstein für deren engere Vernetzung und Kooperation gelegt.

Die Wirtschaftsbeziehungen Österreichs, insbesondere mit dem Mittleren Westen der USA, intensivieren sich. Der Mittlere Westen ist das industrielle Zentrum der USA und eröffnet vor allem im Investitionsbereich große Möglichkeiten. Österreichische Lieferungen profitieren von der günstigen Wirtschaftsentwicklung und dem Nachholbedarf der letzten Jahre. Die schwierige Restrukturierung der US-Automobilindustrie zeigte bisher noch kaum Auswirkungen auf die Kooperation mit der österreichischen Wirtschaft. Der schwache Kurs des US-Dollar regte zu größeren Investitionen österreichischer Firmen in der Region an, insbesondere im Stahl und Baustoffbereich.

In den USA werden keine Importstatistiken für die einzelnen Bundesstaaten geführt, wodurch die österreichischen Exporte in einzelne Bundesstaaten nicht eindeutig belegbar sind. Aufgrund der Wirtschaftskraft Kaliforniens und der Größe des kalifornischen Marktes ist jedoch davon auszugehen, dass rund ein Viertel der österreichischen Exporte in die USA nach Kalifornien gehen.

Die österreichischen Exporte betragen 6.117,99 Millionen Euro (14,4%), die Importe 3.462,00 Millionen Euro (9,0%).

Vietnam (Sozialistische Republik Vietnam), Hanoi

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Nguyen Minh Triet	Nguyen Tan Dung	Pham Gia Khiem

Hanoi – **ÖB, Büro des Handelsrates; AHSt:** siehe Thailand

Besuche aus Österreich: Delegation des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie unter der Leitung von Ministerialrat Gernot Grimm zur Technologie- Gesundheits- und Eisenbahnkooperation (Hanoi, 28. Februar bis 3. März); Delegation der SPÖ-Niederösterreich unter der Leitung von Abgeordnetem zum Nationalrat Anton Heinzl unter Teilnahme von Landtagsabgeordnetem Otto Kernstock, Stadträtin Renate Gamsjäger, Gemeinderat Michael Pieber und dem Internationalen Sekretär der Sozialistischen Jugend Marcus Strohmaier, Gespräche mit dem Direktor der Abteilung für internationale Studien der Kommunistischen Partei Vietnams (Hanoi, 6.–11. März); Delegationsbesuch der Stadt Wien unter der Leitung von Stadtbau- und Direktor Gerhard Weber anlässlich des Seminars „New Urban Development North Of Red River Area“ (Hanoi, 20.–23. März); Offizieller Besuch der Präsidentin des Bundesrates Sissy Roth-Halvax unter Teilnahme der Mitglieder des Bundesrates Rupert Lichtenecker, Susanne Neuwirth und Georg Spiegelfeld-Schneeberg (Hanoi und Ho Chi Minh Stadt, 22.–27. Mai); Staatssekretär Hans Winkler, Gespräche mit Vizeaußenminister Nguyen Phu Binh und der Vizepräsidentin der Sozialistischen Republik Vietnam, Frau Truong My Hoa (Hanoi, 16. und 17. September); Delegation des Bundesministeriums für Finanzen und der Österreichischen Kontrollbank unter der Leitung von Ministerialrätin Silvia Maca zu Fragen der konzessionellen Finanzierung (Hanoi und Ho Chi Minh Stadt, 22.–25. Oktober).

Anhang

Besuche in Österreich: Delegation des vietnamesischen Finanzministeriums unter der Leitung von Vize-Ministerin Le Thi Bang Tam, Verhandlungen über ein Doppelbesteuerungsabkommen (26.–29. September).

Unter der Leitung von Marina Ploutakhina fand ein Länderbesuch der UNIDO statt, um konkrete Projekte und Kapazitätsaufbau im Rahmen der flexiblen Mechanismen unter dem Kyoto-Protokoll zu erörtern (7.–9. März).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von 139.950 Euro erbracht.

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft unterstützt Österreich die berufliche Fortbildung von Fachkräften und AkademikerInnen aus Vietnam in Österreich wie auch die Weiterbildung an regionalen Ausbildungsstätten. Insgesamt wurden sieben Stipendien im Rahmen des Programms „Nord-Süd-Dialog“ bzw. ASEAN-UNET, ein Stipendium des ÖAD, drei Stipendien für „DaF-LehrerInnenfortbildung“ sowie acht Stipendien durch andere Stellen vergeben.

Eine Delegation unter der Leitung des Präsidenten der IMC-Fachhochschule Krems, Heinz Boyer, besuchte Vietnam und konnte in Weiterverfolgung des offiziellen Besuchs von Bundesministerin Elisabeth Gehrler (25.–27. September 2005) die damals in Aussicht genommenen Kooperationsvereinbarungen mit den Universitäten Hanoi und Hué zur Etablierung eines Vietnamesisch-Österreichischen Tourismusprogramms (VATP) und zur Einrichtung eines „Austrian Studies Center“ abschließen (5.–9. Juni). Der Delegation gehörten der Aufsichtsratsvorsitzende der IMC-Fachhochschule Krems, Bürgermeister Franz Hölzl, Rektor Hans Lichtenwagner und der Studiengangsleiter Robert Kaspar an.

Die Zusammenarbeit mit der University for Foreign Studies durch Nutzung des dort eingerichteten Österreicherraums für Vorträge und Diskussionen wurde fortgesetzt. So wie auch in den letzten Jahren veranstaltete die Universität Innsbruck im Rahmen der ASEAN-UNET Kooperation unter der Leitung von Univ.-Prof. Erich Thöni und Univ.-Prof. Christian Traweger wieder ein Asian Studies Program in Vietnam, an dem 21 österreichische StudentInnen teilnahmen (September).

Im Rahmen der ASEAN-UNET Kooperation fand bereits zum dritten Mal die von der Wirtschaftsuniversität Wien in Kooperation mit der Hanoi University of Technology und der National Economics University geführte Internationale Sommeruniversität Vietnam unter der Leitung von Univ.-Prof. Wolfgang Obenaus statt (20. Juli bis 13. August). Der Kurs wurde an der Faculty of Economics and Management am Campus der Hanoi University of Technology durchgeführt. Insgesamt nahmen 20 österreichische Studierende von der Wirtschaftsuniversität Wien und Studierende der ASEAN-UNET-Partnerhochschule in Vietnam teil. Auch der Lehrkörper setzte sich aus Vortragenden sowohl aus Österreich als auch aus Vietnam zusammen.

Der Koordinator des Kooperationsabkommen zwischen der Hanoi University of Technology und der Universität für Bodenkultur Wien, Univ.-Prof. Dietmar Haltrich, nahm an der 50-Jahr-Feier der Hanoi University of Technology (HUT) teil (9. und 10. Oktober).

Im Rahmen des Sigmund-Freud-Gedenkjahres wurde der Vorstand des Instituts für Wirtschaftspsychologie der Universität Wien, Univ.-Prof. Erich Kirchler, zu Gastvorlesungen nach Hanoi eingeladen (24.–29. Oktober). Seine Vorlesungen über „Kaufentscheidungen, Steuern und Euro“ wurden an der Hanoi School of Business und an der Psychologischen Fakultät der Universität für Sozial- und Humanwissenschaften gehalten. An der Psychologischen Fakultät übergab Univ.-Prof. Kirchler den ersten Teil der von ihm kostenlos zusammengestellten Bücherspende.

An der Hanoi University of Foreign Studies fanden Österreich-Tage statt (6.–8. Dezember). Mit Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur hielten ReferentInnen aus Österreich vor vietnamesischen GermanistInnen Vorträge über österreichische Landeskunde, Literatur und andere österreichspezifische Themen. Auf diese Weise konnte ein zeitgemäßes Bild von Österreich vermittelt und der Kontakt zwischen österreichischen und vietnamesischen GermanistInnen intensiviert werden.

Länderinformationen

Im musikalischen Bereich wurde die Zusammenarbeit zwischen dem österreichischen Dirigenten Wolfgang Gröhs und dem Hanoi Philharmonic Orchestra fortgesetzt. Zu Beginn der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft fand im Hanoier Opernhaus das erste Neujahrskonzert nach Vorbild des Neujahrskonzerts der Wiener Philharmoniker vor 570 Personen statt (8. Jänner).

In Hanoi fand die Premiere von Mozarts „Zauberflöte“ in Anwesenheit von Staatssekretär Hans Winkler statt (16. September). Das Projekt wurde von österreichischer Seite aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur, des Bundeskanzleramtes und des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten (insgesamt 83.000 Euro), von vietnamesischer Seite aus Mitteln des Ministeriums für Kultur und Information (rund 50.000 Euro) finanziert. Die bereit gestellten öffentlichen Mittel wurden durch diverse österreichische Sponsoren aus dem Wirtschaftsbereich aufgestockt. Als künstlerischer Leiter des Projektes fungierte der österreichische Dirigent Wolfgang Gröhs, für Regie und Ausstattung zeichnete der Österreicher Manfred Waba Verantwortung; das restliche Ensemble entstammte dem Konservatorium Hanoi und dem „Hanoi Philharmonic Orchestra“. Die Oper wurde in deutscher Sprache gesungen, die Prosa Texte wurden in vietnamesischer Sprache gesprochen. Dieses bislang einzigartige Projekt rückte Österreich in das Rampenlicht der vietnamesischen Öffentlichkeit und bot eine ausgezeichnete Möglichkeit zum „Networking“ zwischen österreichischen FirmenvertreterInnen und dem offiziellen Vietnam. Das Projekt wurde medial durch eine eigene Homepage begleitet und war Gegenstand von Berichten in zahlreichen Zeitungsartikeln sowie der ORF-Sendung „Treffpunkt Kultur“.

Am Hanoier Konservatorium fand ein von ASEA-UNINET finanzierter und von Univ.-Prof. Franz Lukasovsky von der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien betreuter Liederabend statt (5. Dezember). Lieder von Mozart und Schubert wurden von Frau Denise Beck in Begleitung von Herrn Istvan Bonyhadi vorgetragen.

Auf literarischem Sektor wurden die Fremdsprachenabteilungen mit Bücherspenden (Österreich-Koffer) beteiligt, im Bereich der Performance Art wurde der österreichische Künstler Rudolf Hinterecker als Ko-Kurator zur 14. Performance Art Conference eingeladen.

Während der Europäischen Filmtage wurde der österreichische Beitrag „Lisa und der Säbelzahntiger“ – einer der wenigen Kinderfilme beim Festival – jeweils zweimal in Hanoi und Ho Chi Minh Stadt aufgeführt (Mai). Der Film wurde sowohl in der Originalfassung als auch mit vietnamesischer Synchronisation gezeigt. Auf Grund der guten Besuchszahlen sollen die Europäischen Filmtage im Jahr 2007 als Festival für Kinderfilme ausgerichtet werden.

Im Rahmen des Besuchs der Präsidentin des Bundesrates fand am 27. Mai die Übergabe einer Sammlung von ORF-Filmbeiträgen von österreichischen Anti-Vietnamkriegsdemonstrationen in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren unter großer medialer Begleitung im Kriegsmuseum in Ho Chi Minh Stadt statt.

Die österreichischen Exporte betragen 55,46 Millionen Euro (58,1%), die Importe 190,01 Millionen Euro (27,4%).

Zentralafrikanische Republik (Zentralafrikanische Republik), Bangui

Staatsoberhaupt
Francois Bozize
Yangouvonda

Regierungschef
Elie Dote

Außenminister
Come Zoumara

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betragen 71.000 Euro (-5,2%), die Importe 92.000 Euro (-84,5%).

Zypern
(Republik Zypern), Nikosia

Staatsoberhaupt und Regierungschef:
Tassos Papadopoulos

Außenminister:
Yiorgos Lillikas
(13. Juni)

Nikosia – **ÖB, HGK; AHSt:** siehe Griechenland

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, Teilnahme an der 53. Generalversammlung des International Council for Game and Wildlife Conservation (Limassol, vom 29. April bis 2. Mai), Arbeitsgespräch mit Gesundheitsminister Andreas Gavrielides (Limassol, 1. Mai).

Besuche in Österreich: Minister für Justiz und Öffentliche Ordnung Doros Theodorou, Teilnahme am informellen Treffen der Justiz- und InnenministerInnen (12.–14. Jänner); Arbeits- und Sozialversicherungsminister Christos Taliadoros, Teilnahme am informellen Treffen der Beschäftigungs- und SozialministerInnen (Villach, 19.–21. Jänner); Vorsitzender des Europaausschusses im zyprischen Parlament Nicos Cleanthous, Teilnahme am Treffen der Troika und der PräsidentInnen der Europaausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments (19. und 20. Februar); Staatspräsident Tassos Papadopoulos und Außenminister George Iacovou, bilateraler Besuch und Arbeitsgespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler und EU-Ratsvorsitzendem Wolfgang Schäussel und Bundesministerin Ursula Plassnik (20. und 21. Februar); Gesundheitsminister Andreas Gavrielides, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen (24. Februar); Verkehrs- und Bautenminister Harris Thrassou, Teilnahme am informellen Treffen der VerkehrsministerInnen (Bregenz, 2. und 3. März); Verteidigungsminister Kyriakos Mavronicolas, Teilnahme am informellen Treffen der VerteidigungsministerInnen (Innsbruck, 6. und 7. März); Parlamentspräsident Demetris Christofias, offizieller Besuch bei Nationalratspräsident Andreas Khol (8. März); Außenminister George Iacovou, Teilnahme am informellen Treffen der AußenministerInnen (Salzburg, 10. und 11. März); Finanzminister Michalis Sarris, Teilnahme am informellen Treffen der Wirtschafts- und FinanzministerInnen (7. und 8. April), Teilnahme am ASEM-Finanzministertreffen (8. und 9. April) und Teilnahme an der Konferenz „Soziale Dienstleistungen“ (20. April); Minister für Justiz und Öffentliche Ordnung Doros Theodorou, Teilnahme an der internationalen Konferenz zur inneren Sicherheit (4. und 5. Mai); Staatspräsident Tassos Papadopoulos und Außenminister George Iacovou, Teilnahme am EU-LAC-Gipfel (11. bis 13. Mai); Außenminister George Iacovou, Teilnahme am informellen Treffen der AußenministerInnen (Klosterneuburg, 27. und 28. Mai); Landwirtschaftsminister Efsthimios Efsthimiou, Teilnahme am informellen Treffen der LandwirtschaftsministerInnen (Krems, 28.–30. Mai); Außenminister Yiorgos Lillikas, Arbeitsgespräch mit Bundesministerin Ursula Plassnik (18. Oktober).

Bundesministerin Maria Rauch-Kallat und Gesundheitsminister Andreas Gavrielides unterzeichneten ein Memorandum of Understanding über Zusammenarbeit im Bereich der öffentlichen Gesundheit (Luxemburg, 2. Juni).

Die Botschaft präsentierte am Städtischen Leventis-Museum von Nikosia aus Anlass des 80. Geburtstages von Ingeborg Bachmann die Ausstellung „Ingeborg Bachmann – Schreiben gegen den Krieg“ (8. Mai bis 15. Juni) begleitet von zwei Konzerten des Haydn-Trios aus dem Zyklus „Bachmann vertont“ (28. und 30. Mai). Aus Anlass der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft organisierte die Botschaft im Rahmen des vom Institut der Regionen Europas getragenen Projekts „Café d'Europe“ am Europatag (9. Mai) eine Debatte mit großer Medienausstrahlung zwischen griechisch- und türkisch-zyprischen Jugendlichen in einem Innenstadtkaffeehaus von Nikosia unter dem Ehrenschutz von Bürgermeister Michael Zampelas und dem Europäischen Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz, Marcos Kyprianou, sowie eine Lesung der griechisch-zyprischen Dichterin Maria Avraamidou und des türkisch-zyprischen Dichters Fikret Demirag. Zum Abschluss der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft gastierte auf Initiative der ÖB das Strauß-Ensemble der Wiener Symphoniker unter dem Ehrenschutz von Staatspräsident

Länderinformationen

Tassos Papadopoulos im Präsidentenpalast für ein Benefizkonzert zugunsten des zyprischen Roten Kreuzes (29. Juni).

Im Rahmen von Kooperationen mit der zyprischen Privathochschule „Intercollege“ hielt Bundesminister a.D. Univ.-Prof. Heinrich Neisser einen Vortrag zum Thema „Föderalismus und Subsidiarität in der EU“ (10. April) und veranstaltete das Landesmuseum Oberösterreich für Kunst, Kultur und Geschichte einen Workshop österreichischer und zyprischer bildender KünstlerInnen mit anschließender Vernissage (12. April). Im Filmstudio von „Intercollege“ wurde Michael Hanekes Film „Code inconnu“ im Rahmen der Frankophoniewochen (19. März) gezeigt. Anlässlich des 9. Europäischen Tanzfestivals in Limassol trat die österreichische Gruppe Chris Haring Dance Co. mit der Produktion „kind of heroes“ (3. Juni) auf. Das österreichische zeitgenössische Museum arterra konzipierte und organisierte gemeinsam mit der Artosfoundation in Nicosia ein Symposium der europäischen Kunstakademie Fundamenta und präsentierte die Ausstellung „Babylons Schatten“ (September und Oktober). Die österreichische Sprachwissenschaftlerin Fridrun Rinner (Universität Aix en Provence) hielt an der Universität Zypern Vorträge zu vergleichender Sprachwissenschaft in deutscher und französischer Sprache (November). Das Wiener Mozart-Orchester trat in Limassol und Nikosia auf (26. und 27. November). Der Weihnachtsmarkt Limassol wurde nach dem Muster eines Wiener Christkindlmarkts mit Unterstützung der Stadt Wien ausgerichtet. In diesem Rahmen trat das Salzburger Ensemble „Sound of Music“ auf. Im Rahmen des Adventprogramms der Stadt Nikosia präsentierte die Botschaft das österreichische „Trio Impossibile“ am Pasidy-Theater (10. Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 50,87 Millionen Euro (11,3%), die Importe 8,54 Millionen Euro (-37,4%).

II. Besuche von VertreterInnen europäischer Institutionen während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft

Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Kommissarin für institutionelle Beziehungen und Kommunikationsstrategie Margot Wallström, Vizepräsident der Europäischen Kommission und Kommissar für Unternehmen und Industrie Günter Verheugen, Vizepräsident der Europäischen Kommission und Kommissar für Verkehr Jacques Barrot, Vizepräsident der Europäischen Kommission und Kommissar für Justiz, Freiheit und Sicherheit Franco Frattini, Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien Viviane Reding, Kommissar für Umwelt Stavros Dimas, Kommissar für Wirtschaft und Währung Joaquín Almunia, Kommissarin für Regionalpolitik Danuta Hübner, Kommissar für Fischerei und maritime Angelegenheiten Joe Borg, Kommissarin für Finanzplanung und Haushalt Dalia Grybauskaitė, Kommissar für Wissenschaft und Forschung Janez Potočnik, Kommissar für allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Mehrsprachigkeit Ján Figel', Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz Markos Kyprianou, Kommissar für Erweiterung Olli Rehn, Kommissar für Entwicklung und humanitäre Hilfe Louis Michel, Kommissar für Steuern und Zollunion László Kovács, Kommissarin für Wettbewerb Neelie Kroes, Kommissarin für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung Mariann Fischer Boel, Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik Benita Ferrero-Waldner, Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen Charlie McCreevy, Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit Vladimír Špidla, Kommissar für Handel Peter Mandelson und Kommissar für Energie Andris Piebalgs, Teilnahme am Treffen der österreichischen Bundesregierung mit der Europäischen Kommission (9. Jänner).

Vizepräsident der Europäischen Kommission und Kommissar für Justiz, Freiheit und Sicherheit Franco Frattini, Vorsitzender des Ausschusses des Europäischen Parlaments für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres Jean-Marie Cavada, Stellvertretender Vorsitzender des Rechtsausschusses des Europäischen Parlaments Andrzej Jan Szejna, Präsident der Europäischen Einheit für justizielle Zusammenarbeit (EUROJUST) Michael G. Kennedy und Direktor des Europäischen Polizeiamts (EUROPOL) Max-Peter Ratzel, Teilnahme am informellen Treffen der Justiz- und InnenministerInnen (12.–14. Jänner).

Kommissar für allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Mehrsprachigkeit Ján Figel', Teilnahme an der Jahreskonferenz eTwinning 2006 (Linz, 13.–15. Jänner).

Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit Vladimír Špidla, Vorsitzender des Ausschusses des Europäischen Parlaments für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten Jan Andersson, Vorsitzender des EU Ausschusses für Sozialschutz Tom Mulherin und Vorsitzender des EU Beschäftigungsausschusses Maarten Camps, Teilnahme am informellen Treffen der MinisterInnen für Beschäftigung und Soziales (Villach, 19.–21. Jänner).

Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Kommissarin für institutionelle Beziehungen und Kommunikationsstrategie Margot Wallström, Kommissar für allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Mehrsprachigkeit Ján Figel', Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik Benita Ferrero-Waldner, Hoher Vertreter der EU Javier Solana und Präsident des Europäischen Parlaments Josep Borrell, Teilnahme an der Konferenz "The Sound of Europe" (Salzburg, 26.–28. Jänner).

Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit Vladimír Špidla und Mitglied des Europäischen Parlaments Marie Panayotopoulos-

Besuche von VertreterInnen europäischer Institutionen

Cassiotou, Teilnahme an der Konferenz „Demografische Herausforderungen – Familie braucht Partnerschaft“ (2.–4. Februar).

Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik Benita Ferrero-Waldner und Hoher Vertreter der EU Javier Solana, Teilnahme an der EU-Troika mit China (3. Februar).

Mitglieder des Europäischen Parlaments Maria Berger, Othmar Karas, Eva Lichtenberger, Manuel Medina Ortega, Francesco Enrico Speroni, Diana Wallis und Jaroslav Zverina, Teilnahme an der Tagung des Ausschusses des Europäischen Parlaments für Recht (JURI) (9. und 10. Februar).

Vizepräsident der Europäischen Kommission und Kommissar für Verkehr Jacques Barrot, Teilnahme an der Konferenz zur Binnenschifffahrt (14. und 15. Februar).

Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik Benita Ferrero-Waldner, Teilnahme an der EU-Troika mit Russland (15. Februar).

Vizepräsident des Europäischen Parlaments Edward McMillan-Scott, Treffen der COSAC-Troika und der COSAC-Vorsitzenden (20. Februar)

Vizepräsident der Europäischen Kommission und Kommissar für Unternehmen und Industrie Günter Verheugen, Teilnahme an der Europäischen Sicherheitsforschungskonferenz (20. und 21. Februar).

Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz Markos Kyprianou, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen (Geflügelpest) (24. Februar).

Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz Markos Kyprianou und Mitglied des Europäischen Parlaments Diana Wallis, Teilnahme an der Expertenkonferenz "Effektiver Rechtsschutz – die verbraucherrechtlichen Instrumente der Unterlassungsklage und der Gruppenklage" (24. Februar).

Vizepräsident der Europäischen Kommission und Kommissar für Verkehr Jacques Barrot, Teilnahme am informellen Treffen der VerkehrsministerInnen (Bregenz, 2. und 3. März).

Kommissar für allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Mehrsprachigkeit Ján Figel', Kommissarin für Wettbewerb Neelie Kroes, Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen Charlie McCreevy, Mitglieder des Europäischen Parlaments Ruth Hieronymi, Christa Prets und Jacques Toubon, Teilnahme an der Konferenz "Content als Wettbewerbsfaktor – Stärkung der Europäischen Kreativwirtschaft im Lichte der i2010-Strategie" (2. und 3. März).

Hoher Vertreter der EU Javier Solana, Teilnahme am informellen Treffen der VerteidigungsministerInnen (Innsbruck, 6. und 7. März).

Kommissar für Erweiterung Olli Rehn, Teilnahme an der EU-Troika mit der Türkei (8. März).

Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik Benita Ferrero-Waldner, Kommissar für Erweiterung Olli Rehn und Hoher Vertreter der EU Javier Solana, Teilnahme am informellen Treffen der AußenministerInnen ("Gymnich" Treffen) (Salzburg, 10. und 11. März).

Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses Anne-Marie Sigmund, Teilnahme am Europäischen Konsumententag (15. März).

Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik Benita Ferrero-Waldner und Kommissar für allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Mehrsprachigkeit Ján Figel', Teilnahme an der Konferenz der BildungsministerInnen (16. und 17. März).

Vizepräsident der Europäischen Kommission und Kommissar für Unternehmen und Industrie Günter Verheugen, Teilnahme an der Europäischen Tourismusminister-

Anhang

konferenz „Tourismus – Schlüssel zu Wachstum und Beschäftigung in Europa“ (20. und 21. März).

Kommissar für allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Mehrsprachigkeit Ján Figel', Teilnahme am informellen Treffen der JugendministerInnen (Bad Ischl, 29.–31. März).

Kommissar für Umwelt Stavros Dimas, Kommissarin für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung Mariann Fischer Boel und Mitglied des Europäischen Parlaments Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Teilnahme an der Gentechnik-Koexistenzkonferenz (4.–6. April).

Kommissar für Wirtschaft und Währung Joaquín Almunia, Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen Charlie McCreevy und EIB-Präsident Philippe Maystadt, Teilnahme am informellen Treffen der Wirtschafts- und FinanzministerInnen (7. und 8. April).

Kommissar für Wirtschaft und Währung Joaquín Almunia, Präsident des Wirtschafts- und Finanzausschusses Xavier Musca, EIB-Präsident Philippe Maystadt und EZB-Präsident Jean-Claude Trichet, Teilnahme am ASEM-Finanzministertreffen (8. und 9. April).

Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik Benita Ferrero-Waldner, Teilnahme an der EU-Troika mit Neuseeland (18. April).

Vizepräsident der Europäischen Kommission und Kommissar für Unternehmen und Industrie Günter Verheugen, Präsident des Europäischen Parlaments Josep Borrell, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Sylvia-Yvonne Kaufmann, Mitglied des Europäischen Parlaments Joseph Daul, Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses Anne-Marie Sigmund, Präsident des Ausschusses der Regionen Michel Delebarre und Generalsekretär des Ausschusses der Regionen Gerhard Stahl, Teilnahme an der Konferenz "Europa fängt zu Hause an, Europäische Subsidiaritätskonferenz 2006" (St. Pölten, 18. und 19. April).

Vizepräsident der Europäischen Kommission und Kommissar für Unternehmen und Industrie Günter Verheugen, Teilnahme an der der Konferenz „Ein Markt für GMES in Europa und seinen Regionen – der Grazer Dialog“ (Graz, 19. und 20. April).

Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit Vladimír Špidla und Mitglied des Europäischen Parlaments Anne Van Lancker, Teilnahme an der Konferenz "Soziale Dienstleistungen" (20. April).

Vizepräsident der Europäischen Kommission und Kommissar für Unternehmen und Industrie Günter Verheugen, Kommissarin für Wettbewerb Neelie Kroes, Kommissar für Wissenschaft und Forschung Janez Potočnik, Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen Charlie McCreevy, Mitglieder des Europäischen Parlaments Vincent Bocquillon, Harlem Desir, Oliver Dreute, Evelyne Gebhardt, Richard Falbr, Robert Goebbels, Malcolm Harbour, Othmar Karas, Anne van Lancker, Arlene McCarthy, Jozsef Szajer, Hannes Swoboda, Marianne Thyssen und Jacques Toubon, Teilnahme am informellen Treffen der MinisterInnen für Wettbewerbsfähigkeit (Graz, 21. und 22. April).

Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz Markos Kyprianou, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen (25. und 26. April).

Vizepräsident der Europäischen Kommission und Kommissar für Justiz, Freiheit und Sicherheit Franco Frattini, EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung Gijs de Vriess, EUROJUST-Präsident Michael G. Kennedy und EUROPOL-Direktor Max-Peter Ratzel, Teilnahme am Treffen der Justiz- und InnenministerInnen im Troika-Format mit den USA (3. Mai).

Besuche von VertreterInnen europäischer Institutionen

Vizepräsident der Europäischen Kommission und Kommissar für Justiz, Freiheit und Sicherheit Franco Frattini, EUROJUST-Präsident Michael G. Kennedy und EUROPOL-Direktor Max-Peter Ratzel, Teilnahme am Treffen der InnenministerInnen EU-Russland-USA (4. Mai).

Vizepräsident der Europäischen Kommission und Kommissar für Justiz, Freiheit und Sicherheit Franco Frattini, Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik Benita Ferrero-Waldner, EUROJUST-Präsident Michael G. Kennedy, EUROPOL-Direktor Max-Peter Ratzel und Exekutivdirektor der Europäischen Grenzschutzagentur (FRONTEX) Brigadegeneral Ilkka Laitinen, Teilnahme an der Internationalen Konferenz zur Inneren Sicherheit (4. und 5. Mai).

Vizepräsident der Europäischen Kommission und Kommissar für Verkehr Jacques Barrot, Teilnahme am EU-Kongress für Luftfahrt (Salzburg, 4. und 5. Mai).

Kommissar für Entwicklung und humanitäre Hilfe Louis Michel, Teilnahme an der EU-Troika mit Afrika (8. Mai).

Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso, Kommissar für Erweiterung Olli Rehn, Kommissar für Entwicklung und humanitäre Hilfe Louis Michel, Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik Benita Ferrero-Waldner, Kommissar für Handel Peter Mandelson, Hoher Vertreter der EU Javier Solana, Präsident des Europäischen Parlaments Josep Borrell und EIB-Präsident Philippe Maystadt, Teilnahme am IV. EU-LAC-Gipfel (11.–13. Mai).

Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik Benita Ferrero-Waldner, EU-LAC Business Summit (12. Mai).

Teilnahme des Präsidiums des Ausschusses der Regionen unter dem Vorsitz von Vizepräsident des Ausschusses der Regionen Landeshauptmann Herwig van Staa an der außerordentlichen Präsidiumssitzung des Ausschusses der Regionen (Innsbruck, 12. Mai).

Kommissar für Umwelt Stavros Dimas und Vorsitzender des Unterausschusses des Europäischen Parlaments Karl-Heinz Florenz, Teilnahme am informellen Treffen der UmweltministerInnen (Eisenstadt, 19.–21. Mai).

Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso, Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik Benita Ferrero-Waldner, Präsident des Europäischen Parlaments Josep Borrell, Teilnahme an der Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments (XXXV. COSAC) (22. und 23. Mai).

Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Kommissarin für institutionelle Beziehungen und Kommunikationsstrategie Margot Wallström, Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik Benita Ferrero-Waldner und Hoher Vertreter der EU Javier Solana, Teilnahme am Treffen von Klosterneuburg (27. und 28. Mai).

Kommissarin für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung Mariann Fischer Boel, Teilnahme am informellen Treffen der LandwirtschaftsministerInnen (Krems, 28.–30. Mai).

Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso, Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik Benita Ferrero-Waldner, Kommissar für Handel Peter Mandelson und Hoher Vertreter der EU Javier Solana, Teilnahme am EU-USA-Gipfel (21. Juni).

III. Österreich und die Staatenwelt

Stand: Dezember 2006

Österreich unterhält zu 191 Staaten diplomatische Beziehungen (D), mit 2 Staaten und der PLO unterhält Österreich keine diplomatischen oder konsularischen, aber sonstige Beziehungen (S).

	UNO- Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botschaft	Botschaft in Wien	AHSt
Afghanistan	19.11.1946	D		■	
Ägypten	24.10.1945	D	●	■	□
Albanien	14.12.1955	D	●	■	
Algerien	08.10.1962	D	●	■	□
Andorra	28.07.1993	D		■	
Angola	01.12.1976	D		■	
Antigua und Barbuda	11.11.1981	D			
Äquatorialguinea	12.11.1968	D			
Argentinien	24.10.1945	D	●	■	□
Armenien	02.03.1992	D	● ¹⁾	■	
Aserbaidschan	02.03.1992	D	● ¹⁾	■	
Äthiopien	13.11.1945	D	●	■	
Australien	01.11.1945	D	●	■	□
Bahamas	18.09.1973	D			
Bahrain	21.09.1971	D			
Bangladesch	17.09.1974	D			
Barbados	09.12.1966	D			
Belarus	24.10.1945	D		■	
Belgien	27.12.1945	D	●	■	□
Belize	25.09.1981	D		■	
Benin	20.09.1960	D			
Bhutan	21.09.1971	D			
Bolivien	14.11.1945	D		■	
Bosnien und Herzegowina	22.05.1992	D	●	■	□
Botsuana	17.10.1966	D			
Brasilien	24.10.1945	D	●	■	□
Brunei	21.09.1984	D			
Bulgarien	14.12.1955	D	●	■	□
Burkina Faso	20.09.1960	D		■	
Burundi	18.09.1962	D			
Chile	24.10.1945	D	●	■	□
China	24.10.1945	D	●	■	□
Costa Rica	02.11.1945	D		■	
Côte d'Ivoire	20.09.1960	D			
Dänemark	24.10.1945	D	●	■	□
Deutschland	18.09.1973	D	●	■	□
Dominica	18.12.1978	D			
Dominikanische Republik	24.10.1945	D			
Dschibuti	20.09.1977	D			

Österreich und die Staatenwelt

	UNO- Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botschaft	Botschaft in Wien	AHSt
Ecuador	21.12.1945	D		■	
El Salvador	24.10.1945	D			
Eritrea	28.05.1993	D			
Estland	17.09.1991	D	●	■	
Fidschi	13.10.1970	D			
Finnland	14.12.1955	D	●	■	□
Frankreich	24.10.1945	D	●	■	□
Gabun	20.09.1960	D			
Gambia	21.09.1965	D			
Georgien	31.07.1992	D	● ¹⁾	■	
Ghana	08.03.1957	D			
Grenada	17.09.1974	D			
Griechenland	25.10.1945	D	●	■	□
Großbritannien und Nordirland, Vereinigtes Königreich	24.10.1945	D	●	■	□
Guatemala	21.11.1945	D		■	
Guinea	12.12.1958	D			
Guinea-Bissau	17.09.1974	D			
Guyana	20.09.1966	D			
Haiti	24.10.1945	D			
Heiliger Stuhl	-	D	●	■	
Honduras	17.12.1945	D			
Indien	30.10.1945	D	●	■	□
Indonesien	28.09.1950	D	●	■	□
Irak	21.12.1945	D	● ²⁾	■	□
Iran	24.10.1945	D	●	■	□
Irland	14.12.1955	D	●	■	□
Island	19.11.1946	D		■	
Israel	11.05.1949	D	●	■	□
Italien	14.12.1955	D	●	■	□
Jamaika	18.09.1962	D			
Japan	18.12.1956	D	●	■	□
Jemen	30.09.1947	D		■	
Jordanien	14.12.1955	D	●	■	
Kambodscha	14.12.1955	D			
Kamerun	20.09.1960	D			
Kanada	09.11.1945	D	●	■	□
Kap Verde	16.09.1975	D		■	
Kasachstan	02.03.1992	D	● ¹⁾	■	
Katar	21.09.1971	D			
Kenia	16.12.1963	D	●	■	
Kirgisistan	02.03.1992	D	● ¹⁾	■	
Kiribati	14.09.1999	D			
Kolumbien	05.11.1945	D	●	■	
Komoren	12.11.1975	S			
Kongo, Dem. Republik	20.09.1960	D			
Kongo, Republik	20.09.1960	D			
Korea, Dem. Volksrep.	17.09.1991	D		■	

Anhang

	UNO- Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botschaft	Botschaft in Wien	AHSt
Korea, Republik	17.09.1991	D	●	■	□
Kroatien	22.05.1992	D	●	■	□
Kuba	24.10.1945	D	●	■	
Kuwait	14.05.1963	D	●	■	
Laos	14.12.1955	D			
Lesotho	17.10.1966	D			
Lettland	17.09.1991	D	●	■	
Libanon	24.10.1945	D	●	■	
Liberia	02.11.1945	D			
Libysch-Arabische Dschemahirija	14.12.1955	D	●	■	□
Liechtenstein	18.09.1990	D	● ¹⁾	■	
Litauen	17.09.1991	D	●	■	
Luxemburg	24.10.1945	D	●	■	
Madagaskar	20.09.1960	D			
Malawi	01.12.1964	D			
Malaysia	17.09.1957	D	●	■	□
Malediven	21.09.1965	D			
Mali	28.09.1960	D			
Malta	01.12.1964	D	●	■	
Malteser Ritterorden (Souveräner)	-	D	●	■	
Marokko	12.11.1956	D	●	■	□
Marshall-Inseln	17.09.1991	D			
Mauretanien	27.10.1961	D			
Mauritius	24.04.1968	D			
Mazedonien, Ehem. Jug. Rep.	08.04.1993	D	●	■	
Mexiko	07.11.1945	D	●	■	□
Mikronesien	17.09.1991	D			
Moldau	02.03.1992	D		■	
Monaco	28.05.1993	D			
Mongolei	27.10.1961	D		■	
Montenegro	28.06.2006	D	●		
Mosambik	16.09.1975	D			
Myanmar	19.04.1948	D			
Namibia	23.04.1990	D		■	
Nauru	14.09.1999	D			
Nepal	14.12.1955	D			
Neuseeland	24.10.1945	D			
Nicaragua	24.10.1945	D		■	
Niederlande	10.12.1945	D	●	■	□
Niger	20.09.1960	D			
Nigeria	07.10.1960	D	●	■	□
Norwegen	27.11.1945	D	●	■	□
Oman	07.10.1971	D	●	■	
Pakistan	30.09.1947	D	●	■	
Palau	15.12.1994	D			
Panama	13.11.1945	D		■	
Papua-Neuguinea	10.10.1975	D			

Österreich und die Staatenwelt

	UNO- Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botschaft	Botschaft in Wien	AHSt
Paraguay	24.10.1945	D		■	
Peru	31.10.1945	D	●	■	
Philippinen	24.10.1945	D	●	■	□
Polen	24.10.1945	D	●	■	□
Portugal	14.12.1955	D	●	■	□
Ruanda	18.09.1962	D			
Rumänien	14.12.1955	D	●	■	□
Russische Föderation	24.10.1945 ³⁾	D	●	■	□
Salomonen	19.09.1978	D			
Sambia	01.12.1964	D			
Samoa	15.12.1976	D			
San Marino	02.03.1992	D		■ ⁴⁾	
St. Kitts und Nevis	23.09.1983	D			
St. Lucia	18.09.1979	D			
St. Vincent und die Grenadinen	16.09.1980	D			
São Tomé und Príncipe	16.09.1975	D			
Saudi-Arabien	24.10.1945	D	●	■	□
Schweden	19.11.1946	D	●	■	□
Schweiz	10.09.2002	D	●	■	□
Senegal	28.09.1960	D	●		
Serbien	01.11.2000	D	●	■	□
Seychellen	21.09.1976	D			
Sierra Leone	27.09.1961	D			
Simbabwe	25.08.1980	D	●	■	
Singapur	21.09.1965	D	● ²⁾		□
Slowakei	19.01.1993	D	●	■	□
Slowenien	22.05.1992	D	●	■	□
Somalia	20.09.1960	S			
Spanien	14.12.1955	D	●	■	□
Sri Lanka	14.12.1955	D		■	
Südafrika	07.11.1945	D	●	■	□
Sudan	12.11.1956	D		■	
Suriname	04.12.1975	D			
Swasiland	24.09.1968	D			
Syrien	24.10.1945	D	●	■	□
Tadschikistan	02.03.1992	D	● ¹⁾	■	
Tansania	14.12.1961	D			
Timor Leste	27.09.2002	D			
Thailand	16.12.1946	D	●	■	□
Togo	20.09.1960	D			
Tonga	14.09.1999	D			
Trinidad und Tobago	18.09.1962	D			
Tschad	20.09.1960	D			
Tschechische Republik	19.01.1993	D	●	■	□
Tunesien	12.11.1956	D	●	■	
Türkei	24.10.1945	D	●	■	□
Turkmenistan	02.03.1992	D	● ¹⁾	■	
Tuvalu	05.09.2000	D			

Anhang

	UNO- Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botschaft	Botschaft in Wien	AHSt
Uganda	25.10.1962	D		■	
Ukraine	24.10.1945	D	●	■	□
Ungarn	14.12.1955	D	●	■	□
Uruguay	18.12.1945	D		■	
Usbekistan	02.03.1992	D	● ¹⁾	■	
Vanuatu	15.09.1981	D			
Venezuela	15.11.1945	D	●	■	□
Vereinigte Arabische Emirate	09.12.1971	D	●	■	□
Vereinigte Staaten von Amerika	24.10.1945	D	●	■	□
Vietnam	20.09.1977	D	●	■	
Zentralafrikanische Republik	20.09.1960	D			
Zypern	20.09.1960	D	●	■	
PLO	-	S			

¹⁾ mit Sitz in Wien

²⁾ Büro des Handelsrates

³⁾ VN-Mitgliedschaftsfortführung der früheren UdSSR

⁴⁾ Botschafter mit Sitz in San Marino

IV. Diplomatisches und konsularisches Korps in Österreich

1. In Österreich akkreditierte ausländische Vertretungsbehörden

Anzahl ausländischer Missionen

	Diplo- matische Missionen	Berufs- konsula- rische Ver- tretungen	Ständige Vertretungen, Beobachtermissionen und Verbindungsbüros bei den Internationalen Organisationen in Wien	Ständige Vertretungen bzw. Delegationen bei der OSZE
Sitz in Österreich	119¹⁾	7²⁾	129³⁾	55³⁾
Sitz im Ausland	49	–	44	1
Gesamt	168	7	173	56

¹⁾ einschließlich sonstiger Vertretungen

²⁾ Berufskonsulate, daneben bestehen noch 231 Honorarämter

³⁾ ohne die Ständige Vertretung Österreichs

Mit Stand Dezember 2006 waren in Österreich 161 Staaten vertreten. 112 hatten den Sitz ihrer Vertretungsbehörde in Wien, die übrigen in anderen Staaten.

In Wien befinden sich auch 129 Ständige Vertretungen sowie Beobachter- und Verbindungsbüros bei den Internationalen Organisationen, wovon die meist mit den Botschaften der betreffenden Staaten identisch sind.

2. Konsularische Vertretungen in Österreich – ohne Berücksichtigung von Konsularabteilungen von Botschaften

Bundesland	Berufskonsulate	Honorarämter
Burgenland	–	3
Kärnten	1	16
Niederösterreich	–	9
Oberösterreich	–	25
Salzburg	3	42
Steiermark	1	26
Tirol	1	34
Vorarlberg	1	15
Wien	–	61
Gesamt	7	231

V. Wien als Sitz Internationaler Organisationen

1. Budget und Ausgaben der Internationalen Organisationen 2006

Organisation	Budget insgesamt in Mio. Euro	Budget für Österreich in Mio. Euro			
		insgesamt	darunter		
			Löhne und Gehälter	Anteil der Löhne und Gehälter an den in Österreich getätigten Ausgaben (in %)	Ausgaben der Organisationen in Österreich ohne Löhne und Gehälter
CTBTO	86,53	27,64	25,02	90,5	2,62
EPO	1.093,88	25,28	12,93	51,2	12,35
EUMC	9,48	9,48	4,10	43,2	5,38
IAEO	251,00	205,00	145,00	70,7	60,00
ICMPD	1,51	1,51	0,83	55,1	0,68
ICPDR	0,86	0,80	0,48	60,0	0,32
IIASA	12,30	11,49	8,27	72,0	3,22
IIP	0,30	0,25	0,11	44,0	0,14
IOM	616,52	4,00	1,33	33,1	2,68
IPI	0,75	0,64	0,45	70,3	0,19
JVI	3,44	3,44	1,68	48,8	1,76
OFID	25,67	22,01	16,65	75,7	5,36
OPEC	20,90	19,98	18,91	94,6	1,07
OSZE	162,71	29,63	17,46	58,9	12,17
UNIDO	171,02	72,82	52,94	72,7	19,87
UNOV/ UNODC	139,88	133,44	71,32	53,5	62,12
VIDC	2,27	1,59	1,59	100,0	–
WA	1,51	1,51	1,15	76,4	0,36
Gesamt	2.600,52	570,50	380,23	65,0	190,28

Quellen: Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
Magistrat der Stadt Wien

2. Anzahl der Beschäftigten am 31. Dezember 2006

Organisation	Beschäftigte			Gehobene Fachkräfte		Bürokräfte und Sonstige	
	insgesamt	AusländerInnen	InländerInnen	AusländerInnen	InländerInnen	AusländerInnen	InländerInnen
CTBTO	254	206	48	156	5	50	43
EPO	125	77	48	36	7	41	41
EUMC	38	27	11	27	11	–	–
IAEO	2.307	1.721	586	1.063	45	658	541
ICMPD	43	23	20	20	12	3	8
ICPDR	10	6	4	4	2	2	2
IIASA	209	144	65	112	34	32	31
IIP	6	2	4	–	1	2	3
IOM	24	11	13	9	12	2	1
IPI	10	8	2	7	2	1	–
JVI	19	12	7	6	4	6	3
OFID	142	80	62	63	10	17	52
OPEC	137	53	84	34	39	19	45
OSZE	368	292	76	174	9	118	67
UNIDO	654	468	186	232	11	236	175
UNOV / UNODC	836	628	208	282	17	346	191
VIDC	20	–	20	–	19	–	1
WA	12	8	4	7	–	1	4
Gesamt	5.214	3.766	1.448	2.232	240	1.534	1.208
davon männlich	2.932	2.286	646	1.654	158	632	488
weiblich	2.282	1.480	802	578	82	902	720

Anhang

3. Anzahl der Konferenztage und TeilnehmerInnen 2006

Organisation	Konferenztage	TeilnehmerInnen	
		zusammen	darunter aus Österreich
CTBTO	115	2.475	2.146
EPO	170	1.388	601
EUMC	19	438	167
IAEO ¹⁾	3.430	25.875	197
ICMPD	16	185	99
ICPDR	17	273	57
IIASA	158	882	–
IIP	4	1.400	1.100
IOM	392	187	187
IPI	17	800	80
JVI	425	1.479	–
OFID	16	185	–
OPEC	50	1.827	–
OSZE ¹⁾	1.084	3.450	1.685
UNIDO	48	2.360	1.794
UNOV/UNODC	357	8.675	5.879
VIDC	25	600	–
WA	50	1.785	–
Gesamt	6.393	54.264	13.992

¹⁾ Schätzung aufgrund verfügbarer Daten.

VI. Diplomatische Akademie

Die Diplomatische Akademie (**DA**) ist seit 1. Juli 1996 aus der Bundesverwaltung organisatorisch und finanziell ausgegliedert und als Anstalt öffentlichen Rechts konstituiert.

Anfang Oktober schlossen 31 TeilnehmerInnen, darunter 19 ÖsterreicherInnen, den **42. Diplomlehrgang** erfolgreich ab. In den 43. Diplomlehrgang wurden 36 KandidatInnen aufgenommen, davon 20 mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Der **9. Master of Advanced International Studies (M.A.I.S.)-Lehrgang** wurde von 36 TeilnehmerInnen abgeschlossen. Die Graduierungsfeier fand Anfang Juli in der Universität Wien statt, die den M.A.I.S.-Lehrgang gemeinsam mit der DA durchführt. Für den 10. M.A.I.S.-Lehrgang qualifizierten sich 37 KandidatInnen. Das **6. Special Programme in International Studies (SPIS)**, das erste Jahr des zweijährigen M.A.I.S.-Programms, wurde von 42 TeilnehmerInnen abgeschlossen. In das 7. SPIS wurden 43 KandidatInnen aufgenommen. Seit Einrichtung der DA 1964 haben somit insgesamt 1.303 AkademikerInnen, darunter 764 AusländerInnen aus 104 Staaten, die regulären Lehrgänge der DA erfolgreich absolviert.

Zur **Aus- und Weiterbildung** jüngerer Diplomatinnen und anderer BeamtInnen aus Südosteuropa fand ein weiterer Spezialkurs statt. Die Spezialkurse der Akademie wurden bisher von insgesamt 645 TeilnehmerInnen aus 32 Staaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas sowie aus dem südlichen Kaukasus und Zentralasien absolviert. Im Rahmen des sonstigen Angebots zur **berufsbegleitenden Fortbildung** wurden unter anderem mehrere Seminare für das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, ein international besuchtes EU-Verhandlungstechnikseminar und ein „Train the Trainers“-Seminar für TeilnehmerInnen aus Mitgliedstaaten der ZEI durchgeführt. Am **Sommerkurs** für deutsche Sprache und österreichische Landeskunde nahmen 67 TeilnehmerInnen aus 30 Staaten teil.

Im Rahmen der **Konferenzaktivitäten** der Akademie fanden mehr als 80 öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen statt. Mit Unterstützung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten wurden unter anderem Konferenzen über die Kulturpolitik in Europa, die Euro-Mediterrane Partnerschaft, die Europäische Nachbarschaftspolitik, den interkulturellen Dialog im Mittelmeerraum, Staat und Zivilgesellschaft sowie zum Thema „Does Central Europe Still Exist? History, Economy, Identity“ durchgeführt.

Das 34. Treffen des **International Forum on Diplomatic Training** (Treffen von Direktoren Diplomatischer Akademien und ähnlicher Ausbildungsstätten) fand über Einladung der Diplomatischen Akademie Wien im September in Wien statt und wurde von 71 TeilnehmerInnen aus 51 Ländern besucht.

Neben dem **Jahrbuch der Diplomatischen Akademie Wien**, das eine vollständige Übersicht über die Aktivitäten der DA bietet, wurden in der Publikationsreihe der Diplomatischen Akademie (**Favorita Papers**) Bände über „Developing Peace Partnerships in Africa“, „Transatlantic Legal Issues: European Views“, „Mehrsprachigkeit und Kommunikation in der Diplomatie“ und „The Energy Gamble. Securing the Future Mix of Energy“ publiziert.

VII. Österreich in Internationalen Organisationen

Diese Tabelle enthält Informationen über Österreichs Mitgliedschaft, Teilnahme und Beobachter- bzw. Gaststatus in wichtigen Internationalen Organisationen sowie internationalen Foren, Fonds und Programmen im VN-, europäischen und außereuropäischen Bereich, einschließlich internationaler Finanzinstitutionen.

Stand: 31. Dezember 2006

1. Mitgliedschaften

A. Mitgliedschaften im Rahmen des VN-Systems: 45,636 Mio. Euro¹

A.1. Vereinte Nationen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2006 in Mio. Euro
VN	SR 1973/74	0,859%	13,067
New York, Genf, Wien, Nairobi	1991/92		
Ban Ki-moon (Republik Korea)	ECOSOC		
	1963/65		
	1976/78		
	1982/84		
	1991/93		
	2000/02		
Gesamt			13,067

A.2. Organe und Programme der Vereinten Nationen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2006 in Mio. Euro
OCHA		freiw. Beitr.	0,093
Genf und New York; Sir John Holmes (GB) seit Jänner 2007			

¹ In diesem Betrag sind Beiträge an Internationale Gerichtshöfe des VN-Systems (siehe Kapitel D.) in der Höhe von 3,376 Mio. Euro sowie an friedenserhaltende Operationen der VN (siehe Kapitel 2.A.) in der Höhe von 15,472 Mio. Euro nicht enthalten.

Österreich in Internationalen Organisationen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2006 in Mio. Euro
UNCDF	1968-1970	freiw. Beitr.	0,025
New York	1972-1974		
Exekutivsekretär Richard Weingarten (USA) seit August 2005	1997-1999		
UNCTAD		freiw. Beitr.	0,085
Genf			
Panitchpakdi Supachai (Thailand) seit 2005			
UNDP	1968-1970	freiw. Beitr.	6,684
New York	1972-1974		
Kemal Dervis (Türkei) seit 2005	1997-1999		
UNEP	1973-1974	freiw. Beitr.	0,420
Nairobi	1978-1980		
Achim Steiner (Deutschland) seit 2006	1984-1986 1990-1993 1997-1999 2006-2009		
Förderung Umwelt			
Basler Übereinkommen		1,110%	0,035
CBD		1,109%	0,071
CBD – Protokoll über biologische Sicherheit		1,501%	0,022
CITES		0,861%	0,035
CMS		2,070%	0,038
CSD		freiw. Beitr.	0,010
IPCC		freiw. Beitr.	0,020
Montreal Protokoll, Multilateraler Fonds		1,075%	1,156
Wiener Übereinkommen und Montreal-Protokoll (Sekretariat)		0,854%	0,032
Rotterdam Übereinkommen		1,339%	0,021
SAICM		freiw. Beitr.	0,100
Stockholm Übereinkommen		1,475%	0,045
UNCCD		0,831%	0,059
UNFCCC, Kernbudget		0,838%	0,110
UNFCCC, Kyoto Protokoll		1,163%	0,085

Anhang

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2006 in Mio. Euro
UNFPA	1968–1970	frei w. Beitr.	0,900
New York	1972–1974		
Exekutivdirektorin Thoraya Ahmed Obaid (Saudi Arabien) seit 2001	1997-1999		
UN-Habitat	2000-2004	frei w. Beitr.	0,066
Nairobi			
Exekutivdirektorin Anna Tibaijuka (Tansania) seit 2000			
UNHCR	seit 1959	frei w. Beitr.	0,450
Genf			
António Guterres (Portugal) seit 2005			
UNICEF	1981-1984	frei w. Beitr.	2,050
New York	1997-1999		
Ann Veneman (USA) seit 2005	2004-2006		
UNIDO			
Wien	seit 1985	1,34625%	0,970
Kandeh Yumkella (Sierra Leone) seit 2005		frei w. Beitr.	1,065
UNIFEM	1968-1970	frei w. Beitr.	0,397
New York	1972-1974		
Exekutivdirektorin Noeleen Heyzer (Singapur) seit 1994	1997-1999		
UNODC			
Wien			
Antonio Maria Costa (Italien) seit 2001, wiederbestellt bis 2010			
UNDCP-Fonds		frei w. Beitr.	0,502
CPCJ-Fonds		frei w. Beitr.	0,068
UNRWA		frei w. Beitr.	0,744
Gaza			
Karen Koning AbuZayd (USA) seit 2005			

Österreich in Internationalen Organisationen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2006 in Mio. Euro
VN-Sonderprogramm für benachteiligte Entwicklungsländer		freiw. Beitr.	0,059
UNV Bonn		freiw. Beitr.	0,108
Ad de Raad (Niederlande) seit 2003			
Gesamt			16,525

A.3. Sonderorganisationen der Vereinten Nationen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2006 in Mio. Euro
FAO Rom	1961-1964 1983-1986	0,876 %	2,816
Jacques Diouf (Senegal) seit 1994, Wiederwahl 2005 für 2005-2011	1999-2001		
ICAO Montreal		0,71%	0,353
Taieb Chérif (Algerien) 2003-2009			
ILO Genf	1975-1978 1984-1987	0,860%	2,057
Juan Somavía (Chile) seit 1999, wiedergewählt 2003	1996-1999		
IMO London		0,100%	0,032
Efthimios Mitropoulos (Griechenland) 2004-2007			
ITU Genf		0,274%	0,200
Hamadoun Touré (Mali) 2006-2010			
UNESCO Paris	1972-1976 1995-1999	0,863%	2,252
Koichiro Matsuura (Japan) seit 1999			
Welterbefonds		Pflichtbeitrag	0,020

Anhang

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2006 in Mio. Euro
		1% des UNESCO- Beitrags	
Fonds zur Entwicklung des Unterrichts in Menschenrechtsfragen		Freiw. Beitrag	0,015
IIEP, Paris		Freiw. Beitrag	0,072
ICOMOS		0,5% des UNESCO-Beitrags	0,011
UPU Bern Edouard Dayan (Frankreich) seit 2005	1964-1974	0,52%	0,127
WHO Genf Margaret Chan (China) seit 2006	1970-72 1989-91	0,859%	3,039
WIPO Genf Kamil E. Idris (Sudan) seit 1997		1,98%	0,220
WMO Genf Michel Jarraud (Frankreich) seit 2004		0,85%	0,343
UNWTO Madrid Francesco Frangiali (Frankreich) seit 1997, Wiederwahl 2001, Wiederwahl 2005-2009	1987-1991	1,88%	0,193
Gesamt			11,750

A.4. Assoziierte Organisationen, Fonds und Institutionen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2006 in Mio. Euro
CTBTO-PrepCom		0,871%	0,818
Wien			
Tibor Tóth (Ungarn) seit 2005			
Freiwilliger Fonds der VN für Opfer von Folterungen; verwaltet von OHCHR		freiw. Beitr.	0,064
IAEO	1977-1979	1,015%	2,779
Wien	1983-1985		
Mohamed El Baradei (Ägypten) seit 1997	1990-1992 1999-2001		
ISA		1,22%	0,044 ²
Kingston			
Satya Nandan (Fidschi) seit 1996 (dritte Amtszeit)			
OPCW		0,783%	0,546
Den Haag			
Rogelio Pfirter (Argentinien) seit 2002			
Freiwilliger Fonds der VN für beratende Dienste auf dem Gebiet der Menschenrechte; verwaltet von OHCHR		freiw. Beitr.	0,043
Gesamt			4,294

² Ressort: BMAA, BMWA.

Anhang

B. Sonstige globale Institutionen und Entitäten: 8,699 Mio. Euro

B.1. Intergouvernementale Institutionen und Entitäten

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2006 in Mio. Euro	Ressort
Haager Konferenz für internationales Privatrecht Den Haag Hans van Loon (Niederlande) seit 1996	0,888%	0,025	BMJ BMAA
IEA Paris Claude Mandil (Frankreich) 2003-2008	1%	0,194	BKA
IOM Genf Brunson McKinley (USA) 1998-2008 (zweite Amtszeit)	admin. Budget 0,939%	0,219	BMI
ITSO (Regierungsorganisation zu INTELSAT Ltd.), Washington Ahmed Toumi (Marokko) 2005-2009	freiwill. Beiträge	keine Beiträge	BMITT
IWC Cambridge (Großbritannien) Nicola Grandy (Großbritannien) seit 2000	freiwill. Beitr.	0,033	BMLFUW
NAM Vorsitz Kuba seit 2006	Gaststatus (seit 1970)		
OECD Paris; Angel Gurría (Mexiko) 2006-2011	1,15%	3,290	BKA
OPEC Wien; Mohammed Barkindo (Nigeria) 2006	freiwill. Beitrag	0,525	BMAA
UNIDROIT Rom; Bernardino Libonati (Italien) seit 1995	1,251%	0,025	BMJ, BMAA

Österreich in Internationalen Organisationen

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2006 in Mio. Euro	Ressort
Wassenaar Arrangement Wien Sune Danielsson (Schweden) seit 2002, wiederbestellt 2006	0,92%	0,013	BMaA
WTO Genf Pascal Lamy (Frankreich) 2005-2009	1,38%	1,650	BMWA
Gesamt		6,243	

B.2. Netzwerke, Internationale NGOs sowie Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2006 in Mio. Euro	Ressort
ADEA Paris Dzingai Mutumbuka (Simbabwe)	freiw. Beitr.	0,039	BMaA
IIASA Laxenburg Leen Hordijk (Niederlande) seit 2002	4,00%	0,600	BMBWK
IKRK Genf Jakob Kellenberger (Schweiz) seit 1999	freiw. Beitr.	0,555	BMaA
JPO	freiw. Beitr.	1,262	BMaA
Gesamt		2,456	

C. Europa

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2006 in Mio. Euro	Ressort
Aarhus Übereinkommen Genf Jeremy Wates (Großbritannien) seit 2002	freiw. Beitr.	0,010	BMLFUW

Anhang

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2006 in Mio. Euro	Ressort
CERN Genf Robert Aymar (Frankreich) 2004-2008	2,17%	13,6	BMBWK
Donaukommission Budapest Danail Nedialkov (Bulgarien) 1999-2007	9,09%	0,142	BMaA
EAPC Brüssel Jaap de Hoop Scheffer (Niederlande) seit 1999	Mitglied (1997)	keine Beiträge	BMaA
Energiegemeinschaft (ECSEE) Wien Slavtcho Neykov (Bulgarien) 31.12.2006	0,9%	0,066	BMWA
Europarat Strassburg Terry Davis (Großbritannien) seit 2004	1,84%	4,214	BMaA
ESA Paris Jean-Jaques Dordain (Frankreich) 2004-2007	1,33%	33,63	BMVIT
EU Brüssel Präsidentschaft Österreich (Jänner–Juni) Finnland (Juli-Dezember)	2,17%	2.190	BMF
EG EAG			
EUMETSAT Darmstadt Lars Prahm (Dänemark) seit 2004	2,2%	4,218	BMVIT, BMLV, BMWF

Österreich in Internationalen Organisationen

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2006 in Mio. Euro	Ressort
EUREKA Brüssel Michel Vieillefosse (Frankreich) 2004-2007	1,51%	0,049	BMWA, WKÖ
EUROPOL Den Haag Max Peter Ratzel (Deutschland) seit 2005	2,35 %	1,169	BMI
EUTELSAT (Regierungsorganisation zu EUTELSAT S.A.), Paris Christian Roisse (Frankreich) 2005-2009		keine Beiträge	BMVIT
IKSD Wien Philip Weller (Großbritannien) seit 2003	11,398%	0,096	BMLFUW
IKSR Koblenz Fritz Holzwarth (Deutschland) seit 2005	freiw. Beitr.	0,006	BMLFUW
Karpatenkonvention Wien Harald Egerer (Österreich), interimistisch	freiw. Beitr.	0,058	BMLFUW
LRTAP-Übereinkommen Genf Kaj Barlund (Finnland)	2,072%	0,034	BMLFUW
NATO/PfP Brüssel Jaap de Hoop Scheffer (Niederlande) seit 1999	Teilnehmer (seit 1995)	keine Beiträge	BMaA, BMLV, BMI

Anhang

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2006 in Mio. Euro	Ressort
OSZE Wien Vorsitz 2006: Belgien Leiter: Marc Perrin de Brichambaut (Frankreich)	2,33% für Sekretariat und Institutionen bzw. 2,21% bei Feldmissionen	4,354 ³	BMaA
OSZE/ODIHR Warschau Christian Strohal (Österreich) seit 2003	2,33%	0,200	BMaA
WEU Brüssel Javier Solana (Spanien) seit 1999	Beobachter	0,020	BMaA, BMLV
Zentralkommission für die Rheinschiffahrt (ZKR) Strassburg Jean-Marie Wöhring (Frankreich) 1998-2006	Beobachter	keine Beiträge	BMVIT
Gesamt		2.251,866	

D. Internationale Gerichtshöfe und Ständiger Schiedshof

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Ge- samt- budget	Beitrag 2006 in Mio. Euro	Ressort
ICTR Arusha Erik Møse (Norwegen) seit 2003	0,859%	0,889	BMaA, BMJ
ICTY Den Haag Fausto Pocar (Italien) seit 2005	0,859%	1,002	BMaA, BMJ
IStGH Den Haag Philippe Kirsch (Kanada) seit 2003	1,708%	1,389	BMaA, BMJ

³ + Gehälter f. ÖsterreicherInnen bei OSZE-Missionen 0,400
+ freiwillige Projektfinanzierungen 0,538
+ Entsendungen von WahlbeobachterInnen 0,100

Österreich in Internationalen Organisationen

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamt- budget	Beitrag 2006 in Mio. Euro	Ressort
ITLOS Hamburg Rüdiger Wolfrum (Deutschland) 2005-2008	1,21%	0,096	BMaA, BMWA
Ständiger Schiedshof Den Haag Tjaco van den Hout (Niederlande) 2004-2009 (zweite Amtszeit)	0,647%	0,004	BMaA
Gesamt		3,380	

E. Internationale Finanzinstitutionen

Organisation Sitz Leiter	österr. VertreterInnen in den Institutionen	Anteil am Gesamtkapital der Institutionen***	Kapitalanteil 2006 in Mio. Euro***	Ressort
ADB Manila Haruhiko Kuroda (Japan) seit 2004	2001-2004 2008-2016	0,341%	137,532	BMF
AfDB Abidjan Donald Kaberuka (Ruanda) seit 2005	2003-2005 2008-2011	0,446%	110,179	BMF
ADF Abidjan Donald Kaberuka (Ruanda) seit 2005	2003-2008	1,411%	240,744	BMF
CFC Amsterdam Ali Mchumo (Tansania) seit 2004	2006-2007	1,240%	1,765	BMF
CGIAR** Washington D.C. Ian Johnson (Großbritannien) seit 2000		0,390%	21,488	BMF

Anhang

Organisation Sitz Leiter	österreich. VertreterInnen in den Institutionen	Anteil am Gesamtkapital der Institutionen***	Kapitalanteil 2006 in Mio. Euro***	Ressort
EBRD London Jean Lemiere (Frankreich) seit 2000	ständig	2,280%	456,00	BMF
EDF Brüssel		2,650%	705,96	BMF
EIB Philippe Maystadt (Belgien) seit 2000	ständig	2,241%	3.666,97	BMF
GEF Washington D.C. Leonard Good (Kanada) seit 2003	ständig	1,402%	77,678	BMF
IBRD* Washington D.C. Paul Wolfowitz (USA) seit 2005	ständig	0,703%	1.013,364	BMF
IDA* Paul Wolfowitz (USA) seit 2005	ständig	0,972%	1.039,058	BMF
IDB Washington D.C. Alberto Moreno (Kolumbien) seit 2005	1996-1999 2003-2010	0,159%	121,935	BMF
IFAD* Rom Lennart Båge (Schweden) seit 2001	1992-1996 1997-1999 2003-2005	0,959%	32,315	BMF
IFC* Washington D.C. Paul Wolfowitz (USA) seit 2005	ständig	0,835%	14,989	BMF
IIC Washington D.C. Alberto Moreno (Kolumbien) seit 2005	2004-2006	0,490%	2,620	BMF
IMF* Washington D.C. Rodrigo de Rato (Spanien) seit 2004	ständig	0,877%	2.137,418	OeNB

Österreich in Internationalen Organisationen

Organisation Sitz Leiter	österr. Vertre- terInnen in den Institutionen	Anteil am Gesamtkapital der Institutio- nen***	Kapitalanteil 2006 in Mio. Euro***	Ressort
MIGA** Washington D.C. Paul Wolfowitz (USA) seit 2005		0,785%	11,222	BMF
Gesamt			9.791,237	

* Sonderorganisationen der Vereinten Nationen

** Mit der Weltbank-Gruppe assoziierte Organisationen

*** Daten zum Stichtag der jeweils letztbeschlossenen Bilanz

2. Friedenserhaltende Missionen

A. Finanzielle Beitragsleistungen

Mission	Anteil am Gesamtbudget	Beitrag 2006 in Mio. Euro
MINURSO	0,859%	0,186
MINUSTAH	0,859%	2,998
MONUC	0,859%	3,173
ONUB	0,859%	1,441
UNDOF	0,859%	0,277
UNFICYP	0,859%	0,156
UNIFIL	0,859%	0,534
UNMEE	0,859%	0,730
UNMIK	0,859%	0,647
UNMIL	0,859%	2,954
UNOMIG	0,859%	0,193
UNOCI	0,859%	2,183
UNMIT ; Mission im Sept. 2006 eingerichtet; Zahlungen erst ab 2007 budgetwirksam.	0,859%	–
Gesamt		15,472

B. Entsendung von Personal

Seit 1960 war Österreich an über 50 Missionen der VN, OSZE und EU beteiligt. Die Rekrutierung von TeilnehmerInnen erfolgt durch das Bundesministerium für Landesverteidigung (Truppenkontingente und MilitärbeobachterInnen), das Bundesministerium für Inneres (zivile Polizei-beobachterInnen), das Bundesministerium für Finanzen (Sanktionenmonitore), das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (zivile BeobachterInnen und WahlbeobachterInnen) sowie die zuständigen Fachressorts (ExpertInnen). Die folgende Aufstellung enthält im Jahr 2006 effektive Entsendungen:

Mission	Einsatz	Höchchststärke
JIPTC	seit 2003	3 PolizistInnen
EUFOR ALTHEA	seit 2004	289 Personen
EU Unterstützungsaktion von AMIS	seit 2005	1 Rechtsexperte
EUFOR RD Congo	Juni – November 2006	5 Stabsoffiziere
EUMM seit 1994	seit 1995	6 Monitore und Stabsmitglieder
EUPM	seit 2003	5 PolizistInnen
PROXIMA/Nachfolge EUPAT	seit 2005	1 Exekutivbeamter
AUSTAFF/ISAF	Seit 2004	4 Stabsangehörige
KFOR	seit 1999	rund 580 Personen
EJUST LEX	seit 2005	2 PolizistInnen 3 ExpertInnen des BMJ
EUPOL COPPS	seit 2006	1 Expertin des BMJ
EUBAM Rafah	seit 2005	1 Expertin des BMF
Aceh Monitoring Mission	beendet 2006	1 Expertin BMaA
OSZE	OSZE-Feldoperationen	27 ExpertInnen
	Wahlbeobachtungen (Belarus, Ukraine, FYROM, Montenegro 2x, Bosnien und Herze- gowina, Tadschikistan)	47 Kurzzeit- beobachterInnen 2 Langzeitbeobachter
RACVIAC	seit 1999	1 Stabsoffizier
ICTY	seit 1998	1 Exekutivbeamter
MINURSO seit 1991	seit 1991	2 Militärbeobachter
UNAMA seit 2002	seit 2004	2 Militärbeobachter

Österreich in Internationalen Organisationen

Mission	Einsatz	Höchchststärke
UNDOF seit 1974 (AUSBATT-Golanhöhen)	seit 1974	Infanterieeinheit mit 380 Personen
UNFICYP seit 1964	seit 1972	4 Stabsangehörige
UNMIK seit 1999	seit 1999	24 Exekutivbeamte 5 Justizwachbeamte
UNOMIG seit 1993	seit 1994	2 Militärbeobachter
UNTSO seit 1948	seit 1967	7 Militärbeobachter
UNMEE seit 2000	seit 2000	3 Militärbeobachter
UNMIS seit 2005	seit 2005	2 Stabsangehörige
UNOWA seit 2002	seit 2006	1 stellvertretender Militärberater

VIII. Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien

1. Hauptausschuss des Nationalrates (27 Mitglieder)

Stand: 31. Dezember 2006

Obfrau: Prammer Barbara, Mag.
ObfraustellvertreterIn: Spindelegger Michael, Dr.
Glawischnig-Piesczek Eva, Dr.
SchriftführerIn: Fasslabend Werner, Dr.
Hlavac Elisabeth, Dr.
Rosenkranz Barbara

Mitglieder

SPÖ: (10) Cap Josef, Dr.
Csörgits Renate
Einem Caspar, Dr.
Fazekas Hannes
Gusenbauer Alfred, Dr.
Heinzl Anton
Hlavac Elisabeth, Dr.
Niederwieser Erwin, DDr.
Prammer Barbara, Mag.
Schieder Andreas, Mag.

ÖVP: (10) Donabauer Karl
Fasslabend Werner, Dr.
Fekter Maria Theresia, Mag. Dr.
Großbrück Wolfgang
Maier Ferdinand, Dr.
Mitterlehner Reinhold, Dr.
Molterer Wilhelm, Mag.
Murauer Walter
Neugebauer Fritz
Spindelegger Michael, Dr.

GRÜNE: (3) Glawischnig-Piesczek Eva, Dr.
Lunacek Ulrike, Mag.
Van der Bellen Alexander, Dr.

FPÖ: (3) Rosenkranz Barbara
Stadler Ewald, Mag.
Strache Heinz-Christian

BZÖ (1) Westenthaler Peter, Ing.

2. Außenpolitischer Ausschuss des Nationalrates (27 Mitglieder)

Stand: 31. Dezember 2006

Obmann: Einem Caspar, Dr.
ObmannstellvertreterIn: Lopatka Reinhold, Dr.
Lunacek Ulrike, Mag.
Stadler Ewald, Mag.
Cap Josef, Dr.
SchriftführerIn: Donabauer Karl
Pilz Peter, Dr.
Muttonen Christine, Mag.

	Mitglieder	Ersatzmitglieder
SPÖ: (10)	Bayr Petra Cap Josef, Dr. Einem Caspar, Dr. Gusenbauer Alfred, Dr. Hagenhofer Marianne Heinzl Anton Muttonen Christine, Mag. Parnigoni Rudolf Schieder Andreas, Mag. Wurm Gisela, Mag.	Broukal Josef Darabos Norbert, Mag. Gaál Anton Gartlehner Kurt, Ing. Hlavac Elisabeth, Dr. Kräuter Günther, Dr. Kuntzl Andrea, Mag. Marizzi Peter Oberhauser Sabine, Dr. Prettenthaler Sylvia
ÖVP: (10)	Amon Werner, MBA Brader Alfred, Mag. Dr. Donabauer Karl Fürntrath Adelheid Irina Glaser Franz Großruck Wolfgang Hakl Karin, Mag. Lopatka Reinhold, Dr. Rädler Johann Steindl Konrad	Eßl Franz Franz Anna Fuhrmann Silvia Kopf Karlheinz Kößl Günter Maier Ferdinand, Dr. Mitterlehner Reinhold, Dr. Murauer Walter Schultes Hermann, Ing. Steibl Ridi
GRÜNE: (3)	Lunacek Ulrike, Mag. Pilz Peter, Dr. Van der Bellen Alexander, Dr.	Lichtenecker Ruperta, Dr. Öllinger Karl Weinzinger Brigid, Mag.
FPÖ: (3)	Bösch Reinhard Eugen, Dr. Kurzmann Gerhard, Dr. Stadler Ewald, Mag.	Fichtenbauer Peter, Dr. Vilimsky Harald Weinzinger Lutz
BZÖ: (1)	Scheibner Herbert	Bucher Josef

3. Ständiger Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union (17 Mitglieder)

Stand: 31. Dezember 2006

Obmann: Spindelegger Michael, Dr.
ObmannstellvertreterIn: Einem Caspar, Dr.
Donabauer Karl
Hagenhofer Marianne
SchriftführerIn: Hlavac Elisabeth, Dr.
Kopf Karlheinz
Schieder Andreas, Mag.

	Mitglieder	Ersatzmitglieder
SPÖ: (6)	Cap Josef, Dr. Einem Caspar, Dr. Haberzettl Wilhelm Hagenhofer Marianne Hlavac Elisabeth, Dr. Schieder Andreas, Mag.	Maier Johann, Mag. Niederwieser Erwin, DDr. Scharer Erika Schopf Walter Silhavy Heidrun Wittmann Peter, Dr.
ÖVP: (6)	Donabauer Karl Fasslabend Werner, Dr. Karl Beatrix, Mag. Dr. Kopf Karlheinz Spindelegger Michael, Dr. Stummvoll Günter, Dipl.-Kfm. Dr.	Fuhrmann Silvia Grillitsch Fritz Großbrück Wolfgang Hakl Karin, Mag. Marek Christine Mitterlehner Reinhold, Dr.
GRÜNE: (2)	Lunacek Ulrike, Mag. Pirkhuber Wolfgang, Dipl.-Ing. Dr.	Sburny Michaela Schatz Birgit, Mag.
FPÖ: (2)	Stadler Ewald, Mag. Bösch Reinhard Eugen, Dr.	Kurzmann Gerhard, Dr. Vilimsky Harald
BZÖ: (1)	Scheibner Herbert	Dolinschek Sigisbert

4. Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates (14 Mitglieder)

Stand: 31. Dezember 2006

Vorsitzender: Ager Hans
Vorsitzender-StellvertreterIn: Konecny Albrecht
Roth-Halvax Sissy
Schriftführer/in: Todt Reinhard
Bader Karl

Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien

	Mitglieder	Ersatzmitglieder
SPÖ: (7)	Boden Karl Einwallner Reinhold, Ing. Haselbach Anna Elisabeth Konecny Albrecht Lindinger Ewald Mörk Gabriele Todt Reinhard	Gruber Manfred Hladny Waltraut Knoll Gertraud, Mag. Mosbacher Maria Reisenberger Harald Schimböck Wolfgang Wiesenegg Helmut
ÖVP: (6)	Ager Hans Bader Karl Himmer Harald, Mag. Kritzinger Helmut Kühnel Franz Eduard, Dr. Roth-Halvax Sissy	Baier Bernhard, Mag. Haller Hermann, Ing. Perhab Franz Schnider Andreas, Dr. Spiegelfeld-Schneeberg Georg, Dr.
GRÜNE: (1)	Schennach Stefan	Konrad Eva

5. EU-Ausschuss des Bundesrates (14 Mitglieder)

Stand: 31. Dezember 2006

Vorsitzender:	Kneifel Gottfried (O)
Vorsitzender-StellvertreterIn:	Konecny Albrecht (W) Weiss Jürgen (Vbg)
SchriftführerIn:	Lindinger Ewald (O) Preiner Erwin (B)

	Mitglieder	Ersatzmitglieder
SPÖ: (7)	Gruber Manfred (Sbg) Gumplmaier Erich, Dr. (O) Kaltenbacher Günther (St) Konecny Albrecht (W) Lindinger Ewald (O) Preiner Erwin (B) Todt Reinhard (W)	Blatnik Ana (K) Ebner Adelheid (N) Hladny Waltraut (St) Mosbacher Maria (St) Neuwirth Susanne, Mag. (Sbg) Reisenberger Harald (W) Stadler Werner (O)
ÖVP: (6)	Ager Hans (T) Kneifel Gottfried (O) Kühnel Franz Eduard, Dr. (W) Perhab Franz (St) Weiss Jürgen (Vbg) Zwazl Sonja (N)	Jany Reinhard (B) Köberl Günther (St) Mayer Edgar (Vbg) Roth-Halvax Sissy (N) Schnider Andreas, Dr. (St) Tiefnig Ferdinand (O)
GRÜNE: (1)	Konrad Eva (T)	Schennach Stefan (W)

6. Österreichische Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates (6 Mitglieder)

Stand: 31. Dezember 2006

Ordentliche Mitglieder:

Wurm Gisela, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ), Delegationsleiterin
Donabauer Karl	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Gusenbauer Alfred, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Himmer Harald, Mag.	Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
Muttonen Christine, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Neugebauer Fritz	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)

Ersatzmitglieder:

Ager Hans	Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
Hakl Karin, Mag.	Abgeordnete Zum Nationalrat (ÖVP)
Kurzmann Gerhard, Dr.	Abgeordneter Zum Nationalrat (FPÖ)
Lindinger Ewald	Bundesrat (SPÖ)
Mitterer Peter	Mitglied des Bundesrates (o.F., vom BZÖ nominiert)
Stoisits Terezija, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (GRÜNE)

7. Österreichische Delegation zur Parlamentarischen Versamm- lung der OSZE (6 Mitglieder), XXII. GP

Stand: 29. Oktober 2006

Khol Andreas, Dr.	Präsident des Nationalrates (ÖVP), Delegationsleiter
Prammer Barbara, Mag.	Zweite Präsidentin des Nationalrates (SPÖ), stv. Delegationsleiterin
Großruck Wolfgang	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP), Vizepräsident der OSZE-PV
Konecny Albrecht K., Prof.	Mitglied des Bundesrates (SPÖ)
Lunacek Ulrike, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (GRÜNE)
Wattaul Anton	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)

8. Österreichische Mitglieder des Europäischen Parlaments (18 Mitglieder)

Stand: 31. Dezember 2006

Karas Othmar, Mag. Pirker, Hubert, Dr.	Europäische Volkspartei; Fraktionsleiter Europäische Volkspartei; Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zu der Koreanischen Halbinsel
Rack Reinhard, Univ.-Prof. Dr. Rübig Paul, Dr. Schierhuber Agnes Seeber Richard, Dr. Swoboda Hannes, Dr.	Europäische Volkspartei Europäische Volkspartei Europäische Volkspartei Europäische Volkspartei Sozialdemokratische Fraktion; Delegati- onsleiter, Stv. Vorsitzender der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas im EP, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPE Fraktion, Stv. Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Südosteuropas
Berger Maria, Dr. Bösch Herbert, Mag.	Sozialdemokratische Fraktion Sozialdemokratische Fraktion; Stv. Vor- sitzender des Haushaltskontroll- ausschusses
Ettl Harald, Ing.	Sozialdemokratische Fraktion; Stv. Vor- sitzende der Delegation für die Beziehun- gen zu Iran
Leichtfried Jörg, Mag. Prets Christa	Sozialdemokratische Fraktion Sozialdemokratische Fraktion; Stv. Vor- sitzende der Delegation für die Beziehun- gen zu Iran
Scheele Karin, Mag. Lichtenberger Evelin, Dr.	Sozialdemokratische Fraktion Fraktion der Grünen/ Freie Europäische Allianz
Voggenhuber Johannes	Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz; Stv. Vorsitzender des Konstitutionellen Ausschusses
Resetarits Karin	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
Martin Hans-Peter, Dr. Mölzer Andreas	Fraktionslos Fraktionslos

9. Rat für Fragen der österreichischen Integrations- und Außenpolitik

Stand: 1. Oktober 2006

Mitglieder:

Plassnik Ursula, Dr.	Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten, Vorsitzende
Manz Hans-Peter, Botschafter Dr.	Vertreter des Bundeskanzlers
Steiner Barbara, Mag.	Vertreterin des Vizekanzlers
Wosolsobe Wolfgang, Bgdr.	Vertreter des Bundesministers für Landesverteidigung
Fasslabend Werner, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Spindelegger Michael, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Stummvoll Günter, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Kneifel Gottfried	Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
Schultes Hermann, Ing.	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Cap Josef, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Gusenbauer Alfred, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Hagenhofer Marianne	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Einem Caspar, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Scheibner Herbert	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Lunacek Ulrike, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (GRÜNE)
van Staa Herwig, DDr.	Landeshauptmann von Tirol
Rieder Sepp, Dr.	Landeshauptmann-Stellvertreter von Wien
Prior Walter	Präsident des Burgenländischen Landtags
Orthner Angela	Präsidentin des Oberösterreichischen Landtags
Leitl Christoph, Dr.	Präsident der Wirtschaftskammer Österreich
Tumpel Herbert, Mag.	Präsident der Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte
Schwarzböck Rudolf, ÖKR	Vorsitzender der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs
Leutner Richard, Dr.	Österreichischer Gewerkschaftsbund
Koits Peter, Dr.	Bürgermeister von Wels, Vertreter des Österreichischen Städtebundes

Anhang

Prammer Barbara, Mag.	Zweite Nationalratspräsidentin (SPÖ)
Einem Caspar, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Pilz Peter, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (GRÜNE)
Fauland Markus	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)

Mitglieder mit beratender Stimme:

Pühringer Josef, Dr.	Landeshauptmann von Oberösterreich Vertreter der Landeshauptleute- konferenz
Pollitzer René, Botschafter Dr.	Kabinettsdirektor, Präsidentschaftskanzlei
Kyrle Johannes, Botschafter Dr.	Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten
Ertl Roland, General	Generalstabschef
Buxbaum Erik, Dr.	Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit
Heiss Hubert, Botschafter Dr.	Sektionschef, Bundeskanzleramt
Günther Helmut, Dr.	Sektionschef, Büro des Vizekanzlers
Mayr-Harting Thomas, Botschafter Dr.	Politischer Direktor, Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
Reiter Erich, DDr.	Sektionschef, Bundesministerium für Landesverteidigung

Ersatzmitglieder:

Donabauer Karl	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Kopf Karlheinz	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Neugebauer Fritz	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Glaser Franz	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Kühnel Franz Eduard, Dr.	Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
Prähauser Stefan	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Gáal Anton	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Stadlbauer Bettina	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Konecny Albrecht, Prof.	Mitglied des Bundesrates (SPÖ)
Lunacek Ulrike, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (GRÜNE)
Scheibner Herbert	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)

Österreich in Zahlen 1950 bis 2006

Gegenstand, Einheit	1950	1970	1990	2000	2005	2006
Bevölkerungsstand, in 1.000	6.935	7.467	7.729	8.110	8.207	8.266 ⁹⁾
darunter Ausländer, in 1.000	323 ³⁾	183	456	758	789	814 ⁹⁾
Lebenserwartung, in Jahren, männlich	61,9	66,5	72,3	75,4	76,7	·
weiblich	67,0	73,4	78,9	81,2	82,2	·
Unselbständig Beschäftigte, in 1.000	1.941	2.387	2.929	3.133	3.229	3.278
Wochenarbeitszeit, effektiv, Unselbständige ^{10) 11)}	·	40,8	36,7	35,5	33,2	33,1
Arbeitslosenquote ³⁾	6,0	2,4	5,4	5,8	7,3	6,8
Bruttoinlandsprodukt, lfd. Preise, in Mrd.S ^{4) 9)}	51,9	375,9	1.813,5	207,0	245,1	256,4
Wirtschaftswachstum, in %	12,4	7,1	4,6	3,5	2,0	3,1
Offizielle Währungsreserven, in Mrd.S ^{5) 9)}	·	47	138	18,9	10,1	·
Verbraucherpreisindex, Ø 1966 = 100	47,9	115,0	298,6	375,4	415,2	421,2
Tariflohnindex, Ø 1966 = 100	32,4	131,1	507,6	716,9	804,3	826,1
Index der Industrieproduktion, Ø 1981 = 100 ⁶⁾	19,2	68,3	133,4	·	·	·
Produktion je Beschäftigten, Ø 1981 = 100 ⁶⁾	25,7	66,4	153,3	·	·	·
Produktionsindex, Ø 1995 = 100; 2000=100	·	·	·	132,6	118,7	126,7 ¹⁾
Beschäftigtenindex, Ø 1995 = 100, 2000=100	·	·	·	96,8	97,3	97,2 ¹⁾
Energetischer Endverbrauch, in Petajoule	·	617	833	949,7	1.105	·
Brotgetreide, durchschnittlicher Ertrag pro ha, 100 kg	16,5	28,5	48,4	43,2	48,7	47,8
PKW- und Kombi-Bestand, in 1.000	48	1.197	2.991	4.097	4.157	4.205
Wohnfläche pro Einwohner, in m ²	·	21,4 ⁷⁾	32,1 ⁷⁾	37,5	41,4	41,9
Leistungsbilanzsaldo, in Mrd.S ⁸⁾	·	-1,7	13,6	-5,4	5,2	8,2 ¹⁾

Quelle: Statistik Österreich, Oesterreichische Nationalbank, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Hauptverband der Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich.
 · = Keine Daten vorhanden. – ¹⁾ Prognose bzw. Schätzung. – ²⁾ Volkszählung 1951. – ³⁾ AMS-Vorgemerkte Arbeitslose in Prozent des Arbeitskräfteangebotes der Unselbständigen (unselbständig Erwerbstätige + vorgemerkte Arbeitslose). – ⁴⁾ Ab 1990 entsprechend dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG, 2. Auflage); davor SNA 1968; ab 1995 gemäß ESVG 95. – ⁵⁾ Seit 1997 neues Konzept gemäß IWF. – ⁶⁾ Bruch in der Zeitreihe, seit 1995 neue Indizes im Sachgüterbereich. – ⁷⁾ Häuser- und Wohnungszählung 1971, 1981 bzw. 1991, Mikrozensus. – ⁸⁾ ab 2000 in Mrd. Euro. – ⁹⁾ Stand 1.1.2006. – ¹⁰⁾ lt. Hauptverband der Sozialversicherungsträger. – ¹¹⁾ in Haupttätigkeit, Mikrozensus Jahresdurchschnitte. – ¹⁾ vorläufig.

Wirtschafts- und Sozialstatistik – internationaler Vergleich

Länder	Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner		Wirtschaftswachstum ²⁾		Anteil des Leistungsbilanzsaldos am BIP ³⁾		Einfuhr ⁴⁾		Ausfuhr ⁴⁾		Exportanteile ⁵⁾ am BIP	
	in EUR ¹⁾		in %		in %		in Mrd. US-\$		in Mrd. US-\$		in %	
	2005	2006	2005	2006 ⁶⁾	2005	2006 ⁶⁾	2004	2005	2004	2005	2004	2005
Belgien	27.700	1,1	3,2	2,5	2,0	285,5	318,7	306,7	335,8	83,8	86,3	
Dänemark	28.600	3,1	3,2	2,9	1,3	66,9	74,2	75,6	83,6	45,2	48,8	
Deutschland	25.800	0,9	2,7	4,2	4,0	718,0	777,5	911,6	977,8	38,0	40,7	
Estland	14.000	10,5	11,4	.	.	8,3	10,1	5,9	7,7	78,4	80,0	
Finnland	25.900	2,9	5,5	5,2	6,8	50,7	58,5	60,9	65,2	37,8	41,8	
Frankreich	25.400	1,2	2,2 ⁶⁾	-1,6	-1,7	442,5	482,3	424,2	439,0	26,0	26,1	
Griechenland	19.700	3,7	4,3	-7,9	-10,8	51,6	49,8	15,0	15,5	20,8	20,8	
Irland	32.600	5,5	5,3 ⁶⁾	-2,6	-1,7	61,4	69,2	104,2	109,6	83,1	81,3	
Italien	23.600	0,1	1,9	-1,6	-2,2	355,2	385,5	353,4	373,5	25,3	26,1	
Lettland	11.300	10,6	11,9	.	.	7,0	8,5	4,0	5,1	44,1	47,8	
Litauen	12.200	7,6	7,5	.	.	12,4	15,4	9,3	11,8	52,3	58,3	
Luxemburg	58.900	4,0	6,2	.	.	16,8	17,6	12,2	12,7	148,6	159,3	
Malta	16.500	3,0	2,9	.	.	3,8	3,7	2,6	2,3	76,1	77,1	
Niederlande	29.500	1,5	2,9	6,6	7,4	283,9	309,8	318,0	349,8	67,1	69,9	
Norwegen	.	2,7	2,9	16,6	20,0	48,1	54,8	81,8	101,9	42,7	44,5	
Österreich	28.900	3,0	3,1	1,3	2,2	113,3	120,1	111,7	117,9	51,0	54,3	
Polen	11.700	3,5	5,8	.	.	89,1	100,8	74,8	89,2	37,6	37,2	
Portugal	16.700	0,5	1,3	-9,3	-8,8	49,2	53,4	33,0	32,2	28,6	28,5	
Schweden	26.900	2,9	4,4	6,0	7,1	100,8	111,2	123,3	130,2	46,0	48,7	
Schweiz	.	1,9	2,7	14,9	15,3	110,3	119,8	117,8	126,1	46,2	47,9	
Slowakei	13.400	6,0	8,3	.	.	30,5	36,2	27,6	32,0	76,8	77,3	
Slowenien	19.200	4,0	5,2	.	.	17,6	19,5	15,9	17,8	60,2	64,6	
Spanien	23.000	3,5	3,9	-7,4	-8,8	257,6	287,6	182,1	191,0	25,9	25,5	
Tschech. Rep.	17.300	6,1	6,0 ⁶⁾	.	.	68,4	76,3	67,2	78,3	71,2	71,7	
Ungarn	14.700	4,2	3,9	.	.	59,6	65,3	54,9	61,8	65,7	66,4	
Vereinigtes Königreich	27.600	1,9	2,8	-2,2	-2,4	451,7	483,0	341,6	371,4	25,2	26,6	
Zypern	20.900	3,9	3,8	.	.	5,7	6,3	1,1	1,3	47,4	48,4	

Wirtschafts- und Sozialstatistik – internationaler Vergleich

Länder	Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner in EUR ¹⁾	Wirtschaftswachstum ²⁾		Anteil des Leistungsbilanzsaldos am BIP ³⁾		Einfuhr ⁴⁾		Ausfuhr ⁴⁾		Exportanteile ⁵⁾ am BIP	
		2005	2006	2005	2006 ⁶⁾	2004	2005	2004	2005	2004	2005
		in %		in %		in Mrd. US-\$		in %		in %	
EU 25	23.500	1,7	2,9	35,9	37,3
Japan	.	1,9	2,2	3,7	3,8	454,5	514,9	565,7	594,9	13,4	14,3
Vereinigte Staaten	.	3,2	3,3	-6,4	-6,6	1.526,0	1.732,0	819,0	907,0	10,0	10,5
OECD insgesamt	.	.	.	-1,8	-2,1

1) Zu laufenden Preisen und KKP; Q: Eurostat – 2) Veränderung des realen BIP zum Vorjahr; Q: OECD Economic Outlook, Eurostat – 3) Q: OECD, WIFO – 4) Generalhandel (Waren- inkl. Lagerverkehr) für Dänemark, Finnland, Irland, Norwegen, Schweden, Vereinigtes Königreich, Japan und USA; sonst Spezialhandel (Waren- inkl. Lagerverkehr). Hochrechnung aus Monatsdurchschnittswerten lt OECD. – 5) Waren und Dienstleistungen zu laufenden Preisen nach ESVG 1995. Q: Eurostat, New Chronos; Schweiz und OECD gesamt, Q: Main Economic Indicators. – 6) Prognose. –) Vorläufig

Anhang

Länder	Arbeitslosenquote ¹⁾			Jugend-arbeits-loser quote ²⁾	Lang-zeit-arbeits-loser anteil ³⁾	Steigerung des Verbraucherpreises gegenüber Vorjahr ⁴⁾				Anteil der Umwelt-schutzausgaben am BIP, frühe 2000er Jahre, öffentlicher und privater Sektor ⁵⁾	
	1995	2005	2006			1995	2005	2006	HVPI 2006	insgesamt	dar. öffentl. Sektor
Belgien	9,7	8,4	8,2	20,4	51,7 ⁷⁾	1,4	2,8	1,8	2,3	1,5	0,7
Dänemark	6,8	4,8	3,9	7,7	20,8	2,1	1,8	1,9	1,9	·	1,4
Deutschland	8,0	9,5	8,4	14,2	53,0 ⁷⁾	1,7	2,0	1,7	1,8	1,6	1,3
Estland	·	7,9	5,9	12,0	48,2	·	4,1	4,4	4,4	·	·
Finnland	15,4	8,4	7,8	18,7	25,8 ⁷⁾	0,8	0,7	1,5	1,3	0,8	0,5
Frankreich	11,1	9,7	9,4	23,1	42,3	1,8	1,8	1,6	1,9	1,7	1,0
Griechenland	9,0	9,9	8,9	25,2	54,3	9,0	3,6	3,2	3,3	·	0,5
Irland	12,3	4,3	4,4	9,3	33,4 ⁷⁾	2,6	2,4	3,9	2,7	0,6	0,4
Italien	11,2	7,7	6,8	21,6	49,8	5,3	2,0	2,1	2,2	0,8	0,7
Lettland	·	8,9	6,8	12,2	36,5	·	6,7	6,5	6,6	·	·
Litauen	·	8,3	5,6	9,8	45,2	·	2,7	3,8	3,8	·	·
Luxemburg	2,9	4,5	4,7	16,2	26,4 ⁷⁾	1,9	2,5	2,7	3,0	·	0,6
Malta	·	7,3	7,4	16,9	46,4 ⁷⁾	·	2,8	3,1	2,6	·	·
Niederlande	6,6	4,7	3,9	6,6	43,7	1,9	1,7	1,1	1,7	2,0	1,1
Norwegen	5,4	4,6	3,5	8,8	18,7 ⁷⁾	2,4	1,6	2,3	2,5	1,2	0,4
Österreich	3,9	5,2	4,8	9,2	27,4	2,3	2,3	1,4	1,7	2,4	1,3
Polen	·	17,7	13,8	29,8	57,7 ⁷⁾	·	2,1	1,0	1,3	2,0	·
Portugal	7,3	7,6	7,7	16,2	50,2	4,2	2,4	3,1	3,0	0,8	0,5
Schweden	8,8	7,3	7,0	20,8	15,2	2,4	0,5	1,4	1,5	1,1	0,7
Schweiz	3,5	4,5	4,0 ⁸⁾	7,7 ⁸⁾	21,6 ⁸⁾	1,8	1,2	1,1	·	1,1	0,8
Slowakei	·	16,3	13,4	26,6	76,3	·	2,7	4,5	4,3	0,8	·
Slowenien	·	6,5	6,0	13,9	49,7	·	2,5	2,5	2,5	·	·
Spanien	18,4	9,2	8,6	18,0	21,7	4,6	3,4	3,5	3,6	0,8	0,6
Tschech. Rep.	·	7,9	7,1	17,5	54,1	·	1,9	2,5	2,1	1,2	·
Ungarn	·	7,2	7,5	19,1	45,1	·	3,6	3,9	4,0	1,4	·
Vereinigtes Königreich	8,5	4,8	5,3	14,1	22,4	2,7	2,1	2,3	2,3	0,7	0,4
Zypern	·	5,2	4,7	10,5	19,3	·	2,6	2,5	2,2	·	·
EU 25	·	8,8 ⁹⁾	7,9 ⁹⁾	17,3	45,3 ⁷⁾	·	·	·	2,2	·	·

Wirtschafts- und Sozialstatistik – internationaler Vergleich

Länder	Arbeitslosenquote ¹⁾			Jugend- arbeits- losen quote ²⁾	Lang- zeit- arbeits- losen anteil ¹⁰⁾	Steigerung des Verbraucherpreises gegenüber Vorjahr ⁹⁾				Anteil der Umwelt- schutzausgaben am BIP, frühe 2000er Jahre, öffentlicher und privater Sektor ⁸⁾ dar. öffentl. Sektor
	in %		in %				insgesamt			
	1995	2005	2006			1995		2005	2006	
Japan	3,1	4,4	4,1	8,0	-0,1	-0,3	0,3	1,4	0,6	
Vereinigte Staaten	5,6	5,1	4,6	14,6 ⁸⁾	2,8	3,4	3,3	.	.	
OECD insgesamt	

¹⁾ In Prozent der Erwerbersonen (ohne Militär); USA, Japan in Prozent aller Erwerbersonen. Q: Eurostat, New Cronos, Strukturindikatoren, OECD, Main Economic Indicators, Japan u. USA; nach generellen Grundsätzen der ILO – Konzepte durch OECD für NICHT-EU-LÄNDER adaptiert. – ²⁾ Anteil 15-24jährige an den Erwerbersonen diesen Alters; Q: Eurostat. – ³⁾ Anteil der Arbeitslosen mit Dauer12 Monate oder länger an allen Arbeitslosen, Q: Eurostat. – ⁴⁾ Q: OECD; Nationale Indizes 1995-2006 Q: Stat.Ämter, Statistik Österreich, vorläufige Werte; HVPI 2006 Q: Eurostat, Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ⁵⁾ Q: OECD Environmental Indicators 2006 (draft). – ⁶⁾ 2002. – ⁷⁾ 2005. – ⁸⁾ 2. Quartal 2006. – ⁹⁾ EU 27. – ¹⁰⁾ vorläufig.

Anhang

Länder	Effektive Arbeitszeit ²⁾		Erwerbstätigenquote ³⁾						Lebenserwartung in Jahren						Säuglingssterblichkeit ⁴⁾			Lebendgeborene auf 1.000 Einwohner			Sterbefälle		
	2006 ⁷⁾		1995		2005		1995		2005		1995		2005 ¹⁾		1995		2005		1995		2005		
	Std./Woche		m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
Belgien	37,6 ⁷⁾		66,9	45,0	68,3	53,8	73,4	80,2	76,7 ⁸⁾	82,4 ¹⁾	5,9	4,4	11,4	11,1 ³⁾	10,5	9,8 ⁶⁾							
Dänemark	38,5		79,9	66,7	79,8	71,9	72,7	77,8	75,6	80,2	5,1	4,4	13,3	11,9	12,1	10,2							
Deutschland	41,5 ⁷⁾		73,7	55,3	71,3	59,6	73,3	79,7	76,2	81,8	5,3	3,9	9,4	8,6 ³⁾	10,8	9,9 ⁶⁾							
Estland	41,0				67,0	62,1	61,9	74,5	67,3	78,1	14,9	5,4	9,1	10,4 ³⁾	14,1	13,2 ⁶⁾							
Finnland	38,1 ⁷⁾		64,2	59,0	70,3	66,5	72,8	80,2	75,5	82,3	3,9	3,0	12,3	11,0	9,6	9,1							
Frankreich	37,8		67,2	52,1	68,8	57,6	73,9	81,9	76,7 ⁸⁾	83,8 ¹⁾	4,9	3,8	12,6	12,7 ³⁾	9,2	8,4 ⁶⁾							
Griechenland	39,9		72,5	38,1	74,2	46,1	75,0	80,3	76,6	81,5	8,1	3,8	9,7	9,4 ³⁾	9,6	9,4 ⁶⁾							
Inland			67,1	41,6	76,9	58,3	72,9	78,4	77,1 ⁸⁾	81,8 ¹⁾	6,4	4,0	13,5	14,8	9,0	6,6							
Italien	38,2		66,9	35,4	69,9	45,3	74,9	81,3	77,6	83,2	6,2	4,7	9,2	9,7 ³⁾	9,7	9,4 ⁶⁾							
Lettland	41,5				67,6	59,3	60,3	73,1	65,6	77,4	18,8	7,8	8,6	9,4	15,5	14,2							
Litauen	39,7				66,1	59,4	63,3	75,0	65,4	77,4	12,5	6,8	11,1	8,9 ³⁾	12,2	12,0 ⁶⁾							
Luxemburg	40,0 ⁷⁾		74,4	42,6	73,3	53,7	73,0	80,2	76,2 ⁸⁾	82,3 ¹⁾	5,6	2,6	13,2	11,8	9,3	8,0							
Malta	40,0 ⁷⁾				73,8	33,7	74,9	79,5	77,7	81,4	8,9	6,0	12,5	9,7 ³⁾	7,3	7,2 ⁶⁾							
Niederlande	40,3		75,3	53,8	79,9	66,4	74,6	80,4	77,2	81,6	5,5	4,9	12,3	11,5	8,8	8,4							
Norwegen	39,2 ⁷⁾				77,8	71,7	74,8	80,8	77,7	82,5	4,0	3,1	13,8	12,3	10,4	9,0							
Österreich	41,0		78,5	59,0	75,4	62,0	73,3	79,9	76,7	82,2	5,4	4,2	11,0	9,5	10,1	9,1							
Polen	40,6 ⁷⁾				58,9	46,8	67,6	76,4	70,8	79,4	13,6	6,4	11,2	9,3 ³⁾	10,0	9,5 ⁶⁾							
Portugal	38,3		73,5	54,4	73,4	61,7	71,6	78,7	74,9	81,4	7,5	3,5	10,8	10,4 ³⁾	10,5	9,7 ⁶⁾							
Schweden	39,1		73,1	68,8	74,4	70,4	76,2	81,4	78,4	82,8	4,1	2,4	11,7	11,2 ³⁾	10,6	10,1 ⁶⁾							
Schweiz	42,4 ⁷⁾				83,9	70,4	75,3	81,7	78,7	83,9	5,0	4,2	11,7	9,9 ³⁾	9,0	8,1 ⁶⁾							
Slowakei	39,7				64,6	50,9	68,4	76,3	70,1	77,9	11,0	7,2	11,5	10,0 ³⁾	9,8	9,6 ⁶⁾							
Slowenien	40,5				70,4	61,3	70,3	77,8	74,1	81,3	5,5	4,1	9,5	9,0 ³⁾	9,5	9,3 ⁶⁾							
Spanien	39,3		62,5	31,7	75,2	51,2	74,3	81,5	77,4	83,9	5,5	4,1	9,3	10,6 ³⁾	8,8	8,7 ⁶⁾							
Tschech. Rep.	40,6 ⁷⁾				73,3	56,3	69,7	76,6	72,9	79,1	7,7	3,4	9,3	10,0	11,4	10,6							
Ungarn	40,6				63,1	51,0	65,3	74,5	68,6	76,9	10,7	6,2	11,0	9,4 ³⁾	14,2	13,1 ⁶⁾							
Vereinigtes Königreich	41,2		75,1	61,7	77,6	65,9	74,0	79,2	76,9	81,1	6,2	5,1	12,5	12,0 ³⁾	11,0	9,7 ⁶⁾							
Zypern	39,1						79,2	58,4	75,3	79,8	77,0	81,7											
EU 25	39,8 ⁷⁾						71,3	56,3	72,8	79,7	75,8 ⁸⁾	81,9 ¹⁾											

Wirtschafts- und Sozialstatistik – internationaler Vergleich

Länder	Effektive Arbeitszeit ²⁾		Erwerbstätigen quote ³⁾				Lebenserwartung in Jahren				Säuglingssterblichkeit ⁴⁾		Lebendgeborene auf 1.000 Einwohner		Sterbefälle			
	2006 ⁷⁾		1995		2005		1995		2005		1995		2005		1995		2005	
	Std./Woche		m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	1995	2005	1995	2005	1995	2005
Japan	.		81,9	56,4	80,4	58,1	76,4	82,9	78,5 ⁸⁾	85,5 ⁸⁾	4,3	2,8 ⁸⁾	10,0 ⁸⁾	9,6 ⁸⁾	6,7 ⁸⁾	8,8 ⁸⁾		
Vereinigte Staaten	.		79,5	65,8	77,6	65,6	72,5	78,9	75,2 ⁹⁾	80,4 ⁹⁾	9,2 ⁹⁾	6,8 ⁹⁾	16,7 ⁹⁾	14,1 ⁹⁾	8,6 ⁹⁾	8,3 ⁹⁾		
OECD insgesamt

¹⁾ Q: Eurostat, New Cronos, LFS, Arbeitnehmer, Stunden auf Vollzeitbasis, nur Personen die in der Referenzwoche mind. 1 Stunde gearbeitet haben. – ²⁾ Anteil der Erwerbstätigkeiten an der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15–64 Jahren, Q: Eurostat, New Cronos, Labour-Force-Survey. – ³⁾ Im 1. Lebensjahr Gestorbene auf 1.000 Lebendgeborene. – ⁴⁾ 4. Quartal 2006. – ⁵⁾ 1990. – ⁶⁾ 2004. – ⁷⁾ 2005. – ⁸⁾ 2002. – ⁹⁾ vorläufig

Anhang

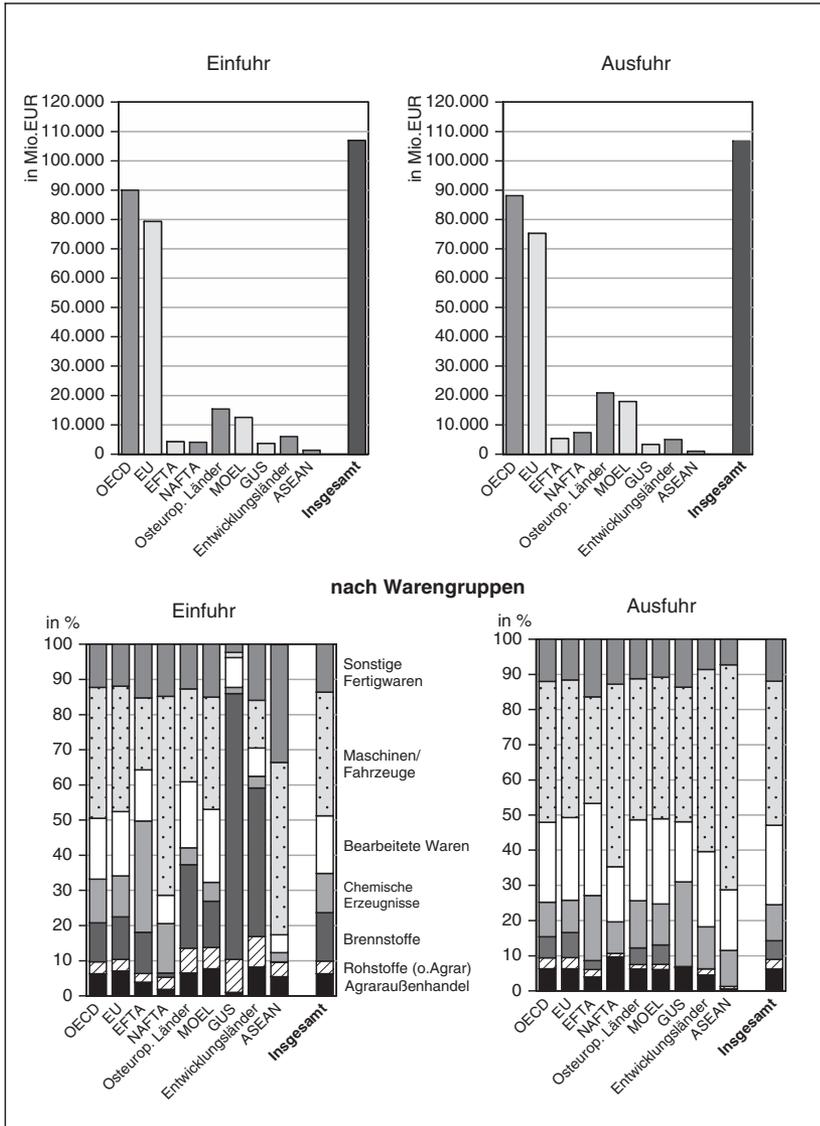
Länder	Studenten im Tertiärbereich ¹⁾		Anteil öffentlicher Bildungsausgaben am BIP ²⁾		Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP ³⁾		Anteil der Bruttoinlandsausgaben für F & E am BIP ⁴⁾		Anteil der Verteilungsausgaben am BIP ⁵⁾		Anteil der Budgets der Außenministerien am Gesamtbudget 2006 ⁶⁾	
	1995	2004	1995	2004	1995	2004	1995	2004	1995	2003	insges.	operativ
	auf 100.000 Einw.		in %									
Belgien	3.481	3.714	5,0	6,1	8,2	10,1 ⁰⁾	1,72	1,89 ⁰⁾	1,6	1,3	1,81	0,50
Dänemark	3.255	4.023	7,7	8,3	8,1	8,9	1,82	2,62 ⁰⁾	1,7	1,5	3,00	0,31
Deutschland	2.644	2.824	4,6	4,7	10,1	10,6	2,19	2,49	1,7	1,4	0,91	0,65
Estland	.	4.860	5,9	5,4	1,0	1,9	1,26	1,21
Finnland	4.021	5.745	6,9	6,4	7,4	7,5	2,26	3,48 ⁰⁾	1,5	1,2	2,20	0,46
Frankreich	3.589	3.477	6,0	5,9	9,4	10,5	2,29	2,16	3,1	2,6	1,65	0,69
Griechenland	2.838	5.407	2,9	3,9	9,6	10,0	0,49	0,62 ⁰⁾	4,3	4,1	0,84	0,55
Irland	3.374	4.675	5,1	4,4	6,7	7,1	1,28	1,21	1,0	0,7	1,66	0,39
Italien	3.129	3.432	4,9	4,7	7,1	8,7	1,00	1,16 ⁰⁾	1,8	2,1	0,30	0,19
Lettland	.	5.504	6,2	5,3	1,0	1,7	0,80	0,77
Litauen	.	5.301	5,1	5,2	0,5	1,6	1,24	1,20
Luxemburg	.	686 ⁰⁾	4,3	3,8	5,6	8,0	.	1,78 ⁰⁾	0,8	0,9	4,16	1,40
Malta	.	1.967	.	4,8	1,0	0,7	1,39	1,29
Niederlande	3.261	3.342	5,1	5,1	8,1	9,2	1,99	1,80 ⁰⁾	1,9	1,6	7,77	0,56
Norwegen	3.978	4.672	7,4	7,6	7,9	9,7	1,70	1,75 ⁰⁾	2,4	2,0	2,03	0,14
Österreich	2.910	2.930	6,0	5,5	9,8	10,3	1,54	2,27	0,9	0,8	0,59	0,31
Polen	.	5.353	5,1	5,6	5,6	6,5	0,65	0,56 ⁰⁾	2,1	2,1	0,43	0,41
Portugal	3.002	3.772	5,4	5,6	8,2	10,1	0,57	0,78 ⁰⁾	2,6	2,1	0,60	0,41
Schweden	2.789	4.787	7,2	7,5	8,1	9,1	3,35	3,98 ⁰⁾	1,9	1,8	0,51	0,36
Schweiz	2.111	2.661	5,7	6,0	9,7	11,6	2,59 ⁰⁾	2,57 ⁰⁾	1,4	1,0	3,80	0,59
Slowakei	.	3.061	5,0	4,3	.	5,9 ⁰⁾	0,93	0,53	3,3	1,9	1,13	0,97
Slowenien	.	5.229	.	6,0	.	.	1,59	1,54 ⁰⁾	1,8	1,5	0,83	0,52
Spanien	3.896	4.345	4,7	4,3	7,4	8,1	0,79	1,05 ⁰⁾	1,5	1,1	0,79	0,25
Tschechien	.	3.123	4,6	4,5	7,0	7,3	0,95	1,28	1,8	2,0	0,46	0,28
Ungarn	.	4.173	5,4	5,9	7,4	8,0	0,73	0,88	1,6	1,7	0,73	0,53
Vereinigtes Königreich	3.100	3.765	5,0	5,4	7,0	8,1	1,95	1,88 ⁰⁾	3,0	2,7	0,36	0,23
Zypern	.	2.855	4,6	7,3	2,3	1,5	1,10	0,72
EU 25	.	3.772	.	5,2	.	.	1,70	1,82 ⁰⁾

Wirtschafts- und Sozialstatistik – internationaler Vergleich

Länder	Studenten im Tertiärbereich ¹⁾		Anteil öffentlicher Bildungsausgaben am BIP ²⁾		Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP ³⁾		Anteil der Bruttoinlandsausgaben für F & E am BIP ⁴⁾		Anteil der Verteilungsausgaben am BIP ⁵⁾		Anteil der Budgets der Außenministerien am Gesamtbudget 2006 ⁶⁾	
	1995	2004	1995	2003	1995	2004	1995	2004	1995	2003	insges.	operativ
	auf 100.000 Einw.		in %									
Japan	3.120	3.166	3,2	3,7	6,8	8,0 ⁸⁾	2,69	3,15 ⁹⁾	0,9	1,0	0,87	0,12
Vereinigte Staaten	5.456	5.768	4,6	5,4	13,3	15,3	2,51	2,68 ¹⁾	3,8	3,8	1,40	1,00
OECD insgesamt	7,7	9,0	2,08	2,26 ⁶⁾

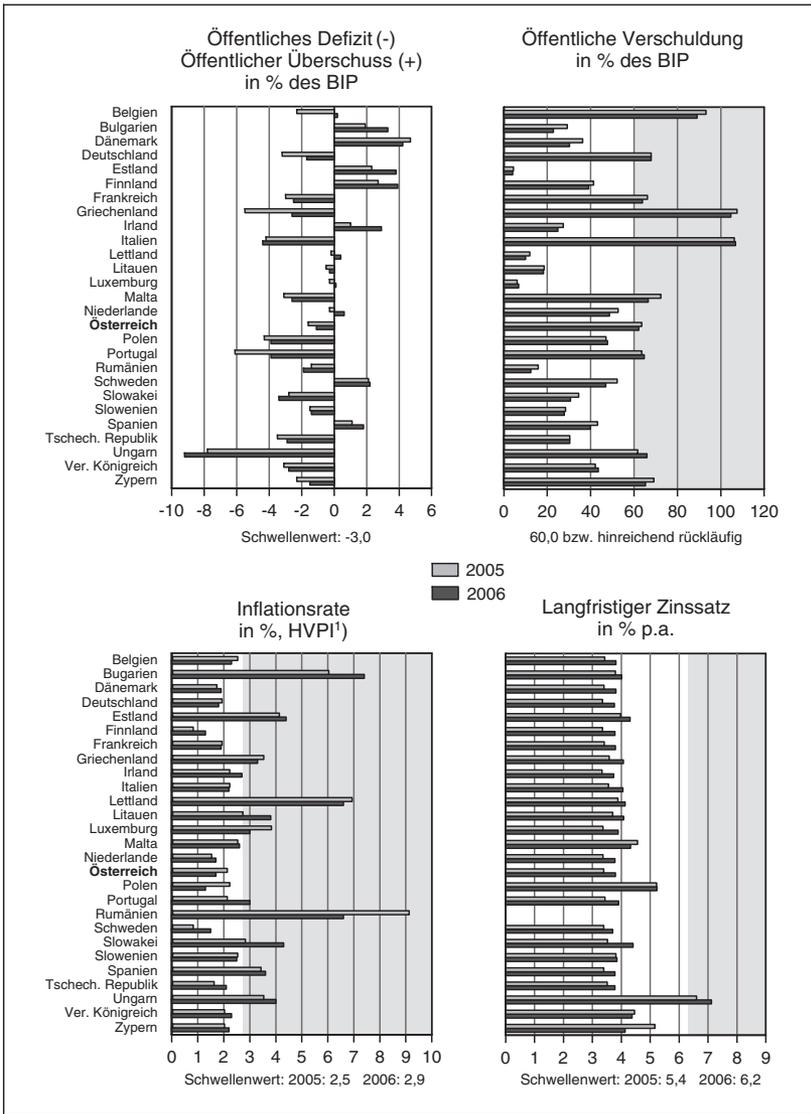
1) Q: OECD., Eurostat – 2) Q: Eurostat. – 3) Q: OECD, MSTI 2006, USA ohne Investitionsausgaben, z.T.OECD bzw. nationale Schätzungen; – 4) Q:SIPRI 2006. – 5) Q: BmaA. – 6) 1992. – 7) 2000. – 8) 2002. – 9) 2003. –) vorläufig.

Außenhandel 2006 mit der EU und wichtigen Ländergruppen



Quelle sowie Grafik: STATISTIK AUSTRIA; vorläufige Werte

Konvergenzkriterien gemäß "Maastrichter Vertrag" 2005 und 2006



Q: Öffentliches Defizit, öffentliche Verschuldung - EUROSTAT-Presenotiz vom 23. April 2007;
Inflationsrate - EUROSTAT; langfristiger Zinssatz - OeNB. -¹⁾ Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Phase II.

SACHINDEX

- Abchasien 85
Abrüstung
– Antipersonenminen 52, 82, 164, 165, 178
– Ausfuhrkontrolle 166
– Außenhandelsgesetz 166, 167
– Ballistische Raketen 163
– BTWK 163
– CCWC 164, 165
– Chemiewaffenkonvention 162
– CTBT 161, 162
– CTBT PrepCom 162
– FMCT 162
– Genfer Abrüstungskonferenz 162
– Haager Verhaltenskodex 163, 164
– MOTAPM 164
– MTCR 167
– Multilaterale Exportkontrollregime 166
– NPT 158, 161
– NSG 167
– OPCW 163, 228
– Ottawa-Konvention 164
– Ottawa-Prozess 52, 164, 178
– PAROS 162
– PTS 162
– Streunition 132, 138, 164, 165, 179
– Waffenhandelsvertrag 137
– Wassenaar Militärgüterliste 166
– Zanger-Komitee 167
Aceh 30, 77, 277, 278, 410
ADEA 124, 403
Afghanistan 24, 27, 52, 54, 75, 81, 82, 122, 134, 147, 184–186, 226, 229, 271, 386
Afrikanische Union 29, 32, 65, 68–70, 149, 172, 181, 236, 296, 354
Ägypten 32, 211, 229, 230, 236, 256, 257, 350, 354, 386, 401
Aid for Trade 130, 190
AKP-Staaten 3, 20, 62, 64, 80, 130, 301, 326
Al Kaida 27, 66
Albanien III, 7, 8, 21, 38, 81, 83, 92, 108, 119, 163, 181, 203, 230, 231, 244, 386
Algerien 156, 231, 232, 386, 399
Allgemeiner Entschädigungsfonds 206
Alpbach 102, 230, 246, 247, 334, 340, 343, 344
Alpenkonvention 19, 102
AMIS 29, 32, 50, 65, 149, 236, 410
Andengemeinschaft 59, 61–63, 327
Andischan 75
Andorra 232, 351, 386
Angola 227, 232, 386
Anna-Lindh-Stiftung 211
Antigua und Barbuda 227, 233, 386
Antisemitismus 86, 264, 306
APEC 73
Äquatorialguinea 226, 233, 386
Arabische Liga 49, 50, 149
ARF 73, 79
Argentinien 57, 63, 111, 143, 153, 224, 233, 386, 401
Armenien 32, 42, 92–94, 226, 234, 386
Armutsbekämpfung IV, 59, 60, 77, 114, 116–120, 122, 128, 154, 176
ASEAN 30, 72, 73, 77, 79
ASEM 73, 78, 211
Aserbaidtschan 32, 42, 92–94, 226, 235, 386
Asylpolitik 15, 24, 184, 303, 351
AsylwerberInnen 14, 184
Äthiopien 29, 65, 66, 71, 117, 129, 131–135, 149, 150, 181, 236, 237, 256, 350, 386
Auslandskulturpolitik V, 197, 201, 202, 208, 215
Australien 79, 80, 82, 111, 148, 167, 205, 237, 261, 295, 312, 315, 318, 319, 325, 326, 336, 359, 365, 370, 386
Bahamas 228, 238, 386
Bahrain 45, 50, 238, 386
Bangladesch 76, 225, 238, 386
Barbados 227, 238, 239, 386
Belarus 3, 26, 39, 41, 42, 44, 84, 86, 91–93, 154, 173, 175, 226, 239, 330, 386, 410
Belgien 11, 127, 143, 204, 239, 241, 306, 386, 422, 424, 426, 428, 431
Belize 60, 226, 241, 386
Benin 65, 69, 226, 242, 386
Berg-Karabach 43

Sachindex

- Beschäftigung 1, 14, 16–18, 33, 152, 155, 205
- Bhutan 76, 118, 123, 225, 242, 358, 386
- Bibliotheksverbund ALEPH 219, 368
- Bilaterale II 98
- Bildung 5, 8, 22, 31, 38, 39, 43, 45, 46, 50, 62, 93, 119, 120, 124, 126, 156, 178, 182, 203, 205, 207, 209, 211
- BMAA
- Aufnahme in den auswärtigen Dienst 216
 - Botschaft Wien 216
 - Botschaften 107, 111, 170, 197, 204, 210, 215, 216
 - Budget 218
 - DienststellenleiterInnen 110, 224–227
 - Examen Préalable 216
 - Generalkonsulate 215
 - Grundausbildung 216
 - Honorarkonsularische Vertretungen 215
 - Öffentlichkeitsarbeit 127, 212, 213, 223, 300, 374
 - Organisationsplan 222, 223
 - Österreichisch-polnischer Journalistenpreis 212
 - Personal 216
 - Presserätetagung 212
 - Reisehinweise 105
 - Stellenplan 217
 - Tipps für Auslandsreisende 106, 213
 - Vertretungsbehörden V, VI, 105, 106, 109–111, 113, 200, 205, 213, 215, 219
- Bohunice 101
- Bolivien 60, 63, 64, 171, 185, 186, 226, 242, 386
- Bosnien und Herzegowina III, 8, 21, 27, 28, 37, 82, 83, 86, 92, 93, 107, 119, 133, 148, 153, 210, 243, 244, 386
- Botsuana 227, 244, 386
- Brasilien 56, 57, 61, 63, 111, 154, 194, 195, 198, 244, 371, 386
- Brunei 79, 226, 245, 386
- Bulgarien III, 4, 10, 21, 24, 79, 98, 99, 101, 111, 120, 132, 198, 204, 209, 245, 247, 386, 404, 431
- Burkina Faso 116, 127, 200, 227, 247, 386
- Burundi 68, 71, 72, 117, 150, 225, 247, 293, 365, 386
- CAFTA 60
- Cannabis 186
- CARICOM 64, 359
- CARIFORUM 61, 62
- Cartagena-Protokoll 195
- CBD 195
- CEI 97
- CEN-SAD 71
- CERN 207, 404
- Chile 56, 58, 61–63, 178, 192, 200, 224, 242, 248, 257, 273, 275, 295, 325, 326, 386, 399
- China 21, 23, 51, 72–74, 79, 80, 143, 146, 148, 157, 161, 163, 165, 171, 192, 193, 203, 204, 248–250, 262, 296, 298, 316, 383, 386, 400
- COMESA 71
- Cook Inseln 319
- COST 207, 209
- Costa Rica 63, 178, 226, 250, 386
- Côte d'Ivoire 26, 65, 69, 151, 250, 386
- Cotonou 171
- CSN 64
- Dänemark 11, 143, 251, 281, 386, 404, 422-424, 426, 428, 431
- Darfur 29, 32, 64, 65, 69, 134, 149, 174, 189
- Demokratie V, 9, 11, 25, 54, 57, 59, 61, 72, 86, 90–96, 98, 114, 130, 166, 168, 171, 175, 181, 197, 211, 325
- Demokratische Republik Kongo 26, 29, 31, 65, 67, 135, 153, 293, 296, 389
- Demokratische Volksrepublik Korea 26, 51, 73, 74, 137, 147, 148, 161–163, 175, 224, 296, 297, 389, 417
- Demokratisierung 42, 85, 94, 117, 123, 168, 171, 182
- Deutsch als Fremdsprache 206, 232, 234, 268, 292, 294, 357, 370, 378
- Deutschland 11, 31, 46, 111, 127, 146, 151, 191, 252, 253, 255, 259, 330, 362, 369, 386, 397, 405, 407, 422, 424, 426, 428, 431
- Dialog der Kulturen und Religionen IV, V, 210
- Diplomatische Akademie 216
- Diplomatisches und konsularisches Korps in Österreich 393
- Doha 55, 63, 80, 139, 190, 193
- Dominica 153, 227, 256, 386

Sachindex

- Dominikanische Republik 64, 227, 256, 386
Donaukommission 103, 228, 407
Donauraumkooperation 102, 103
Donauschiffahrt 103
Drogenanbau 24, 76, 147, 185
Dschibuti 66, 71, 135, 224, 256, 386
- E3 46, 52
EAC 71
EAS 79
ECCAS 71
ECMWF 207
ECOWAS 70, 71, 149
Ecuador 60, 63, 225, 256, 387
EIB 130, 131, 384, 408
El Salvador 116, 226, 257, 387
EMBC 207
Energiepartnerschaften 44, 101
Erasmus 205, 209, 210
Erdbeben 132, 133
Eritrea 65, 71, 133, 135, 150, 224, 236, 257, 387
ESA 207, 208
ESPI 207, 208
Estland 11, 258, 259, 330, 387, 422, 424, 426, 428, 431
ETC 181
EUMETSAT 207
EURASEC 44
EUREKA 18, 405
Europäische Union
– Acquis-Screening 5
– Aktionspläne 8, 24, 25, 32–35, 42, 53, 56, 76, 96, 97, 130, 183, 185, 334
– AMM 30
– Ankara-Protokoll 6
– Aufnahmefähigkeit 2, 3, 5, 7
– Ausschuss der Regionen 14
– Basel-II 55
– Beitrittsperspektive III, 3, 6, 7, 201
– Beitrittsvertrag 12, 101
– benchmarks 5
– Binnenmarkt 18, 64
– Budget 16, 22, 27
– BürgerInnen für Europa 209
– Café d'Europe 10, 214, 247, 302, 310, 339, 347, 380
– CARDS 8
– CMCO 27
– Communicating Europe 213
– Dienstleistungsrichtlinie 1, 13, 18
– dual-track approach 59
– ECHO 133
– EEF 3, 64, 130, 131
– EGF 17
– EIT 17, 23
– EMRK 177
– Energiepolitik 1, 2, 15, 21, 22, 44
– Energieversorgungssicherheit III, 3, 21, 44, 54, 88
– ENPI 33
– Erweiterung III, 2, 4, 5, 10, 15, 16, 97, 222, 287
– ESF 17
– ESVP 26–32, 82, 169, 180
– EU BAM 29, 30, 40, 41
– EU-Afrika-Strategie 70
– EUFOR RD Congo 26, 29, 31, 67, 150, 151
– EUFOR-Althea 28, 32, 38, 151
– EuGH 12, 13, 55
– EuGI 12, 13
– EUJUST LEX 29
– EU-LAC Business Summit 62
– EU-LAC-Gipfel 3, 20, 23, 57, 61, 62, 116, 170, 212, 240, 245, 246, 251, 258, 261, 263, 270, 272, 280, 285, 302, 306, 307, 310, 314, 320, 327, 329, 333, 334, 339, 346, 349, 351, 364, 367, 380, 386
– EUPM 28
– EUPOL COPPS 30
– EUPOL Kinshasa 29
– EURATOM 23
– Euro-Mediterrane Partnerschaft 48, 49, 261, 311
– Europa der Projekte 2
– Europa fängt zu Hause an 1, 10, 240, 251, 261, 263, 280, 307, 310, 320, 329, 346, 385
– Europa handelt 11
– Europa hört zu III, 10, 213, 214
– Europa vermitteln 213
– Europäische Nachbarschaftspolitik 12, 32, 33, 39, 40, 42, 79, 91
– Europäisches Parlament 1–4, 12, 13, 16, 130
– EUSEC RD Congo 29
– EU-USA-Gipfel 4, 20, 52–54, 212, 373, 387
– Finanzhilfverordnung 6
– Finanzielle Vorausschau 1, 2, 13, 16

Sachindex

- Forschung 1, 5, 6, 17, 18, 22, 23, 45, 51, 117, 118, 124, 125, 158, 207, 208, 210
- Friedensfazilität für Afrika 131
- FRONTEx 24, 183
- GASP 26, 27, 135, 168
- Grundrechteagentur 91, 96, 168, 170
- ICTY 7, 8, 34, 37, 320, 321
- IPA 8
- ITER 23
- Justiz und Inneres 5, 24, 32, 40, 170
- Klosterneuburg III, 2, 10, 212
- Komitologie 3, 13
- Konsularzusammenarbeit 97, 105, 106, 111
- Kultur 2007 209
- Kulturhauptstadt 201, 209, 270, 364
- Leonardo II 209
- Lissabon-Strategie 16, 17
- Luftfahrtgipfel 19
- Luftverkehrsabkommen 19
- Marco Polo II 19
- MEDA 33
- Monitoring-Berichte 4
- PKA 40, 44, 75, 356
- Ratifikation 5, 11, 21, 75, 157
- Ratspräsidentschaft III, IV, 1–7, 9–12, 15, 16, 18–20, 22–25, 27, 28, 34, 37, 38, 41, 44–46, 48–50, 52–55, 70, 83, 90, 91, 98, 99, 101, 103, 106, 111, 120, 125, 128, 134, 135, 138, 143, 155, 156, 158, 161, 163, 165, 168, 169, 171–173, 177, 182, 183, 185, 193, 197, 199, 201, 208–210, 212, 213, 215, 216, 218, 219
- REACH 20
- Reflexionsphase 9, 10, 190
- SAA III, 7, 8, 33, 34, 36–38
- Salzburger Erklärung III, 7
- SAP 6, 7, 91, 96
- Sicherheitssektorreform 27
- Sokrates II 209
- Sonderbeauftragte 27, 41, 42, 74, 179
- Sound of Europe III, 1, 9, 246, 254, 261, 263, 285, 302, 305, 320, 338, 346, 367, 376, 382
- Speaker's Corner 214
- Straßengebührenrichtlinie 19
- Straßenverkehrssicherheit 19
- Strategische Partnerschaft 73, 76
- Streitkräftekatolog 2006 31
- TACIS 29, 33
- Terrorismus 24–26, 48, 51, 54, 55, 61, 66, 71, 74, 79, 80, 87
- Twinning 8, 299, 310, 382
- Verfassungsvertrag 1, 2, 9–12
- Verhandlungskapitel III, 5, 6
- Verkehr 6, 19, 32, 40, 110
- Vertragsverletzungsverfahren 13
- Vorabentscheidungsverfahren 13
- Waffenembargo 75
- Wegekostenrichtlinie 3
- Wiener Initiative 24
- Wirtschafts- und Sozialausschuss 2, 9, 12, 14, 15, 103, 269, 271, 280, 285, 299
- Zukunft Europas 1, 9, 10, 367
- Zukunftsdebatte III, 1, 2, 9
- Europarat
 - Ago-Gruppe 93, 96
 - Bestandsaufnahmen 93
 - Europarat und EU 91, 94
 - Europarat und OSZE 91, 168
 - Europarat und VN 92
 - Generalsekretär 89, 90–93, 95, 96
 - Hilfsprogramme 93, 94
 - Kongress der Gemeinden und Regionen Europas 95
 - Ministerkomitee 90, 93–95
 - Monitoring 92, 93, 95
 - Parlamentarische Versammlung 94, 95
 - Venedig-Kommission 96
 - Warschauer Erklärung 90
- EWK 99, 209, 323
- Fidschi 80, 171, 224, 261, 387, 401
- Finnland 11, 116, 176, 252, 258, 261, 302, 305, 350, 387, 404, 405
- Flüchtlinge 33, 107, 121, 134, 178, 183, 184, 230, 231, 251, 341, 359, 374
- Forum Salzburg 98
- Frankreich 1, 11, 23, 46, 102, 108, 143, 146, 151, 161, 255, 262, 263, 387, 400, 402–406, 408
- Freud, Sigmund V, 157, 197, 199–201, 204, 213, 229, 234, 249, 252, 255, 256, 259, 264–266, 270, 272, 273, 277, 281, 282, 286, 287, 291, 299, 302, 306, 315, 321, 327, 330, 335, 336, 339, 341, 343, 347, 350, 354, 361, 364, 368, 374–376, 378
- Fußball-Europameisterschaft 2008 98, 207

Sachindex

- G-77 176
G-8 44, 192, 335
Gabun 226, 266, 387
Gacaca-Gerichtsbarkeit 118
GALILEO 99, 208
Gambia 65, 69, 70, 227, 266, 387
Gaza 30, 47, 121, 137, 144, 171
Geldwäsche 25, 54, 80, 188
Gender 124, 128, 129, 176, 180, 181
Genozid 72, 117, 153, 188
Georgien 32, 42, 82, 85, 92–94, 184, 226, 267, 387
Ghana 143, 226, 268, 387
Globalisierung 17, 18, 139, 154, 159, 187, 191, 252
GMES 208
Golfkooperationsrat 25, 50
Grenada 227, 268, 387
Griechenland 11, 38, 103, 106, 143, 178, 269, 270, 380, 387, 399, 422, 424, 426, 428, 431
Großbritannien 11, 46, 111, 137, 143, 146, 156, 161, 271, 272, 387, 402–404, 407
Gruber-Degasperi-Abkommen 100
Guatemala 60, 116, 143, 215, 226, 250, 257, 273, 275, 319, 387
Guinea 69, 153, 227, 274, 387
Guinea-Bissau 70, 227, 274, 387
GUS 44, 83
Gute Regierungsführung 64, 72, 90, 115, 123, 168
Guyana 227, 274, 387

Haiti 62, 227, 274, 387
Hauptausschuss des Nationalrates 15, 415
Heiliger Stuhl 225, 275, 311, 337, 387
HIV/AIDS 93, 128, 129, 158, 177, 179, 186
Holocaust 86, 198, 205
Honduras 226, 275, 387

ICIMOD 118
IEA 193
IGAD 66, 71, 149
IIASA 207
IKRK 132, 134, 182
IKSD 104
IKT 64, 113, 219
Imamekonferenz 211

Indien 21, 23, 52, 72, 76, 79, 161, 163, 165, 184, 193, 196, 202, 204, 208, 238, 242, 276, 277, 309, 319, 352, 387
Indonesien 30, 77, 79, 132, 143, 171, 262, 277, 278, 358, 387
Inguschetien 44
Interreligiöser Dialog der ASEM 211
IOM 184
Irak 26, 29, 45, 50–52, 54, 73, 106, 122, 145, 146, 180, 181, 184, 278, 279, 350, 387
Iran 3, 26, 46, 52, 54, 136, 146, 147, 158, 165, 172, 173, 175, 176, 198, 229, 254, 279, 387, 417
Irland 11, 151, 178, 280, 281, 387
Island 99, 143, 209, 224, 281, 387
Israel 25, 32, 47, 49, 50, 137, 145, 161, 163, 165, 172, 173, 199, 205, 281, 282, 283, 387
IStGH 67, 188, 189, 234, 235, 292, 294, 356, 364
Italien 11, 38, 100, 143, 151, 181, 199, 252, 284, 286, 287, 337, 387, 398, 402, 406, 422, 424, 426, 428, 431
ITF 205
IWC 196
IWF 58, 190

Jamaika 227, 287, 387
Japan IV, 23, 72, 74, 79, 82, 99, 108, 141, 143, 191, 204, 288, 289, 298, 387, 399, 407, 423, 425, 427, 429
Jemen 45, 171, 226, 289, 387
Jordanien 32, 33, 49, 178, 187, 289, 290, 387

Kambodscha 79, 170, 227, 290, 387
Kamerun 226, 290, 387
Kanada 52, 53, 56, 82, 108, 175, 176, 178, 198, 199, 204, 205, 287, 290, 291, 376, 377, 387, 405, 408
Kap Verde 117, 125, 227, 292, 387
Karibik IV, 56, 61, 64, 131
Karikaturenstreit IV, 3, 26, 50, 210
Kasachstan 44, 74, 82, 86, 166, 226, 292, 293, 357, 387
Kaschmir 133
Katar 45, 50, 143, 146, 150, 225, 293, 387
Kenia 68, 71, 72, 118, 125, 127, 132–134, 186, 196, 247, 293, 296, 333, 344, 357, 365, 387

Sachindex

- Kernenergie 75, 101, 158
Kirgisistan 75, 86, 226, 293, 294, 357, 387
Kiribati 224, 295, 387
Klimaschutz 20, 293
Klimawandel 20, 54, 55, 130, 136, 139, 193, 194, 196, 249
KLW 27, 82, 87, 138, 165, 166, 292
KMU 1, 18, 362
Kokain 186
Kolumbien 56, 58, 63, 99, 201, 257, 295, 325, 387, 408
Komoren 225, 296, 387
Kongo 69, 70, 143, 148, 171, 226, 296, 387
Korruption 28, 29, 53, 60, 70, 147, 187, 188
Kosovo IV, 8, 21, 26, 28, 34–36, 39, 82, 83, 92, 97, 99, 119, 120, 135, 136, 148, 263, 271, 342–344, 348
Kroatien III, 5, 7, 8, 21, 33, 81, 83, 86, 108, 120, 167, 203, 298–300, 347, 388
Kuba 59, 165, 176, 300, 388, 402
Kultur 5, 9, 22, 39, 45, 61, 102, 103, 119, 127, 156, 157, 182, 197, 202–204, 207, 208, 211, 230–232, 244, 262, 276, 288, 289, 291, 292, 303, 321, 341, 347, 356, 370, 374
Kulturelle Förderungen 202
Kulturforen V, 197, 202, 215, 219, 241, 265, 283, 286, 291, 300, 347
Kuwait 45, 50, 106, 225, 238, 293, 301, 388
Kyoto-Protokoll 53, 194, 196, 378, 397
- Laos 79, 227, 301, 388
Lesotho 72, 227, 301, 388
Lettland 11, 252, 301, 388
Libanon IV, 26, 32, 47, 50, 107, 132, 133, 134, 137, 144, 145, 165, 174, 198, 303, 338, 388
Liberia 26, 65, 69, 227, 304, 388
Libyen 108, 163, 304, 388
Liechtenstein 98, 99, 142, 209, 254, 304, 305, 388
Litauen 11, 23, 305, 306, 330, 388
LRA 65, 67
Luxemburg 7, 11, 55, 225, 306, 308, 380, 388
- Madagaskar 65, 67, 227, 308, 388
Malawi 133, 227, 293, 308, 388
Malaysia 79, 245, 308, 309, 388
Malediven 225, 309, 388
Mali 155, 178, 227, 309, 388, 399
Malta 8, 11, 23, 137, 309, 310, 388
Marokko 19, 32, 134, 247, 250, 266, 274, 309, 311, 312, 341, 388, 402
Marshall Inseln 173, 312, 388
Mauretanien 65, 70, 171, 226, 312, 388
Mauritius 227, 312, 388
Mazedonien 7, 8, 21, 26, 27, 38, 81, 83, 86, 108, 119, 120, 181, 201, 204, 313, 314, 388
Menschenrechte
– Binnenvertriebene 132, 134, 168, 181, 183
– COHOM 168
– EGMR 90, 91, 96, 172, 177, 178
– EIDHR 171
– EU-Leitlinien 168, 169, 171, 179
– EUMC 170
– EU-Menschenrechtsforum 170
– Folter 96, 169, 174, 176
– Frauenstatuskommission 124, 177
– Fremdenfeindlichkeit 86, 170
– Gewalt gegen Frauen 91, 124, 129, 177, 180, 181
– Grundrechteagentur 91, 96, 168, 170
– Humanitäres Völkerrecht 182
– Kinder in bewaffneten Konflikten 123, 150, 168, 169, 178–180
– Kinderrechte 90, 123, 132, 150, 155, 168, 169, 179, 180, 234
– Konsultationen 43, 148
– Meinungsfreiheit 6, 42, 59, 92, 176, 181
– Menschenhandel 85, 87, 88, 92, 96, 121, 124, 134, 168, 184, 187
– Menschenrechtsbildung 123, 168, 173, 178, 179, 181
– Menschenrechtsdialoge 73, 171
– Menschenrechtsländerblätter 171
– Menschenrechtsrat 168, 173, 174
– Menschenrechtsstandards 168, 178
– MenschenrechtsverteidigerInnen 44, 86, 168, 169, 171
– Minderheiten 6, 39, 87, 92, 93, 168, 172, 213, 276, 294, 343, 348, 374
– MRK 173
– NEEDS 171
– Netzwerk Menschliche Sicherheit 136, 178, 179
– Rassismus 49, 86, 170, 174, 176

Sachindex

- Sonderberichterstatte 169, 175
- Stärkung der Rolle der Frau 28, 45, 87, 91, 114, 121, 122, 124, 128, 132, 135, 136, 168–170, 177, 180, 181, 210, 211, 229, 313, 325
- Todesstrafe 45, 168, 169, 172, 176
- Wahlbeobachtung 41, 84, 86, 92, 95, 278, 413
- MERCOSUR 58, 61–63
- Mexiko 56, 57, 61, 62, 131, 142, 156, 171, 198, 201, 215, 226, 241, 250, 257, 273, 275, 300, 314, 315, 319, 325, 326, 355, 388, 402
- Migration 15, 24, 48, 54, 57, 62, 64, 70, 74, 87, 121, 128, 131, 134, 138, 183, 184, 191, 202, 210, 264, 303, 304, 307, 311, 338, 351, 373
- Mikronesien 224, 315, 388
- Moldau V, 27, 29, 32, 39, 40, 41, 84, 92, 93, 109, 121, 184, 226, 315, 388
- Monaco 90, 92, 224, 316, 388
- Mongolei 79, 184, 224, 316, 388
- Montenegro III, 7, 8, 34, 36–38, 82, 83, 86, 91–93, 103, 108, 119, 120, 153, 191, 203, 215, 227, 244, 316, 317, 343, 344, 388, 410
- Mosambik 118, 125, 133, 158, 200, 227, 317, 318, 388
- Mozart, Wolfgang Amadeus V, 9, 157, 197, 198, 204, 234, 237, 243, 247–250, 255, 259, 260, 264, 266, 272, 276, 278, 281, 283, 284, 286, 287, 291, 292, 294, 295, 297–300, 303, 304, 306, 309, 311, 312, 314, 315, 321, 322, 327, 328, 330, 331, 333, 335, 336, 338, 341–343, 347, 350, 354, 356, 358, 361, 363, 364, 368, 371, 372, 374–376, 379, 381
- Myanmar 26, 78, 79, 148, 155, 175, 227, 318, 388
- NAFTA 56, 434
- Naher Osten 26, 27, 45, 46, 48, 50, 81, 99, 121, 136, 140, 144, 153, 158, 164, 174, 230, 372
- Nahost-Quartett 46, 48, 140, 144
- Namibia 72, 131, 132, 158, 227, 318, 388
- NATO 32, 34, 37, 52, 56, 81, 82, 228, 263, 291, 405
 - Enduring Freedom 81
 - Erweiterung 81
 - Istanbul Kooperationsinitiative 81
 - KFOR 36, 82, 151, 341, 410
 - NATO-Partnerbeziehungen 81
 - NRF 81
 - Partnerschaft für den Frieden 34, 81, 82
- Nauru 224, 318, 388
- NEPAD 118
- Nepal 77, 119, 123, 170, 225, 319, 388
- Neuseeland 79, 80, 82, 224, 319, 385, 388
- NGOs V, 42, 43, 44, 93, 106, 117, 118, 121, 122, 126, 132, 168, 171, 172, 211
- Nicaragua 60, 116, 171, 200, 226, 250, 257, 273, 319, 320, 388
- Niederlande 1, 127, 178, 226, 259, 320, 388, 399, 403, 405, 407, 423, 424, 426, 428, 431
- Niger 133, 227, 311, 321, 388
- Nigeria 65, 68, 184, 233, 242, 266, 268, 290, 296, 304, 321, 337, 344, 358, 359, 379, 388, 402
- Niue 319
- Nordossetien 44
- Norduganda 117, 129, 180
- Norwegen 30, 77, 99, 178, 198, 209, 259, 281, 322, 388, 406, 422–424, 426, 428
- Nukleare Sicherheit 3, 52, 76, 137, 140, 146–148, 158, 161, 162, 167
- ÖAD 205
- OAS 64
- OECD 115, 122, 191–193, 228, 403, 423, 425, 427, 429, 430
 - DAC 115, 122, 127
 - Jobs Strategy 191
 - PISA 193
- OEZA IV, 114–127, 132, 179, 180, 229–231, 233–236, 238, 239, 241–245, 247–251, 257, 266–268, 273–276, 278, 279, 289, 290, 292, 294–296, 299, 300, 303, 308, 311, 313–322, 324–328, 333, 336, 341–345, 352–354, 356–358, 362, 364–366, 370, 378
- ADA V, 115, 121, 126, 127, 132, 133, 200, 202, 218
- Armutsbekämpfung IV, 114, 116–120, 122, 128
- Bildungszusammenarbeit 127
- EZA-G 114, 115
- Gleichstellung von Frauen und Männern 114, 124, 129

Sachindex

- Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe 132
- Kohärenz 114–116, 128, 131, 138, 170
- Ländliche Entwicklung 76, 116, 119, 122, 123, 126, 154
- Minenaktionsprogramm 133
- Nachhaltigkeit 114, 115, 128, 192
- Nahrungsmittelhilfe 133, 223
- ODA 115, 192
- Osteuropa und Zentralasien 121, 126
- Programm in den Palästinensischen Gebieten 121
- Projektevaluierungen 127
- Regionalprogramm Südosteuropa 120
- Schwerpunktländer und -regionen 116–120
- Sonderprogramme 121
- Strategische Evaluierungen 127
- Wassersektor 117, 118, 125
- Wirtschaft und Entwicklung 119, 124
- OIC 174
- Oman 50, 289, 323, 388
- OPEC 21, 372, 392–394, 402
- Opiate 186
- ÖSD 206
- Österreich Institut 206
- Österreich-Bibliotheken 197, 204
- Österreich-Kooperation 206
- Österreich-Lehrstühle 205
- OSZE 26, 31, 33, 36, 37, 41, 83–89, 92, 177, 228, 390–394, 406, 410, 416
 - AIAM 87
 - ASRC 88
 - ATU 88
 - BDIMR 86
 - Feldoperationen 83, 84
 - Forum für Sicherheitszusammenarbeit 87
 - Monitoring 85
 - ODIHR 41, 84, 85, 86, 89, 92
 - Parlamentarische Versammlung 89
 - Terrorismus 87, 88
 - Wiener Wirtschaftsforum 88
 - Wirtschafts- und Umweltdimension 86, 88
- Pakistan 76, 79, 119, 147, 161, 163, 165, 229, 324, 388
- Palästinensische Autonomiebehörde 30, 32, 33, 46, 47, 135
- Palästinensische Autonomiegebiete 47, 50, 121, 125, 137, 140, 144, 172, 202, 325, 338
- Palau 173, 226, 325, 388
- Panama 63, 143, 325, 326, 388
- Papua-Neuguinea 64, 224, 326, 388
- Paraguay 63, 224, 326, 389
- Peru 59, 62, 63, 131, 143, 198, 242, 326, 389
- Philippinen 78, 79, 325, 328, 389
- Piran 33
- PISG 35, 344
- Polen 8, 11, 23, 24, 97, 151, 152, 197, 203, 204, 264, 284, 328, 329, 330, 347, 389
- POPs 195
- Portugal 11, 226, 252, 292, 332, 389, 398, 422, 424, 426, 428, 431
- Rechts- und Konsularfragen 105, 109, 213, 215
 - AÖWB 112
 - AuslandsösterreicherInnen 105, 107, 111–113
 - Burgenländische Gemeinschaft 112
 - Bürgerservice 105, 106, 213
 - eDemocracy 96, 113
 - eGovernance 113
 - eGovernment 113
 - EU-Konsularzusammenarbeit 97, 105, 106, 111
 - eVoting 113
 - Grenzverträge 110
 - Hilfestellung in Rechtsangelegenheiten 107, 222
 - Krisenvorsorge und Krisenmanagement 106, 107, 111, 180
 - Reiseinformationen 105, 106, 123
 - Rückübernahmeabkommen 24, 35, 40, 45, 107, 109
 - Sichtvermerksangelegenheiten 108–110
 - Visaerleichterungsabkommen 24, 35, 40, 45, 109
 - Visakommission 109, 110
 - Wahlkarten 113
 - Weihnachtsaktion 113

- Rechtsstaatlichkeit 26, 29, 36, 42, 84,
90, 91, 119, 121, 141, 142, 146, 168,
173, 188, 211
- Region der Großen Seen 27, 67, 71
- Regionale Partnerschaft 97, 98, 109,
110, 197, 328, 329, 349, 367
- Republik Korea 23, 74, 79, 82, 99, 136,
163, 225, 259, 297, 298, 388, 396
- Rio-Gruppe 61
- Ruanda 71, 117, 153, 225, 333, 365,
389, 407
- Rumänien III, 4, 8, 10, 21, 24, 79, 94,
98, 99, 101, 103, 111, 120, 132, 167,
203, 204, 209, 315, 333, 334, 335, 389
- Russland IV, 19, 21, 23, 24, 41, 42, 43,
44, 45, 46, 54, 74, 84, 88, 92, 93, 143,
146, 148, 154, 161, 163, 165, 167, 172,
184, 186, 191, 193, 198, 204, 310, 320,
333, 335, 360, 385, 389
- SACU 99
- SADC 71, 72, 118
- Salomonen 80, 224, 336, 389
- Salzburg Gruppe 24
- Sambia 65, 67, 171, 227, 336, 389
- Samoa 224, 336, 389
- San Marino 91, 225, 337, 389, 390
- Sanktionen 26, 46, 52, 78, 146, 147
- São Tomé und Príncipe 226, 337, 389
- Saudi-Arabien 50, 289, 337, 338, 389
- Schengen 35, 37, 97, 99, 110, 219, 310,
334
- Schlafmohn 185
- Schweden 11, 89, 116, 178, 259, 305,
338–340, 389, 403, 408, 422–424, 426,
428, 431
- Schweiz 30, 98, 99, 101, 109, 111, 127,
153, 178, 207, 226, 254, 260, 267, 294,
304, 330, 340, 341, 389, 403, 422–424,
426, 428
- Sechs-Parteien-Gespräche 52, 74
- Seebebenkatastrophe 132
- Seibersdorf 162
- Senegal 70, 116, 198, 247, 250, 266,
274, 292, 304, 309, 321, 341, 342, 344,
389, 399
- Serbien 7, 8, 21, 34–37, 52, 82, 83, 93,
108, 119, 120, 132, 153, 181, 184, 191,
199, 201, 227, 342–344, 389
- Serbien und Montenegro 7, 8, 36, 37,
91, 92, 93, 108, 153, 227, 343, 344
- Seychellen 225, 344, 389
- SICA 63, 116
- Sierra Leone 129, 344, 389, 398
- Simbabwe 26, 66, 118, 158, 232, 308,
318, 336, 345, 389, 403
- Singapur 79, 225, 227, 345, 389, 398
- Slowakei 11, 23, 24, 97, 101, 126, 132,
143, 197, 264, 275, 284, 346, 348, 389
- Slowenien 11, 24, 33, 97, 101, 108, 110,
126, 178, 179, 197, 284, 347–350, 389
- Sofala 118
- Somalia 65, 66, 71, 135, 150, 224, 350,
389
- Souveräner Malteser Ritterorden 225,
311
- Spanien 11, 88, 151, 232, 255, 350, 352,
389, 422, 424, 426, 428, 431
- Sri Lanka 77, 99, 225, 276, 352, 389
- St. Kitts und Nevis 64, 196, 227, 352,
389
- St. Lucia 227, 352, 389
- St. Vincent und die Grenadinen 227,
353, 389
- Stabilitätspakt für Südosteuropa 9, 95,
102, 222, 252, 253
- Südafrika 66, 111, 118, 143, 158, 165,
167, 174, 176, 178, 198, 204, 232, 244,
247, 293, 296, 301, 308, 312, 318, 333,
336, 344, 345, 353, 354, 355, 357, 365,
389
- Sudan 26, 27, 29, 49, 50, 64, 65, 67, 69,
70, 71, 99, 133–136, 143, 149, 150,
151, 224, 354, 389, 400
- Südkaucasus 27, 42, 92, 111, 121, 123,
170
- Südossetien 43, 85
- Südosteuropa V, 3, 9, 21, 24, 33, 81–85,
93, 95, 97, 102, 103, 119–121, 124,
126, 164, 181, 183, 201, 202, 204, 213,
220, 230, 247, 253, 269, 299, 313, 395,
417
- Südtirol 100, 101, 284–286
- Suriname 224, 355, 389
- Swasiland 227, 355, 389
- Syrien 107, 163, 210, 303, 355, 356,
389
- Tadschikistan 75, 86, 226, 293, 356,
357, 389, 410
- Taiwan (China) 73, 80, 250
- Taliban 27, 76
- Tansania 68, 71, 118, 143, 225, 357,
365, 389, 398, 407

Sachindex

- Temelín 101
Thailand 78, 79, 178, 290, 301, 318,
357, 377, 389, 397
TIM 33, 121
Timor-Leste 78, 135, 148, 225, 358, 389
Togo 69, 226, 358, 389
Toleranzfragen 86
Tonga 224, 359, 389
Trade Promotion Authority 190
Transatlantische Beziehungen
– Ministertreffen 53, 55
– NTA 53
– Senior Level Group 53
– Task Force 53
– TIEA 53
Transnistrien 41, 84, 92
Trennmauer 137, 172
Trinidad und Tobago 227, 359, 389
Tschad 65, 69, 149, 150, 226, 359, 389
Tschechien 11, 24, 31, 97, 101, 126,
197, 203, 204, 259, 264, 347, 348, 350,
359, 361, 362, 389
Tschernobyl 101
Tschetschenien 43, 172
Tunesien 32, 49, 362, 363, 389
Türkei IV, 5, 6, 8, 21, 38, 106, 136, 143,
155, 184, 198, 204, 209, 262, 363, 384,
389, 397
Turkmenistan 75, 86, 226, 364, 389
Tuvalu 224, 365, 389
- UEFA 207
Uganda 65, 67, 71, 117, 125, 134, 171,
200, 225, 365, 390
Ukraine 1, 19, 21, 32, 39, 40, 41, 44, 82,
85, 86, 88, 91, 92, 97, 101, 166, 191,
198, 203, 270, 330, 365, 366, 390, 410
Umweltschutz 9, 114, 117, 132, 160
Ungarn 8, 11, 21, 24, 97, 101, 107, 110,
111, 126, 132, 197, 203, 204, 252, 264,
284, 288, 317, 330, 347, 366, 390
Uruguay 58, 63, 64, 153, 224, 369, 390
USA IV, 19, 21, 23–25, 41, 46, 51–60,
63, 73, 74, 76, 79, 81, 108, 111, 137,
138, 140, 141, 143, 144, 146, 148, 150,
161, 163, 165, 173, 175, 176, 190, 191,
198, 205, 212, 372, 390
Usbekistan 75, 86, 170, 172, 175, 226,
369, 390
- Vanuatu 224, 370, 390
Venezuela 56, 59, 60, 63, 143, 165, 171,
173, 198, 274, 287, 295, 359, 370, 371,
390
Verbrechensverhütung 139, 186, 187
Vereinigte Arabische Emirate 45, 50,
195, 198, 238, 293, 301, 323, 324, 371,
390
Vereinte Nationen
– Afghanistan-Pakt 76, 147
– Annan-Plan 149
– BINUB 68, 150, 151
– CCPCJ 186–188
– CERF 140, 152
– CND 185, 186–188
– COPUOS 140
– CSD 125, 130, 194
– ECLAC 56
– ECOSOC 152
– FAO 154, 196, 228
– Friedliche Nutzung des Weltraums
140
– Generaldebatte 135, 136
– Generalsekretär 35, 74, 128, 135–137,
141, 142, 144, 147–149, 151, 177,
180
– Generalversammlung 26, 41, 52, 55,
64, 135, 137, 139–143, 152, 172–
176, 179, 180, 185, 188, 244, 257,
297, 338, 373
– GFSE 194
– GMEF 195
– IAEO 140, 146–148, 158, 159, 228
– ICAO 156
– ICCM 195
– ICI 146
– ICTY 7, 34, 37, 320, 321, 406, 410
– IFAD 156
– IGH 137, 153
– IIC 145
– ILO 154
– Internationale Drogenkontrolle 184
– ISAF 76, 81, 82, 147, 151
– ITU 155
– JPO 131, 180, 403
– Kham IV, 47, 144
– Kommission für Friedens-
konsolidierung 26, 135, 150, 152,
173, 180
– LDC III 139
– Managementreform 141
– Menschenrechtsrat 26, 42, 60, 134,
168, 173, 174

Sachindex

- Millenniums-Entwicklungsziele 114, 115, 127, 138, 154
- Millenniums-Erklärung 114
- MNF 146
- MONUC 26, 29, 67, 143, 150, 151
- MTF 145
- OCHA 133, 181
- ONUB 68, 151
- Reformdebatte IV, 143
- SAICM 195
- Sicherheitsrat IV, 26, 28, 38, 46, 52, 57, 60, 65, 66, 69, 73, 78, 87, 129, 135, 136, 137, 142–151, 168, 169, 180, 181, 189
- Sicherheitsratskandidatur IV, 143
- SPIDER 140
- Terrorismus 141, 142, 171, 176, 188
- TPB 188
- UN Vienna Civil Society Award 186
- UNAIDS 158
- UNAMA 147
- UNAMI 146
- UNCDF 128, 129
- UNCITRAL 141
- UNDAC 133
- UNDC 138
- UNDP 121, 122, 128, 131
- UNECE 152, 153
- UNEO 138
- UNEP 138, 194, 195, 196, 228
- UNESCO 156, 157, 209, 228
- UNFF 194
- UNFICYP 149
- UNFPA 121, 122, 124, 129, 131
- UNHCR 122, 131, 134, 183
- UNICEF 122, 129, 131
- UNIDO 117, 129, 130, 228, 392–394, 398
- UNIFEM 124, 129, 181
- UNIFIL 47, 145, 151
- UNMAS 132
- UNMEE 65, 66, 150, 151
- UNMIK 21, 28, 35
- UNMIL 151
- UNMIS 151
- UNMIT 78, 148, 151
- UNOCI 151
- UNODC 122, 184–188
- UNOTIL 148, 151
- UNRWA 121
- UNTOC 187
- UNTSO 144
- UNWTO 159
- UPU 159
- Verwaltungs- und Haushaltsfragen 140
- Völkerrechtswoche 141–143
- Welternährungssicherung 154
- Weltgipfel 127, 141, 142
- Weltraummüll 140
- WFP 133
- WHO 157–159
- WMO 159, 160
- WSIS 152, 155
- Vietnam 78, 79, 131, 191, 198, 228, 377–379, 390
- Visegrád-Gruppe 98
- Völkermord Siehe Genozid
- Wahlrecht 38, 45, 75, 86, 113, 215
- Weltbank 116, 122, 124, 125, 156, 190, 373, 409
- Weltraumpolitik 207, 208
- Westlicher Balkan III, 6–8, 19, 22–24, 26–28, 33, 54, 89, 97–99, 109, 119, 121, 136, 154, 155, 180, 201, 208, 215, 254, 272, 281, 299, 305, 313, 329
- WEU 82, 228, 263
- WTO 40, 45, 54, 55, 63, 74, 78, 80, 99, 190, 191, 228
- Zentralafrikanische Republik 150, 226, 293, 379, 390
- Zentraleuropäische Initiative 96, 97, 230, 395
- Zivilgesellschaft V, 9, 32, 49, 59, 78, 84, 85, 117, 119, 121, 123, 126, 129, 155, 170, 172, 173, 176, 186, 332, 374
- Zypern 380, 381, 390, 422, 424, 426, 428, 431

Österreich in der Welt

- Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft
- Europäische Union: Erweiterung - Verfassungsvertrag - Politiken der EU - Außenbeziehungen
- Nachbarschaftspolitik, Regionale Partnerschaft, Zusammenarbeit im Donauraum, Südosteuropa, Mittelmeerkooperation
- Die Lage in Krisenregionen, Naher Osten, Irak, Sudan, Afghanistan
- Die konsularische Dimension der Außenpolitik
- Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe
- Netzwerk Menschliche Sicherheit, Menschenrechte, Rechte der Frau
- Dialog der Kulturen und Religionen
- Die humanitäre Dimension in internationalen Beziehungen
- Entwicklungszusammenarbeit
- Globale Aspekte der österreichischen Außenpolitik, Österreich in internationalen Organisationen
- Internationale Abrüstung
- Weltwirtschaftspolitik und globale Nachhaltigkeitspolitik
- Der österreichische auswärtige Dienst
- Auslandskulturpolitik und Öffentlichkeitsarbeit
- Länderinformationen: Afghanistan bis Zypern
- Zahlen und Graphiken

2006

Jahrbuch der Österreichischen Außenpolitik